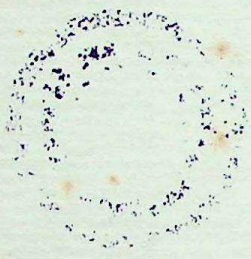
CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

SCHRIFTENREIHE DES SÜDASIEN-INSTITUTS
DER UNIVERSITÄT HEIDELBERG

DIETMAR ROTHERMUND

DIE POLITISCHE WILLENSBILDUNG IN INDIEN 1900-1960

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh



CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

State Museum Library
Lucknow
6964

राज्य संग्रहालय पुस्तकालय
प्रो० बी०एन० पुरी
संग्रह
लखनऊ

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

SCHRIFTENREIHE DES SÜDASIEN-INSTITUTS
DER UNIVERSITÄT HEIDELBERG

Herausgegeben von Hermann Berger · Bruno Fritsch
Karl Jettmar · Helmut Jusatz · Otto Schiller · Ulrich Schweinfurth

BAND 1

DIETMAR ROTHERMUND

Die politische Willensbildung in Indien 1900—1960

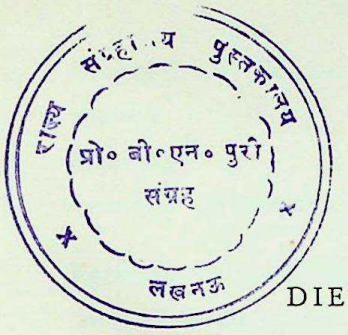
1965

OTTO HARRASSOWITZ · WIESBADEN

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Die politische Willensbildung in Indien

1900 - 1960



von

DIETMAR ROTHERMUND

1965

OTTO HARRASSOWITZ · WIESBADEN

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

© Otto Harrassowitz, Wiesbaden 1965
Alle Rechte vorbehalten
Photomechanische und photographische Wiedergaben
nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages
Gesamtherstellung: Druck- und Verlagshaus Hans Meister KG, Kassel
Printed in Germany

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

INHALTSVERZEICHNIS

Geleitwort von Prof. Dr. Werner Conze VII

Vorwort IX

Einleitung XI

Verzeichnis der Abkürzungen der Quellenangaben XV

Regionen und Generationen

I. Die britische Durchdringung Indiens 1

II. Die Phasen der Aufnahme, Synthese und Rückbesinnung 17

III. Das Problem der nationalen Solidarität 36

Bewegung und Verfassung

IV. Die Polarisierung des politischen Willens 47

V. Agitation und Reformpläne im ersten Weltkrieg 71

VI. Nationale Einheit als agitatorische Einheit 91

VII. Der Kampf um die Verfassung 116

VIII. Die symbolische Revolution 138

IX. Die parallele Regierung als parlamentarische Partei 164

X. Die Erneuerung der Agitation und das Problem der staatlichen Einheit . . . 183

Das innere und äußere Gleichgewicht

XI. Die Gestalt des unabhängigen Staates 213

XII. Die weltpolitische Haltung Indiens 230

Zusammenfassung 240

Bibliographie 244

Register 256

Summary 1*

Kartenskizzen im Text:

Die britische Durchdringung Indiens, 1750—1860 3

Die Provinzen Britisch-Indiens, 1936 203

Die Sprachprovinzen Indiens, 1960 224

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Geleitwort

Mit dem vorliegenden Band wird eine Buchreihe eröffnet, die von der Arbeit des 1962 gegründeten Südasien-Instituts der Ruprecht-Karl Universität zu Heidelberg Zeugnis ablegen soll. Die indologischen Forschungen haben in Deutschland und nicht zuletzt auch in Heidelberg eine lange Tradition. Als Heinrich Zimmer 1936 seine Lehrtätigkeit in Heidelberg aufgeben mußte, um 1939 nach den Vereinigten Staaten auszuwandern, wo er 1943 starb, wurde diese Tradition in Heidelberg fast gänzlich abgebrochen. Sie wieder aufzunehmen und erheblich zu erweitern, ist eine der vornehmsten Pflichten des neuen Heidelberger Instituts, an dem Hermann Goetz seit 1962 wirkt und Hermann Berger 1964 den Lehrstuhl für Indologie übernommen hat. Es liegt jedoch in der Absicht der Universität Heidelberg, über diese im engeren oder weiteren Sinne indologische Tradition hinauszugehen und die gesamte Problematik der modernen Länder und Nationen Südasiens, soweit es die Kräfte erlauben, zum Gegenstand von Forschung und Lehre zu machen. So sind bis jetzt (außer der Indologie) Lehrstühle für folgende Fächer errichtet worden: Wirtschaftswissenschaften (Bruno Fritsch), Ethnologie (Karl Jettmar), Tropenhygiene und öffentliches Gesundheitswesen (Helmut Jusatz), International vergleichende Agrarpolitik und Agrarsoziologie (Otto Schiller), Geographie (Ulrich Schweinfurth). Der Lehrstuhl für neuere Geschichte Südasiens ist bisher durch Gastprofessoren, zuerst Professor Dr. Mahmud Husain (Karachi), sodann durch Professor Dr. N. K. Sinha (Kalkutta) wahrgenommen worden, nachdem vorher schon Professor Dr. Girija Mookerjee (New Delhi) Vorlesungen über Geschichte und Politik des modernen Indien gehalten hatte. Weitere Abteilungen, die vorläufig noch nicht durch einen Lehrstuhl hervorgehoben werden konnten, sind im Aufbau, so die für Politische Wissenschaften, für Rechtswissenschaften und für moderne Sprachen, deren Beginn durch die Gastprofessur von Professor Dr. Aryendra Sharma (Hyderabad) wirksam gefördert worden ist.

Das solchergestalt in guter Entwicklung begriffene Südasien-Institut ist nicht allein als Forschungszentrum gedacht, sondern ist der Universität Heidelberg eingefügt worden, um damit seine Aufgabe in der bewährten Verbindung von Forschung und Lehre zu erfüllen. Wenn auch an anderen Orten, vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika, ähnliche, die Einzelfächer übergreifende Institute, in jüngster Zeit entstanden sind, so ist doch das neue Heidelberger Institut in seiner Verfassung und Aufgabe ohne unmittelbares Vorbild. Es ist in seiner Art ein Beitrag zur Universitätsreform, die in Deutschland seit Jahren im Gange ist, und zwar in einem doppelten Sinne. Einmal handelt es sich darum, die heute vielfältig erhobene Forderung nach intensiverer Berührung und Durchdringung von Fächern und Methoden, bis hin zu interdisziplinären Forschungen, zu verwirklichen, wobei hier das verbindende Gemeinsame Raum und Kultur Südasiens sind; zum andern geschieht dies in dem Bewußtsein, daß ein derart ausgedehntes Institut nicht an mehreren weiteren deutschen Universitäten wird Nachahmung finden können, daß es vielmehr darauf ankommen wird, an anderen Universitätsorten entsprechende Institute großer Regionen oder Kulturkreise der Erde fortzuentwickeln oder neu ins Leben zu rufen.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Aus der bisherigen, noch nicht als abgeschlossen zu betrachtenden Struktur des Südasien-Instituts ergibt sich der weite Umkreis dessen, was in der nunmehr beginnenden Veröffentlichungsreihe zu erwarten ist.

Mit diesen kurzen Einführungsworten verbinde ich nicht nur die Hoffnung auf eine lebhafte Folge lohnender Beiträge, sondern auch den Ausdruck der Freude darüber, daß der erste Band der Reihe das Fach der neueren Geschichtswissenschaft repräsentiert, das bisher zum Verständnis der Probleme Südasiens bedauerlich wenig beigetragen hat. Das ist sinnbildlich für das Vorhaben im ganzen: es gilt, in Neuland vorzustoßen — eine Aufgabe, die unserer Lage in einer schnell sich wandelnden Welt entspricht.

Heidelberg, im November 1964

Werner Conze

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Vorwort

In der vorliegenden Arbeit wird der Versuch gemacht, die Struktur und Entwicklung der politischen Willensbildung im modernen Indien im Zusammenhang darzustellen und darüberhinaus die auf diesem Gebiet vorhandene Spezialliteratur durch die Verwendung bisher noch nicht ausgewerteter Quellen zu ergänzen. Bei der Deutung des Geschehens ging es darum, neue Gesichtspunkte zu erarbeiten und die Erkenntnisse der Soziologie und der politischen Wissenschaft zu berücksichtigen, um einen unabhängigen Standpunkt zu gewinnen. Die bisherigen Darstellungen des Geschehens konzentrieren sich entweder auf die Geschichte des indischen Freiheitskampfes und verfolgen eine Linie, die vom nationalen Erwachen zur Erringung der staatlichen Unabhängigkeit führt, oder sie schildern — zumeist von britischer Seite — die Phasen der Dekolonisierung und der Übergabe der Macht auf dem Wege der Verfassungsreformen. Das Ineinandergreifen von nationaler Agitation und Dekolonisierung ist bisher nur unzureichend dargestellt, und die Vielfalt der regionalen Ansatzpunkte der politischen Willensbildung ist kaum berücksichtigt worden. Ebenso wurde die Kontinuität vieler Probleme beim Übergang vom Kolonialreich zum unabhängigen Staat bisher vernachlässigt. Die vorliegende Darstellung verfolgt daher die zeitgebundenen politischen Entscheidungen und ihren Einfluß auf die politische Willenbildung, um über eine Geschichte des Freiheitskampfes oder der Dekolonisierung hinauszukommen und zum Verständnis der wesentlichen Elemente der politischen Erfahrung Indiens beizutragen.

Für die Unterstützung dieser Arbeit bin ich der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu Dank verpflichtet. Meine Arbeit wurde gefördert durch die freundliche Hilfe der Archivare und Bibliothekare der National Archives of India, New Delhi, der National Library, Kalkutta, der Servants of India Society, Poona, des History of the Freedom Movement Unit, Government of India, der India Office Library, London, und vieler anderer Institutionen. Ferner bin ich vielen indischen Historikern für Hinweise und Anregungen dankbar: Dr. R. C. Majumdar, Dr. Tara Chand, Dr. V. G. Dighe, Mr. S. Roy, V. Joshi, N. R. Phatak, Prof. D. R. Gadgil, P. Mavalankar, Dr. S. Gopal, Kushwant Singh, Dr. Barun De, Dr. Ravinder Kumar.

Viele Einsichten in das politische Leben Indiens sind mir durch die Gespräche mit indischen Politikern vermittelt worden. Diese Interviews sind nicht im Text zitiert worden, da sich die Anmerkungen auf schriftliche Quellen beschränken. Die Gespräche haben dazu beigetragen, manche Ereignisse ins rechte Licht zu setzen, so daß sie in ihrer Bedeutung für die am Geschehen Teilnehmenden gesehen werden konnten. Ich möchte daher an dieser Stelle allen denen herzlich danken, die sich die Zeit nahmen, meine vielen Fragen geduldig zu beantworten: Pandit Jawaharlal Nehru, Dr. Zakir Husain, Y. B. Chavan, C. Subramanian, S. K. Patil, C. Rajagopalachari, Jayaprakash Narayan, Achyut Patwardhan, Acharya Kripalani, M. R. Masani, K. M. Panikkar, K. M. Munshi, Sir C. P. Ramaswami Aiyer, Dr. Sir Gokul Chand Narang, Biswanath Das und E. M. S. Namboodiripad.

Mein Dank gebührt auch Herrn Prof. Dr. F. Wagner für die freundliche Teilnahme an dem Fortschritt der Arbeit. Ferner danke ich Herrn Prof. Dr. K. D. Erd-

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

MANN und Herrn PROF. DR. W. ABENDROTH für Hinweise und Ratschläge. Für eine kritische Durchsicht des Manuskripts, wesentliche Vorschläge zur Ergänzung des Textes und die freundliche Unterstützung der Veröffentlichung der Arbeit bin ich Herrn PROF. DR. W. CONZE zu großem Dank verpflichtet.

Besonderen Dank schulde ich auch SIR KEITH HANCOCK und DR. ANTHONY LOW, History Department, Institute of Advanced Studies, Australian National University, Canberra, für eine Einladung, die mir Gelegenheit gab, dort als Visiting Fellow über das Thema meiner Arbeit zu referieren und aus den Diskussionen manche Anregungen mitzunehmen.

Vor allem möchte ich aber meiner Frau Indira danken, die mir durch die Kenntnis ihres Landes und der indischen Sprachen und mit ihren eigenen Forschungen über MAHATMA GANDHI in jeder Hinsicht geholfen hat.

New Delhi, Oktober 1964

Dietmar Rothermund

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

EINLEITUNG: ZUM BEGRIFF DER POLITISCHEN WILLENSBILDUNG

Die Erscheinungsformen der Politik zeigen eine Abhängigkeit von Vereinbarung und Einverständnis, Entscheidung und Willensbildung, Institutionen und politischem Stil. Diese gegenseitige Abhängigkeit kann verschieden gedeutet werden. MAX WEBER behauptet: „Der Weg der Entwicklung ... führt von konkreten rationalen zweckverbandsmäßigen Ordnungen zur Stiftung von „übergreifendem" Einverständnishandeln"[1]. Der Bereich des Einverständnisses war für ihn ein Grenzgebiet. Der Klarheit der Zweckrationalität standen die unbestimmten Umrisse anderer Verhaltensweisen gegenüber. Handlungen, die auf dem Einverständnis beruhten, vollzogen sich „als ob" ihnen eine Vereinbarung zugrunde läge. Das Einverständnis brauchte kein Verständnis der Zusammenhänge des Handelns zu beinhalten, Erwartungen konnten einander entsprechen, ohne auf eine umfassende Kenntnis ihrer Gründe, Ursachen und Zielsetzungen angewiesen zu sein. Von hier aus ergab sich ein wichtiger Rückschluß auf das Wesen der Rationalität. Auch sie war eigentlich keinem Handelnden in ihrer Vollkommenheit bewußt, sondern deutete sich nur in seinen Erwartungen an, die auf einem allgemeinen Glauben an die rationale Berechenbarkeit der Ereignisse beruhten. Damit schließt sich der Kreis, der Grenzbereich wird zum Gegenpol, das „als ob" weist in beide Richtungen. Jede Vereinbarung beruht auf vielen Bedingungen, die sozusagen in stillschweigendem Einverständnis vorausgesetzt werden. Es besteht aber zwischen beiden Polen nicht ein statischer Ausgleich, sondern ein dynamischer Austausch. Vereinbarungen stiften neues Einverständnis, das Einverständnis ermöglicht neue Vereinbarungen. In gleicher Weise prägt die politische Entscheidung die Willensbildung und ist ihrerseits nur in einem Medium der Willensbildung denkbar, aus dem sie hervorgeht und auf das sie einwirkt. Die politischen Institutionen, die gewissermaßen Vereinbarung und Entscheidung in konkreter und permanenter Form darstellen, stehen in einem analogen Verhältnis zum politischen Stil, den sie verkörpern und der zugleich die Atmosphäre bezeichnet in der sie bestehen können. Einverständnis, Willensbildung und politischer Stil stehen in engem Zusammenhang mit dem Selbstverständnis des politisch Handelnden. Dieses Selbstverständnis ist wiederum kein Verständnis, sondern eine Identifikation, die eine bestimmte Ausrichtung des Handelnden auf die Umwelt beinhaltet. TALCOTT PARSONS hat die Möglichkeiten der Ausrichtung auf die Umwelt zu einer Reihe von Gegensatzpaaren zusammengefaßt, die er dann auf eine Doppelspannung reduziert hat. Sie besteht darin, daß der Handelnde sein Verhalten entweder unter universalen oder partikularen Gesichtspunkten sieht und daß er ferner entweder an eine dem Menschen von vornherein zugemessene Stellung glaubt oder meint, daß diese Stellung errungen werden muß[2]. Es ergeben sich auf diese Weise vier Kombinationsmöglichkeiten, aus denen hier vier Richtungen der politischen Willensbildung abgeleitet werden sollen, die das Selbstverständnis des politisch Handelnden und sein

---

[1] MAX WEBER, Soziologie — Weltgeschichtliche Analysen — Politik, Stuttgart 1956, S. 147

[2] Siehe hierzu TALCOTT PARSONS und EDWARD SHILS, Toward a General Theory of Action, Cambridge (Mass.), 1952.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Verhältnis zur Autorität umfassen: (1) Traditionsgebundenheit (partikular/zugemessen) mit einer vielfältig gegliederten, zumeist durch die Geburt geregelten Rollenstruktur, (2) Solidaritätsbewußtsein (universal/zugemessen) gegründet auf eine Betonung allgemeinverbindlicher Werte, die oft zu einer einheitsstiftenden Ideologie (Nationalismus, Traditionalismus) zusammengefaßt werden, (3) Emanzipationsstreben (universal/errungen), das aus der Vergesellschaftung hervorgeht und (4) Differenzierter Funktionalismus (partikular/errungen), der auf eine sachbezogene Gliederung von Aufgaben und Pflichten abzielt. — Max Webers Typen der legitimen Herrschaft lassen sich diesen Richtungen zuordnen[3]. Die traditionelle und die charismatische Herrschaft entsprechen der Traditionsgebundenheit und dem Solidaritätsbewußtsein, die legale Herrschaft in der von Weber besonders hervorgehobenen Form der Bürokratie beruht auf dem differenzierten Funktionalismus, in ihrem demokratisch-plebiszitären Aspekt ist sie dagegen ein adäquater Ausdruck des Emanzipationsstrebens.

Die vier Richtungen der politischen Willensbildung stehen in einem doppelten Spannungsverhältnis zueinander. Es ergeben sich diagonale Gegensätze zwischen Traditionsgebundenheit und Emanzipationsstreben (1—3), Solidaritätsbewußtsein und differenziertem Funktionalismus (2—4). Ferner gibt es Komplementärspannungen zwischen den Richtungen, die jeweils einen gemeinsamen Nenner haben (partikular/universal/zugemessen/errungen). So unterscheiden sich Traditionsgebundenheit und Solidaritätsbewußtsein (1—2) durch die partikulare und die universale Wertung. Diese Spannung bezeichnet zugleich den Wesensunterschied zwischen Tradition und Traditionalismus. Solidarität und Emanzipation (2—3) wiederum beruhen beide auf universalen Wertsetzungen, unterscheiden sich aber durch den Glauben an vorgegebene (zugemessene) Eigenschaften (z. B. nationale Einheit, charismatischer Auftrag) oder aber an den eigenen Einsatz und die durch ihn errungene Position. Die Spannung zwischen Emanzipation und differenziertem Funktionalismus (3—4) besteht dann darin, daß alle Errungenschaften entweder als allgemein zugänglich und erreichbar angesehen werden oder aber im Sinne besonderer Befähigungen und Zuständigkeiten in einer Rangfolge geordnet sind. Diese Rangfolge des differenzierten Funktionalismus unterscheidet sich jedoch wieder von der hierarchischen Ordnung der Tradition (4—1) dadurch, daß sie sach- und leistungsbezogen ist und Person und Funktion trennt, während in der Traditionsgebundenheit das Selbstverständnis des Handelnden den Menschen und seine Rolle, Individuum und Umwelt einschließt.

Die Unterschiede des Selbstverständnisses, die hier angedeutet worden sind, lassen den Einzelnen auch den Ablauf des Lebens im Generationenrhythmus jeweils anders erfahren. Die indische Tradition lieferte mit der Lehre vom *varnashramadharma* ein vollendetes Modell des traditionsgebundenen Lebensablaufs, nach dieser Lehre unterliegt das Leben des Menschen dem Gesetz *(dharma)* der Kaste *(varna)*, in die er hineingeboren ist, und dem Ablauf der Lebensstadien *(ashrama)* des Schülers, des Hausvaters, des Meditierenden und schließlich des mönchisch dem Leben Entsagenden; nicht nur die soziale Rolle, sondern auch die jeder Altersstufe zukommende Einstellung ist somit vorgezeichnet. Im Zeichen der Emanzipation wird dagegen das Leben des Einzelnen durch seine Teilnahme an verschiedenen Arbeitsprozessen und der gleichzeitigen Erfüllung mehrerer sozialer Rollen geprägt. Die Persönlichkeit wird zum Bindeglied der verschiedenartigen Erfahrungen, die auf mehreren Ebenen gesammelt werden. Diese persönliche Erfahrung wird aber von der nächsten Generation nicht wiederholt, son-

[3] Max Weber, op. cit., S. 151 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

dern überholt, und damit kommt eigentlich erst ein Gegensatz zwischen den Generationen zustande. Dem Gegensatz zwischen den Generationen entspricht in anderer Hinsicht der Gegensatz verschiedener sozialer und kultureller Schichten, die unter dem Einfluß des Kulturwandels ihre durch die Tradition festgelegten Stellungen verlieren oder aufgeben und in andere Beziehungen zueinander treten. Oft werden dabei Werte von einer Schicht zur anderen transportiert und erleiden dabei einen Bedeutungswandel. So mag die eine Schicht im universalen Sinne bestimmte Aspekte des Kulturwandels als Fortschritt begrüßen, während andere Schichten bei der Übernahme neuer Verhaltensweisen im partikularen Sinne an den Zuwachs des Sozialprestiges der betreffenden Schicht oder Gruppe denken[4].

Die Phasenverschiebung und der Bedeutungswandel, die sich bei der Übertragung von einer Generation zur anderen, von einer Schicht zur anderen, von einer Region zur anderen und schließlich von einer Kultursphäre zur anderen (z. B. von der Religion zur Politik) ergeben, lassen die Frage der Vermittlung in den Mittelpunkt des Interesses rücken. Die Vermittlung wird von Personen oder Gruppen übernommen, die räumlich, zeitlich oder auch ihrem Wesen nach an den Nahtstellen des kulturellen Umbruchs stehen. Oft sind es exponierte, in der Diaspora lebende Minderheiten oder regional dominante Minderheiten, die als Vermittler auftreten, sich mit neuen Entwicklungen identifizieren und durch ihr Beispiel andere zur Nachahmung herausfordern.

Die Aspekte der politischen Willensbildung, von denen bisher die Rede war, sind ohne Berücksichtigung der kolonialen Situation beschrieben worden. Diese Situation bedingt auf allen Gebieten eine unstetige Entwicklung, da sich Entscheidungen und Willensbildung nicht in einem Kulturzusammenhang vollziehen, sondern in vielfacher Brechung zum Teil den Stand der Dinge im Lande, zum Teil die Impulse der fernen Zentren der Kolonialmacht reflektierten. Es kommt hinzu, daß der Stand der Dinge weitgehend nach den Maßstäben der Kolonialmacht beurteilt wird. Fremde zweckrationale Vereinbarungen und einheimisches Einverständnis, importierte Institutionen und ein ihnen nur ungenügend entsprechender politischer Stil stehen einander gegenüber. Die Emanzipation einer kleinen kolonialen Bildungsschicht steht im Gegensatz zur Traditionsbefangenheit der Massen. Doch auch die Emanzipation der Bildungsschicht blieb zunächst unvollkommen. Die westlich gebildeten Inder lebten in zwei Welten und entwickelten einen prekären Individualismus, der sich zugleich selbstbewußt und unsicher von der Traditionsgebundenheit ihrer Umwelt abhob. Sie bemühten sich um eine Aufnahme des westlichen Einflusses, eine Synthese indischer und europäischen Kultur, aber schließlich meldeten sich in ihren Kreisen auch die Stimmen, die zu einer Rückbesinnung auf die eigene Tradition mahnten. Der Traditionalismus, der sich aus dieser Rückbesinnung ergab, diente als nationale Solidaritätskonstruktion, und war zugleich das Mittel, mit dem die Bildungsschicht ihre Entfremdung von der eigenen Kultur zu überwinden hoffte.

Die Ansätze zu einer historischen Darstellung der politischen Willensbildung in Indien ergeben sich aus dieser Situation der Bildungsschicht, die auch in ihren regionalen und wirtschaftlichen Zusammenhängen gesehen werden muß. Die Phasenver-

---

[4] Siehe hierzu W. E. Mühlmann, Homo Creator, Wiesbaden 1962, insbesondere die Aufsätze über das Schichtenprinzip und über die gestaffelte Assimilation; ferner M. N. Srinivas, Caste in Modern India, London 1962, insbesondere den Aufsatz über „Sanskritization and Westernization".

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

schiebungen in den drei Generationen des 19. Jahrhunderts sind hierbei von besonderer Bedeutung. Der erste Hauptteil der Darstellung steht daher unter der Überschrift „Regionen und Generationen". Es geht in diesem ersten Teil jedoch nur darum, die Grundlagen für das Verständnis des zweiten Hauptteils zu schaffen, der die Entwicklung im 20. Jahrhundert bis zur Erringung der staatlichen Unabhängigkeit umfaßt. Dieser Teil steht unter der Überschrift „Bewegung und Verfassung", da in dieser Periode fremde zweckrationale Vereinbarungen und einheimisches Einverständnis in dauernden Konflikt miteinander standen und dem britischen Versuch, mit importierten Institutionen in Indien eine politische Gesellschaft zu konstruieren, ein einheimischer agitatorischer Stil entgegengesetzt wurde. In einem abschließenden Teil sollen die Gestalt des unabhängigen Staates und die weltpolitische Haltung Indiens geschildert werden. Dieser letzte Teil will nicht die gesamte Entwicklung des unabhängigen Indien darstellen, sondern nur einige Grundzüge andeuten, die sich aus dem Vorangegangenen ergeben. Die Überschrift „Das innere und äußere Gleichgewicht" weist darauf hin, daß es in dieser ersten Epoche der Eigenstaatlichkeit hauptsächlich darum ging, durch eine Politik des Ausgleichs die nationale Bewegung in eine staatstragende Koalition zu verwandeln und als solche zu erhalten und, daß die indische Führungsschicht in ihrem weltpolitischen Selbstverständnis diese Politik der Vermittlung und des Ausgleichs auch auf das Gebiet der internationalen Beziehungen übertrug.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Verzeichnis der Abkürzungen und Kurztitel der Quellenangaben

Aktenbestände:

HDP = Home Department Proceedings, Government of India
(Diese Bestände sind nach Monaten geordnet und innerhalb der Monate sind die Aktenvorgänge mit laufenden Nummern versehen, daher z. B.: HDP, Juni 1910, Nr. 26—40).

RNN = Reports on Native Newspapers, Government of India
(Diese Berichte wurden in jeder Provinz von den Regierungsübersetzern zusammengestellt und dann für den Dienstgebrauch zirkuliert, von 1870—1930 liegen fast für sämtliche Provinzen diese Berichte vor, sie enthalten Auszüge der Artikel mit Angaben der Zeitung und des Datums, daher z. B. RNN, Bengalen 1923, „Atmasakti", 27. 12. 1922, die letzten Tage des alten Jahres erschienen zumeist im ersten Bericht des neuen Jahres).

Offizielle Publikationen:

CAD = Constituent Assembly Debates, 1946—1950, 12 Bände

Private Nachlässe:

Gokhale Papers = Politische Korrespondenz Gopal Krishna Gokhales (Servants of India Society, Poona, der Nachlaß ist nach Korrespondenten geordnet, daher z. B. Gokhale Papers, Sir William Wedderburn an Gokhale, 7. 6. 1907).

Hirtzel Diary = Politisches Tagebuch des Privatsekretärs von Lord Morley, Sir Frederick Hirtzel, 1906—1909.
(India Office Library, London, Home Miscellaneous Series 864).

Sapru Papers = Politische Korrespondenz von Sir Tej Bahadur Sapru (National Library, Kalkutta, der Nachlaß ist nach Korrespondenten geordnet, die National Library hat ein Verzeichnis der Korrespondenz veröffentlicht, A. K. Ohdedar, The Sapru Correspondence, A Check-List, Kalkutta 1961. In diesem Verzeichnis sind die Briefe mit Initialen und Nummern versehen, die beim Zitat in Klammern angegeben werden, daher z. B. Sapru Papers, Lord Irwin an Sapru, 3. 12. 1929 (I. 14).

Quellensammlungen:

IAR = Indian Annual Register, Kalkutta 1919—1947, ed. N. N. Mitra (Diese Veröffentlichung enthält alle wichtigen politischen Manifeste, Texte von Ansprachen, Resolutionen der Parteien etc. für den Veröffentlichungszeitraum, zumeist erschienen zwei Bände pro Jahr, daher z. B. IAR, 1929, Vol. II, S. 2).

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

REGIONEN UND GENERATIONEN

1

Die britische Durchdringung Indiens

Die regionale Gliederung des weiten indischen Raumes ist nicht so einschneidend wie die Europas, dennoch lassen sich leicht einige Grundstrukturen erkennen, die schon seit alter Zeit verschiedenen Regionalkulturen Ansatzpunkte geboten haben. Da sind die großen Flußgebiete von Bengalen, von Nordindien um Ganges und Jamuna, vom Panjab, dem Fünfstromland im Nordwesten und schließlich die Einzugsgebiete von Krishna und Godaveri im Süden; da ist die Westküste mit dem Hochland des Dekkan und das Wüsten- und Steppengebiet von Rajputana, um nur einige der wichtigsten Regionen zu nennen. Politische Schwerpunkte bildeten sich in alter Zeit an Stellen, die für die strategische Beherrschung weiter Räume entscheidend waren. So entstand Delhi an der Jamuna, an der Nahtstelle von Fünfstromland und nordindischer Ebene, und auf dem Dekkan entstanden die Hauptstädte mancher Reiche, die jeweils der Macht im Norden trotzten. Erst die von der See her eindringende britische Kolonialmacht zog die Schwerpunkte an die Küste. Im Rahmen der integrierten indischen Sozialordnung kam dem Staatswesen meist nur eine beschränkte Rolle zu. Der Aufstieg und Verfall von großen und kleinen Reichen störte die autonome Sozialordnung kaum. Nach indischem Rechtsempfinden war der König immer nur Gesetzeswahrer, nicht aber Gesetzgeber. Die Souveränität des Königs hing von den Machtmitteln ab, die ihm zu Gebote standen, sie bezog sich nicht auf ein bestimmtes wohldefiniertes Gebiet. Ein mächtiger König mochte danach streben, ein *Chakravartin*[1], ein Welteroberer, zu werden. In alten Zeiten ließ der König vor dem *ashvamedha*[2], dem heiligen Pferdeopfer, das Opferpferd frei durch die Lande schweifen und war bereit, mit jedem zu kämpfen, der dem Pferd Einhalt gebot.

Dem Eindringen einer fremden Macht stand daher in diesem losen Souveränitätszusammenhang kaum ein soziales Hindernis entgegen, vor allem, wenn es gerade an einer einheimischen Machtkonzentration fehlte.

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts wurden in Indien zwei Schlachten geschlagen, die das Schicksal Indiens entscheidend beeinflußten. Die erste Schlacht, im Grunde nur ein Scharmützel, fand im Jahre 1757 bei Plassey in Bengalen statt. Der Agent der britischen Ostindiengesellschaft, Robert Clive, schlug den Statthalter des Großmoghuls, und die reiche Provinz fiel damit den Briten in die Hände[3]. Die zweite

---

[1] Siehe Heinrich Zimmer, Philosophies of India, New York 1956, S. 128 f.

[2] Siehe Zimmer, op cit., S. 134.

[3] Die Schlacht bewirkte, daß von nun an nur ein Statthalter eingesetzt werden konnte, der den Briten genehm war. Die Eroberung Bengalens war jedoch nicht nur eine militärische Angelegenheit, sondern hing mit der zunehmenden Erwerbung von Land- und Steuerrechten zusammen, die bereits 1698 begonnen hatte. Vgl. Radhakumud Mookerji, Indian Land System, Kalkutta (Govt. Press) 1940 S. 47 f.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Schlacht, ein Zusammentreffen zweier großer Heere auf dem traditionellen Schlachtfeld von Panipat bei Delhi, wo schon so manche Schlacht in der indischen Geschichte ausgefochten worden war, fand vier Jahre später, im Jahre 1761, statt[4]. Diese Schlacht stand in keinem Zusammenhang mit der ersten, und doch gab sie der ersten Schlacht erst recht eigentlich ihre Bedeutung. Die Gegner, die sich in dieser zweiten Schlacht gegenüberstanden, waren die Scharen des Afghanen AHMAD SHAH DURRANI, der von Norden her in Indien eingefallen war, und das ungefüge Heer des *Peshwa,* des Führers des Mahrattabundes, das vom Dekkan her dem Afghanen entgegengezogen war. AHMAD SHAH DURRANI gewann die Schlacht, zog sich aber nach Afghanistan zurück. Die geschlagenen Mahratten wichen nach Süden zurück, und es entstand so in Nordindien ein Machtvakuum, in das die Briten hineingezogen wurden. Im Jahre 1765 verlieh der Großmoghul der britischen Ostindiengesellschaft die Statthalterschaft *(Diwani)* der reichen Provinzen Bengalen und Bihar, zu denen bald auch noch das Gebiet um Benares hinzukam[5]. Nur die Provinz Oudh mit der Hauptstadt Lucknow blieb als Pufferstaat zwischen Delhi und den britischen Provinzen zunächst bestehen. Kleinere Stützpunkte besaß die Gesellschaft in Madras[6] und Bombay[7], doch hier befand sich das Hinterland im 18. Jahrhundert noch in den Händen einheimischer Fürsten. Nur etwa 220 km von Bombay entfernt, lag auf dem Hochland des Dekkan die Hauptstadt der *Peshwas,* Poona, und das Hinterland von Madras beherrschten die mohammedanischen Fürsten von Arcot und Mysore. Erst in den Jahren von 1799 bis 1818, den Jahren der raschesten Machtausdehnung der Briten in Indien, gelang es ihnen, das Hinterland von Madras und Bombay zu erobern. Diese Epoche begann mit dem Sieg über TIPPU SULTAN von Mysore im Jahre 1799 und endete mit der Niederwerfung des *Peshwa* von Poona im Jahre 1181. Inzwischen fiel jedoch auch die gesamte Gangesebene mit der Ausnahme von Oudh in britische Hände. Die dritte Epoche der territorialen Ausdehnung begann dann im Jahre 1843 mit der Eroberung von Sind[8] und endete 1856 mit der Annexion von Oudh[9]. In diese Epoche fällt auch die Eroberung des Panjab im ersten und zweiten Sikhkrieg (1845—49), und die Einziehung der großen Fürstentümer von Nagpur (1854), Berater und Jhansi, und die Eroberung des Südteils von Birma im zweiten birmanischen Krieg (1852)[10].

Die politische und verwaltungstechnische Durchdringung dieser Gebiete nahm natürlich jeweils eine geraume Zeit in Anspruch. Die Ausbreitung der britischen Rechtsprechung, die Festlegung der Steuern und die Neuordnung der Eigentumsverhältnisse,

---

[4] E. WALDSCHMIDT et al., Geschichte Asiens, München 1950 S. 223.

[5] *Diwani* bedeutete in erster Linie die Verantwortlichkeit für die Steuern der Provinz, politisch-militärisch unterstand die Provinz weiterhin einem Gouverneur *(Nizam) Nizamat* und *Diwani* waren von AKBAR als separate Ämter eingeführt worden, inzwischen wurden sie jedoch meist in Personalunion gehalten, erst 1765 wurden sie wieder geteilt. Vgl. MOOKERJI, op. cit., S. 59.

[6] Madras war seit 1639 britischer Stützpunkt, siehe WALDSCHMIDT, op. cit. S. 229.

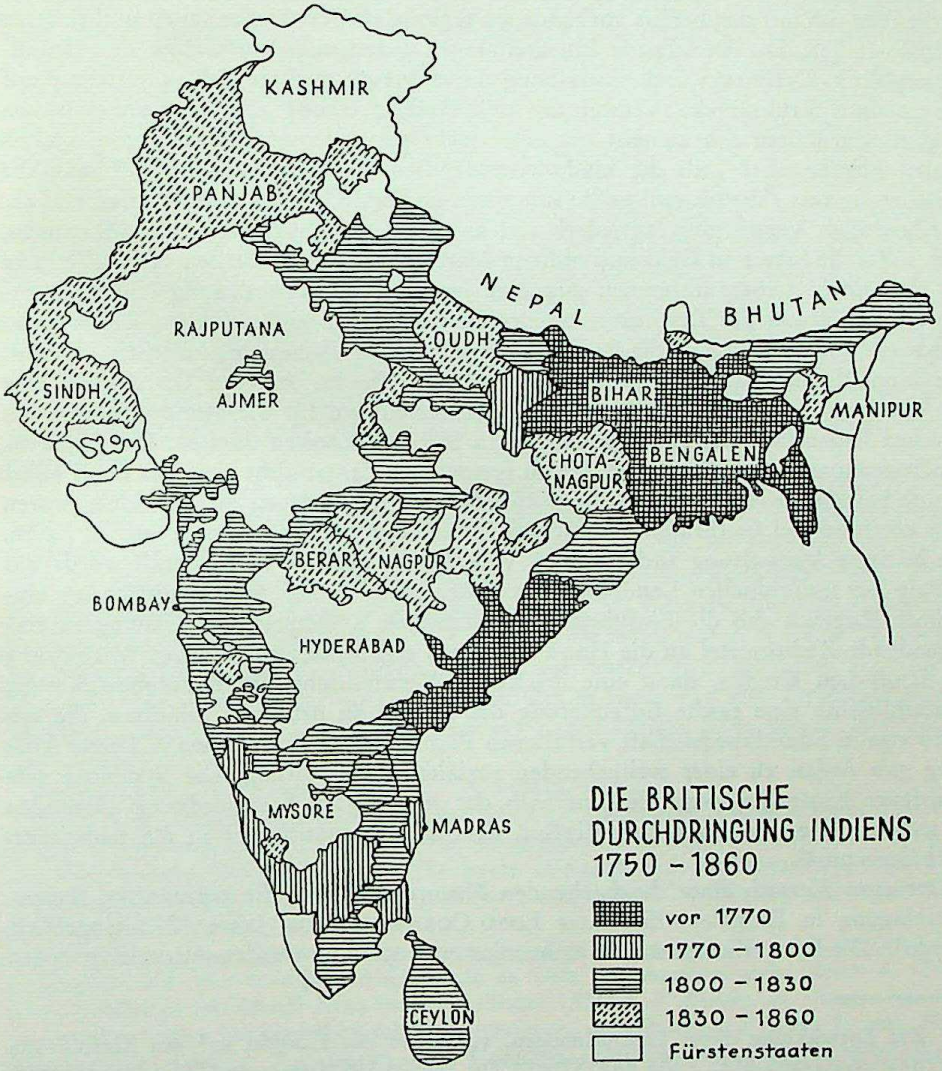
[7] Bombay kam 1661 als Mitgift der Portugiesin KATHARINA VON BRAGANZA an CHARLES II., der den ausgezeichneten Hafen im Jahre 1668 der Ostindiengesellschaft verpachtete. Vgl. WALDSCHMIDT, op. cit., S. 229.

[8] Zur Eroberungspolitik dieser Epoche siehe H. T. LAMBRICK, Sir Charles Napier and Sind, Oxford 1952.

[9] Zur Annexionspolitik des Generalgouverneurs LORD DALHOUSIE siehe C. C. DAVIES, An Historical Atlas of the Indian Peninsula, Oxford, 1959, S. 66—67.

[10] DAVIES, op. cit., S. 64 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh



CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

die sich daraus ergaben, brauchten Jahrzehnte der Einführung und Konsolidierung. Die politische Willensbildung der britischen Kolonialherren war im Laufe dieser Zeit auch einem Wandel unterworfen, und so überlagerten sich sozusagen Eroberungsphasen, Durchdringungsphasen und die Phasen vorherrschender politischer Lehrmeinungen, die die Kolonialverwaltung beeinflußten[11]. Diese von außen herangetragenen Einflüsse verbanden sich mit den bereits vorhandenen regionalen Verschiedenheiten und prägten Britisch-Indien. Die wichtigsten Entscheidungen fielen auf dem Gebiet der Grundsteuerpolitik. Definition und Eintreibung dieser Steuer wirkten sich unmittelbar auf die gesamte Struktur der Verwaltung und Rechtsprechung aus. Die einheimischen Regierungen hatten sich zumeist mit einer mehr oder weniger wirkungsvoll organisierten Abgabe eines Teils der landwirtschaftlichen Produkte begnügt[12]. Eine solche Besteuerung war elastisch und paßte sich guten und schlechten Jahren entsprechend an. Der britischen Verwaltung lag jedoch viel an einem regelmäßigen Steueraufkommen, auch sollte die Steuer in Geld und nicht in Naturalien bezahlt werden. Voraussetzung für ein solches Steueraufkommen war eine genaue Steuerveranlagung und eine eindeutige Festlegung der Eigentumsverhältnisse. Unter den einheimischen Regierungen wurde oft von Fall zu Fall die Besteuerung mit ganzen Gemeinden kollektiv geregelt. Die Moghulregierung ernannte Steuereinnehmer, die im Auftrag des Staates eine gewisse Grundrente in ihrem Amtsbereich kassierten und für die Mühewaltung einen gewissen Prozentsatz der so eingesammelten Steuern behalten durften. Das ländliche Kreditwesen war beschränkt, nur die zu erwartende Ernte, nicht aber das Land selbst konnte beliehen werden. Die Rechtsmittel der Gläubiger gegen die Schuldner waren auch entsprechend beschränkt. Schuldhaft, Pfändung und Ausweisung gab es kaum. Die britische Verwaltung änderte diese Verhältnisse radikal. Fast überall wurde das Prinzip des individuellen Landbesitzes und der individuellen Steuerveranlagung eingeführt. Zugleich gab die Einführung der britischen Rechtsprechung Gläubigern einschneidende Rechtsmittel an die Hand[13]. Daraus ergab sich zunächst eine Ausweitung des ländlichen Kredits, dann eine drückende Verschuldung der Bauernbevölkerung und schließlich eine rasche Entäußerung des Landes an neureiche Schichten, die das Land von in Schuldknechtschaft verfallenen Pächtern bearbeiten ließen[14]. Dieser Vorgang gab Anlaß zu einer weitgehenden sozialen Umschichtung. Die Symbiose verschiedener Kastengruppen, die innerhalb der integrierten Sozialordnung bestanden hatte, wandelte sich unter dem Einfluß der neuen Situation oft in ein parasitäres Verhältnis um[15].

Der erste Versuch einer durchgehenden Neuordnung war die permanente Steuerveranlagung in Bengalen, die unter Lord Cornwallis im Jahre 1793 eingeführt wurde[16]. Die Steuereinnehmer der einheimischen Regierung wurden unter dieser neuen

---

[11] Zur Entwicklung dieser Lehrmeinungen, vor allem mit Hinsicht auf den Einfluß von Bentham und James Mill siehe Eric Stokes, The English Utilitarians and India, Oxford 1959.

[12] Mookerji, op cit., S. 41—43.

[13] Stokes, op cit., S. 118—119.

[14] Raymond West, The Land and the Law in India, Bombay 1873, siehe auch ausführliche Behandlung dieses Themas im zweiten Teil dieses Kapitels.

[15] Zur Entstehung einer „plural society", in der der Typ des „economic man" sozusagen im reinen Zustand auftritt, siehe J. S. Furnivall, Colonial Policy and Practice — A comparative study of Burma and Netherlands India, Cambridge 1948.

[16] Mookerji, Land System, S. 75 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Regelung zu Großgrundbesitzern, und die Bauern ihres Amtsbereichs zu ihren Pächtern. Da die Steuer nie erhöht werden konnte, kamen der Wertzuwachs des Bodens und die Erhöhung der Einnahmen durch die Urbarmachung von Brachland uneingeschränkt den Großgrundbesitzern zugute[17]. Die britische Verwaltung hoffte, daß auf diese Weise ein solider Landadel entstehen würde, auf den sich die Regierung jederzeit verlassen konnte, der sich zudem für eine Verbesserung der Landwirtschaft einsetzen dürfte und schließlich durch eine gesunde Kapitalabschöpfung aus der Landwirtschaft Mittel zur Verfügung haben würde, um das Wirtschaftsleben der Provinz zu finanzieren[18]. Die Regelung bedeutete zugleich eine wesentliche Vereinfachung der Verwaltungsaufgaben, da man auf ein engmaschiges Netz von britischen Steuereinnehmern verzichten konnte und sich auch nicht um die mühevolle Arbeit periodischer Steuerveranlagungen zu kümmern brauchte[19]. Der „Landadel", der auf diese Weise entstand, war jedoch nicht so solide, wie man das erhofft hatte. Das Land geriet fast ausnahmslos in die Hände der schreibkundigen Kasten der Brahmanen (Namen wie Mukerjee, Bannerjee, Chatterjee, etc.) und Kayasthas (Namen wie Bose, Ghosh, etc.)[20], die jedoch meist nicht auf dem Lande blieben, sondern ihren Besitz an andere Kastengenossen verpachteten, sich in Kalkutta niederließen, sich dort die westliche Bildung aneigneten und in den freien Berufen glänzten. Jede Werterhöhung des Bodens, die ja aufgrund der permanenten Steuerveranlagung nicht vom Staat abgeschöpft wurde, ermöglichte es einer neuen Schicht von Unterpächtern, nach Kalkutta oder in die Kreisstädte abzuwandern.

Die Brahmanen und Kayasthas waren zwar in Bengalen nie unbedeutend gewesen, aber unter früheren Regierungen hatten sie doch nur bescheidene Verwaltungsposten bekleidet (Kayasthas) oder sich der Lehre und dem Opferdienst (Brahmanen) gewidmet. Sie gehörten auch nicht zu den ersten Schichten, die durch die Berührung mit der europäischen Macht an Bedeutung gewannen. Als die britische Ostindiengesellschaft noch im Kommissionsgeschäft indische Textilien aufkaufte, waren es einige prominente Familien der Weberkaste, die durch den Kontakt mit den Briten zu Reichtum und Ansehen kamen[21]. Der Aufstieg der Kayasthas und Brahmanen war also durchaus neueren Datums, und sie verdankten diesen Aufstieg hauptsächlich ihrer raschen Einfühlung

---

[17] MOOKERJEE, Land System, S. 106. [18] STOKES, op. cit., S. 5—6.

[19] Die weitmaschige Organisation der britischen Verwaltung in Bengalen wurde später oft als ein Mangel empfunden. Es bestand sehr wenig Kontakt zwischen der Provinzbevölkerung und den Beamten. Die Regierungsbezirke waren übergroß und der Beamtenstab sehr klein. Siehe die Schilderung der Verwaltungsorganisation in Bengal District Administration Committee Report 1913—14, Teil 2, Kap. 3.

[20] Mitglieder dieser Kastengruppen kamen vor allem als Agenten *(Banians)* der Ostindiengesellschaft und ihrer korrupten Angestellten zu Geld und Ansehen, siehe hierzu A. GUPTA (ed.), Studies in the Bengal Renaissance, Kalkutta 1958, S. 7. Bereits im Dienste britischer Angestellter hatten sie Steuerkontrakte übernommen, siehe MOOKERJI, Land System, S. 67. Die Reorganisation der Verwaltung unter CORNWALLIS dämmte die Wirkungsmöglichkeiten solcher Agenten sehr ein, während seine permanente Grundsteuerveranlagung die Investitionen in Landbesitz verlockend machte. Die Umwandlung des *Banian* in den *Zamindar* (Grundbesitzer) lag daher nahe.

[21] Siehe hierzu DR. BENOY GHOSE „Some Old Family Founders in 18th century Calcutta", in BENGAL PAST AND PRESENT, Vol. 79, Teil I, Nr. 147 S. 42 ff. Die einflußreichen Makler der Weberkaste arbeiteten nach dem *dadny* (Auftrag) System, das jedoch im Jahre 1741 durch das *gomashta* (Agenten) System abgelöst wurde, d. h. die Ostindiengesellschaft erteilte nicht mehr vorfinanzierte Aufträge an die Weber, sondern sandte Aufkäufer aus.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

in die Rechtsprechung und das Verwaltungswesen der britischen Machthaber. Sie bildeten bald in Bengalen eine Art Gesellschaft, für die sich die Bezeichnung *Bhadralok* — Leute aus gutem Hause — einbürgerte. Die Maßnahme des Lord Cornwallis schuf also nicht eigentlich die Grundlage für einen bengalischen Landadel, sondern für eine parasitäre bürgerliche Gesellschaft, eine Pseudobourgeoisie, die nicht mehr in Handel und Gewerbe verankert war, sondern von der Grundrente lebte und ihre Stellung durch die Kenntnis des Verwaltungswesens und der Jurisprudenz festigte, eine Gesellschaft, die verstädterte und doch nicht eigentlich an der Stadt als Gemeinwesen interessiert war. Die anderen Regionen Indiens wurden zumeist von einem völlig anderen System geprägt, das der energische Verwaltungsbeamte Thomas Munro[22] in den Jahren 1800—1807 zunächst in den Bezirken eingeführt hatte, die der Nizam von Hyderabad den Briten abgetreten hatte[23]. Munro war auch dem Prinzip verpflichtet, daß der Grundbesitz individueller Privatbesitz sein solle und er wollte, wie Cornwallis, eine permanente Steuerveranlagung durchführen, aber er legte das Steueraufkommen für jeden einzelnen Acker fest und sah zu, daß der Bauer, der den Boden bearbeitete, für die Steuerzahlung verantwortlich gemacht wurde. Man nannte dieses System das *Ryotwari*-System (*ryot* = Bauer)[24].

Das System ließ schließlich doch keine permanente Steuerveranlagung zu und mußte oft Jahr für Jahr durch Steuererlaß den Schwankungen der Ernte angepaßt werden[25]. Von dieser Anpassung zur periodischen Erhöhung der Steuern war dann nur ein kleiner Schritt. Es kam hinzu, daß eine ganze Generation jünger Verwaltungsbeamter unter dem Einfluß der Lehren von Malthus, Ricardo und James Mill zu der Anschauung bekehrt wurde, daß die Grundrente, die mit der Werterhöhung des Bodens in ständig größerem Maße dem Grundbesitzer zufließt, ein völlig unverdienter Gewinn sei, der aus sozialen Gründen nicht vertretbar, ja geradezu schädlich sei und daher vom Staat durch eine entsprechende Steuererhöhung völlig in Anspruch genommen werden müsse[26]. Man wies darauf hin, daß ja theoretisch in Indien der Staat schon immer der alleinige Grundbesitzer gewesen sei und daher die ganze Grundrente mit Recht beanspruchen dürfe[27]. Thomas Munro, von 1819—1827 Gouverneur von Madras, und Mountstuart Elphinstone, der in den gleichen Jahren Gouverneur von Bombay und daher für die Neugestaltung des Verwaltungswesens in den Gebieten, die man gerade den Mahratten abgewonnen hatte, verantwortlich war, setzten sich beide voll und ganz für das *Ryotwari*-System ein[28]. Die Sozialstruktur dieser beiden großen Regionen entwickelte sich daher ganz anders als die Bengalens. Es bildete sich keine *Bhadralok*-Gesellschaft. Die Verwaltungsorgane des Kolonialstaates erfaßten diese Regionen viel intensiver als Bengalen. Die Ausweitung des ländlichen Kreditwesens, die hier der Einführung des Prinzips des Privateigentums für den einzelnen Bauernhof folgte, zog zumeist ortsfremde Wucherer herbei. In der Provinz Bombay waren dies vor allem die rücksichtslosen *Marwaris* aus der Steppe

[22] Thomas Munro, 1761—1827, siehe Maj. Gen. Sir Thomas Munro, Selections from his Minutes and other Official Writings, 2 Vols., London 1881 (ed. Sir Alexander Arbuthnot).

[23] Die Bezirke Bellary und Cuddapah, siehe hierzu Munro, op. cit., Vol. I, S. 109 f., Vol. II, S. 371 ff.

[24] Siehe hierzu B. H. Baden-Powell, The Land Systems of British India, 3 vols., Oxford 1892; zum Ryotwari-System siehe Vol. III, S. 5, 35 ff., 43 (Munro), S. 210 ff. (Ryotwari in Bombay). [25] Stokes, op. cit., S. 84. [26] Ibid., S. 88 ff.

[27] Radharomon Mookerjee, Occupancy Right, Kalkutta 1919, S. 3; Stokes, op. cit., S. 92.

[28] Stokes, op. cit., S. 148.

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

Rajputanas[29]. Diese hartgesottenen Wucherer verband nicht mehr die integrierte Sozialordnung mit ihren Schuldnern, sie standen ihnen nur als unerbittliche Gläubiger gegenüber[30].

Die Brahmanen, besonders die Untergruppe der *Chitpavan*-Brahmanen, die unter der Herrschaft der *Peshwas* fast alle wichtigen Verwaltungsposten innehatten, wurden von der Kolonialmacht zunächst um ihre Vorrangstellung gebracht, aber sie wandten sich strebsam und ehrgeizig bald der neuen westlichen Bildung zu und errangen auf diese Weise rasch wieder einflußreiche Positionen. Die *Chitpavan*-Brahmanen stammten aus dem Ratnagiri-Bezirk an der Westküste südlich der Stadt Bombay. Sie waren von Hause aus meist arm, intelligent und ehrgeizig und fanden rasch den Weg nach Poona oder Bombay. Poona wurde recht eigentlich ihr Hauptquartier. In Bombay waren sie nur eine der vielen einflußreichen Gruppen. Diese Stadt war die einzige in Indien, die gewissermaßen eine bürgerliche Gesellschaft aufweisen konnte, da Gujaratis und Parsen zusammen mit britischen Handelspartnern hier ein in Handel und Gewerbe verankertes Gemeinwesen aufgebaut hatten. Kalkutta blieb bis ins 20. Jahrhundert hinein eine Stadt geschlossener Gesellschaften, die fast kaum Berührungspunkte hatten. *Bhadralok*-Bengalen, zugewanderte *Marwaris* und eine große europäische Kolonie lebten in Kalkutta nebeneinander her. In Bombay wurde diese Isolierung schon frühzeitig weitgehend vermieden. Britische und indische Geschäftsleute taten sich zusammen, verschiedene Kasten und Gruppen kamen in Kontakt miteinander[31]. Die Parsen waren in vieler Hinsicht die Mittler, die diese Kontakte ermöglichten. Ursprünglich waren die Parsen vor mohammedanischer Verfolgung aus ihrem persischen Heimatland nach Gujarat geflohen, wo ihnen Hindufürsten Asyl gewährten[32]. Sie hielten an der Religion des *Zarathustra* fest, übernahmen jedoch *Gujarati* als Umgangssprache. Als kleine Religionsgemeinschaft bewahrten sie sich ein starkes Solidaritätsgefühl; als Gäste im fremden Land entwickelten sie eine erstaunliche Anpassungsfähigkeit. Diese Eigenschaften kamen ihnen unter dem Einfluß der Verstädterung und im Kontakt mit der britischen Kolonialmacht sehr zugute. Sie wurden geradezu britische Gujaratis, ohne doch je ihr selbstbewußtes und eigenständiges Parsentum zu verleugnen. Man könnte sie als den Idealtyp einer exponierten Minderheit bezeichnen, während die Chitpavan-Brahmanen den Typ der dominanten Minderheit repräsentieren. Exponierte Minderheiten haben in der indischen Geschichte eine wichtige Rolle gespielt. Sie waren zumeist nicht ortsansässig aber anpassungsfähig, durch Brauch und Sitte von ihrer Umgebung isoliert, aber selbstbewußt und aktiv und daher einflußreich. Sie konnten sich leicht zum Sprecher für die befangenere oder nicht genügend organisierte Mehrheit aufwerfen, aber sich nicht eigentlich mit ihr identifizieren. Exponierte Minderheiten waren daher ideale Mittler. Außer den Parsen waren vor allem die *Saraswat*-Brahmanen[33] des Südens und die

---

[29] Report of the Committee on the Riots in Poona and Ahmednagar 1875, Bombay 1876.

[30] ibid., Vol. II, Appendix, Deposition of convicted rioters.

[31] Siehe R. P. Masani, Dadabhai Naoroji, New Delhi 1960.

[32] Ibid., S. 3 ff. Navsari in Gujarat war die Hauptsiedlung der Parsen, siehe auch D. V. Kirtane et al., Indian Worthies, S. 67 (über J. N. Tata).

[33] Die *Saraswat-Brahmanen* sind ihrer Tradition zufolge aus Kashmir geflohen, um den Mohammedanern zu entgehen. Sie bauten dann die Tempel ihrer Gottheiten in Goa wieder auf, zogen später aber von dort, um der Inquisition zu entgehen, in die Bezirke von Nord- und Süd-Kanara. Noch gegen Ende des 19. Jahrhunderts lebten die meisten Mitglieder der Kastengruppe in diesen Bezirken, im Laufe des 20. Jahrhunderts wanderten sie jedoch fast

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

aus Kashmir ausgewanderten Kashmir-Brahmanen[34] der nordindischen Städte typische Beispiele sehr aktiver exponierter Minderheiten. Unter dem Einfluß des Westens neigten diese exponierten Minderheiten der sozialen Emanzipation zu, doch das indische Kastensystem warf sie sozusagen auf sich selbst zurück und schuf so das seltsame Paradoxon emanzipierter Gemeinschaften. Die eigentümliche Rolle der exponierten Minderheiten wurde durch diese paradoxe Entwicklung jedoch nur noch stärker ausgeprägt. Die dominanten Minderheiten von der Art der *Chipavan*-Brahmanen Maharaschtras oder der *Bhadralok* Bengalens waren viel enger mit der Region verbunden, der sie angehörten und mit deren Kultur sie sich identifizierten. Sie sahen sich als die eigentlichen Kulturträger ihrer Region und hielten es für selbstverständlich, daß die Mehrheit ihrem tonangebenden Einfluß folgte. Die Spannung, Zusammenarbeit und gegenseitige Beeinflussung exponierter und dominanter Minderheiten war für die politische Willensbildung in Indien von entscheidender Bedeutung. Sie entwickelte sich zunächst auf regionaler, dann auf nationaler Ebene und strahlte schließlich auf die internationale Ebene aus.

In anderen Regionen Indiens waren die sozialen Grundstrukturen nicht so eindeutig wie in Bengalen und in der Provinz Bombay. In der Provinz Madras hatten die *Tamil*-Brahmanen[35] eine Stellung, die teils der einer exponierten, teils der einer dominanten Minderheit entsprach. Sie waren schon vor vielen Jahrhunderten in dieses Gebiet eingewandert und konnten sich mit Recht als einflußreiche Kulturträger betrachten. Sie blieben jedoch auch deutlich isoliert und hatten nie die herrschende Stellung in ihrer Region inne, die die *Chitpavan*-Brahmanen unter den *Peshwas* in Maharaschtra gewonnen hatten. Aufgrund des *Ryotwari*-Systems gewährte ihnen die britische Herrschaft zwar nicht jenen wirtschaftlichen Machtzuwachs, durch den die *Bhadralok* Bengalens emporgestiegen waren, sie wandten sich aber auch der westlichen Bildung zu und monopolisierten bald fast alle Verwaltungsposten in Südindien.

In Nordindien waren die mohammedanischen Großgrundbesitzer und andere, die unter der Moghulherrschaft wichtige Stellungen bekleidet hatten, weiterhin von Bedeutung. Die großen Provinzen der Gangesebene von Agra und Oudh bis hin nach Benares zerfielen jedoch in verschiedene Teilregionen, die durch historische Unterschiede und verschiedene Systeme der britischen Steuerveranlagung geprägt waren. Die dominante Minderheit in diesen Gebieten waren die aus dem Westen eingewanderten Rajputen[36]. Ein großer Teil der einflußreichen Rajputenfamilien war zum Islam übergetreten, und so war diese Minderheit der großen Grundbesitzer in Hindu-Rajputen und Moslem-Rajputen gespalten. Eine weitere dominante Kastengruppe waren die Kayasthas[37], die unter dem Moghulregime fast alle wichtigen Verwaltungsposten bekleideten, und, obwohl sie Hindus waren, doch weitgehend von der persischen Hofsprache und islamischen Kultur Nordindiens beeinflußt waren. Das

---

alle nach Bombay ab und verstädterten. Siehe hierzu The Chitrapur Saraswat Census Report and Directory, Bombay 1956.

[34] Die Kashmir-Brahmanen, zu denen u. a. die Familie NEHRU gehört, wanderten zumeist auf der Suche nach Anstellungen im Fürstendienst aus Kashmir in die Städte der nordindischen Ebene ab (Lahore, Agra, Delhi, Lucknow, Allahabad). Siehe hierzu JAWAHARLAL NEHRU, An Autobiography, London 1958, S. 1—6, ferner C. L. PAREKH, Eminent Indians, Bombay 1892, S. 441 f und S. 491 über PANDIT AYODHYANATH und PANDIT B. N. DHAR.

[35] Siehe B. N. NAIR, The Dynamic Brahmin, Bombay 1959.

[36] WALDSCHMIDT et. al., Geschichte Asiens, S. 200 ff.

[37] G. S. GHURYE, Caste and Class in India, 3. Aufl., Bombay 1958, S. 177.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

gleiche galt von der exponierten Minderheit der Kashmir-Brahmanen, die auch tief von der islamischen Kultur Nordindiens beeinflußt waren, aber dennoch ihre Eigenständigkeit nie verloren. Die ortsansässigen Brahmanen waren unter der mohammedanischen Herrschaft ins Hintertreffen geraten. Die verschiedenartige Regelung der Steuerveranlagung und des Grundbesitzes schuf in dieser großen Nordprovinz deutlich erkennbare Unterschiede, die noch bis ins 20. Jahrhundert hinein die politische und soziale Struktur dieser Gegend bestimmten. In den Bezirken um Benares war, wie in Bengalen, eine Art permanenter Steuerveranlagung eingeführt worden. Dort entstand jedoch nicht eine *Bhadralok*-Gesellschaft, sondern eher eine Art Landadel. In den nach der Jahrhundertwende erworbenen Bezirken zwischen Benares und Agra wurde weder eine permanente Steuerveranlagung noch ein *Ryotwari*-System eingeführt, sondern eine kollektive Besteuerung der ganzen Dorfgemeinde in Anlehnung an ältere einheimische Methoden[38]. Auch hier galt jedoch dann die britische Rechtsprechung und das Prinzip des privaten Grundeigentums, und es traten Mittelsmänner auf, die zumeist der Händlerkaste angehörten und sich nach und nach in Grundbesitzer verwandelten. Die Provinz Oudh verblieb bis 1856 unter einheimischer Herrschaft. Sie wurde von einem *Nawab*, also von einem Statthalter des Großmoghuls regiert, der sich durch Schutzverträge mit den Briten noch recht lange seine Selbständigkeit erhalten hatte. Seine Hintersassen waren die großen *Taluqdars*, zumeist Hindu- und Moslem-Rajputen, die jeweils für die Verwaltung und das Steueraufkommen einer *Taluqa* (Landkreis) verantwortlich waren. Als die Briten im Jahre 1856 den *Nawab* absetzten und Oudh annektierten, ergriff die britische Rechtsprechung und das Prinzip des privaten Grundbesitzes auch dieses Gebiet. Der soziale Umbruch, der dadurch veranlaßt wurde, führte unmittelbar zu dem großen Aufstand von 1857. Es schlossen sich dem Aufstand zwar auch Teile der in Nordindien stationierten bengalischen Armee und etliche unzufriedene Fürsten an, aber der eigentliche Unruheherd war Oudh[39]. Die Bauernbevölkerung schlug sich auf die Seite der *Taluqdars*. Hier und da richtete sich der Angriff nicht nur gegen die britischen Kolonialherren, sondern auch gegen neureiche Käufer verpfändeter Grundstücke. Nach der Niederwerfung des Aufstandes machten die britischen Machthaber ihren Frieden mit den *Taluqdars*. Zwar wurde der *Nawab* nicht wieder eingesetzt, aber die *Taluqdars* wurden in ihren Rechten bestätigt, ja, ihre Rechte wurden gesichert und vermehrt, da nun die riesigen Latifundien zu ihrem Privatbesitz wurden. Die Briten glaubten, daß sie sich auf diese Weise starke und verläßliche Bundesgenossen in den *Taluqdars* von Oudh erworben hatten. Doch die großen Herren verfielen bald in den süßen Halbschlaf ohnmächtiger Dekadenz. In einem Rechtsstaat waren sie als örtliche Machthaber überflüssig. Standesbewußt isolierten sie sich und sahen auf die kleineren Grundbesitzer der anderen umliegenden Gebiete herab. Auch hatten sie es nicht nötig, sich den freien Berufen zuzuwenden. So fehlte es in den Nordprovinzen recht eigentlich an einer führenden Schicht und an einer einheitlichen Grundstruktur. Im Panjab, dem fruchtbaren Fünfstromland im Nordwesten, das die Briten im Jahre 1849 erobert hatten, waren die Verhältnisse ähnlich kompliziert. Dieses wichtige Gebiet stand im 18. Jahrhundert noch nominell unter der Oberhoheit des Großmoghuls, in Wirklichkeit herrschte hier aber der Einfluß des Afghanen Ahmad Shah Durrani; auch die

---

[38] Stokes, op. cit., S. 85.

[39] Siehe Major Evans Bell, Retrospects and Prospects of Indian Policy, London 1862, S. 46 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Mahratten und Rajputen hatten ihre Einflußsphären. Langsam erstarkte jedoch die militärische Macht und der politische Wille der Sikhs, die sich zunächst in mehreren regionalen Verbänden *(misl)* zusammentaten und schließlich in MAHARAJA RANJIT SINGH einen überragenden Führer fanden, dem es gelang, in den Jahren von 1799 bis zu einem Tode, im Jahre 1839, das ganze Fünfstromland unter seiner Herrschaft zu einigen[40]. Die Sikhs sind eine Sekte, die sich auf die volkstümliche *Bhaktimystik* mit einer Beimischung islamischer Strenge gründet. Sie steht den Hindus des Panjab sehr nahe. Nicht selten sind einige Mitglieder ein und derselben Familie Sikhs und andere Hindus. Die Sikhs rekrutieren sich hauptsächlich aus der Kaste der Khatris und der Bauernkaste der Jats. Theoretisch erkennen die Sikhs keine Kastenunterschiede an, praktisch sind diese Unterschiede aber auch innerhalb der Sekte noch von großer Bedeutung. Zur Zeit RANJIT SINGHS waren die Sikhs zweifellos die dominante Minderheit im Panjab; nach seinem Tode zerfiel die Einheit des Staates, und erst die Eroberung des Fünfstromlandes durch die Briten stellte die Einheit der Region wieder her. Kaum waren die Sikhs unterworfen, so stellten sie sich loyal auf die Seite der neuen Herren, und ohne die Sikhtruppen wäre es den Briten kaum möglich gewesen, den nordindischen Aufstand von 1857 zu unterdrücken. Auch künftig stellten die Sikhs den größten Teil der britisch-indischen Armee. Für viele Sikh-Familien im Panjab wurde das Einkommen aus der Landwirtschaft durch den Sold der Söhne in der Armee wesentlich aufgebessert. Politisch entmachtete jedoch die britische Eroberung die Sikhs, und da sie sich auch nicht sehr rasch der westlichen Bildung zuwandten, verloren sie weitgehend ihren tonangebenden Einfluß. Der Westteil des Panjab war fast ausschließlich von Mohammedanern besiedelt. Die Großgrundbesitzer dieser Gegend reagierten ähnlich wie die *Taluqdars* von Oudh. Im Ost-Panjab lebten zumeist Hindu-Jats, ein kräftiges und genügsames Bauernvolk. Die Brahmanen des Panjab spielten schon seit Jahrhunderten keine führende Rolle mehr, da das Gebiet allzulange unter mohammedanischem Einfluß gestanden hatte. Die wendigsten Gruppen waren die Händlerkasten der *Khatris* und *Aroras,* die sich denn auch bald unter der neuen Herrschaft emporarbeiteten, aber doch nie den Rang einer dominanten Minderheit erwerben konnten[41]. Im Panjab war daher weitmehr als in jeder anderen Provinz der britische Verwaltungsdienst die tonangebende Schicht. Die britischen Beamten im Panjab fühlten sich geradezu als die Aristokraten des gesamten Kolonialreiches.

Auch im Panjab war eine Art *Ryotwari*-Steuerveranlagung durchgeführt worden, die den Verwaltungsbeamten mit der Bauernbevölkerung in Berührung brachte, und hier wie überall sah sich der britische Bürokrat gern in der Rolle des Beschützers der einfachen Bauernschaft.

Die soziale Revolution, die sich aus der Einführung des Rechtes der freien Veräußerung des Grundeigentums ergab, erfaßte im Laufe des 19. Jahrhunderts eine Region Indiens nach der anderen, und die britischen Verwaltungsbeamten sahen erst nur langsam und dann immer deutlicher die Konturen einer bedrohlichen Entwicklung sich abzeichnen, die nur mit einem Zusammenbruch der alten Ordnung und damit auch mit einer Unterhöhlung der britischen Herrschaft enden konnte. Die Verschuldung der Bauernschaft und der Übergang des Grundbesitzes in die Hände von Wucherern und *homines novi* machte sich zumeist erst eine Generation nach der Ein-

---

[40] G. NARANG, The Transformation of Sikhism, 4. Aufl., Delhi 1956.

[41] P. TANDON, Punjabi Century, London 1962.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

führung des neuen Rechtssystems bemerkbar. Der Unterschied der älteren Provinzen zu den sogenannten *Non-Regulation* Gebieten, in denen das britisch-indische Rechtssystem nicht sofort in seiner ganzen Differenziertheit eingeführt worden war, spielte hierbei auch eine Rolle[42]. Es ergab sich also ein kompliziertes Muster eines nach Regionen und Generationen unterteilten Wandlungsprozesses. Die ersten Anzeichen des Überganges des Grundbesitzes von den alten an neue Besitzer wurde im Rahmen der herrschenden britischen Wirtschaftstheorien der Zeit sogar als ein Zeichen des Fortschrittes begrüßt[43]. Die Geschwindigkeit dieses Prozesses stimmte allerdings bedenklich. Kurz nach dem großen Aufstand von 1857/58 teilten die Grundbesitzer des gerade annektierten Oudh einem britischen Beamten mit, daß in der bereits im Jahre 1801 von den Briten übernommenen Hälfte des Fürstentums Oudh viermal soviel alte Familien im Laufe von 50 Jahren ruiniert worden seien wie in dem unter indischer Herrschaft befindlichen Teil[44]. Die britisch-indische Regierung versuchte daher, nach dem Aufstand zunächst die großen Grundbesitzer zu versöhnen und zu sichern, um sich auf sie verlassen zu können. Aber man revidierte darum noch nicht alle Anschauungen der britisch-indischen Verwaltung auf dem Gebiet des Grundbesitzrechtes und der Veräußerung ererbten Landes. Ganz im Gegenteil, in manchen Regionen wurden die Prinzipien des privaten Grundbesitzes und der freien Verfügbarkeit erst nach 1860 eingeführt[45]. Erst Hungersnöte und Bauernaufstände gegen die Wucherer setzten die Maschinerie offizieller Beratungen und statistischer Erhebungen in Bewegung. Ein Überblick zeigte, daß einige Regionen besonders gefährdet waren. Auf dem Dekkan hatte die Hochkonjunktur des Baumwollexports zur Zeit des amerikanischen Bürgerkrieges, da Indien die Südstaaten Amerikas als Baumwolllieferant ersetzte, zu einer übermäßigen Ausweitung des Kredits und damit zu einer raschen Verschuldung geführt, die sich wenige Jahre später unangenehm bemerkbar machte. Die alten Geldleiher örtlicher Herkunft, die mit ihren Kunden in einem harmonischen Verhältnis standen, waren durch habsüchtige *Marwaris* abgelöst worden, die sich fast ausschließlich auf die britisch-indischen Gerichte bei ihren Schuldeintreibungen verließen und damit sich selbst und auch die Gerichte unbeliebt machten[46]. Es kam hinzu, daß man bei der Revision der Steuerveranlagung in diesen Jahren die vermehrte Zahlungsfähigkeit der Bauern aufgrund der Konjunkturpreise mit einkalkuliert hatte, so daß die erhöhten Steuern nach dem Abflauen der Konjunktur als drückend empfunden werden mußten. Als nun die Steuern im Jahre 1875 wieder einmal fällig wurden, wandten sich die Bauern an die Geldleiher. Doch diese lehnten weitere Kredite ab, da ihnen das verpfändete Land und die Ernte bereits sicher waren, denn aufgrund der geltenden Gesetze wurde für nicht gezahlte Steuern nur die bewegliche Habe des Bauern, nicht aber sein Land angegriffen. Die Geldleiher sahen sich daher nicht genötigt, die Bauern aus dieser Zwangslage zu befreien, und es kam schließlich zu Unruhen und Aufständen, bei denen etliche Wucherer ermordet wurden[47]. Die Rache am Wucherer wurde notwendigerweise auch zum Widerstand ge-

---

[42] Sir Richard Temple, India in 1880, London 1881, S. 189.

[43] Stokes, op. cit., S. 119 f.

[44] Government of India, Revenue and Agriculture Proceedings, Oktober 1895, Pro. No. 72—73, File No. 75 of 1895, S. 147.

[45] Ibid., Anhang, Note on the Case for Action, S. 50 ff.

[46] Report of the Famine Commission, 1880, Teil II, 3. Kapitel, Sect. IV, S. 130—136.

[47] Report of the Committee on the Riots in Poona and Ahmednagar, 1875, Bombay 1876,

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

gen die Obrigkeit. Die britischen Beamten stellten bald fest, daß in Indien die soziale Unzufriedenheit leicht in den Widerstand gegen die Staatsgewalt umschlug, und sie zogen ihre Konsequenzen daraus[48]. Von den *laissez faire* - Theorien des Liberalismus wandte man sich neuen Ideen zu, die eine Rekonstruktion und Reintegration der indischen Sozialstruktur zum Ziel hatten. Schon vor den Bauernaufständen auf dem Dekkan hatte der Richter RAYMOND WEST in Bombay in seiner epochemachenden Schrift über Land und Recht in Indien den Vorschlag gemacht, das Recht zur Veräußerung ererbten Grundbesitzes drastisch zu beschränken[49]. Nach den Berichten der Kommission, die die Ursachen der Aufstände auf dem Dekkan untersucht hatte, entschloß sich jedoch die Regierung dazu, ein Gesetz zum Schutze der verschuldeten Bauern zu erlassen, daß das Einklagen von Schulden sehr erschwerte und damit den Gläubiger fast aller Rechtsmittel beraubte. Das Grundprinzip dieses Gesetzes war es, daß das Gericht in jedem Fall die Schuldverschreibungen nicht nach dem äußeren Anschein der Rechtsgültigkeit, sondern nach der Herkunft und dem Verlauf des Schuldverhältnisses beurteilen solle. Ferner wurde die freiwillige Schiedsgerichtsbarkeit und die Vermittlung zwischen Gläubigern und Schuldnern sehr betont[50]. Man glaubte, auf diese Weise dem Geist der sozialen Harmonie, der angeblich in der alten indischen Gesellschaft geherrscht haben sollte, wieder näher zu kommen. Die Weisheit des ungebildeten Volkes, die ausgleichende Funktion der *Panchayats* „umnebelte die Gehirne der Gesetzgeber dieser Generation", wie der Richter WEST nachträglich bissig bemerkte[51]. WEST war mit dieser Gesetzgebung ganz und gar nicht einverstanden, denn sie überforderte die Gerichte, die bei der Untersuchung jeder Schuldverschreibung historische und psychologische Forschungen anstellen mußten und lähmte die Gewährung von Krediten, da jeder Gläubiger befürchten mußte, im Ernstfall kein Recht zu erhalten. Für WEST lag nach wie vor der einzig richtige Weg in der Beschränkung des Rechts, ererbtes Land zu veräußern. Für ihn war die Quintessenz der alten Sozialordnung nicht so sehr die ausgleichende Weisheit der Schiedsgerichte, als vielmehr die Sicherung des Familienbesitzes[52]. Viele Verwaltungsbeamte pflichteten ihm in dieser Hinsicht bei, und einer von ihnen schrieb, daß man endlich mit der Amerikanisierung Indiens aufhören, und die von WEST vorgeschlagene Steuerveranlagung des unveräußerlichen Familienbesitzes einführen solle[53]. Dieses Prinzip bedingte jedoch die rechtliche Anerkennung noch nicht existenter, weil noch nicht geborener Eigentümer und war daher für die britische Regierung unannehmbar, denn es widersprach völlig der westlichen Vorstellung vom Vertragsrecht und von der freien Verfügbarkeit über das Privateigentum. Ein Gesetzesvorschlag dieser Art, der zunächst den Erbbesitz von adligen, und mit Ehrentiteln ausgezeichneten Familien auf diese Weise sichern sollte, wurde daher vom Staatssekretär für Indien abgelehnt[54].

---

zur Auswirkung der Steuererhöhung siehe Anhang des Berichtes, S. 10, Extract from the Report of the Poona Sarvajanik Sabha, 1873.

[48] Revenue and Agriculture Proceedings, 1895, loc. cit., S. 90.

[49] RAYMOND WEST, op. cit.

[50] Siehe hierzu Selections from the Records of the Government of India, Home Department, Nr. 352, Papers relating to the Deccan Agriculturists' Relief Act during the years 1875—1894, Vol. I, Kalkutta 1897.

[51] Ibid., S. 440—444 (SIR RAYMOND WEST).

[52] WEST, op. cit.

[53] Revenue and Agriculture Proceedings 1895, loc. cit., S. 147.

[54] Ibid., Anhang, Despatch of the Secretary of State, 26. 4. 1894.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Es wandelten sich aber auch in Großbritannien gegen Ende des 19. Jahrhunderts manche Vorstellungen, an denen zuvor nie gerüttelt worden war, und die britisch-indische Regierung konnte darauf hinweisen, daß sich mit dem Gesetz von 1892 zum Schutz der kleinen Grundbesitzer auch in England Prinzipien durchgesetzt hätten, die mit den alten Wirtschaftstheorien und dem Vertragsrecht nicht übereinstimmten und dennoch von beiden politischen Parteien unterstützt wurden[55]. Diese Entwicklungen in England waren von größter Wichtigkeit für den Wandel der Ideen der britisch-indischen Bürokratie, denn WEST hatte mit Recht betont, daß sich nur solche Maßnahmen auf die Dauer in Indien durchsetzen können, die mit englischem Denken und englischen Gewohnheiten übereinstimmen, denn anders sei eine Kontinuität der Verwaltung und eine Einmütigkeit des britischen Beamtentums in Indien ja gar nicht möglich[56]. WEST deutete hier eine ähnliche Abhängigkeit auf dem Gebiet der Verwaltung an wie MORLEY sie später auf dem Gebiet der Verfassungsreform betonen sollte[57].

Die beiden Grundsätze der Ausgleichsfunktion und der klaren Definition und Sicherung bestimmter Interessen, die in der Gesetzgebung zur Erleichterung des Loses der Bauern des Dekkan einerseits und in der Denkschrift WESTS andererseits zum Ausdruck gekommen waren, spielten von nun an in der Vorstellungswelt des britisch-indischen Verwaltungsbeamtentums in der einen oder anderen Form eine wichtige Rolle. Manchmal wurden sie als Gegensätze empfunden, oft aber ergänzten sie sich. Zunächst blieben sie auf Fragen des Grundbesitzes beschränkt, später tauchten sie in ähnlicher Form auch in den Auseinandersetzungen um die Verfassungsreform auf. Die Kombination dieser Grundsätze besagte, daß die britische Macht einen schiedsrichterlichen Ausgleich zwischen verschiedenen Interessen schafft, zugleich aber auch dazu aufgerufen ist, diese Interessen zu definieren und gegeneinander abzugrenzen. Aus der Sorge um den Zusammenbruch der alten Sozialstruktur, die auch die britische Autorität in ihrem Gefüge beheimatet hatte, erwuchs nach und nach eine neue Standortsbestimmung der britischen Ordnungsmacht.

Als Nahziel stand jedoch den Beamten in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts zunächst die Stützung der Bauernschaft, auf deren Zufriedenheit ihre Autorität beruhte, und die Abwehr der Wucherer vor Augen. Die Wucherer waren Männer ohne moralischen Einfluß, die die britische Autorität nicht unterstützen konnten, sondern ihr nur zur Last fielen und sie in Verruf brachten, indem sie sich der britischen Gerichte bedienten. Die westlich gebildeten Schichten, die den Beamten ob ihrer Kritiklust und Aufsässigkeit ein Dorn im Auge waren, schienen mit den Wucherern unter einer Decke zu stecken, denn, so schrieb DENZIL IBBETSON aus dem Panjab, man liest nicht viel über diese Probleme in der indischen Presse, und zwar, weil die meisten Schriftleiter Städter sind, die nach Anschauung und Kastenzugehörigkeit eher die Partei des Wucherers als die des Bauern ergreifen[58]. Im Panjab war die Störung des sozialen Gleichgewichts besonders akut, da diese reiche Provinz mit ihrem fruchtbaren Boden, der meist von selbständigen Bauern bearbeitet wurde, einer ungestümen Kreditausweitung besonders gute Möglichkeiten bot. Hatte auf dem Dekkan der Verfall der alten Sozialstruktur in Verbindung mit der Baumwollkonjunktur

---

[55] Revenue and Agriculture Proceedings 1895, loc. cit., S. 236.
[56] Selections, Nr. 352, loc. cit., S. 440.
[57] Vergleiche Fußnote Nr. 68 im 4. Kapitel, S. 54.
[58] Revenue and Agriculture Proceedings 1895, loc. cit., S. 94.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

zu einer plötzlichen scharfen Krise geführt, so schien im Panjab geradezu eine Lawine ins Rollen gekommen zu sein. Es kam hinzu, daß im West-Panjab die Gläubiger zugewanderte Hindus, und die Schuldner mohammedanische Bauern waren[59]. Im Süden und Westen der Vereinten Provinzen machten sich ähnliche Erscheinungen bemerkbar. Die Anzahl der Veräußerungen von Landbesitz war dort enorm gestiegen, und während vor dem großen Aufstand nur 10 % des Landes im Besitz von Geldleihern war, besaßen sie 1873 schon mehr als 25 %. Im Bezirk Moradabad war nahezu die Hälfte des Bezirkes von 1851 bis 1881 veräußert worden[60]. Im benachbarten Panjab hatte die Entwicklung viel später eingesetzt, denn die Provinz war spät erobert, und die Zivilprozeßordnung war erst um 1865 eingeführt worden. In den Jahren von 1866—1874 lag der jährliche Durchschnitt von Verkäufen bei 88 000 Grundeinheiten und der durch Verpfändung veräußerten Ländereien bei 143 000; im Jahre 1892 waren diese Zahlen auf 338 000 und 549 000 pro Jahr gestiegen[61]. Denzil Ibbetson berichtete dazu, daß die Bevölkerung die britischen Gesetze nicht verstehe, sie seien mechanisch, und das Volk habe für mechanische Vorgänge solcher Art kein Verständnis. Die jetzige Generation, so warnte Ibbetson, erinnere sich noch an die unruhigen Zeiten vor der britischen Herrschaft und ließe sich daher um der Ruhe und Ordnung willen manches gefallen, die nächste Generation werde sich jedoch ganz anders benehmen[62]. Frühere Verwaltungsbeamte hatten auf die Fortschritte der Erziehung vertraut und gehofft, daß die Bauernbevölkerung lernen werde, mit den neuen Gesetzen zu leben. Doch diese Hoffnung gab man nun rasch auf. Die Bauern, so meinte man, seien nicht in der Lage, sich selber zu helfen, und es sei dringend notwendig, einzugreifen, um die Ordnung wiederherzustellen[63]. Im Panjab wollte man sich dabei auch zunächst mit einer Maßnahme nach Art der Gesetzgebung für die Bauern des Dekkan begnügen[64], doch wandte man sich schließlich einer Lösung zu, die Wests Grundsätzen entsprach. Man ging jedoch nicht ganz so weit wie West. Kritiker hatten mit Recht betont, daß Wests Vorschläge die Kreditwürdigkeit der Grundbesitzer zu sehr einschränke[65]. Anstatt die Veräußerung ganz zu unterbinden, verbot man daher nur die Veräußerung an Wucherer. Zu diesem Zweck schuf man eine neue Klassifikation. Man teilte die Bevölkerung in landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Schichten ein und stellte lange Listen auf, in denen die einzelnen Kasten und Sub-Kasten in die beiden Rubriken eingeordnet wurden. Landwirte durften an Landwirte Grundbesitz veräußern, aber nicht an solche, die der Kaste nach als nicht-landwirtschaftlich klassifiziert waren. Das Gesetz, das diese seltsame Diskriminierung einführte, trat im Jahre 1900 in Kraft[66]. Es bezeichnete den Höhepunkt der sozialen Rekonstruktionsversuche und deutete zugleich das Übergreifen auf das

---

[59] Siehe hierzu S. S. Thorburn, Musulmans and Moneylenders in the Punjab, Edinburgh 1886; ferner auch Thorburns Bericht in Government of India, Revenue and Agriculture Proceedings, Land Revenue, November 1898, Pro. No. 11.

[60] Revenue and Agriculture Proceedings 1895, loc. cit., Anhang, Note on the Case for Action, S. 10.

[61] Revenue and Agriculture Proceedings 1895, loc. cit., S. 248.

[62] Ibid., S. 104.

[63] Ibid., S. 97.

[64] Ibid., Anhang, Note of Sir James Lyall, Lt. Governor of the Punjab.

[65] Selections, Nr. 352, loc. cit., S. 396 (M. G. Ranade).

[66] Zur Vorbereitung dieser Gesetzgebung siehe Government of India, Revenue and Agriculture Proceedings, Land Revenue, November 1898, Pro. No. 3—22, ferner Punjab Revenue

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

politische Gebiet an. Da die politisch interessierten Kreise im Panjab fast sämtlich den nicht-landwirtschaftlichen Kasten angehörten, rief diese Maßnahme einen lebhaften Protest hervor, und die politische Willensbildung in dieser Region wurde so auf Jahrzehnte hinaus geprägt[67]. Die landwirtschaftlichen Kastengruppen empfanden das Gesetz als eine Anerkennung und Hebung ihres Standes[68]. Es war also der Regierung gelungen, die Interessen zu sondern und auszugleichen, und die Kräfte, die man unvorsichtigerweise geweckt hatte, zunächst einmal in ihre Schranken zu weisen.

In Bengalen, wo aufgrund der permanenten Steuerveranlagung die Spannung hauptsächlich zwischen den das Land bearbeitenden Bauern und den Gutsherren bestand, war es schon 1873 zu Bauernaufständen gekommen. Mit dem im Jahre 1885 erlassenen Gesetz zum Schutze der Pächter hatte die Regierung versucht, das Gleichgewicht wiederherzustellen[69]. Die Sicherung der Pachtstellen erhöhte wiederum die Kreditwürdigkeit der Pächter, und so machte sich der Einfluß der Geldleiher auch in Bengalen geltend. Doch blieb hier das Geldleihen im wesentlichen eine Nebenbeschäftigung der wohlhabenden Bauern, und eingewanderte Wucherer kamen kaum zum Zuge[70].

Durch die Steigerung der Preise, vor allem in den Gebieten des Juteanbaus, verdienten die Pächter sehr gut. Die Festsetzung der Pachtsummen bewirkte jedoch, daß die Grundbesitzer ihr Einkommen nicht wesentlich erhöhen konnten. Da fast jedes Stück Land durch die dauernde Weiter- und Unterverpachtung eine ganze Kette von Besitzern ernähren mußte, kehrten sich die Verhältnisse um, und anstelle der Bauernaufstände hatte die Regierung bald mit Unruhen und politisch gefährlichen Bewegungen in den Kreisen der kleinen Grundbesitzer zu rechnen[71].

Neben der sozialen Revolution, die sich aus der Veränderung der Grundbesitzverhältnisse und der Verschuldung ergab, spielte auch die Verbreitung der Eisenbahn, und die damit verbundenen Getreidespekulationen, die zu Hungersnöten führten, eine entscheidende Rolle in der Beunruhigung Indiens. Die Getreideexporte wuchsen um die Jahrhundertwende laufend an und nahmen nur in den Jahren der Hungersnot ab, doch auch in diesen Jahren wurde weiterhin Getreide ausgeführt. Ein regelrechter Getreidemarkt, der eine ausgleichende Versorgung ganz Indiens gewährleistet hätte, bestand noch nicht[72]. Der Außenhandel kam dem internen Handel zuvor, die Vorratshaltung war durch die Geldwirtschaft und die Verschuldung der Bauern reduziert, und das gesamte Wirtschafts- und Sozialgefüge war daher für Störungen sehr anfällig geworden. Vor diesem Hintergrund der wachsenden Beunruhigung, des Zerfalls der

---

and Agriculture Proceedings, Revenue, Juli 1896, Pro. No. 24—103, über die Auswirkung des Gesetzes siehe Annual Reports on the Working of the Punjab Alienation of Land Act XIII of 1900, Lahore 1901 ff., ferner auch M. L. Darling, The Punjab Peasant in Prosperity and Debt, Oxford, 4. Aufl. 1947.

[67] Zur Kritik des Gesetzes und seiner Wirkung auf die Hindus des Panjab siehe Morley Papers, Romesh Chandra Dutt an Morley, 22. 2. 1908.

[68] Annual Report on the Working of the Punjab Alienation of Land Act XIII of 1900, Lahore 1902, S. 13.

[69] Radharomon Mookerjee, op. cit., S. 97 ff.

[70] Revenue and Agriculture Proceedings 1895, loc. cit., Anhang, Letter of the Government of Bengal, 16. 1. 1894.

[71] Siehe hierzu K. B. Saha, Economics of Rural Bengal, Kalkutta 1930, S. 73 ff., ferner auch Report of the Bengal District Administration Committee, 1913/14.

[72] Siehe hierzu B. M. Bhatia, Famines in India and their Effect on Administration and

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

alten Sozialstruktur und des künstlichen Eingriffs von britischer Seite, der ein neues Gleichgewicht herstellen sollte, vollzog sich nun die geistige Auseinandersetzung mit dem Einfluß des Westens. Die Verbindung zwischen der Rezeption des westlichen Bildungseinflusses und der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes war jedoch nur indirekter Art. Die Kulturpolitik der Kolonialmacht ging durchaus nicht mit ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik Hand in Hand, schon deshalb nicht, weil die Kolonialherren die Gesamtwirkung des britischen Einflusses nicht überschauen konnten, und weil ihre Maßstäbe zur Beurteilung sozialer Phänomene unzulänglich waren. So verbreiteten die britischen Professoren in indischen Universitäten die Lehren des englischen Liberalismus, während die Bürokraten sich bereits um eine konservative Reintegration der indischen Sozialstruktur bemühten. Nur eine Korrelation läßt sich mit einiger Sicherheit feststellen: die westliche Bildung wurde vor allem von den Schichten rezipiert, die auf die eine oder andere Weise von den durch die Kolonialmacht geschaffenen Rechtszustände profitiert hatten und gerade darum im Rahmen der konservativen Reintegrationsversuche benachteiligt werden mußten. Es ergab sich auf diese Weise, daß gegen Ende des 19. Jahrhunderts der Liberalismus der westlich gebildeten Inder auf den Neo-Konservativismus der britischen Bürokraten stieß, und dieser Konflikt hatte nationale Dimensionen, da zu diesem Zeitpunkt sowohl die Rezeption der westlichen Bildung als auch die Reintegrationsversuche der Bürokratie nahezu alle Regionen Indiens erfaßt hatten.

Economic Policy, 1860—1908, Dissertation, Universität Delhi, 1959, S. 292 f., BHATIA gibt die folgenden Zahlen für Getreideexporte an: 1895/96 — 48 Mill. cwt, 1896/97 — 31 Mill. cwt, 1899/1900 — 44,3 Mill. cwt, 1900/01 — 32 Mill. cwt, 1903/04 — 76 Mill. cwt. Die Jahre 1896/97 und 1899/1900 waren eine Zeit großer Hungersnöte.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

2

Die Phasen der Aufnahme, Synthese und Rückbesinnung

Die Einwirkung der britischen Macht, die Begegnung mit dem Westen, bedeutete für die, denen sie zum Erlebnis wurde, eine Abkehr von ihrer traditionellen sozialen Rolle und die Erringung eines neuen Lebensinhalts. Die Erfahrung der westlichen Bildung brachte den Sohn in Konflikt mit dem orthodoxen Vater, und es begann eine Kette der Gegensätze. Jede Generation sah eine neue Welt vor sich, die sie zu neuen Entscheidungen aufrief.

Diese Entwicklung setzte zuerst in Bengalen ein, wo der britische Einfluß bereits gegen Ende des 18. Jahrhunderts tief und nachhaltig wirkte. Die anderen Regionen folgten aufgrund der späteren Erfassung durch die Kolonialmacht in entsprechenden Abständen nach. Da die Epochen der regionalen Ausdehnung der Kolonialmacht Phasenunterschiede von ungefähr je einer Generation aufwiesen, folgten die Entwicklungen in den einzelnen Regionen jeweils eine Generationsphase später. Die Kommunikation der Regionen untereinander, die sich ja aus der Verbreitung des westlichen Bildungswesens ergab, führte jedoch zu einer Beschleunigung und Verkürzung dieser Phasen. Zuerst hieß es noch: „Was Bengalen heute denkt, tut morgen ganz Indien"[1] — doch der Sprung vom Heute zum Morgen wurde zusehends kürzer.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren die jungen Bengalen von den Lehren des Westens begeistert. In ihrem Eifer, nicht nur das Wissen, sondern auch den Lebensstil des gebildeten Europäers aufzunehmen, ließen sie sich oft zu sinnloser Nachahmung hinreißen. Auch legten sie es darauf an, die orthodoxen Zeitgenossen zu schockieren. Sie waren nicht so reif und ausgeglichen wie ihr großer Mentor Ram Mohan Roy[2], der sich der englischen Bildung zugewandt hatte, nachdem er bereits die persische Hofsprache und das traditionelle Sanskrit beherrschte. Roy wäre in jedem Land und in jeder Epoche eine Ausnahmeerscheinung geblieben; er war dies erst recht im erwachenden Bengalen. Er nahm in Leben und Lehre eine Synthese vorweg, die in ihrer souveränen Art selbst später von seinen Landsleuten kaum erreicht wurde[3]. Die jungen Bengalen, die in den Jahren von 1827 bis 1831 bei dem genialen Henri De Rozio[4] zur Schule gingen, erreichten nicht die geistige Größe eines Ram Mohan Roy, aber sie waren die erste Generation des neuen Bengalen.

De Rozio kam aus einer portugiesisch-indischen Familie und war einer der ersten patriotischen Dichter Indiens. Schon im Alter von 18 Jahren erhielt er eine Stellung an dem im Jahre 1817 von David Hare und Ram Mohan Roy gegründeten Hindu-College[5]. De Rozios prominenteste Schüler waren alle in den Jahren von

---

[1] Ein Ausspruch Gokhales, zitiert in Gupta, Bengal Renaissance, S. 500.

[2] Ram Mohan Roy, 1774—1833, Gupta, Bengal Renaissance S. 8 ff.

[3] Siehe hierzu Brajendranath Seal, Rammohan Roy, Kalkutta 1959.

[4] Roper Lethbridge (ed.), Ramtanu Lahiri, London 1907, S. 66 ff.; Gupta, Bengal Renaissance, S. 16 ff.

[5] David Hare, 1775—1842, ein schottischer Uhrmacher; ließ sich 1800 in Kalkutta nieder,

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

1810 bis 1815[6] geboren und waren daher nicht viel jünger als ihr frühreifer Lehrer, der 1831 im Alter von 23 Jahren starb. Die Derozianer waren Agnostiker, und ihre Gegner hielten sie für ausgesprochen irreligiös. Wenige Monate vor seinem Tod wurde De Rozio von dem Senat des Hindu-College, in dem die orthodoxen Hindus vom Range eines Radhakanta Deb[7] eine Mehrheit hatten, seines Postens enthoben[8].

Die Spannungen, die die *Bhadralok*-Gesellschaft auf Jahrzehnte hinaus beherrschten, fanden auch in dieser Episode ihren dramatischen Ausdruck.

Die jungen Freidenker, die De Rozio erzogen hatte, hielten zusammen und blieben für die orthodoxe Partei ein ständiges Ärgernis. Der nur wenige Jahre jüngere Debendranath Tagore[9], den man später in Bengalen ehrfurchtsvoll *Maharshi*, den großen Weisen, nannte, stand in scharfem Gegensatz zu den Derozianern. Er gründete im Jahre 1839 die *Tattvabodhini Sabha* und knüpfte wieder an die Lehren des 1833 in England verstorbenen Ram Mohan Roy an. Es gelang Tagore, selbst den einen oder anderen Derozianer für seine religiösen Ideen zu gewinnen[10].

Politisch und literarisch arbeiteten jedoch alle diese Kreise zusammen, und schließlich vereinigte sich sogar im Jahre 1851 die acht Jahre zuvor gegründete Bengal British India Society, das Forum Jung-Bengalens, mit dem konservativen Grundbesitzerverein, und es entstand so die berühmte British Indian Association[11]. Präsident dieser neuen Vereinigung war der alte Raja Radhakanta Deb, Sekretär war Debendranath Tagore und sein Stellvertreter war Digambar Mitra.

Debendranath Tagore vertrat gegenüber den Derozianern bereits den Standpunkt der Synthese. Er war gegen die unkritische Aufnahme des westlichen Denkens und war weit mehr als Ram Mohan Roy der Geisteswelt des Hinduismus verpflichtet. Der christlich-islamische Unitarismus[12] Roys wurde von dem *Maharshi* durch eine stärkere Betonung von *Veda* und *Vedanta* ersetzt[13]. Die nächste Generation ging jedoch wieder andere Wege, und unter der Führung des enthusiastischen Keshub Chunder Sen[14] fand sie im Geist des Christentums ein neues Leitbild. Sen war

---

doch widmete er sich später ganz den von ihm gegründeten Schulen. Das Hindu College wurde am 20. Januar 1817 eröffnet; Hare und Radhakanta Deb waren die Geschäftsführer des College. Siehe Lethbridge, op. cit., S. 44 f.

[6] Die wichtigsten Derozianer waren: Rasik Krishna Mallik, 1810—58, Sibchandra Deb, 1811—90, Dakshinarayan Mukherji, 1812—87, Ramtanu Lahiri, 1813—98, Radhanath Sikdar, 1813—70, Rev. Dr. K. M. Bannerji, 1813—85, Peary Chand Mitra, 1814—83, Ramgopal Ghose, 1815—68, Digambar Mitra, 1817—79, siehe Amit Sen, Notes on the Bengal Renaissance, Bombay 1946; Lethbridge, op. cit., Gupta, Bengal Renaissance, S. 16 ff.

[7] Radhakanta Deb, 1784—1867, Verfasser des Sanskritlexikons „*Sabdakalpadram*", Präsident der British Indian Association 1851—67. Siehe Lethbridge, op. cit., S. 178.

[8] Gupta, Bengal Renaissance, S. 22.

[9] Debendranath Tagore, 1818—1905, Sohn Dwarkanath Tagores und Vater Rabindranath Tagores, siehe Gupta, Bengal Renaissance, S. 33 ff.

[10] Gupta, Bengal Renaissance, S. 35—36.

[11] Dwarkanath Tagore, der Vater Debendranaths hatte aus England Agitator George Thompson mitgebracht, der durch seinen Kampf gegen die Sklaverei bekannt geworden war. Unter seinem Einfluß wurde in Kalkutta von den Derozianern und Debendranath im Jahre 1843 die British India Society gegründet, die später in der British Indian Association aufging, siehe Lethbridge, op. cit., S. 105.

[12] Vgl. Seal, op. cit., S. 8 ff.

[13] Siehe Gupta, Bengal Renaissance, S. 35.

[14] Keshub Chunder Sen, 1838—84, siehe Gupta, Bengal Renaissance, S. 79 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

zunächst DEBENDRANATH TAGORES bevorzugter Gefolgsmann, aber schließlich kam es zum Bruch[15], da das Anrennen gegen den Kastengeist und die radikal sozialreformerische Haltung SENS und die Anlehnung an das Christentum der brahmanischen Haltung des *Maharshi* nicht entsprach. Die neue Bewegung zog weitere Kreise als die literarisch-aufklärerische Wirkung DE ROZIOS. Im Gegensatz zu den Derozianern, die ihre Verachtung orthodoxer Sitten oft durch den Genuß alkoholischer Getränke zur Schau stellten, widmeten sich die Jünger SENS puritanischen Reformbestrebungen, und einer von ihnen, SASIPADA BANERJI, wurde sogar in England in den Orden der Guttempler aufgenommen[16]. Soziale Reformbestrebungen wurden durch die neue Bewegung zum ersten Mal auf breiter Front vorangetrieben[17]. Zwar hatte der unermüdliche Gelehrte, PANDIT ISWARCHANDRA VIDYASAGAR[18], sich schon seit etlichen Jahren für die Wiederverheiratung von Witwen und die Schulerziehung der indischen Mädchen eingesetzt, aber erst SENS Bewegung brachte eine ganze Schar von Reformbeflissenen auf den Plan. Der Widerstand der orthodoxen Kreise wuchs in gleichem Maße an. Vor allem die Befürwortung von Heiraten über Kastengrenzen hinweg brachte SENS *Bharatvarshiya Brahmo Samaj* in Verruf[19]. Um solche Heiraten, die ja von keiner Kastengemeinde sanktioniert wurden, zu legalisieren, veranlaßte SEN die britische Regierung zum Erlaß eines besonderen Gesetzes. Die Regierung erließ auch wirklich ein solches Gesetz, machte aber darin zur Auflage, daß jedes Paar, das sich aufgrund dieses Gesetzes vermählen wolle, zunächst eine Aussage machen müsse, daß sie „weder Hindus, noch Mohammedaner noch Christen" seien[20]. Durch diese Klausel wurde SENS *Brahmo Samaj* mit einem Schlage zur Sonderreligion. Der reformerische Anstoß dieser tapferen Schar wurde somit abgefangen und abgekapselt. DEBENDRANATH TAGORES konservativer *Adi Brahmo Samaj*[21] wurde im Gegensatz zu SENS Gruppe unter einem neuen Präsidenten, RAJNARAIN BOSE, militant hinduistisch[22]. Die Spannung dieser Jahre ergriff alle Gebildeten. Nicht jeder schloß sich der einen oder anderen Gesinnungsrichtung an; es war vielmehr ein charakteristischer Zug der Zeit, daß jeder Einzelne von widersprüchlichen Ansichten, von Gefühl und Verstand hin- und hergerissen wurde. Im Jahre 1866 schrieb der scharfsinnige Journalist GIRISHCHUNDER GHOSE: „Man wird unter uns nicht wenige finden, die *Kali*

---

[15] SENS Gruppe gründete den *Bharatvarshiya Brahmo Samaj* im Jahre 1866, siehe GUPTA, Bengal Renaissance, S. 490.

[16] SASIPADA BANERJI, 1840—1924, siehe ALBION BANERJI, An Indian Pathfinder-Memoirs of Sevabrata Sasipada Banerji, Oxford n. d.

[17] Die Anhänger des *Brahmo Samaj* eröffneten Abendklassen für Arbeiter, Witwenheime, etc. siehe ALBION BANERJI, op. cit., S. 59 ff. GUPTA, Bengal Renaissance, S. 493 ff.

[18] ISWARCHANDRA VIDYASAGAR, 1820—1891, setzte sich für die Wiederverheiratung der Witwen ein („Vidhava Vihava" veröffentlicht 1855), lehrte an der Bethune School für Mädchen, erreichte die Aufnahme des Sanskrit in den Lehrplan der Universität Kalkutta 1858, siehe auch LETHBRIDGE, op. cit., S. 196; S. CHAKRABARTI, Life of Ishwarchandra Vidyasagar, Kalkutta 1896.

[19] GUPTA, Bengal Renaissance, S. 494.

[20] Native Marriage Act of 1872, siehe GUPTA, Bengal Renaissance, S. 494.

[21] GUPTA, Bengal Renaissance, S. 495.

[22] AMIT SEN, op. cit., S. 42, BOSE organisierte in Zusammenarbeit mit den älteren Brüdern RABINDRANATH TAGORES die *Hindu. Mela* in 1867. Bereits 1861 hatte er in Midnapur eine „Gesellschaft zur Verbreitung des nationalen Ruhmes" gegründet und seine Rede über die „Überlegenheit des Hinduismus" gehalten.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

und KANT zugleich verehren"[23]. Die Möglichkeiten der Synthese waren vielfältig und unbeständig. Viele Wege liefen nebeneinander her. Die Forderung der Rückbesinnung auf die Vergangenheit machte sich daher immer stärker bemerkbar. Die Aufnahme westlichen Bildungsgutes hatte den historischen Sinn geschärft. Der Übergang von einer integrierten zur emanzipierten Sozialstruktur, die dadurch auftretende Generationsspannung und die Unsicherheit des eigenen Standpunktes machte die historische Projektion zur dringenden Aufgabe.

BANKIMCHANDRA CHATTERJEE, der wie KESHUB CHUNDER SEN, im Jahre 1838 geboren worden war, zeigte diesen Weg in seinen historischen Romanen[24]. Seine Gestalten sind von heroisch-romantischer Art. Er schrieb in Bengali und befreite es von dem Stigma einer zweitrangigen Sprache. Er selbst klagte einmal über die Geringschätzung, mit der seine westlich gebildeten Zeitgenossen auf den Schriftsteller und schon gar auf den Schriftsteller, der nicht Englisch, sondern Bengali wählt, herabsehen[25]. Aber sein eigenes Lebenswerk wandelte diese Einstellung seiner Zeitgenossen. Das Gedicht *„Bande Mataram"* (Ich verehre die Mutter) aus seinem Roman *„Anandamath"* wurde zur Hymne der nächsten Generation[26]. Er erhob die Kultur *(Anushilan)*[27] im Sinne einer positiven Besinnung und Selbstbestätigung zum Range einer Religion. Er wurde so zum Wegbereiter einer aktivistischen Umdeutung des Hinduismus. Diese Umdeutung war notwendig geworden, da der Hinduismus als Traditionssystem zerfiel und nun als Weltanschauung und Lebensgefühl vertieft und zu neuem Ansehen gebracht werden mußte. Die sogenannte indische „Renaissance" entsprang diesem Bedürfnis. Die stereotype Gegenüberstellung des „geistigen Ostens" und des „materialistischen Westens" hatte ihren Ursprung in diesen Umdeutungsversuchen, die ja schließlich auch der Verteidigung gegen den Macht- und Bildungsanspruch der westlichen Kolonialherren dienen sollte. Die Rekonstruktion eines nationalen Solidaritätsgefühls konnte sich später auf diese Ansätze zur Umdeutung des Hinduismus gründen.

Die politische Willensbildung war in Bengalen um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts das Monopol der British Indian Association, der es gelang, auch die fähigen Köpfe der jüngeren Generation an sich zu binden. Der klügste und geschickteste Politiker unter ihnen war KRISTO DAS PAL[28], ein Altersgenosse KESHUB CHANDER SENS und BANKIMCHANDRAS. Er gehörte nicht einer der reichen Familien Bengalens an und war der Typ des armen Intellektuellen in konservativen Diensten. Er stieg rasch in

---

[23] M. GHOSH (ed.), Selections from the Writings of Grish Chunder Ghose — the Founder and First Editor of "The Hindoo Patriot" and "The Bengalee", Kalkutta 1912, S. 639.

[24] BANKIMCHANDRA CHATTERJEE, 1838—94, veröffentlichte unter anderem die Romane *„Durgeshnandini"*, 1865, *„Kapalkundala"*, 1866, *„Anandamath"*, 1882, siehe Gupta, Bengal Renaissance, S. 67 ff.

[25] BANKIMCHANDRA CHATTERJEE, „Notes on Bengali Literature" in Essays and Letters, Kalkutta 1940.

[26] *„Bande Mataram"* war zur Zeit des Freiheitskampfes die inoffizielle indische Nationalhymne, sie wurde später durch RABINDRANATHS *„Jana gana mana"* abgelöst.

[27] GUPTA, Bengal Renaissance, S. 74.

[28] KRISTO DAS PAL, 1838—84, Sohn armer Eltern, kam unter den Einfluß von GEORGE THOMPSON, der ihn auf die Zeitung „The Hindoo Patriot" hinwies, wurde 1861 Hauptschriftleiter dieser Zeitung, war seit 1860 stellvertretender Sekretär und seit 1879 Sekretär der British Indian Association und Mitglied des Beirats des Vizekönigs; siehe N. N. GHOSE, Kristo Das Pal, Kalkutta 1887.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

der Ämterhierarchie der British Indian Association auf und wurde zum einflußreichen Wortführer der Großgrundbesitzer Bengalens. Sein begabter Vorgänger, HARISH CHANDRA MOOKERJEE[29], war früh gestorben, und auch der große alte RADHAKANTA DEB lebte nicht mehr. PAL beherrschte daher zusammen mit DIGAMBAR MITRA und dem vielseitigen Gelehrten RAJENDRALAL MITRA[30] die British Indian Association; der betagte ROMANATH TAGORE, ein Onkel DEBENDRANATHS, stand ihnen sozusagen als rangältester Würdenträger zur Verfügung. PAL verband die Fähigkeiten eines Agitators mit der Gründlichkeit eines gewissenhaften Kommunalpolitikers, und seine Beiträge zu den Debatten im Stadtrat von Kalkutta zeugen von Weitblick und Sachkenntnis[31]. PAL war gewissermaßen der erste Berufspolitiker Bengalens, ein Parteiboß, wohl nicht im Sinne einer organisatorischen Beherrschung einer Massenpartei, sondern eher nach Art der Interessenverbände. Er war daher, obwohl er konservativen Interessen diente, der Vorbote einer neuen Entwicklung.

Die drei ungleichen Zeitgenossen, KESHUB CHANDRA SEN, BANKIMCHANDRA CHATTERJEE und KRISTO DAS PAL, Vertreter der mittleren Generation des 19. Jahrhunderts, stellten in ihrem Leben und Werk die drei Elemente dar, die für die kommende politische Willensbildung entscheidend sein sollten. SENS begeistertes Sendungsbewußtsein, BANKIMCHANDRAS Kulturreligion und PALS Berufspolitikertum, wiesen den Weg, den die nächste Generation zu beschreiten hatte. Die Generation der in den Jahren um 1845 geborenen *Bhadralok*-Politiker konnte ihr Wirkungsfeld bereits über ganz Indien erstrecken und selbst England in den Bann ihrer Rhetorik schlagen. SURENDRANATH BANERJEA[32], die Brüder MANMOHAN und LALMOHAN GHOSH[33], und der erste Präsident des indischen Nationalkongress, W. C. BONNERJI[34], hielten Ansprachen in allen Teilen Indiens und Großbritanniens, LAL MOHAN GOSH unternahm den ersten, wenn auch damals noch mißglückten Versuch, sich als Inder von einem Wahlkreis in England ins Parlament wählen zu lassen[35].

---

[29] HARISH CHANDRA MOOKERJI, 1824—61, gründete die Zeitung „The Hindu Patriot" 1855, kritisierte die Politik der Regierung zur Zeit des Aufstandes von 1857, siehe N. C. SENGUPTA (ed.), Selections from the Writings of Hurrish Chunder Mookerji, Kalkutta 1910.

[30] Siehe hierzu BHOLANATH CHUNDER, Raja Digambar Mitra-His Life and Career, Kalkutta 1893, S. 163.
RAJENDRALAL MITRA, 1824—91, war der bedeutendste Historiker Bengalens, siehe C. L. PAREKH, Eminent Indians, Bombay 1892, S. 1 ff.

[31] R. C. PALIT (ed.), Speeches and Minutes of the Honorable Kristo Das Pal, 1867—81, Kalkutta 1882.

[32] SURENDRANATH BANERJEA, 1848—1926, bereitete sich in England für die Aufnahmeprüfung in den Indian Civil Service vor, bestand die Prüfung, wurde in Indien eingesetzt, aber schon gleich darauf entlassen, ab 1879 Schriftleiter der Zeitschrift „The Bengalee", Mitbegründer der Indian Association, Gründer des Ripon College, siehe SURENDRANATH BANERJEA, A Nation in the Making, Oxford 1925.

[33] MANMOHAN GHOSH, geb. 1844, LAL MOHAN GHOSH, geb. 1849, L. M. GHOSH war Präsident des Nationalkongresses 1903. Siehe auch PAREKH, Eminent Indians, S. 43 ff. und S. 111 ff.

[34] WOMESH CHANDRA BONNERJI, geb. 1844, berühmter Rechtsanwalt, ließ sich 1888 in England nieder, siehe auch PAREKH, Eminent Indians, S. 25 ff.

[35] L. M. GHOSH ging 1883 mit einer Deputation nach England und wurde 1884 als Kandidat der Liberalen Partei für den Wahlkreis Deptford aufgestellt. Er erhielt über 3000 Stimmen, wurde aber von dem konservativen Kandidaten geschlagen. Siehe PAREKH, Eminent Indians, S. 113, in späteren Jahren gelang es mehreren Indern, sich von englischen Wahlkreisen wählen zu lassen (die Parsen NAOROJEE, BOWNAGREE und SAKLATWALA).

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Surendranath und seine Freunde standen Keshub Chander Sens *Brahmo Samaj* nahe. Sie bemühten sich jedoch vergeblich, die Verfassung des *Brahmo Samaj* zu demokratisieren und brachen schließlich mit Sen, der sich dann in den kommenden Jahren fast völlig der Meditation widmete[36]. Die Rebellen gründeten 1878 den *Sadharan Brahmo Samaj*[37]. Als politische Parallelorganisation, getragen von derselben Gruppe, fungierte die zwei Jahre zuvor gegründete „Indian Association"[38], die als demokratische Organisation in bewußtem Gegensatz zu der alten, aristokratischen „British Indian Association" stand. So, wie seinerzeit die Derozianer, hatte sich hier eine neue liberale Gruppe zusammengefunden, und es war bezeichnend, daß die jungen Rebellen einen prominenten und sehr umstrittenen Derozianer, den christlichen Konvertiten Dr. K. M. Bannerji, einluden, bei der Gründung der Indian Association den Vorsitz zu führen[39]. Doch während die Derozianer zumeist isolierte Literaten, Lehrer und Lokalpolitiker geblieben waren, standen Surendranaths Zeitgenossen bereits ganz andere Organisationsmethoden zur Verfügung. Die Presse war groß und mächtig geworden und gab einem geschickten politischen Journalisten gute Wirkungsmöglichkeiten[40]. Die Prozessionen und Versammlungen, die durch Keshub Chandra Sens Reformbewegung populär geworden waren, ließen sich nun auch für politische Zwecke ausnutzen[41]. Einige politische Fragen, die im Mittelpunkt des Interesses standen, ergaben hervorragende Agitationsziele. So konnten die jungen Politiker leicht die Sympathie und das Wohlwollen weiter Kreise erringen.

Die erste brennende Frage war die Zulassung junger Inder zum britisch-indischen Beamtendienst[42]. Surendranath hatte selbst unter allerlei Schwierigkeiten die Aufnahmeprüfung für diesen Dienst in England bestanden und war bald darauf wegen einer geringfügigen Unterlassungssünde wieder entlassen worden. Nur wenige konnten es sich leisten, zu dieser Aufnahmeprüfung nach England zu reisen. Man verlangte daher die Abhaltung gleichzeitiger Prüfungen in Indien[43]. Die britische Bürokratie

---

[36] Gupta, Bengal Renaissance, S. 498, auch S. 507; Sen gründete 1880 eine neue Bewegung *„Navavidhan"* und widmete sich mit einigen Freunden der vergleichenden Religionswissenschaft.

[37] Gupta, Bengal Renaissance, S. 499. Die Zahl der örtlichen *Brahmo Samaj* Gruppen nahm rasch zu. Im Jahre 1895 bestanden mehr als 200 Gruppen in allen Teilen Indiens.

[38] Surendranath Banerjea, A Nation in the Making, siehe auch Jogesh Chandra Bagal, A History of the Indian Association, Kalkutta 1953.

[39] Dr. K. M. Bannerji, 1813—85, Schriftleiter der Zeitung „The Inquirer", ließ sich 1832 taufen, wurde anglikanischer Pfarrer, Christ Church, Cornwallis Square, Lethbridge, op. cit., S. 183.

[40] Nirmal Kumar Bose, Modern Bengal, Kalkutta 1959, S. 51 ff. Gupta, Bengal Renaissance, S. 423 ff. Sen hatte eine billige Zeitung zur Massenzirkulation gegründet *(„Sulab Samachar")*, im Jahre 1868 begann Girish Chander Ghose „The Bengalee" und Sisirkumar Ghosh *„Amrita Bazar Patrika"*, Sasipada Banerji begann 1874 *„Bharat Sramajibi"* (Der indische Arbeiter).

[41] *Nagar Sankirtan,* eine Art religiöser Prozession bei der Lieder *(kirtan)* gesungen wurden, war in Anlehnung an alte Sitten der bengalischen *Vaishnavasekte* von den Anhängern des *Brahmo Samaj* eingeführt worden. Die Lieder waren wichtige Propagandamittel. Eines der ersten Lieder betonte, daß „Frauen und Männer ohne Kastenunterschiede gleichberechtigt" seien. Siehe Gupta, Bengal Renaissance, S. 496.

[42] Siehe Surendranath Banerjea, A Nation in the Making, und Resolution IV des ersten indischen Nationalkongresses 1885, Report, First Indian National Congress, Bombay 1885, S. 33—41.

[43] Siehe Report First Indian National Congress, S. 36.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

konnte sich jedoch noch nicht recht an den Gedanken gewöhnen, daß die verachteten *Babus*, diese intellektuellen Zerrgebilde, die die englische Geisteskultur so beängstigend virtuos imitierten, nun Kollegen und bald auch Vorgesetzte britischer Beamter werden sollten. Man konnte ihnen zwar die Bewerbung nicht verwehren, aber ihnen doch die Aufnahme so schwer wie möglich machen. Hier war eine Frage, die alle westlich gebildeten Inder anging, und SURENDRANATH bereiste in den Jahren 1876—78 mehrmals ganz Indien und sprach in Lahore und Bombay, Allahabad, Poona, Ahmedabad und Madras zu großen Versammlungen[44]. Im Jahre 1879 wurde dann auch eine Deputation nach England entstandt; von britischer Seite aus machte man einige Zugeständnisse, und die indischen Politiker wurden bei ihrer Rückkehr in Indien als Sieger jubelnd empfangen[45].

Die scharfen Auseinandersetzungen um den Gesetzesentwurf des vizeköniglichen Justizbeirats ILBERT wurden wiederum zum Anlaß eines großen Propagandafeldzuges, der mit der Entsendung einer Deputation nach England endete[46]. Diesmal ging es um die Frage, ob in Indien ansässige Europäer der Gerichtsbarkeit indischer Richter unterstellt werden sollten oder nicht. ILBERT bejahte diese Frage, und unter den europäischen Pflanzern und Kaufleuten in Bengalen brach ein Sturm der Entrüstung aus[47].

Die Tragweite dieser Fragen und der Propagandafeldzüge, die sich an sie anschlossen, legte die Gründung einer nationalen politischen Organisation nahe. SURENDRANATH veranlaßte die Indian Association zur Einberufung einer Indian National Conference[48], und fast gleichzeitig planten andere Politiker den Indian National Congress, der zum ersten Mal im Jahre 1885 in Bombay stattfand[49]. Doch während die Generation SURENDRANATHS in diesem nationalen Forum westlich gebildeter Inder die Krönung und Erfüllung ihrer politischen Organisationsmethoden sah, wuchs bereits eine jüngere Generation heran, die nach einem anderen gemeinsamen Nenner für die nationale und politische Entwicklung Indiens suchte[50]. Der Prophet der jungen Generation war SWAMI VIVEKANANDA[51], der die Lehren des schon zu seinen Lebzeiten legendären Heiligen RAMAKRISHNA[52] ausdeutete und es verstand, die *Bhagavadgita* und die *Vedanta*philosophie in eine zeitnahe Botschaft tatkräftiger Selbstbehauptung zu verwandeln[53].

---

[44] Siehe SURENDRANATH BANERJEA, A Nation in the Making, und GUPTA, Bengal Renaissance, S. 159.

[45] SURENDRANATH BANERJEA, A Nation in the Making; PAREKH, Eminent Indians, S. 112.

[46] SURENDRANATH BANERJEA, A Nation in the Making; PAREKH, Eminent Indians, S. 90 ff.

[47] Siehe hierzu C. Y. CHINTAMANI (ed.), Speeches and Writings of Pherozeshah Mehta, Benares 1905, S. 158 ff. Speech on the Ilbert Bill.

[48] SURENDRANATH BANERJEA, A Nation in the Making; GUPTA, Bengal Renaissance, S. 162.

[49] Siehe Report of the First Indian National Congress, Bombay 1885, und WILLIAM WEDDERBURN, Allan Octavian Hume-Father of the Indian National Congress, London 1913.

[50] Vgl. die Geburtsdaten von VIVEKANANDA, 1863, GANDHI, 1869, AUROBINDO, 1872.

[51] NARENDRANATH DATTA, genannt SWAMI VIVEKANANDA, 1863—1902, siehe GUPTA, Bengal Renaissance, S. 108 ff.

[52] RAMAKRISHNA PARAMAHANSA, 1836—86, Priester des *Dakshineswar* Tempels in der Nähe von Kalkutta, ein Mystiker, der die Einheit aller Weltreligionen predigte und auf die westlich gebildeten Kreise Bengalens einen großen Einfluß ausübte. Siehe GUPTA, Bengal Renaissance, S. 94 ff.

[53] Siehe hierzu das 3. Kapitel: Das Problem der nationalen Solidarität.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

VIVEKANANDA gehörte zunächst dem *Sadharan Brahmo Samaj* an. Seine Anhänger fanden sich aber dann in der Ramakrishna Mission zusammen[54]. Sein jüngerer Zeitgenosse AUROBINDO GHOSE[55], der in England erzogen worden war, suchte in ähnlicher Weise nach einer neuen Grundlage religiösen, sozialen und politischen Handelns. Er lehnte das Vorbild der langsamen politischen Entwicklung Englands völlig ab und empfahl eine rasche, klare Entscheidung nach Art der französischen Revolution[56]. Ein anderer Zeitgenosse, RABINDRANATH TAGORE, führte den Gedanken der universalen Synthese weiter fort. Als Sekretär des *Adi Brahmo Samaj* stand er im Dienste der Tradition seines berühmten Vaters, DEBENDRANATH TAGORE[57]. Seine Interpretation des indischen Erbes war umfassender und weiter als die Lehren VIVEKANANDAS und des jungen AUROBINDO, aber sie war auch nicht so scharf umrissen und revolutionär. Die aggressive Umdeutung der *Vedanta*philosophie machte einen weit größeren Eindruck auf die „zornigen jungen Männer" Bengalens.

Der westliche Bildungseinfluß, der in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts nur wenige Privilegierte erreicht hatte, war im Laufe der Zeit zu einem breiten Strom angewachsen. Durch ein besonderes System finanzieller Beihilfen war die Zahl einheimischer Bildungsstätten, die eine Unzahl von Schülern auf das eine oder andere Examen vorbereiteten, sprunghaft angewachsen[58]. Damit ging der exemplarische Einfluß einzelner englischer Lehrer, die in den wenigen Bildungsstätten der Anfangszeit ihre indischen Schüler persönlich stark beeindruckt hatten, immer mehr zurück[59]. Die westliche Bildung wurde aus zweiter oder dritter Hand weitervermittelt und oft zum nur halb verstandenen Examensstoff reduziert. Zugleich verminderten sich bei verstärktem Wettbewerb die Berufsaussichten derer, die sich diese Bildung aneigneten[60]. Das Unbehagen wuchs daher in den gebildeten Schichten von Tag zu Tag. Von Unbehagen zum Zorn war dann nur noch ein kleiner Schritt. SURENDRANATHS Agitationen erschienen nun irrelevant, eine Kur der Symptome aber nicht des Übels selbst. Man ließ sich nur zu gern dazu aufreizen, das Kind mit dem Bade auszuschütten und den westlichen, insbesondere den englischen Bildungseinfluß rundweg als verderblich abzulehnen. Diese Ablehnung mußte sich aber auf eine Überzeugung

---

[54] Die Ramakrishna Mission wurde 1897 gegründet, siehe GUPTA, Bengal Renaissance, S. 115.

[55] AUROBINDO GHOSE, 1872—1950, war nach seiner Rückkehr aus England, wo er die Aufnahme für den Indian Civil Service nicht bestanden hatte, zunächst Schulmeister im Dienste des MAHARAJA VON BARODA. Er wurde später einer der wichtigsten politischen Schriftsteller Bengalens und mußte sich vor Verfolgung nach Pondicherry retten, wo er ein wichtiges religiöses Zentrum aufbaute, siehe auch HARIDAS UND UMA MUKHERJEE, The Political Thought of Sri Aurobindo, Kalkutta 1958.

[56] HARIDAS UND UMA MUKHERJEE, op. cit., S. 84, Nachdruck eines Artikels „New Lamps for Old", den AUROBINDO am 18. 9. 1893 in der Zeitschrift „Indu Prakash", Bombay, veröffentlichte.

[57] RABINDRANATH TAGORE, 1861—1941, war im Jahre 1895 Sekretär des *„Adi Brahmo Samaj"*, siehe GUPTA, Bengal Renaissance, S. 501, siehe ferner D. ROTHERMUND (ed.), Rabindranath Tagore in Germany, New Delhi 1961.

[58] Siehe Report of the Indian Education Committee, 1883, S. 98—99, ferner H. R. JAMES, Education and Statesmanship in India, London 1917, S. 44 ff.

[59] JAMES, op. cit., S. 54 ff.

[60] JAMES, op. cit., S. 44, zitiert die folgenden statistischen Angaben über die Zahl der Kandidaten für die Aufnahmeprüfung der Universität Kalkutta: 1857—244, 1867—1507, 1871—1902, 1891—5032, 1901—6135 (von den letzteren bestanden nur 3307 die Prüfung).

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

gründen. Ansätze zu dieser Überzeugung hatte bereits der eine oder andere Denker der vorigen Generation geliefert. RAJNARAIN BOSES „Überlegenheit des Hinduismus“ [61] und BANKIMCHANDRAS Kulturreligion blieben unvergessen, aber erst VIVEKANANDA und AUROBINDO schufen eine umfassende Ideologie des religiös-politischen Neo-Hinduismus.

In der Provinz Bombay verlief die Entwicklung im Laufe des 19. Jahrhunderts auf ähnliche Weise. Die späte Eroberung und Durchdringung des Dekkangebietes bewirkte jedoch, daß die Abfolge der einzelnen Phasen dort etwas anders verlief als in Bengalen. Auch war ein deutlicher Unterschied zwischen der Stadt Bombay, die ja bereits früher unter britischer Herrschaft stand, und der umliegenden Provinz zu verzeichnen. Die Schule des Ingenieurs JERVIS und das Elphinstone Institut waren die wichtigsten frühen Bildungsanstalten westlicher Prägung [62]. Einen RAMMOHAN ROY oder auch eine Generation von Derozianern konnte Bombay nicht aufweisen. Es ergaben sich daher auch nicht die scharfen Spaltungen, wie sie die *Bhadralok*-Gesellschaft schon in den frühen Stadien der Entwicklung aufwies. Es kam hinzu, daß die verschiedenen Entwicklungsphasen in den Kreisen der Parsen und der *Chitpavan*-Brahmanen parallel und unabhängig voneinander verliefen. Diese beiden Gruppen, die exponierte und die dominante Minderheit, regten einander an, ohne sich gegenseitig zum Ärgernis zu werden, da sie sich ihrer religiösen Eigenständigkeit bewußt waren. BALSHASTRI JHAMBEKAR [63], ein Zeitgenosse der Derozianer, war der erste *Chitpavan*-Brahmane, der sich aktiv mit der Aufnahme des westlichen Bildungsgutes auseinandersetzte und als Schriftsteller und Publizist auf seine Landsleute einzuwirken versuchte. Als Schulbuchautor und Historiker bemühte er sich darum, die Erkenntnisse, die ihm die westliche Bildung erschlossen hatte, in seiner Muttersprache Marathi seinen Zeitgenossen mitzuteilen. Er gab zu diesem Zweck auch eine zweisprachige Wochenzeitschrift *„Darpan“*, Englisch und Marathi, heraus [64]. In Bengalen hatten die Missionare mit ihrem *„Samacher Darpan“* [65] erst recht eigentlich die bengalische Sprache als Prosasprache entwickelt und ihm, gegenüber der alten Hofsprache Persisch und der neuen Verwaltungssprache Englisch, eine neue Eigenständigkeit verliehen. Marathi hingegen war unter den *Peshwas* zur regionalen Verwaltungssprache geworden, die über weite Gebiete Indiens von Goa bis Nagpur und Gwalior vorherrschte. JHAMBEKAR und seine Nachfolger fanden daher bereits ein Ausdrucksmittel vor, dessen sie sich bedienen konnten, wenn auch die Verfeinerung und Sanskritisierung der Sprache noch späteren Generationen zur Aufgabe wurde. Der etwa zehn Jahre jüngere GOPAL HARI DESHMUKH, genannt *„Lokhitwadi“*, baute auf den Leistungen JHAMBEKARS auf und wurde zum ersten namhaften politischen Schriftsteller der Provinz [66]. Er war ein Aufklärer und Republikaner. Er pries die Demokratie der Vereinigten Staaten und warnte die Briten, daß Indien dem Beispiel Amerikas folgen müsse,

---

[61] AMIT SEN, op. cit., S. 42.

[62] Siehe M. G. RANADE, Miscellaneous Writings, Bombay 1915, S. 13 über Colonel JERVIS; Elphinstone Institute, später Elphinstone College, ging 1827 aus der Native Education Society hervor, siehe R. P. MASANI, Dadabhai Naoroji, New Delhi 1960, S. 11.

[63] BALSHASTRI JHAMBEKAR, 1812—46, siehe S. D. JAVADEKAR, *Adhunik Bharat* (Marathi), Poona 1953, S. 75.

[64] JAVADEKAR, op. cit., S. 73.

[65] *„Samachar Darpan“* gegründet 1818, Serampore Mission, siehe Kenneth Ingham, Reformers in India, Cambridge 1956.

[66] GOPAL HARI DESHMUKH, 1823—92, siehe JAVADEKAR, op. cit., S. 79 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

falls alle Bitten um eine Reform der Regierung nicht erhört würden[67]. Andererseits wies er seine Landsleute auch immer wieder auf die Segnungen der britischen Herrschaft hin, da er hoffte, daß sich Indien unter britischer Führung in einen freiheitlichen modernen Staat verwandeln würde. Obwohl er selbst Brahmane war, setzte er sich für die Gleichheit aller Bürger ein und äußerte sich oft recht skeptisch über den Herrschaftsanspruch der eingebildeten, hochmütigen Brahmanen, die nicht an das Wohl des Volkes denken[68].

Die Diskussion um das Volkswohl beschäftigte auch VISHNUBUWA BRAHMACHARI[69], einen Zeitgenossen *Lokhitwadis*, der einen Sozialismus auf hinduistisch-religiöser Grundlage predigte und darauf hinwies, daß Indien sich aus sich selbst heraus reformieren könne und dazu nicht der westlichen Anregung bedürfe. VISHNUBUWA und viele seiner Zeitgenossen versuchten, der Proselytenmacherei christlicher Missionare Einhalt zu gebieten, die in den Jahren zwischen 1845 und 1855 in und um Bombay sehr aktiv tätig waren[70]. Viele frühe Reformbestrebungen standen im Zeichen des Wettbewerbs mit den Missionaren. In den vierziger Jahren des Jahrhunderts standen die jungen Studenten in Bombay unter dem Einfluß vieler widerstreitender Ideen. Das Kastensystem wurde zum Hauptthema ihrer Diskussionen. In Bombay trafen Studenten aus weit mehr verschiedenen Kastengruppen zusammen, als dies in der verhältnismäßig einheitlichen *Bhadralok*-Gesellschaft Bengalens der Fall war. Die Brahmanenherrschaft der *Peshwas* hatte den Unterschied von Brahmanen und Nicht-Brahmanen noch mehr hervorgehoben. Die Studenten gründeten daher einen Geheimbund, die *Paramhansa*-Gesellschaft, in dem man sich zusammenfand, um gemeinsam die Kastenregeln zu brechen und verbotene Speisen zu essen[71]. Der Geheimbund wollte an die Öffentlichkeit treten, wenn sich ihm 1000 Mitglieder angeschlossen hatten. Es kam jedoch nicht dazu, da ein Verräter die Namen der Beteiligten vorzeitig veröffentlichte und das Gerücht verbreitete, daß alle Angehörigen des Bundes Christen werden wollten. Einige der Mitglieder wandten sich später tatsächlich dem Christentum zu[72]. In mancher Hinsicht kann man die *Paramhansa*-Gesellschaft mit der Gruppe der Derozianer vergleichen. Eine andere Gruppe fand sich später unter dem Namen *Prarthana Samaj*[73] zusammen. Diese Gruppe stand mit dem *Brahmo Samaj* in Verbindung und war weit weniger radikal als der kurzlebige *Paramhansa* Bund. DADOBA PANDURANG, der spiritus rector des *Paramhansa* Bundes, schloß sich dann auch dem *Prarthana Samaj* an[74].

Der Anstoß zur politischen Organisation ging in Bombay von anderen Kreisen aus. Als im Jahre 1852 die Bombay Association gegründet wurde, die hier ähnliche Auf-

---

[67] *Lokhitwadi* (G. H. DESHMUKH), *Satapatren* (Marathi), Aundh 1940 Letter Nr. 54, 1849.

[68] Ibid., Letter Nr. 12, 1848.

[69] VISHNUBUWA BRAHMACHARI, 1825—71, JAVADEKAR, op. cit., S. 86 ff.

[70] JAVADEKAR, op. cit., S. 86, ferner auch D. V. KIRTANE et al., Indian Worthies, Bombay 1906, S. 121 über die gegen die Missionare gerichtete Zeitschrift *„Vichar Lahari"*.

[71] BABA PADMANJI, My Struggle for Freedom, Raipur 1944, S. 42 ff. ferner JAVADEKAR, op. cit., S. 77 ff.

[72] PADMANJI, op. cit., S. 50 ff.

[73] JAVADEKAR, op. cit., S. 102, Prarthana Samaj, Bombay, Gegründet 1867, prominente Mitglieder waren: R. G. BHANDARKAR, M. G. RANADE, W. A. MODAK, DADOBA und ATMARAM PANDURANG. KESHUB CHUNDER SEN hatte Bombay im Jahre 1864 besucht.

[74] Siehe PADMANJI, op. cit., S. 43 und JAVADEKAR, op cit., S. 77 ff. siehe auch RANADE, Miscellaneous Writings, S. 57 über „D. Pandurang and the Swedenborg School."

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

gaben erfüllen sollte wie die British Indian Association in Bengalen, waren es die Parsen, die die Initiative ergriffen und das Register der Mitglieder füllten[75]. Es präsidierte der angesehene JAGANATH SHANKERSETT, aber der beredte Sprecher für die Interessen der großen Handelshäuser und Indiens war der junge Mathematikprofessor DADABHAI NAOROJEE, der später einmal als „Member for Finsbury" als erster Inder in das britische Parlament gewählt werden sollte[76]. Der unmittelbare Anlaß zur Gründung der Bombay Association war die bevorstehende Debatte über die Erneuerung der Charta der Ostindiengesellschaft im Parlament[77]. Die Bombay Association sandte eine lange Denkschrift nach England und fügte ihr nach einem Jahr ein weiteres Memorandum hinzu, das Kommentare zu den im Parlament geäußerten Ansichten enthielt. Die Bombay Association wurde später als Bombay Presidency Association[78] wieder belebt und diente dem großen Politiker PHEROZESHAH MEHTA[79] als Ausgangsbasis seiner Machtstellung. MEHTA und sein treuer Assistent DINSHAW WACHA[80] waren Altersgenossen SURENDRANATH BANERJEAS. Als Kommunalpolitiker und lokaler Parteiboß spielte MEHTA in Bombay eine ähnliche Rolle wie KRISTO DAS PAL in Bengalen, doch war es ihm im Laufe seines langen Lebens auch noch möglich, das Feld der nationalen Politik auf lange Jahre hinaus zu beherrschen. Der indische Nationalkongreß richtete sich oft nach seinen Regieanweisungen, und erst der Radikalismus der neo-hinduistisch ausgerichteten jungen Generation brach seine Macht und setzte damit auch dem Einfluß der Parsen auf dem Gebiet der nationalen Politik ein Ende[81]. Waren die Parsen in der Bombay Presidency Association tonangebend, so schufen die *Chitpavan*-Brahmanen sich in der *Poona Sarvajanik Sabha*[82] ein Forum, das auf die Politik der Provinz und bald auch ganz Indiens Einfluß nahm. Diese *Sabha* war im Jahre 1870 zunächst mit der Absicht ge-

---

[75] Siehe hierzu Minutes of the Proceedings of the Bombay Association, Bombay 1852; von den 138 eingeschriebenen Mitgliedern waren mehr als 100 Parsen.

[76] Siehe Minutes of the Bombay Association, Bombay 1852 und auch R. P. MASANI, Dadabhai Naoroji. S. 19 f.; NAOROJI wurde 1892 als Kandidat der Liberalen Partei ins Parlament gewählt, siehe MASANI, op. cit., S. 104 ff.

[77] Die Charta der Gesellschaft war im Jahre 1833 zum letzten Mal erneuert worden und lief im Jahre 1853 ab, die Debatten über die Verlängerung der Charta begannen im Parlament im Jahre 1852, siehe A. C. BANERJEE, Indian Constitutional Documents, Vol. I, Kalkutta 1948, S. 266 ff.

[78] Bombay Presidency Association, gegründet im Januar 1885, siehe MASANI, op. cit., S. 92; JAVADEKAR, op. cit., S. 167.

[79] PHEROZESHAH MEHTA, 1845—1915, Mitglied des Stadtrates von Bombay, 1872 Mitglied des legislativen Rates der Provinz, 1886, Mitglied des Beirates des Vizekönigs, Präsident des indischen Nationalkongresses 1890, siehe PAREKH, Eminent Indians, S. 197 ff.

[80] DINSHAW WACHA, geb. 1844, Mitglied des Stadtrates von Bombay, langjähriger Sekretär des indischen Nationalkongresses, Kongreßpräsident 1901. PAREKH, Eminent Indians, S. 325 ff., siehe auch D. E. WACHA, Bombay Municipal Government, Madras 1913.

[81] Zu den Angriffen der jungen Generation auf MEHTA siehe die Artikelreihe AUROBINDOS, „New Lamps for Old", in HARIDAS UND UMA MUKHERJI, op. cit., S. 63—123.

[82] Ein Vorläufer der *Sabha* war die Poona Association gegründet 1867; die *Poona Sarvajanik Sabha* wurde am 2. 4. 1870 unter dem Ehrenvorsitz des FÜRSTEN VON AUNDH gegründet. 95 Delegierte waren von einer Wählerschaft von 6000 zu dieser Versammlung entsandt worden. Die Mittel der *Sabha* stammten aus Spenden der Mahratta-Fürsten, aber auch des MAHARAJAS VON TRAVANCORE und des MAHARAJAS VON DARBHANGA, siehe Jubilee Number of the Quarterly Journal of the *Poona Sarvajanik Sabha*, April 1920.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

gründet worden, die Verwaltung des von den *Peshwas* gegründeten *Parvati*-Tempels in Poona zu reformieren[83].

In den ersten Sitzungen der *Sabha* waren noch die Brahmanenfürsten des Dekkan zahlreich vertreten[84]. Bald aber ging die Initiative völlig in die Hände der *Chitpavan*-Brahmanen Poonas über. Um diese Zeit wurde auch der Richter MAHADEV GOVIND RANADE[85] nach Poona versetzt. Der intelligente junge Richter und der eifrige Sekretär der *Sabha*, G. V. JOSHI[86], arbeiteten ausgezeichnet zusammen. Da RANADE Regierungsbeamter war, konnte er nicht direkt an der Arbeit politischer Organisationen mitwirken, aber sein Einfluß war bald so groß, daß jeder ihn in politischen Dingen um Rat fragte. RANADE war in Indien der erste, der sich eingehend mit den Fragen der Nationalökonomie beschäftigte, und seine Vorträge über dieses Fachgebiet sowie seine vorzüglichen Aufsätze in der Zeitschrift der *Sarvajanik Sabha* waren bahnbrechend[87]. Der fähigste Kopf der jüngeren Generation, GOPAL KRISHNA GOKHALE[88], war lange Jahre hindurch sein ergebener Schüler. Auf diese Weise entstand eine Kontinuität sorgfältigen und wohlinformierten politischen Denkens, wie es sie sonst kaum in Indien gab und geben konnte. Die Sicherheit, mit der sich RANADE und GOKHALE auf Tatsachen und Statistiken beriefen und ihre meisterhafte Beherrschung aller Fragen der indischen Verwaltung, beeindruckten selbst die britischen Kolonialherren[89].

Zu den Vorträgen RANADES in Poona kam auch ein Büroangestellter der Militärverwaltung in dieser Stadt, VASUDEO BALWANT PHADKE[90]. Er war wie RANADE ein *Chitpavan*-Brahmane und etwa gleichaltrig mit ihm. Im Gegensatz zu RANADE, der ähnlich wie *Lokhitwadi*, die britische Herrschaft als ein Erziehungsmittel für das indische Volk betrachtete, war PHADKE ein religiös-fanatischer Rebell, den die nüchternen Zahlen, die RANADE zitierte, nur in seinem Haß gegen die britischen Kolonialherren bestärkte. PHADKE war durchaus auch unter den Einfluß der westlichen Bildung gekommen und sprach ausgezeichnet englisch, wenn er auch nicht ein Akademiker vom Range RANADES war[91]. Sein Großvater hatte unter den *Peshwas* ein Fort verteidigt, und VASUDEO BALWANT war nach Neigung und Temperament ein Krieger. Er lehrte in seinen freien Stunden den Schuljungen das Fechten, Ringen und Kämpfen. Unter

---

[83] JAVADEKAR, op. cit., S. 130—131.

[84] Jubilee Number *Poona Sarvajanik Sabha.*

[85] MAHADEV GOVIND RANADE, 1842—1901, *Chitpavan*-Brahmane aus Nasik, Richter im Dienst der britisch-indischen Regierung, Gründer der Indian National Social Conferences, später Richter am obersten Gerichtshof in Bombay, 1893—1800, siehe JAMES KELLOCK, Mahadev Govind Ranade-Patriot and Social Servant, Kalkutta 1926.

[86] GANESH VASUDEV JOSHI, 1828—80, Rechtsanwalt in Poona, genannt *„Sarvajanik Kaka"* wegen seines unermüdlichen Einsatzes für die *Sarvajanik Sabha*, setzte sich für das Tragen einheimischen handgesponnenen Tuches ein, siehe auch JAVADEKAR, op. cit., S. 130 ff.

[87] Siehe M. G. RANADE, Miscellaneous Writings, und M. G. RANADE, Essays on Indian Economics, Madras 1920.

[88] GOPAL KRISHNA GOKHALE, 1866—1915, *Chitpavan*-Brahmane, Professor, Fergusson College, Poona, Mitglied des Stadtrates von Poona, des legislativen Rates der Provinz, des Beirates des Vizekönigs, Schriftleiter des Journal of the *Poona Sarvajanik Sabha*, Gründer der Servants of India Society, Poona, Präsident des indischen Nationalkongresses 1905, siehe T. V. PARVATE, Gopal Krishna Gokhale, Ahmedabad 1959.

[89] PARVATE, op. cit., S. 121 ff.

[90] VASUDEO BALWANT PHADKE, 1845—83, siehe V. S. JOSHI, Vasudeo Balwant Phadke — First Indian Rebel against British Rule, Bombay 1959.

[91] V. S. JOSHI, op. cit., S. 12—13.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

seinen Schülern war auch der junge BAL GANGADHAR TILAK[92], der später der Erzrevolutionär und Hauptideologe des neo-hinduistischen Radikalismus wurde. PHADKE setzte sich mit der Bauernbevölkerung und mit den räuberischen *Ramoshis* und *Rohillas* in Verbindung und versuchte, selbst die mahrattischen Fürstenstaaten des Dekkan aufzuwiegeln. Zur Zeit der großen Hungersnot von 1877/78 zog er im Gewande eines Pilgers oder Asketen durch weite Gebiete des Dekkan[93]. Schließlich warb er eine Mannschaft zum bewaffneten Aufstand an und machte eine Reihe von Monaten die Gegend unsicher. Er wurde jedoch gefangen und nach Aden deportiert. Sein Aufstand gegen die britische Macht war fruchtlos, doch er bewies, daß die Kombination eines Kreises gebildeter Terroristen und verzweifelter Bauern und Banditen gefährliche Möglichkeiten in sich barg[94].

Der britische Beamte, ALLAN OCTAVIAN HUME[95], ein Freund Indiens, gab an, daß er in diesen Jahren von einigen *Gurus*[96] gewarnt worden sei, daß ein allgemeiner Aufstand drohe. Die *Gurus* legten ihm mehrere Bände von Berichten vor, die aus allen Teilen Indiens stammten und die verzweifelte Lage der Bevölkerung schilderten[97]. Sie baten HUME, etwas zu unternehmen. Der Aufstand PHADKES war auch ein Fingerzeig in dieser Richtung. HUME bemühte sich daher um eine nationale Organisation westlich gebildeter Inder, um so eine Art Sicherheitsventil zu schaffen und der politischen Willensbildung in Indien einen geordneten Ausdruck zu geben. Er korrespondierte mit mehreren Politikern, und es kam so zur Gründung des indischen Nationalkongresses[98]. Die erste Sitzung des Kongresses sollte in Poona stattfinden. Doch infolge eines Ausbruchs der Cholera wurde die Sitzung nach Bombay verlegt[99].

Die liberalen Politiker Bombays und Poonas spielten in den folgenden Jahren in dem Nationalkongreß eine führende Rolle. Einige intelligente jüngere Politiker, wie K. T. TELANG[100], N. G. CHANDAVARKAR[101], gehörten zu den Stützen der Kongreßbewegung in Bombay. Die Zusammenarbeit von RANADE und GOKHALE mit MEHTA und den anderen Politikern Bombays garantierte eine starke liberale Front[102]. Aber auch in der Provinz Bombay wuchs eine Generation heran, die, wie die Altersgenossen

---

[92] BAL GANGADHAR TILAK, 1858—1920, *Chitpavan*-Brahmane, Professor, Fergusson College, Poona, Schriftleiter der Zeitschriften „*Kesari*" und „*Mahratta*", wurde zum Führer des orthodoxen Widerstandes gegen die Partei der sozialen Reform, siehe auch D. P. KARMARKAR, Bal Gangadhar Tilak, Bombay 1956; zu seiner Verbindung mit PHADKE siehe V. S. JOSHI, op. cit., S. 42.

[93] V. S. JOSHI, op. cit., S. 34.

[94] Siehe hierzu SIR RICHARD TEMPLE, India in 1880, London 1881, S. 198.

[95] ALLAN OCTAVIAN HUME, 1829—1912, Beamter des Indian Civil Service, spiritus rector des Indian National Congress, siehe WEDDERBURN, op. cit.

[96] „Guru" = religiöser Lehrmeister.

[97] WEDDERBURN, op. cit., S. 78 ff.

[98] WEDDERBURN, op. cit., S. 47—100, siehe auch Government of Bombay, Source Material for A History of the Freedom Movement in India, Vol. II, Bombay 1958, S. 1 ff.

[99] Report First Indian National Congress, S. 3.

[100] KASHINATH TRIMBAK TELANG, 1850—93, *Goud Saraswat* Brahmane, Richter in Bombay, führender Kopf der sozialen Reformbewegung, siehe Social Reform Annual 1951 (Telang Centenary Number), The Bombay Presidency Social Reform Association.

[101] NARAYAN GANESH CHANDAVARKAR, 1855—1923, *Chitrapur Saraswat* Brahmane, Richter in Bombay, Präsident des indischen National-Kongresses 1900, siehe auch G. L. CHANDAVARKAR, A Wrestling Soul, Bombay 1955.

[102] PARVATE, op. cit., S. 34 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

VIVEKANANDAS und AUROBINDOS in Bengalen, an eine radikale Erneuerung des nationalen Lebens glaubte. TILAK wurde zum Abgott dieser jungen Generation. Er hatte zunächst mit GOKHALE, AGARKAR[103] und einigen Freunden in der *Sarvajanik Sabha* und in einem neuen gemeinsamen Unternehmen, der Deccan Education Society[104], zusammengearbeitet. Sie hatten sich alle für ein geringfügiges Gehalt zum Dienst an ihren neuen pädagogischen Unternehmungen verpflichtet[105]. Auch eine Zeitschrift *„Kesari"*[106] wurde gemeinsam herausgegeben. Bald aber trennten sich ihre Wege. In Fragen der sozialen Reform nahm TILAK einen konservativen Standpunkt ein und wiegelte die orthodoxen Brahmanen gegen RANADE, GOKHALE und AGARKAR auf. Im Jahre 1895 fand der Nationalkongreß in Poona statt, und hinter den Kulissen ging ein heftiger Kampf zwischen den beiden Parteien vor sich. RANADE überbrückte die Spannungen, aber bald darauf gelang es TILAK, die *Sarvajanik Sabha* zu erobern und die Liberalen zur Sezession zu zwingen. RANADE gründete daraufhin die „Deccan Sabha"[107].

In Bombay kam es zu keinen Zwischenfällen, da niemand es wagen konnte, den mächtigen MEHTA herauszufordern. Auch war der Einfluß radikaler Brahmanen in Bombay noch nicht sehr groß. Erst später gelang es TILAK, dort in den Kreisen der mahrattischen Arbeiterschaft eine gewisse Popularität zu erringen[108]. Im 19. Jahrhundert blieben jedoch alle diese Machtkämpfe noch auf kleine Cliquen beschränkt; sie konnten daher freilich auch um so intensiver ausgefochten werden.

In literarischer Hinsicht war die letzte Phase des Jahrhunderts in Maharaschtra von großer Bedeutung. In Dichtung und journalistischer Prosa, in Drama und Roman machte eine Generation begabter Schriftsteller *Marathi* zu einer der wichtigsten Literatursprachen Indiens[109]. In den vorangegangenen Jahren waren vor allem sehr viele Werke aus Englisch und *Sanskrit* in *Marathi* übersetzt worden[110]. Diese Arbeit war hauptsächlich von Pionieren geleistet worden, die man ihrer formalen Bildung nach als „halbgebildet" bezeichnen müßte[111]. Die akademisch gebildeten Herren waren stolz auf ihr gutes Englisch und hatten es zumeist verlernt, Aufsätze in *Marathi* zu schreiben[112]. Der erste Roman in *Marathi* wurde bezeichnender Weise von einem Christen, BABA PADMANJI, geschrieben[113]. Gegen Ende des Jahrhunderts erschienen jedoch die

---

[103] GOPAL GANESH AGARKAR, 1856—95, *Chitpavan* Brahmane, Schriftleiter der Zeitschriften *„Kesari"* und *„Mahratta"* und *„Sudharak"*, Mitgründer der Deccan Education Society siehe JAVADEKAR, op. cit., 123 ff.

[104] Deccan Education Society, Poona, gegründet 1884 von TILAK, AGARKAR und einigen Freunden, Trägerverband für New English School und Fergusson College, siehe PARVATE, op. cit., S. 15 ff.

[105] Die Mitglieder der Deccan Education Society verpflichteten sich für eine Reihe von Jahren für ein sehr geringes Gehalt, der Gesellschaft zu dienen, siehe PARVATE, op. cit., S. 15 ff.

[106] *„Kesari"* (Marathi) und *„Mahratta"* (Englisch) gegründet 1881, gemeinsam herausgegeben von den Gründern der New English School Poona, Schriftleiter TILAK und AGARKAR, später übernahm TILAK beide Zeitschriften. Siehe D. P. KARMARKAR, op. cit., S. 35 ff.

[107] Die „Deccan Sabha" wurde 1896 gegründet, GOKHALE war der Sekretär der neuen Vereinigung, siehe PARVATE, op. cit., S. 52.

[108] Zur Zeit der Verurteilung TILAKS im Jahre 1908 fand der erste große Streik in Bombay statt, KARMARKAR, op. cit., S. 187.

[109] Siehe *Sahitya Akademi*, Contemporary Indian Literature, New Delhi 1959, S. 150 ff.

[110] RANADE, Miscellaneous Writings, S. 12 ff. „A Note on the Growth of Marathi Literature, 1898."

[111] Ibid., S. 34 und 42.

[112] Ibid., S. 34.

[113] *Sahitya Akademi*, op. cit., S. 151.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

großen Romane HARI NARAYAN APTES[114], der zunächst auch über Themen der sozialen Reform schrieb, sich dann aber, wie BANKIMCHANDRA, dem historischen Roman zuwandte. Der Prosastil wurde weitgehend geprägt von den politisch-literarischen Aufsätzen VISHNUSHASTRI CHIPLUNKARS[115], der *Marathi* mit *Sanskrit* anreicherte. Der literarische Nachholbedarf, der in Maharaschtra im Vergleich mit Bengalen bestand, wurde von dieser Generation nun reichlich erfüllt. Dies war die Blütezeit brahmanischen Einflusses, eine Zeit dynamischer Entwicklungen und starker Spannungen.

In Madras war die gesamte Entwicklung weit weniger spannungsreich und vielfältig. Zwar waren auch hier Fortschritte in der Verbreitung westlicher Bildung gemacht worden, und in der erzieherischen Breitenarbeit war Madras recht erfolgreich[116]. Im Jahre 1852 hatte sich hier wie in Bombay eine Versammlung gebildet, die eine Denkschrift an das Parlament richtete[117]. Vertreten waren dabei vor allem die traditionellen Grundbesitzer und Kaufleute. Viele dieser Grundbesitzer waren nicht Brahmanen, sondern gehörten verschiedenen anderen Kastengruppen an[118]. Die *Tamil*-Brahmanen nahmen erst spät einen Anteil an der politischen Willensbildung, und auch dann blieb diese Anteilnahme auf einen kleinen Kreis brahmanischer Rechtsanwälte beschränkt. Die *Mahajan Sabha*[119], eine politische Vereinigung von der Art der Indian Association von Kalkutta und der Bombay Presidency Association, wurde im Jahre 1884 gegründet. Bereits im Jahre 1877 hatten jedoch die beiden bedeutendsten Politiker dieser Region, VIJAYARAGHAVACHARIAR[120] und G.SUBRAMANIAM IYER die Zeitung „The Hindu" gegründet, die sich im Laufe der Jahre zu einer der besten Tageszeitungen Indiens entwickelte[121]. SURENDRANATH BANERJEA war sehr enttäuscht, daß er auf seiner großen Propagandareise im Jahre 1878 in Madras als einziger der Städte Indiens nicht auf einer öffentlichen Kundgebung sprechen konnte, sondern sich mit einer privaten Konferenz der örtlichen Honoratioren begnügen mußte[122]. Die politische Atmosphäre in der Stadt der *Tamil*-Brahmanen war beherrscht von dem Geist der Exklusivität und Mäßigung. Zum ersten Nationalkongreß in Bombay entsandten Madras und die Kreisstädte der Provinz jedoch eine gute Anzahl von Delegierten, die sich an den Debatten eifrig beteiligten[123]. Sie fielen dadurch auf, daß sie durchweg in einfacher, einheimi-

---

[114] HARI NARAYAN APTE, 1864—1919, siehe *Sahitya Akademi*, op cit., S. 154.

[115] VISHNU SHASTRI CHIPLUNKAR, 1850—1882, siehe D. V. KIRTANE, op. cit., S. 119 ff.

[116] Report of the Indian Education Committee, 1883, S. 27, Madras steht unter allen Provinzen an erster Stelle in bezug auf die Anzahl derer, die des Lesens und Schreibens kundig sind (siehe Statistik).

[117] Siehe Madras Native Association, Petition to Parliament, 1852.

[118] Siehe Diamond Jubilee Souvenier, Madras *Mahajana Sabha*, 1946 S. 3 ff., der Präsident der Madras Native Association (1844) war GAZULU LAKSHMI NARASU CHETTIAR, der Sekertär war P. SOMASUNDARAM CHETTIAR; die Chettiars sind eine reiche Händlerkaste.

[119] Die Madras *Mahajan Sabha* entstand 1884, der erste Präsident war P. RANGIAH NAIDU und VIJAYARAGHAVACHARIAR und ANANDACHARLU waren die Sekretäre, siehe Diamond Jubilee, op. cit., S. 6.

[120] VIJAYARAGHAVACHARIAR, geb. 1857, *Iyengar* Brahmane, siehe Parekh, Eminent Indians, S. 429 ff.

[121] Siehe S. NATARAJAN, A History of the Press in India, London 1962.

[122] SURENDRANATH BANERJEA, A Nation in the Making.

[123] Report First Indian National Congress, S. 5, außer Madras waren auch die kleineren Städte der Provinz durch Delegierte vertreten (Cuddapah, Salem, Coimbatore, Tanjore, Chingleput, Kumbakonam, Madura, Tinnevelly etc.).

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

scher Kleidung erschienen, während die Bengalen in europäischen Anzügen auftraten; selbst der zeitgenössische Berichterstatter des Kongresses konnte nicht umhin, diesen Kontrast zu vermerken[124].

In Nordindien, in den Vereinten Provinzen von Agra und Oudh, setzte die Entwicklung der politischen Willensbildung erst sehr spät ein. Diese Region war zu vielschichtig, und es konnte sich daher nirgendwo ein eigentliches politisches Zentrum bilden. Agra und das nahe Delhi, Lucknow, Allahabad und Benaras stellten hier und da einen einsamen Repräsentanten, der im Namen der Riesenprovinz sprechen durfte, da es kaum jemand gab, der ihm den Anspruch verwehrt hätte. Es waren denn auch bezeichnender Weise zwei Kashmir-Brahmanen, Angehörige einer exponierten Minderheit, die zuerst als Vertreter der Provinz in Erscheinung traten. PANDIT AYODHYANATH[125], Sohn eines prominenten Bürgers von Agra, war einer der ersten Studenten des Agra College. Er wurde Rechtsanwalt und siedelte dann in die neue Provinzhauptstadt Allahabad über. Er wirkte dort unter anderem auch als Professor der Jurisprudenz und wurde später zu einer der wichtigsten Stützen des Nationalkongresses in dieser Region[126]. Sein jüngerer Zeitgenosse, PANDIT BISHAN NARAYAN DHAR[127], war der führende Kopf in Lucknow, und er war der erste unter seinen Provinz- und Kastengenossen, der es wagte, zum Studium nach England zu gehen, eine Entscheidung, die unter den Kashmir-Brahmanen eine Kontroverse auslöste. DHAR war auch Sekretär des Kashmiri National Club, einer Reformorganisation seiner Kastengruppe[128]. Der dritte einflußreiche Sprecher der Provinz war PANDIT MADAN MOHAN MALAVIYA[129], der einer Brahmanenfamilie entstammte, die vor einigen Jahrhunderten aus dem mittelindischen Malwa nach Allahabad gezogen war. MALAVIYA, ein Jahr jünger als sein berühmter Zeit- und Ortsgenosse MOTILAL NEHRU[130], war schon in jungen Jahren politisch tätig und wurde daher früher bekannt als NEHRU. Er wurde bereits 1887 Schriftleiter der von RAJA RAMPAL SINGH VON RAMPUR[131] gegründeten Zeitung „*Hindosthan*" und war bald einer der prominentesten Redner auf den jährlichen Nationalkongressen[132]. MALAVIJA verkörperte eines der wichtigsten Elemente der politischen Willensbildung seiner Region und blieb daher im Laufe seines langen Lebens eine der Zentralgestalten der politischen Geschichte Indiens. Er war ein orthodoxer Hindu von exemplarischer Frömmigkeit und verfügte zugleich über alle Gaben der westlichen Bildung. Als ein Mann, der noch weitgehend in der Tradition lebte, war er frei von dem Fanatismus neo-hinduistischer Bestrebungen. Er nahm daher oft eine Mittlerstellung ein.

---

[124] Report First Indian National Congress, S. 6.

[125] PANDIT AYODHYANATH, 1840—92, siehe PAREKH, Eminent Indians, S. 441.

[126] Er lud den Kongreß 1888 nach Allahabad ein, PAREKH, Eminent Indians, S. 442.

[127] PANDIT BISHAN NARAYAN DHAR, geb. 1846, PAREKH, Eminent Indians, S. 491, DHAR war 1911 Kongreßpräsident.

[128] PAREKH, Eminent Indians, S. 492.

[129] PANDIT MADAN MOHAN MALAVIYA, geb. 1862, PAREKH, Eminent Indians, S. 471.

[130] PANDIT MOTILAL NEHRU, 1861—1931, Kongreßpräsident 1928 siehe B. R. NANDA, The Nehrus-Motilal and Jawaharlal, London 1962.

[131] RAJA RAMPAL SINGH VON RAMPUR, einer der *Taluqdars* von Oudh, wurde zum führenden Kopf der Hindu *Taluqdars*, PAREKH, Eminent Indians, S. 459 ff.

[132] Siehe The Hon. MADAN MOHAN MALAVIYA, His Life and Speeches, Madras (Ganesh & Co.) n. d.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Die Vereinten Provinzen waren auch die Heimat der wichtigsten mohammedanischen Bildungsschicht in Indien. Die Mohammedaner fühlten sich aber in mehr als einer Hinsicht von den Briten überrannt und machten von den neuen Möglichkeiten der westlichen Bildung keinen Gebrauch. Auch spielte die koranische Erziehung in ihrem religiösen Leben eine so wichtige Rolle, daß sie schon aus diesem Grunde westlich-weltlichen Bildungsanstalten feindlich gegenüberstanden. Es bedurfte aller Mühe und Überredungskünste des großen Pädagogen SYED AHMED KHAN[133], um die Mohammedaner endlich für die Unterstützung einer anglo-mohammedanischen Schule zu gewinnen. SYED AHMAD KHAN sprach selbst nicht Englisch[134], aber er war davon überzeugt, daß die indischen Mohammedaner völlig ins Hintertreffen geraten würden, wenn sie nicht den Anschluß an die westliche Bildung fänden[135]. Er bemühte sich zugleich um eine rationalistische Ausdeutung des Islam[136]. Man könnte seine theologische Leistung und Position innerhalb seiner Religionsgemeinschaft etwa mit der seines Altersgenossen DEBENDRANATH TAGORE innerhalb des Hinduismus vergleichen.

SYED AHMAD KHANS Einfluß war auch auf dem Gebiet der politischen Willensbildung von entscheidender Bedeutung. Er lehnte eine Teilnahme der indischen Mohammedaner am Nationalkongreß ab. Da er nicht an die Existenz einer einheitlichen indischen Nation glaubte, lehnte er auch die Einführung demokratischer Institutionen ab. Er griff dabei auf die Argumente JOHN STUART MILLS zurück, der auf die Gefahren der Heterogenität der Wählerschaft hingewiesen hatte[137]. Um dem Einfluß des Nationalkongresses entgegenzuwirken, gründete SYED AHMAD KHAN sogar eine eigene Patriotische Gesellschaft[138]. Die junge Generation westlich gebildeter Mohammedaner, die aus seinem College in Aligarh[139] hervorging, wurden von diesen Ideen geprägt. Die britischen Rektoren von Aligarh taten ein Übriges, um sie in diesen Ansichten zu bestärken[140]. Da in diesen Jahren der Neo-Hinduismus zum wichtigsten Erlebnis der jungen Hindus wurde, waren die jungen Mohammedaner auf sich selbst zurückgewiesen und nahmen das, was ihnen in Aligarh gelehrt wurde, begeistert auf.

Im Panjab, einer Region, die überwiegend von Mohammedanern bewohnt war und als letzte Region Indiens unter britische Herrschaft kam, setzte die Entwicklung der politischen Willensbildung erst recht eigentlich mit der letzten Generation des 19. Jahrhunderts ein. Auch hier blieb der Einfluß der westlichen Bildung zunächst auf die Hindus beschränkt. Im Gegensatz zu den Vereinten Provinzen hatte das Fünfstromland eine traditionelle Hauptstadt, die unter den Statthaltern der Moghuldynastie und unter RANJIT SINGH zum kulturellen und politischen Zentrum Nordwest-Indiens geworden war. Diese Hauptstadt war Lahore, und die tonangebenden Kreise in der Hauptstadt waren bald die Hindus aus den Kasten der *Khatris* und

---

[133] SYED AHMAD KHAN, 1817—98, siehe WILFRED CANTWELL SMITH, Modern Islam in India, Lahore 1947, S. 6 ff.

[134] Siehe hierzu die Beschreibung SURENDRANATH BANERJEAS, der SYED AHMAD KHAN 1877 besuchte. S. BANERJEA, A Nation in the Making.

[135] Siehe hierzu D. ROTHERMUND, Der Freiheitskampf Indiens, Quellen und Arbeitshefte zum Geschichtsunterricht, Stuttgart 1961, S. 67.

[136] W. C. SMITH, op. cit., S. 16.

[137] ROTHERMUND, Quellenheft, S. 68.

[138] W. C. SMITH, op. cit., S. 17.

[139] Ibid., S. 43.

[140] Siehe A. H. ALBIRUNI, Makers of Pakistan and Modern Muslim India, Lahore 1950, S. 42 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Aroras[141]. Die einflußreiche Gruppe der Kashmir-Brahmanen war auch hier vertreten, aber die Zahl und Dynamik der anderen Kastengruppen brachte es mit sich, daß diese Gruppe hier nicht den Vorrang hatte.

Die *Khatris* bildeten einen fleißigen, wohlhabenden Mittelstand in Lahore und wandten sich rasch der westlichen Bildung zu. Ebenso eifrig griffen sie eine Lehre auf, die ihnen gleichzeitig die Aufnahme und Synthese der westlichen Bildung und eine Rückbesinnung auf die wesentlichen Lehren des Hinduismus bot. Dies war die Lehre des Swami Dayanand Saraswati[142], des Gründers des *Arya Samaj*[143], der im Jahre 1877 auf Einladung der Honoratioren von Lahore zum erstenmal diese Stadt besuchte[144], die bald zum eigentlichen Hauptquartier seiner Bewegung werden sollte. Dayanand war ursprünglich ein Brahmane aus Gujarat und hatte seine ersten Erfolge in Rajasthan errungen, wo etliche der stolzen Rajputenfürsten großes Interesse an seiner Lehre zeigten[145]. Er wollte den Hinduismus durch einen Rückgriff auf die Religion der Veden reformieren. Er kritisierte das abergläubische Brauchtum des volkstümlichen Hinduismus. Freilich wandte er sich auch sehr scharf gegen Christentum und Islam[146]. Seine kraftvolle, wenn auch oft etwas grobe Art der Kritik und des Reformwillens war den Panjabis so recht nach dem Herzen, und sie schlossen sich seiner Lehre begeistert an. Die junge Generation wuchs im Zeichen seines Geistes auf. Lala Hansraj[147], Lala Lajpat Rai[148] und Lala Munshi Ram (alias Swami Shraddhanand)[149], und andere führende Köpfe des neuen Panjab waren alle Mitglieder des *Arya Samaj*. Der *Arya Samaj* beflügelte die politische Willensbildung im Panjab und gab den Panjabis eine religiös-politische Eigenständigkeit. Anfänglich stand Lahore stark unter bengalischem Einfluß; Surendranath Banerjea hatte Lahore fast zur gleichen Zeit besucht wie Swami Dayanand[150]. Es gab in Lahore daher eine Indian Association nach dem Muster der gleichnamigen Organisation in Kalkutta[151]. Missionare des *Brahmo Samaj* waren auch im Panjab tätig, und die einzigen Delegierten des Panjab auf dem ersten Nationalkongreß in Bombay waren ein *Brahmo*-Missionar und ein Schriftleiter der mit Surendranaths Hilfe gegründeten Zeitung, „The Tribune“[152]. In den folgenden Jahren erstarkte Lahore als politisches Zentrum jedoch so sehr, daß von dort aus Missionare in alle Gegenden zogen. Der

---

[141] Siehe Prakash Tandon, Punjabi Century, London 1961.

[142] Dayanand Saraswati (Alias Mulshanker), 1824—83.

[143] *Arya Samaj*, gegründet 1875 in Bombay, s. Waldschmidt, op. cit., S. 282.

[144] Siehe Sri Ram Sharma, Mahatma Hansraj-Maker of the Modern Punjab, Lahore 1941, S. 20.

[145] Pandit Bhagvatdatta, *Rishi Dayanand Saraswati Ke Patra Aur Vignapan* (Hindi), Amritsar 1955.

[146] Dayanand Saraswati, *Satyartha Prakasha* (The Light of Truth), Engl. Übersetzung von C. Bharadwaja, Madras 1932, S. 539 f. u. 593 f.

[147] Lala Hansraj, 1864—1938, Direktor des Dayanand Anglo-Vedic College, siehe Sri Ram Sharma, op. cit.

[148] Lala Lajpat Rai 1865—1928, siehe Sri Ram Sharma, op. cit., S. 24 ff.

[149] Swami Shraddhanand wurde später der Gründer der *Gurukul Kangri* und der *Bharatiya Hindu Shuddhi Sabha*, er wurde 1926 von einem Mohammedaner ermordet, siehe Sri Ram Sharma, op. cit., S. 204 ff.

[150] Siehe Surendranath Banerjea, A Nation in the Making.

[151] Vgl. Report of the Second Indian National Congress, Kalkutta 1886.

[152] Siehe Report First Indian National Congress, S. 4.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Einfluß des Panjab auf die benachbarten Vereinten Provinzen nahm ständig zu, und bald wurde sowohl von Kalkutta als auch von Lahore her die Gangesebene missioniert.

Spaltungen und Spannungen blieben auch dem Panjab nicht erspart. Im Jahre 1886 war vom *Arya Samaj* eine Schule gegründet worden, deren pädagogisches Programm einer Synthese westlicher Bildung und vedischer Religion bereits in dem Namen „Dayanand Anglo-Vedic School" zum Ausdruck kam. Schon nach wenigen Jahren bildete sich eine Partei, die zunächst dem *Sanskrit* mehr Gewicht im Lehrplan geben wollte und schließlich gar ein völlig neues Schulsystem vorschlug, das dem alten vedischen Erziehungsideal entsprechen sollte. Die Kontroverse wurde noch dadurch verschärft, daß die Partei der „Sanskritisten" die Frage der vegetarischen Ernährungsweise aufgriff, da die meisten Anhänger der westlichen Bildungsrichtung des *Arya Samaj* nicht Vegetarier waren. So trennten sich die Wege, und der *Arya Samaj* zerfiel in zwei Gruppen, von denen die eine die „gebildete", die andere die „*Mahatma*"-Sektion genannt wurde[153].

Auf diese Weise waren gegen Ende des 19. Jahrhunderts alle wichtigen Regionen durch den westlichen Einfluß für eine politische Willensbildung erschlossen worden. Es gab eine nationale Bildungsschicht, die politische und soziale Probleme zu artikulieren verstand und daher auch von der Kolonialmacht beachtet werden mußte. Die verschiedenen Reformbewegungen hatten zwar viele gegensätzliche Lehrmeinungen, aber sie erzielten ähnliche Wirkungen. Sie ermöglichten der Bildungsschicht ein neues Selbstverständnis, das regionale Besonderheiten aufwies, aber nationale Dimensionen hatte. Dieses Selbstverständnis beinhaltete überall die gleiche Problematik. Fast in allen Reformvereinigungen ergaben sich Meinungsverschiedenheiten, weil Fürsprecher einer liberalen Emanzipation und des Traditionalismus einander gegenüberstanden. Für die Debatten, die sich hier entspannen, stand in den meisten Regionen gegen Ende des 19. Jahrhunderts bereits eine aktive Presse zur Verfügung. Zumeist wurde die englische Sprache zum Ausdrucksmittel der Diskussion, aber viele indische Sprachen hatten in Anlehnung an den westlichen Journalismus einen neuen Prosastil entwickelt und wurden von den Reformbewegungen im Streitgespräch genutzt und geprägt. Selbst der mahnende Ruf zur Rückbesinnung auf die eigene Kultur war in Form und Stil auf westliche Ausdrucksmittel und Beweisführungen angewiesen.

---

153 Sri Ram Sharma, op. cit., S. 57—69.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

3

Das Problem der nationalen Solidarität

Die Zersetzung der alten Sozialstruktur durch die Einwirkung der Kolonialmacht und das Anwachsen einer nationalen Bildungsschicht vollzogen sich auf verschiedenen Ebenen. Bildungspolitik und Steuergesetzgebung liefen beziehungslos nebeneinander her, ja sie gründeten sich oft auf Anschauungen, die im Widerspruch zueinander standen. Das Unbehagen des durch den westlichen Bildungseinfluß seiner Kultur entfremdeten Inders und die Bedrängnis des durch die britische Rechtsprechung und Steuergesetze in Schuldknechtschaft geratenen Bauern standen ebenso beziehungslos nebeneinander. Nur in einzelnen Fällen nahm sich die Bildungsschicht der Sorgen und Nöte der Landbevölkerung an und verhalf ihnen in Presse und Bittschrift zum Ausdruck. So ergaben sich hier und da Ansätze zu einer Solidarität der Gebildeten mit anderen Schichten der Bevölkerung. Eine nationale Solidarität, die die verschiedenen regionalen Gruppen der Bildungsschicht und die traditionsbefangenen Massen umfaßte, kam jedoch zunächst nicht zustande. Diese Solidarität ließ sich ideologisch leichter herstellen als im täglichen Leben. Der ideologische Brückenschlag war der Traditionalismus, der als bewußte Solidaritätskonstruktion, im Gegensatz zur gelebten, vielschichtigen Tradition, gewisse Elemente der traditionellen Ordnung herausgriff und zu universalen Normen reduzierte. Die Ansatzpunkte zu diesem Solidaritätstraditionalismus boten sich in der „großen Tradition" der Nationalepen und der monistischen indischen Philosophie, die auch in vergangenen Epochen dazu gedient hatte, die Mannigfaltigkeit der örtlich und regional gebundenen „kleinen Tradition" zu bewältigen[1].

Die Frage nach den Grundlagen und Normen der nationalen Solidarität wurde zum Hauptproblem der politischen Willensbildung Indiens gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Es ging dabei nicht nur um theoretische Spekulation, sondern um das Recht der Bildungsschicht, im Namen des indischen Volkes zu sprechen und zu handeln[2].

Die Fragestellungen überschnitten sich und verstrickten den Einzelnen oft in ein Gewebe von Widersprüchen. Jeder der westlich Gebildeten führte ein Doppelleben, in dem intellektuelle Überzeugung und tatsächliche Entscheidungen, eigene Wünsche und der Wille der Familie in Konflikt gerieten. Doch selbst auf dem Gebiet der intellektuellen Überzeugungen war es schwer, eine klare Linie zu ziehen. Man sah das Problem in zeitgenössischer Sicht vor allem als eine Frage des Vorranges der sozialen oder der politischen Reform[3]. Die Behandlung sozialer Fragen lenke von der Erringung der nationalen Einheit ab, die die Vorbedingung der politischen Emanzipation sei; die soziale Reform werde sich dann ganz von selbst aus der politischen Emanzipation ergeben — so sah es die eine Partei. Die andere hielt dem entgegen, daß die

---

[1] Zu den von Robert Redfield geprägten Begriffen „große" und „kleine" Tradition siehe Redfield, Peasant Society and Culture, Chicago 1956.

[2] H. und U. Mukherjee, op. cit., S. 63 ff., Aurobindos Aufsatz „New Lamps for Old".

[3] Kashinath Trimbak Telang, Select Writings and Speeches, Bombay 1916, S. 259 ff. „Must Social Reform Precede Political Reform in India?" Eine Rede gehalten in Bombay 1886.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

soziale Emanzipation die Grundlage der nationalen Einheit sei. Doch hier ergab sich ein Dilemma: sollte man sich für eine Wandlung der Sitten und Gebräuche einsetzen oder den Staat zur Gesetzgebung auf dem Gebiet der sozialen Reform veranlassen. Die Hilfe des Kolonialstaates auf diesem Gebiet war fragwürdig. Sie gab der fremden Macht Gelegenheit, als Schiedsrichter die Regeln der sozialen Emanzipation festzulegen[4].

Zu dem Streit um die politische und soziale Emanzipation kam sozusagen als zweite Dimension die Frage nach dem Verhältnis der Elite zu der Masse des Volkes hinzu. Kluge Anwälte der sozialen Reform waren darauf bedacht, nicht als eine neue Kaste für sich abgekapselt und damit allen Einflusses auf die Mehrheit ihrer Zeitgenossen beraubt zu werden[5]. Auf politischem Gebiet gestand man sich das Recht zu, im Namen der stummen Millionen zu sprechen. Dieses Recht wurde den liberalen Führern des indischen Nationalkongresses sowohl von der britischen Bürokratie als auch von der nationalistischen jüngeren Generation abgesprochen. Die Bürokraten sprachen verächtlich von einer „mikroskopischen Minderheit", und die jungen Nationalisten fanden, daß der Kongreß nicht national sei[6].

Im Schnittpunkt dieser Probleme wurde die Frage nach der nationalen Solidarität eine Frage der politischen Strategie und der religiösen Überzeugung. Es ergab sich daraus eine Vielfalt von Stellungnahmen, und jede entwickelte seine eigene Ideologie. Der einflußreichste Denker dieser Epoche war der Richter RANADE, der die Erringung der nationalen Solidarität in Indien als ein Erziehungswerk betrachtete, das die geduldige Arbeit mehrerer Generationen beanspruchen werde[7]. Er war der Gründer der Indian National Social Conferences, die von 1887 an jährlich im Anschluß an den Nationalkongreß abgehalten wurden[8]. Diese Konferenzen sollten dem Erfahrungsaustausch und der Koordination dienen, denn in diesen Jahren hatten sich bereits mehrere Kastenorganisationen und örtliche Reformvereinigungen gebildet, die auf ihre Weise der sozialen Reform zum Sieg verhelfen wollten[9]. RANADE glaubte an eine soziale Evolution, die vom Zwang alter Gemeinschaftsformen in die Freiheit der neuen Gesellschaft, vom Aberglauben zum echten Glauben und von der Herrschaft traditioneller Autorität zur Herrschaft der Vernunft führt[10]. Er war andererseits jedoch auch ein tief religiöser Mensch, der davon überzeugt war, daß „der Geist der Nation nicht im Agnostizismus wurzeln könne"[11]. Er sehnte das „reinigende Feuer einer religiösen Erweckung" herbei, da der Wille zur sozialen Reform nicht

---

[4] Zu den verschiedenen Richtungen siehe die Artikelserie „Hindu Reform" 1893, in N. G. CHANDAVARKAR, Speeches and Writings, Bombay 1911, S. 25 ff.

[5] RANADE, Miscellaneous Writings, Bombay 1915, S. 155 f.

[6] HARIDAS UND UMA MUKHERJEE, op cit., S. 75, AUROBINDO in „New Lamps for Old".

[7] RANADE, Miscellaneous Writings, S. 114 f.

[8] Siehe hierzu Report of the Indian National Social Conference (jährlich von 1888) und S. NATARAJAN, A Century of Social Reform in India, Bombay 1959, S. 64.

[9] Siehe hierzu Anhang des Report of the Sixth Indian National Social Conference, 1892, S. 78 ff. Liste der örtlichen Reformorganisationen und der Kastenorganisationen. Zur Entwicklung einer der größten Kastenorganisationen siehe Bericht über die Kayastha Konferenz im Anhang des Report of the Tenth Indian National Social Conference, 1897, S. 112 ff., ferner siehe Bericht der *Walterkrit Rajputra Hitkarini Sabha,* Anhang Report of the Sixth Indian National Social Conference, 1892.

[10] RANADE, Miscellaneous Writings, S. 116.

[11] Ibid., S. 69.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

aus kalter Berechnung hervorgehen könne, sondern von einem starken Glauben getragen werden müsse[12]. Die religiöse Erweckung verstand er jedoch nicht im Sinne einer reaktionären Rückbesinnung. Er dachte an einen „brennenden Puritanismus, der unsere Unreinheiten ausglüht." Aus dieser Sicht erschienen ihm die Theosophie und die neue Vedantaphilosophie seiner Zeit als ein Abweg, da sie das „puritanische Gefühl abstumpften"[13]. Er lehnte jeglichen Radikalismus ab und wollte weder mit der Vergangenheit brechen, noch sich auf eine sektierische Festlegung auf die eine oder andere Art der Reformbestrebungen einlassen. Im Gegensatz zu Bengalen, wo sich Orthodoxie und Reformsekten voneinander abgekapselt hatten, versuchte RANADE in Maharaschtra die Verbindungen mit allen Gruppen aufrechtzuerhalten und diese Strategie auf ganz Indien zu übertagen. Er mußte es dann freilich erleben, daß es ihm gerade in seiner Heimatstadt Poona verwehrt wurde, die Sozialkonferenz im Zelt des Nationalkongresses abzuhalten, da die Gegner der Reformbewegung alles daran setzten, um die verhaßte Konferenz dem Kongreß fernzuhalten[14].

Die Sozialkonferenzen dieser Jahre beschäftigten sich hauptsächlich mit der Frage der Wiederverheiratung von Witwen, der Abschaffung von Kinderheiraten, der Schulerziehung für Mädchen und der Wiederaufnahme in den Kastenverband von solchen, die eine Reise nach Übersee unternommen, oder sonst irgendwie gegen die Kastenregeln verstoßen hatten und exkommuniziert worden waren[15]. Der Widerstand der Orthodoxie war begreiflich, denn so maßvoll und geringfügig die geforderten Reformen aussahen, sie stellten alle den Fortbestand des Kastensystems in seiner alten Strenge und Reinheit in Frage. Die Reinheit der Kaste beruhte schließlich zu einem Hauptteil darauf, daß die Mädchen bereits vor der Pubertät verheiratet wurden[16] und man den Witwen eine Wiederverheiratung verbot; jede Bestrebung, die nur im geringsten zur Emanzipation der Frauen beitrug, mußte letztlich dem Kastensystem zum Schaden gereichen. Die Anhänger der Reformbewegung waren jedoch meist nicht bereit, sich dies einzugestehen, und manche mußten es sich vorwerfen lassen, daß sie in ihrem eigenen Leben nicht den Mut gefunden hatten, ihre Überzeugung mit der Tat zu bekräftigen. RANADE heiratete nach dem Tod seiner ersten Frau nicht eine Witwe, sondern ein Kind, und TELANG, eine große Stütze der Reformbewegung, gab seine Zustimmung zur Kinderheirat seiner kleinen Töchter[17]. Die rein politische Begründung der nationalen Solidarität ging diesen Schwierigkeiten aus dem Wege. Die politischen Aspirationen ließen sich besser auf einen gemeinsamen Nenner bringen, und da man hier noch nicht, wie auf dem sozialen Gebiet, unmittelbar in der Verantwortung stand,

---

[12] RANADE, Miscellaneous Writings, S. 71.

[13] Gokhale Papers, Brief RANADES an GOKHALE vom 24. 5. 1899. Der englische Text lautet: "It is the Non-Hinduism element of barbarous races . . . which are very difficult to eradicate till puritanism, white burning puritanism takes hold of our thoughts. It will then burn up all impurities. Even among our better people, the little support that Theosophy and Vedantism as practically realized get, has an influence for blunting this puritanic feeling . . . The so-called reactionists including even theosophists . . . make people believe in everything and doubt in everything . . . This lends great force to the unstable element in our character and our educational institutions and our churches and our press and politics also."

[14] RANADE, Miscellaneous Writings, S. 150 ff. Über „The Cause of the Excitement at Poona".

[15] Siehe hierzu die jährlichen Reports on the Indian National Social Conferences, ferner S. NATARAJAN, op. cit., S. 17 ff.

[16] Y. CHINTAMANI (ed.), Indian Social Reform, Madras 1901, S. 248 über *„Kanyadan"*.

[17] S. NATARAJAN, op. cit., S. 66 und S. 89.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

sondern sich auf Forderungen beschränken konnte, gab es kaum Anlaß zu Konflikten. Angehörige verschiedener Religionsgemeinschaften, Kasten und Interessengruppen konnten sich auf der politischen Ebene leicht zusammenfinden. Eine Solidarität dieser Art bedeutete aber im Grunde nur eine Übereinstimmung in einer Reihe von Fragen, die durch die Resolutionen der Nationalkongresse immer wieder betont wurden[18]. Diese Bemühungen erschienen der jüngeren Generation recht mechanisch und irrelevant. Man suchte nach einer organischen Einheit des politischen Willens[19]. So wie RANADE nach dem reinigenden Feuer einer religiösen Erweckung suchte, das den sozialen Reformwillen von der Starrheit kalter Berechnung befreien sollte, erhoffte die jüngere Generation eine Erneuerung des politischen Lebens.

Doch während eine religiöse Begründung des sozialen Reformwillens nicht unbedingt Konflikte mit anderen Religionsgemeinschaften hervorzurufen brauchte, war eine religiöse Erneuerung des politischen Willens letzten Endes nicht mit einer nationalen Solidarität vereinbar, die mehrere Religionsgemeinschaften umschließen sollte. Die Anziehungskraft der religiösen Erneuerung lag aber gerade darin, daß sie versprach, das Problem der sozialen und der politischen Solidarität mit einem Schlage zu lösen. Die Erweckung bedeutete zugleich eine *unio mystica* mit dem Geist der Nation. Die Nation war eine Muttergöttin, die sich in ihrer Vollkommenheit offenbarte[20], nicht ein unvollkommenes Wesen, das erst durch die geduldige Erziehungsarbeit der sozialen Reform zur Vollkommenheit heranreifte.

Die politische Interpretation der *Vedanta*philosophie war sozusagen die Theologie dieser Erweckungsbewegung. Viele Strömungen religiöser Erneuerung hatten Indien gegen Ende des 19. Jahrhunderts erfaßt. Theosophie, *Arya Samaj* und *Brahmo Samaj* waren bis in die kleinsten Kreisstädte hinein bekannt[21]. Die Wiederentdeckung der indischen Vergangenheit durch die europäischen Indologen regte die neo-hinduistische Kulturreligion an[22]. Aber erst die systematische Umdeutung der *Vedanta*philosophie durch VIVEKANANDA, TILAK und AUROBINDO ließ eine nationale Ideologie entstehen[23].

---

[18] JOHN MURDOCH, The Indian National Congress — The Resolutions at its Thirteen Sessions, London und Madras, 1898; einige der wichtigsten häufig wiederkehrenden Resolutionen betrafen die gleichzeitige Abhaltung von Aufnahmeprüfungen für den indischen Verwaltungsdienst in Indien und England, die Trennung der richterlichen und verwaltungstechnischen Funktionen der Beamten, die Neukonstituierung des Beirates des Staatssekretärs für Indien, die Rechte der Inder in Südafrika, die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der Regierung von Indien (die Welby Commission wurde daraufhin 1895 gebildet und veröffentlichte ihren Bericht 1896).

[19] HARIDAS UND UMA MUKHERJEE, op. cit., S. 95 f., Aurobindo in „New Lamps for Old".

[20] Siehe hierzu den Artikel „*Mataram* in *Bande Mataram*" in BIPIN CHANDRA PAL, The New Spirit, Kalkutta 1907, der Artikel bezieht sich auf BANKIMCHANDRA CHATTERJEES Deutung der Nation in den Erscheinungsformen der *Jagaddhatri*, *Kali* und *Durga* in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

[21] Siehe hierzu INDULAL YAJNIK, Shyamaji Krishnavarma-Life and Times of an Indian Revolutionary, Bombay 1950, S. 19 ff.

[22] Siehe hierzu R. K. DASGUPTA, „Max Mueller as an Indologist", in Yearbook 1962, Max Mueller Bhavan Publications, New Delhi 1962, S. 87 ff.

[23] Siehe hierzu VIVEKANANDA, Selections from Vivekananda, Almora 1946; BAL GANGADHAR TILAK, *Gita Rahasya*, engl. Übersetzung von S. SUKTHANKAR, Poona 1935; SRI AUROBINDO, The Ideal of the *Karmayogin*, Nachdruck aus der Zeitschrift „Karmayogin" Kalkutta 1908, ferner auch VISHWANATH PRASAD VARMA, The Political Philosophy of Sri Aurobindo, Bombay 1960.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Die Ideale der französischen Revolution, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, und der Wille zur Tat wurden hier mit Hilfe der indischen Metaphysik neu begründet und der jungen Generation mit auf den Weg gegeben. Der Text, der allen diesen Interpretationen zugrunde lag, war die *Bhagavadgita,* die sich bei der jungen Generation daher ganz besonderer Beliebtheit erfreute[24]. Die Überlieferung besagte, daß es drei Pfade zur Vervollkommnung gibt, den Pfad der Erkenntnis *(jnana),* den Pfad der Verehrung *(bhakti)* und den Pfad der Tat *(karma)*[25]. Die *Vedanta*philosophie stand ursprünglich im Zeichen des Pfades der Erkenntnis[26] und die volkstümliche Religion der mittelalterlichen Sekten und Heiligen ging den Pfad der andächtigen Verehrung[27]. Die Betonung des Pfades der Tat entsprang der Begegnung mit dem westlichen Denken[28]. Doch ergaben sich in der *Bhagavadgita* Ansätze zu einer Interpretation im Sinne des Pfades der Tat *(karmayoga).* Tilak wies darauf hin, daß selbst der, der auf dem Wege der Erkenntnis oder der Verehrung die Vereinigung mit dem höchsten Wesen erreicht habe, dennoch nicht untätig bleiben dürfe, da ja die Existenz der Tatenwelt dem Willen des höchsten Wesens entspringe[29]. Die wichtigste Lehre der *Bhagadvadgita* sei der Hinweis auf die selbstlose Tat, die der, der sie vollbringt, dem höchsten Wesen zum Opfer darbietet, ohne dabei an seinen Verdienst zu denken[30]. Diese Lehre diente später auch zur Rechtfertigung des terroristischen Einsatzes.

Andere Elemente der *Vedanta*philosophie konnten ebenso leicht der politischen Ideologie dienstbar gemacht werden, wenn man jeweils die Hinweise auf das Verhältnis der individuellen Seele zum höchsten Wesen durch ein politisches Bezugssystem ersetzte. Die Sehnsucht nach der Befreiung *(Mumukshutwa)*[31] der Seele von den Banden des Daseins wurde zum Freiheitskampf der Nation gegen die Kolonialmacht. Der Weg zur Befreiung lag in der Erkenntnis der eigenen Stärke, vor der die Illusion *(maya)* der Fremdherrschaft dahinschwinden mußte[32]. Die Stärke wiederum beruhte auf der nationalen Solidarität, der Gleichheit aller Menschen, die aus dem Monismus *(advaita)* der *Vedanta*philosophie abgeleitet wurde[33].

Die monistische Grundlage der nationalen Solidarität ermöglichte eine politische und soziale Identifikation der politisch aktiven Schichten mit der Masse des Volkes[34].

---

[24] Hinweis auf die Ideale der französischen Revolution bei Sri Aurobindo, The Ideal of the *Karmayogin,* S. 56; Hinweis auf „*Vedantic* gospel of equality" in Sri Aurobindos Artikel in „Bande Mataram", Haridas und Uma Mukherjee, op. cit., S. 129; Hinweis auf die Popularität der *Bhagavadgita* bei der jüngeren Generation in einem Brief von Herbert Hope Risley an John Morley vom 13. 5. 1909, Morley Papers, der englische Text lautet: "It has certainly taken great hold of the rising generation, while their fathers, one of whom was talking to me about it recently, had next to no knowledge of it."

[25] Tilak, *Gita Rahasya,* S. 22.

[26] S. Radhakrishnan, The *Vedanta,* London 1928, S. 87 ff.

[27] G. A. Natesan (ed.), Chaitanya to Vivekananda — Lives of the Saints of Bengal, Madras n. d. S. 7 ff.

[28] Siehe hierzu den Brief Rabindranath Tagores an Rudolf Eucken vom 13. 6. 1921 in D. Rothermund (ed.), Rabindranath Tagore in Germany, S. 55 f.

[29] Bal Gangadhar Tilak, Writings and Speeches, Madras n.d., S. 262.

[30] Aurobindo, The Ideal of the *Karmayogin,* S. 19.

[31] Pal, The New Spirit, S. 248.

[32] V. P. Varma, op. cit., S. 229.

[33] V. P. Varma, op. cit., S. 227.

[34] Aurobindo, The Ideal of the Karmayogin, S. 11—12.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Dieses monistische Mandat erübrigte zugleich die mühsame Kleinarbeit der sozialen Reform und das Streben nach demokratischen Institutionen westlicher Art[35]. Ein „mystischer Militarismus" bemächtigte sich der jungen Generation[36].

Die politische *Vedanta*philosophie verherrlichte die Nation und nicht den Staat. Der Staat erschien als ein Mechanismus, die Nation als ein Organismus[37]. Die Nation wiederum war nicht ein exklusives Gebilde, denn der Monismus postulierte im Grunde genommen die Einheit aller Menschen. Der neo-hinduistische Nationalismus war daher zugleich ein Internationalismus. Ein weltweites Sendungsbewußtsein wurde zum notwendigen Bestandteil des indischen Nationalismus[38]. Die Idee der Toleranz und der Assimilation wurde ständig betont[39]. Gerade diese monistische Toleranzidee wurde jedoch zur Quelle des Mißverständnisses zwischen Hindus und Mohammedanern[40]. Der gemeinsame Aufbau eines Staates und die Bildung eines Staatsvolkes war eine Aufgabe, an der Mohammedaner und Hindus ohne religiöse Skrupel gemeinsam arbeiten konnten. Diese gemeinsame Arbeit wurde jedoch durch die Existenz des Kolonialstaates verhindert. Eine nationale Solidarität auf monistischer Grundlage war jedoch für die indischen Mohammedaner unannehmbar. Ihre Religion beruhte auf einem korporativen Zusammengehörigkeitsgefühl aller Gläubigen[41]. Viele wohlmeinende Hindus, die ständig von der Toleranz und der gemeinsamen Kultur sprachen und damit die Mohammedaner um so gründlicher abstießen, fanden die Haltung der Mohammedaner unverständlich und führten ihre Verstocktheit auf die Machenschaften der britischen Bürokratie zurück[42]. Die britischen Bürokraten waren natürlich nicht abgeneigt, die Differenzen von Hindus und Mohammedaner auszunutzen, und manche von ihnen waren wohl der Ansicht, daß eine echte Solidarität in Indien nur auf islamischer Grundlage möglich sei[43], aber die Differenzen selbst waren echte Differenzen, die nicht von den Bürokraten ersonnen worden waren.

Der erwachende Nationalismus der indischen Mohammedaner war kein indischer, sondern ein extraterritorialer Nationalismus. Panislamische Erinnerungen und Hoffnungen erfüllten die junge Generation der Mohammedaner. Die Dichter Hali[44] und Shibli[45], Altersgenossen Bankimchandras und Tilaks, hatten durch ihr Wirken das Selbstbewußtsein der indischen Mohammedaner belebt. Doch da die Mohammedaner

---

[35] Aurobindo, Ideal of the Karmayogin, S. 11—12.

[36] V. P. Varma, op. cit., S. 126.

[37] Ibid., S. 288.

[38] Sri Aurobindo, The Ideal of Human Unity, Madras 1919.

[39] Rabindranath Tagore, „The True Freedom", in D. Mackenzie Brown, The White Umbrella, Berkeley 1953, S. 105 ff.

[40] Siehe hierzu Bhagwan Das et al., A History of the Hindu-Muslim Problem in India, Allahabad 1933, besonders die Bemerkungen von Zafarul Mulk im Anhang.

[41] Muhammad Iqbal, The Reconstruction of Religious Thought in Islam, Lahore 1960, S. 146 ff., ferner auch M. Siddiqi et al., Iqbal as a Thinker, Lahore 1944, S. 230.

[42] Siehe hierzu Ashoka Mehta und Achyut Patwardhan, The Communal Triangle, Allahabad 1942.

[43] Herbert Hope Risley, The People of India, London 1908, S. 208.

[44] Altaf Hussain Hali, geb. 1837, *„Musaddad"* veröffentlicht 1879 angeregt von Syed Ahmad Khan, siehe A. H. Albiruni, Makers of Pakistan, S. 63 ff.

[45] Allama Shibli Nomani, geb. 1857, Professor, Aligarh Muslim College, trennte sich später von Aligarh und arbeitete für eine andere Institution *Nadvatul-Ulema*, beeinflußte Maulana Abul Kalam Azad, siehe Albiruni, Makers of Pakistan, S. 119 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

insgesamt auf dem Gebiet der westlichen Bildung etwa um eine Generation ins Hintertreffen geraten waren, kam zur Zeit der neo-hinduistischen Erweckungsbewegung der Panislamismus noch nicht voll zum Ausdruck[46]. Der Dichter MOHAMMED IQBAL[47], ein Altersgenosse AUROBINDOS, war der wichtigste Exponent des islamischen Denkens dieser Art in Indien. Aber seine Ideen gewannen erst nach und nach einen Einfluß in den Kreisen der westlich gebildeten Mohammedaner. Er wandte sich entschieden von der islamischen Mystik ab und setzte sich für die puritanischen Reformbewegungen im Islam ein[48]. Er gab in seinen Gedichten der vergangenen Größe islamischer Reiche Ausdruck und pries zugleich ein Leben der Tat[49]. Seine Ideenwelt ist voller Widersprüche und lieferte sowohl den Neuerern als auch den Traditionalisten Ansätze für ihre Propaganda[50]. Insgesamt ging jedoch sein Einfluß dahin, die indischen Mohammedaner als Mohammedaner zu aktivieren und die korporative Bedeutung des Islam als eines sozialen und politischen Systems hervorzuheben[51]. Der Anstoß zu seinem Wirken und Denken war ähnlich dem, der die Anhänger des Neo-Hinduismus bewegte, und gerade darum stand sein islamischer Voluntarismus im Gegensatz zum Monismus der politischen *Vedanta*philosophie[52].

Die Begründung der nationalen Solidarität auf den politisch gedeuteten Monismus barg bereits das Problem der staatlichen Einheit in sich. Zwar waren eine ganze Reihe anderer Faktoren auch für dieses Problem von Bedeutung, aber durch die Ideologisierung des Freiheitskampfes um die Jahrhundertwende war ein Grundton festgelegt, der von nun an alle Bereiche der politischen Willensbildung bestimmte[53].

Die Radikalisierung des politischen Lebens, die sich aus dieser Ideologie ergab, zeigte schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts ihre ersten Resultate. Im Jahre 1897 wurden die Briten RAND und AYERST von den Gebrüdern CHAPEKAR in Poona ermordet[54]. Die Gebrüder CHAPEKAR waren junge *Chitpavan*-Brahmanen, die in der spannungsreichen Atmosphäre Poonas aufgewachsen waren und einen Verein zum Schutz der Hindu-Religion gegründet hatten[55]. Sie hatten sich schon mehrfach an gewalttätigen Maßnahmen beteiligt. Sie rechneten es sich hoch an, daß es ihnen gelungen war, den Schriftleiter der sozialreformerischen Zeitschrift „*Sudharak*" zu verprügeln[56]. Als im Jahre 1895 der Kongreß in Poona gehalten wurde, hatten sie gedroht, das Zelt der Sozialkonferenz, die im Anschluß an den Kongreß stattfand, in Brand zu stecken[57].

---

[46] ALBIRUNI, Makers of Pakistan, S. 3 ff.

[47] SIR MOHAMMED IQBAL, 1873—1938, geboren in Sialkot, Panjab, Dr. phil., München, Dissertation über die persische Mystik, 1907, Präsident der Moslem-Liga 1930, Rechtsanwalt in Lahore, siehe ALBIRUNI, Makers of Pakistan, S. 167 ff. und W. C. SMITH, Modern Islam in India, S. 114 ff.

[48] W. C. SMITH, op. cit., S. 116.

[49] ALBIRUNI, op. cit., S. 174, W. C. SMITH, op. cit., S. 124.

[50] Siehe hierzu W. C. SMITH, op. cit., S. 114 ff. „Iqbal the Progressive", und S. 156 ff. „Iqbal the Reactionary".

[51] M. SIDDIQI, op. cit., S. 230 f. und M. IQBAL, op. cit., S. 159 ff.

[52] M. SIDDIQI, op. cit., S. 230 ff.

[53] Siehe hierzu das Kapitel „Das Problem der staatlichen Einheit".

[54] Government of Bombay, Source Material, Vol. II, S. 335 ff.

[55] Ibid., Anhang S. 955 ff. Autobiographie des DAMODAR HARI CHAPEKAR, geb. 1870, hingerichtet 1898.

[56] Ibid., S. 979.

[57] Ibid., S. 986.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Sie hatten mehrmals vergeblich versucht, sich dem Militär anzuschließen, um den Waffendienst zu erlernen und wollten zu diesem Zweck sogar nach Nepal gehen, da die britisch-indische Armee keine *Chitpavan*-Brahmanen aufnahm[58]. Sie trugen bei den *Shivaji*-[59] und *Ganpati*-[60] Festen, die TILAK eingeführt hatte, aufrührerische Gedichte vor, die sie selbst gedichtet hatten, und als die Zuhörerschaft sie beim Wort nahm, schworen sie, ihr Leben für das Vaterland zu lassen. Selbst TILAK war ihnen nicht orthodox genug, und sie befürchteten, daß er der Reformbewegung nicht kompromißlos genug gegenüberstand[61]. Als die Pest über Poona hereinbrach, ordnete der mit der Bekämpfung der Seuche beauftragte Beamte, W. C. RAND, drastische Maßnahmen an, die die Gefühle der orthodoxen Familien verletzten. Die Gebrüder CHAPEKAR sahen hierin einen Fall, der ihren Einsatz erforderte, und sie erschossen RAND und seinen Begleiter Leutnant AYERST. Dieses war der erste politische Mord der neuen Aera, ihm sollten in wenigen Jahren eine ganze Reihe von weiteren Morden folgen. Die Tat der Gebrüder CHAPEKAR wurde von den Geheimbünden in anderen Orten begeistert aufgenommen[62]. Diese Bünde hatten die Lehren MAZZINIS und GARIBALDIS mit den Erinnerungen an den großen Aufstand von 1857 verknüpft und träumten von einem Unabhängigkeitskrieg. Von Poona über Nagpur nach Kalkutta und Lahore liefen die geheimen Fäden einer terroristischen Verschwörung gegen die britische Macht. Schon in den Jahren 1898—99 bemühte man sich um Anweisungen zur Herstellung von Kokosnußbomben[63].

Die Mitglieder dieser Geheimbünde waren zumeist *Chitpavan*-Brahmanen und die jungen Männer der *Bhadralok* von Bengalen, eine halbgebildete junge Generation der wichtigsten dominanten Minderheiten Indiens[64]. Diese junge Generation war in mehr als einer Hinsicht auf sich selbst angewiesen. Die westliche Bildung hatte einen weiteren Kreis erfaßt. Die Schulbildung war nicht mehr das einsame Erlebnis des strebsamen Schülers, der sich aus einfachen Verhältnissen zum Richter oder Verwaltungsbeamten emporarbeitete, sondern es war jetzt oft das kollektive Erlebnis einer Gruppe von Jungen, die nicht unbedingt eine gute Karriere erwarten konnten und von einheimischen Lehrern eine westliche Bildung aus zweiter Hand halbverstanden aufnahmen[65]. Ihre Eltern hatten oft wenig Ahnung von dieser Bildung. Sie entwuchsen durch die Schulbildung ihren Eltern und wurden überheblich[66]. Die Zugehörigkeit zu

[58] Government of Bombay, Source Material, Vol. II, S. 990.

[59] SHIVAJI war der Gründer des Mahrattareiches des 17. Jahrhundert, TILAK hatte im Jahre 1895 zunächst um Spenden zur Wiederherstellung von SHIVAJIS Grabmal in Raigadh gebeten und dann ein jährliches *Shivaji*-Fest veranstaltet, siehe Government of Bombay, Source Material, Vol. II, S. 206.

[60] *Ganpati*, der elefantenköpfige Gott, auch *Ganesha* genannt, war in Maharaschtra besonders populär. Das religiöse Fest *Ganesh Chaturthi* wurde durch das zeremonielle Versenken von *Ganesh*statuen gefeiert. TILAK verwandelte dieses Fest in ein großes Gemeindefest, bei dem Sportvereine und Gruppen Prozessionen veranstalteten, siehe Government of Bombay, Source Materials, Vol. II, S. 206, 218, ferner S. 993, Autobiographie Chapekars.

[61] Ibid., S. 994.

[62] Siehe hierzu P. S. KHANKHOJE, „Young Revolutionaries of the Tilak Era", Artikelserie in der Zeitschrift *„Kesari"*, Poona, engl. Übersetzung History of the Freedom Movement Unit, National Archives, New Delhi.

[63] Ibid.

[64] Government of India, Sedition Committee Report, 1918.

[65] KHANKHOJE, op. cit.

[66] Government of Bombay, Source Material, Vol. II, S. 964.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

einer dominanten Minderheit gab ihnen das Recht, den Ton anzugeben. Doch waren sie auf diese Weise zugleich von anderen Kastengruppen getrennt. Das monistische Mandat der politischen *Vedanta*philosophie gab ihrer Zugehörigkeit zu einer dominanten Minderheit zugleich einen neuen Sinn und half ihnen, die Isolierung, die diese Stellung mit sich brachte, ideologisch zu überwinden. Dennoch waren sie praktisch auf sich selbst angewiesen. Die Kontakte mit anderen Kasten waren sowohl aufgrund des Bildungsstandes als aufgrund des Kastensystems gering. Der Terrorismus, der Mordanschlag, ausgeübt im Namen der Nation, aber organisiert im kleinsten Kreise, entsprach dieser Situation vollkommen. Die Einsatzbereitschaft und der Opfermut der jungen Generation war groß, und sie wurde durch das Unbehagen der Halbbildung noch gestärkt. Man wollte sich in den Dienst einer großen Sache stellen. Die Botschaft der Agitatoren wurde daher begeistert aufgenommen [67].

Das Sendungsbewußtsein der radikalen Nationalisten wurde gesteigert durch das Anschwellen der Kulturkritik in Europa. Die Stimmung des *„fin de siècle"* in Europa stand im krassen Gegensatz zu der Erweckungsbewegung in Indien, die von ihren begeisterten Anhängern als „indische Renaissance" gepriesen wurde. Die Rückbesinnung auf die eigene Vergangenheit und die Ablehnung der westlichen Überfremdung konnte sich auf die zeitgenössischen Schriften der europäischen Kulturkritiker und Zivilisationsmüden berufen [68]. Die indischen Nationalisten fanden ein Arsenal zugkräftiger Argumente bereits fertig vor. Das Interesse der Theosophen an indischer Weisheit und der große Erfolg VIVEKANANDAS auf dem Weltparlament der Religionen in Chicago bewiesen andererseits, daß der Westen auf die Erlösung durch Indien zu warten schien [69].

Die Zeit um die Jahrhundertwende stand jedoch zugleich auch unter dem Zeichen der Ideologie des Imperialismus. Während die Kolonialherrschaft bisher eine praktische Angelegenheit war, die gelegentlich mit der liberalen Theorie der Erziehung der Kolonialvölker zur verantwortlichen Regierung gerechtfertigt wurde [70], meldeten sich nun Ideologen zum Wort, die das Kolonialreich nach dem Vorbild des römischen Imperium als eine Ordnungsmacht sahen, die in ihrer geschichtlichen Größe weit über die Grenzen der kleinen britischen Inseln hinausgewachsen sei und um ihrer selbst willen erhalten und gestärkt werden müsse [71]. Die große Aufgabe der britischen Nation wurde von ROSEBERY und CHAMBERLAIN, MILNER und CURZON in den Jahren um 1900 begeistert dargestellt [72]. Auch hier ging es um eine nationale Solidarität, denn man fühlte, daß sich das Imperium nur erhalten ließe, wenn der politische Wille der ganzen Nation auf diese Aufgabe ausgerichtet sei. Eine Reihe von Faktoren trugen zu dieser raschen Entwicklung der Ideologie des Imperialismus bei. Die sprunghafte Ausdehnung des

---

[67] KHANKHOJE, op. cit.

[68] Siehe hierzu GANDHIS Hinweise auf MAX NORDAUS Buch „Paradoxes of Civilisation" und EDWARD CARPENTERS „Civilisation, Its Cause and Cure", M. K. GANDHI, *Hind Swaraj*, 6. Auflage, Madras n.d., S. 110.

[69] VIVEKANANDA, Selections from VIVEKANANDA, S. 1 ff. „Addresses at the Parliament of Religions".

[70] Siehe STOKES, op. cit., S. 46—47; GEORGE BENNETT (ed.), The Concept of Empire, London 1962, S. 68 ff.

[71] BENNETT, op. cit., S. 307 ff.

[72] EARL OF ROSEBERY, Premierminister; JOSEF CHAMBERLAIN, Kolonialsekretär; VISCOUNT MILNER, Hochkommissar für Südafrika, LORD CURZON, Unterstaatssekretär für Indien, später Vizekönig, siehe BENNETT, op. cit., S. 310, 313 ff., 339 ff., siehe auch BERNARD SEMMEL, Imperialism and Social Reform, London 1960, S. 177 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Kolonialreiches in Afrika, die industrielle Konkurrenz Deutschlands und Frankreichs, die sozialen Forderungen der britischen Arbeiterschaft, die Bestrebungen zur Gründung einer imperialen Föderation, die Großbritannien, Kanada, Australien und die anderen weißen Kolonien umfassen sollte, verlangten nach einer politischen Konzeption großen Stils[73]. Das Imperium als Ordnungsmacht, die nicht nur die Segnungen der Zivilisation verbreiten, sondern auch Schutzzölle auferlegen und die sozialen Probleme der imperialen Nation bewältigen konnte, war eine Konzeption in diesem Sinne[74]. Der Sozialdarwinismus mit seiner Lehre von der Auslese der Tüchtigsten wurde von der sozialen auf die internationale Ebene übertragen[75], und sozialistische und konservative Denker bemühten sich in schöner Eintracht um ein System der nationalen Wirksamkeit[76]. Das Imperium galt geradezu als unantastbar, und man wollte es vor allem vor dem schädlichen Einfluß des Parteihaders bewahren. Lord Curzon hätte gern, wie er sagte, einen Zaun um das ganze Imperium gezogen mit der Aufschrift „Parteipolitikern ist der Eintritt verboten"[77].

Der Parteihader wurde jedoch durch das imperialistische Programm eher verschärft als beseitigt. Freihandel und Schutzzoll spielten hier eine Hauptrolle als Sammelpunkt entgegengesetzter Anschauungen[78]. Der liberale John Morley prophezeite, daß die großen Ideen von der imperialen Ordnungsmacht sich an zwei Punkten hart im Raume stoßen würden, und diese zwei Punkte seien „Einfuhrzölle und Eingeborene"[79].

In Indien folgte man diesen Debatten aufmerksam, und die einheimische Nationalökonomie meldete sich in diesen Jahren mit einigen gewichtigen Werken zum Wort. Dadabhai Naorojis Buch „Armut und Un-Britische Regierung in Indien" und seine Theorie vom Aderlaß Indiens[80], Romesh Chunder Dutts indische Wirtschaftsgeschichte[81], Ranades Reden und Aufsätze[82] und G. V. Joshis[83] gründliche Abhandlungen über das indische Finanzwesen, die großen Ausgaben für die britisch-indische Armee und die Zunahme der Hungersnöte dienten zur Grundlage einer nationalen Solidarität auf dem Gebiet der Wirtschaftslehren, die den Nationalismus der „indischen Renaissance" ergänzte. Die junge Generation, die in den Schulen Aufsätze über die Segnungen der britischen Herrschaft zu schreiben hatte, schilderte zum Schrecken der Lehrer Aderlaß und Ausbeutung[84].

Naoroji beschränkte sich im wesentlichen auf finanzielle Erwägungen, und seine Theorie vom Aderlaß bezog sich hauptsächlich auf die ständige Überweisung von

---

[73] Bennett, op. cit., S. 281 ff., 291 ff., 324 ff.

[74] Semmel, op cit., S. 234 ff.

[75] Ibid., S. 29 ff.

[76] Ibid., S. 53.

[77] Lord Curzon, Speeches on India, London 1904, S. 32.

[78] Semmel, op. cit., S. 98 ff.

[79] A. P. Thornton, The Imperial Idea and its Enemies, London 1959, S. 52, Zitat aus der Rezenzion des Buches von Seeley, „The Expansion of England", Macmillans Magazine, Feb. 1884.

[80] Dadabhai Naoroji, Poverty and Un-British Rule in India, London 1901.

[81] Romesh Chunder Dutt, The Economic History of India, Vol. I: India under Early British Rule, Vol. II: The Victorian Age, London 1903.

[82] M. G. Ranade, Essays on Indian Economics, Madras 1920, die Reden und Aufsätze in diesem Bande stammen aus den Jahren 1880—93.

[83] Ganesh Vyankatesh Joshi, Writings and Speeches, Poona 1912.

[84] Khankhoje, op. cit.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Profiten britischer Firmen und der großen Gehälter britischer Beamter von Indien nach England[85]. Dutt schilderte die Erdrosselung der einheimischen indischen Industrien durch die britische Kolonialmacht und wies nach, daß die Quellen des Volkseinkommens unter britischer Herrschaft durch die hohe Besteuerung der Landwirtschaft eher abgenommen als zugenommen haben[86]. Ranade, der zusammen mit Joshi die Fragen der indischen Volkswirtschaft gründlich studiert hatte, eröffnete weitere Perspektiven. Es kam ihm nicht so sehr auf den Aderlaß und die Zerstörung der einheimischen Industrien an, sondern er kritisierte die britischen Freihandelstheorien, die den einmal errungenen Vorsprung Großbritanniens verewigten. Ferner warf er der Kolonialmacht vor, die planmäßige Erschließung Indiens völlig vernachlässigt zu haben, obwohl doch der Kolonialstaat als Großkapitalist einzig und allein dazu in der Lage sei, diese Erschließung zu betreiben und daher auch die Verantwortung dafür übernehmen müsse[87]. Er verglich die Entwicklung Indiens im 19. Jahrhundert mit der gleichzeitigen industriellen und wirtschaftlichen Erschließung Deutschlands und Frankreichs und wies damit daraufhin, daß die schwerwiegenden Unterlassungssünden der Kolonialmacht noch weit mehr ins Gewicht fielen als die Sünden, die sie wirklich oder vermeintlich begangen hatte[88].

Der Anspruch auf die religiös-kulturelle und auf die wirtschaftliche Autonomie Indiens waren die Grundlage für die politische Willensbildung in den kommenden Jahrzehnten. Das ideologische Arsenal der Nationalisten war im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts nahezu vollständig angelegt worden. Die traditionalistische Konstruktion der nationalen Solidarität aufgrund des Neo-Hinduismus und die volkswirtschaftlichen Argumente gegen den Kolonialismus waren geprägt und konnten von der Nachwelt immer wieder zitiert werden. Die Problematik der sozialen Reform und des politischen Nationalismus oder die Unterschiede in den Anschauungen eines Ranade und eines Vivekananda verloren für spätere Generationen an Interesse, jede Generation stritt sich um ihre eigenen Probleme unter anderem Vorzeichen. Nachdem die führenden Geister des 19. Jahrhunderts in das Pantheon der indischen Patrioten eingegangen waren, wurde es um ihre zeitgenössischen Kontroversen still. Und mochten auch die religiös-traditionalistischen Argumente und die volkswirtschaftlichen Beweisführungen zunächst aus verschiedenen Lagern gekommen sein, so verschmolzen sie doch bald miteinander: Überfremdung und Ausbeutung wurden als Manifestationen desselben Übels gedeutet, dem ideologisierten Imperialismus der Kolonialmacht trat der ebenfalls ideologisierte indische Nationalismus entgegen.

---

[85] Naoroji, op. cit., S. 33 ff.
[86] R. C. Dutt, op. cit., Vol. II, S. VII f. Zusammenfassung der Thesen Dutts.
[87] M. G. Ranade, Essays on Indian Economics, S. 22 ff.
[88] Ibid., S. 26 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

BEWEGUNG UND VERFASSUNG

4

Die Polarisierung des politischen Willens

Im 20. Jahrhundert stand die politische Willensbildung in Indien im Zeichen der Spannung zwischen einer immer weiter ausgreifenden nationalen Bewegung und dem britisch-indischen Staatswesen, das sich durch mehrere Verfassungsreformen wandelte. Jede Verfassungsreform diente der Festlegung bestehender oder beabsichtigter Machtverhältnisse und mußte daher von der nationalen Bewegung in Frage gestellt werden. Verfassungsreformen und nationale Agitation waren jedoch auf verschiedene Weise voneinander abhängig. Die Reformen wurden von der Regierung als taktische Antworten auf agitatorische Forderungen entworfen und bestanden aus Zugeständnissen und Einschränkungen, die die Spielregeln des politischen Machtkampfes veränderten. Die Nationalisten mußten daher in der Planung und Organisation ihrer Bewegung jeweils die durch die Verfassungsreformen geschaffene politische Lage berücksichtigen. Die Kolonialherren wußten, daß eine autokratische Erhaltung der Macht nicht mehr möglich war und bemühten sich darum, die politische Willensbildung in die ihnen geeignet erscheinenden Bahnen zu lenken. Sie waren zumeist ehrlich davon überzeugt, daß sie als Schiedsrichter die Interessen der breiten Massen des indischen Volkes wahren mußten. Die Nationalisten kämpften daher gegen eine Macht, die zugleich Gegenspieler und Schiedsrichter war.

Eine verfassungsmäßige Volksvertretung gab es in Indien bereits im 19. Jahrhundert. Diese Volksvertretung entwickelte sich aus dem legislativen Beirat des Vizekönigs; den Beirat, der aus einer kleinen Zahl von Honoratioren bestand, ernannte der Vizekönig aufgrund des Gesetzes von 1861. Im Jahre 1892 wurde dieser Beirat gemäß einem neuen Gesetz erweitert. Die Mitglieder wurden weiterhin vom Vizekönig nominiert, doch wurde bestimmt, daß einige der zu nominierenden Vertreter von den Provinziallandtagen gewählt und vorgeschlagen werden durften[1]. Die Provinziallandtage setzten sich auf ähnliche Weise aus Vertretern der Regierungsbezirke zusammen. Insgesamt herrschte ein System indirekter Wahlen; die Anerkennung der Wahl hing von dem Gouverneur bzw. dem Vizekönig ab, der erst durch die Nominierung die Wahl bestätigte[2]. Die Befugnisse dieser indirekten Volksvertretungen waren sehr begrenzt; sie bestanden im Grunde nur aus dem Recht, Kritik zu üben[3]. Die Stadträte und die Landbezirksversammlungen hatten einige Rechte und Pflichten, die sie mehr oder weniger gründlich wahrnahmen, aber nur in den größeren Städten bildete sich eine Tradition tätiger Mitwirkung[4], in den Landbezirken beherrschte meist

[1] Parmatma Sharan, The Imperial Legislative Council of India, Delhi 1961, S. 111 ff.
[2] A. C. Banerjee, Indian Constitutional Documents, Vol. II, Kalkutta 1946, S. 69 f., Indian Councils Act 1892.
[3] P. Sharan, op. cit., S. 117.
[4] Siehe hierzu D. E. Wacha, Bombay Municipal Government, Madras n.d.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

der britische Beamte die Sitzungen, und die Abgeordneten nahmen ihre Pflichten nicht sehr ernst, da der Bezirksbeamte ihre Rechte auch nicht allzu ernst nahm[5]. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts dachte die Regierung daran, auch die Rechte der gewählten Stadtverordneten wieder zu beschneiden, und in Kalkutta wurde zu diesem Zweck ein Gesetz erlassen, das allgemeine Empörung hervorrief[6]. Auf dem Gebiet der verfassungsmäßigen Rechte gewählter Volksvertreter war daher gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine rückläufige Entwicklung zu verzeichnen[7]. Der Amtsantritt des genialen Lord Curzon wurde daher in der Hoffnung begrüßt, daß unter seiner Regierung zumindest die Verkürzung der bereits erworbenen Rechte ein Ende nehmen würde[8]. Curzon war jedoch davon überzeugt, daß rasche Entscheidungen und die ebenso prompte Ausführung beschlossener Maßnahmen das wichtigste Grundprinzip der Regierung Indiens seien. Zu diesem Zweck mußte die Exekutive gestärkt und ermutigt werden, und man konnte sich auf keinen Fall auf lange Debatten einlassen. Die Beamten, vor allem die jüngeren unter ihnen, waren von Curzons Schwung begeistert[9]. Die Volksvertreter waren zunächst befremdet und dann entrüstet, am Ende seiner Amtszeit erschien ihnen der Vizekönig, den man mit soviel Hoffnungen erwartet hatte, als ein echter Nachfolger des fanatischen Großmoghul Aurangzeb[10].

Curzon hatte es geradezu darauf angelegt, die *Bhadralok* Bengalens in Harnisch zu bringen. Die Entmachtung des Stadtrates von Kalkutta, über die man zur Zeit von Curzons Amtsantritt Klage geführt hatte, war harmlos, verglichen mit der Entmachtung des Senats der Universität von Kalkutta, die Curzon mit großer Treffsicherheit durchführte[11]. Curzon wollte den Strom der Halbgebildeten, die in immer größeren Scharen aus den vielen Colleges hervorgingen, abdämmen. Die Anerkennung der Examina dieser Colleges bis hinein in die Provinz lag in den Händen der Universität[12]. Es galt also, die Universität unter die Kontrolle des Staates zu bringen. Die Universität Kalkutta war jedoch recht eigentlich zu einer Institution der *Bhadralok* geworden. Die führenden Männer Bengalens saßen im Senat, der nicht aus Professoren, sondern aus Vertretern des öffentlichen Lebens bestand. Dieser Senat regelte gewissermaßen die Selbstergänzung der *Bhadralok* auf dem Wege der Heranbildung der nächsten westlich gebildeten Generation. Curzon füllte den Senat mit nominierten Regierungsvertretern und entmündigte so die *Bhadralok* Bengalens[13].

Der nächste Angriff auf die *Bhadralok*-Gesellschaft galt ihrer territorialen Grundlage. Man hatte in Regierungskreisen schon lange eine Teilung der großen Provinz Bengalen aus rein verwaltungstechnischen Gründen erwogen[14]. Die Provinz umfaßte außer dem

---

[5] Hugh Tinker, The Foundations of Local Self-Government in India, Pakistan, and Burma, London 1954, S. 79.

[6] Surendranath Banerjea, A Nation in the Making, S. 132 ff.

[7] Tinker, op. cit., S. 61 f.

[8] Siehe hierzu Report of the 14th Indian National Congress, Madras 1898, S. 53—60.

[9] Hirtzel Diary, 25. 7. 1907.

[10] Gopal Krishna Gokhale, Speeches, 2. Auflage, Madras 1916, S. 808.

[11] Report of the 19th Indian National Congress, Madras 1903, S. 85 ff.

[12] Gokhale, op. cit., S. 266 ff.

[13] Sir Guru Das Banerjee, Reminiscences, Speeches and Writings, Kalkutta 1927, S. 174 ff. „Note of Dissent to the Report of the Indian Universities Commission 1902."

[14] Letter of the Government of India, Kalkutta 3. 12. 1903, nachgedruckt in P. Mukerjee, All About Partition, Kalkutta 1905, dieser Rundbrief des Sekretärs Risley enthält eine Zusammenfassung aller früheren Vorschläge zur Teilung Bengalens.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

bengalischen Sprachgebiet auch noch Bihar, Orissa und Chota Nagpur[15]. Doch anstatt diese Gebiete zu einer neuen Provinz zu machen, beschloß man, Ost-Bengalen abzutrennen und mit Assam zu vereinen[16]. In Ost-Bengalen gab es fast ausschließlich *Bhadralok*-Grundbesitzer und mohammedanische Pächter und Landarbeiter; hier war gewissermaßen die Hauptstütze der Position der *Bhadralok* als dominante Minderheit. Der größte Teil der führenden Männer Bengalens stammte aus Ost-Bengalen und lebte in Kalkutta. Vikrampur in Ost-Bengalen, eine alte Hauptstadt der Sen-Könige, war der Herkunftsort vieler *Bhadralok*-Familien, deren Ahnen einst dort am Hofe eine Stellung gehabt haben mochten[17]. Schon der erste Vorschlag zur Teilung im Jahre 1903 rief einen Sturm der Entrüstung hervor[18]. Lord Curzon bereiste Ost-Bengalen und hielt Reden in den wichtigsten Bezirksstädten. In diesen Reden wies er darauf hin, daß die geplante Provinz Ost-Bengalen den Mohammedanern Bengalens eine neue Einheit verleihe, die sie seit den Tagen der mohammedanischen Fürsten Bengalens nicht wieder gehabt hätten, ferner deutete er an, daß die neue Provinz noch weiter gefaßt werden könnte und dann einen eigenen stellvertretenden Gouverneur mit dem entsprechenden Beirat bekommen dürfte[19]. Die letzte Entscheidung über die Teilung fiel wenige Monate später und übertraf alle Befürchtungen der *Bhadralok*. In den ersten Vorschlägen waren nur die Regierungsbezirke Chittagong, Dacca und Mymensingh als Teile Ost-Bengalens erwähnt worden[20]. In der endgültigen Verlautbarung wurde dann zum erstenmal auch noch der Bezirk Rajshahi mit den Kreisen Dinajpur, Jalpaiguri, Malda und Rajshahi genannt[21]. Das Resultat der Teilung war daher, daß in Ost-Bengalen die Mohammedaner in der Mehrheit waren und in der verbleibenden Hälfte der Provinz die nicht *Bengali* sprechende Bevölkerungsteile in der Überzahl waren[22]. Curzon war es gelungen, die *Bhadralok* mit einem Schachzug in die Enge zu treiben. Der intelligente Herbert Risley, der zuständige Regierungssekretär, hatte ihm bei der Vorbereitung dieses Schachzuges ausgezeichnet beigestanden[23].

Bengalen antwortete mit einer Agitation, die in ganz Indien ein begeistertes Echo fand[24]. Maharajas, gemäßigte Politiker und fanatische Anhänger neo-hinduistischer Geheimbünde, waren sich in ihrer Entrüstung über die Teilung einig[25]. Man beschloß den Boykott britischer Waren[26]. *Swadeshi*-Läden verkauften einheimisches Tuch, *Swadeshi*-Industriefirmen wurden in aller Eile gegründet und gingen aber ebenso rasch auch wieder ein[27]. Die Begeisterung an dem tapferen Entschluß zum Boykott war jedoch größer als der praktische Erfolg dieser Aktion. Die *Marwari*händler Kalkuttas,

---

[15] Ibid., S. 4—6.
[16] Ibid., S. 24.
[17] Ibid., S. 45, Lord Curzons Rede in Mymensingh.
[18] Report of the 19th Indian National Congress, Madras 1903, S. 128 ff.
[19] P. Mukerjee, All About Partition, S. 41 f. Lord Curzons Rede in Dacca.
[20] Ibid., S. 24.
[21] Ibid., S. 83, Government Resolution.
[22] Ibid., S. 88.
[23] Herbert Hope Risley, I.C.S. war Staatssekretär im britisch-indischen Innenministerium (Secretary, Home Department, Government of India).
[24] Gokhale, op. cit., S. 813 ff.
[25] P. Mukerjee, All About Partition, S. 86 ff., Ansprachen von Maharaja Manindra Chandra Nandi von Cossimbazar, A. C. Mazumdar, NN. Sen et al.
[26] Ibid., S. 87, Boykottresolution.
[27] Surendranath Banerjea, A Nation in the Making, S. 200 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

die das Importgeschäft beherrschten, hatten noch nicht ihr nationalistisches Herz entdeckt, und die Bemühungen, sie für den Boykott zu gewinnen, blieben vergeblich[28]. Die Geheimbünde der jungen *Bhadralok*-Generation jedoch, die sich bereits vor der Teilung gegen die Fremdherrschaft verschworen hatten, sahen ihre Stunde gekommen[29]. Zuerst stimmten sie in den Boykottjubel mit ein, aber als sich der Boykott als ein Fehlschlag erwies, zögerten sie nicht, zur Pistole und zur Bombe zu greifen. „*Mukti kon Pathe?*" — Wo ist der Weg zur Erlösung? — hieß eine Druckschrift, die in diesen Jahren von Hand zu Hand ging, und diese Druckschrift enthielt Anweisungen zur Herstellung von Bomben[30]. Die bengalischen Zeitungen und Zeitschriften druckten eine Fülle nationalistischer und aufrührerischer Leitartikel. Die neo-hinduistische Ideologie, die vorher nur in ihrer religiösen und kulturellen Bedeutung diskutiert worden war, wurde nun im vollen Umfange politisch ausgedeutet und verbreitet. Die Schriftleiter der nationalistischen Presse waren zumeist Altersgenossen Aurobindos, der in diesen Jahren zu einem der prominentesten politischen Journalisten wurde[31]. Die begeisterten Rekruten der Geheimbünde, die bereit waren, ihr Leben aufs Spiel zu setzen, gehörten jedoch einer etwa zehn Jahre jüngeren Altersgruppe an[32].

Die Agitation zog alle Geister in ihren Bann, und man verpflichtete sich der Idee der politischen Freiheit und Unabhängigkeit, da man von der Kolonialmacht keine Gerechtigkeit mehr erhoffte. Doch gerade als die Empörung über Curzons Maßnahmen ihren Höhepunkt erreichte, fand eine doppelte Wachablösung statt, die plötzlich eine andere politische Lage schuf. Curzon kam in Konflikt mit dem militärischen Oberkommandierenden in Indien, dem energischen General Kitchner und mußte gehen, obwohl er gerade erst am Anfang seiner zweiten Amtsperiode stand[33]. Die konservative Partei schlug Lord Minto als seinen Nachfolger vor[34]. Wenige Monate später fanden Wahlen in England statt, und die konservative Regierung wurde durch ein liberales Kabinett abgelöst, in dem John Morley, der Philosoph und Schüler John Stuart Mills, den Posten des Staatssekretärs für Indien einnahm[35]. Morley war ein Feind der imperialistischen Idee, und seine politischen Erfahrungen beruhten zum größten Teil auf seiner Arbeit als Regierungssekretär für Irland[36]. Die Lage in Indien hatte er schon seit langer Zeit mit einer Mischung von Skepsis und Fatalismus beurteilt. Er war davon überzeugt, daß sich das irische Fiasko in Indien wiederholen werde[37]. Bei seinem Amtsantritt glaubte er zunächst, daß das Amt des Staatssekretärs für Indien

---

[28] Surendranath Banerjea, A Nation in the Making, S. 211.

[29] Khankhoje, op. cit.

[30] Government of India, Sedition Committee Report, S. 102.

[31] Aurobindo war im Jahre 1907/08 Schriftleiter der Zeitschrift „*Bande Mataram*" und im Jahre 1909/10 Schriftleiter der Zeitschrift „*Karmayogin*"; das Durchschnittsalter der Schriftleiter radikaler Zeitschriften war im Jahre 1909 ca. 37 Jahre, (der Durchschnitt wurde ermittelt an Hand der Altersangaben in RNN, Bombay und Bengalen 1909), 50 % der Schriftleiter waren Brahmanen.

[32] Diese Angaben gründen sich auf die Altersangaben in den Lebensläufen von ca. 50 Revolutionären, die 1910 deportiert werden sollten, siehe HDP, März 1910, Nr. 93.

[33] Siehe hierzu Leonhard Mosley, Lord Curzon, London 1959.

[34] Siehe hierzu Mary Minto, India, Minto and Morley, London 1935.

[35] Siehe hierzu John Viscount Morley, Recollections, Vol. II, London 1917.

[36] Ibid., Vol. I, siehe auch Bennett, op. cit., S. 324.

[37] Gokhale Papers, Brief Gokhales an G. V. Joshi vom 14. 5. 1897, Bericht über ein Gespräch Gokhales mit Morley in London.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

nicht mit allzu viel Arbeit verbunden sei[38]. Er kam also durchaus nicht mit reformerischem Übereifer in sein neues Amt. Aber er war ein überzeugter Verfechter der parlamentarischen Kontrolle der imperialen Politik[39]. Aus diesem Grund war er sich der Verantwortung seines Amtes bewußt und betrachtete den Vizekönig als seinen Agenten[40], der in jeder Hinsicht der Souveränität des Parlamentes unterstand. Aus dieser Überzeugung erwuchs ihm bald eine Fülle praktischer Arbeit und eine Reihe von Konflikten mit dem konservativen Vizekönig.

Die gemäßigte Partei unter den indischen Nationalisten begrüßte den Amtsantritt JOHN MORLEYS, den sie als Schüler MILLS geradezu verehrte[41]. Man erwartete große Dinge von dem Philosophen im India Office. Zudem enthielt das neue Parlament eine Reihe radikaler Abgeordneter, die sich als Freunde Indiens bekannten und bereit waren, der Regierung auf die Finger zu schauen[42]. Es kam alles darauf an, daß man diese Situation von indischer Seite entsprechend ausnutzte. Die gemäßigten Politiker unter Führung von PHEROZESHAH MEHTA und GOKHALE stellten sich ganz in den Dienst dieser Aufgabe und bemühten sich darum, die Wogen der Agitation in Indien zu glätten und in London mit Hilfe MORLEYS und der liberalen Mehrheit im Parlament politische Reformen zu erwirken[43]. Die radikalen Nationalisten Indiens hielten jedoch diese Bemühungen für eine gefährliche Selbsttäuschung, eine Illusion, die die wahre Befreiung der indischen Nation verzögere oder gar vereitele. Ihnen ging es um die Einheit der nationalen Bewegung und nicht um die Erringung einer Verfassungsreform, die doch nur dazu dienen konnte, einen größeren Kreis westlich gebildeter Inder an die britisch-indische Regierung zu binden[44]. Die Polarisierung des politischen Willens trat damit eindeutig hervor. Die Anhänger der nationalen Bewegung und die Anwälte einer neuen Verfassung konnten keinen gemeinsamen Nenner mehr finden. Die ideologischen Gegensätze wurden ausgearbeitet, und es bildeten sich zwei Parteien, die man allgemein die „Gemäßigten" und die „Extremisten" nannte[45].

Die „Gemäßigten" beherrschten den Nationalkongreß. GOKHALE und WACHA waren die Sekretäre des Kongresses, und sie folgten den Befehlen PHEROZESHAH MEHTAS[46]. Die „Extremisten" hatten die bessere Presse und konnten sich auf die Geheimbünde stützen[47]. Der politische und ideologische Machtkampf der beiden Parteien war daher scharf und intensiv.

---

[38] Hirtzel Diary, Januar 1906, Zusammenfassung eines Gesprächs mit MORLEY bei dessen Amtsantritt.

[39] Siehe hierzu MORLEY, Recollections, Vol. II, S. 173 f., ferner auch Hirtzel Diary, 30. 11. 1908 und 4. 9. 1906.

[40] Hirtzel Diary, 4. 7. 1906 und 26. 3. 1908 „. . . his agents as much as the messengers at the door . . ."

[41] Report of the 22nd Indian National Congress, Kalkutta 1906, S. 73, siehe auch Gokhale Papers, Brief GOKHALES an MORLEY, 9. 5. 1897 „Your teachings have been moulding the thoughts of New India."

[42] Hirtzel Diary, 20. Juli 1906 ff.

[43] Gokhale Papers, W. WEDDERBURN an GOKHALE 3. 3. 1905 ff.

[44] HARIDAS UND UMA MUKHERJEE, op. cit., S. 137, AUROBINDO in *„Bande Mataram"*, 1. 10. 1907.

[45] HARIDAS UND U MUKHERJEE, India's Fight for Freedom or The *Swadeshi* Movement 1905—1906, Kalkutta 1958, S. 129 ff.

[46] Gokhale Papers, WACHA an GOKHALE, 7. 1. 1904, mit der Mitteilung, daß MEHTA entschieden habe, daß GOKHALE und WACHA Sekretäre des Kongresses sein sollen.

[47] Zur „extremistischen" Presse: die Zeitungen *„Kesari"* (20000), *„Kal"* (10000), *„Hindu*

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Die regionalen Unterschiede und die Unterschiede in der persönlichen politischen Erfahrung brachten es mit sich, daß trotz der Verhärtung der Parteilinien eine Vielfalt von Auffassungen und Tendenzen bestand. In Bengalen standen sich durch das Erlebnis der Teilung die „Gemäßigten" und die „Extremisten" näher als in den anderen Regionen. Im Hauptquartier der „gemäßigten" Partei in Bombay hatten MEHTA und GOKHALE verschiedene Auffassungen[48]. GOKHALE, der *Chitpavan*-Brahmane und Schüler RANADES, bemühte sich darum, die Verbindung mit der anderen Partei solange wie möglich aufrechtzuerhalten[49]. Der Parse MEHTA war wesentlich kompromißloser; er hielt den Bruch mit den Extremisten für unvermeidlich und fürchtete ihn nicht. Er wollte den Nationalkongreß in eine liberale Partei Indiens verwandeln, die mit der liberalen Partei Englands zusammenarbeiten könnte. Eine Abspaltung der Extremisten war in dieser Hinsicht nur zu begrüßen[50]. Im extremistischen Lager verbanden sich auch verschiedene Tendenzen persönlicher und ideologischer Art. Die Führungsgruppe der Extremisten hieß im Volksmund LAL-BAL-PAL (LALA LAJPAT RAI, BAL GANGADHAR TILAK, BIPIN CHANDRA PAL)[51].

LAJPAT RAI, ein Führer der sogenannten „gebildeten" Richtung des *Arya Samaj* in Lahore, stand der Sozialreformbewegung nahe und war nur durch die Demonstrationen gegen ein Kanalkoloniegesetz im Panjab zum prominenten radikalen Politiker geworden[52]. TILAK war ohne Zweifel der konsequenteste Extremist unter diesen drei Führergestalten, doch spielte das Spannungsverhältnis zwischen ihm und seinem früheren Freund und Mitstreiter GOKHALE bei der Radikalisierung seiner politischen Ansichten auch eine nicht unbeträchtliche Rolle[53]. BIPIN CHANDRA PAL war ein Anhänger des *Brahmo Samaj* in Kalkutta, auch er stand der Sozialreformbewegung nahe und war als ein Propagandaredner von der Art SURENDRANATH BANERJEAS bekannt geworden. Er neidete BANERJEAS Ruhm und Führerstellung und versuchte, sich im Laufe der Agitation in Bengalen nach vorn zu spielen[54]. TILAK war durchaus nicht in jeder Hinsicht mit dem Programm der Extremisten in Bengalen einverstanden, aber er ließ es gern zu, daß sie ihn ihren Führer nannten[55]. Die politische Lage wurde also von einer Reihe von führenden Politikern und solchen, die es gern werden wollten, ausgenützt, um auf der Woge des Nationalismus emporzukommen. PHEROZESHAH MEHTA

Punch" (8 000), „*Bhala*" (6 000) erreichten in der Provinz Bombay Auflagen, die für damalige Zeiten sehr hoch waren, siehe statistische Angaben in RNN, Bombay 1909; zur Zusammenarbeit mit den Geheimbünden siehe Government of India, Sedition Committee Report, S. 93 ff.

[48] Gokhale Papers, WACHA an GOKHALE, 14. 1. 1904, 4. 10. 1906.

[49] Gokhale Papers, GOKHALE an N. A. DRAVID, 2. 8. 1906.

[50] Gokhale Papers, GOKHALE an G. NATESAN, 2. 10. 1906.

[51] Zu LAJPAT RAI und TILAK siehe Anmerkungen, 2. Kapitel; BIPIN CHANDRA PAL, 1858—1932, Prediger des *Brahmo Samaj*, Reisen nach England 1898—1900, 1908—1911, politischer Schriftsteller, siehe GUPTA, Bengal Renaissance, S. 556.

[52] LAJPAT RAI hatte die Demonstrationen der Bauern gegen die Erhöhung der Wassergebühren in den Kanalkolonien geleitet. Er wurde zusammen mit dem Sikh-Revolutionär AJIT SINGH im Jahre 1907 deportiert, aber noch gegen Ende des Jahres wieder auf freien Fuß gesetzt, siehe Government of India, Sedition Committee Report, S. 142; siehe auch Hirtzel Diary, 23. 5. 1907, Morley fand die Deportation recht peinlich, zumal die Gesetzgebung in bezug auf die Kanalkolonien nicht vertretbar war.

[53] Gokhale Papers, Brief GOKHALES an NATESAN, 2. 10. 1906.

[54] Gokhale Papers, Brief GOKHALES an KRISHNASWAMI IYER, 29. 9. 1906.

[55] Ibid.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

und seine Freunde hatten sich freilich dem berechtigten Vorwurf ausgesetzt, den Nationalkongreß mit einer kleinen Clique zu regieren und Andersgesinnte nicht zu Wort kommen zu lassen. Die Bestrebungen, dem Kongreß eine demokratische Verfassung zu geben, hatte PHEROZESHAH immer wieder unterdrückt[56]. Die Extremisten konnten daher die Forderung nach einer Verfassungsreform im Kongreß mit ihrer Agitation verbinden[57].

In vielen Städten waren die örtlichen Komitees des Nationalkongresses in den Händen der älteren Honoratioren, und in den Jahren von 1900 bis 1903 war der Kongreß rasch verfallen. CURZON prophezeite 1900, daß der Kongreß bald eingehen werde[58]. Die jährlichen Sitzungen wurden nur noch von recht wenigen Delegierten besucht, und die meisten Provinz- und Ortskomitees bestanden nur auf dem Papier[59]. Die Lage änderte sich nach der Teilung Bengalens. Der Kongreß in Benares im Jahre 1905, bei dem GOKHALE den Vorsitz führte, fand allgemeines Interesse[60]. MEHTA fürchtete, daß GOKHALE von seinen radikalen Freunden in Poona beeinflußt würde. GOKHALE steuerte jedoch den Kongreß über alle Klippen hinweg[61]. Wenige Monate vor dem Kongreß hatte er England besucht und mit den Mitgliedern der liberalen Partei Fühlung aufgenommen[62]. Er spielte offensichtlich mit dem Gedanken, nach dem Kongreß nach England zurückzukehren und sich dort mit einem Mandat des Kongresses und gewählt von einem englischen Wahlkreis einen Platz im Parlament zu sichern und von dort aus einen Gesetzentwurf zur politischen Reform Indiens einzubringen[63]. PHEROZESHAH MEHTA mißbilligte diese Idee und wies darauf hin, daß selbst 30 Inder im Parlament nicht viel ausrichten könnten. Außerdem hielt er nichts von einer Gesetzesvorlage, die von einem Parlamentsmitglied eingebracht würde und das Kabinett zu nichts verpflichte[64]. GOKHALE gab diesen Gedanken denn auch wieder auf und reiste nur als Bevollmächtigter des Kongresses nach London, um dort Gespräche über die gewünschten Reformen zu führen[65]. MORLEY gewährte ihm eine Reihe von Interviews und behandelte ihn sehr zuvorkommend. Es lag ihm daran, durch GOKHALE Einfluß auf das inoffizielle Indienkomitee der radikal-liberalen Parlamentsmitglieder zu gewinnen. GOKHALE war der politische Berater dieses Komitees, und MORLEY

---

[56] Gokhale Papers, WACHA an GOKHALE, 2. 1. 1904 „He (Pherozeshah) knocked the bottom off the constitution mongering folk and when the resolution was put to the vote there were hardly three people to raise their hands."

[57] Gokhale Papers, Brief GOKHALES an KRISHNASWAMI IYER, 29. 9. 1906.

[58] LORD CURZON an den Staatssekretär GEORGE HAMILTON, 18. 11. 1900, zitiert in S. BHATTACHARYA, „Lord Curzon and the Indian National Congress", Calcutta Review, April 1954; zur Lage des Kongresses im Jahre 1903 siehe Gokhale Papers, WACHA an GOKHALE, 2. 1. 1904.

[59] Der Kongreß von 1903 in Madras wurde nur von 538 Personen besucht, 383 davon waren aus der Provinz Madras, siehe Report of the 19th Indian National Congress, Madras 1903, Anhang; zum Verfall der Kongreßorganisationen siehe Gokhale Papers, M. V. KATHVATE an GOKHALE, 10. 6. 1904.

[60] Siehe Report of the 20th Indian National Congress, Benares 1905.

[61] Gokhale Papers, WACHA an GOKHALE, 21. 12. 1905.

[62] Gokhale Papers, GOKHALE an N. A. DRAVID, 10. 11. 1905: „I am at present interviewing prominent men . . . . Lord Ripon, Lloyd George, Lord Reay . . . they all want me to come back to this country as soon as the next Liberal Ministry is formed . . .".

[63] Gokhale Papers, GOKHALE an KRISHNASWAMI IYER, 10. 3. 1906.

[64] Ibid.

[65] Gokhale Papers, GOKHALE an KRISHNASWAMI IYER, 27. 7. 1906.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

wollte nicht mit allzu viel Fragen im Parlament belästigt werden[66]. Gokhale wiederum war erfreut über Morleys Interesse an seinen Reformvorschlägen und riet seinen britischen und indischen Freunden zur Mäßigung[67]. Zur gleichen Zeit korrespondierte Morley mit dem Vizekönig, Lord Minto, und setzte sich dafür ein, daß der Geist, wenn auch nicht das Ebenbild, britischer demokratischer Institutionen in die Regierung Indiens eingeführt werden solle[68].

In den Reformdiskussionen, die sich über mehrere Jahre erstreckten, erschien eine verwirrende Fülle von Gesichtspunkten, taktischen Maßnahmen und persönlichen Spannungen. Lord Morley war vorsichtig und sah zu, daß er sich bei jedem Schritt absicherte und auch, soweit dies möglich war, die Unterstützung der Opposition für seine Pläne hatte[69]. Andererseits war er jedoch auch impulsiv und ungeduldig und konnte Widerspruch und Verzögerungen schlecht vertragen[70]. Er hatte keine klar umrissenen Verfassungspläne für Indien. In einigen wichtigen demokratischen Grundprinzipien hatte er feste Überzeugungen, aber da er Indien nicht aus eigener Anschauung kannte, nahm er gern alle möglichen Anregungen und Vorschläge auf[71]. Er versicherte mehrmals, daß es nicht seine Absicht sei, parlamentarische Institutionen als solche nach Indien zu verpflanzen[72], aber da er von dem Geist dieser Institutionen durchdrungen war, lag seine größte Stärke gerade darin, daß er diesen Institutionen verpflichtet war und von ihnen nicht absehen konnte. Lord Minto hatte dagegen weit konkretere Vorstellungen auf dem Gebiet der Verfassungsreformen. Er dachte an die Schaffung eines indischen Ständestaates, in dem Interessengruppen, vor allem die großen Grundbesitzer und andere konservativen Kreise vertreten sein sollten[73]. Zugleich wollte er einheimische Räte in seinem Exekutivrat aufnehmen, um die engere Verbindung der britisch-indischen Regierung mit der Bevölkerung des Landes augenfällig darzutun. Diese letztere Maßnahme lag ihm besonders am Herzen, und er setzte sie gegen den Widerstand seines Exekutivrates durch. Der liberale Morley fand diesen Schritt des konservativen Vizekönigs fast zu revolutionär und zögerte zunächst. Doch schließlich konnte die Ernennung einheimischer Räte als erste Maßnahme der Reformen durchgeführt werden[74]. Die anderen Vorschläge Mintos, vor allem die Einführung getrennter Wählerschaften für Mohammedaner und die damit verbundene Ablehnung des Prinzips der territorialen Volksvertretung, erschienen Morley weniger liberal. Er war jedoch schließlich gezwungen, sich der überzeugenden Beweisführung der britisch-

---

[66] Gokhale Papers, Gokhale an N. A. Dravid, 10. 5. 1906, siehe auch Hirtzel Diary, 9. 5. 1906, ferner auch Morley Recollections, Vol. II, S. 171.

[67] Gokhale Papers, Gokhale an N. A. Dravid, 3. 8. 1906.

[68] Morley, Recollections, Vol. II, S. 172 „the spirit of English institutions . . . we cannot escape . . . because British constituencies are the master and they will assuredly insist . . . on the spirit of their own political system being applied to India."

[69] Gokhale Papers, Sir William Wedderburn an Gokhale, 7. 6. 1907.

[70] Hirtzel Diary, 17. 1. 1907, 18. 3. 1907.

[71] Gokhale Papers, Gokhale an N. A. Dravid, 25. 5. 1906, „I am pleased that . . . . I have come here at a time when Mr. Morley's mind is in a fluid condition and his opinions on India are in a process of forming."

[72] John Morley, Speeches on Indian Affairs, ed. Natesan, Madras n. d. S. 159.

[73] HDP, Oktober 1908, Nr. 116—48, Vol. I, S. 509, "Personally my object has been in the proposed reforms to secure the representation of landed proprietors of those who have a stake in the country, and of communities."

[74] Hirtzel Diary, 3. 4. 1907.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

indischen Regierung anzuschließen[75]. Für diese Beweisführung war der kluge Sir Herbert Hope Risley zuständig, den Minto mit der Bearbeitung des gesamten Reformmaterials beauftragt hatte[76]. Risley war daher in mancher Hinsicht der eigentliche Autor der Verfassungsreform, da Minto sich auf ihn verließ und Morley keine festen Vorstellungen hatte. Risley war ein ungewöhnlicher Beamter des britisch-indischen Verwaltungsdienstes. Morley fand ihn etwas mephistophelisch[77], bewunderte aber seine geistige Regsamkeit[78].

Risley hatte sich als erster mit der Anthropologie und Ethnologie Indiens beschäftigt[79]. Er hatte in der Zeit um 1888 Hannover besucht und Studien über die kommunale Selbstverwaltung betrieben. Er hatte wenig für parlamentarische Debatten übrig und war sehr begeistert von preußischen Verwaltungsmethoden[80]. In Indien setzte er sich für die Erhaltung traditioneller Institutionen ein[81], hatte aber auch einen scharfen Blick für die Entwicklungstendenzen traditioneller Zusammenhänge unter dem Einfluß politischer Neuerungen. So prophezeite er schon im Jahre 1890, daß sich Kastengruppen im Rahmen der politischen Demokratie als furchterregende „politische Maschinen" erweisen dürften[82]. Er wollte einerseits nicht einer „gebildeten Oligarchie" zur Machtergreifung verhelfen, andererseits aber auch nicht weiten Kreisen das Wahlrecht zugestehen; die preußische Verbindung von gewählten Volksvertretern und Bürokraten schien ihm für die ähnlichen indischen Verhältnisse noch am besten geeignet zu sein[83]. Er verstand etwas von der Ideologie des Neo-Hinduismus[84] und sandte Morley die *Bhagavadgita* mit einigen treffenden Worten der Erklärung[85]. Er hatte persönlich jedoch mehr Respekt vor der Dynamik des Islam[86]. Bei seiner Arbeit im Dienste der Verfassungsreform kamen ihm alle diese Interessen und Einsichten zugute, und er war in der Lage, das Prinzip der territorialen Volksvertreung in seiner Anwendung auf Indien zu widerlegen und der Idee der separaten Vertretung von Interessengruppen und Religionsgemeinschaften zum Siege zu verhelfen[87].

Noch ehe aber die Reformdiskussionen greifbare Resultate zeigten, verschärften sich in Indien die Spannungen zwischen „Gemäßigten" und „Extremisten". Gokhale und seine politischen Freunde waren natürlich nach den verheißungsvollen Gesprächen mit

---

[75] Morley, Speeches, S. 175.

[76] HDP, Oktober 1908, Nr. 116—48, Vol. I, S. 509.

[77] Hirtzel Diary, 16. 7. 1907.

[78] Morley, Recollections, Vol. II, S. 229.

[79] Herbert Hope Risley, The People of India, London 1908, siehe auch seine Kommentare zur Volkszählung, Government of India, Census Report 1901.

[80] HDP, Oktober 1908, Nr. 116—48, Vol. I, S. 556.

[81] HDP, Dezember 1903, Nr. 53—58, Risley empfiehlt die Wiedereinführung des *Panchayat* (Dorfgemeinderat) Systems, Curzon hielt jedoch eine Wiederbelebung des Panchayats für unmöglich.

[82] Herbert Hope Risley, "The Race Basis of Indian Political Movements", in Contemporary Review, Vol. 57, 1890.

[83] Ibid., Risley empfiehlt hier eine Art preußischen *Panchayat*, er sagt über die preußische Verwaltungsreform: "there a bureaucratic system bearing a surprisingly close resemblance to that prevailing in India has been leavened by elective element."

[84] HDP, Juli 1910, Nr. 5—32.

[85] Morley Papers, Risley an Morley, 13. 5. 1909.

[86] Risley, "The Race Basis of Indian Political Movements", siehe auch Risley, The People of India, S. 235.

[87] HDP, Februar 1909, Nr. 205—44.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Morley weit besorgter als je zuvor, daß ihnen in Indien die Agitation nicht das Gesetz des Handelns aus der Hand nähme[88]. Gokhale wußte, daß keine raschen Erfolge bevorstünden. Er selbst hatte Morley vorgeschlagen, zunächst eine Untersuchungskommission zu bilden, die sich mit der Frage der Dezentralisation der Verwaltung beschäftigen sollte. Die Ernennung einer solchen Kommission, so argumentierte Gokhale, gab Morley zugleich Zeit zur Planung und Besinnung und ließ doch die Initiative in seinen Händen[89]. Die Kommission wurde denn auch prompt eingesetzt, ehe die britisch-indische Regierung eine ähnliche Untersuchung von sich aus einleiten konnte[90]. Morley hatte die Initiative ergriffen, aber die „Gemäßigten" mußten nun beweisen, daß sie die politische Situation in Indien in der Hand hatten und ernst zu nehmende Verhandlungspartner waren[91]. Die „Extremisten" bemühten sich inzwischen darum, einen ihrer führenden Männer zum Präsidenten des nächsten Kongresses wählen zu lassen[92]. Der geplante Tagungsort war Kalkutta, die Wahl des Präsidenten war nach der bestehenden Kongreßverfassung die Angelegenheit des örtlichen Empfangskomitees des Kongresses[93]. Surendranath Banerjea, als Führer der „Gemäßigten", und Bipin Chandra Pal, als Sprecher der „Extremisten", versuchten beide, das Empfangskomitee mit ihren Leuten zu besetzen. Im Eifer des Gefechtes war man sich dabei nicht klar, wer eigentlich mit wem rechnen könne[94]. Die „Gemäßigten" schlugen schließlich den 82 Jahre alten Dadabhai Naoroji als Präsidentschaftskandidaten vor. Pal schrieb an Naoroji, daß er nicht eine nur von einer Gruppe unterstützte Wahl annehmen solle und drohte ihm, im Ernstfall Tilak als Gegenkandidaten aufzustellen[95]. Tilak war jedoch klüger als der bramarbasierende Pal und stellte sich für eine solche *tour de force* nicht zur Verfügung. Er schrieb sogar einen höflichen Brief nach England und teilte mit, daß er sich sehr darüber freue, daß Dadabhai nach Indien käme, um bei dem kommenden Kongreß den Vorsitz zu übernehmen[96]. Der Kongreß verlief daher für die „Gemäßigten" noch einmal glimpflich. Die „Extremisten" hatten gehofft, die Boykottresolutionen in ihrer Anwendung auf ganz Indien auszudehnen, und Bipin Chandra Pal versuchte, auch noch in offener Sitzung diese Resolution zu erkämpfen[97]. Der Ausschuß, der am Tage zuvor die Resolutionen bearbeitet hatte, war jedoch mit großer stilistischer Feinheit zu Werke gegangen und hatte einen Text entworfen, in dem es hieß, daß der Kongreß aufgrund besonderer Umstände die Boykottbewegung in Bengalen für gerechtfertigt halte[98]. Man hütete sich also davor, den Boykott als solchen und gar für ganz Indien zu empfehlen, sondern zeigte lediglich Verständnis für die Entstehungsgründe einer Bewegung, ohne

---

[88] Gokhale Papers, Gokhale an G. Natesan, 2. 10. 1906.
[89] Gokhale Papers, Gokhale an N. A. Dravid, 6. 7. 1906.
[90] Hirtzel Diary, 12. 8. 1907.
[91] Hirtzel Diary, 20. 8. 1907.
[92] Lajpat Rai und Tilak standen in der Diskussion, siehe hierzu Gokhale Papers, Wedderburn an Gokhale, 8. 8. 1906.
[93] Siehe hierzu Ambika Charan Mazumdar, Indian National Evolution, Madras 1917, Anhang, S. xxi, Kongreßverfassung von 1887, Artikel xv.
[94] Gokhale Papers, Gokhale an Krishnaswami Iyer, 29. 9. 1906.
[95] Ibid.
[96] Gokhale Papers, Wedderburn an Gokhale, 10. 10. 1906.
[97] Report of the 22st Indian National Congress, Kalkutta 1906, S. 83 f.
[98] Ibid. S. 86 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

sich jedoch mit dem Prinzip zu identifizieren. Mit Hilfe dieser verbalen Distanzierung zogen sich die „Gemäßigten" klug aus der Affäre.

Im nächsten Jahr nahmen die Spannungen weiterhin zu. Die „Extremisten" entfalteten eine eifrige missionarische Tätigkeit, und die „Gemäßigten" hatten nichts zu bieten[99]. MORLEYS Reden machten einen deprimierenden Eindruck in Indien und selbst seine begeisterten Verehrer begannen an ihm zu zweifeln[100]. In diesem Jahr war nicht GOKHALE, sondern RISLEY in London, um mit MORLEY Gespräche zu führen, und MORLEY folgte seinen Ausführungen mit großem Interesse[101]. Die Gemäßigten waren sich ihrer selbst nicht mehr sicher, und die „Extremisten" wurden von Tag zu Tag aggressiver. Die Deportation LAJPAT RAIS und AJIT SINGHS gab der extremistischen Propaganda großen Aufschwung[102]. Es war abzusehen, daß der nächste Kongreß eine harte Kraftprobe werden mußte. Zudem sollte der Kongreß in diesem Jahr in Nagpur stattfinden. Im vorigen Jahre, als man sich nach einem geeigneten Ort für das Jahr 1907 umsah, hatten die Herren im Hauptquartier der „Gemäßigten" noch geglaubt, daß Nagpur ein besonders sicherer Platz sei[103]. Der ehrwürdige GANGADHAR CHITNAVIS[104] schien dort für Ruhe und Frieden zu bürgen. Doch schon um die Mitte des Jahres stellte es sich heraus, daß man in Nagpur in ein wahres Wespennest geraten war, und daß CHITNAVIS mit den örtlichen Anhängern TILAKS nicht fertig werden konnte[105]. Es war nicht leicht, Nagpur abzulösen, denn dazu brauchte man einen Entschluß des örtlichen Empfangskomitees, das bereits durch die Freunde TILAKS gelähmt worden war[106]. Man dachte zuerst daran, den Kongreß in Madras abzuhalten, und GOKHALE schlug vor, dort jegliche Besucherscharen dem Kongreß fernzuhalten und nur Delegierte einzulassen[107]. Schließlich verlegte man aber doch in letzter Minute den Kongreß nach Surat, konnte aber nicht verhindern, daß Scharen „extremistischer" Besucher herbeigeströmt kamen; auch aus Nagpur kam ein stattliches Kontingent[108]. Die „Extremisten" wollten, daß LAJPAT RAI, der gerade nach seiner Deportation wieder heimgekehrt war, zum Präsidenten gewählt werden sollte. LAJPAT RAI

---

[99] Gokhale Papers, P. GHOSE an GOKHALE, 1. 2. 1907, über PALS Ansprache in Allahabad; siehe auch M. M. KHASNIS JATKAR an GOKHALE, 9. 4. 1907, KHASNIS JATKAR fordert GOKHALE dazu auf, sofort "*Swaraj*" zu proklamieren und ein Programm des allgemeinen Boykotts nicht nur britischer Waren, sondern auch der Schulen, Gerichtshöfe, Banken etc. zu beginnen und die Steuerzahlung zu verweigern.

[100] Gokhale Papers, WACHA an GOKHALE, 28. 8. 1907 und 23. 9. 1907, ferner auch Morley Papers, GOKHALE an WEDDERBURN, 15. 11. 1907.

[101] Hirtzel Diary, 18. 7. 1907; 22. 7. 1907; siehe auch Exemplar des Artikels RISLEYS "The Race Basis of Indian Political Movements" mit der Anmerkung MORLEYS "Sir H. Risley/Very many thanks for letting me have this. It is a very remarkable forecast of much that we have seen lately. M." India Office Library, London (P/V 323).

[102] Gokhale Papers, KRISHNASWAMI IYER an GOKHALE 3. 6. 1907.

[103] Gokhale Papers, WACHA to GOKHALE, 5. 11. 1906.

[104] GANGADHAR MADHAV CHITNAVIS, Mitglied des Beirates des Vizekönigs, nahm bereits am 2. Nationalkongreß, Kalkutta 1886, als Delegierter Nagpurs teil. Er war der Sohn des Finanzministers des letzten RAJAS VON NAGPUR. Siehe Report of the Second Indian National Congress, Kalkutta 1886, S. 127.

[105] Gokhale Papers, GOKHALE an WACHA, 27. 9. 1907 und GOKHALE an KRISHNASWAMI IYER, 2. 10. 1907.

[106] Gokhale Papers, GOKHALE an KRISHNASWAMI IYER, 28. 8. 1907.

[107] Gokhale Papers, GOKHALE an KRISHNASWAMI IYER, 7. 10. 1907.

[108] Gokhale Papers, WACHA an GOKHALE, 14. 11. 1907.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

distanzierte sich von diesen Forderungen, aber die „Extremisten" waren auf keinen Fall mit dem „gemäßigten" Präsidenten Dr. Rash Behari Ghose zufrieden[109]. Schon vor der offiziellen Eröffnung des Kongresses tagte man in Fraktionsgruppen[110]. Zur Zeit der Eröffnung bat Tilak ums Wort, wurde aber nicht dazu aufgefordert, das Wort zu ergreifen und bestieg dennoch das Podium. Unruhe entstand, ein Schuh flog ins Präsidium. Gokhale stellte sich schützend vor Tilak. Aber schon begann die Saalschlacht und der Kongreß löste sich auf[111]. Aufgrund der allgemeinen Unruhe war es auch am nächsten Tage nicht möglich, den Kongreß abzuhalten. Man zog sich in die Fraktionslager zurück. Unterhändler bemühten sich darum, eine Einigung herbeizuführen. Aber die „Gemäßigten" waren nicht geneigt, den Extremisten, die ihnen als die Ruhestörer erschienen, Zugeständnisse zu machen[112]. Die „Extremisten" wußten, daß ihre Stärke mehr eine Frage der Stimmung und des Augenblicks war. Sie hatten wenig organisatorischen Zusammenhalt und konnten sich nur auf wenige Regionen stützen. In den Gebieten außerhalb Bengalens, des Panjab und Dekkan, hatten sie wenig Einfluß. Die Stadt Bombay, die Provinz Madras, die Vereinigten Provinzen und Bihar waren und blieben in den Händen der „Gemäßigten"[113]. Ein Wirken innerhalb eines geeinten Kongresses war für die „Extremisten" wesentlich interessanter. Tilak bemühte sich daher mehrmals um die Wiederherstellung der Einheit. Er versuchte sogar, Romesh Chandra Dutt zur Vermittlung zu bewegen, aber Dutt lehnte ab mit dem Hinweis, daß ein Entgegenkommen seitens der „Gemäßigten" dem politischen Selbstmord gleichkäme[114]. Die „Gemäßigten" in Bombay distanzierten sich auch von der Provinzialkonferenz in Dhulia (Dekkan), obwohl die örtlichen „Gemäßigten" um ihre Teilnahme baten[115]. In den ersten Monaten des Jahres 1908 war man sich jedoch auch in „gemäßigten" Kreisen nicht ganz klar darüber, welchen Kurs man einschlagen sollte, und besonders in Bengalen ging man auf Einigungsvorschläge gern ein. Die ersten Bombenattentate bewirkten jedoch einen Stimmungsumschwung[116]. Die „Gemäßigten" wurden sich jetzt ihrer prekären Situation erst richtig bewußt. Sie mußten befürchten, daß die Regierung den Extremisten in die Hände spielte und die Extremisten wiederum der Regierung gute Gründe lieferten, die politischen Reformen zu vertagen und drakonische Maßnahmen zu ergreifen. Wenn Regierung und Extremisten sich gegenseitig radikalisierten, wurde die Position der „Gemäßigten" unhaltbar. Da es offenbar nicht möglich war, die „Extremisten" vor radikalen Taten zurückzuhalten, blieb nur noch die Alternative, die Reaktion der Regierung abzufangen[117].

Die „Gemäßigten" trafen sich im April 1908 in Allahabad und legten eine neue Kongreßverfassung fest, die mit einem „gemäßigten" Grundsatzartikel begann, den von nun an jeder Delegierte unterschreiben mußte, ehe er zu einer Kongreßsitzung zu-

---

[109] Ambika Charan Mazumdar, op. cit., S. 105.

[110] Ibid., S. 104.

[111] Ibid., S. 106 ff.

[112] B. C. Chatterjee, "What Surendranath Banerjea's 'Extremist Friend' has to say" in The Surat Congress, Madras 1908.

[113] Gokhale Papers, Gokhale to Wedderburn, 24. 7. 1909.

[114] Gokhale Papers, R. C. Dutt an Gokhale, 11. 3. 1908, ferner Y. Chintamani an Gokhale 14. 3. 1908.

[115] Gokhale Papers, M. K. Apte an Gokhale 1. 3. 1908 und Working Committee, Dhulia, an Gokhale 11. 1. 1908.

[116] Gokhale Papers, S. R. Das an Gokhale, 4. 5. 1908.

[117] Ibid.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

gelassen wurde[118]. Die gesamte Organisation des Kongresses wurde in der neuen Verfassung sorgfältig festgelegt, um einer Unterwanderung vorzubeugen. In der Frühzeit des Kongresses wurde die Wahl der Delegierten recht zwanglos vorgenommen. Die Delegierten wurden meist durk Akklamation in dazu einberufenen öffentlichen Versammlungen gewählt[119]. Die Wahl des Präsidenten blieb dem örtlichen Empfangskomitee überlassen[120]. Wer frühzeitig erschien, wurde Mitglied des Tagesordnungsausschusses; bis zu 22 Delegierte saßen zur Seite des Präsidenten auf der Tribüne und standen ihm während der Verhandlungen zur Beratung zur Verfügung[121]. Als Wahlkreis galten sowohl territoriale Einheiten als auch Kastengruppen und politische Verbände[122]. Jetzt wurde jedoch diese Zwanglosigkeit beseitigt. Man bildete eine begrenzte Führungsgruppe von 87 Delegierten (All-India Congress Committee)[123] und beschränkte das Wahlrecht auf politische Organisationen, deren Anerkennung als solche man sich vorbehielt[124]. In gewisser Weise entsprach diese Verfassung der Struktur der Morley-Minto-Reform, die in diesem Jahr ihre endgültige Form annahm.

Gokhale eilte nach der Beendigung der Konferenz in Allahabad sofort nach London, wo er bis zum Jahresende blieb und sich um den Fortgang der Reformvorschläge bemühte. Er konnte bald melden, daß die bevorstehenden Reformen einen echten Fortschritt bedeuteten, und daß sie noch vor dem nächsten Kongreß verkündet werden sollten. Er versprach sich viel von dem kommenden Kongreß in Madras und hoffte, daß Pherozeshah Metha sich dazu bewegen ließe, den Vorsitz zu übernehmen[125]. Die Verhaftung und Verurteilung Tilaks im Sommer dieses Jahres machte Gokhale jedoch große Sorgen. Er fürchtete, daß die Ankündigung der Reformen durch das harte Urteil, das man über Tilak verhängt hatte, an Interesse verlieren dürfte. Zugleich hoffte er, daß Tilak zur Zeit der Ankündigung der Reformen wieder freigelassen werde[126]. In Indien hatten inzwischen einige radikale Journalisten das Gerücht in Umlauf gesetzt, daß Gokhale die Verhaftung Tilaks veranlaßt habe. Man setzte alles daran, Gokhale und die „Gemäßigten" als Verräter zu brandmarken[127]. Morley hielt das Vorgehen gegen Tilak für einen großen Fehler des Gouverneurs von Bombay, tat aber seinerseits nichts, um das Urteil abzuwenden, und Tilak verschwand für sechs Jahre von der politischen Bühne[128].

Zur Zeit der Ankündigung der Reformen wurden neun bengalische Nationalisten deportiert, ein böses Omen für die weitere Entwicklung des politischen Lebens[129]. Morley war mit dieser Maßnahme zunächst garnicht einverstanden und gab seine Einwilligung schweren Herzens. Er fürchtete jedoch, daß Minto zurücktreten werde, wenn ihm die Maßnahmen, die er für nötig hielt, nicht genehmigt würden. Im Interesse

---

[118] A. C. Mazumdar, op. cit., Anhang S. i, Kongreßverfassung von 1908, Artikel I.
[119] Siehe Report of the Second Indian National Congress, Kalkutta 1886, Anhang.
[120] A. C. Mazumdar, op. cit., Anhang S. xxi, Kongreßverfassung von 1887, Art. xv.
[121] Ibid., S. xxiv, Artikel XXVIII.
[122] Ibid., S. xviii, Artikel VII.
[123] Ibid., S. iv, Artikel XIII.
[124] Ibid., S. vi, Artikel XX.
[125] Gokhale Papers, Gokhale an Krishnaswami Iyer, 25. 9. 1908.
[126] Gokhale Papers, Gokhale an V. Patwardhan, 13. 8. 1908.
[127] Gokhale Papers, Gokhale an V. Patwardhan, 25. 9. 1908, siehe ferner Wacha an Gokhale 15. 8. 1908.
[128] Hirtzel Diary, 28. 6. 1908.
[129] Government of India, Sedition Committee Report, S. 40.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

der Reformen wollte MORLEY eine solche Krise auf jeden Fall vermeiden[130]. Er nahm daher die Verantwortung für eine Maßnahme auf sich, die er mißbilligte und bemerkte: „Wie sehr verblassen doch die Prinzipien, wenn man sich mit Tatsachen herumschlagen muß." [131]

Das Verblassen der liberalen Prinzipien kennzeichnete auch den Werdegang der Reformen. MINTO und seine Regierung hatten von Anfang an die Absicht, eine konservative Verfassung zu schaffen, die den britischen Konstitutionalismus mit den autoritären Elementen der Tradition der Großmoghule verbinden sollte. Diese Verfassung, so hoffte man, werde der politischen Willensbildung in Indien auf lange Sicht Stabilität verleihen. Das Verlangen nach Neuerung und weiterer Reform werde von jenen Kreisen bekämpft werden, die mit dieser Verfassung ihr eigenes Recht und Interesse zu verteidigen haben[132]. In diesem Sinne hatte MINTO sich bereits frühzeitig mit den Mohammedanern in Verbindung gesetzt, die befürchteten, daß eine demokratische Verfassung eine permanente Hindu-Mehrheit an die Macht bringen dürfte. Nach einiger Korrespondenz zwischen SYED MEHDI ALI, genannt *Mohsin-ul-Mulk*, dem Nachfolger SYED AHMAD KHANS, und dem britischen Direktor des Aligarh College, ARCHBOLD, wurde eine Deputation unter der Leitung des jungen AGA KHAN arrangiert, die MINTO eine Bittschrift überreichte[133]. *Mohsin-ul-Mulk* war ein fähiger Politiker. Er fürchtete, daß unter den gegebenen Umständen kein Mohammedaner eine Chance habe, in die gesetzgebende Versammlung gewählt zu werden. Er war jedoch auch nicht mit ARCHBOLDS Ansicht einverstanden, daß die Mohammedaner wie bisher auf die Nominierung ihrer Vertreter durch den Vizekönig und die Gouverneure vertrauen sollten, ohne sich um politische Organisation und Propaganda zu bemühen, und er änderte in diesem Sinne den von ARCHBOLD entworfenen Text der Bittschrift.

Die Wahl in getrennten mohammedanischen Wählerschaften wurde schließlich zum Hauptpunkt der Bittschrift[134]. Dieser Vorschlag paßte ausgezeichnet in LORD MINTOS Plan, und er sagte der mohammedanischen Deputation seine volle Unterstützung zu[135]. Auch MORLEY freute sich zunächst über diese Deputation, da sie doch zu beweisen schien, daß die Spannungen in Indien sich nicht auf den einfachen Nenner „Volk contra Bürokratie" bringen ließen, wie seine radikalen Kollegen im Parlament behaupteten[136]. Später wurde er sich jedoch der Konsequenzen dieser politischen Taktik bewußt und warnte MINTO, daß man es sich bei der Bevorzugung der Mohammedaner nicht mit den Hindus verderben solle[137]. Schließlich warf er MINTO sogar vor, daß er

---

[130] Hirtzel Diary, 30. 11. 1908.

[131] Hirtzel Diary, 25. 11. 1908.

[132] Morley Papers, Government of India Despatch Nr. 7 of 1907 to Secretary of State, 21. 3. 1907.

[133] Siehe hierzu SYED RAZI WASTI, Lord Minto and the Indian Nationalist Movement 1905—1910. Oxford 1964, S. 59—88, und Anhang S. 228—237, SYED MEHDI ALI, *Mohsin-ul-Mulk*, 1837—1907 war Beamter im Dienste der britisch-indischen Regierung und dann im Dienste des NIZAM von HYDERABAD, er übernahm die Verwaltung des Muslim College, Aligarh, 1893, siehe ALBIRUNI, Makers of Pakistan, S. 83 ff.

[134] SYED RAZI WASTI, op. cit., S. 231, zitiert hierzu einen Brief *Mohsin-ul-Mulks* an ARCHBOLD, 18. 8. 1906.

[135] MARY MINTO, op. cit., S. 46 ff.

[136] SYED RAZI WASTI, op. cit., S. 73 zitiert hierzu einen Brief von MORLEY an MINTO, 19. 10. 1906.

[137] MORLEY, Recollections, Vol. II, S. 293, Brief MORLEYS an MINTO v. 28. 1. 1909.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

den mohammedanischen Ball ins Rollen gebracht habe[138]. Inzwischen hatte jedoch Mintos Regierung die Idee der separaten Wählerschaften fest in ihre Reformvorschläge eingebaut, und die Moslem-Liga, eine Organisation, die *Mohsin-ul-Mulk* am 30. Dezember 1906 in Dacca ins Leben gerufen hatte, wachte eifersüchtig, daß das Privileg der separaten Wählerschaften nicht reduziert wurde[139].

Die britisch-indische Regierung hatte im Laufe des Jahres 1908 die Urteile aller Provinzialregierungen über die Reformvorschläge eingeholt und zusammen mit den Gutachten der Zentralregierung an Morley weitergeleitet[140]. Die Meinungen der Verwaltungsbeamten stimmten durchaus nicht immer mit Lord Mintos Ansichten überein, und die Ständestaatsidee wurde von manchen mit einiger Skepsis betrachtet.

Man kritisierte, daß die Wählerschaft sich bei der Wahl von Abgeordneten auf bestimmte Personenkreise beschränken müsse, und daß die Regierung einerseits auf das Recht verzichte, Abgeordnete zu nominieren, die sie für zuverlässig halte, andererseits aber den Wählern das Recht verwehre, die Abgeordneten zu wählen, die sie für richtig halten[141]. Die Ansicht, daß die großen Landbesitzer die „natürlichen Führer des Volkes" seien, stieß auch auf einigen Widerspruch. Ein Beamter bemerkte bissig, daß die britische Verwaltung die großen Landbesitzer in „Pachtgelder kassierende Automaten"[142] verwandelt habe, und ein anderer wies darauf hin, daß ein einheimischer, von der Regierung ernannter Kreishauptmann *(Tahsildar)* als Vertreter der Obrigkeit weit größere Autorität habe als selbst der reichste Großgrundbesitzer[143]. Aber diese unliebsamen Bemerkungen wurden übergangen, und Minto und Risley paßten das ständestaatliche Prinzip den Gegebenheiten so gut wie es eben ging an. Risley hielt Morley auf dem Laufenden[144]. Man plante einen Beirat der Zentralregierung, der aus indischen Fürsten und je einem Vertreter jeder Provinz bestehen sollte. Auch für jede Provinz war ein derartiges Oberhaus vorgesehen. Ferner sollten die Provinzen gesetzgebende Versammlungen mit ca. 35—45 Abgeordneten erhalten, wobei die Vertreter der Landbesitzer und der Mohammedaner von separaten Wählerschaften gewählt werden sollten. Der gebildeten Mittelklasse wollte man die Vertretung nach dem territorialen Prinzip zugestehen, die Wählerschaften sollten hierbei die Stadtverordnetenversammlungen und Kreisversammlungen sein. Man folge damit, so meinte Risley, durchaus Gokhales und Dutts Vorschlägen, habe aber natürlich die Größenordnungen korrigiert[145]. Die Idee, Beiräte im Sinne eines Oberhauses zu schaffen, wurde jedoch bald aufgegeben, einige Gouverneure hatten Vorschläge gemacht, die diesen Beiräten einen gefährlich repräsentativen Charakter verliehen[146], und Minto befürchtete, daß man diese Anregung in England aufgreifen und an Stelle der vorgesehenen Fürsten und

---

[138] Morley, Recollections, Vol. II, Brief Morleys an Minto vom 6. 12. 1909, „I respectfully remind you once more that it was your early speech about their extra claims that first started the M. hare."

[139] Syed Razi Wasti, op. cit., und Albiruni, op. cit., 96, 109.

[140] HDP, Oktober 1908, Nr. 116—48, Vol. I—III.

[141] Ibid., Vol. II, S. 800, J. B. Bedford, Collector, Tanjore, Madras.

[142] Ibid., Vol. II, S. 800, J. B. Bedford, Collector, Tanjore Madras.

[143] Ibid., Vol. III, S. 1398, Narendranath Nath, Deputy Commissioner, Gujrat, Panjab.

[144] Morley Papers, Risley an Morley, 30. 4. 1908, 7. 5. 1908 und 14. 5. 1908.

[145] Morley Papers, Risley an Morley, 7. 5. 1908.

[146] HDP, Oktober 1908, Nr. 116—48, Vol. II, S. 644 und Vol. I, S. 598 (Pläne des Gouverneurs von Madras).

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Notablen Volksvertreter setzen könnte[147]. Das Prinzip der separaten Wählerschaften blieb als Kernpunkt der Reformen bestehen, und mit diesem Punkt mußte sich MORLEY auseinandersetzen. Er legte die gesamte Verfassungsfrage seinem Beirat (India Council) vor. Dieser Beirat, der zum größten Teil aus pensionierten Beamten der britisch-indischen Regierung bestand, die vom Staatssekretär berufen worden waren, war für gewöhnlich ein sehr konservatives Gremium. SIR WILLIAM LEE-WARNER und THEODORE MORRISON waren zu dieser Zeit die einflußreichsten Mitglieder. Trotz seiner konservativen Grundhaltung billigte der Beirat die Vorschläge der britisch-indischen Regierung nicht, lehnte die Idee der separaten Wählerschaften und der Vertretung von Interessengruppen und Religionsgemeinschaften ab und bemühte sich darum, das Prinzip der territorialen Volksvertretung durch die Einschaltung von Wahlmännern zu retten. Das zuständige Komitee des Beirats bemerkte dazu, daß bei einer Wahl durch Wahlmänner der Wahlkreis dennoch durch Kandidaten von Religionsgemeinschaften und Interessengruppen vertreten sein könne[148]. Durch die Zwischenschaltung der Wahlmänner, die in einer ersten Wahl von separaten Wählerschaften gewählt werden sollten, selbst aber ein territoriales Gremium darstellten und ihrerseits eine im Voraus bestimmte Anzahl von Vertretern bestimmter Gruppen und Religionsgemeinschaften wählen sollten, war dazu geeignet, das territoriale Prinzip mit dem Prinzip der separaten Vertretung von Religionsgemeinschaften und Gruppen zu versöhnen. Im Kollegium der Wahlmänner überschnitten sich gewissermaßen auf der territorialen Ebene die Linien der Gruppen- und Religionsgemeinschaftsvertretung, und es sollte so vermieden werden, daß eine vertikale Trennung sowohl der Wählerschaften als auch der Volksvertretung eintrat, die zu einer dauernden Spaltung der politischen Gesellschaft führen mußte.

MORLEYS umfangreicher Reformentwurf, der als Antwort auf die Vorschläge der britisch-indischen Regierung am 27. November 1908 veröffentlicht wurde, beschäftigte sich aufgrund der Ausarbeitungen des Komitees des Beirats ausführlich mit der Frage der Wahlmänner und der territorialen Volksvertretung[149]. RISLEY, der sich in Indien mit diesem Vorschlag beschäftigen mußte, führte jedoch das System der Wahlmänner rasch *ad absurdum*. Er rechnete vor, daß dieses System, wie jedes territoriale Wahlsystem in Indien, nur Kongreß-Rechtsanwälten zu Sitzen im Landtag und in der zentralen gesetzgebenden Versammlung verhelfen dürfte[150]. Er führte dazu das folgende Beispiel an, das freilich bereits in seinen grundlegenden Annahmen so zugeschnitten war, daß es die Wahlmänner diskreditierte: Man nehme einmal an, so argumentierte er, daß sechs Kandidaten, vier Hindus und zwei Mohammedaner, sich für fünf Sitze zur Wahl stellen und zwar H 1, ein Hindu-Rechtsanwalt, H 2 ein Hindu-Journalist, H 3 ein Hindu-Rechtsanwalt, der gerade genug Land hat, um für die Zwecke des Wahlrechts als Grundbesitzer gelten zu können, H 4, ein Hindu-Grundbesitzer alten Stils, M 1, ein Mohammedaner, der wirklich die Interessen seiner Religionsgemeinschaft vertritt und M 2, ein Kongreß-Mohammedaner, der von den Hindus unterstützt wird.

---

[147] HDP, Oktober 1908, Nr. 116—148, Vol. I, S. 509, MINTO über die geplanten Beiräte: "What I am afraid of is this that when our final proposals go home an attempt may be made to enlarge them on a more representative basis to meet the views of the Indian extremists, who are at home accepted as patriots, and of the present House of Commons".

[148] Morley Papers, Report of the Special Committee of the India Council, 5. 10. 1908.

[149] MORLEY, Speeches, Anhang: Despatch of the Secretary of State, 27. 11. 1908.

[150] HDP, Februar 1909, Nr. 205—244, Aktennotiz vom 5. 1. 1909.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Das Kollegium der Wahlmänner soll aus 100 Personen bestehen, wobei jeweils 20 aus separaten Wählerschaften der Mohammedaner und der Grundbesitzer hervorgegangen sind, während die übrigen von anderen Gremien, wie etwa den Universitäten, den Körperschaften der lokalen Selbstverwaltung und anderen Wählerschaften dieser Art, in denen man mit einer Vorherrschaft der Bildungsschicht der Hindus rechnen muß, gewählt worden sind. Man nehme nun an, daß im Kollegium der Wahlmänner die Hindu-Grundbesitzer durchweg für H 4 stimmen und die Mohammedaner für M 2; bei einer Zahl von 100 Wahlmännern bleiben dann noch 60 Stimmen übrig. Diese Stimmen können die übrigen Wahlmänner so verteilen, daß alle Kongreßkandidaten gewählt und H 4 und M 1 geschlagen werden. Sie brauchen dazu die Stimmen nur wie folgt zu verteilen: H 1 — 5, H 2 — 5, H 3 — 25, M 2 — 25. M 1 und H 4 wären damit geschlagen, da die Wahlmänner ja nur einen Mohammedaner und einen Hindu-Grundbesitzer wählen dürfen und die restlichen 10 Stimmen genügen, um dem Rechtsanwalt und dem Journalisten zur Wahl zu verhelfen.

Risley wies darauf hin, daß ein solches Kollegium von Wahlmännern wohl einer Meinungsminderheit (z. B. Freihandel contra Schutzzoll), nicht aber einer religiösen Minderheit (Mohammedaner contra Hindus) eine angemessene Vertretung sichern könne[151]. Sein tendenziöses Rechenexempel, das er mit einigen Abwandlungen einer mohammedanischen Zeitschrift entnommen hatte, zeigte jedoch nur zu deutlich, worauf es der britisch-indischen Regierung bei diesen Reformen ankam[152]. Die politische Typologie der in dem Rechenexempel auftretenden Kandidaten ließ keinen Zweifel darüber übrig, wen diese britisch-moghulische Verfassung begünstigen und wen sie ausschalten wollte. Mintos Regierung antwortete auf Morleys Vorschläge vom November 1908, daß man die Idee der Wahlmänner allgemein verurteilt habe und auf dem Prinzip der separaten Wählerschaften beharre[153].

Morley schloß sich der Entscheidung der britisch-indischen Regierung an und übernahm sogar bei der zweiten Lesung des Reformgesetzes im Parlament fast Wort für Wort Risleys Beweisführung. Seine eigenen Vorschläge nahm er zurück[154]. Doch wenn er auch in dieser Angelegenheit nachgab, so verteidigte er zumindest in zwei Punkten seine liberalen Prinzipien. Er gestattete der britisch-indischen Regierung nicht, die alte Regelung beizubehalten, daß auch ein gewählter Abgeordneter noch durch den Vizekönig oder Gouverneur nominiert werden müsse, um seinen Sitz in der gesetzgebenden Versammlung einnehmen zu können[155]. Auf diese Weise ließen sich die unliebsamen Politiker leicht fernhalten, denn die Wählerschaft riskierte es nicht gern, einen Mann zu wählen, von dem man wußte, daß er nicht nominiert werden würde. Morley bestand jedoch darauf, daß die Wahl allein das Recht auf einen Sitz in der Volksvertretung garantieren müsse. Er bestand ferner darauf, daß die Bestimmungen über die Aberkennung der Wählbarkeit nicht zur Entmündigung unliebsamer Politiker mißbraucht werden dürften. Es bestand die Befürchtung, daß die britisch-indische Regierung deportierte und dann wieder freigelassene Politiker disqualifizieren wollte. Morley war jedoch der Meinung, daß, wenn ein Mann wie Tilak gewählt wird, er auch einen Platz in der Volksvertretung erhalten müsse[156].

---

[151] HDP, Februar 1909, Nr. 205—44, Aktennotiz vom 5. 1. 1909.
[152] Ibid., Hinweis auf die Zeitschrift "Observer", Lahore.
[153] HDP, Februar 1909, Nr. 205—44, S. 239 Despatch of the Government of India.
[154] Morley, Speeches, S. 174—175.
[155] HDP, Februar 1909, Nr. 205—44, S. 251, Telegramm Morleys v. 12. 2. 1909.
[156] Zur Diskussion dieser Frage siehe Hirtzel Diary, 19. 4. 1909.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Die Probleme der neuen Verfassung waren mit der Verabschiedung des Reformgesetzes noch lange nicht gelöst. Die britisch-indische Regierung mußte die Ausführungsbestimmungen entwerfen, und daraus ergaben sich eine Fülle neuer Fragen. Der Kongreß des Jahres 1908, der seiner Urteilsbildung vor allem die Vorschläge MORLEYS vom 27. November 1908 zugrunde legte, konnte noch recht optimistisch zu den Reformen Stellung nehmen[157]. Aber im nächsten Jahr, nach der Veröffentlichung der Ausführungsbestimmungen, stimmte der Kongreß ein lautes Klagelied an. Ein Delegierter nach dem anderen konnte aus seiner Provinz berichten, wie die Vorbereitung der Wählerlisten und die Bestimmung von Wahlkreisen und Wählerschaften sich zu Ungunsten der westlich gebildeten Kreise ausgewirkt haben[158]. „Man hat uns für dumm verkauft und uns das Fell über die Ohren gezogen", sagte ein Delegierter aus Sindh[159].

Es hatte sich im Laufe des Jahres herausgestellt, daß die Forderungen der Mohammedaner nach separaten Wählerschaften weiter gingen als man zunächst gedacht hatte. Zudem mußte MORLEY feststellen, daß das, was er in dieser Hinsicht in seiner Rede im Oberhaus versprochen hatte, mit den Vorschlägen der britisch-indischen Regierung gar nicht übereinstimmte. So mußte MORLEY seine Worte zurücknehmen, und er war froh, daß niemand im Parlament darauf gekommen war, die Sache zu einer großen Anfrage im Parlament zu machen[160]. In der Frage der Aberkennung der Wählbarkeit machte MORLEY der britisch-indischen Regierung nun auch mehr Zugeständnisse[161], und in einer schwachen Minute meinte er, daß die Reformen vielleicht doch zu weit gingen[162]. Das Jahr 1909 stand also im Zeichen der Reaktion, und die Kolonialbürokratie hatte eine freie Hand bei der Festlegung der Wahlkreise und Wählerlisten. Nach allen Regeln der Kunst wurden die westlich gebildeten Schichten bei der Bildung von Wählerschaften ausgeklammert und ihr Einfluß auf ein Minimum reduziert[163]. In den meisten Fällen wurde ein Wähler nur dann auf die Liste gesetzt, wenn er einen Landbesitz bestimmter Größe aufweisen konnte, doch diese Qualifikationen wurden für Mohammedaner weit großzügiger gehandhabt als für Hindus[164]. Auch unter den Mohammedanern fanden sich die westlich gebildeten Rechtsanwälte oft nicht in den Wählerlisten[165], dafür hatte man loyale Armeeveteranen berücksichtigt[166]. Der „Triumph des Konstitutionalismus", wie SURENDRANATH BANERJEA die Erringung der Reformen noch auf dem Kongreß von 1908 nannte[167], hatte sich in einen Sieg der Bürokratie verwandelt.

---

157 Report of the 23rd Indian National Congress, Madras 1908.

158 Report of the 24th Indian National Congress, Lahore 1909.

159 Ibid., S. 56.

160 Hirtzel Diary, 25. 4. 1909.

161 Siehe hierzu Morley Papers, RISLEY an MORLEY, 13. 5. 1909 und Hirtzel Diary, 3. 4. 1909.

162 Hirtzel Diary, 19. 4. 1909.

163 Report of the 24th Indian National Congress, Lahore 1909 S. 49, 65 z. B. dadurch, daß Stadtverordnetenversammlungen und Kreistage in den Vereinten Provinzen als Wählerschaften zusammengelegt wurden, wählten die acht Regierungsbezirke sechs Grundbesitzer und nur zwei Vertreter der westlich gebildeten Schicht.

164 Ibid., S. 53.

165 Ibid., S. 40 Erwähnung eines Briefes von Dr. HASSAN SUHRAWARDY.

166 Ibid., S. 59.

167 Report of the 23rd Indian National Congress, Madras 1908, S. 48.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Die politische Lage war äußerst peinlich für die „Gemäßigten". Die extremistische Presse schrieb viele Leitartikel, die auf verschiedene Weise den Refrain „wir haben es ja schon immer gesagt" wiederholten[168]. Diese Haltung hinderte jedoch die Anhänger Tilaks nicht daran, sich kräftig an dem ersten Wahlfeldzug zu beteiligen, der nach dem Erlaß der Ausführungsbestimmungen stattfand[169]. In Bengalen meldeten sich wieder die Einheitsbestrebungen von „Gemäßigten" und „Extremisten". Um die Parteilinie klar zu halten, sollte daher Pherozeshah Mehta bei dem Kongreß von 1909 den Vorsitz führen. Doch gegen Ende des Jahres war die politische Stimmung so schlecht, daß man befürchten mußte, daß auch die „Gemäßigten" aus Bengalen einen Kongreß, bei dem Mehta den Vorsitz führte, nicht besuchen würden[170]. Mehta seinerseits war so wütend über die Ausführungsbestimmungen des Reformgesetzes, daß er gern auf die Kongreßpräsidentschaft verzichtete[171]. Er zog daher seine Kandidatur in letzer Minute zurück. Die extremistische Presse nahm dies mit Genugtuung zur Kenntnis und sagte voraus, daß nun bald ein vereinter Kongreß gehalten werden könne[172]. Gokhale wurde von der Presse mit besonderem Zorn verfolgt. Man sagte ihm nach, daß er mit den britischen Bürokraten unter einer Decke stecke und bezichtigte ihn des Verrats an der nationalen Sache[173].

Die „Extremisten" befanden sich aber trotz ihrer energischen Leitartikel auch in einer recht schwierigen Lage. Die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung hatten die Führer dieser Bewegung in die Flucht oder ins Gefängnis gejagt. Bipin Chandra Pal, der sich nach England gerettet hatte, klagte darüber, daß die Extremisten zwar durch eine bestimmte Auffassung zusammengehalten werden, aber doch keine Partei seien, da es ihnen an jeglicher Organisation fehle[174]. Der Terrorismus machte inzwischen Fortschritte, und am 1. Juli 1909 wurde gar ein Beamter des India Office in London von einem jungen Inder erschossen[175]. Aber diese Attentate blieben sporadisch und dienten nur der britisch-indischen Regierung zur Rechtfertigung für den Erlaß einer Reihe drakonischer Gesetze.

Durch die verstärkte Kontrolle des liberalen Parlamentes sah sich die britisch-indische Regierung dazu gezwungen, die Unterdrückungsmaßnahmen von der Exekutive auf die Legislative abzuwälzen, und die reformierte gesetzgebende Versammlung hatte die unangenehme Aufgabe, ihre Arbeit damit zu beginnen, eine Reihe solcher Gesetze zu verabschieden[176]. Die Verfassungsreformen Mintos sollten die Kräfte der politischen Willensbildung zerstreuen und binden; die Gesetzgebung zur Unterdrückung revolutionärer Aktivitäten diente jedoch wiederum dazu, das Interesse an nationalen Fragen noch intensiver anzuregen. Man wollte mit diesen Maßnahmen

---

[168] RNN, Bombay 1909, *"Kesari"* 21. 12. 1909.
[169] RNN, Bombay 1909, *"Kaiser-e-Hind"* 5. 12. 1909.
[170] RNN, Bengalen 1909, *„Nayak"*, 23. 9. 1909.
[171] Gokhale Papers, Gokhale an Wedderburn, 3. 12. 1909.
[172] RNN, Bombay 1909, *"Kesari"* 21. 12. 1909.
[173] RNN, Bombay 1909, *"Mahratta"* 29. 8. 1909.
[174] RNN, Bombay 1909, 19. 9. 1909.
[175] Madan Lal Dhingra erschoß Sir Curzon Wyllie; zur Reaktion Morleys siehe Hirtzel Diary, 2. 7. 1909 ff.
[176] Siehe hierzu HDP, Februar 1910, Nr. 136—41 über die Erneuerung des Gesetzes gegen aufrührerische Versammlungen, HDP, März 1910, Nr. 42—46; Juli 1910, Nr. 5—32 zum Pressegesetz.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

„die Wankelmütigen einschüchtern“ [177] und diskreditierte doch nur die „gemäßigten“ Politiker.

MINTO und seine Regierung befanden sich in einer schwierigen Lage. Die Radikal-Liberalen im britischen Parlament stellten peinliche Fragen bei jeder Deportation. Die konservative Opposition wiederum war der Meinung, daß unter den gegebenen Umständen eine neue Verfassung gar nicht gerechtfertigt sei. Von den wahren Zusammenhängen der revolutionären Bewegung wußte man wenig. MINTO notierte: „Wissen wir eigentlich etwas von den Terroristen? Kennen wir ihre Führer? Soweit ich es beurteilen kann, weiß die britisch-indische Regierung praktisch überhaupt nichts.“ [178]

Die Regierung von Bengalen hatte vorgeschlagen, zusätzlich zu den neun Politikern, die man bereits deportiert hatte, 53 weitere Revolutionäre, darunter AUROBINDO, C. R. DAS, RAMANAND CHATTERJI, S. DEOSKAR und etliche Gruppen junger Terroristen zu deportieren [179]. Die Zentralregierung war aber bereits zu der Ansicht gekommen, daß die Deportationen sich als politische Maßnahme nicht bewährt hätten, und der Vizekönig entließ daher sogar die 9 bereits deportierten Politiker [180]. Allerdings geschah dies erst nach den Wahlen zu den reformierten Volksvertretungen, so daß die Deportierten keine Gelegenheit hatten, in den Wahlkampf einzugreifen. In den Kreisen der britisch-indischen Regierung wurden diese Maßnahmen heftig debattiert [181]. Ein Mitglied der Regierung war der Meinung, der Vizekönig hätte bei der Entlassung der Deportierten dem Druck der britischen Regierung nachgegeben und dies bedeute eine Demütigung der britisch-indischen Regierung. MINTO verteidigte sich lebhaft gegen diesen Vorwurf und schrieb, er habe eben gerade eine solche Demütigung mit Erfolg vermieden. Er wies ferner darauf hin, daß ihm zu Ohren gekommen sei, daß bereits eine mohammedanische Deputation gebildet werden sollte, um die Freilassung der Deportierten zu erwirken. Die Entlassung habe auch einen guten Eindruck auf die neue Volksvertretung gemacht und die Abgeordneten bereitwilliger gemacht, ein Gesetz zur Unterdrückung revolutionärer Umtriebe zu verabschieden, das man ihnen gerade vorgelegt habe.

LORD MINTO gestand jedoch auch ein, daß er sich wohl des wachsenden politischen Druckes bewußt sei, der vor allem von der Labour Party ausginge, auf deren Unterstützung die liberale britische Regierung angewiesen sei. Er wisse nur zu gut, daß es sich die britisch-indische Regierung nicht leisten könne, sich aus parteipolitischen Gründen in interne Verwaltungsangelegenheiten hineinreden zu lassen, und er habe daher alles getan, um einen solchen Konflikt zu vermeiden. Mit diesen Worten umriß LORD MINTO eine politische Situation, die von nun an für die politische Willensbildung der britischen Kolonialherren und damit auch für die politische Willensbildung der indischen Nationalisten von entscheidender Bedeutung sein sollte.

Die Deportationen alten Stils waren also unmöglich geworden, doch auch bei straf-

---

[177] HDP, Februar 1910, Nr. 131—41, Letter of the Government of India to provincial governments on the extension of the Seditious Meetings Act.

[178] HDP, Juli 1910, Nr. 5—32.

[179] HDP, März 1910, Nr. 33—40; C. R. DAS war ein führender Rechtsanwalt Kalkuttas und gründete später die Swaraj Partei, R. CHATTERJEE war der Gründer der Zeitschrift "Modern Review", S. DEOSKAR kam aus Maharaschtra nach Bengalen und war der wichtigste Mittelsmann zwischen den Extremisten Poonas und Kalkuttas.

[180] HDP, März 1910, Nr. 33—44.

[181] Siehe vor allem die Aktennotizen von GUY FLEETWOOD-WILSON und LORD MINTO in HDP, März 1910, Nr. 33—44.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

rechtlichen Verfolgungen mußte sich die britisch-indische Regierung sehr in acht nehmen. Als AUROBINDO vor Gericht zitiert wurde, um sich für einen aufrührerischen Artikel zu verantworten, telegrafierte MORLEY sofort, daß er den Artikel sehen wolle, da er den Verdacht hege, daß der Artikel sich nicht zum Gegenstand einer strafrechtlichen Verfolgung machen ließe[182].

Der Zorn der Kolonialregierung richtete sich aber nicht nur gegen die Terroristen und die extremistische Presse, sondern auch gegen die Schulen der nationalen Bildungsbewegung. Diese Bewegung entstammte bereits dem Nationalismus des 19. Jahrhunderts und war dann durch LORD CURZONS Angriff auf die indischen Universitäten angespornt worden, sie hatte aber erst im Zusammenhang mit der Agitation gegen die Teilung Bengalens und den damit verbundenen Boykott der Universität Kalkutta konkrete Formen angenommen. Im März 1906 wurde in Kalkutta ein nationaler Bildungsrat (National Council of Education) gegründet, der als Zentralorgan gewissermaßen die Universität Kalkutta ersetzen sollte, ihm sollten die neuzugründenden nationalen Bildungsinstitutionen unterstellt werden[183]. Dieser Rat war der Kolonialregierung ein Dorn im Auge, denn er wurde durch reichliche Spenden unterstützt, blieb unangreifbar, da er sich im Rahmen der Legalität hielt, und war zudem die einzige Organisation in der „Gemäßigte" und „Extremisten" zusammenarbeiteten. Dem Rat schlossen sich bald eine Reihe von Schulen und Colleges an, in denen sich Schüler und Lehrer zusammenfanden, die im Rahmen des Boykotts die von der Regierung unterhaltenen Bildungsinstitutionen verlassen hatten. Die Zentren der Bewegung waren Bengalen und Maharashtra. Der wichtigste Verbindungsmann zwischen beiden Regionen war S. DEOSKAR in Nagpur, der beide Sprachen beherrschte und eine Reihe wichtiger Schriften von *Marathi* in das *Bengali* übersetzte und die entsprechenden Lehrpläne gestaltete. Auch auf dem Gebiet des nationalen Bildungswesens verliefen die Verbindungslinien von Poona über Nagpur nach Kalkutta. Terrorismus und nationale Bildung hatten manche Berührungspunkte, viele der neugegründeten Schulen waren Treffpunkte der jungen Revolutionäre. Die Regierung konnte zwar den nationalen Bildungsrat nicht antasten, aber doch die einzelnen Schulen als „widerrechtliche Versammlungen" strafrechtlich verfolgen, vor allem, wenn sich nachweisen ließ, daß die Schulen aufrührerische Examensfragen gestellt und ebensolche Lehrbücher vorgeschrieben hatten[184]. Die Verfolgung, das Absinken der politischen Begeisterung und die Tatsache, daß die Ausbildung in den nationalen Bildungsinstitutionen von den Behörden selbstverständlich nicht anerkannt wurde und damit dem Absolventen jede normale Laufbahn verschlossen blieb, ließen die nationale Bildungsbewegung rasch erlahmen. Der nationale Bildungsrat besteht noch heute, die nationalen Bildungsinstitutionen, die aus dieser und aus späteren Agitationswellen hervorgingen, waren jedoch sehr kurzlebig, ihr Einfluß auf das britisch-indische Erziehungssystem blieb unwesentlich, sie lebten nur in den Anregungen fort, die sie dem einen oder anderen ihrer Schüler auf den Weg geben konnten.

Nach der Zeit der Konflikte und Unterdrückungsmaßnahmen folgte mit dem Amtsantritt des neuen Vizekönigs, LORD HARDINGE, eine Epoche der Ruhe, in der sich die Struktur des politischen Lebens wandelte. HARDINGE war für eine Politik der Versöhnung. Unter seinem Regime wurde die Teilung Bengalens rückgängig gemacht.

---

182 HDP, Dezember 1910, Nr. 14—20.
183 GUPTA, Bengal Renaissance, S. 418.
184 HDP, Juni 1910, Nr. 26—40 und August 1910, Nr. 26—38.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Diese Maßnahme, verbunden mit den wahltechnischen Auswirkungen der MORLEY-MINTO-Reformen, schaltete die *Bhadralok* Bengalens als Element der politischen Unruhe weitgehend aus. Ihren führenden Platz in der nationalen Bewegung verloren sie von diesem Zeitpunkt an. Die agitatorische Welle, die sowohl BANERJEA als auch PAL emporgetragen hatte, ebbte ab. Es war den nationalistischen Politikern nicht vergönnt, die agitatorische Popularität in einen Erfolg an der Wahlurne umzusetzen, als sie sich entschlossen, an den Wahlen wieder teilzunehmen. Es fehlte den Nationalisten an Parteidisziplin und an einer echten, organisierten Gefolgschaft[185]. Auch war der Kreis der Wahlberechtigten sehr verschieden von dem Kreis derer, die durch die nationale Agitation erfaßt worden waren. Es war der Kolonialregierung geglückt, eine zweite Ebene der politischen Willensbildung zu konstruieren.

Nur BANERJEA selbst war es möglich, sich noch eine Weile über die Runden zu retten. Viele seiner Freunde und Kollegen wurden von Grundbesitzern und Kandidaten mit örtlichem, persönlichen Einfluß, die durch die Struktur der MORLEY-MINTO-Reformen begünstigt waren, geschlagen. Korruption und Intrigen spielten bei den Wahlen eine große Rolle. Auch in den mohammedanischen Wählerschaften gab es Streit und Hader, und jeder Sitz wurde mit allen erdenklichen Mitteln umkämpft. Zwar traten bereits einige Politiker auf, die später Erfolge erzielen sollten. In Dacca wurde FAZLUL HUQ mit der Unterstützung des NAWABS VON DACCA gewählt[186]. Doch es sollten noch Jahrzehnte vergehen, bis HUQ, gestützt auf die mohammedanische Bauernschaft, zum Ministerpräsidenten Bengalens aufstieg. Die Mohammedaner waren zwar von der Aufhebung der Teilung Bengalens zutiefst betroffen, aber das bedeutete nicht, daß sie sich nun zu einer einheitlichen politischen Willensbildung durchringen konnten. Die Reformen hatten ihr Ziel erreicht und die Kräfte der politischen Willensbildung abgelenkt und zerstreut, und in Bengalen, das im Mittelpunkt der nationalen Agitation gestanden hatte, wurde das besonders deutlich. Die wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe, die der Agitation Auftrieb gegeben hatten, bestanden jedoch weiterhin[187]. Die große Zahl der kleinen *Bhadralok*-Grundbesitzer lebte in beschränkten Verhältnissen, da die Spanne zwischen abzuführenden Steuergeldern und Pachteinnahmen durch gesetzliche Regelungen der Pachtgelder zugunsten der das Land bearbeitenden Pächter immer geringer geworden war, und die Investition in die westliche Schulbildung auch weit weniger Pristige und Einkommen einbrachte, als dies vor Jahren der Fall gewesen war[188]. Noch immer gab es daher zu viele schlecht bezahlte Rechtsanwälte und Lehrer in den Kreisstädten, und nach wie vor stellten die *Bhadralok* auch in den kommenden Jahren eine gute Anzahl von Terroristen und Aufrührern[189]. Aber die Gelegenheit zur nationalen Agitation bot sich zur Zeit nicht, und das Interesse an der Politik nahm ab. Die Labilität, die der agitatorischen Politik im allgemeinen, und der von den *Bhadralok* getragenen Politik im besonderen innewohnte, wurde nun sichtbar.

Von der Regierung begünstigter Konservativismus und sporadischer, untergründiger

---

[185] Siehe hierzu JOHN BROOMFIELD, The Vote and the Transfer of Power — A Study of the Bengal General Election, 1912—1913, in The Journal of Asian Studies, Vol. XXI, Nr. 2, Februar 1962, S. 163—181.

[186] Ibid., S. 176.

[187] Siehe Bengal District Administration Committee Report 1913—14.

[188] Ibid.

[189] Government of India, Sedition Committee Report 1918, S. 48 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Terrorismus, das war das Gegensatzpaar, das die Spannung zwischen „Gemäßigten" und „Extremisten", die noch vor kurzer Zeit im Mittelpunkt des Interesses gestanden hatte, ersetzte. Man bemühte sich daher wieder um einen vereinten Kongreß und konnte sich darauf berufen, daß die Fragen, die 1907 zum Bruch geführt hatten, inzwischen gegenstandslos geworden waren.

Im Jahre 1914 wurde TILAK nach der Verbüßung seiner sechsjährigen Zuchthausstrafe entlassen und sofort tauchte die Frage auf, ob er sich dem Kongreß wieder anschließen dürfe. Die Theosophin ANNIE BESANT, die ihr Hauptquartier in Madras aufgeschlagen hatte und dort eine Art gemäßigt extremistischer Politik verfolgte, die den *Tamil*-Brahmanen zusagte, machte es sich nun zur Aufgabe, TILAK den Anschluß an den Kongreß zu erleichtern. Frau BESANT war irischer Abstammung, impulsiv, intelligent, eine gute Rednerin, und hatte sich in England zunächst den Sozialisten angeschlossen und hatte dann in der Theosophie die Lehre gefunden, die ihrem Leben einen Sinn gab. Ihre Verehrung für den Hinduismus und ihr Glaube an die Größe der indischen Nation wurden in Indien geradezu zu einer Sensation, und sie konnte daraus das Recht ableiten, unbekümmert in das Gefüge der politischen Willensbildung in Indien einzugreifen. Die gemäßigten Politiker wurden von ihr geradezu überfahren, und TILAK und seine Freunde waren von ihrem Interesse an der nationalistischen Politik angenehm überrascht. Der Kongreß fand 1914 unter dem Vorsitz von BHUPENDRANATH BASU in Madras statt, und Frau BESANT wollte auf jeden Fall erreichen, daß TILAK sich diesem Kongreß anschließen könnte. Sie reiste dazu eigens nach Poona, um mit TILAK zu verhandeln und ermutigte damit TILAK, viel forscher aufzutreten als er es sonst wohl getan hätte. TILAK hatte zuvor durch seinen Freund und Helfer KELKAR Verhandlungen mit GOKHALE aufgenommen und war nahe daran, eine von GOKHALE vorgeschlagene Kompromißformel anzunehmen. Frau BESANTS Besuch durchkreuzte diese Verhandlungen. Kurze Zeit später machte TILAK die Bemerkung, daß er nur dem Kongreß beitrete, um ihn völlig für seine Pläne zu gewinnen[190]. GOKHALE schrieb darauf einen Brief an BASU, in dem er mitteilte, daß er nun die Aufnahme TILAKS nicht mehr befürworten könne. GOKHALE selbst war bereits todkrank und konnte nicht am Kongreß teilnehmen. BASU behandelte die Frage der Aufnahme TILAKS nicht sehr geschickt und verwickelte GOKHALE auf diese Weise in eine unerquickliche Fehde, die sich bis zu seinem Tode hinzog[191]. Gequält schrieb er an Frau BESANT, daß sie, die doch diese Phase der indischen Politik gar nicht miterlebt habe, kein Recht dazu habe, die „Gemäßigten" dazu zu zwingen, den Kampf von 1906 bis 1907 noch einmal auszufechten[192]. Wenige Monate nach GOKHALE starb auch PHEROZESHAH MEHTA und TILAK beherrschte nun das Feld.

Die Polarisierung des politischen Willens, die in dieser ersten Phase der Spannung zwischen Bewegung und Verfassung so stark hervortrat, war in aktueller Hinsicht bald überholt, aber in ihrer grundsätzlichen Bedeutung prägte sie die spätere Entwicklung. Der Kreislauf von der verheißungsvollen Ankündigung von Verfassungsreformen bis zur enttäuschenden Phase der Ausführungsbestimmungen wurde noch mehrmals in den nächsten Jahrzehnten durchlaufen. Mit der zunehmenden Stärke der Kongreßorganisation nahm jedoch die Bedeutung einzelner Divergenzen ab, während

---

190 Gokhale Papers, GOKHALE an BESANT, 10. 1. 1915.

191 Gokhale Papers, GOKHALE an BASU, 21. 1. 1915; GOKHALE an TILAK, 21. 1. 1915, TILAK an BESANT, 21. 1. 1915, TILAK an GOKHALE 21. 1. 1915, TILAK an GOKHALE 22. 1. 1915.

192 Gokhale Papers, GOKHALE an BESANT, 5. 1. 1915.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

in dieser ersten Epoche der Mangel an einer echten Organisation, die persönlichen und sachlichen Differenzen einiger führender Politiker, und die Reaktionen auf die eine oder andere Maßnahme wesentlich mehr im Vordergrund standen. Es kam hinzu, daß die politische Bewegung in dieser ersten Phase keine Beziehungen zu wirtschaftlichen Interessengruppen hatten. Es ging nur um politische Prinzipien, und die Führer sämtlicher politischer Richtungen waren zumeist Brahmanen, für die politische Ideen weit interessanter waren als Fragen der Parteifinanzierung, obwohl ihnen wirtschaftspolitische Statistiken durchaus geläufig waren. Sie hatten den Wert und die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Autonomie Indiens erkannt und dargestellt, aber bisher fehlte es noch an einheimischen Industriellen und Geschäftsleuten, die aus eigener Erfahrung den praktischen Wert dieser Theorien kannten und daher bereit waren, die politische Bewegung großzügig zu finanzieren. Der erste Weltkrieg, der in Indien eine Konjunktur hervorrief, deren volle Ausnutzung jedoch den Indern durch die britische Wirtschaftspolitik versagt blieb, sollte diese Lage rasch ändern.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

5

Agitation und Reformpläne im ersten Weltkrieg

Großbritanniens Eintritt in den Weltkrieg brachte Indien zum erstenmal auch in innenpolitischer Hinsicht in das Spannungsfeld der Weltpolitik. Indische Soldaten wurden auf fernen Kriegsschauplätzen eingesetzt[1]. Die britisch-indische Regierung warb um Freiwillige und um geldliche Unterstützung des Krieges, der, so hieß es, im Interesse der Erhaltung der Zivilisation geführt werde. Im allgemeinen war die indische Reaktion positiv, und Loyalitätskundgebungen aller Art waren an der Tagesordnung. Andererseits sahen auch die Terroristen in diesem Krieg ihre Chance und spannen, teilweise mit deutscher Unterstützung, ein Netz der weltweiten Verschwörung gegen die britische Macht. Besonders das zunächst noch neutrale Amerika diente als Sammelpunkt indischer Exilrevolutionäre. Die deutsche Regierung versuchte, Waffenladungen in den Golf von Bengalen zu schmuggeln und durch die Aufstellung einer indischen Exilregierung in Afghanistan die britisch-indische Regierung in Verlegenheit zu bringen[2]. Ein Revolutionär wollte eine Freiwilligengruppe bilden, die auf deutscher Seite gegen die Engländer kämpfen sollte[3]. Andere wieder wollten im Panjab Waffen verteilen und zugleich die britisch-indische Armee zur Meuterei auffordern[4]. Fast jede Gruppe, ja jeder einzelne Exilrevolutionär hatte seine eigenen kühnen Pläne. Das deutsche Auswärtige Amt hatte sich nicht sehr eingehend mit der Planung und Ausführung eines indischen Aufstandes beschäftigt und griff daher den einen oder anderen Vorschlag auf, und dabei hing viel davon ab, welchem Exilrevolutionär es gerade gelungen war, die Aufmerksamkeit des Amtes auf sich zu lenken. Fast alle diese Pläne blieben in den ersten Ansätzen stecken. Die Exilrevolutionäre waren nur selten zur Zusammenarbeit zu bewegen, es fehlte ihnen an einer einheitlichen Führung. Eifersucht und Mißtrauen verdarben die Beziehungen vieler dieser Revolutionäre zueinander und zu dritten Stellen. Manche bereicherten sich auch an Geldern, die ihnen für revolutionäre Zwecke zugesteckt worden waren. Die Probleme des prekären Individualismus traten hier in jeder Hinsicht stark hervor[5].

---

[1] Zur Bedeutung dieses Einsatzes siehe V. S. Srinivasa Sastri, Self-Government for India under the British Flag, Allahabad 1916.

[2] Siehe hierzu Government of India, Sedition Committee Report, S. 119 ff. und S. 173 ff.; ferner Oskar von Niedermayer, Unter der Glutsonne Irans — Kriegserlebnisse der deutschen Expedition nach Persien und Afghanistan, München 1925; Werner-Otto von Hentig, Ins verschlossene Land, Potsdam 1928; Emil Rybitschka, Im gottgegebenen Afghanistan, Leipzig 1927; Ulrich Gehrke, Persien in der deutschen Orientpolitik, Stuttgart 1961.

[3] Chempakraman Pillai in einer Rede vom 31. Juli 1915 in Berlin an die "Hindusthanee Soldiers"; seine Organisation hieß "Indian National Volunteers" siehe hierzu Material des History of the Freedom Movement Unit, Government of India.

[4] Government of India, Sedition Committee Report, S. 158.

[5] Siehe z. B. Gene D. Overstreet und Marshall Windmiller, Communism in India, Berkeley 1959, S. 22 f. und Government of India, India and Communism, Simla 1935.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Auf deutscher Seite gab es auch Spannungen und Probleme. So wurde etwa die indische Exilregierung des KUMAR MAHENDRA PRATAP unter Begleitung des Offiziers und Diplomaten WERNER VON HENTIG hinter der bereits nach Afghanistan abgesandten Gruppe des Hauptmanns OSKAR VON NIEDERMAYER ohne klare Abgrenzung der Kompetenzen hinterhergesandt[6]. Der Chef der Exilregierung zeigte schon auf der Reise Zeichen der Entmutigung[7], und der schlaue EMIR VON AFGHANISTAN benutzte das ganze Unternehmen letztlich nur dazu, höhere Subsidien von der britisch-indischen Regierung zu erpressen[8].

Alle diese von außen herangetragenen Revolutionsversuche waren jedoch auch darum zum Scheitern verurteilt, weil in Indien selbst, außer einigen wenigen Terroristen, die sich noch auf freiem Fuß befanden, niemand an einem bewaffneten Aufstand interessiert war. Am wirkungsvollsten war noch die *Ghadr*-Bewegung der Sikhs, die sich in Amerika auf zahlreiche Sikheinwanderer stützte und auch im Panjab einige Ansatzpunkte hatte. Hier waren vor allem die zurückgekehrten Sikhs aktiv, die mit dem Schiff *Komagata Maru* einen mißglückten Versuch unternommen hatten, die kanadischen Einwanderungsgesetze zu umgehen, bei der erzwungenen Rückkehr nach Indien rebellisch geworden waren, dann arrestiert, aber auch bald wieder freigelassen worden waren[9]. Viele dieser verhinderten Auswanderer wurden später Terroristen, aber oft genug wurden sie von der loyalen einheimischen Bevölkerung den Briten ausgeliefert[10]. Auch hier beschränkte sich der Kreis der potentiellen Revolutionäre also auf die Wenigen, die sich durch besondere Erfahrungen von der Mehrheit ihrer Landsleute unterschieden. Aufgrund des außerordentlichen Gesetzes zur Verteidigung Indiens hatte die britisch-indische Regierung Vollmachten, sehr summarisch zu verfahren, und es gelang ihr daher leicht, die Terroristen in Schach zu halten[11].

Die Loyalität Indiens hatte jedoch auch einen Preis. Sie müßte dazu führen, so argumentierten die indischen Politiker, daß Indien nach Kriegsende eine liberale Verfassung erhielte und einen selbständigen Platz im britischen Imperium einnehmen dürfe. Man wies auf die Erklärung der Kriegsziele hin und berief sich auf die Äußerungen britischer Politiker, die auf eine oder andere Weise angedeutet hatten, daß der Dank Großbritanniens den Indern gewiß sei[12]. ANNIE BESANT plädierte dafür, diese Gelegenheit auszunützen und nach irischem Vorbild „Home Rule" zu fordern. Sie versuchte zunächst, den Kongreß von 1915 zu einer Resolution dieser Art zu bewegen, und als ihr dies nicht gelang, gründete sie eine „All-India Home Rule League", die unter den radikaleren Politikern sofort Anklang fand, während „gemäßigte" Politiker vom Schlage SURENDRANATH BANERJEAS dieser neuen Bewegung recht skeptisch gegenüberstanden[13]. TILAK hätte sich nur zu gern sofort der Liga angeschlossen, um auf diese Weise wieder einen Anschluß an das politische Leben zu finden, aber Frau BESANT wollte einen mittleren Kurs steuern und zögerte TILAKS Aufnahme durch einige technische Einwände hinaus[14]. Nur wenige Jahre später mußte sie es jedoch erleben, daß

---

[6] GEHRKE, op. cit., Band II, S. 316.
[7] v. HENTIG, op. cit., Einleitung.
[8] RYBITSCHKA, op. cit., S. 120.
[9] Government of India, Sedition Committee Report, S. 147 f.
[10] Ibid., S. 150.
[11] Ibid., S. 181.
[12] Siehe V. S. SRINIVASA SASTRI, Self-Government, Appendix II.
[13] SURENDRANATH BANERJEA, A Nation in the Making, S. 238.
[14] Government of Bombay, Source Material, Vol. II, S. 237.

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

man ihr mit ähnlichen technischen Einwänden das Verbleiben in der Liga unmöglich machte[15].

Die Kriegsjahre brachten zugleich eine rasche Annäherung der Mohammedaner an die nationale Bewegung. Die Tatsache, daß der türkische Kalif zu den Gegnern Großbritanniens gehörte, bewegte die indischen Mohammedaner sehr. Zunächst äußerte sich dies noch nicht im Sinne einer definitiven politischen Willensbildung, sondern nur in einer allgemeinen Unruhe und Ratlosigkeit. Diese Situation kam zwei Politikern zugute, die nun rasch in den Mittelpunkt des Interesses rückten. Der eine war der radikale MAULANA MOHAMMED ALI, der sich als aufrührerischer Publizist hervortat und schließlich von der britisch-indischen Regierung arrestiert wurde[16]. Der andere war der junge Rechtsanwalt M. A. JINNAH, ein *Gujarati Khoja*, verwestlicht, elegant, ein „gemäßigter" Politiker, der aus England zurückgekehrt war mit dem Ehrgeiz, ein mohammedanischer GOKHALE zu werden[17]. Bei dem allgemeinen Mangel an westlich erzogenen Mohammedanern hatte er rasch Karriere gemacht und war nach den MORLEY-MINTO-Reformen von einer mohammedanischen Wählerschaft in die zentrale gesetzgebende Versammlung gewählt worden. Dort hatte er sich durch einen Gesetzesentwurf auf dem Gebiet des mohammedanischen Erbrechtes einen Namen gemacht und war dadurch allen politisch interessierten Mohammedanern bekannt geworden[18]. Er blieb auch im politischen Leben bis hin zur Gründung Pakistans stets der brillante Anwalt, der den Fall, den er übernommen hat, geschickt verteidigt. JINNAH war zunächst ein begeisterter Anhänger des Kongresses und ließ sich schließlich von MOHAMMED ALI nur dann zur gleichzeitigen Mitgliedschaft in der Moslem-Liga überreden, als dieser ihm versicherte, daß diese Mitgliedschaft sich mit der nationalen Politik vereinbaren lasse[19]. Im Jahre 1915 setzte er sich nun für eine Annäherung der Moslem-Liga an den Kongreß ein und erreichte es, daß beide zu gleicher Zeit in Bombay tagten. Er wurde darauf als Botschafter der Einheit zwischen Hindus und Mohammedanern gefeiert und trug wesentlich dazu bei, daß Kongreß und Liga im nächsten Jahr einen gemeinsamen Verfassungsentwurf vorlegen konnten[20]. Die Hauptzüge dieses Verfassungsentwurfes waren bereits in einem Memorandum enthalten, das 19 Mitglieder der zentralen gesetzgebenden Versammlung, unter ihnen WACHA, BASU, MALAVIYA, SASTRI, SAPRU und auch JINNAH, dem Vizekönig überreicht hatten[21]. Diese Vorschläge gingen darauf hinaus, nach dem Kriege die gesetzgebende Versammlung und die Landtage zu erweitern und ihnen die Kontrolle über die Staatsfinanzen zuzugestehen. Die Exekutive wollte man durchaus in den Händen der Briten lassen. GOKHALE hatte in seinem „Politischen Testament", das er im Jahre 1915 nach Gesprächen mit PHEROZESHAH MEHTA und dem AGA KHAN kurz aufzeichnete, bereits einen ähnlichen Verfassungsentwurf ausgearbeitet[22].

---

[15] Siehe hierzu ANNIE BESANT, National Home Rule League-Why founded and how?, Madras 1919.

[16] Siehe hierzu Kongreßresolution in Report of the 32nd Indian National Congress, Kalkutta 1917.

[17] SAROJINI NAIDU (ed.) Mohamed Ali Jinnah — An Ambassador of Unity, His Speeches and Writings 1912—17, Madras 1918 S. 1 f.

[18] Ibid., S. 213 ff. Speech on the Mussulman Wakf Validating Bill.

[19] Ibid., S. 11. [20] Report of the 31st Indian National Congress, Lucknow 1916.

[21] SASTRI, Self-Government, Appendix I.

[22] Text des Testamentes, siehe V. S. SRINIVASA SASTRI, My Master Gokhale, Madras 1946, Anhang, zur Entstehung des Testamentes siehe S. 193 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

In Verhandlungen zwischen dem Kongreß und der Moslem-Liga wurde nun dieser Vorschlag noch durch eine Abmachung über die Anteile der Mohammedaner an den Sitzen in der gesetzgebenden Versammlung und in den Landtagen ergänzt[23]. Der RAJA VON MAHMUDABAD, einer der einflußreichsten mohammedanischen *Taluqdars* von Oudh, der auch zu den neunzehn Abgeordneten gehörte, die dem Vizekönig das Memorandum überreicht hatten, spielte bei diesen Verhandlungen eine führende Rolle[24]. Man einigte sich darüber, daß die Mohammedaner in den Provinzen, in denen sie in der Minderheit waren, mehr Abgeordnete in den Landtagen haben dürften als ihnen ihrer Zahl nach zustand, dafür wurden in den beiden Provinzen, in denen die Mohammedaner in der Mehrheit waren, den Hindus mehr Sitze gegeben als ihnen zustanden. MAHMUDABAD und JINNAH stammten aus Minderheitsprovinzen; für sie bedeutete diese Vereinbarung einen eindeutigen Gewinn. Doch im Rahmen des zur Diskussion stehenden Verfassungsvorschlages spielte der Verlust an Sitzen in den Mehrheitsprovinzen keine große Rolle. Erst die spätere Entwicklung ließ diese freiwillige Aufgabe der Mehrheitspositionen in diesen beiden Provinzen problematisch erscheinen.

Ein Vergleich des Kongreß-Liga-Plans, wie man diesen Vorschlag nannte, mit den tatsächlichen Anteilen der Mohammedaner an den Sitzen in den im Jahre 1917 bestehenden Landtagen zeigt deutlich, daß die Anteilformel des Plans für die Mohammedaner einen ungeheuren Fortschritt auf der ganzen Linie bedeutete. Die folgende Übersicht gibt ein klares Bild dieser Verhältnisse[25]:

Provinz	Bevölkerung in Millionen		Sitze im Landtag		Künftiger moh. Anteil nach
	Gesamt	Moh.	Gesamt	Moh.	Kongreß-Liga-Plan
Bengalen	44	24	48	5	40 %
Bihar und Orissa	34	4	40	4	25 %
Bombay	20	4	42	4	33 %
Central Provinces	14	0,6	24	—	15 %
Madras	41	3	41	2	15 %
Panjab	20	11	28	—	50 %
United Provinces	47	7	47	4	30 %

Aus der Situation der Zeit heraus konnte man mit diesem Plan wohl zufrieden sein, und der Kongreß von 1916 stellte daher stolz den gesamten Kongreß-Liga-Plan als nationale Forderung[26]. TILAK, der endlich wieder den Anschluß an den Kongreß gefunden hatte und an der Ausarbeitung dieses Kompromisses führend beteiligt war, empfahl den Plan in seiner Rede auf dem Kongreß mit großem Nachdruck. Er nannte den Plan eine Synthese aller Resolutionen, die der Kongreß während der letzten 30 Jahre gefaßt habe, und er behauptete, daß es ihm nun gleich sei, ob der Kongreß weiterhin seine Sitzungen abhielte oder nicht. Der Kongreß als solcher habe hiermit

[23] Report of the 31st Indian National Congress, Lucknow 1916.
[24] Ibid.
[25] Government of India-Reforms Office, Notes on Communal Representation on the Legislatures and Local Bodies, S. 24.
[26] Report of the 31st Indian National Congress, Lucknow 1916.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

seine Aufgabe erfüllt[27]. Die Harmonie, die zwischen „Gemäßigten" und „Extremisten" und der Moslem-Liga bestand, sollte jedoch nicht lange währen. Im Laufe des Jahres 1917 wurde Frau BESANT mit zwei Kollegen von der britisch-indischen Regierung inhaftiert[28]. In Kongreßkreisen herrschte große Entrüstung. Man trug sich bereits mit dem Gedanken, zum passiven Widerstand aufzurufen. SURENDRANATH BANERJEA und seine Kollegen in Bengalen, die sich nur ungern an die Erfahrungen erinnerten, die sie mit dem passiven Widerstand gemacht hatten, waren entsetzt[29]. Viele Politiker, die sich bis jetzt nicht der Home Rule Liga angeschlossen hatten, traten ihr nun demonstrativ bei. JINNAH wurde sogar gleich Präsident der Liga in Bombay. Als Frau BESANT aufgrund der allgemeinen Empörung wieder freigelassen wurde, begann sofort eine Kampagne, sie zum nächsten Kongreßpräsidenten zu wählen. Die „Gemäßigten" waren davon nicht sehr begeistert, konnten es aber nicht verhindern[30].

Die britische Regierung hatte inzwischen in einer offiziellen Ankündigung die Umrisse der erwarteten Verfassungsreform angedeutet. Der neue Staatssekretär für Indien, E. S. MONTAGU, verlas am 20. August 1917 eine Regierungserklärung, in der es hieß, daß in Indien nach und nach das Prinzip der verantwortlichen Regierung eingeführt werden solle. Ferner kündigte MONTAGU an, daß er der Einladung des Vizekönigs folgen und selbst nach Indien kommen werde, um sich an Ort und Stelle zu informieren[31]. Die indischen Politiker beschäftigten sich sofort mit der Interpretation der Erklärung. „Verantwortliche Regierung" konnte nur bedeuten, daß auch in Indien die Verantwortlichkeit der Exekutive gegenüber der Legislative nach englischem parlamentarischen Muster eingeführt werden solle. Der Kongreß-Liga-Plan sah nichts dergleichen vor, und man fragte sich, welcher Vorschlag denn nun mehr biete[32].

Der Wortlaut der Erklärung war vom britischen Kriegskabinett gebilligt und von AUSTEN CHAMBERLAIN entworfen worden, er entstammte also nicht einer einsamen Entscheidung MONTAGUS[33]. Die Erwähnung des Prinzips der Verantwortlichkeit bedeutete eine Wandlung der Einstellung der britischen Regierung zur Frage der Verfassungsreformen in Indien. MORLEY hatte gesagt, daß er nicht an die Einführung parlamentarischer Institutionen in Indien denke. Der Kongreß-Liga-Plan, der auf den MORLEY-MINTO-Reformen aufbaute, sah ein Verhältnis von der Exekutive zur Legislative vor, das nichts mit parlamentarischer Verantwortlichkeit zu tun hatte. Man war sich dessen auch durchaus bewußt, und SRINIVASA SASTRI, einer der neunzehn Abgeordneten, die den ersten Plan ausgearbeitet hatten, wies ausdrücklich auf das amerikanische Vorbild hin[34]. In seinem später veröffentlichten Kommentar zum Kongreß-Liga-Plan erwähnte er auch die Verfassung der Schweiz und pries die Zusammensetzung der schweizerischen Bundesexekutive als ein Modell für die künftige Bildung einer indi-

---

[27] Ibid.

[28] Siehe Report of the 32nd Indian National Congress, Kalkutta 1917.

[29] SURENDRANATH BANERJEA, A Nation in the Making, S. 238 ff.

[30] Ibid., S. 240 ff.

[31] Siehe Government of India, Report on Indian Constitutional Reforms (Montagu-Chelmsford Report), Kalkutta 1918, S. 1.

[32] Report of the 32nd Indian National Congress, Kalkutta 1917.

[33] Siehe hierzu REGINALD CRADDOCK, The Dilemma in India, London 1929, S. 161; zur Mitwirkung AUSTEN CHAMBERLAINS siehe Parliamentary Papers, Debate on India, 1924, Rede des Unterstaatssekretärs RICHARDS.

[34] SASTRI, Self-Government, S. 59.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

schen Exekutive[35]. Auch der Aga Khan empfahl die amerikanische Verfassung und erwähnte als warnendes Beispiel die mißglückten Versuche, in Spanien und Griechenland parlamentarische Institutionen nach britischem Muster einzuführen[36]. Gokhale schließlich hatte in seinem „Politischen Testament", das der Aga Khan im Jahre 1917 veröffentlichte, das Verhältnis des deutschen Reichstages zur Reichsregierung als Modell für die zukünftige Entwicklung der britisch-indischen Verfassung angeführt[37]. Trotz dieser Hinweise bestand jedoch auf britischer Seite nach der Veröffentlichung der Regierungserklärung von 1917 die Tendenz, darauf hinzuweisen, daß man den Indern nun großzügigerweise etwas gewähre, das sie noch gar nicht verlangt hätten, nämlich die Grundlagen zur Bildung einer verantwortlichen Regierung. Besonderes Aufsehen erregte in dieser Hinsicht der reisende Verfassungsexperte Lionel Curtis, der sich schon seit einiger Zeit auf Einladung seiner Freunde Marris und Meston in Indien aufhielt, um Vorschläge für eine künftige indische Verfassung auszuarbeiten[38]. Curtis entstammte einer Gruppe, die man scherzhaft „Lord Milners Kindergarten" genannt hatte. Diese jungen Beamten hatten in Südafrika unter dem weitsichtigen Imperialisten Milner ihre Sporen verdient und später in London die Zeitschrift „The Round Table" gegründet, mit der Diskussionsgruppen in allen Teilen des britischen Weltreiches von Kanada bis nach Australien verbunden waren. Die Freunde dieses Kreises machten sich Gedanken über die Zukunft des britischen Reiches nach dem Krieg und befürworteten die Bildung eines großen Staatenbundes mit einem imperialen Parlament als Bindeglied[39]. Eine Voraussetzung für diese Föderation war eine gewisse Uniformität der Institutionen und eine echte Beteiligung aller Mitglieder. In diesem Zusammenhang tauchte nun auch das Problem der indischen Verfassung auf[40]. Curtis mußte bald erfahren, daß man seine Studien in Indien mißverstand. Es verbreitete sich unter anderem das Gerücht, Indien solle nach dem Krieg nicht mehr eine Kolonie Großbritanniens sein, sondern von allen weißen Staaten des britischen Reiches gemeinsam in einer Art Kondominium verwaltet werden[41]. Er stellte daher schließlich seine Ansichten in Indien zur Diskussion und erläuterte sein System der „Dyarchie", das seiner Meinung nach der nächsten indischen Verfassungsreform zugrunde gelegt werden müsse[42]. Dyarchie bedeute Doppelherrschaft gewählter Minister und ernannter Exekutivräte, die ersten seien einer indischen Legislative und die letzteren der britisch-indischen Regierung und damit schließlich dem britischen Parlament gegenüber verantwortlich[43]. Damit wurde den indischen Politikern deutlich, was man sich unter der Formel der schrittweisen Einführung einer verantwortlichen Regierung im Einzelnen vorzustellen habe, und sie waren von diesen Aussichten keineswegs begeistert. Die Dyarchie mußte man auf jeden Fall umgehen, es blieb also nur die Möglichkeit, auf dem Kongreß-Liga-Plan zu beharren, oder aber die sofortige Einführung autonomer, verantwortlicher

---

[35] V. S. Srinivasa Sastri, The Congress-League Scheme, Allahabad 1917.

[36] His Highness the Aga Khan, India in Transition, London 1918, S. 162 ff.

[37] Sastri, My Master Gokhale, Anhang, S. II.

[38] Lionel Curtis, Papers relating to the application of the priniciple of Dyarchy to the Government of India, London 1920, S. 39.

[39] Ibid., S. 42 ff.

[40] Ibid., S. 51 ff.

[41] Report of the 31st Indian National Congress, Lucknow 1916.

[42] Curtis, op. cit., S. 38—95 Letter to the People of India.

[43] Ibid., S. 357—466.

CC-0. Agamnigam Digital Preseyation Foundation, Chandigarh

Provinzialregierungen zu fordern und damit das Zwischenstadium der Dyarchie zu überspringen.

Auf dem Kongreß des Jahres 1917, der unter dem Vorsitz von Frau BESANT stattfand, kamen diese Probleme zur Sprache. JINNAH warnte eindringlich vor der Dyarchie und wies darauf hin, daß man sich bei dieser Doppelherrschaft dem Richterspruch der Bürokraten unterstelle, die dann allein darüber befinden könnten, ob die gewählten indischen Minister erfolgreich gearbeitet hätten oder nicht[44]. Er ziehe daher allemal den Kongreß-Liga-Plan vor. BIPIN CHANDRA PAL sprach für Bengalen und verlangte die Bildung autonomer verantwortlicher Provinzialregierungen und eine klare Abgrenzung der Zuständigkeit der Zentralregierung. Den Kongreß-Liga-Plan könne man aufgeben, so meinte er, denn er beruhe ja nur auf der Theorie, daß die Inder sich ständig in der Opposition befinden werden[45]. TILAK hielt das für einen schlechten Vorschlag und sagte, man solle lieber an dem Kongreß-Liga-Plan, der auch die Zentralregierung einbeziehe, festhalten, als sich mit der Provinzialautonomie zu begnügen. Er sprach sich dann entschieden gegen LIONEL CURTIS' Vorschläge aus und sagte, daß man ja gar nicht an einem Wandel der Verwaltung und der Exekutive interessiert sei. Die Regierungsmaschinerie sei ihnen gut genug, es käme nur darauf an, die Exekutive durch die Legislative unter indische Kontrolle zu bekommen[46]. C. R. DAS beeilte sich, PAL zu unterstützen und darauf hinzuweisen, daß die Provinzialkonferenz in Bengalen eine Resolution gefaßt hätte, die die Provinzialautonomie fordere[47].

MONTAGU hatte im Winter 1917/18 Indien bereist und eine große Zahl von Politikern und Deputationen interviewt. Er kam dabei zu der Ansicht, daß es in Indien noch an den Konventionen fehle, ohne die die Demokratie keine Standfestigkeit habe und ohne deren Pflege parlamentarische Institutionen eine Vorspiegelung falscher Tatsachen sind[48]. Er sagte in diesem Zusammenhang jedoch nicht, ob er vielleicht Institutionen anderer Art für angemessener hielte. Schließlich legte er seine Reformvorschläge in einem Bericht vor, den er gemeinsam mit dem Vizekönig verfaßte. Bei dem Entwurf des Textes waren MESTON und MARRIS, mit ihrem Freund CURTIS im Hintergrund, behilflich. Dieser Bericht empfahl die Dyarchie und damit die Übertragung bestimmter Regierungsressorts an indische Minister, die gesetzgebenden Versammlungen wurden erweitert, aber durch die Einführung eines zentralen Oberhauses und besonderer Ausschüsse in den Landtagen wollte man sich den Weg offen halten, Gesetze auch dann verabschieden zu können, wenn die Volksvertretungen sich widerspenstig zeigten[49]. Der Kongreß-Liga-Plan wurde prinzipiell abgelehnt[50]. Ein ähnlicher Plan des Vizekönigs hatte recht eigentlich erst das Kriegskabinett dazu angeregt, die Idee der Verantwortlichkeit hervorzuheben[51]. Man berief sich auf LORD DURHAM und LORD BRYCE und wies darauf hin, daß eine echte Volksvertretung, und ein ihr nicht verantwortlicher, von einer anderen Macht eingesetzter Gouverneur, in einen endlosen Konflikt geraten müßten. Ein solcher Zustand könne dann nur zu einem Rückfall in die Autokratie

---

[44] Report of the 32nd Indian National Congress, Kalkutta 1917, S. 96.
[45] Ibid., S. 97.
[46] Ibid., S. 105.
[47] Ibid., S. 108.
[48] E. S. MONTAGU, An Indian Diary, London 1930, S. 136.
[49] Government of India, Report on Indian Constitutional Reforms, 1918, S. 117 ff.
[50] Ibid., S. 102 ff.
[51] Government of India, Despatch of March 5th, 1919, (First Despatch on Indian Constitutional Reforms) S. 78.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

oder zu einer sofortigen Gewährung der völligen Autonomie führen, beides wollte man natürlich vermeiden[52]. Der Bericht setzte sich auch mit der Frage der separaten Wählerschaften für Mohammedaner auseinander. Man beklagte die Existenz dieser separaten Wählerschaften, bedauerte aber, daß man sie nun leider nicht gleich abschaffen könne[53]. Damit wurde das problematische Erbe der MORLEY-MINTO-Reformen in den neuen Plan übernommen. Dieser Entschluß war von großer Tragweite. Im Rahmen des Mintoschen Ständestaates waren diese separaten Wählerschaften durchaus vertretbar, aber in parlamentarischen Institutionen waren sie von unheilvoller Bedeutung. Erst die Kombination der beiden grundsätzlich verschiedenen Reformen ergab die tragische Konstellation, die von nun an die politische Willensbildung in Indien ständig beeinträchtigen sollte. In einem kurzen Satz deutete der Bericht an, daß für die Erhaltung separater Wählerschaften in den mohammedanischen Mehrheitsprovinzen kein Grund bestehe[54]. Damit wurde der andere Teil des Kongreß-Liga-Plans, der sich mit der Verteilung der mohammedanischen Sitze in den Provinzen beschäftigte, praktisch hinfällig, denn der Kompromiß, der diesem Plan zugrunde lag, bestand ja gerade darin, daß den Mohammedanern in allen Provinzen mehr Sitze zugestanden wurden, und sie dafür in den beiden Provinzen, wo sie in der Mehrheit waren, ihre Mehrheitsposition aufgaben. Die Problematik, die später zur Teilung Indiens und zur Schaffung Pakistans führte, war hiermit bereits angedeutet, doch war man sich ihrer noch nicht bewußt.

Die Veröffentlichung des Berichtes rief eine hitzige Debatte in Indien hervor und führte schließlich zu einer neuen Spaltung des Kongresses. Noch vor seiner Abreise hatte MONTAGU einige „gemäßigte" Politiker ins Vertrauen gezogen und sie zur Annahme seiner Vorschläge gebracht[55].

Das Argument war wiederum der bekannte Hinweis, daß dies alles sei, was man zur Zeit durchsetzen könne, und eine Ablehnung bedeuten würde, daß gar kein Fortschritt gemacht werden könne. Die „gemäßigten" Politiker bemühten sich daher darum, den Kongreß vor einer raschen Verdammung der Reformvorschläge zurückzuhalten. Die radikaleren Politiker ließen sich jedoch nur schwer besänftigen. Zwar wurde zuerst eine Kompromißformel gemäßigten Protestes ausgehandelt, aber dann trennten sich die Wege immer rascher[56]. In Bengalen warf der stürmische C. R. DAS dem alten SURENDRANATH BANERJEA vor, daß er plötzlich seine Meinung geändert habe und nach den tapferen Worten, mit denen er gegen Ende des Jahres 1917 noch vor einer Annahme ungenügender Reformvorschläge gewarnt habe, nun auf einmal die unwürdigen Reformpläne des Jahres 1918 gut hieße[57]. Die Rebellion gegen die alten, „gemäßigten" Führer, die bereits im Empfangskomitee des Kongresses von 1917 in Kalkutta stark hervorgetreten war[58], fand nun in der Frage der Reformen einen weit wichtigeren Gegenstand. Diesmal war es den „Gemäßigten" aber nicht möglich, wie vor zehn Jahren den Kongreß auf die Seite der Reformen zu bringen und die „Extremisten" fernzuhalten. Sie verließen daher den Kongreß und gründeten eine liberale Partei[59].

---

[52] Government of India, Report on Constitutional Reforms, 1918, S. 108.
[53] Ibid., S. 147 ff. [54] Ibid., S. 149.
[55] C. R. DAS, Speeches, Kalkutta 1918, S. 243 ff.
[56] Report of the 33rd Indian National Congress, Delhi 1918.
[57] C. R. DAS, Speeches, S. 260 ff.
[58] Ibid., S. 81 ff.
[59] "All India Moderate Conference, Bombay, November 1918," siehe IAR, 1919, I, Supplement S. 47.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Damit erübrigte sich die Kompromißformel des gemäßigten Protestes, und der Kongreß, der im Dezember 1918 in Delhi stattfand, konnte eindeutig zu den Reformvorschlägen Stellung nehmen[60]. Auf der Sondersitzung des Kongresses im Sommer 1918, nach der Veröffentlichung der Reformvorschläge, hatte man im Hinblick auf die Befürchtungen der „Gemäßigten" nur gefordert, daß das Prinzip der Dyarchie auch auf die Zentralregierung angewendet werden solle, und die Dyarchie in den Provinzen nach sechs Jahren in eine völlige Provinzialautonomie mit der Übergabe aller Regierungsabteilungen an indische Minister übergehen solle. In Delhi tat man sich nun in dieser Hinsicht keinen Zwang mehr an und verlangte die sofortige Einführung der Provinzialautonomie, die Verantwortlichkeit sämtlicher Minister den Landtagen gegenüber. Damit war man jedoch ganz von dem Kongreß-Liga-Plan abgekommen, und die Forderung Bengalens nach der Provinzialautonomie, gegen die Tilak sich 1917 noch gewehrt hatte, war zum Programm des Kongresses geworden. Nur die Abmachung über die Verteilung der mohammedanischen Sitze, die ein wichtiger Bestandteil des Kongreß-Liga-Plans war, wurde auch in den neuen Resolutionen weiterhin erwähnt[61].

Srinivasa Sastri und Frau Besant bemühten sich sehr darum, die Krompromißformel des Sonderkongresses aufrechtzuerhalten, aber sie fanden kein Gehör[62]. Hoffnungen und Befürchtungen trieben die Mehrzahl der Kongreßmitglieder voran. Der Krieg war beendet, und Montagus Reformvorschläge waren eine Kriegsmaßnahme. Es konnte daher durchaus sein, daß die Briten nun versuchen würden, sich mit geringeren Zugeständnissen aus der Affäre zu ziehen[63]. Andererseits hoffte man auf die moralische Unterstützung der Amerikaner. Dr. Subramania Iyer hatte einen Brief an Präsident Wilson geschrieben. Man war überzeugt davon, daß Amerika das indische Verlangen nach interner Selbstbestimmung unterstützen werde[64]. Die Bengalen führten das große Wort. C. R. Das und Fazlul Huq griffen die Bürokratie und die „Gemäßigten" an und ließen keinen Zweifel daran, daß sie zu keinerlei Kompromiß mehr bereit seien[65]. Frau Besant, die noch vor einem Jahr für gefährlich „extremistisch" gehalten wurde, mußte nun erleben, daß ihre Bitte um Mäßigung sie von der vorherrschenden politischen Strömung isolierte. Zuvor hatten bereits ihre „gemäßigten" Kollegen ihre Home Rule Liga verlassen. Die radikaleren Gruppen der Home Rule Liga machten ihr Schwierigkeiten und ihrer weiteren politischen Tätigkeit in Indien schienen unüberwindliche Hindernisse entgegenzustehen. Es bestand ursprünglich der Plan, eine Deputation der Home Rule Liga unter ihrer Führung nach London zu senden, aber nach dem Kongreß in Delhi weigerten sich die meisten Liga-Gruppen, Frau Besant dieses Mandat zu erteilen, da man befürchtete, daß diese Deputation der Kongreß-Deputation Konkurrenz machen werde. Schließlich schlugen die Gruppen in Bombay und Madras vor, Frau Besant solle persönlich, aber ohne besonderes Mandat, nach

---

[60] Report of the 33rd Indian National Congress, Delhi 1918.

[61] Ibid., S. 41 ff.

[62] Ibid., S. 71.

[63] Ibid., S. 84.

[64] Ibid., S. 77, Text des Briefes in IAR 1919, Teil II, S. 43, Dr. Sir Subramania Iyer, Landesgerichtspräsident a. D. von Madras, war Ehrenvorsitzender von Frau Besants Home Rule League, der Brief ist vom 24. 6. 1917, Dr. Iyer war einer der Mitbegründer des indischen Nationalkongresses, siehe auch Dr. Subramania Iyer, Speeches and Writings, Madras n. d.

[65] Report of the 33rd Indian National Congress, Delhi 1918, S. 89 f., Fazlul Huq war auch Präsident der Sitzung der Moslem-Liga im Jahre 1918, Text seiner Rede vor der Liga siehe IAR 1919, Teil V, S. 88.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

London gehen. Um dieser Demütigung zu entgehen, gründete Frau BESANT eiligst eine neue Home Rule Liga, die, um sie von der nun von TILAK beherrschten All-India Home Rule League, Bombay, zu unterscheiden, den Namen National Home Rule League erhielt[66]. Inzwischen hatten sich in den ersten Monaten des Jahres 1919 die Ereignisse derartig überstürzt, daß in kurzer Zeit eine völlig veränderte politische Situation entstand. Bereits im April des Jahres 1918 hatte der Richter ROWLATT seinen Bericht über die revolutionären Umtriebe in Indien vor und während des Krieges abgeschlossen und darin empfohlen, die außerordentlichen Befugnisse der britisch-indischen Regierung im Rahmen des Gesetzes zur Verteidigung Indiens nach dem Krieg durch ein neues Gesetz zu sichern, da es sonst fraglich wäre, ob die Regierung der zu erwartenden Unruhe Herr werden könne. ROWLATT wies vor allem auf die gefährliche Lage im Panjab hin, wo nach dem Krieg Scharen entlassener Soldaten einen guten Ansatzpunkt für aufrührerische Bewegungen bieten dürften[67]. Im Anschluß an diese Vorschläge entwarf ROWLATT ein Gesetz, das zu Beginn des Jahres 1919 der zentralen gesetzgebenden Versammlung vorgelegt und dort von allen gewählten Abgeordneten einmütig verdammt wurde[68]. Die britisch-indische Regierung war jedoch fest entschlossen, diese Maßnahme durchzusetzen und ließ sich allenfalls dazu bewegen, das Gesetz als eine Notstandsmaßnahme in seiner Gültigkeit auf drei Jahre zu beschränken. Eine Welle der Entrüstung eilte durch ganz Indien.

Protestversammlungen wurden überall abgehalten. Besonders im Panjab löste das Gesetz die Unruhe aus, zu deren Verhütung und Bekämpfung man es eigentlich konzipiert hatte[69]. Noch während das ROWLATT-Gesetz in der zentralen Versammlung hart umkämpft wurde, hatte die britisch-indische Regierung ihre erste offizielle Stellungnahme zu den Reformvorschlägen veröffentlicht[70]. Diese Stellungnahme wich in mehreren wichtigen Punkten von den Vorschlägen ab, die MONTAGU gemeinsam mit dem Vizekönig LORD CHELMSFORD unterzeichnet hatte. Bei der Ausarbeitung der Einzelheiten und der Diskussion des Problems der Dyarchie mit den Provinzialregierungen war man dazu gekommen, die Abteilungen, die man gewählten indischen Ministern übertragen wollte, viel stärker in finanzieller und verwaltungstechnischer Hinsicht abzukapseln, als dies zunächst vorgesehen war. Fünf der sieben Provinzialgouverneure hatten ein einheitliches Regierungssystem vorgeschlagen, wobei der Exekutivrat zu gleichen Teilen aus gewählten indischen und ernannten britischen Mitgliedern bestehen sollte, die Verteilung der Zuständigkeitsbereiche konnte der Gouverneur dann nach eigenem Ermessen regeln[71]. Die Zentralregierung beschloß jedoch, der Meinung der Mehrheit der Gouverneure keine Beachtung zu schenken und das Prinzip der Dyarchie rigoros anzuwenden und nicht nur die Abteilungen, sondern auch die Finanzen der den Indern zu übertragenden Ressorts klar von den Zuständigkeitsgebieten der britisch-indischen Verwaltung zu trennen[72]. Man berief sich dabei auf das der Dyarchie

---

[66] ANNIE BESANT, National Home Rule League-Why founded and how? Madras 1919.

[67] Government of India, Sedition Committee Report, S. 181 ff. Das Sedition Committee bestand aus Justice ROWLATT, SIR BASIL SCOTT, C. V. KUMARASWAMI, SIR VERNEY LOVETT, P. C. MITTER.

[68] Zusammenfassung der Debatten in der gesetzgebenden Versammlung siehe H. N. MITRA (ed.) Punjab Unrest-Before and After, Kalkutta 1921, Teil II, S. 1 ff.

[69] Ibid., Teil II, S. 114, Teil I, S. 33 ff.

[70] Government of India, Despatch of March 5th, 1919.

[71] Ibid., S. 8 ff.

[72] Ibid., S. 13, 38—39.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

zugrunde liegende Prinzip, klare Verantwortungsbereiche zu schaffen, in denen die Macht der Landtage und die Fähigkeiten der indischen Minister eindeutig geprüft werden können[73]. Theoretisch war dieses Argument sehr überzeugend, doch praktisch bedeutete es, daß die indischen Minister, mit dem kümmerlichen Rest des Staatshaushaltes ausgerüstet, in eine Ecke gedrängt wurden und, von Gouverneur und Landtag zugleich bedrängt, ein unwürdiges Dasein fristen mußten[74].

Die Aufregung über das ROWLATT-Gesetz verhinderte aber zunächst eine Diskussion dieser neuen Verfassungsnot. Die Aufmerksamkeit war jetzt ganz auf das notorische Gesetz gerichtet, und eine neue Führergestalt trat in den Mittelpunkt des Interesses. MAHATMA GANDHI rief zum *Satyagraha* auf, wie er seine Methode des passiven Widerstandes nannte, und überall in Indien wandte man sich dieser neuen Art der Agitation begeistert zu[75]. Gandhi war in den Kreisen der nationalen Bewegung bisher nur als Verteidiger der Rechte der Inder in Südafrika bekannt geworden und hatte in dieser Eigenschaft mehrmals zu Resolutionen im Kongreß gesprochen[76]. Im Jahre 1911 bestand einmal die Absicht, ihn zum Kongreßpräsidenten zu wählen[77], aber dieser Plan, und ebenso seine Übernahme der Präsidentschaft der „Servants of India Society" als Nachfolger GOKHALES scheiterte daran, daß die „Gemäßigten" GANDHI für einen „Extremisten" hielten, obwohl er sich nicht recht in das Schema der Parteiungen in Indien einordnen ließ[78]. Sein Manifest *„Hind Swaraj"*, das er im Jahre 1908 veröffentlicht hatte, ging in seiner radikalen Ablehnung des westlichen Zivilisationseinflusses noch über die Äußerungen vieler „Extremisten" hinaus[79]. Andererseits ließ ihn seine Lehre der Gewaltlosigkeit wiederum recht „gemäßigt" erscheinen. Seine Erfolge in Südafrika wurden von den indischen Politikern einmütig bewundert[80]. Aber er hatte in Indien selbst wenig Bindungen und Kontakte und daher auch keinen Einfluß auf die politische Willensbildung.

Die Entwicklung der politischen Erfahrung GANDHIS verlief völlig anders als bei den meisten indischen Politikern. Er gehörte weder zu einer Region, die im Brennpunkt des politischen Erwachens stand, noch war er seiner Herkunft nach ein Mitglied einer exponierten oder einer dominanten Minderheit. Seine Kaste war die der *Gujarati Banias*, und sein Vater war Minister in einem kleinen Fürstenstaat an der Westküste Indiens. Er war von Hause aus ein frommer *Vaishnava* und wuchs so in die Traditionen einer Volksreligion hinein, die in Indien am weitesten verbreitet ist. Die

[73] Government of India, Despatch of March 5th 1919, S. 15, siehe auch CURTIS, Dyarchy, S. 108, 401.

[74] Siehe hierzu Indian Statutory Commission (Simon) Report, Kalkutta 1930, Vol. I, S. 203, 211.

[75] MITRA, Punjab Unrest, S. 33 ff.

[76] Siehe z. B. Report of the 31st Indian National Congress, Lucknow 1916, S. 62 ff. GANDHI on Indentured Labour.

[77] GANDHI war vom Kongreßkomitte in Kalkutta vorgeschlagen worden, nachdem RAMSAY MACDONALD, der zuerst als Präsident vorgesehen war, nicht kommen konnte. Ein Telegramm war bereits nach Natal abgesandt worden, aber die "Gemäßigten" machten die Einladung rückgängig, siehe hierzu Gokhale Papers, GOKHALE an GANDHI, 3. 11. 1911, KRISHNASWAMI IYER an GOKHALE, 3. 10. 1911, CHINTAMANI an GOKHALE, 24. 10. 1911.

[78] Servants of India Society, Poona, gegründet von GOKHALE 1905 als eine Gesellschaft politisch-sozialer Missionare, nach GOKHALES Tod übernahm V. S. SRINIVASA SASTRI den Vorsitz; über GANDHIS Aufnahme siehe M. K. GANDHI, An Autobiography — The Story of My Experiments with Truth, Boston 1957, S. 385—386.

[79] M. K. GANDHI, *Hind Swaraj*, S. 54 ff.

[80] Report of the 31st Indian National Congress, Lucknow 1916.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Banias sind eine Händlerkaste, zäh, klug und berechnend, zuvorkommend und frei von dem Überlegenheitsgefühl der Brahmanen. Ihr Händlertum hatte sie in alle Provinzen Indiens und auch nach Afrika geführt. Gujarat selbst diente ihnen nur als Ausgangsbasis. Die Struktur dieser Region war durch die vielen kleinen Fürstenstaaten und dazwischen eingestreuten britisch-indischen Verwaltungsgebiete für eine einheitliche regionale Willensbildung denkbar ungeeignet, und so hatte diese Region bisher politisch noch kein Aufsehen erregt[81]. Wohl aber gab es in der Stadt Bombay eine stattliche und einflußreiche Schar wohlhabender *Gujarati*-Kaufleute. Hier begann GANDHI seine Anwaltspraxis, als er als junger Rechtsanwalt aus England zurückkehrte. Er hatte nicht viel Erfolg und nahm das Angebot eines mohammedanischen Kaufmannes an, der ihn in Angelegenheiten seiner Firma nach Südafrika sandte, und dort verbrachte GANDHI dann die entscheidende Zeit seines Lebens, vom 24. bis zum 46. Lebensjahr. Es gab damals in Südafrika kaum einen westlich gebildeten Inder, und GANDHI wurde daher, ob er es wollte oder nicht, zum Wortführer der indischen Kolonie[82]. Diese Kolonie bestand im wesentlichen aus zwei völlig verschiedenen Elementen, den indischen Händlern, zumeist *Gujaratis*, viele recht wohlhabend, und den Kontraktarbeitern, zumeist *Tamilen*, die als billige und fleißige Arbeitskräfte scharenweise importiert worden waren[83]. Natürlich hatten diese beiden Elemente zunächst kaum gemeinsame Interessen, und erst unter dem Druck diskriminierender Gesetze und unter der Führung GANDHIS kam es zu einem Zusammenwirken dieser verschiedenen Schichten[84]. Es war daher weder eine exponierte noch gar eine dominante, sondern eine unterdrückte Minderheit, zu der GANDHI in dieser seiner Wahlheimat gehörte, und die ihn zu einer politischen Willensleistung anspornte, die weder ein angestammter Führungsanspruch, noch ein klug wahrgenommenes Wortführertum in dieser Intensität und Eigenart hervorgerufen hätte. Es gelang ihm, den indischen Händlern und Arbeitern Mut und Selbstvertrauen einzuflößen und sie zu disziplinierten Kampagnen des passiven Widerstandes zusammenzufassen. Dabei wußte er immer die Punkte des Konfliktes so zu wählen, daß das Recht der Minderheit und das Unrecht der Regierung klar demonstriert wurde[85]. Er konnte auf diese Weise die Regierung zu manchen Zugeständnissen zwingen und eine weitere Öffentlichkeit an dem Los der Inder in Südafrika interessieren. Im Jahre 1912 besuchte GOKHALE Südafrika, kurze Zeit darauf setzte sich sogar der Vizekönig LORD HARDINGE im Namen der britisch-indischen Regierung für die indische Minderheit in Südafrika ein[86].

Im Jahre 1915 verließ GANDHI Südafrika und reiste zunächst auf das Geheiß GOKHALES ein Jahr in Indien herum, um die politischen Probleme des Landes zu studieren, ohne sich publizistisch zu äußern. Dies war eine Pflicht, die GOKHALE für ge-

---

[81] Ein großer Teil Gujarats gehörte zu dem Staat Baroda des *Gaekwad*, eines Mahrattafürsten, die kleineren Fürstenstaaten von Sauraschtra lagen hauptsächlich auf der Halbinsel Kathiawar im Westen der Region, nur der mittlere Teil um Ahmedabad gehörte zum britischen Verwaltungsgebiet (Bombay Presidency) siehe auch GANDHI, An Autobiography, S. 1 f.

[82] GANDHI, An Autobiography, S. 102 f.

[83] Siehe hierzu Report of the 31st Indian National Congress, Lucknow 1916, Gandhi on Indentured Labour.

[84] GANDHI, An Autobiography, S. 274 ff.; siehe auch P. J. MEHTA, M. K. Gandhi and the South-African Indian Problem, Madras 1950.

[85] GANDHI, An Autobiography, S. 157; siehe auch W. K. HANCOCK, Smuts, Vol. I, London 1962.

[86] B. R. NANDA, Mahatma Gandhi, London 1958, S. 116—117.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

wöhnlich den Anwärtern der Servants of India Society auferlegte[87]. Da er nach GOKHALES Tod nicht in die Servants of India Society aufgenommen wurde, gründete er einen *Ashram*, ein Heim der religiösen Meditation. Im Jahre 1917 trat er zum erstenmal in Indien durch die Organisation und Verteidigung der Rechte der Indigo-Bauern in Champaran, Bihar, hervor. Der Indigoanbau war in diesen Gegenden in einem besonderen Pachtvertragssystem von britischen Pflanzern betrieben worden. Seit der Erfindung synthetischer Farbstoffe war der Indigoanbau ständig zurückgegangen, und die Pflanzer hatten ihre Pächter von der Pflicht, Indigo anzubauen, nach und nach entbunden, sich aber dafür durch höhere Pachtgelder und illegale Abgaben schadlos gehalten. Die Pächter zahlten zunächst diese erhöhten Pachtgelder, da sie froh waren, den unrentablen und lästigen Indigoanbau loszuwerden. Bald aber artete diese geldliche Ablösung eines eingehenden Wirtschaftszweiges in eine reine Erpressung aus[88]. Zum Kongreß von 1916 waren Pächter gekommen, die ihr Leid klagten, und GANDHI wurde von ihnen eingeladen, sich an Ort und Stelle über den Stand der Dinge zu informieren, da er sich geweigert hatte, eine Resolution der Pächter auf dem Kongreß vorzubringen, weil er von der Sache nichts verstand[89]. GANDHI folgte dieser Einladung, nahm in geduldiger Kleinarbeit Tausende von Zeugenaussagen auf und geriet mit der britischen Verwaltung des Regierungsbezirkes und den britischen Pflanzerverbänden hart aneinander. Der zuständige britische Regierungsbeamte wollte ihn aus dem Bezirk ausweisen, aber GANDHI fügte sich diesem Befehl nicht. Er war fest entschlossen, seine Arbeit fortzusetzen und sich auch ins Gefängnis stecken zu lassen, doch die Regierung scheute vor diesem Schritt zurück. Etliche Rechtsanwälte Bihars schlossen sich der Untersuchung an. DR. RAJENDRA PRASAD aus Patna, der spätere Staatspräsident des unabhängigen Indiens, war GANDHIS eifrigster Mitarbeiter in Champaran. Der Gouverneur der Provinz Bihar konnte schließlich nicht umhin, sich für diese Frage zu interessieren, und es wurde eine offizielle Untersuchungskommission eingesetzt, in die man auch GANDHI aufnahm. Das Resultat dieser Bemühungen war die Verabschiedung eines Gesetzes, das den Erpressungen ein Ende bereitete[90]. GANDHI machte mit dieser Aktion einen großen Eindruck in Indien und vor allem in Bihar. Die Politiker dieser Provinz, die zum Teil selbst erst durch die Aktion in Champaran politisch tätig geworden waren, gehörten künftig zu GANDHIS zuverlässigsten Gefolgsleuten[91]. Im Jahre 1918 zeichnete sich GANDHI durch zwei Aktionen ähnlicher Art in seiner Heimatprovinz Gujarat aus[92]. Sein Ruf als praktischer Politiker eilte ihm daher voraus, und man nahm seine Vorschläge dankbar an, als es darum ging, gegen das ROWLATT-Gesetz zu protestieren. Bisher hatte GANDHI jedoch im wesentlichen auf seine Erfahrungen in Südafrika zurückgreifen können. Hatte er es dort mit einer unterdrückten Minderheit zu tun, so waren die Bauern von Champaran schließlich auch in einer ähnlichen Lage. *Satyagraha*, das „Festhalten an der Wahrheit", die Seelenstärke, die der Wille zum Leiden mit sich bringt, war in politischer Hinsicht im we-

[87] GANDHI, An Autobiography, S. 383.

[88] RAJENDRA PRASAD, Satyagraha in Champaran, Madras 1928, S. 14—109.

[89] Ibid., S. 129, siehe auch Report of the 31st Indian National Congress, Lucknow 1916.

[90] PRASAD, Satyagraha in Champaran, S. 161 ff.

[91] RAJENDRA PRASAD, Mahatma Gandhi and Bihar, Bombay 1949, S. 2 ff.

[92] GANDHI, An Autobiography, S. 426 f. und S. 434 f. GANDHI organisierte einen Streik der Textilarbeiter in Ahmedabad und erreichte in Verhandlungen mit den Fabrikanten eine Verbesserung der Lage. Dann organisierte er die Bauern von Kheda, die wegen schlechter Ernten einen Steuererlaß forderten.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

sentlichen eine Strategie zur Verteidigung der Rechte einer Minderheit. In der strategischen Rechnung waren der äußere Druck und die innere Widerstandskraft Faktoren, die sich ergänzten. War der Druck pointiert und klar definierbar, so ließen sich auch die Widerstandskräfte eindeutiger mobilisieren. Ein *Satyagraha,* das ganz Indien umfassen sollte, selbst wenn es sich um einen Protest gegen bestimmte Gesetze handelte, war aber strategisch äußerst problematisch, wie GANDHI nur zu bald erfahren sollte.

GANDHI hatte sich während des Krieges als loyaler Bürger des britischen Reiches um die Anwerbung von Freiwilligen für das britische Heer bemüht[93]. Das ungeheure Mißtrauen, das aus dem ROWLATT-Gesetz sprach, mußte ihn daher um so mehr befremden. Warum sollten Inder Seite an Seite mit den Briten für den Sieg der Alliierten kämpfen, wenn man ihnen doch nicht über den Weg traute? GANDHI dachte sofort daran, eine Schar von *Satyagrahis* anzuwerben, die sich verpflichten würden, planmäßig das Rowlatt-Gesetz zu übertreten, sobald es rechtskräftig würde. Nur ergab sich dabei die Schwierigkeit, daß das Rowlatt-Gesetz an sich nicht übertreten werden konnte, da es nicht eigentlich ein Strafgesetz war, sondern nur eine rücksichtslose Verkürzung des Strafprozesses vorsah. GANDHI kam daher schließlich auf die Idee, als Protestdemonstration überall in Indien einen *Hartal,* eine Art Generalstreik auszurufen. GANDHI war sich zunächst nicht dessen sicher, ob alle Provinzen Indiens für diesen Vorschlag zu gewinnen wären, aber auf Madras, Bombay, Bihar und Sindh, so glaubte er, könne er vertrauen[94]. Es war ihm also schon zu diesem Zeitpunkt klar, welche Regionen als Stützpunkte für seine Politik in Frage kamen. Überraschend meldete sich jedoch zuerst Delhi und die angrenzende Provinz Panjab zum Wort. In Delhi wurde der *Hartal* bereits verfrüht am 30. März gehalten[95]. Dort war SWAMI SHRADDHANAND, alias MAHATMA MUNSHI RAM, für die Organisation des *Hartal* verantwortlich. SHRADDHANAND war ein riesiger, respekteinflößender Mann, der unter den Hindus des Panjab großes Ansehen genoß. Er hatte sich als Führer des *Arya Samaj* auch dem Kongreß angeschlossen, aber war lange nicht politisch tätig gewesen[96]. Als er GANDHIS Aufforderung zum *Satyagraha* las, war er sofort bereit, sich dazu zu verpflichten. Als Zweig der von GANDHI in Bombay gegründeten *Satyagraha Sabha* wurde eine solche *Sabha* auch in Delhi unter dem Vorsitz des bekannten mohammedanischen Arztes DR. ANSARI gegründet. Die Zusammenarbeit des *Arya Samaj* mit den Mohammedanern in dieser Agitation wurde begeistert aufgenommen[97]. SHRADDHANAND reiste nach Bombay und hielt eine Reihe aufsehenerregender Reden. Der Vizekönig LORD CHELMSFORD telegrafierte nach London, da die Zusammenarbeit von GANDHI und SHRADDHANAND ihn alarmierte. SHRADDHANAND betrachtete die Agitation gegen die ROWLATT-Gesetze als einen religiösen Kampf *(Dharmik Yuddha)*[98]. Sobald er wieder in Delhi war, brachte er Massenversammlungen zustande und verkündete, daß der 30. März der Tag des *Hartal* sein solle. GANDHI hatte inzwischen den *Hartal* auf den 6. April vertagt, aber die Nachricht darüber erreichte Delhi zu spät. Am 30. März blieben in Delhi die meisten Läden als Zeichen des Protestes geschlossen und große Menschenmengen strömten

---

[93] GANDHI, An Autobiography, S. 444 ff.
[94] Ibid., S. 459—460.
[95] Ibid., S. 461, siehe auch MITRA, Punjab Unrest, S. 51 f.
[96] Siehe hierzu SWAMI SHRADDHANAND, Inside Congress, Bombay 1946, S. 21 f.
[97] MITRA, Punjab Unrest, S. 54 f.
[98] SHRADDHANAND, op. cit., S. 50 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

durch die Straßen. An einer Stelle wurde die Menge von britischen Soldaten beschossen. Am nächsten Tag wurde die Leiche eines Mohammedaners, der erschossen worden war, in großer Prozession durch die Stadt getragen. Am folgenden Freitag, dem mohammedanischen Feiertag, wurde SHRADDHANAND sogar von den Mohammedanern eingeladen, in der *Jamma Masjid*, der großen Moschee von Delhi, zu sprechen. SHRADDHANAND lud GANDHI ein, nach Delhi zu kommen, doch GANDHI wurde unterwegs verhaftet und nach Bombay zurückgesandt[99].

In Delhi war es SHRADDHANAND möglich, die Massen in der Hand zu behalten, und trotz verschiedener Versuche von Provokateuren, die, wie SHRADDHANAND vermutete, von der britischen Geheimpolizei ausgesandt worden waren, kam es zu keinen Gewalttätigkeiten, die der Regierung einen Grund zum militärischen Eingreifen geliefert hätten[100]. Die Agitation hatte sich aber auch nach Lahore und Amritsar verbreitet, und dort hatte die Regierung zwei führende Politiker, DR. KITCHLEW und DR. SATYAPAL, deportieren lassen. Die erregte Menge war daher führerlos. Die Unzufriedenheit in diesen Zentren des Panjab bestand schon seit einiger Zeit[101]. Amritsar war eine Stadt der Großhändler, die in den letzten Monaten unter Preisschwankungen und anderen Erscheinungen der Wirtschaft gegen Kriegsende betroffen worden waren. Diese Händler hatten Verbindungen zu den *Marwaris* von Kalkutta, Bombay und Delhi, die in den vergangenen zwei Jahren große Sympathie für politische Agitationen gezeigt hatten. Die bevorstehende Kongreßsitzung im Panjab hatte das örtliche Kongreßkomitee, das erst seit 1917 bestand, wieder belebt. Es kam hinzu, daß erst im Januar 1919 die Stadtverordnetenwahlen in Amritsar abgehalten worden waren, und die Kandidaten hatten zu diesem Zweck regelrechte Banden organisiert, die auf die eine oder andere Weise „Wahlhilfe" leisteten, wie das oft bei solchen Wahlen in Indien der Fall war[102]. Es bestand also eine allgemeine Unruhe und eine grobe Struktur politischen Lebens, aber kaum eine aktive politische Führerschicht, und die beiden eifrigsten Politiker deportierte man. Der Gouverneur des Panjab, SIR MICHAEL O'DWYER, war ein impulsiver, autokratischer Mann, der durch seine durchgreifenden Rekrutierungsmethoden während des Krieges viele Truppen aus dem Panjab gepreßt hatte. Er faßte GANDHIS Ankündigung des *Hartal* als persönliche Herausforderung auf und verbot GANDHI den Eintritt in die Provinz. Er war für die Verhaftung und Ausweisung GANDHIS verantwortlich[103]. Der erste *Hartal*, der hier wie in Delhi bereits am 30. März abgehalten wurde, war überraschend erfolgreich in Amritsar, auch der zweite, am 6. April, verlief ohne Zwischenfälle, und fast alle Läden blieben geschlossen. Trauerprozessionen wurden gebildet, die nach Art der Totenklage mit dem Ruf *„Rowlatt Bill hai hai"* durch die Stadt zogen. Die einzelnen Bestimmungen des Rowlatt-Gesetzes waren nicht bekannt, aber man hatte die Quintessenz des Gesetzes in dem Spruch *„Na Dalil, Na Appeal, Na Vakil"* (Kein Gerichtsverfahren, keine Berufung, kein Verteidiger) zusammengefaßt[104]. Die Bauernbevölkerung beteiligte sich kaum an den Unruhen, nur in einigen Kanalkoloniesiedlungen wurde die Agitation begeistert aufge-

[99] SHRADDHANAND, op. cit., S. 68 ff.

[100] Ibid., S. 74 ff.

[101] Siehe hierzu Parliamentary Papers, Session 1920, Vol. XIV, 53, Punjab Disturbances, District Reports, S. 1 ff.

[102] Ibid., Amritsar Report.

[103] PEARAY MOHAN, An Imaginary Rebellion and how it was suppressed, Lahore 1920, S. 44 ff.

[104] Parliamentary Papers, Punjab Disturbances, Gujranwala Report.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

nommen, da die Siedler dort beweglicher waren und aufgrund ihrer Umsiedlung nicht eigentlich in Gemeindeverbänden alter Art lebten[105]. Im wesentlichen beschränkte sich die Agitation jedoch auf Lahore und Amritsar und auf die Kreisstädte, vor allem Gujranwala[106].

In Amritsar nahmen die Unruhen erst am 10. April, dem Tag der Deportation von Dr. Kitchlew und Dr. Satyapal einen gewalttätigen Charakter an. Eine Menschenmenge wollte zum Haus des britischen Verwaltungskommissars vorstoßen und wurde auf dem Weg beschossen. Die wütende Menge strömte dann in die Stadt zurück, die britischen Banken wurden angegriffen und einige britische Bankbeamte ermordet[107]. Die zivile Verwaltung wurde nun durch Militärverwaltung ersetzt, und am 13. April nützte der General Dyer die Gelegenheit aus, ein Exempel zu statuieren und ließ eine Menschenmenge im *Jallianwala Bagh*, einem großen, ringsum von Häusern und Mauern umgebenen Platz, zu dem es nur wenige Zugänge gab, solange beschießen, bis nahezu 600 Menschen seiner Füsilade zum Opfer gefallen waren[108]. Am nächsten Tag, als die Schreckensnachricht Gujranwala erreichte, kam es dort zu Unruhen, und die Menge griff den Bahnhof und das Postamt an. Daraufhin wurde die Stadt von Flugzeugen bombardiert und Menschenansammlungen mit Maschinengewehren beschossen[109]. In den folgenden Tagen wurden viele Demonstranten vor Kriegsgerichte gestellt und summarisch verurteilt. Öffentliche Auspeitschungen und eine allgemeine Schikanierung der Zivilbevölkerung waren an der Tagesordnung[110].

Die Regierung des Panjab verteidigte dieses Terrorregime mit dem Hinweis, daß es sich hier nicht um vereinzelte Unruhen, sondern um eine planmäßige Rebellion gehandelt habe, die man nur mit drastischen Mitteln unterdrücken konnte. Alle späteren Untersuchungen zeigten jedoch, daß es nur sporadische, völlig unorganisierte Ausbrüche gewesen waren, die erst durch die Schießereien der Regierung mehr und mehr in Gewalttätigkeiten ausarteten[111]. Montagu gab eine offizielle Erklärung ab, in der er Dyer tadelte und sich von O'Dwyers Maßnahmen distanzierte, und er berief sich dabei auf die offizielle Untersuchungskommission unter dem Vorsitz von Lord Hunter[112]. Der Kongreß bildete seinerseits eine Kommission[113]. Doch auf eine deutliche Geste der Mißbilligung dessen, was im Panjab geschehen war, wartete man in Indien vergeblich.

In Bombay, Ahmedabad und Kalkutta und einigen anderen Städten kam es auch zu Unruhen bei den Demonstrationen gegen das Rowlatt-Gesetz, doch gab es keine weiteren ernsthaften Zwischenfälle[114]. Das politische Leben schien zunächst wieder in seinen alten Bahnen zu verlaufen, und man hörte nichts mehr von *Hartal* und *Satya-*

---

[105] Parliamentary Papers, Punjab Disturbances, Sheikupura Report.
[106] Ibid., Gujranwala Report.
[107] Ibid., Amritsar Report.
[108] Pearay Mohan, An Imaginary Rebellion, S. 127 ff.
[109] Parliamentary Papers, Punjab Disturbances, Gujranwala Report.
[110] Pearay Mohan, An Imaginary Rebellion, Anhang, S. 81 ff. Judgements of the Martial Law Commission.
[111] M. K. Gandhi et al., Congress Punjab Inquiry, Bombay 1920.
[112] Mitra, Punjab Unrest, Appendix S. 147 f. und S. 153 f.
[113] M. K. Gandhi et. al., The Congress Punjab Inquiry; diese Kommission bestand aus Motilal Nehru und M. M. Malaviya (ex. officio) und aus den folgenden aktiven Mitgliedern: M. K. Gandhi, C. R. Das, Abbas Tayabji, M. R. Jayakar.
[114] Mitra, Punjab Unrest, S. 95 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

graha. Für einige Zeit wandte sich das Interesse wieder den bevorstehenden Verfassungsreformen zu. Eine Kongreßdeputation war zu den Verhandlungen des Parlamentskomitees, das die endgültige Form des Verfassungsgesetzes bestimmen sollte, nach England gefahren. Die Vorschläge der britisch-indischen Regierung vom 5. März 1919 waren nicht sehr ermutigend, und es hing nun alles von den Empfehlungen des Parlamentskomitees ab. MONTAGU gehörte diesem Komitee auch an und war daher in der Lage, die Meinungsbildung des Komitees durch die Art und Weise der Befragung der verschiedenen Deputationen zu beeinflussen. Die britisch-indische Regierung hatte SIR JAMES MESTON nach England entsandt, um ihren Standpunkt vor dem Komitee zu vertreten[115]. Auch LIONEL CURTIS wurde von dem Komitee vernommen, und MONTAGU mußte seine Pläne gegen MESTON und CURTIS verteidigen[116]. MONTAGU setzte sich für eine Zusammenarbeit der ernannten britischen und der gewählten indischen Minister im Rahmen der neuen Verfassung ein, um auf diese Weise dem Ideal der Provinzialautonomie bereits etwas näher zu kommen. In gewisser Hinsicht stimmten seine Ansichten mit denen der fünf Gouverneure überein, deren Vorschläge die britisch-indische Regierung verworfen hatte. MESTON und CURTIS verteidigten, wie dies zu erwarten war, das Prinzip der reinen Dyarchie mit völlig getrennten Zuständigkeitsbereichen und getrennten Finanzen[117]. Im Laufe der erregten Debatten sagte MONTAGU zu CURTIS, daß CURTIS wohl denke, daß die Reformen zwar auf einem richtigen Grundsatz beruhen, daß aber MONTAGU und der Vizekönig in ihren Vorschlägen von diesem Grundsatz abgewichen seien. CURTIS, so meinte MONTAGU, hätte es wohl lieber gesehen, wenn man um des Grundsatzes willen die Meinung derer, die nach der neuen Verfassung arbeiten sollen, vernachlässige[118]. MESTONS Einwände konnte MONTAGU jedoch nicht so leicht abtun, da MESTON im Namen der britisch-indischen Regierung sprach. Seine Vernehmung durch das Komitee nahm eine geraume Zeit in Anspruch, und aus seinen Aussagen ging hervor, daß die britisch-indische Regierung aufgrund der Erfahrungen mit den ROWLATT-Gesetzen noch weniger willens war als je zuvor, die Kompetenzen der gesetzgebenden Versammlung zu erweitern. Den Vorschlag, daß Gesetze, die von der britisch-indischen Regierung für notwendig gehalten werden, vom Vizekönig auch gegen den Willen der gesetzgebenden Versammlung erlassen werden könnten, betrachtete man in den Kreisen der britisch-indischen Regierung mit einiger Skepsis. Eine solche Regelung mußte alle auftretenden Konflikte nur noch mehr verschärfen. Ebenso war man gegen den Vorschlag, der gesetzgebenden Versammlung das Recht zu geben, über den Haushaltsplan abzustimmen. Man wollte den Indern wohl einen gewissen Einfluß, auf keinen Fall aber eine Kontrolle wesentlicher Regierungsfunktionen zugestehen[119]. Die britisch-indische Regierung tendierte dazu, die Vollmachten, die das britische Parlament und der Staatssekretär für Indien aufgaben, nun nicht an die indischen Legislaturen weiterzuleiten, sondern für die britisch-indische Exekutive zu monopolisieren[120]. Das Parlamentskomitee war be-

---

[115] Joint Select Committee Report on the Government of India Bill, 1919, Vol. II, Evidence, S. 544 ff.

[116] Ibid., S. 501.

[117] Ibid., S. 504.

[118] Ibid., S. 534.

[119] Ibid., S. 544 ff.

[120] Siehe hierzu SIR SANKARAN NAIRS „Minute of Dissent" in Government of India, Despatch of March 5th, 1919, S. 87.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

müht, diesen Bestrebungen entgegenzuwirken, aber nur in wenigen Punkten war es möglich, durch die Empfehlungen des Komitees die Vorschläge der britisch-indischen Regierung zu korrigieren.

Neben den Fragen der Dyarchie, der Finanzen und der Rechte der indischen Legislaturen spielte vor allem die Frage des Wahlrechtes wieder eine große Rolle. Eine Spezialkommission unter dem Vorsitz von LORD SOUTHBOROUGH hatte die Unterlagen für die Festlegung des Wahlrechts und der Wählerschaften erarbeitet. Man entschloß sich zu einer gewissen Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten, aber die Zahlen der Wahlberechtigten in den einzelnen Provinzen zeigten nur zu deutlich, wie eng beschränkt der Kreis der Wahlberechtigten auch unter der neuen Verfassung blieb[121]:

Provinz	Zahl der Wahlberechtigten für Landtag	Zentral gesetzg. Versammlung	Staatsrat (Oberhaus)
Madras	1 248 156	260 480	2 290
Bombay	548 293	129 294	2 676
Bengalen	1 019 909	184 266	2 226
Vereinte Prov.	1 347 922	167 965	2 912
Panjab	505 361	53 015	1 910
Bihar und Orissa	320 304	65 992	1 666
Central-Prov.	144 737	24 469	919
Assam	202 561	17 799	287

In einigen Gebieten kamen die Bauern und Pächter durch die Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten zum erstenmal politisch zum Zuge, und daran knüpften sich manche Befürchtungen der bisher vorherrschenden politischen Gruppen[122]. Auch die Industriearbeiterschaft wurde auf den Druck der britischen Labour Party bei der Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten berücksichtigt, doch entstand hierbei das Problem, wie man eigentlich im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten Arbeiterwählerschaften bilden könne. In Bengalen griff man auf die Personallisten der Arbeitgeber zurück. In Bombay bemühte man sich um eine allgemeine Abgrenzung aufgrund von Lohnstatistiken[123]. Verglichen mit den Wählerschaften der MORLEY-MINTO-Verfassung schuf die neue Reform eine veränderte politische Lage im Rahmen der von der britischen Kolonialmacht konstruierten politischen Gesellschaft. Aber dieser Strukturwandel machte sich doch nur langsam und dann auch nur in einzelnen Regionen deutlich bemerkbar. Einige alte Strukturelemente hatte man in die neue Verfassung eingebaut, obwohl sie dadurch in einen völlig anderen Zusammenhang gerieten. So wurden die separaten Wählerschaften für Mohammedaner beibehalten, und die Zahlenangaben des Kongreß-Liga-Plans von 1916 wurden den Empfehlungen der SOUTHBOROUGH-Kommission und damit schließlich der neuen Verfassung zugrunde gelegt. Es ergab sich jedoch daraus eine offensichtliche Benachteiligung der mohammedanischen Mehrheit in Bengalen, und die britisch-indische Regierung erhöhte von sich aus die Zahl der den Mohammedanern zu gewährenden Sitze im bengalischen Landtag von 34 auf 44[124].

[121] HDP, Franchise, November 1920, Nr. 100—121.
[122] RNN, Bengalen 1920, „*Rayat*", 20. 12. 1919.
[123] Government of India, Reforms Office Proceedings, Juli 1920, Nr. 121—133.
[124] Government of India, Despatch of April 23, 1919, zitiert in IAR 1919, Teil III, S. 112.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Diese Entscheidung wurde in den kommenden Jahren für die politische Willensbildung in Indien von großer Wichtigkeit.

Nach langen Debatten wurden die Verfassungsreformen schließlich im Dezember 1919 vom Parlament verabschiedet, und der indische Nationalkongreß, der sich am 27. Dezember unter dem Vorsitz von PANDIT MOTILAL NEHRU in Amritsar versammelte, konnte sich mit der neuen Verfassung auseinandersetzen[125]. Die Ansprache des Präsidenten und die Diskussionen des Kongresses waren zwar überschattet von den Erinnerungen an das Terrorregime im Panjab, und der Kongreß faßte einen Beschluß, der die Abberufung des Vizekönigs, LORD CHELMSFORD, wegen des Geschehens im Panjab forderte[126], aber auf die besondere Bitte GANDHIS rang man sich dazu durch, dem Staatssekretär MONTAGU den Dank des Nationalkongresses für seine Bemühungen um die Verfassungsreform auszusprechen. Der allgemeine Ton der Ansprache MOTILAL NEHRUS und der Diskussionsbeiträge ging dahin, daß man zwar die Unzulänglichkeiten der Verfassungsreform bedauerte, aber die politischen Möglichkeiten, die im Rahmen der neuen Verfassung gegeben waren, ausnutzen werde. TILAK sagte, daß die Reformen nicht als ein Resultat indischer Agitation zu betrachten seien, sondern nur durch den Krieg herbeigeführt und dann nach Beendigung des Krieges widerwillig und zögernd gewährt worden seien[127]. C. R. DAS sprach davon, daß man nur dann zur Zusammenarbeit bereit sei, wenn sich daraus weiterer Nutzen ergäbe[128]. Zum Dank war man wenig geneigt, und GANDHI, unterstützt von JINNAH, hatte es nicht leicht, die Delegierten zu der Dankesresolution zu bewegen, die er für richtig hielt, da man doch die Reformen nicht zurückweise, sondern sich ihrer bedienen wolle[129]. Die radikale Wendung, die im nächsten Jahr unter GANDHIS Führung die Politik des Kongresses völlig verändern sollte, war nach den Diskussionen dieses Kongresses nicht vorauszusehen.

Einige Kommentatoren meinten, es bestehe wirklich kaum ein Unterschied zwischen dem Programm der „Gemäßigten" und dem Programm des Kongresses. Eine Einigung aller Gruppen sei daher zu empfehlen. Wieder andere wiesen darauf hin, daß nun im Rahmen der neuen Verfassung echte Parteien gebildet werden müßten; die Zeit der reinen Opposition sei vorbei, und man könne nun an die Vertretung verschiedener Interessen denken. Darauf meldeten sich jedoch Stimmen, die warnten, daß nichts falscher sei als ein übereiltes Einstellen der Agitation, denn nur auf dem Wege der Agitation könne man hoffen, weitere Zugeständnisse zu erreichen[130]. Man bemerkte auch, daß die Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten nun viele in das politische Leben einbezöge, die bisher kaum am Programm des Kongresses Anteil genommen hätten[131]. Es lag nahe, diese Kreise durch eine intensivere und weiter ausgreifende Agitation anzusprechen. Die politische Gefolgschaft von TILAK und C. R. DAS hoffte, dies durch ein Wechselspiel von begrenzter Zusammenarbeit mit der Regierung und dem Appell an die Massen zu erreichen. Im allgemeinen herrschte jedoch eine große Verwirrung und niemand wußte recht, wie die neue Lage, die durch die Verfassungs-

---

[125] Report of the 34th Indian National Congress, Amritsar 1919.
[126] Ibid., S. 93 ff.
[127] Ibid., S. 118.
[128] Ibid., S. 156.
[129] Ibid., S. 121 ff.
[130] RNN, Panjab 1920, „The Liberal", 22. 12. 1919.
[131] RNN, Panjab 1920, „The Tribune", 6. 1. 1920.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

reform geschaffen worden war, politisch zu bewältigen sei. Bewegung und Verfassung befanden sich gewissermaßen in einem unsicheren Gleichgewicht. Die Verfassung bot kaum genügende Machtpositionen, deren Erringung einen wesentlichen strategischen Vorteil für die Anhänger der nationalen Bewegung geboten hätte, andererseits wollte man jedoch die Positionen, die die Verfassung bot, nicht ohne weiteres den „Gemäßigten" und den Vertretern von Sonderinteressen in die Hände fallen lassen[132]. Nahm man durch die Zusammenarbeit die Spielregeln der Verfassung an, so gab man damit die Agitationsfreiheit auf. Das von der Kolonialmacht konstruierte dyarchische Staatswesen war wie ein magisches Pentagramm, das die Bewegungsfreiheit dessen, der sich in seinen Bann begab, behinderte. Die Ratlosigkeit der Kongreßpolitiker war daher begreiflich. In diese Ratlosigkeit hinein ertönte nun plötzlich der Aufruf GANDHIS zur Nichtzusammenarbeit.

---

[132] RNN, Panjab 1920, „The Tribune", 26. 6. 1920.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

6

Nationale Einheit als agitatorische Einheit

In einem Gebet für das neue Jahr hatte GANDHI bereits gegen Ende des Jahres 1919 gefleht, daß Gott Indien auf dem Weg der Wahrheit zur Selbstbestimmung und zur Einheit von Hindus und Mohammedanern führen möge[1]. „*Swaraj*", das indische Wort für Selbstregierung und Autonomie, bedeutete für ihn zugleich auch Selbstbeherrschung, und er wies oft darauf hin, daß nur auf dem Weg der individuellen Selbstbeherrschung die nationale Selbstregierung errungen werden könne[2]. „*Satyagraha*", seine Methode der politischen Agitation, beruhte auf Selbstbeherrschung, denn das „Festhalten an der Wahrheit" bedeutete zugleich Diszeplin und Befreiung[3]. Er suchte daher nach einer neuen Gelegenheit, seine Lehren in die Tat umzusetzen, um das indische Volk auf dem Pfade der Wahrheit der Einheit und Freiheit entgegenzuführen. Diese Gelegenheit ergab sich überraschend durch das Anwachsen der *Khilafat*-Bewegung der indischen Mohammedaner, denn die Erniedrigung des türkischen Kalifen durch die britischen Sieger entfremdete die indischen Mohammedaner der britischen Kolonialmacht. Bereits während des Krieges gegen die Türkei waren die indischen Mohammedaner unruhig geworden, und ihr extraterritorialer Patriotismus wurde mehr und mehr erregt durch die Identifizierung mit dem türkischen Schicksal[4]. Weder GANDHI noch die indischen Mohammedaner wußten viel von der jungtürkischen Bewegung und der inneren Dynamik der neuen Türkei. Für sie war das Schicksal des Kalifen eine rein religiös-moralische Angelegenheit, die ihren Einsatz erforderte. GANDHI sah in dieser Agitation eine großartige Möglichkeit, Hindus und Mohammedaner zusammenzuführen, und er empfahl seine Methode des *Satyagraha* den Mohammedanern an, die sich überraschend aufgeschlossen zeigten. Die Verbrüderungsszenen zwischen Hindus und Mohammedanern, die bereits zur Zeit der Unruhen im Panjab allgemein vorherrschten, waren schon ein Anzeichen dafür, daß sich die nationale Einheit im agitatorischen Überschwang rasch herstellen ließ[5]. SHRADDHANAND, der nur sechs Jahre später einem mohammedanischen Attentäter zum Opfer fallen sollte, hatte im April 1919 auf Einladung der Mohammedaner in der größten Moschee Indiens zu einer begeisterten Menge gesprochen[6]. Die *Khilafat*-Bewegung übertraf diese Begeisterung bei weitem.

Am 18. Januar 1920 traf GANDHI zum erstenmal MAULANA ABUL KALAM AZAD, den gelehrten Wortführer der Khilafatisten[7]. AZAD war ein Revolutionär, der erst vor kurzer Zeit freigelassen worden war. Während des Krieges war er in Ranchi interniert, und GANDHI wollte ihn dort treffen, als er 1917 in Champaran war, aber die Regierung ließ dieses Zusammentreffen nicht zu. AZAD hatte keine westliche Bildung im for-

---

[1] Young India, 5. 11. 1919.
[2] Young India, 22. 9. 1920.
[3] Young India, 8. 9. 1919.
[4] Government of India, Sedition Committee Report, S. 173.
[5] MITRA, Punjab Unrest, S. 70, 77.
[6] SHRADDHANAND, Inside Congress, S. 68.
[7] MAULANA ABUL KALAM AZAD, India Wins Freedom, Kalkutta 1959, S. 8.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

malen Sinne des Wortes genossen; durch weite Reisen in den mohammedanischen Ländern hatte er einen Überblick über islamische Geistesrichtungen und Bewegungen erworben. Als Schriftleiter der Zeitschrift „*Al Hilal*" stand er mit den bengalischen Extremisten in Verbindung und hatte bereits selbst einmal ein Programm der Nichtzusammenarbeit mit der britischen Regierung entworfen. Er schloß sich daher GANDHIS Meinung sofort an, als dieser ein solches Programm für die *Khilafat*-Bewegung empfahl[8].

Auch die berühmten Agitatoren MAULANA MOHAMMED ALI und SHAUKAT ALI sowie HAKIM AJMAL KHAN und MAULANA ABDUL BARI beteiligten sich an den Beratungen[9].

GANDHIS Programm der Nichtzusammenarbeit umfaßte den Boykott von Gerichten, Schulen, Landtagen und ähnlichen Institutionen, die von der britischen Kolonialmacht unterhalten wurden. Auch die Aufgabe aller von der Regierung erteilten Ehrentitel gehörte mit zu diesem Programm, doch vorläufig war an eine Durchführung dieses radikalen Programms noch nicht zu denken, und GANDHI beschränkte sich auf *Hartals*, Gedenktage und Sammlung von nationalen Spenden[10]. Der 19. März wurde zum *Khilafat*-Tag, und die Woche, in die der 6. und der 13. April fiel, wurde zur *Satyagraha*-Woche zum Gedenken an die vorjährigen Ereignisse im Panjab[11]. Es gelang GANDHI und seinen Kollegen, den Bericht des Kongreßkomitees über die Vorfälle im Panjab noch vor dem Beginn dieser nationalen Gedenkwoche herauszubringen und damit auch der Veröffentlichung des offiziellen Berichts der HUNTER-Kommission zuvorzukommen. Der Bericht war sorgfältig geschrieben und dokumentiert und machte daher auf jeden, der ihn las, einen ausgezeichneten Eindruck. Die Ausschreitungen des Terrorregimes wurden durch die ungeschminkte Berichterstattung deutlicher dargestellt, als dies bei einer propagandistischen Streitschrift der Fall gewesen wäre[12]. Wenige Wochen später erschien der HUNTER-Bericht, der sich darum bemühte, die Maßnahmen des Militärregimes zu rechtfertigen[13]. Der scharfe Kontrast der beiden Berichte konnte niemand entgehen. Die Empörung über die unzulängliche Berichterstattung der HUNTER-Kommission war daher umso größer. Die Veröffentlichung des HUNTER-Berichts war mehrfach hinausgezögert worden, und so war die Spannung ständig gewachsen. Die Einzelheiten des Berichtes waren bekannt, da viele Stellungnahmen von Zeugen vor der Kommission in der Presse kommentiert wurden. Die Zusammenhänge kannte man aus dem Kongreßbericht, und daher konzentrierte sich die ganze Aufmerksamkeit bei dem HUNTER-Bericht auf das Urteil der Kommission und auf die Rechtfertigung oder Mißbilligung des Militärregimes, das man zur Zeit der Unruhen über die unglückliche Provinz verhängt hatte. Die Zeitungen griffen wochenlang in einem Artikel nach dem anderen das enttäuschende Urteil der Kommission und die laue Stellungnahme des Staatssekretärs MONTAGU an[14]. Das All India Congress

---

[8] AZAD, op. cit., S. 4—9. [9] Ibid., S. 9.

[10] Young India, 18. 2. 1920 (Aufkauf des *Jallianwalla Bagh* und Errichtung eines Nationaldenkmals).

[11] Young India, 24. 3. 1920 (GANDHIS Ansprache, *Khilafat* Day, Bombay) 10. 3. 1920 (*Satyagraha* Week).

[12] M. K. GANDHI et al., The Congress Punjab Inquiry (veröffentlicht 30. 3. 1920) siehe auch Young India, 31. 3. 1920; RNN, Madras 1920 „The Hindu" 7. 4. 1920.

[13] LORD HUNTER et al., The Punjab Disorders Enquiry Committee, veröffentlicht zusammen mit einer Erklärung des Staatssekretärs für Indien am 26. 5. 1920.

[14] Siehe hierzu RNN, Bombay, Bengalen, Panjab, Vereinte Provinzen, Madras 26. 5. 1920 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Committee versammelte sich in Benares, aber es konnte sich nur dazu durchringen, ein Protesttelegramm nach England zu senden. GANDHI kam mit seiner Empfehlung der Nichtzusammenarbeit, die bereits von den *Khilafat*konferenzen angenommen war, hier noch nicht zum Zuge. Um eine rasche Entscheidung zur Nichtzusammenarbeit zu verhindern, taten sich C. R. DAS und sein Freund SATYAMURTI aus Madras zusammen und schlugen vor, daß man einen Sonderkongreß im Monat September einberufen solle, da die Frage der Nichtzusammenarbeit so schwerwiegend sei, daß sie nicht vom All-India Congress Committee gefaßt werden könne [15]. TILAK war dieser Sitzung absichtlich ferngeblieben, hatte aber mitgeteilt, daß er sich dieser Entscheidung des All India Congress Committee anschließen werde [16]. Er mißbilligte die Teilnahme an der *Khilafat*-agitation, aber er war wohl von der Dynamik des Programms der Nichtzusammenarbeit beeindruckt und wollte abwarten und sehen, in welche Richtung die Entwicklung lief. Eine Teilnahme an der Sitzung hätte ihn zu einer Stellungnahme gezwungen, die er offensichtlich noch hinausschieben wollte. Er starb jedoch zwei Monate später, noch vor dem Sonderkongreß. Als GANDHI die Nachricht von TILAKS Tod bekam, sagte er: „Mein stärkstes Bollwerk ist dahin" [17]. Er hatte sicher erwartet, daß TILAK, wenn er eine Entscheidung nicht mehr hinausschieben konnte, sich schließlich für das Programm der Nichtzusammenarbeit hätte entscheiden müssen, und das hätte für die Bewegung einen großen Zuwachs an Stärke und Popularität bedeutet.

Da das All India Congress Committee in Benares noch nicht bereit war, GANDHIS Programm zu übernehmen, versammelte GANDHI anschließend eine Reihe von Politikern im nahen Allahabad und ließ diese Versammlung einen Beschluß fassen, der die Nichtzusammenarbeit forderte [18]. Auf diese Weise griff GANDHI der politischen Willensbildung des Kongresses vor, ja, er unterwanderte geradezu den Kongreß mit den Scharen der Khilafatisten und seinen anderen Gefolgsleuten und stellte die Kongreßpolitiker vor vollendete Tatsachen. Doch sein Vorgehen unterschied sich von dem der Extremisten des Jahres 1907. Er vertraute mehr auf die Schaffung einer politischen Atmosphäre als auf die Bildung von Kadern und Bünden.

Die politische Atmosphäre war auch durch die wirtschaftlichen Zustände für ein Programm der Nichtzusammenarbeit mit der Regierung vorbereitet worden. Hohe Lebenshaltungskosten trieben den Mittelstand zur Verzweiflung [19]. Die britischen Manipulationen des Wechselkurses der Rupie alarmierten die Geschäftskreise. Der Goldwert der Rupie war fast verdoppelt worden, und Importverdienste und die Überweisung des Profits von Indien nach England waren daher äußerst günstig für die britischen Kaufleute, während die indischen Produzenten litten [20]. Zugleich trieb die britische Regierung mit Wechseln, die auf die britisch-indische Regierung ausgestellt waren, in England einen schwunghaften Handel, und während der Wechselkurs in Indien bei 2 s 7 d lag, wurden diese Wechsel zum Kurswert von 2 s 10 d ausgestellt [21]. In Indien erregte man sich über diese organisierte Ausplünderung des Landes und meinte, daß die Instinkte der alten Ostindiengesellschaft auch in der jetzigen britisch-

[15] RNN, Madras 1920, „*Kistnapatrika*" 12. 6. 1920.
[16] B. PATTABHI SITARAMAYYA, The History of Indian National Congress, Bombay 1946, Vol. I, S. 198.
[17] GANDHI, An Autobiography, S. 500.
[18] Ibid., S. 497, siehe auch SITARAMAYYA, op cit., Vol. I, S. 198.
[19] RNN, Madras 1920, „*Hitakarini*" 23. 2. 1920.
[20] RNN, Madras 1920, „*Kistnapatrika*" 7. 2. 1920, „*Andhrapatrika*" 3. 2. 1920.
[21] RNN, Madras 1920, „New India", 8. 3. 1920.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

indischen Regierung vorherrschten[22]. Das Prägen von Nickelmünzen anstelle von Silbermünzen war schließlich eine Maßnahme, die auch dem einfachen Mann, der von den Finanzfragen nichts verstand, auffallen mußte. In Indien war es immer Sitte gewesen, je nach Bedarf Münzen in Metall umzuschmelzen, und man sah daher bei der Münze stets auf den Metallwert; eine Nickelmünze war in dieser Hinsicht völlig wertlos[23].

Der Bericht der britisch-indischen Währungskommission, der sich mit diesen Fragen beschäftigte, war durchaus nicht ermutigend[24]. Die finanzielle Autonomie, die Indien im Rahmen der neuen Verfassung genießen sollte, wurde durch die währungstechnischen Manipulationen der britisch-indischen Regierung und des Staatssekretärs in London von vornherein zunichte gemacht. Die Festsetzung des Wechselkurses der Rupie war dazu geeignet, jegliche Schutzzölle oder andere Maßnahmen, die die indische Geschäftswelt im Sinne der finanziellen Autonomie anempfehlen mochte, auf kaltem Wege auszuschalten. Bereits während des Krieges hatten die indischen Händler und Produzenten Erfahrungen gemacht, die das politische Interesse in ihnen weckten[25]. Die Ereignisse des Jahres 1920 beunruhigten sie nur noch mehr. Sie waren daher dazu geneigt, GANDHIS Programm zu unterstützen. Während die brahmanischen Extremisten wenig oder gar keine Beziehungen zu den Kreisen der Händler und Geschäftsleuten hatten, stand GANDHI ihnen sehr nahe. Er war nach Kastenzugehörigkeit und religiöser Erziehung einer der ihren, und sie vertrauten ihm. Die meisten Händler verbanden praktischen Scharfsinn mit landläufiger Frömmigkeit. Für den Terrorismus und die Theorien des Politischen *Vedanta* konnten sie kein Verständnis aufbringen; GANDHIS Anschauungen, die aus dem Bereich der Volksreligion abgeleitet worden waren, konnten sie eher begreifen. Auch brachten sie GANDHI als *Mahatma* eine persönliche Verehrung entgegen, die die politische Gefolgschaftstreue als religiöse Verpflichtung erscheinen ließ. Die geheimbündlerische Treue der brahmanischen Extremisten war zwar auch durch religiöse Vorstellungen bestärkt worden, aber sie war exklusiv und abstrakt im Vergleich zu dem Vertrauen, das man dem *Mahatma* entgegenbrachte. So wurden denn durch GANHDIS Agitation ganz neue Schichten angesprochen, die bisher von der nationalen Bewegung nicht erfaßt worden waren. Zugleich aber machte die Idee der persönlichen Bekehrung und des offenen Bekenntnisses, die GANDHIS Wirken zugrunde lag, einen tiefen Eindruck auf viele Politiker, die den bisher führenden Kreisen angehörten[26]. Das Ritual des Handspinnens und des Anlegens handgesponnener und handgewebter Kleidung bedeutete eine Identifikation mit der Masse des indischen Volkes, die die abstrakte Forderung der nationalen Solidarität weit übertraf[27]. Aus dem Bereich der Projektion und Vision wurde diese Identifikation nun in den konkreten Erfahrungsraum des Einzelnen hineingestellt, und er wurde zur per-

---

[22] RNN, Madras 1920, „*Kistnapatrika*", 7. 2. 1920.

[23] RNN, Madras 1920, „*Vaisyamitran*" 22. 12. 1920, ferner siehe auch das Gutachten des indischen Mitgliedes der britisch-indischen Währungskommission, D. M. DALAL, zusammengefaßt in IAR 1920, III. Teil, S. 173.

[24] SIR HENRY BABINGTON SMITH, et al. Report of the Indian Currency Committee, siehe Zusammenfassung IAR, 1920, III. Teil, S. 168 ff.

[25] Siehe hierzu die Ansprache von DR. ANNIE BESANT als Kongreßpräsident, Report of the 32nd Indian National Congress, Kalkutta 1917.

[26] Siehe hierzu B. R. NANDA, The Nehrus — Motilal and Jawaharlal, London 1962; ferner JAWAHARLAL NEHRU, An Autobiography, London 1936; M. R. JAYAKAR, The Story of My Life, Vol. I, Bombay 1958.

[27] B. R. NANDA, The Nehrus, S. 184 f.

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

sönlichen Entscheidung aufgefordert. Ohne Zweifel ergab sich damit auch ein gewisser Druck zur Uniformierung, und die Gefolgschaft GANDHIS war in mancher Beziehung durchaus nicht tolerant. GANDHI selbst war zwar stets aufmerksam und feinfühlig, aber auch er neigte dazu, seinen Einsatz zu verabsolutieren und andere Meinungen rücksichtslos abzulehnen. Natürlich war es gerade diese bedingungslose Einseitigkeit und Hingabe, die GANDHIS Gefogschaft anzog.

Die unbedingte Entscheidung, vor die die westlich gebildeten Schichten vor allem GANDHIS Aufforderung zum Boykott der Gerichtshöfe und Bildungsinstitutionen stellte, hatte ihre Gefahren. Man wies mit Recht darauf hin, daß die Schuldgefühle dessen, der sich nicht ganz zu diesem Boykott entschließen kann oder nach einer ersten Entscheidung wieder rückfällig wird, schließlich dazu führen müßten, daß der Betreffende der nationalen Politik künftig gleichgültig oder gar spöttisch ablehnend gegenüberstehen werde, denn wen man auf diesem Wege nicht ganz mitreißen könne, den stoße man ab[28]. GANDHI machte sich über diese Frage wenig Gedanken, denn seine Bewegung war durchaus dem Chiliasmus ähnlich. Die Befreiung, die aus der unbedingten Entscheidung entsprang, war das Nahziel; aus ihr würde sich alles weitere ergeben. So empfahl er denn auch den Studenten, die er zum Verlassen der Universitäten aufforderte, sie sollten sich zunächst ganz dem Handspinnen widmen, und alle Sorgen um Karriere und Bildung zurückstellen. Die Nationalisten alten Stils betrachteten solche Ratschläge mit Skepsis, und die große nationalistische Presse, so etwa die *„Amrita Bazar Patrika"* in Kalkutta, *„The Hindu"* in Madras und *„The Tribune"* in Lahore warnten, mahnten und machten Abstriche an GANDHIS Programm, ohne es jedoch ganz zu verwerfen[29]. Man gab zu, daß eine neue Aera angebrochen war und wollte sich nicht vorwerfen lassen, daß man nun das bedauere, was man bisher gepredigt und herbeigesehnt hatte[30]. Andererseits wollte man sich von den unkritischen Gefolgsleuten des neuen Führers nicht überfahren und verketzern lassen[31]. Die Mahnungen waren auch in der Tat nicht grundlos, und die Unbedingtheit der Entscheidung, die GANDHI von der gebildeten Mittelschicht forderte, brachte in vielen Fällen viele Konflikte, Heucheleien und unvermeidliche Rückfälle mit sich. Schließlich gingen aus der Schar der Rechtsanwälte, die ihre Praxis aufgaben, und der Studenten, die ihr Studium vorzeitig abbrachen, eine Schar hauptberuflicher Politiker hervor. Dieses unbeabsichtigte Nebenprodukt der chiliastischen Boykottbewegung wurde für die weitere Entwicklung des politischen Lebens von entscheidender Bedeutung.

GANDHI hatte überall dort die größten Erfolge, wo die politische Willensbildung bisher noch unartikuliert und latent geblieben war. Die dominanten Minderheiten Bengalens und Maharaschtras standen seinem Programm skeptisch gegenüber. Im Panjab war LALA LAJPAT RAI, der gerade erst aus Amerika zurückgekehrt war, auch nicht völlig vom Wert des neuen Programms überzeugt, und nur die Erregung über den HUNTER-Bericht und die Erinnerungen an das Terrorregime bewogen die *Panjabis*, der Idee der Nichtzusammenarbeit Beachtung zu schenken[32]. Bihar und Gujarat unterstützten GANDHI ständig, denn in diesen Provinzen hatte er sich durch seine Kampagnen besondere Achtung erworben, und in beiden Provinzen hatte er erst recht eigent-

---

[28] RNN, Bengalen 1920, *„Amrita Bazar Patrika"*, 21. 12. 1920.
[29] Siehe hierzu RNN, Bengalen, Panjab, Madras 1920.
[30] RNN, Panjab 1920, „The Tribune", 10. 9. 1920.
[31] RNN, Bengalen 1920, *„Amrita Bazar Patrika"*, 24. 11. 1920.
[32] RNN, Panjab 1920, *„Bande Mataram"*, 18. 5. 1920.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

lich das politische Leben erweckt. In Madras hatte GANDHI die Sympathien gewisser Kreise der *Tamil*-Brahmanen erworben. An und für sich herrschte in Madras der Geist der Mäßigung, doch bestand dort auch ein latenter Radikalismus. Frau BESANTS Bewegung hatte das politische Leben dort sehr angeregt, doch etliche ihrer Mitarbeiter schlossen sich der neuen Partei der „Gemäßigten" an, andere wieder, so etwa der unruhige SATYAMURTI, orientierten sich an C. R. DAS und den bengalischen Nationalisten. Aber in CHAKRAVARTI RAJAGOPALACHARI fand GANDHI in Madras einen treuen Statthalter, der es verstand, Madras auf die Seite GANDHIS zu bringen[33]. Die wichtigste Eroberung GANDHIS waren jedoch die Vereinten Provinzen und die Familie NEHRU[34]. Diese Region war bisher für die politische Willensbildung noch kaum erschlossen worden, und nur MADAN MOHAN MALAVIYA, einer der Honoratioren der Kongreßbewegung, war bisher als Vertreter dieser Region ständig in Erscheinung getreten. GANDHI knüpfte zuerst zu den orthodoxen Mohammedanern dieser Provinz im Rahmen der *Khilafat*bewegung enge Beziehungen an und fand in dem frommen und gelehrten MAULANA ABDUL BARI von Lucknow einen Freund und Mitstreiter[35]. ABDUL BARI wirkte auf einer ganz anderen Ebene als die Leuchten der mohammedanischen Welt dieser Provinzen. Er war kein *Taluqdar* wie der RAJA VON MAHMUDABAD, aber er hatte Einfluß auf die gläubigen Mohammedaner. Zugleich knüpfte GANDHI aber auch enge Beziehungen zu den NEHRUS an. MOTILAL NEHHRU hatte sich bisher als typischer Vertreter einer exponierten Minderheit durch individuelle Brillanz und politische Mäßigung ausgezeichnet, obwohl er dem persönlichen Temperament nach ein herrisch-rebellischer Mensch war. Er liebte seinen einzigen Sohn JAWAHARLAL sehr, und dieser interessierte sich für GANDHIS Programm und brachte MOTILAL und GANDHI zusammen[36]. GANDHIS *Khilafat*beziehungen sollten nur zu bald hinfällig werden, die Freundschaft zu den NEHRUS erwies sich als dauerhafter. In den kommenden Jahren ließen sich GANDHIS Hauptstützpunkte und ihre personelle Besetzung daher im wesentlichen so beschreiben: NEHRU und die Vereinten Provinzen, RAJENDRA PRASAD und Bihar, RAJAGOPALACHARI und Madras und VALLABHBHAI PATEL und Gujarat. Gujarat stand natürlich GANDHI am nächsten, da es seine Heimatprovinz war, doch da er sich zumeist überregionalen Fragen widmen mußte, kümmerte sich sein energischer Gefolgsmann PATEL um die Provinz. GANDHI hatte PATEL bei einer der ersten Kampagnen in Gujarat im Jahre 1918 entdeckt, und von dieser Zeit an wurde PATEL zu einem der wichtigsten Politiker Indiens[37].

GANDHI war sich der Stärke und Unterstützung seiner Bewegung wohl bewußt, und er ließ sein Programm von *Khilafat*konferenzen und geeigneten Provinzialkonferenzen ratifizieren[38], aber noch kam es im Kongreß hauptsächlich auf die drei Provinzen an, die bisher die Führungskräfte für die nationale Bewegung gestellt hatten und bald ihren ersten Platz verlieren sollten, nämlich auf Bengalen, Maharaschtra und Panjab. Im September 1920 wurde nun in Kalkutta der Sonderkongreß abgehalten, bei dem LALA LAJPAT RAI den Vorsitz führte. Auf diesem Kongreß wollte man darüber beraten, was man angesichts des unbefriedigenden HUNTER-Berichts und der Ausfüh-

---

[33] GANDHI, An Autobiography, S. 458 f.
[34] B. R. NANDA, The Nehrus, S. 173 ff.
[35] RNN, Vereinte Provinzen 1920, *„Ukhuwat"* 12. 3. 1919.
[36] B. R. NANDA, The Nehrus, S. 183.
[37] GANDHI, An Autobiography, S. 435.
[38] Ibid., S. 497.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

rungsbestimmungen zum Verfassungsgesetz, die wieder einmal, wie zu erwarten, enttäuschend ausgefallen waren, und angesichts vieler anderer Fragen, unternehmen solle. Die Presse der wichtigsten Provinzen ließ kaum darauf schließen, daß auf dem Sonderkongreß radikale Maßnahmen von der Art des GANDHI-Programmes[39] angenommen werden würden, und GANDHI selbst reiste recht bedrückt und voller Ungewißheit zu diesem Kongreß[40]. LALA LAJPAT RAI hatte im Panjab verkündet, daß er sich nicht als Kandidat für die Wahlen nach der neuen Verfassung zur Verfügung stellen werde, aber er war mit dieser Ankündigung nicht auf viel Verständnis gestoßen[41]. In Bengalen und Maharaschtra bestanden deutliche Anzeichen dafür, daß die Politiker der dominanten Minderheiten vor einem Dilemma standen[42]. Sie konnten mit der nicht zu ihnen gehörenden Bauernschaft und anderen Kastengruppen, die jetzt in den Kreis der politischen Willensbildung eindrangen, nicht viel anfangen und schlossen sie oft bewußt von ihren Beratungen und Konferenzen aus[43]. Andererseits hatten sie jedoch bisher durch Agitation ihre Vorrangstellung behauptet und konnten nun nicht rasch umschalten und sich in den Rahmen der neuen Verfassung fügen. Zudem wären sie dabei unmittelbar mit den auch ihren Kreisen entstammenden „gemäßigten" Politikern in Wettbewerb getreten[44]. Die Methode des Boykotts behagte aber vor allem den Bengalen gar nicht, denn sie hatten damit in den Jahren von 1905—1911 schlechte Erfahrungen gemacht. Die bengalischen Mohammedaner standen daher den Absichten der *Bhadralok*-Politiker recht skeptisch gegenüber und glaubten kaum, daß diese westlich gebildeten ehemaligen Extremisten in der *Khilafat*bewegung verläßliche Bundesgenossen sein könnten[45]. Vor dem Sonderkongreß meinte man, daß es vielleicht zu einer neuen Spaltung wie damals in Surat kommen könnte, doch wider Erwarten entschloß sich der Sonderkongreß, wenn auch nur mit knapper Mehrheit, für GANDHIS Programm, und die, die das Programm abgelehnt hatten, verpflichteten sich dazu, dem Mehrheitsbeschluß zu folgen. GANDHI hatte ursprünglich nur die ungerechte Behandlung des Panjab und die *Khilafat*frage zum Gegenstand seines Nichtzusammenarbeitsprogramms gemacht, aber auf der Kongreßsitzung wurde die Erringung des *Swaraj* in die betreffende Resolution mit aufgenommen[46]. Man definierte die verfassungsrechtliche Bedeutung des Wortes *Swaraj* jedoch noch nicht genau, und jeder konnte sich darunter vorstellen, was er wollte. In mohammedanischen Kreisen wurde diese Verbindung von *Khilafat* und *Swaraj* nicht unbedingt begeistert aufgenommen, und bald hörte man Klagen, daß die Hindus jetzt bei der Nichtzusammenarbeitsagitation nicht so sehr an die *Khilafat*frage als vielmehr nur an *Swaraj* dächten[47]. Der Sonderkongreß hatte aber durchaus noch nicht alle Politiker bekehrt, und das volle Programm GANDHIS, das ja neben dem Boykott der Landtage auch den Boykott der Gerichtshöfe, Schulen und anderen Regierungseinrichtungen vorsah, fand zunächst nicht überall Anklang[48]. Der Boykott der Landtagswahlen war der erste Punkt des Programms, der ernst genommen werden

[39] Siehe hierzu RNN, Bengalen, Panjab, Bombay, Madras 1920.
[40] GANDHI, An Autobiography, S. 499.
[41] RNN, Panjab 1920, „*Bande Mataram*", 23. 6. 1920, „Tribune" 25. 6. 1920.
[42] RNN, Bengalen 1920, „*Rayat*" 20. 12. 1919.
[43] RNN, Bombay 1920, „The Servant of India", 18. 3. 1920.
[44] RNN, Bengalen 1920, „*Nayak*, 24. 12. 1919.
[45] RNN, Bengalen 1920, „*Zamana*", 6. 7. 1920.
[46] GANDHI, An Autobiography, S. 499.
[47] RNN, Panjab 1920, „*Al Munir*", 24. 11. 1920.
[48] RNN, Panjab 1920, „Tribune", 24. 9. 1920.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

mußte, und auch die *Bhadralok*-Politiker, die auf dem Kongreß gegen GANDHI gestimmt hatten, gaben ihre Kandidaturen auf[49]. Allerdings schmiedeten etliche unter ihnen heimliche Pläne, Analphabeten in den Landtag wählen zu lassen, um den gemäßigten Politikern und den konservativen Kreisen den Weg in den Landtag zu verlegen[50].

Mit der Ablehnung der Kandidaturen allein war es nicht getan; es mußte auch die Wahl boykottiert werden, und in dieser Hinsicht war die Agitation weniger erfolgreich. Doch konnte RAJENDRA PRASAD aus Bihar melden, daß nur etwa 20 Prozent der Wahlberechtigten sich an den Wahlen beteiligt hatten[51]. An vielen Orten wagten sich die Wähler schon aus Furcht vor ihren Mitmenschen nicht an die Wahlurne[52]. Doch die gebildeten Schichten waren nicht so leicht zum Boykott der Wahl zu bewegen, und aus dem Panjab berichtete LAJPAT RAI entrüstet, daß 35 Prozent der Akademiker sich an den Wahlen beteiligt hätten[53].

Die anderen Boykottresolutionen waren problematischer. Zwar gaben eine ganze Reihe von Rechtsanwälten im Sinne des Boykotts der Gerichtshöfe ihre Praxis auf, aber ein durchschlagender Erfolg war auf diesem Gebiet nicht zu erwarten. Der Boykott der von der Regierung unterstützten Schulen und Bildungsanstalten war der problematischste Programmpunkt, denn wer wollte schon die Karriere seiner Kinder aufs Spiel setzen. Auch gab es hier Anlaß zu Konflikten zwischen Hindus und Mohammedanern. Die Mohammedaner wiesen darauf hin, daß sie im Hinblick auf westliche Bildung weit mehr aufzuholen hätten als die Hindus, und dennoch hätten sie im Interesse der *Khilafat*frage den Boykott der Bildungsanstalten weit ernster genommen als die Hindus[54]. Die Hindus wiederum bemerkten, daß es etliche einflußreiche Mohammedaner mit dem Boykott der Landtage nicht zu genau nahmen[55]. In Bengalen, wo man zur Zeit der Agitation gegen die Teilung der Provinz bereits im großen Stil Experimente mit der sogenannten nationalen Erziehung gemacht hatte und daher wußte, wie wenig sich rasch gegründete, behelfsmäßige Bildungsanstalten agitatorischer Herkunft durchsetzen können, stand man diesem Programmpunkt GANDHIS besonders skeptisch gegenüber[56]. Im Panjab sprach sich LALA LAJPAT RAI noch lange gegen den Boykott der Schulen aus, obwohl er sich für den Boykott der Landtage sofort eingesetzt hatte. Erst als er selbst eine „TILAK-Schule für Politische Wissenschaft" gründete und dadurch mit den Erziehungsbehörden des Panjab in Konflikt geriet, änderte er seine Meinung und äußerte sich scharf über den schädlichen Einfluß der britischen Bildung[57].

---

[49] RNN, Bengalen 1920, „The Servant" 15. 9. 1920 (Liste der Politiker, die ihre Kandidaturen zurückziehen)

[50] RNN, Bengalen 1920, „The Indian Mirror", 16. 10. 1920.

[51] RAJENDRA PRASAD, Autobiography, Bombay 1957, S. 210; der offizielle britische Bericht enthält die folgenden Angaben für die Prozentsätze der Wahlbeteiligung: Madras 25 %, Bombay 35 %, Bengalen 33 %, Vereinte Provinzen 33 %, Panjab 32 %, Bihar und Orissa 40 %, Central Prov. 22 %, Assam 24 %, zentrale gesetzgebende Versammlung 25 %, Parliamentary Papers, Vol. 26, 1921 (Cmd. 1261)

[52] RNN, Panjab 1920, „*Khalsa* Advocate", 14. 12. 1920.

[53] RNN, Panjab 1920, „*Bande Mataram*", 14. 12. 1920.

[54] RNN, Panjab 1920, „*Vakil*", 13. 12. 1920; „*Gulzar-i-Hind*", 20. 11. 1920.

[55] RNN, Panjab 1920, „*Bande Mataram*", 1. 10. 1920.

[56] RNN, Bengalen 1920, „*Amrita Bazar Patrika*", 13. 11. 1920.

[57] RNN, Panjab 1920, „*Bande Mataram*", 5. 12. 1920.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

GANDHI war nach dem Sonderkongreß mit den *Khilafat*agitatoren MOHAMMED ALI und SHAUKAT ALI durchs Land gereist und hatte überall sein Programm erläutert. Schließlich kam er auch nach Aligarh und rief dort zusammen mit MOHAMMED ALI die Studenten des Muslim-College zum Streik auf. Er wies darauf hin, daß die jungen Mohammedaner unmöglich weiter in einer Institution studieren könnten, die von der „satanischen" Regierung unterhalten werde[58]. Die Eltern der Studenten und die Verwaltung des Muslim-College wandten sich jedoch entschieden gegen diesen Aufruf. Die Boykottbewegung erzielte nur an wenigen Orten wirkliche Erfolge, und zwar zumeist dort, wo die Elternschaft nicht genügend organisiert oder interessiert war, um energisch gegen den Streik der Studenten einzuschreiten, das heißt also zumeist in Gegenden, wo die Eltern der Studenten selbst keine höhere Erziehung genossen hatten. An einigen Stellen bildeten sich nationale Institutionen, die von fähigen Idealisten getragen wurden. So nahm sich in Bihar DR. RAJENDRA PRASAD, der seine Rechtsanwaltspraxis aufgegeben hatte, der Studenten an und gründete ein nationales Institut[59]. Ähnliche Versuche wurden auch in Gujarat unternommen, und in den Vereinten Provinzen entstand das *Kashi Vidyapith* in Benares. In Nagpur gründeten einige Idealisten die *Tilak Vidyalaya*. Einige dieser Institutionen überlebten die Zeit der Agitation und wurden zu ständigen Einrichtungen, doch die meisten gingen bald wieder ein.

Die Monate zwischen dem Sonderkongreß in Kalkutta und dem Kongreß, der, wie immer, am Ende des Jahres, und zwar diesmal in Nagpur stattfinden sollte, vergingen rasch. Diskussionen, vernachlässigte Programmpunkte, Fragen und Probleme erfüllten das Denken der Kongreßpolitiker. Unter anderem ging es auch darum, eine neue Verfassung des Kongresses anzunehmen, die von GANDHI entworfen worden war und schon im Oktober in Umlauf gesetzt wurde[60]. Bisher hatte man zwar viel vom Kongreß als von einem Parlament der Nation gesprochen, aber eine echte Volksvertretung war der Kongreß durchaus nicht. Im Jahre 1908 hatte die Frage der Annahme oder Zurückweisung der MORLEY-MINTO-Reformen und die Spaltung des Kongresses eine Verfestigung der bisher recht losen Kongreßverfassung erforderlich gemacht. Jetzt ließ das Programm der Nichtzusammenheit und zugleich auch die Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten unter der neuen britisch-indischen Verfassung eine Revision der Kongreßverfassung ratsam erscheinen. Die Kongreßverfassung war und blieb ein Spiegelbild der Kräfteverhältnisse von Bewegung und Verfassung. GANDHIS Vorschläge machten die Kongreßverfassung zugleich repräsentativer und zentralistischer. Die Kongreßprovinzen sollten zukünftig nach Sprachprovinzen und nicht mehr nach der britisch-indischen Verwaltungsstruktur aufgeteilt werden. Die Zahl der Delegierten jeder Provinz sollte eindeutig festgelegt werden, denn nach der alten Verfassung war es immer noch möglich, daß die eine oder andere Provinz ein Übergewicht erhielt. Selbst die Kritiker des Sonderkongresses, der GANDHIS Programm mit knapper Mehrheit gebilligt hatte, wiesen darauf hin, daß dieser Kongreß nicht eigentlich repräsentativ gewesen sei, und man daher nicht sagen könne, daß GANDHIS Programm von der Nation angenommen worden sei[61]. Nach der neuen Verfassung waren solche Vorwürfe ausgeschlossen. Auch gab die neue Verfassung den großen volkreichen Provinzen, die bisher dem politischen Leben nicht so nahe standen und erst durch GANDHIS

[58] Young India, 27. 10. 1920; 3. 11. 1920.
[59] RAJENDRA PRASAD, Autobiography, S. 120 f.
[60] RNN, Bengalen1920, „The India Daily News", 26. 10. 1920.
[61] RNN, Panjab 1920, „Tribune", 11. 9. 1920.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Agitation erweckt worden waren, ein größeres Gewicht im Kongreß, wodurch die früher führenden Provinzen Maharaschtra und Bengalen ins Hintertreffen gerieten. GANDHI sah auch einen ständigen Arbeitsausschuß vor, der als kleines, zentrales Agitationskommando rasche Entscheidungen herbeiführen konnte[62]. Damit trat die beschlußfassende Funktion des jährlichen Kongresses und der größeren Delegiertenkonferenzen des All-India Congress Committee mehr in den Hintergrund, und es wurde eine kontinuierliche politische Arbeit gewährleistet. Die Wahl des Kongreßpräsidenten sollte nicht mehr die Sache des örtlichen Empfangskomitees der jährlichen Kongreßsitzung sein, sondern dem Kongreß selbst und in Notfällen dem All-India Congress Committee vorbehalten bleiben. Der ständige Arbeitsausschuß wurde in gewisser Hinsicht das Kabinett des Kongreßpräsidenten. Die Ernennung des Ausschusses stand dem Präsidenten zu. Praktisch wurde der Arbeitsausschuß jedoch zu einer Art Politbüro. Die Einstellung der Kongreßprovinzen nach Sprachprovinzen sollte gleichzeitig ermöglichen, daß von nun ab die politische Botschaft des Kongresses der Bevölkerung in den Regionalsprachen nahegebracht werden sollte. In gewisser Hinsicht folgte GANDHI hier einer Einsicht, die bereits LIONEL CURTIS dem Parlamentskomitee vermittelte, als er sagte, daß die Inder, sobald sie erst einmal begriffen hätten, was es bedeute, eine „verantwortliche Regierung" zu haben, darauf bestehen würden, Sprachprovinzen zu errichten, um in den Landtagen die Verhandlungen in den Regionalsprachen führen zu können[63]. Die britisch-indische Regierung konnte sich nicht dazu entschließen, CURTIS radikale Vorschläge anzunehmen. Die Teilung Bengalens war noch in böser Erinnerung, und man scheute sich davor, neue Grenzziehungen vorzunehmen. GANDHI jedoch teilte Indien zumindest für die Zwecke der Kongreßverfassung kühn in Sprachprovinzen ein. Er konnte jedoch nicht umhin, dabei einige verwaltungshistorische Eigenheiten und regionale Sonderinteressen zu berücksichtigen, und so sah denn die neue Verfassung die folgenden Einheiten vor: Ajmer-Merwara, Andhra, Assam, Bihar, Bengalen, Berar, Bombay (Stadt), Birma, Central Provinces (Hindi), Central Provinces (Marathi), Delhi, Gujarat, Karnatak, Kerala, Madras (Tamil), Maharaschtra, Panjab und Nord-West Grenzprovinz, Sindh, Vereinte Provinzen, Utkal (Orissa)[64].

Ein weiterer wichtiger Punkt der neuen Verfassung war, daß von nun an der Tagesordnungsausschuß zwei Tage vor dem Jahreskongreß zusammentreten sollte; zugleich wurde die Mitgliedschaft dieses Ausschusses erweitert und genauer definiert als dies zuvor der Fall gewesen war[65]. Da fast alle wichtigen Beschlüsse bereits im Tagesordnungsausschuß fielen und der Hauptversammlung nur zur Ratifikation vorgelegt wurden, war diese neue Bestimmung über den Tagesordnungsausschuß von besonderer Wichtigkeit. Insgesamt sollte dieser Ausschuß 350 Mitglieder haben, und jeder Provinz wurde eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern zugewiesen, wobei auch hier wieder die volkreichen Provinzen im Vorteil waren. Die gesamte Struktur dieses Verfassungsentwurfes zeigte, daß sich der Kongreß nun entscheidend wandeln sollte[66]. Es wurde sofort empfunden, daß der rekonstituierte Kongreß ein ernstzunehmender Rivale der reor-

---

[62] Young India, 29. 6. 1921.

[63] Joint Select Committee Report, 1919, Vol. II, S. 531.

[64] Siehe hierzu Einteilung der Delegierten, Report of the 35th Indian National Congress, Ahmedabad 1921, Anhang.

[65] RNN, Bengalen 1920, „The Indian Daily News", 26. 10. 1920.

[66] Young India, 3. 11. 1920.

State Museum Library Lucknow 6964

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

mierten Landtage und der zentralen gesetzgebenden Versammlung sein werde. Die Wählerschaft des Kongresses, so prophezeite die Presse, werde mit der Wählerschaft der reformierten britisch-indischen Verfassung in Wettbewerb treten, und die eine Wählerschaft werde die andere als unwirklich abtun[67]. Damit war der Gegensatz zwischen der agitatorischen politischen Gesellschaft und der von der britischen Kolonialmacht konstruierten politischen Gesellschaft klar bezeichnet. Die Verfassung der nationalen Bewegung versuchte, den sorgfältig abgesteckten Rahmen der britischen Verfassungsreformen zu sprengen und mit agitatorischem Schwung die Spielregeln der von der Kolonialmacht vorgeschriebenen politischen Willensbildung zu überwinden. GANDHI wollte absichtlich den Kongreß zu einer Art parallelen Staatswesens ausbauen; der Kongreß, und nicht die britisch-indische Regierung, sollte die Loyalität des indischen Volkes beanspruchen können. Er war daher der Meinung, daß diese neue Kongreßverfassung, wenn sie erst völlig das politische Leben durchdrungen hat, von selbst zur Erringung des *Swaraj* führen müsse[68].

Im Sinne der neuen Bewegung schlug GANDHI auch eine Änderung des Grundsatzartikels der Kongreßverfassung vor. Es sollte dort von nun ab heißen, daß die Erringung des *Swaraj* mit allen friedlichen und legitimen Mitteln das Ziel des Kongresses sei. Von „verfassungsmäßigen Mitteln" wollte man nicht mehr sprechen, da diese Definition zu eng erschien. GANDHI ließ keinen Zweifel darüber, daß die neue Definition auch das Streben nach der Unabhängigkeit und der Aufkündigung der Verbindung zu Großbritannien bedeuten und schon daher nicht mehr „verfassungsmäßig" sein könne. Die Kritik der einflußreichen Presse, die bisher die öffentliche Meinung gelenkt habe, wies GANDHI mit dem Hinweis zurück, daß die Massen jetzt Eingang in das politische Leben gefunden hätten, und die Massen seien in ihren Anschauungen den Politikern der gebildeten Schicht weit voraus. Der neue Grundsatzartikel, so meinte er, bringe den augenblicklichen Stand der politischen Willensbildung getreu zum Ausdruck[69].

Aufgrund des neuen Gefühls des Selbstvertrauens und der eigenen Stärke hielt GANDHI auch das Fortbestehen des britischen Kongreßkomitees und der von diesem Komitee in England herausgegeben Zeitschrift „India" für überflüssig[70]. Die Zeitschrift hatte nur etwa 220 Abonnenten in England, und das Komitee bestand aus einer kleinen Clique gutwilliger Leute ohne Einfluß. GANDHIS eigene Zeitschrift „Young India" hatte bald eine Auflage von 25 000 und ging in aller Herren Länder. Die Möglichkeit der Propaganda im Ausland war also durch „Young India" viel eher gegeben[71]. GANDHI äußerte diese Ansichten zuerst als seine Privatmeinung, da sich der Ausschuß, der mit ihm zusammen die neue Kongreßverfassung entworfen hatte, zur Abschaffung des britischen Komitees noch nicht bereit finden konnte. Erst die Kongreßsitzung am Jahresende faßte einen Beschluß, der dem britischen Komitee die geldliche Unterstützung aufsagte[72].

Der Kongreß, der im Dezember 1920 in Nagpur unter dem Vorsitz von VIJAYARAGHAVACHARIAR abgehalten wurde, fand noch unter der alten Kongreßverfassung statt, und man befürchtete, daß die Gegner GANDHIS den Kongreß mit Dele-

---

67 RNN, Bengalen 1920, „The Indian Daily News", 26. 10. 1920.
68 Young India, 30. 3. 1921.
69 Young India, 3. 11. 1920.
70 Young India, 20. 10. 1920.
71 Young India, 9. 3. 1922.
72 SITARAMAYYA, op. cit., Vol. I, S. 207.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

gierten füllen würden, die das Programm der Nichtzusammenarbeit überstimmen und damit rückgängig machen könnten[73]. Aber das fruchtete nichts, denn in den alten Zentren der politischen Willensbildung hatte sich inzwischen die Stimmung geändert, und selbst LALA LAJPAT RAI und C. R. DAS mußten GANDHI unterstützen. Auch hier wirkte wieder eine gewisse innere Logik der Agitation mit. Nachdem der Kongreß sich zum Boykott der Landtagswahlen entschlossen hatte, und damit die Möglichkeit, die neue Verfassung auszunützen, nicht mehr gegeben war, mußte er notwendigerweise die Agitation intensivieren, um das Gesetz des Handelns nicht aus der Hand gleiten zu lassen. Die Kongreßpolitiker mußten vor allem beweisen, daß die „Gemäßigten" und andere Verräter, die sich hatten in die Landtage wählen lassen und nun gar Ministerposten bekleideten, nicht das Mandat des Volkes hatten. Das konnte man nur tun, indem man auch die anderen Programmpunkte GANDHIS in die Tat umsetzte und seine Bewegung voll und ganz unterstützte. Es ergab sich daraus, daß GANDHI in Nagpur triumphieren mußte[74]. Die weniger radikalen Politiker, die bisher noch dem Kongreß die Treue gehalten hatten, warnten und mahnten vergeblich. Einer der prominentesten unter ihnen war M. A. JINNAH, der noch auf dem vorigen Kongreß mit GANDHI zusammen für den Dank an MONTAGU plädiert hatte. JINNAH hatte sich bereits pikiert zurückgezogen, als GANDHI im Oktober 1920 die Präsidentenschaft der Home Rule Liga in Bombay übernahm und sie in eine *Swaraj Sabha* umwandelte. JINNAH war seit der Internierung von Frau BESANT Mitglied dieser Liga gewesen, aber die Umwandlung der Liga in ein Organ der Nichtzusammenarbeitsagitation konnte er nicht mitmachen. In Nagpur mußte er entdecken, daß nun auch der Kongreß für ihn zu radikal wurde[75]. GANDHI, der mit den orthodoxen mohammedanischen *Maulanas* zusammenarbeitete, konnte die Mitarbeit des verwestlichten JINNAH wohl entbehren, und so geriet dieser ehrgeizige, zielbewußte Mann, der erst vor wenigen Jahren einen raschen Aufstieg erlebt hatte, in die politische Einsamkeit, aus der er später verbittert und kompromißlos als Wortführer des mohammedanischen Separatismus hervorgehen sollte[76].

Die Welle der *Khilafat*bewegung schwoll immer noch an und ließ die trügerische Scheinblüte der nationalen Einheit von Hindus und Mohammedanern sich immer weiter entfalten. Einige Phänome dieser Bewegung hätten GANDHI und seine Gefolgsleute eigentlich bedenklich stimmen müssen, doch im Feuer der agitatorischen Begeisterung wurde alles im Sinne des gemeinsamen Strebens gedeutet. Im Laufe des Jahres 1920 versuchten viele Mohammedaner, ganz im Sinne ihres extraterritorialen Patriotismus, Indien zu verlassen, um bei dem mohammedanischen EMIR VON AFGHANISTAN Zuflucht zu suchen. Die Haltung der britischen Kolonialmacht gegenüber dem Kalifen machte ihnen Indien zum *„Dar-ul-Harb"* (friedloses Land), das man auf dem Wege der *Hejrat*, der religiösen Flucht, verlassen müsse, um *„Dar-ul-Islam"* (Land des Glaubens) aufzusuchen. Der EMIR konnte diese löbliche Bewegung, die, wenn sie ernsthafte Ausmaße annahm, sein Land zu überfluten drohte, nicht lange unterstützen. GANDHI aber war von dem tiefen Glauben der Flüchtlinge, die sich nicht scheuten, Heim und Herd zu verlassen, um dem Gebot ihrer Religion zu folgen, stark beeindruckt[77]. Hier offen-

---

[73] RNN, Madras 1920, *„Deshabhaktan"*, 10. 12. 1920.
[74] GANDHI, An Autobiography, S. 500 f.
[75] SITARAMAYYA, op. cit., Vol. I, S. 206, siehe auch JAYAKAR, op. cit., Vol. I.
[76] Siehe hierzu S. ABDUL LATEEF, The Great Leader, Lahore 1947.
[77] Young India, 21. 7. 1920.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

barten sich Kräfte, die eine Nation entweder aufbauen oder zerreißen mußten, und GANDHI hoffte, sie im Sinne des Aufbaus und der Befreiung lenken zu können. Um diese Kräfte zu bewältigen, mußte er sich mit ihnen identifizieren, ihnen vorauseilen. Wenn alle Inder solche Einsatzbereitschaft bewiesen wie die mohammedanischen Flüchtlinge, dann dürfte es ein Leichtes sein, die britisch-indische Regierung völlig zu isolieren und damit zu entmachten. Nur durch den blinden Gehorsam und die ergebene Mitarbeit der Inder war es wenigen britischen Beamten möglich, dieses große Land zu regieren[78]. Mit brutaler Gewalt ließen sich die Millionen nicht beherrschen, und einen Ausbruch militärischen Terrors deutete GANDHI als ein Zeichen der Schwäche. Wenn die Briten dazu gezwungen wurden, ihre Macht mit Gewalt aufrecht zu erhalten, dann war der Untergang ihres Reiches nahe. Deshalb hatte GANDHI auch bereits auf dem Sonderkongreß in Kalkutta versprochen, daß mit der Methode der Nichtzusammenarbeit *Swaraj* in einem Jahr erreicht werden könne[79]. Zum Beweis der Durchführbarkeit seines Programms wies GANDHI auch darauf hin, daß in Indien oft die Untertanen einer ungerechten Obrigkeit die Zusammenarbeit verweigert haben[80].

Die Isolierung der britischen Macht ließ sich aber nicht so klar und einfach durchführen, wie GANDHI dies empfahl. Viele Ordnungsfunktionen verbanden die britische Macht mit indischen Interessen. Die britisch-indische Regierung versäumte nicht, auf diese Tatsache hinzuweisen und die Gefolgsleute GANDHIS als Anarchisten darzustellen, die die Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber, die Pächter gegen die Grundbesitzer aufhetzen. GANDHI wies diese Verleumdung zurück, denn er bemühte sich gerade darum, daß die Nichtzusammenarbeitsbewegung nicht in diese Konflikte hineingezogen würde, damit eine einheitliche nationale Front hergestellt werden könne[81]. Die Regierung versuchte jedoch weiterhin, die Grundbesitzer in Loyalistenorganisationen zusammenzufassen. In den Vereinten Provinzen entstanden überall sogenannte *Aman Sabhas*, die sich ab und zu unter dem Vorsitz des britischen Bezirksverwaltungsbeamten trafen, aber sehr viel Begeisterung brachten die loyalen Grundbesitzer für die Verteidigung ihrer Interessen, die nach der Ansicht der Regierung auf dem Spiel standen, nicht auf[82].

Die praktischen Ansatzpunkte der von GANDHI geleiteten Agitation waren freilich auch nicht sehr vielversprechend. Sein Programm war nicht scharf genug definiert und mußte zur Zersplitterung führen. Der Boykott der Wahlen, der ja bereits vor dem Kongreß von Nagpur durchgeführt worden war, konnte noch als der deutlichste Erfolg verbucht werden. Nagpur bedeutete den Triumph GANDHIS und die endgültige Annahme seines Programms, aber es bezeichnete eigentlich den Beginn der Auflösung der Bewegung, denn die noch zu erfüllenden Punkte des Programms waren weniger spezifisch. Die britisch-indische Regierung war sich dieser Lage wohl bewußt und arrestierte im Laufe der nächsten Monate eine Reihe führender Politiker, ließ aber GANDHI selbst ungeschoren, um nicht durch die Verhaftung GANDHIS der Agitation erst den Brennpunkt zu geben, der ihr so offensichtlich fehlte. GANDHI rechnete bereits im November 1920 mit der Möglichkeit seiner Verhaftung und diskutierte die Frage, wie sich das

---

[78] GANDHI, *Hind Swaraj*, S. 27 f.
[79] Young India, 22. 9. 1920.
[80] GANDHI, *Hind Swaraj*, S. 83.
[81] Young India, 20. 4. 1921.
[82] PETER REEVES, „The Politics of Order: Safety Leagues against the Congress in the United Provinces, 1920—1921" (Seminar Report) Australian National University, Department of History, 1962.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

indische Volk in diesem Falle zu verhalten habe, in seiner Zeitschrift „Young India“[83]. O'Dwyer, der Gouverneur des Panjab, hätte Gandhi am liebsten schon im Jahre 1919 nach Birma deportieren lassen, aber Sir William Vincent, der zuständige Beamte im britisch-indischen Innenministerium, setzte sich nach wie vor gegen eine übereilte Verhaftung Gandhis ein. Er vertraute darauf, daß die Nichtzusammenarbeitsbewegung von selbst im Sande verlaufen werde[84]. Im übrigen war man sich darüber im klaren, daß man Gandhi in einem ordentlichen Gerichtsverfahren nur dann belangen könne, wenn er auch die Armee und die Polizei zur Nichtzusammenarbeit aufwiegele und zur Verweigerung der Steuerzahlung aufriefe[85]. Dies tat Gandhi jedoch vorläufig nicht.

Um der Bewegung ein konstruktives Ziel zu setzen, betonte Gandhi zunächst die Verbreitung des Handspinnrades, die großangelegte Mitgliederwerbung für den Kongreß und die Sammlung von 10 Millionen Rupies für den *Tilak Swaraj Fond*. An Geldmitteln fehlte es dem Kongreß nicht, und die Bezirks- und Provinzialgruppen konnten ihre hauptamtlichen Funktionäre und auch die Rechtsanwälte, die im Sinne der Nichtzusammenarbeit ihre Praxis aufgegeben hatten, finanziell unterstützen. Die zentrale Kontrolle der Gelder lag jedoch in den Händen Gandhis und seiner Adjutanten. Bereits im Dezember 1920 spendete Gandhis reicher Freund, der *Marwari* Seth Jamnalal Bajaj, 100 000 Rupies als Hilfsfond für die Rechtsanwälte, die sich der Bewegung angeschlossen hatten. In Kalkutta trauten die reichen *Marwaris* Gandhi mehr als den bengalischen Kongreßfunktionären und sandten ihm großzügige Spenden. Bajaj wurde der Schatzmeister des Kongresses, und Gandhi reiste unermüdlich durch Indien, hielt Massenkundgebungen und sammelte Geld[86]. In Kalkutta jubelten ihm die Studenten zu[87], und in Madras umdrängten ihn die Brahmanen, wie die Zeitung der Nicht-Brahmanen mißbilligend berichtete[88]. In vielen Städten und Städtchen wurde Gandhi von den Stadtverordneten mit Glückwunschadressen überhäuft. Der Boykott erstreckte sich nämlich nicht auf städtische Körperschaften, und viele Anhänger der Nichtzusammenarbeitsbewegung waren in die Stadtverordnetenversammlung eingezogen, ein Anzeichen dafür, daß sich die Bewegung auch in Wahlerfolge ummünzen ließ[89].

Die Industriearbeiter und Pächter wurden ebenfalls von der neuen Bewegung erfaßt. Es wurde ein All India Trade Union Congress gegründet, der dem indischen Nationalkongreß nahestand[90]. Gandhi versuchte jedoch, Konflikte zu vermeiden, um die Bewegung nicht zu zersplittern. Doch auch er konnte nicht verhüten, daß hier und da alte Spannungen nun offen hervortraten. So verkündeten etwa die Pächtervereinigungen in Malabar die Nichtzusammenarbeit mit den Grundbesitzern[91], und wenige Monate später kam es zu einem blutigen Aufstand der mohammedanischen Bauern in dieser Gegend[92]. Dieser *Moplah*-Aufstand zeigte, mit welchem latenten Fanatismus

---

[83] Young India, 10. 11. 1920. [84] B. R. Nanda, Mahatma Gandhi, S. 218 f. [85] Ibid., S. 221.
[86] Sitaramayya, op. cit., Vol. I, S. 212.
[87] Young India, 26. 1. 1921.
[88] RNN, Madras 1921, „Justice“, 9. 4. 1921.
[89] RNN, Madras 1921, „*Deshabhaktan*“, 12. 5. 1921.
[90] P. P. Lakshman, Congress and Labour Movement in India, Allahabad 1947, S. 17 f.
[91] RNN, Madras 1921, „*Kerala Patrika*“, 29. 1. 1921.
[92] Parliamentary Papers, Vol. 26, 1921 (Cmd. 1552) Telegrams regarding Moplah Rebellion, 24. 8.—6. 12. 1921; ferner auch RNN, Madras 1921, „*Deshabhaktan*“ 2. 3. 1921, „*Hitakarini*“, 28. 2. 1921, „*Kerala Chandrika*“, 7. 3. 1921, „*Qaumi* Report“, 1. 3. 1921, über die Anfänge der Unruhen im Gebiet der Moplahs.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

die Führer der nationalen Bewegung in Indien zu rechnen hatten. Und dieser Fanatismus ließ sich im nationalen Sinne nur dann auswerten, wenn er in allgemeinen Demonstrationen seinen Ausdruck fand und sich nicht an konkreten Spannungen entzündete. Die *Moplahs*, die zumeist Pächter brahmanischer Großgrundbesitzer waren, standen jedoch in einer starken Spannung zu ihren Hindu-Nachbarn, und die Botschaft der *Khilafat*bewegung wurde von ihnen auf ihre eigene Weise verstanden. Als Mischlingsnachfahren arabischer Seefahrer hatten sie den Ruf, zäh und jähzornig zu sein. Etliche unter ihnen hatten in der britisch-indischen Armee in Mesopotamien gekämpft und gehörten dem Basra-Regiment an, das gerade aufgelöst worden war. Sie wußten mit modernen Waffen umzugehen und verstanden sich auf Nahkampf und Kleinkrieg. Einer der *Moplahs* ließ sich zum König erklären und gründete ein *Khilafatreich* in Malabar. Hindus wurden mit Gewalt bekehrt oder getötet. Die britisch-indische Armee mußte einen regelrechten Krieg gegen die *Moplahs* führen, und man war überrascht, welch unerwartete Widerstandskraft diese Rebellion zeigte. Mehr als 1000 *Moplahs* wurden getötet[93]. Die Hindus, und besonders die Hindus von Malabar, waren entrüstet und betroffen, einige Mohammedaner weigerten sich, die Schandtaten der *Moplahs* zu verdammen[94]. Die ersten Anzeichen des Zerbrechens der so rasch gefundenen Einheit von Hindus und Mohammedanern machten sich bemerkbar. GANDHI versuchte, das Ereignis als einen isolierten Fall auszuklammern und wies auf die Unwissenheit der *Moplahs* hin, die seit langer Zeit von allen vernachlässigt worden seien und daher Barbaren bleiben mußten. Er hoffte, daß die Einheit von Hindus und Mohammedanern diesen Stoß überwinden werde[95]. Er deutete nicht an, daß er daran denke, wegen dieser Vorfälle seine Bewegung einzustellen, obwohl er wenige Monate später eine ähnliche Tragödie weit geringeren Ausmaßes zum Anlaß nahm, der Agitation ein Ende zu setzen.

Eine andere regionale Bewegung, die dem Ideal der gewaltlosen Nichtzusammenarbeit jedoch im positiven Sinne entsprach, war die *Akali*-Agitation der Sikhs im Panjab. Auch bei dieser Bewegung spielten jüngst aus der britisch-indischen Armee entlassene Soldaten eine führende Rolle[96]. Der Anlaß zu dieser Bewegung war das Verlangen der Sikhs nach der Selbstverwaltung ihrer religiösen Stätten, in denen bisher Hinduverwalter und die britisch-indische Regierung eine vorherrschende Rolle gespielt hatten. Viele der Sikh-Tempel hatten aus Stiftungen ein großes Vermögen. Die Hindu-*Mahants* dieser Tempel konnten kaum dazu gezwungen werden, über ihre Verwaltungstätigkeit Rechenschaft abzulegen. Als die Sikhs sich nun für die Selbstverwaltung der Tempel zu interessieren begannen, kam es zu Zusammenstößen. Einer der *Mahants* hatte sich auf einen solchen Zusammenstoß sorgfältig vorbereitet und ließ eine Gruppe protestierender Sikhs in einem der großen Tempel des Panjab einschließen und von gedungenen Mördern auf greuliche Weise umbringen. Die Nachricht von diesem Verbrechen durcheilte ganz Indien, und die Agitation der Sikhs wurde mit Sympathie verfolgt[97]. Später erstreckte sich die Agitation auch auf die Frage des Rechtes, in einem Garten, genannt *Guru ka Bagh*, Holz zu schlagen. Die Sikhs glaubten, über diesen Garten ihrer Religionsstifter verfügen zu dürfen. Die Regierung verwehrte ihnen

[93] Parliamentary Papers, Vol. 26, 1921 (Cmd. 1552).
[94] SIR C. SANKARAN NAIR, Gandhi und Anarchy, Madras 1922, S. 132 ff.
[95] Young India, 26. 1. 1922.
[96] SITARAMAYYA, op cit., Vol. I, S. 262.
[97] Ibid., S. 212 f.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

dieses, und es wurde an diesem Ort ein regelrechter Ritus des gewaltlosen Widerstandes entwickelt. Gruppen von Sikhs, mit schwarzen Turbanen bekleidet und Gebete murmelnd, ließen sich von der britisch-indischen Polizei Tag für Tag am Eingang dieses Gartens widerstandslos und ohne einen Schmerzenslaut zusammenschlagen[98]. Doch diese regionalen Bewegungen, die *Moplah*-Rebellion in negativer und die *Akali*-Agitation in positiver Hinsicht, waren isolierte Phänomene, die sich an örtlich bedingten Konfliktsituationen entzündeten und daher kaum mit der nationalen Bewegung in Verbindung standen. Von den Verbrechen der *Moplahs* konnte sich GANDHI distanzieren, aber mit den besonderen Anliegen der Sikhs konnte er sich kaum identifizieren, so lobenswert er ihre Verhaltensweise auch finden mochte.

Nach der Zeit der Geldsammlungen, Massenkundgebungen und Mitgliederwerbungen hatte GANDHI als weiteren konkreten Programmpunkt den Boykott importierter Stoffe und die öffentliche Verbrennung aus ausländischem Material gefertigter Kleidung eingeführt[99]. Diese Kampagne verlor auch bald den Reiz der Neuheit, und GANDHI verkündete dann den „zivilen Ungehorsam". Er wies dabei auf seinen Erfolg in Südafrika hin, wo er mit einer großen Schar von Indern in ein Gebiet marschiert war, dessen Betreten den Indern untersagt war. Sie hatten sich dort alle verhaften lassen und so die Behörden in Verlegenheit gebracht. Auf ähnliche Weise wollte er nun in Indien eine Welle der Massenverhaftungen provozieren, bei denen sich die Regierung übernehmen mußte[100]. Die *Khilafat*konferenz hatte bereits beschlossen, die indischen Mohammedaner dazu aufzufordern, nicht mehr in der britisch-indischen Armee zu dienen[101]. GANDHI mußte sich daher darum bemühen, diese Aufforderung in einen allgemeineren Zusammenhang zu stellen, und die Technik des „zivilen Ungehorsams" schien dazu am besten geeignet zu sein.

Der Besuch des PRINCE OF WALES im November und Dezember des Jahres 1921 verschärfte die politische Situation plötzlich, da sich die britisch-indische Regierung gezwungen sah, in den Städten und Gebieten, die der Kronprinz aufsuchte, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Der Kongreß organisierte überall dort, wo der Prinz erschien, einen *Hartal*, und die Regierung versuchte, dieser Aktion jeweils zuvorzukommen, indem sie die führenden Politiker der Region verhaftete. MOHAMMED ALI und SHAUKAT ALI waren bereits im November verhaftet worden, und im Dezember wurde auch der für den Jahreskongreß gewählte Präsident, C. R. DAS, zusammen mit MAULANA ABUL KALAM AZAD und anderen führenden Kongreßpolitikern in Kalkutta arrestiert. Nur GANDHI blieb nach wie vor auf freiem Fuß[102].

Der Kongreß des Jahres fand in Ahmedabad statt, und ein geachteter Khilafatist aus Delhi, HAKIM AJMAL KHAN, sprang anstelle des verhafteten C. R. DAS als stellvertretender Präsident ein[103]. „*Swaraj* in einem Jahr" hatte man nicht errungen. Viele Punkte des Boykottprogramms waren nicht erfüllt worden. Man betonte daher die Leistungen in der Verbreitung des Handspinnens und die Fortschritte der Kampagne gegen den Alkoholgenuß. VALLABHBHAI PATEL, als Präsident des Empfangskomitees,

---

[98] MOTILAL NEHRU et al., Report of the Civil Disobedience Enquiry Committee, Allahabad 1922, Anhang S. 25, Bericht über *Guruka Bagh* von C. F. ANDREWS.
[99] Young India, 6. 7. 1921, 4. 8. 1921, 1. 9. 1921.
[100] Young India, 4. 8. 1921.
[101] Young India, 9. 9. 1921.
[102] Young India, 15. 12. 1921.
[103] Report of the 36th Indian National Congress, Ahmedabad 1921.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

konnte ankündigen, daß sich zwei Landkreise, Bardoli und Anand, auf den kollektiven „zivilen Ungehorsam" vorbereiten[104]. Diese Kreise hatten eine tüchtige Bauernbevölkerung aus der Kaste der *Patidars*, mit denen GANDHI und PATEL bereits 1918 gut zusammengearbeitet hatten. Mit ihnen sollte nun das Experiment der Steuerverweigerung durchgeführt werden. GANDHI ließ sich in einer umfassenden Resolution vom Kongreß diktatorische Gewalt übertragen. Auch wurde beschlossen, daß er jederzeit einen Nachfolger ernennen könne. Da die Regierung begonnen hatte, die Mitglieder der Freiwilligenverbände des Kongresses zu verhaften, besagte die Resolution, daß jeder sich als Kongreßfreiwilliger eintragen und sich ohne Gegenwehr verhaften lassen solle. Die Pläne der Regierung, eine Konferenz am Runden Tisch herbeizuführen, lehnte GANDHI mit Nachdruck ab. Es ging ihm darum, zuerst die Regierung dazu zu zwingen, die Bewegung ernst zu nehmen. In der Resolution wurde daher auch eindeutig festgelegt, daß GANDHI trotz der ihm übertragenen diktatorischen Gewalt nicht bevollmächtigt sei, mit der britisch-indischen Regierung Friedensverhandlungen aufzunehmen[105]. Der Versuch des MAULANA HAZRAT MOHANI, eine Resolution einzubringen, nach der das Wort *Swaraj* im Grundsatzartikel der Kongreßverfassung als „völlige Unabhängigkeit" definiert werden sollte, wurde von GANDHI vereitelt. HAZRAT MOHANI wies darauf hin, daß „*Swaraj* in einem Jahr" erfolglos geblieben sei, und man nun dazu berechtigt sei, den Begriff radikaler zu definieren. Als Khilafatist bestand HAZRAT MOHANI darauf, daß nur die Zerstörung des britischen Imperialismus die Herrschaft des Kalifen retten könne, nur ein unabhängiges Indien könne daher für die *Khilafat*bewegung von Interesse sein. Auch unter den Hindus fanden sich etliche, die diese Resolution unterstützten. Das Kongreßkomitee der Provinz Andhra hatte seine Delegierten beauftragt, für diesen Beschluß zu stimmen[106]. GANDHI erwiderte, daß die Resolution über den zivilen Ungehorsam und die Art und Weise der geplanten Agitation, die man bereits fast einmütig angenommen hatte, mit dieser neuen Resolution unvereinbar sei. Diese neue Resolution mache, wenn man sie annähme, die erste praktisch gegenstandslos, denn während es bei der Agitation um bestimmte Fragen ginge, lenke die neue Resolution die Aufmerksamkeit ab auf ein ganz anderes Gebiet, über das man lieber schweige, solange man nicht eine gewisse Einheit und Stärke erreicht habe, für die man zur Zeit noch gar nicht garantieren könne[107]. HAZRAT MOHANI meldete sich dann noch einmal zu Wort und sagte, das Wort *Swaraj* sei so vage, daß selbst die Regierung es jetzt schon im Munde führe und man befürchten müsse, daß die nächstbeste Verfassungsreform von den Briten als *Swaraj* bezeichnet werde, und man dann in aller Welt behaupten könne, die Inder hätten ja nun bekommen, was sie verlangten. Die Resolution wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt[108].

GANDHIS Haltung in dieser Frage und die Gründe, die er bei der Ablehnung der Resolution anführte, waren bezeichnend für sein politisches Denken. Er hatte bereits in Kalkutta nur auf besonderen Wunsch die Erringung des *Swaraj* in die Hauptresolution aufgenommen und sich dann freilich zu der Äußerung hinreißen lassen, daß bei der Befolgung seines Programms „*Swaraj* in einem Jahr" zu erreichen sei. An sich lehnte er jedoch abstrakte Programmpunkte völlig ab, da sie nicht dazu dienten, die

---

[104] Report of the 36th Indian National Congress, Ahmedabad, 1921
[105] Ibid., S. 34.
[106] Ibid., S. 50 f.
[107] Ibid., S. 57.
[108] Ibid., S. 60.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Menschen zur konkreten Einsatzbereitschaft zu führen, sondern nur ideologische Streitigkeiten auslösten. Der Prozeß der Befreiung mußte in einzelnen Punkten ausgefochten werden. Grundsatzerklärungen waren nur insoweit nützlich, als sie diesem Zweck dienten. Die allgemeine politische Lage mußte in besonderen Aktionen erfaßt und gestaltet, aber nicht durch allgemeine, leere Formeln umschrieben werden. In Ahmedabad hatte GANDHI noch einen zusätzlichen Grund, eine rein verbale Radikalisierung des Programms abzulehnen. Die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung waren auch von der Presse der „Gemäßigten" mißbilligt worden, die Nichtzusammenarbeitsbewegung hatte zumindest einen moralischen Erfolg zu verbuchen. Dies war ohne Zweifel nicht der Zeitpunkt, sich die Sympathien durch eine Unabhängigkeitserklärung von rein theoretischem Wert zu verscherzen[109].

Die Bemühungen um eine Konferenz am Runden Tisch wurden nach der Kongreßsitzung von einigen Politikern und von dem Vizekönig, LORD READING, weiter verfolgt. MALAVIYA hielt in Bombay eine überparteiliche Konferenz ab, die darüber verhandeln sollte, unter welchen Bedingungen man sich mit der Regierung am Runden Tisch treffen könne. SIR SANKARAN NAIR führte den Vorsitz, auch GANDHI nahm an der Konferenz teil, stellte aber solche Bedingungen, daß NAIR entrüstet den Vorsitz der Konferenz abgab. Die Diskussionen führten zu keinem Ergebnis[110].

Auch erwiesen sich die Andeutungen, die der Vizekönig zur Zeit des Besuches des PRINCE OF WALES in Kalkutta gemacht hatte, als durchaus nicht so ernst gemeint, wie die „Gemäßigten" und Vermittler dies gehofft hatten. Im Dezember 1921 war die britisch-indische Regierung in einer sehr prekären Lage und LORD READING war bereit, trotz des Widerstands der meisten Gouverneure, eine Konferenz am Runden Tisch einzuberufen und Zugeständnisse in bezug auf die Verfassungsreform zu machen. Doch der günstige Augenblick war ungenutzt vergangen, der Prinz hatte Kalkutta wieder verlassen, ohne daß es zu den von der Regierung befürchteten Unruhen gekommen war. GANDHI hatte es versäumt, LORD READING beim Wort zu nehmen. READING hatte zur Bedingung gemacht, daß GANDHI die Kampagne der Nichtzusammenarbeit abbrechen solle. GANDHI stellte jedoch nur den Beginn der letzten Phase der Nichtzusammenarbeit, den zivilen Ungehorsam und die Steuerverweigerung, zurück, um das Ergebnis der Vermittlungsverhandlungen abzuwarten. Damit erfüllte er aber nicht READINGS Bedingung und gewährte lediglich der Regierung eine Atempause, ohne sie dazu zu zwingen, Farbe zu bekennen. Auf diese Weise entstand eine seltsame Situation, in der die Vermittelnden für eine kurze Zeit die Hauptdarsteller auf der politischen Bühne wurden. Es ging weder GANDHI noch der Regierung um die Vermittlung, sondern um die Stellungnahme der Vermittler. Wandten sich die „Gemäßigten" dem Kongreß zu, dann wäre die Regierung in der Tat isoliert worden, gelang es der Regierung, sie auf ihrer Seite zu halten, dann konnte die Nichtzusammenarbeit kein voller Erfolg werden. Beide Seiten versuchten daher den Vermittlern ihre Kompromißbereitschaft zu beweisen, ohne ihre Positionen aufzugeben. Sowohl GANDHI als auch READING waren nur dann zu entscheidenden Zugeständnissen bereit, wenn der erste Schritt von der Gegenseite getan wurde[111].

---

[109] Report of the 36th Indian National Congress, Ahmedabad 1921

[110] Young India, 19. 1. 1922, ferner auch M. R. JAYAKAR, The Story of My Life, Vol. II, Bombay 1959, S. 1 ff.

[111] Siehe hierzu D. A. LOW, The Government of India and the First Noncooperation Movement, Australian National University (Seminar Report) 1963.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Die Vermittler selbst waren keine einheitliche Gruppe, sondern spiegelten in ihren Rängen die Spannung zwischen Kongreß und Regierung wieder. Einige gehörten dem Kongreß an, andere der neugegründeten liberalen Partei. Manche waren Freunde und Bewunderer GANDHIS, viele andere gehörten zu seinen unerbittlichsten Kritikern. Jede Stellungnahme GANDHIS oder der Regierung mußte daher auch die Stimmung in der Schar der Vermittler ändern und dem einen oder dem anderen Flügel der Vermittlerkonferenz Auftrieb geben. Diese sogenannten überparteilichen Vermittlerkonferenzen wurden zu ständigen Erscheinungen des politischen Lebens. Der Kreis, der an solchen Konferenzen Interessierten und Beteiligten, zeichnete sich bei dieser Konferenz bereits klar ab. Da war der beredte Rechtsanwalt M. R. JAYAKAR, der zunächst GANDHIS Bewegung nahestand und dann an ihr zu zweifeln begann, und da war M. A. JINNAH, der durch GANDHIS Auftreten sich aus dem politischen Leben verdrängt sah, aber doch keine Gelegenheit versäumte, als ehrlicher Makler aufzutreten. Da waren auch die *Parsi*-Politiker Bombays, die nun keinen Einfluß mehr auf die nationale Politik hatten, aber nach wie vor zu allen Ereignissen Stellung nahmen[112]. MALAVIYA und NAIR vertraten vor allem den Hindu-Standpunkt. NAIR war durch die *Moplah*-Rebellion in seiner Heimat besonders erregt worden[113]. Fast alle Angehörigen der Konferenz mißbilligten den Fanatismus der *Khilafat*bewegung, waren aber auch von den Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung abgestoßen worden. GANDHI verhandelte als einziger Bevollmächtigter des Kongresses mit dieser Konferenz und nahm an ihr nur beratend teil. Er wollte die Beschlußfassung der Konferenz beeinflussen, ohne sich doch mit ihr zu identifizieren. Es lag ihm viel daran, die Konferenz auf seine Seite zu bringen, und er verschob die Kampagne des zivilen Ungehorsams sogar um mehrere Wochen[114]. Die Konferenzteilnehmer wiederum sahen in diesem Entgegenkommen und in der Ablehnung der Unabhängigkeitsresolution durch den Kongreß ein hoffnungsvolles Zeichen, und sie waren daher, mit Ausnahme NAIRS, dazu geneigt, bei der Formulierung ihrer Beschlüsse GANDHIS Wünsche zu berücksichtigen[115]. Der abschlägige Bescheid der Regierung vereitelte diese Vermittlungsversuche, aber die Konferenzteilnehmer blieben miteinander in Verbindung und schufen so ein Medium der politischen Willensbildung, das in Zeiten der Krise in der einen oder anderen Form immer wieder in Anspruch genommen wurde. Die Gruppe umfaßte die weniger radikalen Kongreßpolitiker und in etwa den linken Flügel der „Gemäßigten" und einige „parteilose" Nationalisten[116].

Nach dem Versagen der Vermittlungsversuche kündigte GANDHI den Beginn des zivilen Ungehorsams in der Form der Steuerverweigerung im Landkreis Bardoli an. Er und seine Mitarbeiter erklärten den Bauern noch einmal die Einzelheiten der gewaltlosen Strategie. GANDHI stellte in einem Brief an den Vizekönig die Grundzüge seiner friedlichen Herausforderung dar, und ganz Indien erwartete mit Spannung den weiteren Verlauf der Dinge. Etliche Landkreise in anderen Provinzen hatten bereits seit einiger Zeit Steuerzahlungen aufgehalten, da sie sich auf die Verweigerung der Zahlung vorbereiteten. GANDHI hatte jedoch keine Genehmigung erteilt und

[112] Zu den wichtigsten Mitgliedern der Konferenz gehörten außer JINNAH, JAYAKAR und MALAVIYA auch noch K. NATARAJAN, SIR P. C. ROY, SIR M. VISVESWARAYA, G. M. BHURGRI und die Parsen SIR HORMUSJI WADIA, S. R. BOMANJI und JEHANGIR PETIT, IAR, 1922, S. 354 f.

[113] Siehe hierzu NAIR, op. cit., S. 99 f. und Anhang.

[114] Young India, 19. 1. 1922, und IAR, 1922, S. 362.

[115] IAR, 1922, S. 353.

[116] Siehe hierzu JAYAKAR, op. cit., Vol. II, S. 1 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

wollte zunächst sehen, wie sich Bardoli bewährte[117]. Plötzlich erreichte GANDHI die Nachricht von den Ausschreitungen in Chauri Chaura, einem Dorf im Bezirk Gorakhpur in den Vereinten Provinzen. Die Teilnehmer an einer politischen Prozession hatten sich dort dazu hinreißen lassen, die örtliche Polizeistation anzugreifen und die Polizisten zu ermorden. Diese Gegend im Ostteil der Vereinten Provinzen hatte sich schon lange durch einen gewissen Radikalismus ausgezeichnet, und GANDHIS Programm war dort begeistert aufgenommen worden, ohne daß man dabei GANDHIS Ideal der Gewaltlosigkeit recht ernst nahm. Der Ausbruch in Chauri Chaura war daher nicht nur an sich verwerflich; er deutete auch auf weitere Gefahren hin[118]. GANDHI brach sofort die Arbeit in Bardoli ab und beriet sich in Bombay mit MALAVIYA und seinen Freunden[119]. Dann berief er eine Sitzung des Arbeitsausschusses des Nationalkongresses nach Bardoli ein. Viele der führenden Kongreßpolitiker waren im Gefängnis und hatten daher keinen Einfluß auf die Beratungen. HAKIM AJMAL KHAN, VALLABHBHAI PATEL, RAJENDRA PRASAD und MALAVIYA waren die prominentesten Politiker, die an der von GANDHI einberufenen Sitzung in Bardoli teilnahmen[120]. GANDHI war niedergeschlagen und sah ein, daß sein Programm unter den gegebenen Umständen nicht durchzuführen war. Ferner mußte er feststellen, daß die gemäßigten Nationalisten, an deren Bekehrung ihm viel gelegen war, sich nach anfänglichen Sympathien nun aufgrund dieses gewalttätigen Ausbruches von seinem Programm abwandten. Da es GANDHI aber auf Bekehrung und Selbstbeherrschung, und nicht auf Revolution und Anarchie ankam, mußte er die Kampagne des zivilen Ungehorsams sofort absagen, und der Arbeitsausschuß faßte daher eine Resolution, die dem zivilen Ungehorsam ein Ende setzte und von dem bisherigen Kongreßprogramm nur noch die konstruktiven, sozialreformerischen Aufgaben des Handspinnens, der Abschaffung der Unberührbarkeit, der nationalen Erziehung empfahl[121]. Dieser Beschluß mußte nun dem All-India Congress Committee vorgelegt werden, das sich bald darauf in AJMAL KHANS Haus in Delhi traf, und hier schlug GANDHI eine Welle entrüsteten Widerspruchs entgegen. Die Delegierten Bengalens, Maharaschtras und des Panjab waren nahe daran, GANDHI die Gefolgschaft aufzusagen, und viele der in Haft befindlichen Politiker waren, wie man wußte, auch gegen eine plötzliche Kapitulation[122]. GANDHI war erschüttert, denn selbst seine eifrigsten Gefolgsleute schienen ihn nicht verstehen zu wollen; sie wollten, so schrieb er nachher betrübt und ironisch, „gewaltlose Schläge austeilen“[123].

Die britisch-indische Regierung ergriff bald darauf die Gelegenheit, GANDHI zu verhaften und ihm den Prozeß zu machen. Der Vizekönig war der Meinung, GANDHI habe sich endlich als Politiker ruiniert. Wahrscheinlich hätte der Vizekönig sogar auf eine Verhaftung GANDHIS verzichtet, wenn nicht in den letzten Monaten von London aus ein immer stärkerer Druck auf ihn ausgeübt worden wäre[124]. MONTAGU, der

---

[117] Young India, 2. 2. 1922.

[118] NAIR, op. cit., Anhang, S. 151—175.

[119] IAR, 1922, S. 391.

[120] Young India, 16. 2. 1922, siehe auch RAJENDRA PRASAD, Autobiography, S. 162 ff.

[121] IAR, 1922, S. 392 (Bardoli Resolutions).

[122] Young India, 23. 2. 1922, IAR, 1922, S. 402 ff.

[123] Young India, 2. 3. 1922.

[124] B. R. NANDA, Mahatma Gandhi, S. 237; siehe hierzu auch das Telegramm des Vizekönigs an den Staatssekretär für Indien vom 9. 2. 1922: „It is with the cooperation of the people of India that British rule has hitherto been carried on . . . It has therefore been regarded

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

zunächst allen Verhaftungen und Unterdrückungsmaßnahmen abhold war, wurde von seinen Kollegen und der Opposition bedrängt und fragte schließlich immer ungeduldiger an, warum sich GANDHI denn noch auf freiem Fuße befände. Es ergab sich dann, daß fast zur gleichen Zeit MONTAGU gestürzt und GANDHI verhaftet wurde[125].

Die Verhaftung löste keine großen Unruhen aus, und der Prozeß verlief rasch und ohne Zwischenfälle. Die Anklage beruhte auf einigen Artikeln, die GANDHI in seiner Zeitschrift „Young India" geschrieben hatte, und die dazu geeignet waren, die Loyalität der britisch-indischen Armee anzutasten. Nach den Regeln der Nichtzusammenarbeit verteidigte sich GANDHI nicht und bekannte sich sofort schuldig. In seiner Aussage stellte er dar, wie er vom überzeugten Loyalisten zum kompromißlosen Aufrührer und Verweigerer der Zusammenarbeit geworden sei. Der Richter verurteilte ihn zu sechs Jahren Zuchthaus und wies darauf hin, daß TILAK das gleiche Strafmaß zuerkannt worden sei[126].

Die große Kampagne der nationalen Agitation fand damit ein Ende, denn die nicht verhafteten Politiker, mochten sie auch noch so ungeduldig und einsatzbereit sein, konnten nicht eine Begeisterung am Leben erhalten, die sich im wesentlichen an den Taten und der Geisteshaltung eines einzigen, verehrten Mannes entzündet hatte. GANDHI selbst hatte es bereits schwierig gefunden, die Aufmerksamkeit der Massen zu erhalten. Doch durch seine symbolischen Handlungen und Appelle an die religiösen Gefühle der Massen hatte er es immer wieder verstanden, die nationale Agitation zu entfachen. Seine Deutung des *Satyagraha,* des Festhaltens an der Wahrheit, stand dem alten vedischen Begriff der Wahrheit sehr nahe. In Aussprüchen wie „Gott ist die Wahrheit" und „Gott ist der Inbegriff des Gelübdes" traf er die existenzielle Bedeutung des altindischen Begriffes der Wahrheit, der mit Eid und Gottesurteil in enger Verbindung stand[127]. Dieser Wahrheitsbegriff hatte sich in seiner magischen Bedeutung auch bis in spätere Zeiten erhalten[128]. Die mündliche Überlieferung der Volksreligion diente dazu, diese alten Einsichten in vereinfachter Form weit zu verbreiten, und GANDHIS agitatorische Botschaft folgte den Bahnen dieser Volksreligion. Die Wege der Überlieferung in einer weitgehend analphabetischen Bauernkultur haben ihre eigenen Gesetze. Legenden und religiöse Lehren, die auf ihre Grundbegriffe reduziert werden, verbreiten sich rasch und bleiben lange im Gedächtnis vieler Generationen. Der Wandel von Anschauungen erfolgt selten rasch und bewußt, sondern er nimmt die Form der Umdeutung und Überlagerung an. GANDHIS Botschaften waren dieser Form hervorragend angepaßt. Im Laufe der Agitation paßte er sich auch in seinem persönlichen Lebensstil immer mehr dem vorgeprägten Typ des wandernden religiösen Lehrers an. In der integrierten Form der indischen Dorfgemeinschaft mit ihren Kasten und Normen des täglichen Lebens gibt es kaum eine andere Gestalt als

---

by the Government of India as of the utmost consequence that they should carry with them . . . in any measure that they took against the non cooperation movement . . . the approval and acquiescence of Indian opinion.", Parliamentary Papers, 1922, Vol. 16 (Cmd. 1586).

[125] IAR, 1922, S. 408 f.

[126] Text der Aussage und des Urteils IAR, 1922, S. 412—416.

[127] Siehe hierzu HEINRICH LÜDERS, *Varuna,* Vol. I, Göttingen 1951; ferner auch INDIRA ROTHERMUND, The Philosophy of Restraint — Mahatma Gandhi's Strategy and Indian Politics, Bombay 1963.

[128] MALCOLM WILLIS, The Role of Truth in the Magic of the *Atharvaveda,* unveröffentlichte Dissertation, Yale University 1957, ferner auch W. N. BROWN, „The Basis for the Hindu Act of Truth", The Review of Religions, Vol. V. New York 1941, S. 36—48.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

die des wandernden *Sanyasi*, die das Recht hat, zu kommen und zu gehen, gehört und verpflegt zu werden, ohne doch der Gemeinschaft anzugehören. Die religiöse Bindung macht den *Sanyasi* zum freien Mann; seine Entbehrungen *(tapas)* sichern ihm das Vertrauen und die Verehrung von Seiten seiner Mitmenschen. Bereits die früheren Revolutionäre hatten als politische *Sanyasis* Indien durchzogen[129]. GANDHI nahm jedoch diese Form nicht aus Berechnung an, sondern wurde durch seine Geisteshaltung und den Gang der Ereignisse immer mehr in diese Form gepreßt. Im September 1921 glich er sich auch in seiner Kleidung diesem Lebensstil an. Seit dem Beginn seiner Handspinnkampagne trug er nur handgesponnenes und handgewebtes Tuch, und er machte es auch den anderen Angehörigen des Nationalkongresses zur Pflicht, nur solches Tuch zu tragen. Als nicht genügende Vorräte von diesem Tuch vorhanden waren, forderte er, daß man mit dem auskommen müsse, was zu haben sei und ging mit gutem Beispiel voran, indem er seine eigene Kleidung auf ein Minimum reduzierte[130]. Mit Umhang und Lendentuch sah er dann wirklich wie ein wandernder Büßer aus. Seine „Experimente mit der Wahrheit", wie er seinen Lebenslauf in seiner Autobiographie nannte, führten ihn immer mehr zu einer innerlichen und äußerlichen Identifikation mit den indischen Massen. Doch war dies nicht eine abstrakt-ideologische Identifikation, sondern ein konkreter, selbstverständlicher Vorgang. GANDHIS Symbolik in Wort und Tat war daher unmittelbar einleuchtend und nicht mystisch-esoterisch, wie die Symbolik der Revolutionäre Bengalens[131]. In diesem Sinne unterschied sich auch seine Einstellung zur Frage der nationalen Einheit von der der früheren Revolutionäre. Nach den Lehren des Politischen *Vedanta* entstand diese Einheit als eine Offenbarung des Volksgeistes. Für GANDHI beruhte jedoch die nationale Solidarität auf einer Bekehrung jedes Einzelnen zur Selbstbeherrschung, die sich in konkreten Situationen bewähren mußte. Die Tradition des geistlichen Individualismus, die in Indien vorherrscht, unterstützte die Anschauung GANDHIS. Es war in diesem Zusammenhang auch wichtig, daß GANDHI von Hause aus ein *Vaishnava*[132] war und daher diese Tradition des geistlichen Individualismus im Sinne des persönlichen Bekenntnisses sah, während die früheren Revolutionäre stark von den Anschauungen des *Shivaismus* und der damit zusammenhängenden *Shakti*-Verehrung mit der ihr innewohnenden Idee der schöpferischen Energie und der Betonung esoterischer Riten beeinflußt waren[133]. Dieses esoterische Element entsprach auch der Geisteshaltung der dominanten Minderheiten, denen die früheren Revolutionäre angehörten, während GANDHI aufgrund seines eigenen individuellen, offenen Bekenntnisses viel eher dazu in der Lage war, eine nationale Wirkung zu erzielen. Er bezog seine eigenen Entschlüsse unmittelbar auf die politische Willensbildung der Massen und forderte sie damit zur Nachahmung und Gefolgschaft auf. In diesem Sinne glich er den Predigern christlicher Erweckungsbewegungen, die aus ihrer Erfahrung einer geistlichen Wiedergeburt ein Bekenntnis ableiteten, das ihre Mitmenschen zu einem ähnlichen Erlebnis aufrufen sollte. Seine Agitation litt daher auch in mancher Hinsicht unter Erscheinungen, die sich auch bei diesen Erweckungsbewegungen beobachten

---

[129] HDP, März 1910, Nr. 33—40.

[130] IAR, 1922, S. 44.

[131] Siehe hierzu INDIRA ROTHERMUND, op. cit., 2. Kapitel: Gandhi's Terms and Symbols, ferner auch PAL, The New Spirit.

[132] GANDHI, Autobiography, S. 330, 493.

[133] V. P. VARMA, op. cit., S. 209.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

lassen. Sie erfaßte verschiedene Gruppen und Schichten und bewirkte ein plötzliches Gefühl der Harmonie und der Einheit, das in seiner Intensität nicht lange anhalten kann und dann leicht ins Gegenteil umschlägt, wenn nach Erweckung und Bekenntnis die Spannungen des Alltags wieder hervortreten. Diese Gefahr wurde noch erhöht durch den quasi-chiliastischen Unterton der nationalen Bewegung, denn GANDHIS Losung „*Swaraj* in einem Jahr" hatte dazu beigetragen, die Dringlichkeit von Erweckung und Bekenntnis zu verstärken, und nach dem Ablauf der gesetzten Frist mußte die Enttäuschung um so größer sein. GANDHI hatte die Frist mehrmals verlängert. Er hatte die Losung auf dem Sonderkongreß im September 1920 geprägt, und die Frist mußte daher eigentlich im September ablaufen. Er bezog sie jedoch dann auf das Jahresende und auf den Kongreß von 1921[134]. Ihm war dieses Versprechen nachträglich sehr unangenehm, und man konnte seinen Äußerungen entnehmen, daß er die unglückliche Losung hinwegbeschwören wollte. Er begann seinen Bericht über den Kongreß von 1921 mit den Worten: „Die Kongreßwoche war eine freudenvolle, festliche Zeit. Keiner dachte, daß *Swaraj* noch nicht errungen ist"[135]. In der Diskussion über HAZRAT MOHANIS Unabhängigkeitserklärung mahnte er die Kongreßteilnehmer, an dem Grundsatzartikel des Kongresses festzuhalten und wies darauf hin, daß die Gültigkeit dieses Grundsatzartikels nicht an die Jahresfrist gebunden sei[136]. Es ging ihm also darum, die Grundsätze der Kongreßorganisation von der abgelaufenen Losung zu isolieren. Im Unterschied zu anderen chiliastischen Verheißungen bezog sich GANDHIS Botschaft nur auf die innere Erneuerung und die persönliche Entscheidung. Andere Bewegungen dieser Art, die auch die Nichtzusammenarbeit mit der Obrigkeit, die Abkehr von bisherigen Verhaltensweisen, die Zurückziehung predigten, wiesen immer auf das nahe Bevorstehen eines übernatürlichen Ereignisses hin[137]. Doch wenn auch GANDHI selbst keine übernatürlichen Phänomene andeutete, so waren seine Erscheinung und seine Symbolsprache dazu geeignet, im Volk religiöse Erwartungen zu erregen. Er wurde nicht nur als *Mahatma* verehrt; manche Inder glaubten, er sei ein *Avatar*, die Inkarnation eines Gottes, der gekommen sei, um das Land zu befreien. Sein *Satyagraha* gemahnte an die Idee des *Satyayuga*, des goldenen Zeitalters der indischen Mythologie. Während jedoch dieses goldene Zeitalter ein Zustand der Vollkommenheit war, der darin bestand, daß jeder seinem eigenen *Dharma* folgte, das heißt ganz selbstverständlich seine Pflicht tat, und die Summe aller Pflichten eine vollendete Harmonie ergab, war *Satyagraha* ein Streben nach Vervollkommnung, und es wohnte ihm daher, wie allen solchen Bestrebungen, die Gefahr der *Hybris* inne. GANDHI sah diese Gefahr. Er meinte jedoch, daß die Forderung der Gewaltlosigkeit die Gefahr banne. Er bestand daher auch auf einer disziplinierten Vorbereitung aller derer, die *Satyagraha*, vor allem in der verschärften Form des zivilen Ungehorsams, ausüben wollten[138]. Das Handspinnen war für ihn eine solche Form der Vorbereitung. Seine Mitstreiter verstanden seine Forderungen oft nicht, und als er bei einer Sitzung des Arbeitsausschusses darauf hinwies, daß nur bewährte Handspinner für den zivilen Ungehorsam eingesetzt werden sollten, wurde er von MOTILAL NEHRU und einigen seiner Kollegen ausgelacht[139].

---

[134] NAIR, op. cit., S. 82 ff. [135] Young India, 5. 1. 1922.
[136] Report of the 36th Indian National Congress, S. 57.
[137] Siehe hierzu SYLVIA THRUPP (ed.) Millenial Dreams in Action, Den Haag 1962.
[138] Siehe hierzu INDIRA ROTHERMUND, op. cit., 3. Kapitel: Gandhi and the Hindu Tradition.
[139] B. R. NANDA, Mahatma Gandhi, S. 235.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Die volle Bedeutung der Botschaft GANDHIS wurde nur von wenigen verstanden, obwohl seine Agitation von weiten Kreisen begeistert aufgegriffen wurde. Letztlich führte diese Agitation jedoch nicht zu der Selbstbeherrschung im Sinne GANDHIS, sondern diente dem Abreagieren von Spannungen, die durch die Nachkriegserwartung und die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes in Indien aufgetreten waren. Auch in anderen kolonialen Gebieten sind Bewegungen beobachtet worden, die durch Rückzug und Erweckung die Selbstbestimmung und den Protest gegen die Autorität der Kolonialmacht zum Ausdruck brachten und chiliastische Formen annahmen[140].

Die Verschiedenheit der religiös-kulturellen Grundlagen erschwert eine vergleichende Betrachtung dieser Ausbrüche, und die Lage in Indien, das bereits lange den ersten Kulturkontakt mit dem Westen hinter sich hatte und selbst eine hohe Kultur besaß, läßt eine Gleichsetzung mit einfacheren und enger begrenzten Phänomenen nicht zu. Ein gemeinsamer Zug aller dieser Bewegungen läßt sich aber vielleicht doch feststellen. Sie dienten der Darstellung und Dramatisierung bestehender Spannungen und führten nur selten zum Umsturz und Wandel der bestehenden Ordnungsmacht, sondern schufen durch die Artikulation latenten Unbehagens in einem Protestritus einen Ausweg.

Der Übergang von einem latenten Zustand zur Ausrichtung auf ein Ziel kann durch eine zielstrebige Anpassung an die Erfordernisse dessen, was zu erreichen ist, erfolgen. Doch läßt sich die latente Energie auch auf dem Wege der Darstellung und des Ritus verbrauchen[141]. GANDHI sah seine Kampagne im ersteren Sinne, doch die große Masse seiner Anhänger folgte ihm, weil er etwas darstellte, das sie nachempfinden konnten und ihnen dazu verhalf, ihr Unbehagen zum Ausdruck zu bringen. Die indische Charakterlehre unterscheidet drei Hauptcharakterzüge *(gunas), sattvic,* dem Wahren und Wesentlichen verpflichtet, *rajasic,* dem Herrschen und der Leidenschaft verbunden oder *tamasic,* dem äußeren Schein ergeben zu sein[142]. GANDHIS Haltung war *sattvic,* sein Gebot der Gewaltlosigkeit bedingte, daß weder er, noch seine Gefolgschaft *rajasic* sein durften, aber die Masse seiner Anhänger war ohne Zweifel *tamasic.* GANDHI hoffte, auf dem Wege der Darstellung die innere Wahrheit seiner Botschaft zu unterstreichen, aber für die große Mehrheit wurde das Symbol zum Ziel, die Darstellung zur Überwindung.

Die Problematik der „Experimente mit der Wahrheit", die GANDHI in diesen Jahren machte, läßt sich von einem westlichen Standpunkt anhand des Gegensatzpaares der Gesinnungs- und der Verantwortungsethik charakterisieren[143], oder, in indischer Sicht, durch die Suche nach der existentiellen Bindung in der Wahrheit mit dem ihr innewohnenden Wagnis erklären[144]. Für GANDHI gab es gewissermaßen einen ethischen Kosmos, in dem individuelles und kollektives Handeln, Aktion und Reaktion, Mittel und Zweck, Ausgangspunkt und Ziel einander entsprachen, und Erfolg

---

[140] Siehe hierzu JUSTUS M. VAN DER KROEF, „Messianic Movements in the Celebes, Sumatra and Borneo", und GEORGE SHEPPERSON, „Nyasaland and the Millenium", in SYLVIA THRUPP (ed.) op. cit., S. 80 ff. und S. 144 ff.

[141] TALCOTT PARSONS, ROBERT F. BALES und EDWARD A. SHILS, Working Papers in the Theory of Action, Glencoe, Illinois 1952, vor allem 5. Kapitel: Phase Movement in Relation to Motivation, Symbol Formation, and Role Structure, S. 189 ff.

[142] Siehe hierzu HEINRICH ZIMMER, Philosophies of India, New York 1956, S. 230.

[143] Siehe hierzu W. E. MÜHLMANN, Mahatma Gandhi, Tübingen 1949, S. 211 ff.

[144] INDIRA ROTHERMUND, op. cit., S. 57 ff., S. 64 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

oder Versagen an einer Stelle zugleich eine ähnliche Wirkung in anderen Bereichen hervorrufen mußte. Die Bewertung seines Handelns verlangt daher eine Analyse und Kritik seiner Strategie und Taktik unter dem Gesichtspunkt dieser ethischen Entsprechungen. Eine berechtigte Kritik weist darauf hin, daß der erste Ausgangspunkt des gewaltlosen Feldzuges, der Protest gegen die ROWLATT-Gesetze, bereits ein Fehlstart war, da diese Gesetze nicht angewandt wurden und im Gegensatz zu dem „schwarzen Gesetz" Südafrikas, das GANDHI mit Erfolg bekämpft hatte, nicht zu einer gezielten Gesetzesübertretung Anlaß boten[145]. Auch der Nichtzusammenarbeitskampagne fehlt es an einem klar erkennbaren Mittelpunkt, und sie war daher im eigentlichen Sinne „unwahrhaftig". GANDHI mußte sein Angriffsziel mehrfach wechseln. Ein taktischer Fehler war dann die Ablehnung der von LORD READING angebotenen Konferenz am Runden Tisch. Die rechtzeitige Ausnutzung dieses Angebotes hätte die Regierung dazu gezwungen, sich in einem entscheidenden Augenblick politisch zu engagieren. Zehn Jahre später versuchte GANDHI in einer neuen Kampagne diese strategischen und taktischen Fehler zu vermeiden, doch in der Zwischenzeit änderte sich die politische Lage und viele Probleme, die im Jahre 1922 noch unbestimmt waren, wurden im Laufe der nächsten zehn Jahre zu unüberwindlichen Hindernissen, die GANDHI entgegentraten, als er schließlich den Weg zu einer Konferenz am Runden Tisch fand.

---

[145] SIMONE PANTER-BRICK, Gandhi contre Machiavel, Paris 1963, S. 86 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

7

Der Kampf um die Verfassung

Nach dem Erlebnis der großen Agitation mußten sich die indischen Politiker mit der Struktur der Machtpositionen auseinandersetzen, die im Rahmen der britisch-indischen Verfassungsreformen entstanden waren. Man mußte entweder die Agitation wiederbeleben, oder sich in die Landtage und die zentrale gesetzgebende Versammlung wählen lassen, um das Gesetz des Handelns nicht aus der Hand gleiten zu lassen. Durch die Einkerkerung GANDHIS und seinen Entschluß, die Agitation zu suspendieren, blieb eigentlich nur der zweite Weg offen. Um ganz klar zu sehen, bildete man ein Kongreßkomitee, das durchs Land reisen und durch Nachfragen feststellen sollte, inwieweit die Bevölkerung und die Kongreßorganisationen zur Wiederbelebung des zivilen Ungehorsams in der Lage seien[1]. Dem Komitee gehörten mehrere führende Politiker an, die noch vor wenigen Monaten im Gefängnis gesessen hatten, aber inzwischen wieder freigelassen worden waren. Der führende Kopf des Komitees war MOTILAL NEHRU, der auch den Bericht des Komitees verfaßte. Sein Gegenspieler war C. RAJAGOPALACHARI, der treue Gefolgsmann GANDHIS aus Madras. NEHRU und zwei seiner Kollegen zogen aus den Einsichten, die das Komitee gewonnen hatte, die Schlußfolgerung, daß die Kongreßpolitiker nun die Botschaft der Nichtzusammenarbeit in die Landtage und die gesetzgebende Versammlung hineintragen müßten, um den Rahmen der unzulänglichen Verfassung zu sprengen. HAKIM AJMAL KHAN, einer der Kollegen NEHRUS, der dieser Meinung beipflichtete, tat dies hauptsächlich deshalb, weil er sah, daß der Kongreß mit dem konstruktiven Programm, das GANDHI als Alternative zur Agitation vorgeschlagen hatte, auch keine Fortschritte machte und sich ein allgemeines Erschlaffen der Kongreßorganisation bemerkbar machte[2]. RAJAGOPALACHARI hielt jedoch dagegen, daß der Boykott der Verfassung fortgeführt werden müsse, da er einer der Hauptpunkte des Programms der Nichtzusammenarbeit sei. Er hielt es auch für sehr fraglich, ob die Kongreßpolitiker bei den kommenden Wahlen eine derartige Mehrheit erringen könnten, daß es ihnen möglich sei, den Rahmen der Verfassung von innen heraus zu sprengen. RAJAGOPALACHARI und der ihn unterstützende KASTURIRANGA IYENGAR hatten dabei auch den Landtag in ihrer Heimatprovinz Madras vor Augen, der zur Zeit der Berichterstattung von der Nicht-Brahmanen-Partei beherrscht wurde, und als Brahmanen waren sie sich dessen bewußt, daß ein Sprengen der Verfassung von innen her in Madras zunächst eine Überwindung der Nicht-Brahmanenbewegung bedeuten mußte, die gerade in vollem Schwung war[3]. DR. ANSARI, der dritte im Bunde, der sich gegen den Eintritt von Kongreßpolitikern in die Landtage und die gesetzgebende Versammlung aussprach, war ein treuer Khila-

[1] MOTILAL NEHRU et al., Report of the Civil Disobedience Enquiry Committee appointed by the All-India Congress Committee, Allahabad 1922.

[2] Ibid., S. 132.

[3] Siehe hierzu RNN Madras 1921, ferner C. R. DAS, The Way to Swaraj, Speeches of Deshbandhu Das, Madras 1923, S. 39 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

fatist, und ein *Khilafat*komitee, das sich mit derselben Frage wie das Kongreßkomitee beschäftigte, kam zu dem Entschluß, den Boykott in allen Punkten fortzuführen[4]. Das Kongreßkomitee endete also seinen Bericht mit einem deutlichen „Unentschieden", da drei der sechs Mitglieder für und drei gegen den Eintritt in die Legislaturen plädierten. Der Bericht des Komitees wurde mit diesen Meinungsäußerungen veröffentlicht und dem Präsidenten der nächsten Kongreßsitzung zur weiteren Beschlußfassung vorgelegt[5].

Der Präsident des Kongresses von 1922 war C. R. Das, der erst im August des Jahres wieder aus der Haft entlassen worden war. Als radikaler *Bhadralok*-Politiker, der sich nach anfänglichem Zögern der Agitation Gandhis angeschlossen hatte, mußte Das nun danach trachten, den bengalischen Landtag zu erobern, in den seine gemäßigten Kollegen zur Zeit der boykottierten Wahlen eingezogen waren[6]. Die geteilte Meinung des Kongreßkomitees kam ihm daher sehr gelegen, und er schloß sich sofort der Meinung Nehrus an. Er hatte begründete Hoffnungen, bei den nächsten Wahlen eine Mehrheit zu erringen, denn außer den wenigen und schlecht organisierten Gemäßigten gab es in Bengalen keine Gruppe, die ihm ernsthafte Schwierigkeiten bereiten konnte. Ein Nicht-Brahmanen-Problem, wie in Madras und in gewisser Hinsicht auch in Bombay, gab es in Bengalen nicht, und aufgrund der noch anhaltenden agitatorischen Einheit von Hindus und Mohammedanern konnte er auch mit der Unterstützung der bengalischen Mohammedaner rechnen. Er brachte daher gleich nach der Veröffentlichung des Berichtes des Kongreßkomitees eine Pressemitteilung heraus, in der er in vorsichtigen, aber deutlichen Worten für die „Nichtzusammenarbeit innerhalb der Landtage" eintrat[7].

Viele Anhänger Gandhis waren der Meinung, daß das Komitee mit seiner Meinungsäußerung zu dieser Frage seine Kompetenzen überschritten habe, zumal die meisten Aussagen, die bei den Umfragen des Komitees gemacht worden waren, gegen einen Eintritt in die Landtage und die gesetzgebende Versammlung gerichtet waren[8]. Kontroversen, Parteiungen, sachliche und persönliche Differenzen knüpften sich in den kommenden Monaten an diese leidige Frage. Das und Nehru hatten die Initiative ergriffen, und nach und nach gesellten sich Gleichgesinnte zu ihnen: Satyamurti in Madras, Jayakar und Jinnah in Bombay, Tilaks Gefolgschaft auf dem Dekkan, die Hindus von Lahore schlossen sich der neuen Richtung an[9]. Doch die Gegenpartei hatte die Mehrheit im Kongreß, beherrschte fast sämtliche Kongreßorganisationen in den Provinzen und hatte die Überreste des von Gandhi gesammelten *Tilak Swaraj* Fonds zur Finanzierung der politischen Arbeit in den Händen[10]. Selbst in Bengalen war das Provinzialkomitee des Kongresses gegen Das. Ohne Zweifel hatten die Gegner die Logik der Nichtzusammenarbeit auf ihrer Seite und konnten geltend machen, daß es sehr schwer sein dürfte, den Massen das subtile Argument der „Nichtzusammenarbeit innerhalb der Landtage" zu erklären. Ferner befürchtete man, daß das neue Programm

---

[4] Siehe hierzu Tagore & Co. (ed.), Report of the Civil Disobedience Enquiry Committee, Madras 1922, Anhang I, Report of *Khilafat* Enquiry Committee.

[5] Siehe hierzu Report of the 37th Indian National Congress, Gaya 1922.

[6] Surendranath Banerjea, A Nation in the Making, S. 350 ff.

[7] Text der Pressemitteilung von C. R. Das siehe Tagore & Co. (ed.), op. cit., Anhang II, S. 129.

[8] Ibid., S. 134 ff.

[9] M. R. Jayakar, op. cit., Vol. II, S. 47 ff.

[10] Ibid., S. 31.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

nicht nur die Reinheit der Bewegung zerstören, sondern auch die Konflikte zwischen Hindus und Mohammedanern wiederaufleben lassen werde. Auch dürften beim Eintreten von Kongreßpolitikern in die Landtage die „Gemäßigten", die dort bisher ihre Plätze behauptet hatten, völlig zu Bundesgenossen der Bürokraten werden, und das soziale Aufbauprogramm, das GANDHI als Alternative zum sofortigen zivilen Ungehorsam empfohlen hatte, mußte durch das neue Programm völlig in den Hintergrund gedrängt werden[11].

Bis zum Jahreskongreß, der diesmal in Gaya, Bihar, stattfand, hatten sich die Parteilinien bereits verhärtet, und es mußte dort zu einem Zusammenstoß zwischen „Pro-changers" und „No-changers", wie man die beiden Richtungen nannte, kommen. Kurz vor dem Kongreß, im November 1922, trafen sich die „Pro-changers" in DAS' Haus in Kalkutta im Anschluß an eine Sitzung des All-India Congress Committee[12]. Die Gründung einer neuen Partei innerhalb des Kongresses zeichnete sich bereits deutlich ab. Da man nicht hoffen konnte, die Mehrheit des Kongresses zu gewinnen, wollte man zumindest erreichen, daß der Kongreß sich nicht offen gegen das neue Programm wandte. Das schwankende Schicksal der *Khilafat*bewegung, die mit dem Sieg der Jungtürken über die Griechen und dem Fall der Regierung LLOYD GEORGE sich optimistisch entspannte, durch den Zusammenbruch der Verhandlungen in Lausanne aber wieder umgestimmt wurde, spielte bei den Auseinandersetzungen um die Zukunft des Nichtzusammenarbeitsprogramms auch eine wichtige Rolle[13]. Zur Zeit des Kongresses in Gaya standen die Khilafatisten wieder auf dem Standpunkt, daß ein Eintritt in die Landtage und die gesetzgebende Versammlung mit dem mohammedanischen Recht nicht vereinbar sei. Die Delegiertenwahlen für den Kongreß waren überall scharf ausgefochten worden, und die Mehrzahl der Gewählten stand der Gruppe um NEHRU und DAS durchaus ablehnend gegenüber[14]. NEHRUS Resolution, die den Eintritt in die Landtage und die gesetzgebende Versammlung empfahl, wurde daher mit großer Mehrheit niedergestimmt. Aber DAS und NEHRU gründeten sofort im Anschluß an den Kongreß die All-India *Khilafat* Congress *Swaraj* Party und nahmen damit die Unterstützung aller Bewegungen, die bisher die Massen erreicht hatten, in Anspruch. DAS stellte sogar sein Amt als Kongreßpräsident zur Verfügung, um seinem Programm treu zu bleiben. Sofort nach der Gründung der neuen Partei entwarf DAS eine neue Verfassung, die bereits im Januar 1923 veröffentlicht wurde. Mit dieser Verfassung wollte er seinem Obstruktionsprogramm einen positiven Gehalt verleihen. *Panchayats* nach altindischem Muster waren die Grundeinheiten dieses neuen Entwurfes, und ein System konzentrischer Kreise indirekter Wahlen vom Orts*panchayat* bis zum nationalen *Panchayat* sollte den Rahmen der politischen Willensbildung erfüllen[15]. Verfassungsentwürfe dieser Art spielen bis auf den heutigen Tag im politischen Leben Indiens eine große Rolle, und DAS hatte daher mit seiner *Swaraj*-Verfassung einen Ton angeschlagen, der in vielen Kreisen eine Resonanz fand. In späteren Jahren sollten M. N. ROY und JAYAPRAKASH NARAYAN ähnliche Verfassungsentwürfe vorlegen, die jeweils von den gutwilligen Intellektuellen ihrer Zeit als eine neue

---

[11] TAGORE & Co. (ed.) op. cit., S. 141.

[12] JAYAKAR, op. cit., Vol. II, S. 37.

[13] IAR, 1923, Vol. II, S. 57 ff.

[14] Ibid., S. 56.

[15] Siehe hierzu den Verfassungsentwurf von C. R. DAS in National Convention Memoranda, No. 2, 1923.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Offenbarung gefeiert wurden[16]. Die zeitgenössischen Kollegen von C. R. Das analysierten seine Verfassungsvorschläge kaum, da sie von „No-changers" einerseits und „Gemäßigten" andererseits hart bedrängt, zunächst anderweitig beschäftigt waren. Es gelang jedoch Das und seiner Partei nach etlichen Sitzungen des All-India Congress Committee und einem Sonderkongreß in Delhi im September 1923, den Widerstand der „No-changers" langsam aufzuweichen und zu erreichen, daß der Kongreß den Eintritt in die Landtage und die gesetzgebende Versammlung zwar nicht billigte, aber ihm doch auch nichts entgegenstellte. Maulana Abul Kalam Azad, als Präsident des Sonderkongresses, bemühte sich sehr um diese Kompromißlösung. In den Monaten zwischen den Sitzungen in Gaya und Delhi war der Kongreß durch eine Reihe von Krisen gegangen und ein Interimspräsident hatte den anderen abgelöst, auch der Arbeitsausschuß war mehrfach umgebildet worden[17]. Es kam hinzu, daß C. R. Das auf einer Vortragsreise durch die Provinz Madras, die unter Rajagopalacharis Einfluß eine der Hochburgen der „No-changers" geworden war, eine fast schon vergessene Kontroverse wieder angefacht hatte, als er darauf hinwies, daß die Regierung ihm im Dezember 1921, als er im Gefängnis saß, eine Art Waffenstillstand angeboten hatte, der von ihm gutgeheißen, von Gandhi aber durch überhöhte Forderungen vereitelt worden sei. Darauf brach ein Sturm gegenseitiger Anschuldigungen los[18]. Die „No-changers" versuchten auch mit allen Mitteln, den zivilen Ungehorsam wiederaufleben zu lassen, um zu beweisen, daß die Bewegung noch nicht ins Stocken geraten war. Ein Flaggen-*Satyagraha* in Nagpur, wo die Polizei eine Prozession, die mit der von Gandhi entworfenen Nationalfahne herumzog, aufgehalten hatte, bot dazu eine gute Gelegenheit[19]. Die Weiterentwicklung der *Akali*-Agitation der Sikhs, und die zunehmende Stärke der *Shiromani Gurdwara Prabhandak* Komitees, die die Verwaltung der heiligen Stätten der Sikhs an sich bringen wollten, wurde von den Befürwortern der Fortsetzung des zivilen Ungehorsams auch begrüßt. Die *Akali*-Agitation spitzte sich in diesen Monaten zu, und die britisch-indische Regierung sah sich schließlich gezwungen, den Maharaja von Nabha, einen Sikhprinzen, der schon seit vielen Jahren als führende Gestalt der Reformbewegungen der Sikhs hervorgetreten war, durch allerlei zweifelhafte Manöver einzuschüchtern und zur Abdankung zu zwingen. Die Sikhs organisierten daraufhin eine erneute Kampagne, der sich etliche indische Nationalisten anschlossen. Auch Jawaharlal Nehru befand sich auf einmal zur großen Bestürzung seines Vaters in einem finsteren Gefängnis dieses Fürstenstaates, der nun von einem britischen Beamten regiert wurde[20]. Doch alle diese Agitationen blieben Episoden, die nicht darüber hinwegtäuschen konnten, daß eine umfassende nationale Agitation zur Zeit nicht möglich war.

---

[16] Siehe hierzu M. N. Roy, Constitution of Free India, A Draft endorsed and released for public discussion by the Radical Democratic Party, Delhi 1944, zu Jayaprakash Narayans Vorstellungen siehe „J. P's. Thesis", vervielfältigtes Manuskript, zirkuliert im Kreise seiner Freunde in Indien.

[17] Siehe hierzu Jayakar, op. cit., Vol. II, S. 71 ff. und B. Pattabhi Sitaramayya, op. cit., Vol. I, S. 254 ff.

[18] C. R. Das, The Way to Swaraj, S. 162 ff, ferner auch Maulana Abul Kalam Azad, op. cit., S. 17 f.

[19] B. Pattabhi Sitaramayya, op. cit., Vol. I, S. 257.

[20] Siehe hierzu Jawaharlal Nehru, Autobiography, S. 109 ff., zur Bedeutung des Maharaja von Nabha in der Sikh-Reformbewegung siehe Morley Papers, H. H. Risley an Morley, 13. 5. 1909, Risley berichtete: „Some curious religious movements are going on

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Inzwischen konnte C. R. Das in Bengalen mit seiner Partei die Führungsposten im Provinzialkongreßkomitee erobern und die „No-changers" verdrängen. Kurze Zeit später folgten die Wahlen für die Landtage und die gesetzgebende Versammlung, in denen die *Swaraj*-Partei überall gute Erfolge erzielte. Die alten „Gemäßigten" fielen fast alle den siegreichen *Swaraj*-Kandidaten zum Opfer, und in Bengalen wurde selbst der berühmte Surendranath Banerjea von dem jungen unbekannten Kandidaten der *Swaraj*-Partei, Dr. B. C. Roy, geschlagen. Motilal Nehru wurde der Führer der Opposition in der gesetzgebenden Versammlung[21]. C. R. Das wurde in Bengalen vom Gouverneur zur Bildung eines Ministeriums eingeladen, lehnte dies aber aufgrund der Prinzipien seiner Partei ab[22]. Eine absolute Mehrheit hatte die Partei nur in den Central Provinces erreicht; in allen anderen Provinzen war sie lediglich die stärkste, einheitliche Gruppe. Es war der Partei nur gelungen, die „Gemäßigten" zu verdrängen, ohne jedoch die zahlreich vertretenen Spezialinteressen, wie etwa Grundbesitzer, Nicht-Brahmanen etc. zu beeinträchtigen[23]. Die Kandidaten waren von den allgemeinen Wählerschaften gewählt worden. In Bengalen gehörten aber auch 22 mohammedanische Landtagsabgeordnete der *Swaraj*-Partei an[24].

C. R. Das trat daher kurz nach den Wahlen mit einem „Bengal National Pact" an die Öffentlichkeit. Das wußte nur zu gut, daß die Mohammedaner in Bengalen, wo sie zahlenmäßig in der Mehrheit, wenn auch bis zu diesem Zeitpunkt politisch noch nicht sehr aktiv waren, im Rahmen der Verfassungsreformen große Möglichkeiten hatten. Sein Angebot, im Falle der Erringung des *Swaraj* alle Ämter und Sitze im Landtag im Verhältnis 60 % : 40 % zugunsten der Mohammedaner aufzuteilen, war daher keine überflüssige Großzügigkeit, sondern nur eine vorgreifende Anerkennung der politischen Machtverhältnisse, mit der sich Das die Initiative und damit den eigenen Vorsprung sichern wollte. Nur wenige Jahre später wurde mit dem raschen Aufstieg Fazlul Huqs, der im Jahre 1920 noch ein Gefolgsmann von C. R. Das war, und mit dem raschen Machtverlust der *Bhadralok*-Politiker deutlich, daß C. R. Das die Entwicklung richtig eingeschätzt hatte. Er wollte die Mohammedaner an sich binden, solange sein politischer Realismus noch als Großzügigkeit ausgelegt werden konnte. Im Grunde wichen die Zahlen, die er in seinem Pakt angab, nicht einmal von den Prinzipien ab, die in einem allgemeinen nationalen Pakt ihren Ausdruck fanden, der zur gleichen Zeit von einer Kommission im Auftrage des Kongresses ausgearbeitet wurde. Die krassen Zahlenangaben in dem „Bengal National Pact", die zum erstenmal verdeutlichten, welche Zugeständnisse ein solcher Pakt beinhalten müsse, erregten jedoch alle jene, die das nicht wahrhaben wollten. Es kam hinzu, daß die allgemeine Stimmung sich noch an der agitatorischen Einheit von Hindus und Mohammedanern orientierte und man daher ein solches Paktieren, das die Frage der Einheit von den Gefilden edler Gefühle auf die Ebene des politischen Kuhhandels herabzuzerren schien, ohnehin als einen Sündenfall ansah. Aber auch die Gegner des Paktierens mußten eingestehen, daß überall im Lande

---

in the Punjab. The young educated Sikhs of whom the Tikka Sahib [von Nabha] is a type, are emphasizing the differences of the Sikh doctrine and practice as against the Arya Samaj on the one side and the elder Hindus on the other. They reject the Veda . . . they sweep away caste distinctions even up to the point of eating with Mazhabis (converted Chulias or scavengers) which means a great deal . . .".

[21] IAR, 1923, Vol. II, S. 225 f.

[22] IAR, 1924, Vol. I, S. 377 ff.

[23] IAR, 1923, Vol. II, S. 225 f.

[24] IAR, 1924, Vol. I, S. 377.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

hinduistische und islamische Missionsbewegungen aktiv geworden waren, die nicht nur von religiösem Eifer beflügelt wurden, sondern auch die Statistiken der nächsten Volkszählung und ihre Berücksichtigung bei neuen Verfassungsreformen im Auge hatten[25]. Die *Tabligh*-Bewegung der Mohammedaner und die *Shuddhi*- und *Sanghatan*-Bewegungen der Hindus machten rasche Fortschritte und mußten natürlich in Konflikt miteinander geraten. Die Rückführung der Malkana Rajputen in den Hinduismus erregte besonderes Aufsehen. Diese Rajputengemeinschaft war nur dem Namen nach mohammedanischen Glaubens, so sagten ihre Hindubekehrer, und bemühte sich selbst darum, wieder den Anschluß an den Hinduismus zu finden. Auf ähnliche Weise bemühte man sich auch um die Absorbierung der *Parias*. Da die Kastenhindus bisher diesen Unberührbaren kaum Beachtung geschenkt hatten, und diese unglücklichen Menschen eigentlich nur im negativen Sinne Hindus waren, sahen die Mohammedaner nicht ein, warum die Hindus gegen eine Bekehrung dieser *Parias* zum Islam Einwände erheben könnten[26]. Es bestanden deutliche Anzeichen, daß die agitatorische Einheit zerbrechen, und die angestauten Energien sich in den Konsolidierungsbestrebungen der einzelnen Religionsgemeinschaften einen Ausweg schaffen mußten. Das Jahr 1923 war daher auch eine Zeit religiöser Unruhen und Aufstände. In vielen Städten Nordindiens kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Hindus und Mohammedanern. Die gewalttätige Rebellion der *Moplahs* im Jahre 1921 blieb eine regional beschränkte Katastrophe, und auch ein Zusammenstoß in Multan im West-Panjab im Jahre 1922 schien noch ein isolierter Ausbruch zu sein. Aber im Jahre 1923 verbreiteten sich diese Unruhen wie ein Lauffeuer durch die ganze nordindische Ebene. Ajmer, Multan, Saharanpur, Amritsar, Sindh, Jabalpur, Agra und Rae Bareli wurden zu Szenen erbitterter Konflikte. Im nächsten Jahr sprang der Funke nach Delhi, Lucknow, Kohat, Nagpur und Indore über. Eine geringfügige Provokation genügte zumeist, um einen solchen Zusammenstoß herbeizuführen, und die in jeder Stadt vorhandenen Banden der Unterwelt nützten die Gelegenheit aus, beteiligten sich an Prügeleien und Morden, raubten die Läden aus und setzten Häuser in Brand. Meist fielen diese Unruhen genauso schnell zusammen, wie sie aufgeflackert waren. Die gespannte Atmosphäre, die einerseits zu diesen Unruhen beitrug und andererseits auch wieder aus ihnen entstand, führte zur Gründung von allerlei Selbstverteidigungsorganisationen und Vereinen zur körperlichen Ertüchtigung. Gerüchte von der Vergewaltigung eines Hindumädchen hier und einer Mohammedanerin dort veranlaßten die jungen Männer dazu, sich zusammenzurotten, um die Ehre der Frauen der eigenen Religionsgemeinschaft zu verteidigen[27]. Führende Politiker beschäftigten sich ernsthaft mit diesen Gerüchten und beschlossen, den Zusammenhalt ihrer Religionsgemeinschaft zu verstärken. Die *Hindu Mahasabha* wurde wieder ins Leben gerufen, und eine Reihe namhafter Politiker, wie Lala Lajpat Rai, M. R. Jayakar, Pandit M. M. Malaviya, Satyamurti und andere beteiligten sich an der Neugründung dieser Organisation[28].

In diese Atmosphäre hinein wurde Mahatma Gandhi im Jahre 1924 entlassen. Er hatte sich noch im Gefängnis einer Operation unterziehen müssen, und die britisch-

---

[25] Zur Diskussion des „National Pact" und des „Bengal National Pact" siehe Report of the 38th Indian National Congress, Cocanada 1923, S. 98 ff., ferner auch Ansprache des Kongreßpräsidenten, Maulana Mohammed Ali, Ibid., S. 17 ff.

[26] Ibid., S. 67 ff., ferner auch Shraddhanand, op. cit., S. 179 f.

[27] Bhagwan Das et al., op. cit.

[28] Jayakar, op. cit., Vol. II, S. 517 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

indische Regierung entschloß sich, ihn aus Gesundheitsgründen vorzeitig aus der Haft zu entlassen, nachdem er nur etwa zwei der sechs Jahre Haft, zu denen er verurteilt worden war, abgebüßt hatte. Er wandte sich sofort der Frage der nationalen Einheit zu, die seit der Zeit seiner Verhaftung so rasch und mit so bedauerlichen Begleiterscheinungen verfallen war. Im Hause seines alten Bundesgenossen MOHAMMED ALI begann er eine Fastenzeit, mit der er Indien zur Besinnung bringen wollte[29].

Aber selbst GANDHI konnte die Strömung dieser Zeit nicht zurückdämmen. Er nahm seine mohammedanischen Freunde in Schutz und verteidigte sie gegen die Verdächtigungen und Anschuldigungen der Hindus. Zugleich warf er den Anhängern des *Arya Samaj* ihre engherzige, anti-mohammedanische Propaganda vor[30]. Doch er legte auf diese Weise die Kontroversen nicht bei, sondern verschärfte sie noch. Die Absetzung des Kalifen durch die Türken im Sommer 1924 setzte der *Khilafat*bewegung ein rasches Ende; man beklagte sich lebhaft über KEMAL PASCHA, der noch vor kurzem ein Idol der indischen Mohammedaner gewesen war, aber man war ohnmächtig. Interessierte Kreise waren rasch bei der Hand, die ziellos gewordene Bewegung in andere Bahnen zu lenken, und während sich das *Khilafat*komitee in Kalkutta traf, hielt eine parallele *Khilafat*konferenz bereits eine Sitzung, bei der man sich über *Shuddhi* und *Sanghatan* und die Frage des Kuhopfers und der Musik vor Moscheen unterhielt. Man nahm an, daß die mohammedanischen Minister der Regierung von Bengalen an dieser Umlenkung der *Khilafat*bewegung beteiligt waren[31]. Die Hindus wiederum infizierten die *Parias* mit neuen Ideen, und die *Parias* wurden an vielen Orten zu besonders gewissenhaften und militanten Hindus. Eine Zeitung wußte zu berichten, daß aufgrund der *Shuddhi*bewegung *Parias* einen mohammedanischen Jungen erschlagen hätten, weil er ihr Trinkwasser berührt und es damit verunreinigt hatte[32].

Der Hauptunruheherd war, wie GANDHI mit Recht behauptet hatte, im Panjab. Dort versuchte der mohammedanische Minister FAZLI-HUSAIN durch Reservierung von Plätzen in den Schulen und der Universität, den Mohammedanern die ihnen nach ihrem Anteil an der Bevölkerung zustehende Anzahl von Regierungsposten zuzuteilen[33]. Die westlich gebildeten Hindus des Panjab, die bisher aufgrund ihrer Qualifikationen den größten Teil dieser Posten erhalten hatten, wurden von dieser Regelung hart getroffen und protestierten. Nach den diskriminierenden Bestimmungen des Gesetzes gegen die Veräußerung von Grundbesitz an nicht-landwirtschaftliche Kastengruppen, die die Hindus stark getroffen hatten, war diese Reservierung von Plätzen in den Bildungsstätten für Mohammedaner ein weiterer schwerer Schlag, der die Aufstiegsmöglichkeiten und den Einfluß der Hindus wesentlich mindern mußte. FAZLI-HUSAIN hatte sich schon seit langer Zeit um die politischen Interessen der Mohammedaner im Panjab bemüht. Er hatte bereits um die Jahrhundertwende eine Moslem Liga in Lahore organisiert und GOKHALE gebeten, dort einen Vortrag über die Zusammenarbeit von Hindus und Mohammedanern zu halten und verfassungsmäßige Garantien vorzuschlagen, die die Rechte der Mohammedaner in Indien sichern könnten[34].

Im Gegensatz zu seinem berühmten Zeitgenossen, dem Dichter IQBAL, war FAZLI-

---

[29] B. PATTABHI SITARAMAYYA, op cit., Vol. I, S. 267 f.
[30] Young India, 29. 5. 1924.
[31] IAR, 1924, Vol. I, S. 93 ff.
[32] RNN, Bengalen 1924, „*Mohammadi*", 25. 7. 1924.
[33] LALA LAJPAT RAI, The Hindu-Muslim Problem, Madras 1924, S. 35.
[34] Gokhale Papers, FAZLI-HUSAIN an GOKHALE, 15. 2. 1901.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Husain ein nüchterner Realpolitiker, der sich nicht an der Größe vergangener Reiche berauschte, sondern Zahlen und Prozentsätze beachtete und die politischen Machtverhältnisse im Panjab ausgezeichnet zu nutzen verstand. In dem durch die Verfassungsreformen abgesteckten Rahmen schuf er zielstrebig eine Koalition, die die mohammedanischen Grundbesitzer des West-Panjab und die landwirtschaftlichen Hindukasten des Ost-Panjab umfaßte. Da er zäh darum ringen mußte, die politische Machtposition der Mohammedaner zu festigen und als westlich gebildeter Rechtsanwalt in einer Provinz, in der dieser Berufszweig völlig von den Hindus beherrscht wurde, auch persönlich sicher nicht immer einen leichten Stand hatte, wurde er zu einem unerbittlichen Verfechter mohammedanischer Rechte und hatte daher nicht nur die Mohammedaner des Panjab völlig in seiner Kontrolle, sondern übte auch in den mohammedanischen Kreisen Bengalens einen großen Einfluß aus. Als Mitglied des Exekutivbeirates des Vizekönigs zeichnete er sich durch seine staatsmännischen Fähigkeiten aus und verstand es geschickt, den Vizekönig über die politischen Meinungen der indischen Mohammedaner zu unterrichten. Er erwies sich auf regionaler und auf nationaler Ebene als ein Meister der politischen Taktik[35]. Durch seine Koalitionspolitik gelang es ihm, die westliche Bildungsschicht der nicht-landwirtschaftlichen Hindukasten, die bisher im Panjab tonangebend gewesen war, völlig auszuklammern. Die Reaktion dieser Schicht zeigte sich in einer Konsolidierung der *Hindu Sabha* von Lahore, die in dem Kashmirbrahmanen Raja Narendra Nath, einem geachteten Aristokraten, dessen Vorfahr Minister im Staate Ranjit Singhs gewesen war, eine geeignete Führergestalt fand. Diese Polarisierung der politischen Kräfte im Panjab bedingte es, daß das Provinzialkomitee des Nationalkongresses nie ein entscheidender Faktor im politischen Leben dieser Provinz werden konnte. Auch die *Swaraj*-Partei errang im Panjab nur unbedeutende Erfolge. Während also die Organe der nationalen Politik wenig Einfluß auf die politische Willensbildung im Panjab ausüben konnten, strahlten doch die Konflikte dieser Provinz über ihre Grenzen hinaus. Der *Arya Samaj* und die *Hindu Sabha* von Lahore trugen sehr viel zur Wiederbelebung der *Hindu Mahasabha* auf nationaler Ebene bei[36], und Fazli-Husain bemühte sich darum, die All-India Muslim League, die durch die Aktivität der *Khilafat*organisationen fast in Vergessenheit geraten war, wieder mit Leben zu erfüllen. Im Jahre 1924 fand die Sitzung der Liga daher in Lahore statt, und Mohammed Ali Jinnah führte den Vorsitz[37].

In Bengalen, der anderen problematischen Provinz, die eine mohammedanische Mehrheit hatte, und in der bisher die westliche Bildungsschicht der Hindus den Ton angegeben hatte, konnte die *Swaraj*-Partei unter Leitung von C. R. Das die Konsolidierung der mohammedanischen Front noch eine Weile hinausschieben. Auch lagen die Machtverhältnisse hier ganz anders; die Hindus waren Grundbesitzer und die Mohammedaner fast alle Pächter und Landarbeiter. Die *Swaraj*-Partei befand sich jedoch gerade deshalb in einer schwierigen Lage. Sie hatte sich in den Landtag begeben, um die Verfassung aus den Angeln zu heben und konnte es sich daher nicht leisten, sich Feinde zu schaffen. Aus diesem Grunde durfte sie die Vertreter der Hindu-

---

[35] Siehe hierzu Azim Husain, Fazl-i-Husain: a political biography, Bombay 1946, ferner auch Anthony Low, Interview mit Lord Halifax, 12. 4. 1959 (Privates Manuskript).

[36] Siehe hierzu Lajpat Rai, The Hindu-Muslim Problem, S. 31 f. und Jayakar, op. cit., Vol. II, S. 517 f.

[37] Bericht über die Sitzung der Moslem Liga in Lahore, IAR, 1924, Vol. I, S. 657 f.

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

Grundbesitzer nicht vor den Kopf stoßen. Die Verfassung ließ sich aber nicht so leicht sprengen, wie man sich das gedacht hatte, und inzwischen standen Fragen zur Debatte, die dazu zwangen, Farbe zu bekennen. Man wollte fortschrittlich sein und sich für die Interessen der Massen einsetzen. Man spürte, daß die indischen Massen jetzt von eben dem Wandlungsprozeß ergriffen wurden, den die Bildungsschicht zuvor erfahren hatte. Aber man konnte es sich aus taktischen Gründen nicht leisten, zu weit zu gehen[38]. Die Kolonialherren hatten bereits die Zeichen der Zeit erkannt und durch ein umfassendes Gesetzgebungsprogramm das Los der Bauern und Arbeiter zu verbessern gesucht, um Agitationen vorzubeugen[39]. Die *Swaraj*-Partei, die sich doch wesentlich auf die Unterstützung der kleinen und mittleren Hindu-Grundbesitzer stützte, konnte mit diesen Maßnahmen, die von Kritikern als Staatssozialismus[40] bezeichnet wurden, nicht wetteifern. Neue Gesetzesentwürfe zum Schutze der Bauern in Bengalen waren von der Regierung und den Großgrundbesitzern entwickelt worden. Diese Gesetze richteten sich vor allem gegen das *Barga*-System, das heißt das Verpachten des Landes an Bauern, die dem Besitzer die Hälfte der Ernte als Pachtzahlung überlassen. Im Unterschied zu den Großgrundbesitzern hing die Mittelschicht der kleineren Grundbesitzer fast ausschließlich von dem Fortbestehen dieses Systems ab. Und die Wähler der *Swaraj*-Partei gehörten dieser Schicht an und erwarteten von ihrer Partei eine Verteidigung ihrer Rechte. Es war bereits zu Konflikten zwischen den Bauern und den kleinen Grundbesitzern gekommen, da diese in der Befürchtung, daß ihren bisherigen *Barga*-Pächtern eine Dauerpacht gesichert werden sollte, die Pächter durch unehrliche Verträge banden und praktisch zu Landarbeitern erniedrigten[41]. Schon meldeten sich Stimmen, die darauf hinwiesen, daß die Bauern sich selbst organisieren müßten, wenn sich die bestehenden Parteien ihrer nicht annehmen könnten[42]. C. R. Das mußte alle Kräfte aufbieten, um sich im Spannungsfeld unvereinbarer Interessen zu behaupten. Seine Politik wurde daher auch mehr von provinziellen als von nationalen Gesichtspunkten bestimmt, wie sein Pakt mit den Mohammedanern, den der Kongreß verwarf, sehr deutlich zeigte. Das Ideal, die Verfassung

---

[38] Siehe hierzu RNN, Bengalen 1924, „*Atmasakti*", 16. 7. 1924, „*Sarathi*", 24. 7. 1924, ferner auch RNN, Bengalen 1923, „*Amrita Bazar Patrika*", 28. 3. 1923, „*Ananda Bazar Patrika*", 29. 3. 1923 „*Amrita Bazar Patrika*", 31. 12. 1922.

[39] Siehe hierzu den Kommentar in RNN, Bengalen 1923, „*Amrita Bazar Patrika*", 13. 3. 1923 („Our alien rulers have . . . hastened to pose as peacemakers and counteract the mass movement by such legislation as the Bengal Tenancy Amendment Act, the Oudh Rent Bill, the Malabar Tenancy Act, the Working Men's Compensation Act etc.").

[40] RNN, Bengalen 1924, „Bengalee" 19. 10. 1924 („The Government of India has pursued a policy of state socialism for many decades past . . . as long as the people have not gained supreme control over their government . . . this state socialism makes not for the development for their manhood . . .").

[41] RNN, Bengalen 1923, „The Servant", 8. 3. 1923, zur Frage des *Barga*- und *Bhagchashi*-Systems siehe auch Saha, op. cit., S. 103 f. Kommentare zu dem entsprechenden Gesetzesentwurf (Bengal Tenancy Amendment Act) siehe RNN, Bengalen 1923, „*Nava Sangha*", 14. 3. 1923 („. . . it is likely that an agitation will be set on foot in the villages of Bengal of Socialism on a large scale") „*Bande Mataram*", 2. 3. 1923 („The committee has recommended to destroy the class of people who are intermediaries between the Zamindars and the Raiyats") „*Atmasakti*" 28. 2. 1923 („The recommendations . . . fall most heavily on the middle class who by their fondness for political agitation have rendered themselves an eyesore both to the Government and to the Zamindars.").

[42] RNN, Bengalen 1924, „*Atmasakti*", 16. 7. 1924, „*Nayak*", 8. 8. 1924.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

zu sprengen, wurde im Laufe dieses taktischen Ringens zunächst in den Hintergrund gedrängt. Lokale Intrigen nahmen die Aufmerksamkeit der Politiker in Anspruch. Der *Mahant* des *Tarakeshwar*-Tempels, der über ein großes Stiftungsvermögen verfügte, wurde zur Zielscheibe einer lebhaften Agitation, in der die Politiker der *Swaraj*-Partei eine führende Rolle spielten[43]. Als die Angriffe auf den *Mahant* plötzlich abgebogen wurden, verbreitete sich das Gerücht, daß beträchtliche Gelder aus dem Tempelvermögen ihren Weg in die Kasse der *Swaraj*-Partei gefunden hätten[44]. Die *Tarakeshwar*-Agitation zeigte, ebenso wie die *Akali*-Bewegung der Sikhs im Panjab, daß die religiösen Gemeinden Indiens eine unverantwortliche Verwaltung religiöser Stiftungen nicht länger dulden mochten. Eine Demokratisierung dieser Stiftungsverwaltungen wurde durchgesetzt. Doch war es dabei unvermeidlich, daß politische Gruppen und Parteien sich dieser Bewegungen annahmen und sie in ihrem eigenen Interesse ausnutzten. Die Besetzung des aufsichtsführenden Komitees der Stiftungsverwaltung des *Tarakeshwar*-Tempels durch Mitglieder der *Swaraj*-Partei war daher eine charakteristische Zeiterscheinung. In Bombay bedeutete der Eintritt der *Swaraj*-Partei in den Landtag auch nicht das Ende der verachteten Verfassung, sondern den Beginn politischer und persönlicher Spannungsverhältnisse. Die Regierung mußte sich auf die Nicht-Brahmanen-Gruppe und die Mohammedaner im Landtag stützen, um die Oppositionsgruppe der *Swaraj*-Partei unter der Leitung des fähigen Rechtsanwaltes M. R. JAYAKAR aufwiegen zu können[45]. JAYAKAR fand es nicht leicht, die politischen Manöver im Landtag durchzustehen und dabei zugleich die Angriffe seines Parteikollegen VITHALBHAI PATEL abzuwehren, der ihm ständig in den Rücken fiel, da er ursprünglich auch die Führung der *Swaraj*-Partei übernehmen wollte[46].

In Madras fanden sich die Mitglieder der *Swaraj*-Partei, wie dies zu erwarten war, in einer verschwindenden Minderheit, und nur in den Central Provinces gelang es einer *Swaraj*-Partei-Mehrheit, gewissermaßen die Verfassung zu sprengen, ohne damit jedoch die Regierung zu erschüttern[47]. In der zentralen gesetzgebenden Versammlung bildeten die Abgeordneten der *Swaraj*-Partei unter Führung MOTILAL NEHRUS eine kompakte Oppositionsgruppe, die aber nicht die absolute Mehrheit hatte und daher auch nicht viel erreichen konnte[48]. An ihrem eigenen Programm gemessen waren die Erfolge der *Swaraj*-Partei daher nicht gerade überwältigend, dennoch war es den „No-changers" und GANDHI nicht möglich, das Programm des Nationalkongresses in seiner alten Reinheit zu erhalten, und eine Verständigung mit der *Swaraj*-Partei blieb unvermeidlich. GANDHI versuchte zwar zunächst, die Stellungnahme der „No-changers" zu unterstützen, aber schließlich bekannte er sich „gedemütigt und besiegt" zu einem Kompromiß[49]. Nach seiner Auslegung der Kongreßverfassung war der Arbeitsausschuß das Kabinett einer parallelen Regierung, und dieses Kabinett sollte von jenen gebildet werden, die die Mehrheit im Kongreß vertraten. Im Interesse dieser Homogenität der Kongreßexekutive verwarf GANDHI sogar

---

[43] RNN, Bengalen 1924, „The Servant", 22. 9. 1924, *„Dainik Basumati"*, 22. 9. 1924.
[44] RNN, Bengalen 1924, *„Swaraj"*, 23. 9. 1924, *„Bangavasi"*, 20. 9. 1924.
[45] JAYAKAR, op. cit., Vol. II, S. 258.
[46] Ibid., S. 381 ff.
[47] IAR, 1924, Vol. I, S. 249 f.
[48] Ibid., S. 114, Siehe auch B. R. NANDA, The Nehrus, S. 224 f.
[49] Young India, 3. 7. 1924.

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

das Prinzip der Wahl mit einfachen, übertragbaren Stimmzetteln, die er im Nationalkongreß eingeführt hatte, um eine anteilmäßige Vertretung aller im Kongreß vorhandenen Meinungseinrichtungen in den Exekutivorganen zu erzielen. Die Erfahrung habe gelehrt, so schrieb er im Mai 1924, daß dieses Prinzip aufgegeben werden müsse, wenn die Kongreßexekutive in der Lage sein solle, ein einheitliches Programm durchzuführen[50]. Praktisch bedeuteten diese grundsätzlichen Bemerkungen zur Auslegung der Kongreßverfassung, daß GANDHI eine Reinigung der Kongreßexekutive im Sinn hatte und dafür sorgen wollte, daß alle Komitees mit „No-changers" besetzt würden, da die „No-changers" noch immer die Mehrheit im Kongreß hatten. Bald wandte GANDHI jedoch seine Aufmerksamkeit von der Zusammensetzung der Exekutivorgane ab und beschäftigte sich statt dessen mit einer Beschränkung der Wahlberechtigung. Er schlug vor, daß von nun ab nur der Kongreßmitglied sein könne, der regelmäßig eine bestimmte Menge selbstgesponnenen Garns als Mitgliedsbeitrag entrichte, und es gelang ihm, diese Bestimmung beim Kompromiß mit der *Swaraj*-Partei durchzusetzen[51]. C. R. DAS, der diese eigenartige Kompromißformel annahm, hatte gute Gründe dafür, den Anschluß an den Kongreß wiederherzustellen. Er hatte im August 1924 schließlich sein Ziel erreicht und der Dyarchie in Bengalen vorübergehend ein schmähliches Ende bereitet. Die *Swaraj*-Partei, in Verbindung mit zwei Großgrundbesitzern im Landtag, hatte mit der nötigen Mehrheit die Gehälter für die indischen Minister abgelehnt und damit die Minister entlassen. Dieser Triumph schuf jedoch zugleich eine Zwangslage, denn man fragte sich, was man nun unternehmen solle, nachdem vorläufig das Ziel erreicht war[52]. Um ein Auseinanderfallen der *Swaraj*-Partei zu verhüten, war eine engere Anlehnung an den Kongreß durchaus erwünscht. Am Jahresende konnte GANDHI daher als Präsident des Kongresses einer neugefundenen Einheit seinen Segen geben. In seiner Ansprache gab GANDHI einen Überblick über den Verlauf der Bewegung seit dem Beginn der Nichtzusammenarbeit mit der Regierung. Er stellte noch einmal sein gesamtes Programm dar, doch war dies mehr ein Rückblick als ein Ausblick, ein Epilog und kein Aufruf[53].

Die Spannungen zwischen Hindus und Mohammedanern kamen auch in der anschließend an den Kongreß stattfindenden Sitzung der *Hindu Mahasabha* zum Ausdruck. Viele Hindu-Politiker, die durchaus nicht orthodox waren, verhalfen dieser *Sabha* wieder zum Leben. LALA LAJPAT RAI beschuldigte sogar GANDHI, durch sein Rückgreifen auf religiöse Sanktionen in der Nichtzusammenarbeitsagitation unzählige *Pandits* und *Maulvis* auf den Plan gerufen zu haben, die nun in Ermangelung der agitatorischen Hochstimmung sich damit beschäftigten, die Religionsgemeinschaften gegeneinander aufzuwiegeln[54]. Politiker vom Schlage LAJPAT RAIS machten sich also widerwillig, aber dennoch eifrig daran, die Hindus gegen die Übergriffe der Mohammedaner zu verteidigen. Schon wurden radikale Lösungen vorausgesagt, zu denen man sich später nach langem Ringen entschloß. In seiner Schrift über das Problem der Einheit von Hindus und Mohammedanern machte LAJPAT RAI schon im Dezember 1924 den Vorschlag, die Provinzen Panjab und Bengalen zu teilen und West-Panjab und Ost-Bengalen der mohammedanischen Mehrheit zu überlassen, um dann zu-

[50] Young India, 24. 5. 1924.

[51] Young India, 13. 11. 1924, siehe auch Kommentare in RNN, Bengalen, 1924, *„Atmasakti"* 7. 11. 1924 („We thought that Bengal would never agree to it").

[52] RNN, Bengalen 1924, *„Ananda Bazar Patrika"*, 30. 8. 1924.

[53] Siehe Text der Ansprache, Young India, 26. 12. 1924.

[54] LAJPAT RAI, The Hindu-Muslim Problem, S. 10.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

mindest im Ost-Panjab und West-Bengalen eine Hindumehrheit sicherzustellen[55]. Es war charakteristisch, daß dieser Vorschlag von einem Hindu des Panjab kam, denn in den Hindukreisen von Bengalen hätte man eine solche Idee zu dieser Zeit noch für reinen Defaitismus gehalten. Die *Bhadralok* glaubten noch fest daran, daß sie das Schicksal ihrer Provinz meistern könnten.

Mit dem Beginn des neuen Jahres sah sich C. R. Das dazu gezwungen, sein Programm in Bengalen weiter auszubauen, und in einer Ansprache in Faridpur, die überall in Indien diskutiert wurde, schien er anzudeuten, daß er bereit sei, die Obstruktionspolitik im Landtag aufzugeben, wenn die Regierung zeigte, daß sie eine echte Zusammenarbeit wünsche[56]. Damit war das Signal gegeben, und der rechte Flügel der *Swaraj*-Partei, vor allem die Schüler Tilaks in Bombay und Nagpur, die schon immer die reine Obstruktionspolitik nach der Formel der „Nichtzusammenarbeit in den Landtagen" für auf die Dauer untragbar hielten, bereiteten sich auf die Zusammenarbeit mit der Regierung vor. Noch ehe die Entwicklung weiter fortschreiten konnte, starb C. R. Das plötzlich und unerwartet im Juni 1925[57].

Gandhi unterstützte die von Das in Faridpur geäußerte Meinung[58], aber der Staatssekretär für Indien, Lord Birkenhead, wies in einer Ansprache, die in Indien sehr mißfiel, alle Angebote der Zusammenarbeit zurück und sagte nur, daß einem Verfassungsentwurf, den die Inder untereinander aushandeln mochten, sorgfältige Beachtung geschenkt werden würde[59]. Motilal Nehru, der nun mehr oder weniger allein die Geschicke der *Swaraj*-Partei auf nationaler Ebene bestimmte, war daher nicht geneigt, eine Änderung des bisherigen Programms zuzulassen, obwohl er selbst einen Sitz im Skeen-Komitee annahm und sein Kollege Vithalbhai Patel den Posten des Sprechers der zentralen gesetzgebenden Versammlung übernahm[60]. Als daher im Oktober 1925 der Fraktionsführer der *Swaraj*-Partei in den Central Provinces, S. B. Tambe, einen Ministerposten annahm, kam es zu einer schweren Parteikrise. Tambe verkündete zwar, daß er diesen Posten persönlich und nicht in seiner Eigenschaft als Führer der *Swaraj*-Partei angenommen habe, aber diese Erklärung nahm ihm niemand ab, denn er hatte seine Parteiämter nicht niedergelegt[61]. Es handelte sich also um einen eindeutigen Bruch der Parteidisziplin. Dennoch gratulierten andere Parteimitglieder Tambe zu seiner Amtsübernahme. Vor allem Jayakar und andere Tilak-Schüler konnten ihre Sympathien für Tambes Entschluß nicht verbergen. Nehru zog daraufhin gegen die Tilak-Schüler zu Felde[62]. Er schrieb an Gandhi, daß die Politiker von Maharaschtra noch nie an das Programm der Nichtzusammenarbeit geglaubt und nur unter dem Druck der öffentlichen Meinung vorübergehend mitgemacht hätten[63]. Die Tilak-Schüler wiederum forderten von Nehru innerhalb der *Swaraj*-Partei die gleiche Freiheit, die Nehru und Das sich innerhalb des Kongresses von den „No-changers" erkämpft hatten[64]. Nehru befand sich in einer schwierigen Lage. Er mußte die Partei-

[55] Lajpat Rai, op. cit., S. 35.
[56] Text der Ansprache, IAR, 1925, Vol. I, S. 387 f.
[57] Jayakar, op. cit., Vol. II, S. 574 ff.
[58] Ibid., S. 575.
[59] Text der Ansprache, IAR, 1925, Vol. I, S. 336 f.
[60] B. R. Nanda, The Nehrus, S. 260 f.
[61] Jayakar, op. cit., Vol., II, S. 642 ff.
[62] Ibid., S. 667.
[63] B. R. Nanda, The Nehrus, S. 265.
[64] Jayakar, op. cit., Vol. II, S. 663.

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

disziplin wiederherstellen und konnte doch kein sinnvolles Programm anbieten. Er konnte nur die bisherige Taktik der Nichtzusammenarbeit radikalisieren. Im nächsten Jahr verließ die *Swaraj*-Partei daher demonstrativ die Sitzungen der gesetzgebenden Versammlung und der Landtage. Diese Protestkundgebungen wurden beachtet, aber nicht überall als wesentlicher Beitrag zur Lösung politischer Probleme empfunden. Der rechte Flügel der Partei spaltete sich ab und bildete mit Politikern wie LAJPAT RAI und MALAVIYA eine neue Partei[65]. In den Wahlen von 1926 verlor die *Swaraj*-Partei viele Sitze. Nur in Madras, wo sie zuvor wenig Sitze hatte, konnte sie durch die Stimmenverluste der Nicht-Brahmanen-Partei, die bereits Auflösungserscheinungen zeigte, einige Fortschritte machen[66]. In MOTILAL NEHRUS eigener Region, den Vereinten Provinzen, wurde die *Swaraj*-Partei jedoch am empfindlichsten geschlagen[67]. Es fehlte in dieser Provinz an geeigneten Kongreßpolitikern, die den Wahlfeldzug gewinnen helfen konnten. MOTILAL NEHRU war mit den Problemen der nationalen Politik beschäftigt und konnte sich daher um die Provinzpolitik wenig kümmern. JAWAHARLAL war in Europa und konnte seinem Vater nicht helfen[68]. MALAVIYA war zur zentralen Gestalt der neuen Partei geworden, die sich von der *Swaraj*-Partei getrennt hatte. Die Provinz hatte ein vielschichtiges, obwohl weitgehend unartikuliertes politisches Gefüge. Sie war für eine hinduistisch begründete Politik ansprechbar; sie hatte auch eine einflußreiche mohammedanische Minderheit, und es gab in ihr mehrere Schichten von Grundbesitzern, die durch eigene Organisationen vertreten waren, sich aber nur schwer in einer konservativen Front vereinigen ließen[69]. Daher bot die Provinz ein günstiges Arbeitsfeld für radikale Agitatoren. Ein volkstümlicher Hinduismus und ein sozialpolitischer Radikalismus waren in der Tat die beiden Strömungen, die in dieser Region den Politikern Erfolg versprachen. Aufgrund ihrer Labilität neigte die Provinz zur Polarisierung der politischen Kräfte und zu raschen Umschwüngen, die sich nur dann nicht sofort auswirkten, wenn sich entgegengesetze Kräfte die Waage hielten. Im Jahre 1923 hatte diese Situation der *Swaraj*-Partei zum Sieg verholfen, im Jahre 1926 lief die Welle wegen der zunehmenden Spannungen zwischen Hindus und Mohammedanern und der Konsolidierung konservativer Interessen gegen die Partei[70]. Nur MOTILAL NEHRU selbst wurde ohne Gegenkandidaten wiedergewählt, aber Intrigen und Verleumdungen umgaben ihn auf allen Seiten. Er mußte bald sogar feststellen, daß der ehrgeizige Kongreßpräsident SRINIVASA IYENGAR hinter seinem Rücken seine Widersacher unterstützte. Nur die Freundschaft zu GANDHI blieb ungetrübt und half MOTILAL über die Wirren dieser Jahre hinweg[71].

Der rasche Niedergang der *Swaraj*-Partei setzte ein, obwohl GANDHI in Anbetracht der Notlage, die nach dem Tode von C. R. DAS und der Ansprache LORD BIRKENHEADS entstanden war, den Kongreß der *Swaraj*-Partei ohne Vorbehalte zur Verfügung gestellt hatte. Er hatte die Ablieferungspflicht für handgesponnenes Garn aufgehoben

---

[65] IAR, 1926, Vol. II, S. 50 ff.
[66] Ibid., S. 74.
[67] B. R. NANDA, The Nehrus, S. 268.
[68] Ibid., S. 286, Brief MOTILALS an JAWAHARLAL vom 26. 1. 1926.
[69] Siehe hierzu P. D. REEVES, Landlord Associations in the United Provinces and their Role in Landlord Politics, 1920—1937, (Seminar Report), Dept. of History, Australian National University, 1961.
[70] B. R. NANDA, The Nehrus, S. 268.
[71] Ibid., S. 270 f.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

und eine All-India Spinners Association gegründet, die von nun ab innerhalb der Kongreßverfassung die Rolle spielen sollte, die die *Swaraj*-Partei gespielt hatte, bevor ihr die Kontrolle der Exekutivorgane zugestanden worden waren[72]. Die Zugeständnisse bedeuteten jedoch nicht, daß GANDHI seine Meinung über den Wert der Arbeit in den Landtagen und in der gesetzgebenden Versammlung geändert hätte. Er sah diese Arbeit nach wie vor als einen nutzlosen Zeitvertreib der westlichen Bildungsschicht an, gestand aber ein, daß diese Schicht zur Zeit das Programm des Kongresses bestimmen müsse[73]. GANDHI versuchte, sich soweit wie möglich aus den internen Konflikten der *Swaraj*-Partei herauszuhalten. Er sah in den bedauerlichen Parteiungen eine Verfallserscheinung und hoffte, daß sich die Bildungsschicht endlich von dem fruchtlosen Kampf um die Institutionen der bestehenden Verfassung abwenden und zu dem Geist von 1920 zurückkehren möge[74].

Die Zersetzungserscheinungen waren aber noch nicht weit genug gegangen, auch war die Atmosphäre für eine neue Kampagne des zivilen Ungehorsams noch nicht reif. Inzwischen wurden die politischen Konstellationen in manchen Provinzen geradezu bizarr. Nationale und regionale Strömungen überkreuzten sich und schufen seltsame Machtverhältnisse. In Bombay mußte sich die Regierung immer mehr auf Nicht-Brahmanen und Mohammedaner verlassen, die jedoch untereinander auch nicht einig waren[75]. In Madras bildete der junge Politiker SUBBAROYAN ein Ministerium, in dem sich zur Entrüstung der Nicht-Brahmanen auch ein Brahmane befand. Dennoch blieb den Nicht-Brahmanen nichts anderes übrig, als SUBBAROYAN, der auch ein Nicht-Brahmane war, zu unterstützen. Andererseits unterstützte auch der Kongreß SUBBAROYAN, um eine erneute Konsolidierung der Nicht-Brahmanen-Partei zu vermeiden. Diese Partei war zuerst 1917 hervorgetreten, als DR. T. M. NAIR die Nicht-Brahmanen gegen Frau BESANTS Home Rule Liga, die zumeist von den *Tamil*-Brahmanen unterstützt wurde, ins Feld führte. DR. NAIR und sein Nachfolger, SIR THYAGARAYA CHETTIAR, schufen eine Bewegung, die im wesentlichen von der kleinen westlichen Bildungsschicht unter den Nicht-Brahmanen, die sich von ihren brahmanischen Kollegen nicht akzeptiert fühlten, und von den ebenfalls nicht-brahmanischen Grundbesitzern getragen wurde. Einer der Großgrundbesitzer, der RAJA VON PANAGAL, führte denn auch die Bewegung nach THYAGARAYA CHETTIARS Tod weiter. Die parlamentarische Partei dieser Bewegung hatte unter dem Namen Justice Party eine beträchtliche Stärke im Landtag der Provinz Madras, und daher konnte in dieser Provinz ein recht stabiles Ministerium unter dem System der Dyarchie entstehen, während die Kongreßbrahmanen eine ebenso solide Opposition bildeten, die in dem Maße erstarkte, in dem die Schwungkraft der Nicht-Brahmanen-Bewegung abnahm. Die Kongreßbrahmanen waren daher gezwungen, zielstrebig um die Unterstützung von Nicht-Brahmanen zu werben und die Basis der Kongreßorganisation zu verbreitern. Mit dem Niedergang der Justice Party verlegte sich die Nicht-Brahmanen-Bewegung auf das sozialpolitische Gebiet, und es entstand die sogenannte „Selbstachtungs-Bewegung", die den sozialen und kulturellen Aufstieg der Nicht-Brahmanen zum Ziel hatte. Auf politischem Gebiet bestanden Bestrebungen, den Kongreß zu unterwandern. An sich war die Nicht-Brahmanen-Bewegung labil, da sie viele Gruppen und Interessen umschloß, die nicht un-

[72] Young India, 23. 7. 1925 und 1. 10. 1925.
[73] Young India, 30. 7. 1925.
[74] Young India, 17. 9. 1925.
[75] RNN, Bombay 1927, „Hindu", 10. 3. 1927.

CC-0. Panjab University Digital Library Collection. Chandigarh

bedingt immer zusammenhielten. Selbstbewußte Kastengruppen von der Art der *Nadars*, die sich über die *Panchamas*, die *Parias* der Provinz Madras erhaben dünkten, aber doch auch wieder von den Grundbesitzerkasten nicht als ebenbürtig anerkannt wurden, komplizierte Rivalitäten wie die der *Kamas* und *Reddis* in der Andhra Region, dominante Minderheiten von der Art der *Nairs* in Kerala, und ihre aufstrebenden Nachbarn, die *Eshavas*, ließen sich nur schwer auf die Dauer in einer Bewegung vereinigen. Solange die Nicht-Brahmanen noch nicht durch die Übernahme der Kongreßorganisation eine neue Möglichkeit der politischen Konsolidierung fanden, war es unabhängigen Nicht-Brahmanen von der Art SUBBAROYANS oder aber auch den Kongreßbrahmanen möglich, in dieser Provinz an die Macht zu kommen[76].

In Bengalen bestanden drei miteinander konkurrierende Gruppen innerhalb der Kongreßorganisation, die in rascher Folge bald miteinander, bald gegeneinander paktierten. Die *Bhadralok*-Politik war in ein kritisches Stadium übergegangen. SENGUPTA, der Nachfolger von C. R. DAS, bemühte sich um die Aufrechterhaltung des Paktes mit den Mohammedanern, andere einflußreiche Gruppen der Kongreßpolitiker Bengalens waren gegen den Pakt[77]. Die Obstruktionspolitik ließ sich mit einigen Bundesgenossen aus dem Lager der Großgrundbesitzer ab und zu wieder zum Erfolg führen, und kein dyarchischer Minister hielt sich in Bengalen länger als ein paar Monate, dann wurde ihm regelmäßig ein Mißtrauensvotum ausgesprochen oder das Gehalt aufgekündigt[78]. Ein Ausweg lag nur in einer durchgreifenden Radikalisierung der Politik, und SUBHAS CHANDRA BOSE zeichnete sich in diesem Sinne unter den jüngeren *Bhadralok*-Politikern als kommende Führergestalt aus. Um die Politik zu radikalisieren, mußte man neue Bevölkerungsschichten erfassen, und da es für die *Bhadralok*-Politiker aus naheliegenden Gründen nicht in Frage kam, die Pächter und Bauern aufzuwiegeln, wandten sie sich den Industriearbeitern zu. In Bengalen waren fast alle Arbeitgeber entweder Briten oder *Marwaris*, und daher konnten sich die *Bhadralok*-Politiker schonungslos und edelmütig für das Wohl der Industriearbeiterschaft einsetzen und Streiks und eine Lahmlegung der Industrie propagieren[79].

JAWAHARLAL NEHRU, der mit radikalen Ideen aus Europa zurückkam, widmete sich diesen neuen Bewegungen mit Feuereifer. Er hatte in Brüssel an der ersten Weltkonferenz der Liga gegen den Imperialismus als offizieller Delegierter des indischen Kongresses teilgenommen, hatte sich dort mit dem Problem Südamerikas und Chinas beschäftigt und die weltweite Gefahr des Imperialismus aufs neue und erregende Weise erfaßt und dem Kongreß in diesem Sinne Bericht erstattet. Anschließend hatte er die Sowjetunion bereist und war von ihren Errungenschaften begeistert. Die weltweite Perspektive, der neue Radikalismus und der Umstand, daß er als Angehöriger einer exponierten Minderheit an keine regionalen Sonderinteressen gebunden war, ermöglichten es NEHRU, sich ebenso für die Rechte der Bauern in den Vereinten Provinzen wie für die Fortschritte der Industriearbeiterschaft in Kalkutta und Bombay zu

---

[76] Zur Entwicklung der Nicht-Brahmanenbewegung siehe Justice Year Book 1929, Madras 1929, über die Selbstachtungs-Bewegung, Ibid., Sect. IV, S. 102 ff., siehe auch ferner G. V. SUBBA RAO, Life and Times of Sir K. V. Reddi Naidu, Rajahmundry 1957.

[77] RNN, Bengalen 1927, „*Amrita Bazar Patrika*", 20. 1. 1927 und IAR, 1926, Vol. II. S. 41, ferner siehe auch SUBHAS CHANDRA BOSE, The Indian Struggle, 1920—1934, Kalkutta 1948, S. 175 f.

[78] IAR, 1929, Vol. II, S. 183.

[79] Siehe hierzu SUBHAS CHANDRA BOSE, op. cit., S. 200 ff.

CC-0. Agastyam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

interessieren und ihnen das Gefühl zu vermitteln, daß ihre Nöte und Hoffnungen in einem großen Zusammenhang stehen. Während GANDHI sich immer darum bemühte, das allgemeine im besonderen zu erfassen, den Grund der Wahrheit in der konkreten Situation zu erspüren und dann wieder die allgemeinen Konsequenzen daraus zu ziehen, lag es NEHRU näher, den Blick vom besonderen hinweg auf die weltgeschichtliche Situation zu lenken und von den umfassenden Entwicklungen in der Welt die Lösung der besonderen Probleme Indiens zu erwarten. Sein großzügiger Radikalismus und sein ehrlicher Einsatz sicherten ihm den Beifall der Intellektuellen und die Verehrung des einfachen Mannes. So wie sein Vater von einer radikalen Welle mitgerissen zur nationalen Prominenz emporgestiegen war, sollte nun auch JAWAHARLAL auf einer zweiten radikalen Welle zu raschem Ruhm aufsteigen. Er präsidierte überall in Indien bei Jugend- und Studentenkonferenzen, Gewerkschaftstreffen und anderen Versammlungen dieser Art und eroberte sich durch seine zugleich höfliche und temperamentvolle Art und seine aufrichtig klingenden radikalen Reden die Herzen der jungen Generation[80].

Die politische Atmosphäre des Jahres 1928, in dem diese neuen Strömungen hervortraten, war äußerst unruhig und bewegt. In Bardoli führten die Bauern unter Leitung von VALLABHBHAI PATEL eine Steuerverweigerungskampagne durch, die gut organisiert und diszipliniert war und mit Zugeständnissen der Regierung endete[81]. In Bombay brach ein umfassender Textilarbeiterstreik aus, der sich mehrere Monate lang hinzog. Mehr als 100 000 Arbeiter beteiligten sich an diesem Streik. Die Bombay *Girni Kamgar* Union war zum Zwecke dieses Streiks gegründet worden, diese Gewerkschaft war kommunistisch beeinflußt und überrannte die ältere, gemäßigte Bombay Textile Labour Union, der schließlich nichts anderes übrig blieb, als sich zögernd und widerwillig dem Streik anzuschließen[82]. Auch in den Tata-Werken in Jamshedpur brach ein großer Streik aus, in dessen Endphase SUBHAS CHANDRA BOSE als Vermittler eine große Rolle spielte. In den großen Fabriken in und um Kalkutta wurde heftig gestreikt[83]. Bei diesen Streiks arbeiteten etliche politische Gruppen mit- und gegeneinander. Auf der einen Seite standen bekannte Gewerkschaftsführer wie N. M. JOSHI, die politisch den „Gemäßigten" verbunden waren und die Gewerkschaftsbewegung rein erhalten wollten, auf der anderen Seite waren die kommunistischen Agenten der Arbeiter- und Bauernpartei, die in der Streiksitutation einen ersten Ansatzpunkt zur kommunistischen Massenarbeit in Indien sahen[84]. Eine kommunistische Infiltration der nationalen Bewegung war bisher nicht geglückt, obwohl verschiedene Ansätze dazu gemacht worden waren; um so mehr wurde nun diese neue Möglichkeit des kommunistischen Einsatzes begrüßt[85]. Zwischen diesen Fronten lavierten nun die radikalen jungen Kongreßpolitiker wie NEHRU und BOSE, die hier neues Material für die Wiederbelebung der nationalen Bewegung fanden.

---

[80] Siehe hierzu JAWAHARLAL NEHRU, Autobiography, S. 182 ff., und B. R. NANDA, The Nehrus, S. 293 ff., Text des Berichts Nehrus über die Konferenz der Liga gegen den Imperialismus siehe IAR, 1927, Vol. II, S. 152 ff.

[81] Young India, 16. 8. 1928, 9. 8. 1928, 22. 11. 1928.

[82] Government of Bombay, Report of the Bombay Strike Enquiry Committee, 1928—1929, Bombay 1929.

[83] SUBHAS CHANDRA BOSE, op. cit., S. 216 f.

[84] Report of the Bombay Strike Enquiry Committee, S. 2 ff.

[85] GENE D. OVERSTREET und MARSHALL WINDMILLER, Communism in India, Berkeley 1959, S. 122 ff., siehe auch PHILIP SPRATT, Blowing Up India, Kalkutta 1955.

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

Bose und Nehru fanden sich in der Unabhängigkeitsliga zusammen, die sich dafür einsetzte, daß Indien von nun an sich nicht mehr auf eine Dominionverfassung oder andere Reformen dieser Art verlassen solle, sondern unmittelbar die Unabhängigkeit fordern solle[86]. Die junge Generation war von dieser neuen Parole begeistert, aber Gandhi und die ältere Generation bemühte sich noch um einen Kompromiß mit den Briten. Die verfassungstechnische Begriffsverwirrung dieser Jahre tat ein übriges, um die Beziehungen zwischen Gandhi und der jüngeren Generation und Gandhi und den Briten zu komplizieren. Gandhi war an Verfassungsfragen nicht sehr interessiert, und beim Dominion-Status ging es ihm weit mehr um den Status, das heißt um die Anerkennung der Gleichberechtigung, als um die Fülle der Machtbefugnisse unter einer Dominionverfassung. Die Briten verstanden jedoch unter einer Dominionverfassung die faktische Anerkennung der Unabhängigkeit[87]. Die Gruppe um Nehru und Bose wiederum erstrebte nicht nur eine faktische, sondern eine erklärte Unabhängigkeit.

Bose war der Meinung, daß bereits das Jahr 1928 für einen Aufruf zum allgemeinen zivilen Ungehorsam die rechte Atmosphäre bot, und er sah mit Bedauern, wie die ältere Generation im Kongreß eine gute Gelegenheit nach der anderen vorbeigehen ließ, ohne die Initiative zu ergreifen[88]. Die Rundreise der Verfassungskommission unter Leitung von Sir John Simon war eine dieser Gelegenheiten, die nur ungenügend ausgenutzt wurde. Nach dem Reformplan von Montagu war zehn Jahre nach der Einführung der neuen Verfassung eine Inspektion fällig, die eine weitere Reform einleiten sollte. Das konservative Kabinett hatte diese Inspektion vorverlegt, um die Initiative nicht aus der Hand zu geben, da man in absehbarer Zeit mit einer neuen Labour-Regierung rechnen konnte. Einzelheiten über die Zusammensetzung der inspizierenden Kommission lagen verfassungsmäßig nicht fest, aber der Staatssekretär, Lord Birkenhead, setzte sich dafür ein, daß nur ein Parlamentsausschuß entsandt werden sollte[89]. Die Kommission bestand daher aus sieben Mitgliedern des britischen Parlamentes. Unter anderem gehörte der spätere Ministerpräsident Clement Atlee der Komission an. Die Tatsache, daß auf diese Weise die Inspektion und die daran anschließende Urteilsbildung ohne indische Mitwirkung erfolgen sollte, wurde von allen indischen Politikern, selbst von den „Gemäßigten" als Affront empfunden, und man beschloß, die Kommission zu boykottieren und keine Aussagen vor ihr zu machen. Die Briten waren zwar vor allem von der Reaktion der „Gemäßigten" überrascht, glaubten aber, daß der Boykott nicht lange anhalten dürfte, denn wenn nur einige Nicht-Brahmanen und Mohammedaner mit der Kommission zusammenarbeiteten, könnten es sich die Kastenhindus kaum leisten, fernzubleiben[90]. Doch diese Berechnungen waren verfehlt, keiner der führenden Politiker ließ sich dazu herbei, vor der Kommission zu erscheinen, und die Atmosphäre blieb bis zur Abreise der sieben Parlamentarier äußerst gespannt. Genau wie die Reise des Prince of Wales im Winter 1921, gab die Reise dieser Kommission, die alle Provinzhauptstädte Indiens aufsuchte, Anlaß zu *Hartals* und Boykottdemonstrationen, und Prozessionen mit schwarzen Fahnen, an denen sich alle führenden Politiker beteiligten. In Lahore wurde der alte Lala Lajpat Rai von den Hieben der

---

[86] Subhas Chandra Bose, op. cit., S. 215 f., Jawaharlal Nehru, Autobiography, S. 173, siehe auch Overstreet und Windmiller, op. cit., S. 125 f.

[87] Low, Interview mit Lord Halifax.

[88] Subhas Chandra Bose, op. cit., S. 208.

[89] Low, Interview mit Lord Halifax.

[90] Ibid.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Polizei getroffen und starb kurz darauf. In Lucknow stellte sich JAWAHARLAL NEHRU den Knüppelhieben[91]. Der Besuch der Kommission veranlaßte aber nicht nur diese Agitation, er regte die indischen Politiker dazu an, LORD BIRKENHEADS Herausforderung anzunehmen und einen indischen Verfassungsentwurf vorzulegen, auf den sich alle Parteien einigen konnten. Es wurde eine überparteiliche Konferenz unter dem Vorsitz des Kongreßpräsidenten, DR. M. ANSARI, einberufen, und ein Unterausschuß dieser Konferenz unter dem Vorsitz von MOTILAL NEHRU wurde damit beauftragt, einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten[92]. Dieser Entwurf sah eine Dominionverfassung vor, die durch einen ausführlichen Katalog von Grundrechten die Position der Minderheiten sichern sollte. Ferner wurde den Minderheiten eine bestimmte Anzahl von Sitzen in den Landtagen und der gesetzgebenden Versammlung reserviert. Auf diese Weise wollte man die getrennten Wählerschaften aus der Welt schaffen. In allen anderen Einzelheiten folgte die Verfassung dem parlamentarischen Modell und empfahl keine indirekten Wahlen und *Panchayats* wie seinerzeit der Entwurf von C. R. DAS. Dem Wunsch der Mohammedaner entsprechend wurde die Schaffung einer separaten Provinz Sindh und die verfassungsmäßige Gleichstellung der Nord-West-Grenzprovinz mit den anderen indischen Provinzen gefordert[93]. Damit konnten die Mohammedaner mit vier Provinzen rechnen, in denen sie die Mehrheit haben würden. JINNAH setzte sich zunächst für eine Einigung aufgrund dieses Verfassungsentwurfes ein, aber die Briten bemühten sich, ihm das Wasser abzugraben und die Mohammedaner auf die Seite der SIMON-Kommission zu bringen[94]. Durch diese Spannungen kam es zu einer vorübergehenden Spaltung der Moslem-Liga. Ein Teil der Liga traf sich in Kalkutta unter dem Vorsitz des RAJAS VON MAHMUDABAD, ein anderer in Delhi unter dem Vorsitz des AGA KHAN, die führenden Politiker waren jedoch JINNAH in Kalkutta und der konservative SIR MOHAMMED SHAFI in Delhi. Es gelang JINNAH jedoch nicht, die überparteiliche Konferenz, die die NEHRU-Verfassung zu ratifizieren hatte, zur Annahme aller seiner Forderungen zu bewegen. Die wesentlichen Punkte, die er vorbrachte und die von der Konferenz mit großer Mehrheit abgelehnt wurden, waren die folgenden: Ein Drittel der Sitze im zentralen Parlament sollte für die Mohammedaner reserviert werden; die Verfassung sollte nicht einen unitarischen, sondern einen föderalistischen Charakter haben, und alle nicht dem Bund übertragenen Kompetenzen sollten den Provinzen überlassen bleiben. Falls nicht sofort allgemeine, gleiche Wahlen eingeführt würden, so sollten die mohammedanischen Mehrheiten im Panjab und in Bengalen durch eine besondere Übergangbestimmung garantiert werden[95]. Da die Konferenz nicht bereit war, über die bereits den Mohammedanern gemachten Zugeständnisse hinauszugehen, mußte JINNAH Kalkutta mit leeren Händen verlassen und fand daher seine Position gegenüber jenen mohammedanischen Politikern, die sich ihm widersetzt und in Delhi die Unabdingbarkeit der getrennten Wählerschaften bekräftigt hatten, sehr geschwächt. Daher war er genötigt, sich ihrer Position zu nähern[96]. Von britischer Seite fand die NEHRU-Verfassung keine öffentliche Anerkennung, und der umfangreiche Bericht der SIMON-Kommission erwähnte später diese Verfassung nur sehr am Rande und auch dann

---

[91] JAWAHARLAL NEHRU, Autobiography, S. 177 f.
[92] MOTILAL NEHRU et al., Report of the All Parties Conference Committee, Allahabad 1928.
[93] Ibid., S. 123—124.
[94] Siehe hierzu RAJENDRA PRASAD, India Divided, Bombay 1946, S. 122.
[95] Proceedings of the All Parties National Convention, Allahabad 1929.
[96] Siehe hierzu HECTOR BOLITHO, Jinnah: Creator of Pakistan, London 1954.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

nur in bezug auf einige Einzelheiten. Die Zugeständnisse, die die NEHRU-Verfassung den Mohammedanern gemacht hatte, wurden jedoch stillschweigend zur Kenntnis genommen und bald darauf von der britischen Regierung überboten, so daß sie damit ihren Wert als Zugeständnisse verloren [97]. Die zukünftige Ausgangsposition der Hindus wurde auf diese Weise geschmälert, und es ließ sich daher leicht in späteren Jahren rückblickend sagen, daß es besser gewesen wäre, wenn man JINNAH im Jahre 1928 durch eine Vorwegnahme weiterer Zugeständnisse großzügig befriedigt und damit gegenüber den reaktionären mohammedanischen Kreisen gestärkt hätte [98]. Doch diese Spekulationen beweisen nur, daß alle Kompromisse, Zugeständnisse und Verfassungsvorschläge unter kolonialer Herrschaft ein Element des Unberechenbaren enthielten und dennoch nicht leichtfertig behandelt werden konnten, da es die Kolonialmacht in der Hand hatte, Zugeständnisse und Kompromisse gegenstandslos zu machen oder aber auch die Verhandlungspartner beim Wort zu nehmen, je nachdem wie es die politische Lage gerade erfordern mochte.

Der Kongreß, der am Jahresende unter der Präsidentschaft von MOTILAL NEHRU in Kalkutta stattfand, wurde von der jüngeren Generation dazu benutzt, eine Attacke gegen die Honoratioren der Organisation zu reiten. Die Unabhängigkeitsliga wollte hier nun endlich eine offene und deutliche Unabhängigkeitserklärung durchsetzen. Es gelang GANDHI jedoch, die Entscheidung noch einmal hinauszuschieben. Man stellte den Briten ein Ultimatum. Wenn innerhalb Jahresfrist keine Schritte zur Gewährung einer Dominionverfassung nach Art des von MOTILAL NEHRU vorgelegten Entwurfes unternommen würden, so wollte sich der Kongreß endgültig zur Unabhängigkeitserklärung bekennen und eine neue Kampagne des zivilen Ungehorsams beginnen. Die Unabhängigkeitsliga konnte sich also in Kalkutta noch nicht durchsetzen, aber das Abstimmungsergebnis (1 350 : 973), mit dem die Unabhängigkeitserklärung abgelehnt wurde, zeigte, daß die von BOSE und JAWAHARLAL NEHRU geführte jüngere Generation ein Faktor war, den man nicht vernachlässigen konnte [99]. GANDHI vermochte es jedoch meisterhaft, die junge Generation zu zähmen, indem er JAWAHARLAL NEHRU aus der Opposition herausnahm und in die Verantwortung stellte. Als im Laufe des Jahres 1929 die überwiegende Mehrzahl der Provinzialkomitees GANDHI als nächsten Kongreßpräsidenten vorschlugen, lehnte GANDHI ab und empfahl JAWAHARLAL als seinen Kandidaten. Er überging damit seinen treuen Gefolgsmann VALLABHBHAI PATEL, der aufgrund seines in Bardoli errungenen Ruhms die zweitgrößte Stimmenzahl hatte [100]. Die Auswirkung dieser Wahl zeigte sich schon wenig später, als JAWAHARLAL NEHRU zusammen mit anderen führenden Politikern zu der Ankündigung des Vizekönigs, LORD IRWIN, Stellung nehmen mußte, daß, wie die britische Regierung erneut bestätigte, alle bisherigen Erklärungen über die Verfassungsreform darauf hinwiesen, daß Indien der Dominion-Status gewährt werden solle. Während BOSE die Ankündigung sofort als uninteressant abwies, schloß JAWAHARLAL NEHRU sich mit einigen Vorbehalten der Stellungnahme GANDHIS an [101].

LORD IRWIN hatte diese Ankündigung kurz zuvor in London mit dem britischen Kabinett ausgehandelt, da er glaubte, daß eine deutliche Erklärung der britischen Ab-

---

[97] RAJENDRA PRASAD, India Divided, S. 126 f.
[98] Siehe hierzu B. R. NANDA, The Nehrus, S. 292.
[99] SUBHAS CHANDRA BOSE, op. cit., S. 221.
[100] B. PATTABHI SITARAMAYYA, op. cit., Vol. II, S. 347.
[101] IAR, 1929, Vol. II, S. 49 f.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

sichten in Anbetracht der politischen Lage in Indien dringend erforderlich war[102]. Der Wortlaut der Ankündigung war sehr vorsichtig formuliert[103]. Greifbare Zugeständnisse ließen sich daher aus dieser Erklärung nicht entnehmen. Der Vizekönig stand jedoch mit dem unabhängigen „gemäßigten" Politiker Sir Tej Bahadur Sapru in Verbindung, der wiederum im Einvernehmen mit Motilal Nehru und Gandhi jene Konferenz zustande brachte, auf der auch Jawaharlal Nehru sich der Meinung der älteren Politiker anschloß. Man wußte, daß die Tatsache, daß der Vizekönig eine Erklärung abgegeben hatte, wichtiger war als die Einzelheiten des Wortlauts[104]. Die konservative Partei in England war nicht so leicht von der Notwendigkeit dieser Erklärung überzeugt, und obwohl Baldwin in dieser Hinsicht Irwins Urteil als maßgeblich ansah, bat er ihn noch wenige Tage vor der Veröffentlichung der Erklärung um Aufschub, da er glaubte, etwas mehr Zeit zu brauchen, um die Partei zu überzeugen[105]. Gandhi war von der Aufrichtigkeit Irwins überzeugt, bestand aber darauf, daß nur durch eine Amnestie für alle politischen Häftlinge und ähnliche handgreifliche Beweise die Ehrlichkeit der Politik Irwins weiteren Kreisen demonstriert werden könne[106].

Sapru, der wie die Nehrus ein Kashmirbrahmane aus Allahabad war, bemühte sich nun in den folgenden Monaten um ein Zusammentreffen von Motilal Nehru, Gandhi und Irwin[107]. Jinnah, der zur Zeit politisch auf einem toten Gleis stand, schloß sich diesen Vermittlungsversuchen begeistert an und redete dem Vizekönig zu, eine solche Konferenz einzuberufen[108]. Nach längeren Vorbereitungen kam es dann kurz vor der Sitzung des Kongresses in Lahore zu dieser Zusammenkunft. Es entstand dadurch natürlich der Eindruck, daß Irwin Gandhi und Motilal Nehru kurz vor dieser entscheidenden Kongreßsitzung durch Überredungskünste von ihrem Pfade abbringen wollte[109]. In Wirklichkeit hatten jedoch sowohl Sapru als auch Jinnah dem Vizekönig zu verstehen gegeben, daß Gandhi nur darauf warte, daß man ihm den Rücken stärke, so daß er den Kampf gegen seine radikaleren Gefolgsleute bestehen könne[110]. Irwin war ebenso daran interessiert wie Gandhi, eine Entspannung herbeizuführen. Beide mußten dabei die Reaktion ihrer Parteien in Rechnung stellen. Die Konferenz, bei der außer Motilal Nehru auch noch Sapru und Jinnah zugegen waren, führte jedoch zu keinem Ergebnis. Irwin war nicht in der Lage, über den Wortlaut seiner offiziellen Erklärung hinausgehende Zugeständnisse zu machen, und er bat Gandhi darum, an die Aufrichtigkeit der britischen Absichten zu glauben und der geplanten Konferenz am Runden Tisch in London nicht seine Unterstützung zu versagen. Gandhi etgegnete, daß er an der Aufrichtigkeit Einzelner, aber nicht an die Aufrichtigkeit der britischen Macht glaube und das Prinzip „Teile und herrsche" zur Genüge kenne. Er meinte daher, daß es keinen Sinn habe, wenn Inder in dieser

---

[102] Low, Interview mit Lord Halifax.
[103] Siehe Text in IAR, 1929, Vol. II, S. 47 ff.
[104] Siehe hierzu Sapru Papers, Lord Irwin an Sapru, 26. 10. 1929 (I.7) und Sapru an Lord Irwin, 25. 11. 1929 (I. 13).
[105] Low, Interview mit Lord Halifax.
[106] Sapru Papers, Sapru an Lord Irwin, 25. 11. 1929 (I. 13).
[107] Sapru Papers, Lord Irwin an Sapru, 12. 11. 1929 (I. 10) Sapru an Lord Irwin, 25. 11. 1929 (I. 13).
[108] Sapru Papers, Lord Irwin an Sapru, 3. 12. 1929 (I. 14).
[109] Sapru Papers, Sapru an Lord Irwin, 19. 12. 1929 (I. 16).
[110] Sapru Papers, Lord Irwin an Sapru, 3. 12. 1929 (I. 14).

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

Zeit der Schwäche und Uneinigkeit in Indien sich in London an den Runden Tisch setzten, ohne daß zuvor von der britischen Regierung in einer detaillierten Garantie Indien der Dominion-Status zuerkannt würde. Aufgrund dieser Garantie solle man es dann den Indern selber überlassen, ihre Verfassung auszuarbeiten[111]. GANDHI gestand dabei durchaus freimütig jene Schwäche und Uneinigkeit Indiens ein, die seine eigene Verhandlungsposition beeinträchtigte, doch gerade darum war er nicht dazu bereit, in dieser Situation mit dem Vizekönig zu paktieren. Nach einiger Zeit wurden die Verhandlungen, die hier ergebnislos abbrachen, wieder aufgenommen, nachdem GANDHI in einer neuen Kampagne des zivilen Ungehorsams noch einmal die nationale Einheit auf dem Wege der agitatorischen Einheit heraufbeschworen hatte. Im Dezember 1929 hatten sich jedoch GANDHI und IRWIN außer persönlicher Wertschätzung nichts zu bieten.

GANDHI hatte kein Interesse an Verfassungstexten. Die Verfassung von 1919 hatte er nie gelesen[112]. Er war daher nicht gewillt, mit dem Vizekönig, SAPRU und JINNAH Einzelheiten zu besprechen. Seine ganze Aufmerksamkeit galt der Stärkung der Kongreßverfassung, die unter seinem Einfluß zu einer repräsentativen, zentralistischen Verfassung geworden war. Er behauptete zwar, daß innerhalb dieser Verfassung eine provinzielle Autonomie möglich wäre[113], in Wirklichkeit hatte er jedoch den Kongreß zu einer durch den Arbeitsausschuß zentral gelenkten Organisation gemacht. Während die britisch-indische Regierung im Zuge der Verfassungsreformen immer mehr auf eine föderalistische Lösung hinstreben mußte, schon um die Machtübergabe in den Provinzen mit der Machterhaltung in der Zentralregierung zu verbinden, wurde die parallele Regierung des Kongresses im gleichen Maße immer zentralistischer. GANDHI war der Meinung, daß die Kongreßverfassung jederzeit zu einer Verfassung für Indien werden könnte[114], und er wachte eifersüchtig darüber, daß sich der Kongreß nicht durch leere Resolutionen, denen man nicht durch Aktionen Nachdruck verleihen konnte, um seine Autorität brachte[115]. LORD IRWIN war sich der Macht der „parallelen Regierung" durchaus bewußt und gestand später ein, daß es in dieser Zeit nicht mehr um eine Gewährung von Reformen ging, deren Ausmaß und Zeitpunkt die Briten bestimmen konnten, sondern daß sie von den Indern dazu gezwungen wurden, rasche Fortschritte zu machen[116]. Das Verhältnis der „parallelen Regierung", die ihr Mandat aus der Agitation ableitete, zu dem Staatswesen, das von den Briten im Rahmen der Verfassungsreformen konstruiert wurde, war dabei durchaus zwiespältig. Man betrachtete dieses Staatswesen als ein illusorisches Gebilde. Man befürchtete, daß eine neue Reform jeweils eine neue Schicht von „Gemäßigten" schaffen und in ihren

---

[111] Siehe hierzu Aufzeichnung des Gespräches, Sapru Papers, G. CUNNINGHAM, Privatsekretär des Vizekönigs, an SAPRU, 27. 12. 1929 (I. 19).

[112] SIR CHIMANLAL SETALVAD, Reflections and Recollections, Bombay 1946, S. 365.

[113] Young India, 16. 4. 1925.

[114] Siehe hierzu die folgenden Bemerkungen GANDHIS zur Bedeutung der Kongreßverfassung: Young India, 30. 3. 1921 (".. a constitution whose working is itself calculated to lead to Swaraj"); Young India, 29. 6. 1921 (" .. a system of voluntary government") GANDHI vertrat diese Meinung auch in späteren Jahren, siehe hierzu IAR, 1936, Vol. II, S. 238, Ansprache GANDHIS in Faizpur (".. at the Round Table Conference I said I can give an Indian constitution today. Then I had the Congress constitution in mind..").

[115] Young India, 5. 1. 1928.

[116] LOW, Interview mit Lord Halifax.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Bann ziehen werde[117], und dennoch war man sich dessen bewußt, daß politische Zugeständnisse nur im Rahmen dieses Staatswesens möglich waren, da man kaum erwarten durfte, daß die Kolonialmacht sich auf einem Schlag liquidieren ließe. Mit der nächsten Runde von Agitation und Reform, die nach dem Gespräch mit Lord Irwin begann, sollten diese Spannungen noch schärfer hervortreten.

---

[117] RNN, Bengalen 1923, „*Atmasakti*", 27. 12. 1922 (.. if the educated classes in the Congress have their way .. they will force the government to grant a second instalment of reforms which will create a second group of Moderates ..").

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

8

Die symbolische Revolution

In seiner Ansprache als Kongreßpräsident in Lahore analysierte JAWAHARLAL NEHRU die soziale Struktur Indiens. Er wies auf das bewundernswürdige Gleichgewicht der integrierten alten indischen Sozialstruktur hin, aber er bedauerte, daß Indien absichtlich das Ideal der Gleichheit abgelehnt und seine Ordnung auf dem Fundament der Ungleichheit aufgebaut habe. Er nannte sich einen Republikaner und Sozialisten, aber er gab zu, daß der Nationalkongreß noch nicht zur Annahme sozialistischer Ideale reif sei. Doch setzte er sich dafür ein, daß der Kongreß Arbeiter und Bauern organisieren solle, obwohl man ihnen noch kein konkretes Programm bieten könne. Die Machtergreifung sei zur Zeit das Hauptziel, und dieses Ziel könne man nicht durch Programme und Verfassungsverhandlungen erreichen. Man müsse durch Taten Mittel und Wege finden, um den Willen der Nation durchzusetzen. Er bekannte sich zu GANDHIS Weg der Gewaltlosigkeit, aber er begründete dieses Bekenntnis nicht religiös, sondern pragmatisch, da Indien weder das Material noch die Ausbildung zur organisierten Gewaltanwendung habe und sporadische Gewalttätigkeiten nur ein Eingeständnis der Verzweiflung seien und letztlich zur Aufspaltung der nationalen Bewegung und zur Demoralisierung führen müssen[1].

Der Kongreß nahm darauf mit großer Mehrheit die Unabhängigkeitserklärung an, die diesmal von GANDHI selbst in Form einer Resolution eingebracht wurde. Ferner beschloß man, eine neue Kampagne des zivilen Ungehorsams zu beginnen, und GANDHI wurde damit beauftragt, die Leitung dieser Kampagne zu übernehmen und einen geeigneten Schlachtplan zu entwerfen. Eine schärfere Resolution von SUBHAS CHANDRA BOSE, in der empfohlen wurde, eine parallele Regierung zu errichten, die Steuerzahlung zu verweigern und zum Generalstreik aufzurufen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. GANDHI entgegnete BOSE, daß es sinnlos sei, eine tatsächliche parallele Regierung aufzustellen, solange nicht einmal in tausend Dörfern die Kongreßfahne wehe und solange man weder nationale Schulen noch Schiedsgerichte habe. Der Kongreß habe beschlossen, die Unabhängigkeit als Nahziel anzuerkennen, dies bedeute jedoch nicht, daß man sich bereits als unabhängig betrachten könne. Tapfere Resolutionen könnten an dieser Sachlage auch nichts ändern. Ebenso plädierte GANDHI dafür, daß man sich den Rückweg zum Verhandlungstisch freihalten solle. Er setzte es auch durch, daß der Kongreß LORD IRWIN für seine Bemühungen dankte[2].

Die nächsten Wochen vergingen in gespannter Erwartung. Noch verkündete GANDHI keinen Plan, ja es schien, als ob er einer endgültigen Kampfansage ausweichen wolle. Seine bisherigen Erfahrungen mit dem zivilen Ungehorsam mahnten ihn zur Vorsicht. Vor zehn Jahren fehlte es an einer Konzentration des Programmes, und die Bewegung hatte unkontrollierbare Ausmaße angenommen. Ehe er zum zivilen Ungehorsam

[1] Text der Rede in G. A. NATESAN, ed., Congress Presidential Addresses, 1911—1934, Madras n. d., S. 886 f.

[2] IAR, 1929, Vol. II, S. 300 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

aufrief, faßte GANDHI in elf Punkten die Hauptbeschwerden des Nationalkongresses zusammen und teilte dem Vizekönig mit, daß er diese Punkte als die „Substanz der Unabhängigkeit" betrachte und von jedem weiteren Widerstand absehen werde, wenn sie bewilligt würden. Mit diesen Punkten erfaßte er sämtliche Interessengruppen Indiens und schuf so eine gute Ausgangsbasis für die agitatorische Einheit. Er verlangte: 1) Das Verbot alkoholischer Getränke, 2) die Abwertung der Rupie auf 1s 4 d, 3) eine Herabsetzung der Grundsteuer um 50%, 4) die Abschaffung der Salzsteuer, 5) eine Kürzung der Ausgaben für die Armee um 50%, 6) eine Gehaltskürzung für die oberen Ränge der Beamtenschaft, 7) einen Schutzzoll für importierte Textilien, 8) die baldige Verabschiedung des Gesetzes über die Küstenschiffahrt, 9) die Entlassung politischer Häftlinge, 10) die Abschaffung der Geheimpolizei, 11) die Erteilung von Lizenzen für den Gebrauch von Feuerwaffen[3]. Viele dieser Punkte betrafen die breiten Massen, einige richteten sich gegen die Bürokratie, und mehrere Punkte gingen aus spezifischen Beschwerden der indischen Wirtschaftskreise hervor. Der künstlich überhöhte Wechselkurs der Rupie stand unter diesen Beschwerden der Wirtschaft an erster Stelle. Die wirtschaftlichen Folgen der Kolonialherrschaft machten sich durch die willkürliche Manipulierung des Wechselkurses, der jeweils den finanziellen Verpflichtungen der Kolonialregierung angepaßt wurde, am einschneidendsten bemerkbar. Immer wenn Indien eine positive Handelsbilanz aufzuweisen hatte, wurde diese durch eine Aufwertung der Rupie bald wieder zunichte gemacht[4]. Die Krisenerscheinungen des Jahres 1930 verschärften die Auswirkungen dieser Wirtschaftspolitik. In seiner Ansprache als Präsident des Bundes der indischen Handelskammern wies GANDHIS Freund, der *Marwari*-Magnat G. D. BIRLA, auf die sozialen Spannungen hin, die sich aufgrund der allgemeinen Depression zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ergaben. Er erwähnte viele andere alarmierende Phänomene, den Rückgang der Exporte, die ungewöhnlichen Importe von Reis und Weizen, die schwindende Handelsbilanz und die erzwungene und unproduktive Verschuldung Indiens und forderte eine Revision der Wirtschaftspolitik und die Einführung von Schutzzöllen[5]. GANDHIS elf Punkte befanden sich völlig im Einklang mit diesen Forderungen.

Es ging nun darum, einen konkreten Ansatzpunkt für die Agitation zu finden. Die bestehenden Spannungen mußten dabei genutzt werden, ohne daß ein unkontrollierbarer Ausbruch erfolgte. Die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, und die ebenfalls gespannten Verhältnisse zwischen Pächtern und Grundbesitzern mußten aus dem Spiel bleiben.

Es bot sich daher der Protest gegen die Salzsteuer als eindeutiger und klarer Pro-

---

[3] IAR, 1930, Vol. I, S. 24.

[4] Siehe hierzu "Servant of India", 15. 5. 1930, die Zeitschrift enthält die folgenden statistischen Angaben über die Handelsbilanz: 1919 = + 800 Mill., 1920 = + 1190, 1921 = — 800, 1922 = — 220, 1923 = + 810, 1924 = + 1340, 1925 = + 1510, 1926 = + 1590, 1927 = + 780, 1928 = + 790, 1929 = + 850, 1930 = + 770. Die Manipulationen des Wechselkurses fanden in den Jahren 1920—21 und 1926 (Aufwertung von 1 s 4 d auf 1 s 6 d) statt, diese Manipulationen brachten ferner eine laufende Entwertung des in Indien gehorteten Silbers mit sich. Die Zeitschrift weist ferner darauf hin, daß die Zahlungen für "unsichtbare Importe" (Dienstleistungen, Zinsen) mehr als 800—900 Mill. pro Jahr betragen und daher von der Handelsbilanz jeweils abzuziehen sind; siehe hierzu ferner K. T. SHAH, Annexure to the Report of the Congress Select Committee on the Financial Obligations between Great Britain and India, Bombay 1931, Vol. II, S. 77 ff.

[5] Text der Ansprache BIRLAS, IAR, 1930, Vol. I, S. 390 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

grammpunkt an, da in dieser Frage die große Masse des Volkes und die Regierung die einzigen Kontrahenten waren. In der Tat war dieser Punkt schon in früheren Jahren als geeignete Ausgangsbasis für eine Agitation empfohlen worden[6]. GANDHI fand aber erst nach einigem Grübeln eine geeignete Strategie, die sowohl dieser Frage als auch seinen Erfahrungen mit der Massenagitation angemessen war. Er beschloß, den Protest durch eine symbolische Handlung einzuleiten. Auf diese Weise konnte er auf eine gute Resonanz hoffen, und die Agitation wurde präziser gefaßt. Er teilte dem Vizekönig mit, daß er sich mit einigen seiner Anhänger auf eine Pilgerreise begeben werde, die am Meeresstrand enden werde, wo er durch die Herstellung von Salz aus Meerwasser das Gesetz, das der Regierung das Salzmonopol sicherte, überschreiten werde[7].

Diese Strategie war hervorragend. Nur wenige Anhänger, die also leicht kontrollierbar waren, sollten GANDHI begleiten. Der Gegenstand des Protestes war bis in die letzte Hütte hinein bekannt. Die Pilgerreise, deren Route von GANDHI so festgelegt wurde, daß sie auf Umwegen durch viele Dörfer Gujarats führte und mehr als drei Wochen dauerte, gab Gelegenheit zu Propaganda und Erklärung und ließ die Aufmerksamkeit und Spannung ständig ansteigen, bis schließlich das feierliche Übertreten des Gesetzes den gewaltlosen Widerstand gegen die Staatsgewalt demonstrierte[8]. Diese Gesetzesübertretung konnte dann leicht im ganzen Lande nachvollzogen werden. Eine Siedepfanne, etwas salzhaltiger Sand und eine begeisterte Menge ließen sich überall zusammenbringen. Die Konzentration auf die Beschäftigung des Salzsiedens lenkte von ziellosen Gewalttätigkeiten ab. Es ergab sich natürlich daraus eine Agitation, die völlig in der Darstellung aufging, aber in einer Darstellung, die den Anschein zielstrebiger Tätigkeit erweckte und einen positiven Inhalt, die Herstellung einer Handvoll Salz, hatte. GANDHI hatte aus den Erfahrungen seiner ersten Kampagne intuitiv den Schluß gezogen, daß bei einer Massenagitation von all-indischen Ausmaßen letzten Endes doch nur eine darstellerische Leistung zu erwarten sei, und er legte daher dieses Mal die Regieanweisung klar und eindeutig fest. Durch die ritualistische Gestaltung seines großen „Salzmarsches" zum Meer prägte er die Reaktion der Masse vor. Das indische Volk wiederholte wie ein riesengroßer Chor die Botschaft, die der *Mahatma* durch das Auflesen eines Salzkristalls am Strande von Dandi gab[9].

Die Darstellung war zugleich ein symbolisches Plebiszit, ein Mandat, mit dem GANDHI erneut als Sprecher der Nation bestätigt wurde. Es fehlte dieser Agitation der chiliastische Unterton. GANDHI hatte keine Versprechen an die erfolgreiche Übertretung des Salzgesetzes geknüpft. Der Widerstand gegen die Staatsgewalt wurde sozusagen um seiner selbst willen geleistet. Das staatliche Salzmonopol war verhaßt genug. Die Agitation erfaßte jedoch jetzt weit größere Kreise als die Kampagne der Nichtzusammenarbeit zehn Jahre zuvor. Es kam GANDHI darauf an, ein intensives Gefühl im ganzen Land zu erzeugen. Diese Demonstration an sich genügte ihm. Es ging ihm nicht um einen Sieg, der, wie er wußte, unter den gegebenen Umständen doch nicht zu er-

---

[6] Siehe z. B. RNN, Bombay 1923, *„Kesari"*, 17. 4. 1923 (Die Zeitschrift schrieb, daß die "No-changers" eine Kampagne des zivilen Ungehorsams mit der Verweigerung der Salzsteuer und der illegalen Herstellung von Salz beginnen könnten, ein Leserbrief in der Zeitschrift enthält praktische Anweisungen zur Herstellung von Salz am Meeresstrand.)

[7] Text des Briefes an den Vizekönig, IAR, 1930, Vol. I, S. 96.

[8] PATTABHI SITARAMAYYA, op. cit., Vol. I, S. 384 f.

[9] IAR, 1930, Vol. I, S. 112 f.

CC-0. Mahnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

warten war[10]. In dieser Hinsicht hatte er Erfolg. Selbst abgelegene Gegenden, von denen man sonst annahm, daß sie von den Strömungen des politischen Lebens überhaupt nicht erreicht werden, waren erfüllt von Kongreßparolen und agitatorischem Eifer. Zum erstenmal beteiligten sich auch die indischen Frauen in großem Maße an der Agitation. Konservativen Beobachtern erschien es, als ob die soziale Ordnung völlig ins Wanken gerate[11].

Die Regierung zog es auch dieses Mal wieder vor, eine abwartende Haltung einzunehmen und die Agitation nicht durch einen übereilten Eingriff zu verschärfen. GANDHI, der am 6. April das Salzgesetz übertreten hatte, wurde erst am 4. Mai verhaftet, nachdem er dem Vizekönig mitgeteilt hatte, daß er mit seinen Anhängern die Salzwerke von Dharsana besetzen werde. Seine Verhaftung gab zu einem *Hartal* Anlaß, der sich über ganz Indien verbreitete[12]. In vielen Gegenden kam es zu Unruhen. Manche Bezirksverwaltungen standen der Agitation machtlos gegenüber, andere ließen sich zu plötzlicher Gewaltanwendung hinreißen. An vielen Orten wurden die Kongreßbüros von der Polizei gestürmt. Vor allem in Peshawar in der Nordwest-Grenzprovinz, wo der „Grenz-Gandhi", der hünenhafte Pathan ABDUL GHAFFAR KHAN, mit seiner Freiwilligenorganisation, den *Khudai Khidmatgars* (Diener Gottes), großen Einfluß hatte, griff die Verwaltung mit gepanzerten Wagen und Truppen ein. Es hatte sich das Gerücht verbreitet, daß der HAJI VON TURUNGZAI, ein Stammeshäuptling der Grenz-Pathanen, über die Grenze kommen und sich mit seinen Mannen der nationalen Bewegung anschließen wolle. Doch die *Khudai Khidmatgars* blieben GANDHI und der Gewaltlosigkeit durchaus treu, und die britischen Beamten mußten es erleben, daß sich die *Garhwali*-Soldaten in Peshawar weigerten, auf die unbewaffnete Menge zu schießen[13].

Außer ABDUL GHAFFAR KHAN und seinen Freiwilligen beteiligten sich jedoch diesmal die Mohammedaner nicht an der nationalen Agitation, sondern hielten sich absichtlich zurück. Nur die nationalistische *Jamiatul-Ulema,* eine Vereinigung orthodoxer Theologen, veröffentlichte ein *Fatwa* und rief zum Boykott der Regierung und zur Unterstützung des Kongresses auf. Die Begründung für diesen Aufruf war vor allem ein Protest gegen die Einführung eines Gesetzes, das frühe Heiraten verbot und nach Meinung der *Ulema* gegen das islamische Recht verstieß, auch begrüßte man, daß der Kongreß sich endlich zu Unabhängigkeit bekannt habe, ein Ziel, das den *Ulema* schon immer am Herzen lag[14]. Aufgrund der Spannungen zwischen Hindus und Mohammedanern, die in den 20er Jahren so oft in blutigen Zusammenstößen ihren Ausdruck gefunden hatten, ließ sich bei den Mohammedanern wenig Begeisterung für die Agitation erwecken[15]. Nur die jüngeren Sozialisten unter den Mohammedanern, wie

---

[10] Gespräch GANDHIS mit M. R. JAYAKAR, Sapru Papers, JAYAKAR an SAPRU, 4. 8. 1930 (J. 15).

[11] Siehe hierzu den Bericht SAPRUS, Sapru Papers, SAPRU an LORD IRWIN, 20. 4. 1930 (I. 30) und 19. 9. 1930 (I. 60).

[12] IAR, 1930, Vol. I, S. 42.

[13] Siehe hierzu V. J. PATEL et al, Report of the Peshawar Enquiry Committee appointed by the Working Committee of the Indian National Congress, Allahabad 1930.

[14] Beschluß der *Jamiat-ut-Ulema,* IAR, 1930, Vol. I, S. 43.

[15] Die folgenden Zusammenstöße zwischen Hindus und Mohammedanern fanden von 1920—1930 statt: 1921 Malabar (Moplah), 1922 Multan, 1923 Ajmer, Saharanpur, Multan Amritsar, Sind, Jabalpur, Agra, Rae Bareli, 1924, Delhi, Kohat, Nagpur, Indore, Lucknow, 1925 Kalkutta, Allahabad, Sholapur, 1926 Delhi, 1927 Lahore, Multan, Betiah, Bareilly, Nagpur,

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Yusuf Meherally, und die Pathanen der Grenzprovinz, die in einem rein mohammedanischen Gebiet wohnten, wo es keine Spannungen zwischen Hindus und Mohammedanern geben konnte, beteiligten sich vorbehaltlos an der nationalen Bewegung. Shaukat Ali, der berühmte Agitator der *Khilafat*bewegung, ermahnte diesmal die Mohammedaner, sich nicht mit der nationalen Bewegung zu identifizieren[16]. Nur wenige der alten Khilafatisten setzten sich noch für Gandhi und seine Agitation ein[17].

In einem Interview im Gefängnis sagte Gandhi am 20. Mai, daß er die Kampagne des zivilen Ungehorsams einstellen und dem Kongreß die Teilnahme an der inzwischen vom Vizekönig angekündigten Konferenz am Runden Tisch empfehlen werde, wenn folgende Bedingungen erfüllt würden: 1) die Konferenz müsse den Zweck haben, eine Verfassung vorzulegen, die Indien die Substanz der Unabhängigkeit garantiere, 2) die Forderungen nach der Abschaffung der Salzsteuer, des Verbots alkoholischer Getränke und dem Bann importierten Tuches müßten erfüllt werden, 3) alle politischen Häftlinge müßten amnestiert werden. Die übrigen Fragen in Gandhis Elf-Punkte-Programm könnten dann später diskutiert werden[18]. Der Vizekönig konnte natürlich diesen Forderungen nicht nachkommen, aber es ergab sich auf diese Weise ein Ansatzpunkt für Vermittlungsversuche, und die unabhängigen Politiker Sapru und Jayakar ergriffen diese Gelegenheit, um mit Gandhi, dem Vizekönig und den Nehrus, die in einem nordindischen Gefängnis saßen, ins Gespräch zu kommen. Dieser Versuch wurde überall im Lande mit Interesse verfolgt. Die Zusammenarbeit dieser beiden Politiker war an sich schon ein interessantes Phänomen. Jayakar hatte einigen Einfluß in Bombay und in den Kreisen der *Hindu Mahasabha*, und Sapru stand den „Gemäßigten" nahe, war der Rechtsberater vieler Fürstenstaaten und hatte einigen Einfluß in den Vereinten Provinzen. Beide hatten bereits früher an überparteilichen Vermittlerkonferenzen Interesse gezeigt und sollten auch später immer wieder als Vermittler in Krisensituationen hervortreten. Saprus Name war zur Zeit der ersten überparteilichen Konferenzen im Jahre 1921 nur deshalb nicht aufgetaucht, weil er damals Justizbeirat des Vizekönigs war. Beide gehörten exponierten Minderheiten an, denn Sapru war Kashmirbrahmane und Jayakar gehörte zu der kleinen Kastengruppe der *Kayastha Prabhus* von Maharaschtra, die durch ihren hohen Bildungsstand der dominanten Minderheit der *Chitpavan*-Brahmanen ebenbürtig waren, aber als Nicht-Brahmanen eine Sonderexistenz führten[19].

Sapru hatte nach der großen Enttäuschung, die ihm der Mißerfolg des von ihm herbeigeführten Gespräches zwischen Gandhi und Lord Irwin bereitet hatte, den Versuch unternommen, die „Gemäßigten", die Nicht-Brahmanen-Partei in Madras, die Großgrundbesitzer der Vereinten Provinzen und die *Hindu Sabha* zusammenzuführen, um so alle Parteien, die eine Dominionverfassung erstrebten, gegen den Kongreß, der sich für die Unabhängigkeit erklärt hatte, und gegen Jawaharlal Nehru

---

Kanpur, 1928 Surat, Hyderabad (Dekkan), Kalipaty, 1929 Bombay, 1930 Azamgarh, Dacca, Mathura, Mymensing, Daravi, siehe Bhagwan Das et al., History of the Hindu-Muslim Problem.

[16] Kommentare hierzu RNN, Vereinte Provinzen 1930, "*Hamdam*", 15. 2. 1930 "*Medina*" 15. 2. 1930.

[17] Siehe hierzu RNN, Vereinte Provinzen 1930, "*Hamdam*" (Maulana Abdul Baris Zeitung).

[18] IAR, 1930, Vol. I, S. 46, siehe auch Pattabhi Sitaramayya, op. cit., Vol. I, S. 421.

[19] Zur Geschichte der *Chandraseni Kayastha Prabhus* von Maharashtra siehe Jayakar, op. cit., Vol. I.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

und seine Arbeiter- und Bauernbewegung zu vereinen. Er hatte nicht geglaubt, daß GANDHI mit einer neuen Agitation viel Resonanz finden würde, mußte sich aber durch den Erfolg des Salz-*Satyagraha* eines Besseren belehren lassen[20]. Nun, da sich die politische Lage so plötzlich geändert hatte, wollte er LORD IRWIN wiederum zu einer versöhnlichen Geste veranlassen und korrespondierte mit ihm über den möglichen Wortlaut einer neuen vizeköniglichen Verlautbarung über die baldige Gewährung einer Dominionverfassung. IRWIN mußte jedoch dauernd die augenblickliche Lage der britischen Regierung im innerpolitischen Machtkampf in Rechnung stellen. Der Bericht der SIMON-Kommission war vor kurzer Zeit veröffentlicht worden und hatte in Indien eine große Enttäuschung hervorgerufen, aber IRWIN wies darauf hin, daß die britische Regierung es sich nicht leisten könne, den Eindruck zu erwecken, daß sie den SIMON-Bericht in den Papierkorb werfen wolle[21]. IRWIN konnte daher auch über den Wortlaut seiner bisherigen Verlautbarungen nicht hinausgehen, denn eine ausdrückliche Garantie der Gewährung einer Dominionverfassung, so teilte er SAPRU mit, dürfte die britische Regierung zur Zeit wohl kaum um 24 Stunden überleben[22].

Selbst den vorsichtig gehaltenen Entwurf einer Stellungnahme IRWINS hatte der Staatssekretär für Indien zusammengestrichen[23]. SAPRU und JAYAKAR konnten also GANDHI keine wesentlichen Zugeständnisse anbieten, als sie im Yeravada-Gefängnis in Poona die Verhandlungen mit ihm aufnahmen. GANDHI zeigte sich jedoch in den Verfassungsfragen recht entgegenkommend und wäre mit einer Dominionverfassung mit einer Reihe von einschränkenden Übergangsbestimmungen durchaus zufrieden gewesen, wenn zumindest das theoretische Recht zur Sezession in der endgültigen Verfassung zum Ausdruck käme[24]. In einigen praktischen Punkten, die mit dem Programm der augenblicklichen Agitation zusammenhingen, war er viel hartnäckiger auf Zugeständnisse bedacht. In einem Begleitschreiben, das GANDHI den Vermittlern SAPRU und JAYAKAR an die NEHRUS mitgab, betonte er jedoch, daß JAWAHARLALS Meinung für ihn ausschlaggebend sei und daß er bereit sei, jegliche schärfere Stellungnahme bis zum vollen Wortlaut der Unabhängigkeitsresolution zu unterstützen. Er fügte hinzu, daß er wüßte, wie wenig Gefallen sie an seinem Elf-Punkte-Programm gefunden hätten, und daß er darum seine Forderungen auf die Punkte beschränkt habe, die direkt mit der Agitation in Verbindung stehen[25]. Wie zu erwarten war, fanden die Vermittler

---

[20] Siehe hierzu Sapru Papers, SAPRU an GRAHAM POLE und POLAK, 9. 1. 1930 (G. 121).

[21] Sapru Papers, LORD IRWIN an SAPRU, 17. 6. 1930 (I. 39), zur Beurteilung des SIMON-Berichtes in Indien siehe z. B. RNN, Vereinte Provinzen 1930, *"Medina"*; 14. 6. 1930 (Der Schriftleiter schreibt: "As a nationalist Muslim I support the self-respecting view of Pandit Motilal Nehru that it is a sin to read the Simon-Report and a greater sin to purchase it") ferner auch "Leader", 14. 6. 1930 (".. The recommendations of the Report are a negation of Dominion Status and responsible government for all times to come..").

[22] Sapru Papers, LORD IRWIN an SAPRU, 27. 5. 1930 (I. 35).

[23] Sapru Papers, JAYAKAR an SAPRU, 17. 7. 1930 (J. 13) siehe auch SAPRU an LORD IRWIN, 4. 7. 1930 (I. 42), SAPRU wünschte folgenden Wortlaut: "...to attain Dominion Status in as large a measure as could be shown to be compatible with the necessity of making provisions for those matters in regard to which India was not yet ready to assume full responsibility . . . "; in seinem Brief an JAYAKAR, der den Verhandlungen mit GANDHI zugrunde lag, konnte IRWIN jedoch nur sagen: " . . to obtain as large a degree of management of their own affairs . . .", siehe hierzu den Text in IAR, 1930, Vol. II, S. 85.

[24] Siehe hierzu Sapru Papers, SAPRU an LORD IRWIN, 28. 7. 1930 (I. 47).

[25] Sapru Papers, GANDHI an MOTILAL und JAWAHARLAL NEHRU, 23. 7. 1930 (G. 7) siehe auch veröffentlichten Text, IAR, 1930, Vol. II, S. 85—86.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

die NEHRUS in der Verfassungsfrage weit unzugänglicher als GANDHI, während sie an den anderen Punkten nicht unmittelbar interessiert waren und sich daher GANDHIS Forderungen anschlossen[26]. Hier zeigte sich wieder der grundsätzliche Unterschied zwischen der Anschauung GANDHIS und der anderen Politiker. GANDHI war an der Form der Verfassung nicht interessiert, für ihn waren die praktischen Zugeständnisse der Regierung wichtiger, da man an ihnen die Stärke der nationalen Bewegung und die Bereitwilligkeit der Regierung, die Selbstbestimmung des indischen Volkes anzuerkennen, ablesen konnte. Eine Verfassung war für GANDHI eine leere Formel, wenn sie nicht vom Willen zur Selbstbestimmung getragen werden konnte. Für andere Politiker, und so auch für die NEHRUS, bedeutete die Verfassung jedoch den Rahmen, in dem sich das politische Leben abspielen mußte. Um diese Meinungsverschiedenheiten auszugleichen und zu einem gemeinsamen Entschluß zu kommen, mußte eine Konferenz in GANDHIS Gefängnis abgehalten werden, und der Vizekönig erteilte die Erlaubnis, daß die NEHRUS zu diesem Zweck von ihrem nordindischen Gefängnis in GANDHIS Gefängnis überwiesen wurden[27]. Inzwischen hatte JAYAKAR GANDHI im Gefängnis besucht, ihm von den Verhandlungen mit den NEHRUS berichtet und ihm ihre Briefe übermittelt. GANDHI war immer noch davon überzeugt, daß er die NEHRUS zum Friedensschluß bewegen könne, aber er äußerte sich in diesem Gespräch mit JAYAKAR nun doch etwas eingehender über die Erwartungen, die er an die Teilnahme an der Konferenz am Runden Tisch in London knüpfte. Er wollte Klarheit darüber haben, wer eigentlich mit wem am Runden Tisch zu einer Einigung kommen solle, ob es sich um eine Einigung der Inder untereinander handele, oder ob die Inder mit der britischen Regierung zu einer Übereinkunft kommen sollten, oder ob es sich gar sowohl um eine Einigung der Inder untereinander, als auch um eine Übereinkunft mit der britischen Regierung und den Vertretern der britischen Opposition handele. Diesen letzten Punkt betonte er, da erst kürzlich bekanntgegeben worden war, daß auch die Oppositionsvertreter an den Runden Tisch geladen werden sollten. Dann wies er noch einmal darauf hin, daß nur eine Verfassung, die eine Sezession gestatte, seine Billigung finden würde, und er erwähnte, daß sogar der „gemäßigte" Politiker SRINIVASA SASTRI eine Sezessionsklausel fordere. Ferner müsse Indien das Recht zugestanden werden, ein unabhängiges Schiedsgericht über den Fortbestand aller Forderungen und Privilegien, die die Briten bisher in Indien genossen hatten, befinden zu lassen. GANDHI sagte jedoch, daß er die Klärung aller dieser Fragen nicht zur Vorbedingung seiner Mitwirkung an der Konferenz am Runden Tisch mache, er wolle nur diese Punkte erwähnt haben, damit ihm nachher nicht vorgeworfen werden könne, daß er die Regierung durch unerwartete Forderungen in Verlegenheit bringen wolle[28].

SAPRU hatte inzwischen die NEHRUS auf die Reise zu GANDHI vorbereitet. Er fand JAWAHARLAL NEHRU in Oppositionsstimmung und glaubte, daß es nur MOTILALS Fürsprache zu verdanken sei, daß JAWAHARLAL nicht die Teilnahme an der Konferenz im Gefängnis GANDHIS verweigerte[29]. Ehe die Konferenz stattfand, besorgte sich JAYAKAR in Bombay noch einige Briefe führender Geschäftsleute, die GANDHI ein deprimierendes Bild der Lage und Leistungsfähigkeit der Wirtschaftskreise vermittelten. Wenn die

---

[26] Sapru Papers, SAPRU an LORD IRWIN, 28. 7. 1930 (I. 47).

[27] Siehe hierzu Sapru Papers, LORD IRWIN an SAPRU, 2. 8. 1930 (I. 49).

[28] Sapru Papers, JAYAKAR an SAPRU, 4. 8. 1930, (J. 15), JAYAKARS Bericht über seine Gespräche mit GANDHI.

[29] Sapru Papers, SAPRU an JAYAKAR, 8. 8. 1930 (J. 16).

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Agitation nicht bald eingestellt wird, dürfte Bombay als Kampfeinheit auf die Dauer außer Gefecht gesetzt werden, schrieb einer der Geschäftsleute, und er schilderte in allen Einzelheiten die vielen Konkurse in der Stadt, die hoffnungslose Lage der Banken, die Verzweiflung der Groß- und Einzelhändler[30]. GANDHI, der nur zu gut wußte, daß Bombay nach wie vor die nationale Bewegung finanzieren mußte, konnte diese Hilferufe nicht unberücksichtigt lassen. Die NEHRUS waren jedoch nicht gewillt, GANDHI mit den Friedensverhandlungen fortfahren zu lassen, und SAPRU und JAYAKAR mußten zu ihrer Enttäuschung feststellen, daß sich die Stellungnahme ihrer Verhandlungspartner verhärtete[31]. Etliche Punkte, die GANDHI in seinem Gespräch mit JAYAKAR erwähnt hatte, wurden nun zu Vorbedingungen für jede weitere Verhandlung gemacht, und es wurde eine nationale Regierung gefordert, die sofort die Verantwortung auch für die Streitkräfte und die Finanzen übernehmen müsse. Ferner wurde die Erfüllung des Elf-Punkte-Programms verlangt[32]. Damit brachen die Verhandlungen ab, und SAPRU und JAYAKAR fielen vorübergehend sogar beim Vizekönig in Ungnade, da er es für einen Vertrauensbruch hielt, daß sie die Einzelheiten der Verhandlungen zur Klärung der Sachlage veröffentlicht hatten[33].

Der zivile Ungehorsam wurde zur Zeit dieser Verhandlungen ständig fortgesetzt, und trotz vieler Verhaftungen fanden sich immer neue Führer und „Diktatoren" der vom Kongreß gebildeten „Kriegsräte", die die Agitation fortsetzten. Das Salzsieden war nun nicht mehr der Mittelpunkt der Agitation. Da viele Verordnungen erlassen worden waren, die so ziemlich jede politische Tätigkeit bei Strafe verboten, bedeutete schon eine Rede oder eine Versammlung eine Übertretung der geltenden Gesetze. Schließlich wurden alle Kongreßorganisationen zu ungesetzlichen Vereinigungen erklärt, und die Mitgliedschaft in diesen Organisationen stellte bereits zivilen Ungehorsam dar[34]. Die Begeisterung ließ nicht nach, selbst als bereits Zehntausende im Gefängnis saßen. Die Beteiligung der Jugend und der Frauen blieb nach wie vor eines der erstaunlichsten Phänomene dieser Agitation. Die Bauern von Bardoli, die Helden der Steuerverweigerung, hatten, um dem Polizeiterror zu entgehen, ihre Heimat verlassen und waren in den benachbarten Fürstenstaat Baroda abgewandert[35]. Das Gebot der Gewaltlosigkeit wurde fast überall gewahrt, nur an wenigen Orten kam es zu Attentaten, und in Chittagong war von einer Gruppe Jugendlicher das Zeughaus der Armee gestürmt und eine Weile verteidigt worden[36]. Die allmähliche Erweiterung des Agitationsprogramms war erst nach GANDHIS Verhaftung durch den Arbeitsausschuß des Kongresses vorgenommen worden. Man nahm es dabei mit den Beschränkungen, die GANDHI den *Satyagrahis* auferlegt hatte, nicht mehr zu genau und war auch nicht gesonnen, dem Kongreß die Verantwortung für jede Gewalttat beizumessen, die im Zuge der sich ausbreitenden Agitation begangen werden mochte. Die Beschlüsse des Arbeitsausschusses, dessen Personal aufgrund der laufenden Verhaftungen ständig

---

[30] Sapru Papers, P. E. DINSHAW an JAYAKAR, 11. 8. 1930 (J. 17).
[31] Sapru Papers, SAPRU an LORD IRWIN, 16. 8. 1930 (I. 50).
[32] Ibid., siehe ferner den veröffentlichten Text der Stellungnahme GANDHIS vom 5. 9. 1930, IAR, 1930, Vol. II, S. 94 f.
[33] Sapru Papers, SAPRU an JAYAKAR, 7. 9. 1930 (J. 23).
[34] Texte der verschiedenen Verordnungen siehe IAR, 1930, Vol. I, S. 124—138 und Vol. II, S. 414—432.
[35] Siehe IAR, 1930, Vol. II, S. 101.
[36] Siehe hierzu KALPANA DUTT, Chittagong Armoury Raiders, Bombay 1945.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

wechselte, entsprachen daher nicht mehr ganz den strengen Anforderungen des *Mahatma*[37]. Gegen Ende des Jahres kamen aus einigen Gegenden Berichte, daß man nun an eine großangelegte Steuerverweigerungskampagne denke[38]. Auch ein Boykott der Volkszählung, die bald stattfinden sollte, wurde angekündigt[39]. Es meldeten sich aber auch schon Stimmen, die darauf hinwiesen, daß die Bevölkerung den Glauben an die Wirksamkeit des zivilen Ungehorsams verliere und daß die Terroristen daher wieder zum Zuge kommen würden. Das Beispiel des PanjabiTerroristen BHAGAT SINGH machte Schule, und Zweige seiner *Naujavan Bharat Sangh* wurden an vielen Orten insgeheim gegründet[40].

Die Arbeiterbewegung, die der Agitation hätte zugute kommen können, war durch eine Spaltung des All-India Trade Union Congress sehr geschwächt worden. Die Erfassung der indischen Arbeiterschaft in stabilen Gewerkschaften war ein schwieriges Unterfangen, da die Arbeiter meist keine Ahnung von dem Wert gewerkschaftlicher Organisationen hatten und dem allmächtigen *Mukkadam*, der zugleich eine Art Vorarbeiter und Arbeitsvermittler war, hörig und ausgeliefert waren. Der *Mukkadam* war ein Condottiere des Arbeitsmarktes. Er warb seine Scharen an und war für sie verantwortlich. Dafür bekam er vom Arbeitgeber einen Lohn und von den Arbeitern Tributzahlungen. Die Arbeiterschaft kam zumeist vom Lande und zog sich oft zeitweilig oder auf die Dauer wieder in ihre Heimatdörfer zurück. Eine stabile, seßhafte Arbeiterschaft, auf die sich die Gewerkschaften verlassen konnten, gab es daher nicht. Unruhen und Streiks hatten meist einen momentanen, agitatorischen Charakter. So schwer es daher war, eine dauerhafte Gewerkschaft aufzubauen, so fiel es doch radikalen Agenten leicht, vorübergehende Erfolge zu erzielen. Es wurde aber durchaus nicht ohne Grund gestreikt. Die große Streikwelle des Jahres 1921, die mit der Nichtzusammenarbeitsbewegung GANDHIS zusammenfiel, war durch den Nachholbedarf an Lohnerhöhungen, die im Krieg unterblieben waren, bedingt. Die Welle der Jahre 1928—29, die in ihren Ausmaßen vor allem durch die lange Dauer einiger Streiks diese erste Welle noch übertraf, beruhte wiederum auf einem solchen Nachholbedarf, da die Unternehmer von ihren großen Gewinnen der vergangenen Konjunkturjahre der Arbeiterschaft nichts abgegeben hatten, während nun die einsetzende Depression in erster Linie die Arbeiterschaft traf. Diese Welle lief aber gerade im Jahre 1930 aus, da die Arbeiterschaft durch Eingriffe der Regierung und die Schwächung der Gewerkschaftsbewegung streikmüde geworden war. So ließ sich in diesem Jahr der großen Agitation überraschender Weise der geringste Arbeitsausfall verzeichnen. Der einzige wichtige Streik des Jahres war der von Kommunisten gelenkte Streik der Arbeiter der G.I.P. (Great Indian Peninsular) Eisenbahngesellschaft. Dieser Streik war als politischer Streik konzipiert, er sollte jedoch nicht die nationale Bewegung unterstützen, sondern die alleinige Führung der linksradikalen Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung unter Beweis stellen. Man wollte mit bürgerlich-reformistischen Politikern von dem „gemäßigten" N. M. JOSHI bis hin zu dem militanten NEHRU nichts mehr zu tun haben. Das Pan-Pazifische Sekretariat in Moskau hatte bereits die Zusammenarbeit mit dem rechten Flügel der Gewerkschaftsbewegung im Textilarbeiterstreik mißbilligt. Jetzt

---

[37] SARDUL SINGH CAVEESHAR, Non-Violent Non-Cooperation, Lahore 1936, S. 207.
[38] RNN, Vereinte Provinzen, "*Sainik*", 13. 12. 1930.
[39] RNN, Vereinte Provinzen, "*Oudh Akhbar*", 18. 10. 1930.
[40] RNN, Vereinte Provinzen "*Anand*", 6. 12. 1930; "*Oudh Akhbar*", 6. 12. 1930.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

wollte man von der Textilindustrie zum Transportwesen übergreifen, und zu diesem Zweck wurden alte Fehden zwischen radikalen Gewerkschaftsführern begraben[41].

Auf dem Gewerkschaftskongreß, der im Dezember 1929 in Nagpur stattgefunden hatte, waren die älteren Gewerkschaftsführer, die an der Gewerkschaftsbewegung als solcher interessiert waren, aus dem Kongreß ausgetreten und hatten eine neue Organisation, die Indian Trade Union Federation gebildet. Der Konflikt entzündete sich vor allem an der Frage, ob man mit der gerade gebildeten WHITLEY-Kommission (Royal Commission on Labour) zusammenarbeiten sollte oder nicht. Die „gemäßigten" Gewerkschaftler waren für eine Zusammenarbeit. Der zweite Streitpunkt war, daß kommunistisch beeinflußte Gewerkschaftler den All-India Trade Union Congress dem von der Dritten Internationale kontrollierten Pan-Pazifischen Sekretariat affilieren wollten[42]. Eine Reihe erfolgloser Streiks, die von der kommunistischen „Workers and Peasants Party"[43] vom Zaun gebrochen worden waren, brachte die Gewerkschaftsbewegung in Mißkredit. Diese Streiks waren schlecht organisiert und führten zu keinen greifbaren Ergebnissen für die Arbeiter. Sie waren auch nur um des Klassenkampfes willen unternommen worden[44].

Die meisten kommunistischen Organisatoren wurden von der britisch-indischen Regierung verhaftet. Auch wurde eine Reihe von Verordnungen erlassen, die die Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Tätigkeit sehr einschränkten[45]. JAWAHARLAL NEHRU präsidierte über den Gewerkschaftskongreß in Nagpur, aber selbst er hatte die Spaltung nicht verhüten können. Er war erst im vorigen Jahr durch einen Besuch des Gewerkschaftskongresses in Jharia mit der Gewerkschaftsbewegung in Verbindung gekommen, und man hatte ihn sofort zum Präsidenten gewählt. Dies geschah in seiner Abwesenheit, nachdem er den Kongreß schon wieder verlassen hatte, und seine Wahl wurde von den „Gemäßigten" betrieben, die hofften, daß er die radikalen Kreise unter Kontrolle behalten und die Kommunisten fernhalten könne. Seine Sympathien waren auf seiten der Radikalen, und er mißbilligte die Absicht der „Gemäßigten", sich an der von der britisch-indischen Regierung gebildeten Untersuchungskommission zur Arbeiterfrage zu beteiligen. Als Außenseiter-Präsident hielt er sich jedoch in Nagpur sehr zurück. Er wies zwar darauf hin, daß die „gemäßigten" Gewerkschaftler eigentlich in der Mehrheit waren und die Beschlüsse, die ihnen nicht paßten, schließlich hätten überstimmen können[46], aber die „Gemäßigten" hatten es satt, um einer trügerischen Einheit willen dauernd den kommunistischen Organisatoren die Kastanien aus dem Feuer zu holen und damit den kommunistischen Zielen des revolutionären Klassenkampfes Beihilfe zu leisten[47]. Der All-India Trade Union Congress wurde dann noch

---

[41] Siehe J. H. WHITLEY et al., Report of the Royal Commission on Labour in India, Kalkutta 1931, zur Struktur der Arbeiterschaft S. 21 ff., Statistik zur Streiklage, S. 333; zum G. I. P. Streik siehe R. R. BAKHALE. "A Strike for Leadership," Servant of India, 13. 2. 1930, ferner OVERSTREET und WINDMILLER, op. cit., S. 369 f.

[42] Siehe hierzu den Sitzungsbericht in IAR, 1929, Vol. II, S. 424 ff.

[43] Siehe hierzu OVERSTREET und WINDMILLER, op. cit., S. 104 ff.

[44] Siehe WHITLEY et. al., op. cit., S. 319, ferner auch A. S. MATHUR und J. S. MATHUR, Trade Union Movement in India, Allahabad 1957, S. 22 ff.

[45] Siehe hierzu OVERSTREET und WINDMILLER, op. cit., S. 135 ff. ferner auch SPRATT, Blowing Up India (Bericht eines der Beteiligten).

[46] Siehe hierzu JAWAHARLAL NEHRU, Autobiography, S. 182 ff. S. 198 f. ferner auch den Text seiner Stellungnahme in IAR, 1929, Vol. II, S. 428.

[47] R. R. BAKHALE, "Trade Union Unity", Servant of India, 21. 8. 1930.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

einmal gespalten, da der äußerste linke Flügel einen eigenen Roten Gewerkschaftskongreß bildete[48]. Das Resultat der Fragmentierung und kommunistischen Infiltration war ein Absinken der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften. In Bombay, dem Zentrum der Arbeiterbewegung, sanken die Zahlen der eingeschriebenen Gewerkschaftsmitglieder von 197 000 im März 1929 auf 98 000 im Dezember 1931 ab[49]. Es war bezeichnend, daß die führenden Köpfe der Gewerkschaften sowohl auf der „gemäßigten" Seite (N. M. JOSHI, R. R. BAKHALE) wie auf der radikalen Seite (DESHPANDE) der dominanten Minderheit der Brahmanen Maharaschtras angehörten. Auch die *Bhadralok*-Politiker spielten auf beiden Seiten eine wichtige Rolle.

Die Organisation der *Kisan Sabhas*, der militanten Bauernverbände, war zu diesem Zeitpunkt auch noch nicht sehr weit gediehen. Die Agitation beschränkte sich daher zumeist auf das Spalierstehen vor Alkoholläden und Textilläden, die importiertes Tuch verkauften. Auf diese Weise wurde denen, die sich dem Boykott nicht freiwillig anschlossen, recht zugesetzt. Diese Art der Agitation war vor allem den Schichten, die man gewissermaßen als kleinbürgerlich bezeichnen könnte, besonders angemessen. Eine unduldsame Unterströmung machte sich bei aller Gewaltlosigkeit in dieser Art der Agitation bemerkbar. Durch das Druckmittel der Ächtung und Meidung ließ sich dabei oft noch mehr erreichen als durch Spalierstehen und die Einschüchterung, die der Vizekönig in einer besonderen Notverordnung unter Strafe gestellt hatte[50].

Während die Agitation in Indien weiter anhielt, und sich die meisten Kongreßpolitiker im Gefängnis befanden, versammelten sich in London die von der britisch-indischen Regierung nominierten Vertreter zur ersten Konferenz am Runden Tisch. Man diskutierte dort die künftige Bildung eines indischen Bundesstaates. Zur allgemeinen Überraschung stellte es sich heraus, daß auch die Vertreter der indischen Fürstenstaaten durchaus an der Beteiligung an einem Bundesstaat interessiert waren[51]. Große Fortschritte wurden jedoch auf dieser Konferenz nicht gemacht, nur die Schlußrede des britischen Premierministers erweckte gewisse Hoffnungen[52]. In Indien ließ der Vizekönig auf diese Rede hin die Kongreßpolitiker frei, damit sie aufgrund der neuen politischen Lage ihre Ansichten revidieren und miteinander diskutieren konnten. Die Teilnehmer an der Konferenz am Runden Tisch kamen optimistisch aus England zurück und veröffentlichten eine Verlautbarung, aus der hervorging, daß man auf dem besten Wege zu einer Dominionverfassung sei[53]. Nach der Enttäuschung des SIMON-Berichts und den ebenfalls nicht sehr begeisternden Reformvorschlägen der britisch-indischen Regierung, die im November 1930 veröffentlicht worden waren, schien nun doch endlich ein echter Fortschritt bevorzustehen[54].

Der Arbeitsausschuß des Kongresses bevollmächtigte GANDHI dazu, Verhandlungen mit LORD IRWIN aufzunehmen und nach seinem Ermessen zu einer Vereinbarung über seine Teilnahme an der nächsten Konferenz am Runden Tisch zu kommen[55]. SAPRU

---

[48] OVERSTREET und WINDMILLER, op. cit., S. 373, S. V. DESHPANDE und B. T. RANADIVE gründeten den Red Trade Union Congress im Jahre 1931.

[49] MATHUR und MATHUR, op. cit., S. 28.

[50] Text der Notverordnungen in IAR, 1930, Vol. I, S. 124 ff.

[51] Siehe hierzu die Stellungnahmen der Fürsten, IAR, 1930, Vol. II, S. 467 ff.

[52] Text der Rede, IAR, 1930, Vol. II, S. 318.

[53] IAR, 1931, Vol. I, S. 25.

[54] Siehe hierzu SIR JOHN SIMON et al., Report of the Indian Statutory Commission, Vol. II (Recommendations), London 1930, und Government of India, Despatch on Proposals for Constitutional Reform, Kalkutta 1930.

[55] Siehe hierzu Sitzungsbericht des Arbeitsausschusses, IAR, 1931, Vol. I, S. 250 f.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

hatte wieder versucht, die Wege zu ebnen. Sofort nach seiner Rückkehr vom Runden Tisch trafen sich GANDHI und der Arbeitsausschuß mit ihm in Allahabad. GANDHI war darauf bedacht, eine Zusammenkunft mit dem Vizekönig herbeizuführen. Er hatte bereits an LORD IRWIN geschrieben und war sichtlich betroffen, weil er auf seinen Brief hin noch keine Einladung von LORD IRWIN erhalten hatte[56]. Doch in den nächsten Tagen ergab sich bereits die Gelegenheit zu einem Gespräch, das eine Reihe von Friedensverhandlungen einleitete, die schließlich zum Abschluß des GANDHI-IRWIN-Paktes führten. Diese Verhandlungen knüpften gewissermaßen dort wieder an, wo die von SAPRU und JAYAKAR angebahnten Verhandlungen des vergangenen Jahres ausgesetzt hatten. IRWIN war sich dessen bewußt und bestätigte SAPRU und JAYAKAR nach dem Abschluß des Paktes, daß er diesen Friedensschluß zu einem großen Teil ihren vorhergehenden Vermittlungsversuchen zu verdanken habe[57]. Die Einzelheiten des Paktes bedeuteten keine großen Zugeständnisse von seiten der Regierung. Es handelte sich praktisch darum, den status quo wiederherzustellen und die im Laufe der Agitation erlassenen Verordnungen zu widerrufen, konfiszierten Besitz von Agitatoren zurückzuerstatten und denjenigen, die sich die Mühe damit machen wollten, die freie Herstellung von Salz für den eigenen Gebrauch zu erlauben. Eine Untersuchung der Ausschreitungen der Polizei während der Unterdrückung der Agitation konnte GANDHI nicht durchsetzen. Er sah schließlich auch ein, daß sich der Vizekönig, wenn er sich auf die Polizei weiterhin verlassen wollte, dem Wunsch nach einer solchen Untersuchung nicht stattgeben konnte[58]. Für GANDHI war der wesentlichste Zug dieses Paktes die in dem Abschluß des Paktes selbst enthaltene Anerkennung der Gleichberechtigung. Auch CHURCHILL empfand dies und sprach mit Entrüstung von dem „aufrührerischen nackten *Fakir*", der es wagen dürfe, als gleichberechtigter Verhandlungspartner dem Repräsentanten des britischen Reiches entgegenzutreten[59].

Der radikale Flügel des Kongresses war mit dem Pakt nicht einverstanden. Man hielt nach wie vor GANDHIS Beteiligung an der Konferenz am Runden Tisch, die er im Rahmen des Paktes zugesagt hatte, für überflüssig und fand die Zugeständnisse des Paktes in Anbetracht der Intensität der Agitation und des opfermütigen Einsatzes der vielen Freiwilligen sehr unbefriedigend. JAWAHARLAL NEHRU war tief betrübt und glaubte, daß, wenn sein Vater, der erst vor einigen Tagen gestorben war, noch gelebt hätte, es nicht zum Abschluß dieses unwürdigen Paktes gekommen wäre. Aber GANDHIS Frage, ob er den Vizekönig bitten solle, den Pakt für null und nichtig zu erklären, konnte NEHRU doch nur verneinen[60]. Der Kongreß, der kurz darauf seine jährliche Sitzung unter der Präsidentschaft von VALLABHBHAI PATEL in Karachi nachholte, ratifizierte den Pakt. GANDHI mußte sich jedoch vor und nach der Ratifikation allerlei Klagen anhören. Es wurde ihm vorgeworfen, daß er die kommunistischen politischen Gefangenen verraten habe, da er im Rahmen des Paktes nicht ihre Freiheit erwirkt habe[61]. Die Hinrichtung des Revolutionärs BHAGAT SINGH kurz vor der Kongreßsitzung war ein weiterer schwerer Schlag. Der Vater BHAGAT SINGH hielt auf dem Kongreß eine erschütternde Rede. Quertreiber kamen jedoch auf dem Kongreß nicht

[56] Sapru Papers, SAPRU an GANDA SINGH, MAHARAJA von BIKANER, 11. 12. 1931, S. 174.
[57] Sapru Papers, LORD IRWIN an SAPRU, 4. 3. 1931 (I. 71).
[58] Text des Paktes in PATTABHI SITARAMAYYA, op. cit., Vol. I, S. 437 f. siehe auch MICHAEL BRECHER, Nehru-A Political Biography, London 1959, S. 174.
[59] BRECHER, op. cit., S. 171.
[60] Ibid., S. 173.
[61] IAR, 1931, Vol. I, S. 30.

CC-0. Panjab University Digitized by eGangotri Agrarian Digital Preservation Foundation, Chandigarh

zu Wort, man ließ dezent die Lautsprecher ausfallen, wenn sich unliebsame Oppositionssprecher zum Worte meldeten.

Um die Ideen des radikalen Flügels des Kongresses mit GANDHIS Anschauungen zu verbinden, wurde auf dem Kongreß eine lange Liste von Grundrechten entworfen, die sowohl sozialistische Forderungen als auch GANDHIS elf Punkte und die Grundrechte der von MOTILAL NEHRU im Jahre 1928 entworfenen Verfassung enthielten. Die Grundrechte sollten zugleich der Sicherung der Rechte der Minderheiten dienen. Wegen seines agitatorischen Ursprungs umfaßte dieser Katalog eine bunte Folge von eigentlichen Grundrechten und wirtschaftlichen oder sozialen Programmpunkten. Die NEHRU-Verfassung hatte nur das Recht auf freie Volksschulbildung den üblichen Grundrechten hinzugefügt. Der neue Katalog enthielt jedoch dazu noch die Forderung des Verbots alkoholischer Getränke, die Garantie eines gerechten Arbeitslohnes, die Abschaffung der Salzsteuer, die Einführung einer Erbschaftssteuer, eine abgestufte Einkommensteuer für Einkommen aus der Landwirtschaft, eine Verminderung der Pachtsätze, die staatliche Kontrolle wichtiger Industrien etc. Sowohl die NEHRU-Verfassung als auch dieser Katalog betonte den weltlichen Charakter des Staates[62]. Man wollte durch den Saekularismus die bösen Geister des Religionszwistes bannen.

Kurze Zeit nach der Annahme des GANDHI-IRWIN-Paktes durch den Kongreß verließ LORD IRWIN Indien. Er hatte mit diesem Pakt gewissermaßen seine Amtsperiode zum Abschluß gebracht. Für den Kongreß war dieser rasche Abschied des Vizekönigs ein schwerer Schlag, denn er konnte nun nicht mehr die Erfüllung der Bestimmungen des Paktes überwachen. Sein Nachfolger war der reaktionäre alte LORD WILLINGDON, der bereits Gouverneur von Bombay und danach auch Gouverneur von Madras gewesen war. Er hatte inzwischen eine Amtsperiode als General-Gouverneur von Kanada absolviert. IRWIN erklärte später, daß er WILLINGDONS Ernennung für ungünstig hielt, doch IRWIN selbst wollte eine Verlängerung seiner Amtszeit, die ihm von Premierminister RAMSAY MACDONALD angeboten worden war, nicht annehmen, da er der Meinung war, daß die Vorbereitung und Einführung der neuen Verfassungsreform von einem neuen Vizekönig überwacht werden müsse, der diese Epoche im Zusammenhang miterleben solle[63]. WILLINGDON, der gerade Generalgouverneur eines Dominions gewesen war, schien für diese Aufgabe zunächst am besten geeignet zu sein. Er stand jedoch der nationalen Bewegung feindlich gegenüber und hätte sich nie dazu bereit gefunden, einen Pakt mit GANDHI abzuschließen. Nur der dringende Wunsch der britischen Regierung, GANDHIS Teilnahme an der zweiten Konferenz am Runden Tisch zu sichern, konnte WILLINGDON dazu bewegen, die Bestimmungen des GANDHI-IRWIN-Paktes zögernd und widerwillig auszuführen. GANDHI mußte mehrmals damit drohen, daß er bei der Nichterfüllung des Paktes die Teilnahme an der Konferenz verweigern werde.

Die politische Lage war vor allem in den Vereinten Provinzen, wo ein scharfer Preissturz die Bauernschaft betroffen hatte, äußerst gespannt. Die Preise für alle Getreidearten waren seit dem Ende des Jahres 1929 dauernd gefallen, doch in der letzten Zeit hatte sich dieses Absinken noch einschneidender bemerkbar gemacht[64].

---

[62] Bericht über die Kongreßsitzung und Text des Kataloges des Grundrechtes siehe IAR, 1931, Vol. I., S. 249 ff. vergleiche auch MOTILAL NEHRU et. al., Report of the All Parties Conference Committee, S. 101—103.

[63] Siehe hierzu LOW, Interview mit Lord Halifax.

[64] Siehe hierzu G. B. PANT et al., Agrarian Distress in the United Provinces, Report of

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

Zugleich wurden aber die Bauern dazu aufgefordert, ihre Pacht und die Steuern zu bezahlen, die nach wie vor unvermindert hoch blieben. Die Konflikte waren nicht erst jetzt entstanden. Eine latente Unzufriedenheit, die schon über ein Jahrzehnt bestand, drohte nun in eine Bauernrevolte auszubrechen. Die Bauern hatten im ersten Weltkrieg viele Opfer gebracht und hatten nach dem Krieg Steuer- und Pachterleichterungen erwartet und waren darin enttäuscht worden. Die Regierung und die Grundbesitzer waren damals in der Lage gewesen, alle Unruhen im Keime zu ersticken, und man hatte sich dabei nicht gescheut, brutale Methoden anzuwenden. Die Kongreßorganisationen reichten in jenen Jahren nicht bis in die Dörfer hinein, und es war daher damals nicht möglich gewesen, Abhilfe zu schaffen oder irgendwelchen Widerstand zu organisieren. Diese Lage hatte sich jetzt geändert[65]. Die Grundbesitzer waren aber dennoch nicht gesonnen, ihre Pachtsätze zu senken und den Bauern zu Hilfe zu kommen, zumal eine große Anzahl von Besitzungen erst in jüngster Vergangenheit von Neureichen zu Konjunkturpreisen erworben worden waren, und diese neuen Besitzer nicht dazu geneigt waren, sich mit den geringen Pachtsummen zu begnügen, die der Kongreß für gerechtfertigt hielt[66]. Die Gegensätze spitzten sich also immer mehr zu, und bald war es nicht mehr die momentane Pacht- und Steuererleichterung, die zur Debatte stand, sondern das System des Grundbesitzes selbst. Viele Grundbesitzer wurden von der Bauernbevölkerung geächtet und gemieden, und man erreichte, daß ihnen selbst Handwerker und Personal die Dienste aufsagten. Es war unvermeidlich, daß sich dabei wieder der Konflikt zwischen den Religionsgemeinschaften einstellen mußte, vor allem in solchen Gebieten, wo die Pächter Hindus und die Grundbesitzer Mohammedaner waren[67]. In den Vereinten Provinzen waren viele der alten Grundbesitzerfamilien Mohammedaner. Aus diesem Grund flossen hier auch in der politischen Arbeit der Kongreßorganisation zwei Strömungen zusammen, die sonst in jeder Hinsicht unvereinbar waren: der saekularistische Sozialismus der Anhänger Nehrus und der militante Eifer der Hindu-Volkstribune.

Die Schikanen der Grundbesitzer und der Polizei sowie die aufgestaute Wut der Bauern gaben den jungen Kongreßpolitikern gute Ansatzpunkte für ihre Agitation. Es fiel auf, daß die Situation sich nach dem Abschluß des Gandhi-Irwin-Paktes plötzlich verschärft hatte, und man vermutete auch hier Störungsmanöver der britischen Verwaltungsbeamten, die den Pakt unterminieren wollten. Andere Stimmen meinten, daß die jungen Kongreßpolitiker, die den Pakt mißbilligten, sich nur zu gern wieder in den Kampf stürzten[68]. Der Gouverneur der Vereinten Provinzen, Sir Malcolm Hailey, war ein energischer Mann, der sich auch vom Vizekönig nicht viel sagen ließ. Er hatte bereits verlauten lassen, daß es mit der dauernden Einmischung des Kongresses unmöglich werde, die Provinz zu regieren, und Gandhi fürchtete daher, daß sich gegen Hailey nicht viel ausrichten ließe. Dennoch verhandelte Gandhi mit Willingdon, und er hatte gerade ein gewisses Einverständnis erreicht, als er ein Telegramm von Vallabhbhai Patel aus Gujarat bekam; auch dort terrorisierte die Ver-

---

the Committee appointed by the United Provinces Congress Committee to enquire into the Agrarian Situation in the Country, Allahabad 1932, S. 5.

[65] Siehe RNN, Vereinte Provinzen 1931, "*Hamdam*", 3. 10. 1931.

[66] RNN, Vereinte Provinzen 1931, "*Hamdam*", 7. 11. 1931.

[67] RNN, Vereinte Provinzen 1931, "*Rafiq-i-Hind*", 27. 6. 1931.

[68] Siehe hierzu G. B. Pant et. al., op. cit., S. 47 und RNN, Vereinte Provinzen 1931, "*Sarfaraz*", 4. 7. 1931, "*Haqiqat*", 4. 7. 1931.

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

waltungsbeamtenschaft die Bauern, obwohl GANDHI erreicht hatte, daß die verweigerten oder noch nicht bezahlten Steuern von den Bauern nahezu in voller Höhe nach dem Abschluß des Paktes gezahlt worden waren. GANDHI war nahe daran, die Teilnahme an der Konferenz am Runden Tisch nun doch noch zu verweigern. Er erwähnte nun auch mehrmals, daß er nicht als Delegierter an der Konferenz teilnehmen wolle, sondern nur auf Einladung des britischen Premierministers nach London fahren werde, um dort einzig und allein die nationalen Forderungen vorzutragen[69].

Das Herannahen der Konferenz und die ungeklärte Verfassungslage brachte auch die Konflikte zwischen Hindus und Mohammedanern wieder in den Vordergrund. Es bestand ein regelrechter *circulus vitiosus,* da die Regierung nicht garantieren wollte und konnte, was für eine Verfassung aus den Diskussionen am Runden Tisch hervorgehen sollte, konnte man sich nicht im Rahmen gegebener Tatsachen einigen; da man sich nicht einigen konnte, war es unmöglich, der Regierung Verfassungsvorschläge vorzulegen. Selbst JINNAH, der aus dieser Situation Nutzen zog und die Ansprüche der Mohammedaner vergrößerte, gestand in einer schwachen Minute ein, daß die Regierung das Pferd von hinten aufzäume, und daß man auf diese Weise nie zu einer Einigung kommen könne. GANDHI hatte das schon immer gesagt[70]. Er hatte auch mehrmals behauptet, er ginge nur dann nach England, wenn man sich zuvor in Indien über die Hindu-Moslem-Frage einigen könne, aber er sah schließlich ein, daß diese Bedingung sich nicht erfüllen ließe und bat nur den NAWAB VON BHOPAL, HAMIDULLAH, eine Einigung herbeizuführen und gab ihm dabei völlig freie Hand[71]. HAMIDULLAH war plötzlich in den Vordergrund gerückt, da er als einer der namhaftesten mohammedanischen Fürsten Indiens zu einer Zeit, da es um einen Anschluß der indischen Fürstenstaaten an den künftigen Bundesstaat ging, eine wichtige Rolle zu spielen hatte. Er war ein junger, intelligenter und aufgeschlossener Mann, der mit GANDHI gut auskam. GANDHI hatte seine Agitation bisher bewußt auf Britisch-Indien beschränkt und sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Fürstenstaaten gemischt, obwohl eine wachsende demokratische Bewegung der Untertanen der indischen Fürstenstaaten sich um seine Hilfe und Unterstützung bemühte. GANDHI wollte jedoch einen Zweifrontenkrieg vermeiden, und die Fürsten hatten daher keinen Grund zur Klage. In diesem Zusammenhang war es bezeichnend, daß GANDHI nun von HAMIDULLAH eine Bereinigung des Hindu-Moslem-Problems erhoffte. HAMIDULLAH hielt mit einer Reihe von mohammedanischen Politikern zu diesem Zweck eine Konferenz in Simla ab, aber auch ihm war es nicht möglich, rasche Fortschritte zu machen. Kommentatoren wußten zu berichten, daß FAZLI HUSAIN am Scheitern der Konferenz schuld gewesen sei. Man sagte FAZLI HUSAIN nach, daß er nur an der Schaffung eines mohammedanischen Vormachtsgebiets in Nordwest-Indien interessiert sei[72]. Alle Einigungspläne vor der Konsolidierung dieser Machtposition erregten daher sein Mißfallen. DR. MOHAMMED IQBAL hatte in seiner Rede als Präsident der Moslem-Liga erst einige Monate zuvor die Bildung eines großen Nordweststaates gefordert, in dem die Mohammedaner politische

[69] Sapru Papers, SIR KAILAS HAKSAR an SAPRU, 11. 6. 1931 (H. 40), 16. 7. 1931 (H. 46), 22. 7. 1931 (H. 47).

[70] JAWAHARLAL NEHRU (ed.), A Bunch of Old Letters written mostly to Jawaharlal Nehru and some written by him, Bombay 1958, S. 101, MAHADEV DESAI an NEHRU.

[71] Sapru Papers, SIR KAILAS HAKSAR an SAPRU, 27. 4. 1931.

[72] Siehe hierzu RNN, Vereinte Provinzen 1931, *„Pratap"*, 4. 7. 1931; ferner auch Sapru Papers, SIR KAILAS HAKSAR an SAPRU, 1. 6. 1931 und B. L. MITTER an SAPRU, 2. 6. 1931 (H. 36, M. 126).

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

und kulturelle Autonomie genießen könnten. Autonomie und Konsolidierung liefen daher der Einigung und Zusammenarbeit den Rang ab[73]. Die politische Willensbildung der Mohammedaner blieb jedoch auch weiterhin schwankend und unsicher. Alle möglichen Führergestalten tauchten auf, vertraten heute eine Meinung und morgen eine andere. Man mißtraute den Hindus, man mißtraute der Regierung, und vor allem mißtraute man sich gegenseitig. Jeder, der wirklich oder vermeintlich für die Mohammedaner einen verfassungsmäßigen oder taktischen Vorteil errungen hatte, beanspruchte eine führende Stellung; irgendeine Parteidisziplin hatte keine der mohammedanischen Organisationen, und jeder handelte, verhandelte, agitierte und intrigierte auf eigene Verantwortung. Selbst die Regierung, die sehr daran interessiert war, die Mohammedaner als Gegengewicht gegen die Hindus auf ihre Seite zu bringen, hatten es schon immer schwer gefunden, geeignete mohammedanische Berater auszuwählen, auf deren Urteil und Voraussagen man sich verlassen konnte. Fast alle führenden mohammedanischen Politiker waren regional gebunden und hatten wenig Einfluß und Übersicht außerhalb ihrer Heimatprovinzen[74]. Nur JINNAH, der einer Sekte angehörte, die auf mohammedanischem Gebiet gewissermaßen eine exponierte Minderheit darstellte, war ein nationaler Politiker. Doch seine spätere Prominenz darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß er in früheren Jahren nur einer unter vielen mohammedanischen Politikern war, die nie eine Gefolgschaft hatten, sondern sich nach den herrschenden Strömungen der politischen Meinung richteten und sich durch Verlautbarungen und Verhandlungsangebote oder Verweigerungen bemerkbar machten. FAZLI-HUSAIN, der zur Zeit noch im Exekutivbeirat des Vizekönigs war, hatte unter den mohammedanischen Politikern diejenigen zur Teilnahme an der Konferenz am Runden Tisch ausgewählt, die ihm verläßlich erschienen, und mit diesen konnte man kaum zu einer Einigung kommen[75].

Die Spannungen zwischen Hindus und Mohammedanern hatten bereits wieder zu blutigen Zusammenstößen geführt, und das schreckliche Gemetzel, das im März 1931 in Kanpur stattfand, zeigte, daß nach dem Ende der Agitation wieder eine Zeit nachbarlicher Gewalttätigkeiten anbrach. Der äußere Anlaß zu den Zusammenstößen in Kanpur war ein *Hartal* und eine Prozession am Tage nach der Hinrichtung des Revolutionärs BHAGAT SINGH. Die Unterwelt der Industriestadt Kanpur war aber wohl schon vorher auf Unruhen vorbereitet, und das Erscheinen von Provokateuren, die ähnlich wie die Kongreßpolitiker in handgesponnenes Tuch gekleidet waren, aber den Ortsansässigen unbekannt waren, ließ darauf schließen, daß Agenten der Geheimpolizei an der Auslösung der Zusammenstöße beteiligt waren. Die Polizei verhielt sich während der zahlreichen Einbrüche und Ermordungen sehr passiv, und das Militär wurde auch nicht in der Stadt eingesetzt. Hilferufe der Bürger wurden von dem

---

[73] Text der Rede IQBALS, IAR, 1930, Vol. II, S. 334 ff.

[74] Siehe hierzu z. B. HDP, April 1919, Deposit Nr. 36, „A proposed appointment of a Muslim Adviser to the Government of India in the Home Department", HARCOURT BUTLER an LORD CHELMSFORD, 1. 1. 1918: „. . . Ali Imam was nearly always wrong in predicting what Muslim feeling would be, as he was out of touch with all except the Bengal and Bihar group of Musulmans. The Musulmans of the Western Punjab and the Frontier look down upon their „darker" brethren down country, and the Muslims down country are divided amongst themselves . . . it is almost impossible for the Musulmans of India to combine amongst themselves . . .".

[75] Sapru Papers, SIR KAILAS HAKSAR an SAPRU, 1. 6. 1931 (H. 36).

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

zuständigen Verwaltungsbeamten mit der Antwort „Geht doch zu GANDHI" quittiert[76]. Es entstand daher der Eindruck, daß die britisch-indische Bürokratie Sabotage betrieb und an der Verschärfung der Spannungen interessiert war. Man nahm an, daß nicht nur rein zufällig eine Welle solcher Unruhen und Zusammenstöße nach dem Abschluß des GANDHI-IRWIN-Paktes durch das Land lief, und man wußte, wie unbeliebt dieser Pakt bei den Beamten war[77]. Die Kongreßpolitiker von Kanpur bemühten sich darum, die Unruhen einzudämmen, und GANESH SHANKAR VIDYARTHI, der Schriftleiter der Zeitung *„Pratap"*, kam bei diesen Rettungsversuchen ums Leben. Wie bei allen diesen Zusammenstößen kam es zu gräßlichen Schändungen und Ermordungen. Dabei rottete sich der Pöbel ebenso schnell zusammen, wie er auch plötzlich wieder verschwand[78]. Kanpur war eine rasch angewachsene Industriestadt, die eine große Zahl entwurzelter Elemente beherbergte. Der Zusammenbruch der integrierten Ordnung, die Aufregung der nationalen Agitation, die Verstädterung, die doch mit einem Fortbestehen religionsgemeinschaftlicher Isolierung und einem Mangel an Solidarität einherging, der Kastengeist der Politiker, die Atmosphäre der Einschüchterung, die bei *Hartal* und Boykott entstand, machten die indischen Städte dieser Epoche zu Brutstätten solcher sporadischen Gewalttätigkeiten, die sich wie ein Strohfeuer verbreiteten und ebenso schnell wieder in sich zusammenfielen. Auch brachen in diesen Unruhen Neigungen hervor, die durch den allgemeinen nationalen Puritanismus und die Lehre der Gewaltlosigkeit zwar unterdrückt, aber nicht beseitigt worden waren.

Die momentanen Ausbrüche hatten jedoch auch eine Vorgeschichte. Spannungen, die zunächst nur eine Angelegenheit der Politiker waren, wurden auf die Masse übertragen. Nach der Ermordung SWAMI SHRADDHANANDS, der die *Shuddi*- und *Sanghatan*-Bewegungen in die Vereinten Provinzen hineingetragen hatte, nahmen die Bemühungen um die Bekehrung und Wiederaufnahme in die Religionsgemeinschaft zu. Orthodoxe Pandits wurden mit großzügigen Geldspenden bestochen, damit sie Konvertiten segneten. Die Mohammedaner ihrerseits veranstalteten *Maulad Sharifs*, eine Art von Prozessionen, mit denen sie ihre Missionsbewegung unterstützten. Die Agitation des MAULANA SHAUKAT ALI gegen die NEHRU-Verfassung von 1928 und die, wie man glaubte, von der Regierung geförderten Demonstrationen gegen die Hindus und gegen GANDHIS Bewegung gerichteten Aufmärsche der Mohammedaner im Jahre 1930, verschärften die Spannungen. Auch war bekannt geworden, daß SHAUKAT ALI, der RAJA VON SALEMPUR und andere einflußreiche Mohammedaner der Vereinten Provinzen die mohammedanischen Textilhändler dazu bewogen hatten, nicht dem Druck des Kongresses nachzugeben und ruhig weiter importierte Stoffe zu verkaufen[79]. Ein neuer Aufruf MAULANA SHAUKAT ALIS auf einer Moslem-Konferenz in Delhi im April 1931 ließ nichts Gutes ahnen, und eine gleichzeitig veranstaltete Konferenz der sogenannten nationalistischen Mohammedaner, die wieder einmal gemeinsame Wählerschaften empfahlen, wurde in der mohammedanischen Presse nicht sehr begeistert aufgenommen[80]. Es meldeten sich Stimmen, die darauf hinwiesen, daß nur die nationalisti-

[76] Siehe hierzu BHAGWAN DAS et al., A History of the Hindu-Muslim Problem in India, Report of the Committee appointed by the Indian National Congress (Karachi Session 1931) to enquire into the Cawnpore Riots of March 1931, Allahabad 1931.

[77] RNN, Vereinte Provinzen 1931, *„Medina"*, 9. 5. 1931.

[78] BHAGWAN DAS et al., op. cit., S. 222 ff.

[79] Ibid., S. 207.

[80] RNN, Vereinte Provinzen 1931, verschiedene Kommentare, 18.—25. 4. 31, Sitzungsbericht in IAR, 1931, Vol. I, S. 295 ff.

CC-0. Agamkumar Digital Preservation Foundation, Chandigarh

schen Mohammedaner Gandhi bisher davon abgehalten hätten, die mohammedanischen Forderungen in ihrer Gesamtheit anzunehmen. Man solle Gandhi vertrauen, so hieß es, aber nicht den selbstsüchtigen nationalistischen Mohammedanern, die sich nur beim Kongreß einschmeicheln wollten[81]. Andere bedauerten wieder die reaktionäre Haltung Maulana Shaukat Alis und meinten, er täte nur so wild, weil er gern als unumstrittener Führer der Mohammedaner angesehen werden wolle[82]. Die allgemeine Stimmung unter den politisch interessierten Mohammedanern wurde von einem Gefühl der Ratlosigkeit beherrscht, das entweder in ausfälligen Bemerkungen oder in nachdenklichen Kommentaren zum Ausdruck kam. Bisher hatten die dem Kongreß feindlich oder gleichgültig gegenüberstehenden Mohammedaner bei der Regierung Anlehnung gefunden. Der Gandhi-Irwin-Pakt raubte ihnen jedoch alle Illussionen, und sie waren nun der Meinung, der Kongreß und die Regierung hätten sich über ihre Köpfe hinweg geeinigt. Man klagte darüber, daß die Mohammedaner keine Führer vom Range Gandhis hätten[83]. Man gestand ein, daß die sogenannten nationalistischen Mohammedaner mehr getan und mehr Opfer gebracht hatten als die separatistischen Politiker, doch wies man darauf hin, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Nationalisten als Anwälte der mohammedanischen Sache nutzlos seien und man sich wohl oder übel der Separatisten bedienen müsse[84]. Es ließ sich aber auch die Meinung vertreten, daß es keinen Zweck mehr habe, mit der Regierung zu paktieren und den Kongreß anzufeinden, da doch schließlich mit einer Machtübergabe an den Kongreß zu rechnen sei und man sich besser beizeiten darauf einstellen solle[85]. Keiner der mohammedanischen Politiker hatte die Fähigkeit oder die Neigung, die Mohammedaner zusammenzufassen und sowohl der Regierung als auch dem Kongreß gegenüber Front zu machen und die Annahme der mohammedanischen Forderungen zu erzwingen. Aber selbst über diese Forderungen war man sich ja nicht einig. Die Mohammedaner in den Moslem-Mehrheitsprovinzen dachten an eine Autonomie, die ihnen die ständige Übermacht zumindest in einigen Regionen sichern sollte. Dort, wo die Mohammedaner in der Minderheit waren, klammerte man sich vor allem an die getrennten Wählerschaften und ähnliche Privilegien, die die Mohammedaner gegen die Übermacht der Hindu-Mehrheit schützen sollten. In den Vereinten Provinzen spielte auch die Sprachkontroverse immer wieder eine wichtige Rolle bei den Spannungen zwischen Hindus und Mohammedanern[86]. Die Mohammedaner hingen an ihrem *Urdu*, einer Sprache, die am Mogulhof aus einem Gemisch von Hindi, Persisch und Arabisch entstanden war und mit ihrer reichen Dichtung eine kulturelle Synthese verkörperte, die jedoch mit dem Verfall der höfischen Welt den Rückhalt verloren hatte. Die Hindus, die zum größten Teil auch *Urdu* als Bildungssprache beherrschten, besannen sich unter dem Einfluß des Nationalismus und der Erweckungsbewegung auf ein sanskritisiertes *Hindi*, das *Shuddh Hindi*, das man sorgfältig von aus dem *Urdu* übernommenen „Fremdwörtern" reinigte. Die Konflikte zwischen den Religionsgemeinschaften spielten sich also gleichzeitig auf mehreren Ebenen ab. Jeder religiöse oder kulturelle Konfliktstoff nahm sofort politische Bedeutung an, und politische Diffe-

---

[81] RNN, Vereinte Provinzen 1931, „*Hamdam*", 25. 4. 1931.
[82] RNN, Vereinte Provinzen 1931, „*Haqiqat*", 25. 4. 1931.
[83] RNN, Vereinte Provinzen 1931, „*Haqiqat*", 14. 3. 1931.
[84] RNN, Vereinte Provinzen 1931, „*Himmat*", 11. 7. 1931.
[85] RNN, Vereinte Provinzen 1931, „*Hamdam*", 25. 7. 1931.
[86] Bhagwan Das et al., op. cit., S. 148 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

renzen wurden auf die kulturelle Ebene übertragen. Die Desintegration der alten Ordnung und die Ungewißheit um die neue Gestaltung der Machtverhältnisse verstärkte nur das Bestreben, Haltungen einzunehmen, Standpunkte zu beziehen und zu verteidigen, Positionen gegeneinander auszuspielen. Der prekäre Individualismus der Bildungsschicht, und die seltsame Struktur des politischen Lebens in einem in rascher Wandlung befindlichen kolonialen Staatswesen brachten es mit sich, daß jeder Politiker, der etwas auf sich hielt, auf seine eigenen Pläne, Beziehungen und Führungsansprüche pochte. Die mohammedanischen Politiker waren darin dem Kongreß gegenüber zumindest um eine Generation zurückgeblieben. So mutete denn das politische Leben in mohammedanischen Kreisen in den Jahren um 1930 ähnlich an, wie die Streitigkeiten der „Gemäßigten" und „Extremisten" um 1907, nur mit dem Unterschied, daß in den mohammedanischen Kreisen die Fronten nicht so deutlich zu definieren waren, und daß sie mitten in einer raschen politischen Entwicklung standen, die ohne ihr Zutun vorwärts drängte. Auch gab es bei den Mohammedanern kein Gegenstück zu den dominanten Minderheiten der *Bhadralok* Bengalens oder der Brahmanen Maharaschtras und schon gar nicht eine breite kleinbürgerliche Schicht wie die, die Gandhis Bewegung trug. Die Machtfaktoren, die einzelne mohammedanische Politiker emporgetragen hatten, waren so grundverschieden, daß sie sich kaum auf einen Nenner bringen ließen. Fazlul Huq in Bengalen kam als Volkstribun der mohammedanischen Pächter empor, und Fazli-Husain im Panjab errang seine hohe Stellung im politischen Leben als Architekt einer konservativen Grundbesitzerpartei. Die politische Willensbildung der Mohammedaner ließ sich aufgrund dieses Strukturmangels leicht manipulieren. Sie war aber daher auch wieder unberechenbar und unbeständig. Jede politische Äußerung von mohammedanischer Seite konnte ebenso gut überschätzt als auch unterschätzt werden, da man nie wußte, wer wen unterstützen würde.

Gandhi war davon überzeugt, daß die große Masse der mohammedanischen Bevölkerung auf seiner Seite sei, und Jawaharlal Nehru bestätigte diese Anschauung aus sozialistischer Sicht, da er meinte, die Interessen der Massen seien letztlich identisch, und die religiösen, kulturellen und politischen Streitigkeiten seien nur ein Zeitvertreib der Bourgeoisie. Es ergab sich daraus, daß der Kongreß die politischen Möglichkeiten der vielen selbsternannten mohammedanischen Führergestalten unterschätzen mußte. Am Konferenztisch und mit der Beglaubigung der Kolonialmacht versehen, ließen sich diese Politiker jedoch nicht übersehen. Gandhis Vorstellung von seiner Beteiligung an der Konferenz am Runden Tisch ging daher von ganz anderen Voraussetzungen aus als die der anderen Politiker. Gandhi wollte die Forderungen der Nation vortragen und sich nicht auf Diskussionen mit selbsternannten und von der Regierung beglaubigten politischen Führern einlassen. Er ließ sich daher auch vom Kongreß als einziger Delegierter zur Konferenz entsenden, obwohl der Kongreß durchaus Einladungen für eine stattliche Delegation hätte fordern können. Subhas Chandra Bose, der zunächst überhaupt nichts von der Beteiligung Gandhis und des Kongresses an der Konferenz hielt, meinte später, daß es in Anbetracht der Lage ein großer Fehler war, Gandhi als einzigen Delegierten zu entsenden[87]. Andere Politiker teilten Gandhis Ansichten auch nicht und hielten seinen Plan, als einziger Delegierter des Kongresses in London zu erscheinen, für einen überheblichen Machtanspruch. Man befürchtete, daß Gandhi die Konferenz sprengen wolle und Sapru, der zunächst Gandhi die Wege geebnet hatte, bemühte sich nun darum, eine föderalistische Partei auf die Beine zu bringen.

[87] Subhas Chandra Bose, op. cit., S. 308.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

die alle stabilen Elemente im Lande zur Rettung der Dominionverfassung aufbieten solle. Es war geplant, auch die aufgeschlosseneren Fürsten zur Unterstützung dieser Partei heranzuziehen[88]. Der Plan scheiterte natürlich, denn es war unmöglich, eine Partei aufzubauen, die sowohl dem Kongreß als auch der Regierung gegenüber ihre Unabhängigkeit wahren und dennoch genug Stärke und Solidarität beweisen konnte, um ein eigenes politisches Programm durchzusetzen.

Während diese verschiedenen Vorbereitungen und Diskussionen in Indien stattfanden, hatte sich in England die politische Atmosphäre wesentlich gewandelt, und ehe noch die Delegierten zur zweiten Konferenz am Runden Tisch reisten, war in England die Labour Party-Regierung durch eine Koalitionsregierung abgelöst worden, in der die Konservativen die entscheidenden Stellen besetzten, obwohl RAMSAY MACDONALD weiterhin Premierminister blieb. Damit trat in England ein ähnlicher Umschwung ein, wie er sich in Indien bei dem Übergang von IRWIN zu WILLINGDON bemerkbar gemacht hatte. Die Bereitschaft, Zugeständnisse zu machen, schwand. Man konnte zwar die bereits angebahnten Entwicklungen nicht mehr rückgängig machen, aber man fühlte sich nicht dazu verpflichtet, den Gang der Ereignisse zu beschleunigen. Die Tatsache, daß nun eine Koalitionsregierung für die Verfassungsreform zuständig war, verbürgte zwar eine gewisse Stabilität und Kontinuität. Auch brauchte die Regierung nicht mehr ängstlich jeden einzelnen Schritt zu berechnen, um nicht wegen einer Unvorsichtigkeit zu Fall gebracht zu werden. Aber dafür spielten sich die Streitigkeiten jetzt innerhalb der konservativen Partei ab, und das Schicksal der Reformen wurde nicht im Parlament, sondern auf den Parteikongressen der Konservativen entschieden. Der rechte Flügel der Konservativen war von vornherein dazu geneigt, sich auf einen Fortschritt auf der provinziellen Ebene zu beschränken und auf alle Fälle die britisch-indische Zentralregierung vor Reformen zu bewahren. Provinzielle Autonomie wollte man gewähren, aber die Bildung eines Bundesstaates wollte man vermeiden[89]. Diese Strömung wurde von verschiedenartigen Bestrebungen in Indien unterstützt. Viele einflußreiche Beamte der britisch-indischen Bürokratie wollten auf keinen Fall eine Änderung der Struktur der Zentralregierung sehen. FAZLI-HUSAIN und JINNAH waren auch gegen die Bildung eines Bundesstaates, und der MAHARAJA VON PATIALA hatte sich einen besonderen Bund von Fürstenstaaten ausgedacht und intrigierte gegen den NAWAB VON BHOPAL und den MAHARAJA VON BIKANER, die sich für den Anschluß der Fürstenstaaten an den indischen Bundesstaat einsetzten. Die sogenannte Politische Abteilung der britisch-indischen Regierung, die für die Beziehung zu den Fürstenstaaten verantwortlich war, unterstützte die Fürsten, die gegen den Bundesstaat Stellung nahmen[90].

Auf der anderen Seite sahen die demokratischen Bewegungen der Fürstenstaaten und die linke Gruppe im Kongreß im Bundesstaat eine gefährliche konservative Konstruktion, die Autokraten und Reaktionäre gegen den demokratischen Druck absichern würde. Einige der „Gemäßigten", die eine einheitsstaatliche Verfassung für Indien anstrebten, standen dem Bundesstaat auch ablehnend gegenüber. Mitten hinein in diese Kontroversen mußte sich GANDHI begeben, als er endlich in London an der zweiten Konferenz am Runden Tisch teilnahm. Entgegen seinen Erwartungen hatte man den

---

[88] Sapru Papers, SAPRU an KAILAS HAKSAR, 9. 6. 1931 (H. 39).

[89] Siehe hierzu Low, Interview mit Lord Halifax.

[90] Siehe hierzu Sapru Papers, SIR KAILAS HAKSAR an SAPRU, 12. 6. 1931 (H. 41) 13. 6. 1931 (H. 42) und 13. 7. 1931 (H. 45).

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

Tagesordnungspunkt, der ihm eine Gelegenheit gegeben hätte, gleich zu Beginn der Konferenz die nationalen Forderungen vorzutragen, vertagt und die Verhandlungen des Komitees, das über die Struktur des Bundesstaates befinden sollte, an den Anfang gestellt. Auf diese Weise wurde er sofort in verfassungstechnische Einzelheiten verstrickt, die ihm zuwider waren. Die Verfassungsvorschläge, die er schließlich der Konferenz präsentierte, waren der Kongreßverfassung entlehnt und sahen daher ein System indirekter Wahlen von der Bezirksebene bis zum zentralen Parlament vor. Dieses System ähnelte in mancher Hinsicht der von C. R. Das veröffentlichten *Panchayat*-Verfassung, war aber nicht davon abgeleitet, sondern entsprang Gandhis Erfahrungen mit der nationalen Bewegung. Das agitatorische Modell einer Delegiertenverfassung war seiner Meinung nach auch für die indische Bundesrepublik geeignet. Er hoffte, in dieser Verfassung auch dem Föderalismus Genüge zu tun. Fast hätte er auch eine Gewährung der provinziellen Autonomie vor einer Demokratisierung der Zentralregierung akzeptiert, aber auf Warnungen hin nahm er diese Zustimmung zurück und definierte die provinzielle Autonomie in so umfassender Art, daß sie einer völligen Selbstbestimmung gleichgekommen wäre[91]. Sein geringes Interesse an Verfassungsfragen und seine mangelnde Kenntnis auf diesem Gebiet traten in diesen Verhandlungen nur zu deutlich zu Tage.

Das Problem der Minderheiten war der zweite Punkt auf der Tagesordnung, und hier stand Gandhi vor allem der Front der separatistischen Mohammedaner gegenüber[92]. Doch auch der Widerstand des intelligenten und zielstrebigen Dr. Ambedkar, der die *Parias* vertrat, machte Gandhi schwer zu schaffen. Ambedkar war ein bitterer Mann, der einer selbstbewußten Gruppe der *Parias* von Maharaschtra, den *Mahars*, entstammte und unter ihnen eine beachtliche Gefolgschaft hatte[93]. Die *Parias* hatten bisher kaum Neigungen zu einer politischen Willensbildung gezeigt und waren von Gandhi und anderen wohlmeinenden Kastenhindus als Objekte philanthropischer Reformbestrebungen betrachtet worden. Es war nicht abzustreiten, daß Gandhi sich oft der *Parias* angenommen hatte, aber Ambedkar, der selbst ein *Paria* war, konnte Gandhi leicht die Identifikation mit den *Parias* abstreiten und sich für die Sonderinteressen dieser unterdrückten Minderheit einsetzen. Ambedkar war ein Patriot, aber interessierte Kreise der britisch-indischen Regierung waren durchaus geneigt, ihn dem Kongreß gegenüber zu fördern, und wohlmeinende Briten, wie der Premierminister Ramsay Macdonald, konnten sich den Argumenten Ambedkars nicht verschließen[94]. Es war Ambedkars Ziel, auch den *Parias* getrennte Wählerschaften zu sichern, und Gandhi war fest entschlossen, sich dieser Bestrebung zu widersetzen, denn er wußte, was auf dem Spiel stand[95]. Die Bemühungen der sozialen Reform wären in jedem einzelnen Dorf durch einen politischen Gegensatz, der auf diese Weise neu geschaffen worden wäre, zunichte gemacht worden, und die Fragmentierung des politischen Lebens wäre dadurch weit mehr intensiviert worden als durch die Gewährung separater

---

[91] Siehe hierzu die Reden Gandhis bei der Konferenz am Runden Tisch (1931) veröffentlicht in M. K. Gandhi, India's Case for *Swaraj*, herausgegeben von W. Kabadi, 2. Aufl. Bombay 1932, S. 71 ff.

[92] Ibid., S. 102 ff.

[93] Siehe hierzu Dhananjay Keer, Dr. Ambedkar: Life and Mission, Bombay 1954.

[94] Ibid., S. 181 ff., siehe auch B. R. Ambedkar, What Congress and Gandhi have done to the Untouchables, Bombay 1946, S. 54 ff.

[95] M. K. Gandhi, India's Case for Swaraj, S. 159.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Wählerschaften für die Mohammedaner, die sich nun nicht mehr rückgängig machen ließ. GANDHI war daher bereit, die Fortdauer der separaten Wählerschaften für Mohammedaner und Sikhs zu unterstützen, wenn ihm diese Minderheiten versprachen, einer Ausdehnung dieses Prinzips auf weitere Minderheiten entgegenzutreten. Zu diesem Zwecke verhandelte er mit den Mohammedanern, doch dieser Pakt kam nicht zustande[96]. Statt dessen schlossen die Mohammedaner mit AMBEDKAR und einigen anderen einen sogenannten Minderheitenpakt ab, der unter anderem die Forderung separater Wählerschaften für die *Parias* enthielt. GANDHI war empört und teilte mit, daß er dieser Forderung gegebenenfalls unter Aufopferung seines Lebens entgegentreten werde. Dennoch unterzeichnete er ein Gesuch der Konferenz, das den Premierminister RAMSAY MACDONALD dazu ermächtigte, in Anbetracht der Tatsache, daß die Konferenz zu keiner Einigung in dieser Angelegenheit gekommen war, durch einen Schiedsspruch, dem sich alle fügen wollten, dieses Problem zu lösen[97]. Die Konferenz endete erfolglos, aber GANDHI sprach dennoch dem Premierminister seinen Dank aus, obwohl er schon in diesen seinen Abschiedsworten andeutete, daß ihre Wege wohl nun auseinandergingen[98].

GANDHI hatte bereits während der Konferenz eingesehen, daß sich nichts erreichen ließ und hatte NEHRU freie Hand gegeben, mit einer Steuer- und Pachtverweigerungskampagne in den Vereinten Provinzen zu beginnen[99]. Die Bauernunruhen verschärften sich dort gegen Ende des Jahres 1931 immer mehr, und die Regierung sah sich gezwungen, drastische Notverordnungen zu erlassen[100]. Als GANDHI aus England zurückkam, war die Atmosphäre äußerst gespannt. Der Vizekönig lud GANDHI nicht zu einem Interview ein, und da GANDHI den zivilen Ungehorsam wieder begann, wurden er und die meisten führenden Kongreßpolitiker sofort ins Gefängnis geworfen. Die britisch-indische Regierung wollte dieses Mal scharf durchgreifen. Schon vor der Konferenz am Runden Tisch befürchtete man in Regierungskreisen, daß die Wartezeit vor der Konferenz dem Kongreß zugute komme und eine Reorganisation der Agitation erlaube; nun wollte man GANDHI und dem Kongreß keine Atempause mehr gönnen[101]. Der Kongreß wurde gebannt, politische Prozessionen wurden mit unbarmherzigen Knüppelhieben zerstreut, die Polizei durfte die Bevölkerung foltern und quälen[102]. LORD WILLINGDON wollte beweisen, daß er verstünde, mit dem zivilen Ungehorsam in kürzester Zeit fertig zu werden. Doch die Beteiligung an der Agitation war unvermindert stark. Die Gefängnisse füllten sich rasch. Die Spannungen nahmen zu. Insgesamt blieb die Agitation dem Prinzip der Gewaltlosigkeit treu. Aber in Bengalen wurden die Terroristen wieder aktiv, und eine junge Studentin versuchte sogar, in einer Universitätsversammlung den Gouverneur von Bengalen zu erschießen. Fast das ganze Jahr hindurch hielten die Zusammenstöße, Verurteilungen, Prozessionen und der Polizeiterror an[103].

---

[96] Siehe Text des Entwurfes des Paktes in B. R. Ambedkar, op. cit., S. 72.

[97] M. K. GANDHI, India's Case for Swaraj, S. 156.

[98] Ibid., S. 201 f.

[99] BRECHER, op. cit., S. 181.

[100] Text der Notverordnung siehe IAR, 1931, Vol. II, S. 463.

[101] Sapru Papers, SAPRU an HAKSAR, 25. 5. 1931 (H. 33).

[102] Siehe hierzu MONICA WHATELY et al., Condition of India, Report of the Delegation sent to India by the India League, London 1932 (Mitglieder der Delegation: M. WHATELY, E. WILKINSON, L. W. MATTERS, V. K. K. MENON).

[103] Siehe hierzu IAR, 1932, Vol. I, S. 10 ff., Vol. II, S. 1 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Inzwischen erwarteten die Mohammedaner und Ambedkars *Parias* den Schiedsspruch des Premierministers. M. C. Rajah, ein anderer Führer der *Parias* und ein Rivale Ambedkars, hatte einen Pakt mit Dr. Moonje, einem Führer der *Hindu Mahasabha*, abgeschlossen. Die Anhänger Rajahs traten nun für gemeinsame Wählerschaften und eine Reservierung von Sitzen in den Landtagen und der gesetzgebenden Versammlung ein[104]. Ambedkar beharrte jedoch nach wie vor auf separaten Wählerschaften. Schließlich wurde der Schiedsspruch des Premierministers veröffentlicht. Da der Schiedsspruch in der Tat den *Parias* separate Wählerschaften, wenn auch nur zusätzlich zu dem Wahlrecht in gemeinsamen Wählerschaften zugestand, verkündete Gandhi von seiner Gefängniszelle aus, daß er bis zum Tode fasten werde, wenn dieses Zugeständnis nicht widerrufen werde. Ramsay Macdonald weigerte sich, seinen Schiedsspruch aufzuheben. Er hatte aber in diesem Schiedsspruch die Möglichkeit offen gelassen, daß sich die betreffenden Parteien untereinander einigen könnten[105]. So richteten sich nun aller Augen auf Ambedkar, der mit dem Beginn des Fastens das Leben des *Mahatma* in seiner Hand hatte. Ambedkar befand sich, wie er selbst sagte, in einer nicht sehr beneidenswerten Lage. Er wies zwar darauf hin, daß Gandhi selbst die Urkunde, die den Premierminister zu diesem Schiedsspruch aufforderte, unterschrieben habe, und daß er sich daher dem Urteil des Premierministers fügen müsse, aber der moralische Druck des fastenden *Mahatma* war unwiderstehlich und ließ sich durch die besten Argumente nicht überwinden. Ambedkar begab sich daher schließlich zu Gandhi ins Gefängnis und schloß mit ihm einen Pakt ab, der die separaten Wählerschaften für *Parias* beseitigte und ihnen dafür aber eine beachtliche Anzahl reservierter Sitze in den Landtagen und in der gesetzgebenden Versammlung sicherte[106].

Die wahren Ausmaße der *Paria*-Bevölkerung waren in allen diesen Verhandlungen ein umstrittener Punkt. Zunächst fragte man sich, wer eigentlich im strengen Sinne des Wortes als „Unberührbar" gelten könne. Die Regierung hatte die Spezialbezeichnung „Depressed Classes" für die *Parias* erfunden, und Gandhi nannte sie euphemistisch *Harijan* (Gottesvolk). Ambedkar hatte in seinen Reden beansprucht, für ein Fünftel der Bevölkerung Indiens zu sprechen. Er mußte jedoch als Mitglied der unter dem Vorsitz von Lord Lothian stehenden Kommission, die die Wählerschaften zu definieren hatte, erleben, daß viele Zeugen in ihren Aussagen vor der Kommission die Bevölkerungszahlen der *Parias* weit geringer einschätzten. Manche behaupteten sogar, in ihrer Provinz gäbe es überhaupt keine „Unberührbaren"[107]. Klassifikationen waren natürlich in diesem Fall immer subjektiv, und man konnte ganze Bevölkerungsgruppen je nach politischem Gutdünken auf die eine oder andere Weise einstufen. Die britisch-indische Regierung schätzte die Gesamtzahl der *Parias*, für die besondere Anordnungen bei der Wahl getroffen werden müßten, auf etwa 35,3 Millionen (Madras 7,1; Bombay 1,7; Bengalen 9,9; Vereinte Provinzen 8,8; Bihar und Orissa 4,3; Central Prov. 2,9; Assam 0,6)[108]. Diese Zahlen lagen auch dem zwischen Gandhi und Ambedkar geschlossenen Pakt zugrunde[109]. Die politische Willensbildung dieser unter-

---

[104] D. Keer, op. cit., S. 189, ferner auch Pyarelal, The Epic Fast, Ahmedabad 1932, S. 248 ff. (Rede M. C. Rajahs).

[105] Siehe hierzu den Briefwechsel zwischen Gandhi und Ramsay Macdonald veröffentlicht in IAR, 1932, Vol. II, S. 237 ff.

[106] Siehe hierzu Pyarelal, The Epic Fast, S. 153 ff.

[107] B. R. Ambedkar, op. cit., S. 74 f.

[108] Siehe hierzu Government of India, Despatch No. 13 of 1932, 24. 9. 1932.

[109] Pyarelal, The Epic Fast, S. 214.

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

drückten Bevölkerungsschicht stand noch ganz in ihren Anfängen, und bisher waren aus dieser Schicht außer AMBEDKAR nur wenige eminente Politiker hervorgegangen. Die Einführung separater Wählerschaften hätte aber ohne Zweifel einer solchen Führerschaft ein politisches Schongebiet gewährt, in dem sie rasch und völlig auf die wirklichen oder vermeintlichen Sonderinteressen ihrer Schicht ausgerichtet emporgeschossen wäre.

In seiner symbolischen Bedeutung hatte das Fasten GANDHIS eine Wirkung, die weit über den Abschluß des Paktes mit AMBEDKAR hinausging. Viele Kastenhindus wandten sich spontan den Unberührbaren zu, öffneten ihnen die Tempel, reichten ihnen Nahrung und bezeugten, daß sie sich mit ihnen verbunden fühlten[110]. Die rechtsradikale *Hindu Mahasabha* hatte bereits seit langer Zeit im Sinne der *Sanghatan*-Bewegung, die den Zweck hatte, alle Hindus ohne Rücksicht auf die Kastenunterschiede zusammenzufassen, eine Verbrüderung mit den Unberührbaren gepredigt. Der frühere Terrorist V. SAVARKAR, ein *Chitpavan*-Brahmane, prägte für diese Einheit der Hindus den Begriff *Hindutwa*, Hindu-tum, jeder, der Indien als sein Vaterland und sein heiliges Land ansah, gehörte nach dieser Definition zu den Hindus, und eine Unberührbarkeit durfte es daher nicht geben[111]. GANDHIS Fastenzeit bewirkte Szenen der Verbrüderung, die über die Botschaft der Hindu-Ideologen hinausgingen, aber in ihrer Intensität auch wiederum nur von kurzer Dauer waren. GANDHI widmete sich jedoch von dieser Zeit an dem Problem der *Parias* noch mehr als zuvor und sagte, daß die Befreiung der *Harijans* ihm wichtiger sei als die Erringung des *Swaraj*. Er nannte daher seine politische Zeitschrift, die „Young India" ablöste, von nun an *„Harijan"*.

GANDHIS Zugeständnisse an AMBEDKAR erregten bald den Widerstand der Kreise, die die Rechnung bezahlen mußten. Das waren vor allem die *Bhadralok* von Bengalen, die zwischen den Mohammedanern und den nun mit einer großen Zahl reservierter Sitze versehenen *Parias* eingeklemmt waren und ihre politische Macht dahinschwinden sahen[112]. Diesen Kreisen mochte der Schiedsspruch RAMSAY MACDONALDS und GANDHIS Pakt mit AMBEDKAR wie eine böse Verschwörung erscheinen. In Wirklichkeit hatte aber SIR TEJ BAHADUR SAPRU die britische Regierung dazu überredet, sich zu einem Schiedsspruch durchzuringen. SAPRU wollte auf alle Fälle den *circulus vitiosus* der Verfassungsverhandlungen durchbrechen[113]. Die britische Regierung konnte mit dem Hinweis auf die Uneinigkeit der Inder die Verfassungsreform immer wieder hinauszögern; der Schiedsspruch mußte diese Lage ändern. Der Kongreß hielt denn auch nach der Revision durch den GANDHI-AMBEDKAR-Pakt stillschweigend an dem Schiedsspruch der Regierung fest und versagte den Bestrebungen, dem Schiedsspruch Widerstand zu leisten, seine Unterstützung. Andererseits ließ GANDHI auch AMBEDKAR nicht den Abmachungen des Paktes entkommen. Als AMBEDKAR eine gewisse Bestimmung, die durch eine Vorauswahl der aufzustellenden Kandidaten den Kastenhindus einen Einfluß auf die Wahl der *Paria*-Abgeordneten sicherte, wieder rückgängig machen wollte, kündigte GANDHI sofort ein erneutes Fasten an, das jedoch nicht auf

---

110 PYARELAL, The Epic Fast, S. 277 ff.

111 Siehe hierzu V. D. SAVARKAR, *Hindutwa (Hindu Sanghatan* Series), Poona.

112 Siehe hierzu Stellungnahme der *Bengal Hindu Sabha*, IAR 1932, Vol. II, S. 316 ff

113 Sapru Papers, SAPRU an LORD SANKEY, 26. 10. 1931 (S. 7), ferner auch SIR JAGDISH PRASAD an SAPRU, 5. 12. 1941 (P. 198): „I well remember . . . Lord Lloyd telling me that Ramsay Macdonald has been fooled and had agreed to make a communal award. Lloyd told me that your Brahmanical brain was much too clever for Ramsay Macdonald's . . .".

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

ein bestimmtes Ziel gerichtet war, sondern nur der „Reinigung" dienen sollte, wie GANDHI es ausdrückte[114]. Die britisch-indische Regierung, die schon mehrfach auch von britischer Seite darum angegangen worden war, GANDHI wieder auf freien Fuß zu setzen und zur Mitarbeit zu bewegen, nahm diese Gelegenheit wahr und entließ GANDHI am ersten Fastentag mit der Begründung, daß er sich ja nun der Wohlfahrt der *Parias* widmen wolle und man ihn daher nicht gefangen halten müsse. GANDHI hob sofort nach seiner Entlassung den zivilen Ungehorsam zunächst für einen Monat auf, und die Agitation, die immer noch angedauert hatte, wurde nun eingestellt[115]. Diese befristete Einstellung erwies sich praktisch als das Ende der symbolischen Revolution, denn obwohl einige Versuche gemacht wurden, die Agitation noch einmal zu beleben, und GANDHI wiederum ins Gefängnis ging, um kurz darauf erneut entlassen zu werden, blieb die Bewegung tot. Die Regierung hatte durch ihr scharfes Durchgreifen die Agitatoren lahm gelegt, und die Wirtschaftskreise waren an einem Friedensschluß interessiert. GANDHIS Freund, der Finanzmagnat BIRLA, der auch Präsident der neuen *Harijan Sevak Sangh* geworden war, setzte sich für eine Verständigung zwischen GANDHI und der Regierung ein[116].

Die symbolische Revolution hatte zu keinem nennenswerten Erfolg geführt, aber sie hatte die Stellung GANDHIS und die Macht des Nationalkongresses sehr gesteigert. Eine breite Schicht des städtischen Kleinbürgertums der Kastenhindus, und in etlichen Regionen auch die Bauernschaft, waren angesprochen und in die Bewegung einbezogen worden. Man hatte es verstanden, die Sonderansprüche partikularistischer *Paria*führer zunichte zu machen. Es war nicht mehr gelungen, die Mohammedaner im weiteren Sinne einzubeziehen. Als umfassende nationale Bewegung war die symbolische Revolution daher nicht unbedingt ein Erfolg. Aber sie schuf für den Kongreß als Partei eine soziale Basis in den nicht-brahmanischen Mittelkasten. Viele junge Führungskräfte dieser Kastengruppen wurden durch das Erlebnis dieser Agitation zum erstenmal in das politische Leben gezogen. Zugleich zeigten sich unter den Angehörigen der früher maßgebenden dominanten Minderheiten Tendenzen zum Rechts- und Linksradikalismus. In Bengalen, dem Panjab und Maharaschtra fanden sowohl die *Hindu Mahasabha* als auch die Kommunisten ihre tüchtigsten Führer und eifrigsten Gefolgsleute. Die Terroristen Bengalens, die zu den *Anusilan*- und *Yugantar*-Bünden gehörten, lasen in den Gefängnissen kommunistische Literatur und wandten sich von „terroristischen Individualismus" ab und dem Marxismus zu. Die Gefängnisverwaltung legte ihnen bei diesem Studium keine Hindernisse in den Weg[117]. Im Panjab verhärteten sich inzwischen die Fronten zwischen Hindus und Mohammedanern, und aus diesem Grund stand die gesamte Bildungsschicht der Hindus der *Hindu Mahasabha* nahe[118], während sich unter den jüngeren Sikhs linksradikale Tendenzen bemerkbar machten. Die alte *Ghadr*-Partei war in die kommunistische Frontorganisation, die *Kirti-Kisan* (Arbeiter- und Bauern-) Partei übergegangen und wurde weiterhin von Sikhs ge-

---

[114] B. R. AMBEDKAR, op. cit., S. 91 f., ferner IAR, 1933, Vol. I, S. 64 ff.

[115] IAR, 1933, Vol. I, S. 21, ferner Sapru Papers, SIR KAILAS HAKSAR an SAPRU, 19. 6. 1933 (H. 113): „The Mahatma is not picking up strength, that seems omnious . . . the tragedy is that the Congress threatens to lose its potency".

[116] Sapru Papers, SIR KAILAS HAKSAR an SAPRU, 23. 1. 1933 (H. 106) siehe auch G. D. BIRLA, In the Shadow of the Mahatma, Bombay 1953, S. 92 ff.

[117] Siehe hierzu Government of India, India and Communism, Simla 1935.

[118] Sapru Papers, SAPRU an HAKSAR, 26. 8. 1932 (H. 92).

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

führt[119]. In Maharaschtra bemühten sich Angehörige der dominanten Minderheit um die kommunistische Gewerkschaftsarbeit, andere Angehörige dieser Gruppe stellten jedoch die nationale Führung der *Hindu Mahasabha*.

Als wichtigste regionale Basis für den Kongreß waren die Vereinten Provinzen aus der symbolischen Revolution hervorgegangen. Die entscheidende Niederlage der *Swaraj*-Partei in dieser Gegend war durch die Agitation und die Erfassung neuer Bevölkerungsschichten wettgemacht worden. Die Kongreß-Führungsgruppe vereinte hinduistische und sozialistische Tendenzen zu einem vagen Radikalismus, der der politischen Lage gut angepaßt war. Eine Polarisierung linksradikaler und rechtsradikaler Bestrebungen tauchte in dieser Region daher nicht auf, und die agitatorische Einheit dieser Riesenprovinz bewahrte den Geist der symbolischen Revolution und ersetzte die nationale Einheit. Vorläufig wirkten in der Kongreßpolitik dieser Region auch noch etliche aufstrebende mohammedanische Politiker wie CHAUDHURI KHALIQUZZAMAN und NEHRUS Freund und Helfer RAFI AHMAD KIDWAI mit, die nicht zu den konservativen mohammedanischen Grundbesitzerkreisen gehörten. Die kleine Oberschicht der schlecht organisierten Großgrundbesitzer war und blieb eine ideale Zielscheibe für sozial-agitatorische Angriffe, ohne doch ein ernstzunehmender Gegner zu sein. Zugleich störte der agrarische Radikalismus dieser von nun an so entscheidenden Region die Interessen der nationalistischen Geschäftskreise Bombays sehr wenig. Finanzierung und soziale Basis der nationalen Bewegung konnten daher kaum in einen direkten Konflikt geraten, ja die Verbindung zwischen diesen beiden Faktoren war durch die symbolische Revolution erst recht eigentlich hergestellt worden.

Der augenblickliche äußere Mißerfolg der symbolischen Revolution führte jedoch zunächst zu Selbstanklagen und ideologischen Reflektionen. NEHRU deutete die Gespräche am Runden Tisch und die gleichzeitige Unterdrückung der nationalen Bewegung als einen britischen Versuch, Indien mit faschistischen Methoden beizukommen[120]. Die Furcht vor einer Allianz der Hochfinanz in England und Indien beherrschte das Denken der linksradikalen Nationalisten. Die internationale Lage, die man ideologisch als Endstufe der kapitalistischen Ordnung deutete, schien auf eine Umwandlung der Kolonialherrschaft in eine faschistische Partnerschaft hinzudeuten. In praktischer Hinsicht standen einer solchen unheiligen Allianz unzählige Hindernisse im Wege, während die Liaison indischer Wirtschaftskreise mit den gemäßigt-radikalen Kongreßpolitikern handfestere Möglichkeiten bot. Aus zeitgenössischer Sicht erschienen jedoch die Konstellationen recht ungewiß und zwielichtig, und viele Nationalisten erwarteten, daß die symbolische in eine reale Revolution übergehen werde. Doch diese Revolution blieb aus, und der Kongreß mußte sich nach den Jahren der Agitation wieder der Verfassungsstruktur zuwenden, die inzwischen nach vielen Konferenzen, Besprechungen und Intrigen ihre endgültige Form annahm.

---

[119] Government of India, India and Communism, 1935.

[120] Siehe hierzu den GANDHI-NEHRU Briefwechsel, veröffentlicht in IAR, 1933, Vol. II. S. 356 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

9

Die Parallele Regierung als parlamentarische Partei

Die Verfassungsreform von 1920 hatte mit fünf Millionen Wählern etwa zwei Prozent der indischen Bevölkerung erfaßt. Die neue Reform sollte ungefähr zehn Prozent einbeziehen[1]. Nach wie vor diente der Besitz als Maßstab für die Zumessung der Wahlberechtigung, nur für einige Sonderinteressen wurden hier und da besondere Maßstäbe geschaffen. Der Kreis, der durch diese Reform erschlossen wurde, stimmte mehr oder weniger mit dem Kreis derer überein, die durch die symbolische Revolution erfaßt worden waren. Der Kongreß hatte in den Jahren der Agitation einen Anspruch auf die Loyalität des indischen Volkes erhoben. Man hatte ein paralleles Staatswesen errichtet, wenn man auch eine parallele Regierung im vollen Sinne des Wortes nicht bildete. Die durch die Agitation bedingte Konzentration der Kommandobefugnisse des Kongresses mit seinen „Diktatoren" und „Kriegsräten" hatte jedoch einen Apparat geschaffen, der einer parallelen Regierung sehr ähnlich sah. Die zentralistische Tendenz dieses aus der Agitation hervorgegangenen Apparates wurde nun noch dadurch bestärkt, daß die Briten dazu neigten, einer Reform der britisch-indischen Zentralregierung aus dem Wege zu gehen und die Inder mit der Gewährung der Provinzialautonomie abzuspeisen. So wuchsen zwei einander entgegengesetzte Systeme aufeinander zu.

Das Ringen um einen indischen Bundesstaat und eine echte Verfassungsreform war von Runde zu Runde hoffnungsloser geworden. Zunächst stand die Minderheitenfrage im Wege, doch sie wurde durch den Schiedsspruch des Premierministers überwunden. Dann ging es um die Fürsten und die Finanzen. Die Bürokratie versuchte mit allen Mitteln, die Fürsten dazu zu bewegen, daß sie die Idee eines indischen Bundesstaates sabotierten und damit die Pläne zur Reform der Zentralregierung vereitelten. Fragen, die bereits entschieden zu sein schienen, wurden wieder aufgerollt. Inspiriert von seinem britischen Berater schrieb der Kanzler der Fürstenkammer einen Brief an alle Fürsten, in dem er die Möglichkeiten des Beitritts zum Bundesstaat noch einmal so zur Diskussion stellte, als ob bisher keine Diskussion stattgefunden hätte. Es wurde dabei nicht versäumt, alle problematischen Seiten des Beitritts anzudeuten[2]. Sir Kailas Haksar, der Minister des Staates Gwalior, der einer der Hauptvertreter der Bundesstaatsidee war, wurde geschickt von weiteren Konferenzen ausgeschlossen, da beschlossen wurde, daß die Vertreter der Fürstenstaaten nur mit der Einwilligung des

[1] Zur Erörterung der Wahlberechtigung und der verwaltungstechnischen Einwände gegen eine Vergrößerung der Wählerschaft siehe Government of India, Despatch No. 13 of 1932, 24. 9. 19 23, Subject: The Report of the Indian Franchise Committee.

[2] Sapru Papers, Sir Kailas Haksar an Sapru, 7. 5. 1932 (H. 62), dieser Brief enthält ein von Haksar kommentiertes Exemplar des Rundschreibens des Jamsaheb von Nawnagar (Kanzler der Fürstenkammer), das dieser unter der Einwirkung von Rushbrook Williams geschrieben hatte; zu Rushbrook Williams Ansichten über die Fürstenstaaten siehe auch L. F. Rushbrook Williams, The Cultural Significance of the Indian States, Proceedings of the British Academy, Vol. XVI, London 1930.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

betreffenden Maharajas bei Verhandlungen anwesend sein dürften, und der MAHARAJA VON GWALIOR war noch minderjährig und konnte daher HAKSAR keine Vollmachten erteilen[3]. Dann säte man Zwietracht unter den Fürsten, und das war nach Lage der Dinge leicht getan. Auch wurde bekannt, daß gutgläubige Beamte der politischen Abteilung der britisch-indischen Regierung, die daran geglaubt hatten, daß sie sich für den Bundesstaat einsetzen sollten, bei Beförderungen übergangen wurden und von wendigeren Beamten überholt wurden, die eher gemerkt hatten, woher der Wind wehte[4]. Der Vizekönig, LORD WILLINGDON, war der Meinung, die Fürsten hätten sich nie auf die Idee des Bundesstaates einlassen sollen, aber nun, da sie sich dazu bekannt hätten, müßten sie auch an dem Plan festhalten, wenn sie sich nicht selbst ruinieren wollten[5]. Doch bekundete er mit dieser Bemerkung eher seinen politischen Scharfsinn als den Willen, die Fürsten auf diesem Weg voranzutreiben. Ohne die Schaffung des Bundesstaates war an die Errichtung einer verantwortlichen Zentralregierung nicht zu denken, und es wurde immer deutlicher, daß die Schuld an dem Scheitern dieses Planes den widerspenstigen Fürsten zugespielt werden sollte.

Auch in der Finanzfrage traten immer mehr Hindernisse auf, als die Verhandlungen sich ihrem Abschluß näherten. Es wurden finanzielle Sicherungen gefordert, die bedeuten mußten, daß der gesamte Staatshaushalt soweit vorvergeben wurde, daß dem künftigen indischen Finanzminister der Zentralregierung nur wenig übrig blieb, über das er im Einvernehmen mit dem Bundesparlament hätte verfügen können[6]. Ein weiterer Plan sah die Gründung einer Zentralbank vor, die für die Beständigkeit der indischen Währungspolitik sorgen sollte, und man wollte die Erteilung der Finanzhoheit von der Errichtung dieser Bank abhängig machen. Da die Errichtung einer solchen Bank etliche Jahre in Anspruch nehmen würde, bedeutete auch diese Forderung, daß eine echte Reform der Zentralregierung hinausgezögert werden mußte[7].

Der rechte Flügel der konservativen Partei, unter der Führung CHURCHILLS, setzte inzwischen alles daran, um den reformbereiten Konservativen das Handwerk zu legen, und man befürchtete, daß BALDWIN die Einheit seiner Partei auf Kosten Indiens erkaufen würde[8]. Die liberalen indischen Verfechter der Bundesstaatsidee sahen schon früh die Gefahr einer Einführung der Provinzialautonomie auf Kosten der indischen Einheit[9]. SIR MALCOLM HAILEY und andere konservative Berater des Vizekönigs drangen auf eine baldige Einführung der Provinzialautonomie, da sie die Inder rasch die Bundesstaatsidee vergessen lassen würde[10]. SAPRU und seine Freunde verteidigten sich bis zum letzten Augenblick gegen diese Lösung, die von Bürokraten und Tories zugleich als Nahziel und Ablenkungsmanöver empfohlen wurde. In diesen Monaten wurde das politische Schicksal Indiens entschieden. Die spätere Teilung des Landes und die Fortführung einer weitgehend zentralistischen Regierungsform wurden bereits festgelegt,

---

[3] Sapru Papers, SIR KAILAS HAKSAR an SAPRU, 21 .10. 1932 (H. 102).
[4] Sapru Papers, SIR KAILAS HAKSAR an SAPRU, 18. 2. 1933 (H. 107).
[5] Sapru Papers, SIR KAILAS HAKSAR an SAPRU, 28. 3. 1932 (H. 56).
[6] Zu dieser Frage siehe G. D. BIRLA, In the Shadow of the Mahatma, S. 45 (Brief BIRLAS an SAPRU) und Government of India, Despatch No. 1 of 1932, 13. 6. 1932 (Subject: Report of the Federal Finance Committee), Despatch No. 2 of 1932 (Subject: Financial Safeguards), Despatch No. 4 of 1932, 11. 7. 1932 (Subject: Reserve Bank).
[7] Sapru Papers, SAPRU an RAMSAY MACDONALD, 25. 12. 1932 (M. 20).
[8] Sapru Papers, SAPRU an BRAJ NARAIN und KUNZRU, 30. 6. 1933 (B. 117).
[9] Sapru Papers, SIR KAILAS HAKSAR an SAPRU, 19. 1. 1932 (H. 50).
[10] Sapru Papers, SAPRU an HAKSAR, 7. 7. 1932 (H. 77).

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

ohne daß sich die Briten darüber im klaren waren. Taktische Erwägungen hatten den Vorrang vor langfristigen Plänen. Die wenigen indischen Politiker, die sich ernstlich um eine Rettung des Bundesstaates bemühten, standen auf verlorenem Posten. Der Staatssekretär für Indien SIR SAMUEL HOARE, schenkte ihnen keine Beachtung; für ihn zählten nur der Kongreß und die Mohammedaner[11]. Die Kongreßpolitiker wiederum hatten sich bewußt von den Verfassungsverhandlungen distanziert. Der linke Flügel des Kongresses war gegen die Föderation, da er sie für eine bedrohliche Struktur hielt, die den Fürsten und Reaktionären auf die Dauer eine Machtposition schaffen würde. Die Aussichten auf eine Verwirklichung der Bundesstaatsidee schwanden dahin, und SAPRU und JAYAKAR gaben ihre Sitze in dem Komitee, das über die Struktur der Föderation befinden sollte, aus Protest gegen die Verschleppungstaktiken der britischen Regierung auf[12]. Das Verfahren der Konferenzen am Runden Tisch wurde schließlich von britischer Seite auch aufgegeben, und ein Komitee beider Häuser des britischen Parlaments wurde mit der letzten Überprüfung der Verfassungsfrage beauftragt. Man empfand in Indien, daß man nach den Vorspiegelungen der Partnerschaft am Runden Tisch nun wieder zur Methode der Parlamentsausschüsse wie zur Zeit der SIMON-Kommission überginge[13].

Im Jahr 1934 war die politische Stimmung sowohl in Indien wie in Großbritannien auf den Tiefpunkt gesunken. In London mußte sich SIR SAMUEL HOARE gegen einen ungemein klugen Schachzug CHURCHILLS zur Wehr setzen. CHURCHILL hatte die Reformen weder innerhalb seiner Partei noch in der Öffentlichkeit erfolgreich bekämpfen können und sah sich in der Minderheit; er versuchte sie daher durch einen technischen Einwand zu torpedieren. Die Handelskammer von Manchester hatte ein Gutachten ausgearbeitet, das den Reformbemühungen abträglich war, aber HOARE hatte es verstanden, dieses Gutachten durch ein vertrauliches Gespräch mit dem EARL OF DERBY zu entschärfen. Auf diese Weise kam das Gutachten nicht ins Parlament, und CHURCHILL bezichtigte HOARE der Verletzung parlamentarischer Privilegien[14]. Die Reformen wurden durch dieses Manöver zwar nicht verhindert, aber doch verzögert. Inzwischen herrschte in Indien völlige Ratlosigkeit. SAPRU schrieb an den Vizekönig, daß sich alle Begriffe zu verwirren schienen, die Nationalisten könnten sich nicht entscheiden, Partikularisten gäben sich als Nationalisten, Kapitalisten täten als ob sie Sozialisten seien, Sozialisten spielten sich als Kommunisten auf, und die Kommunisten bedrohten und umwarben die Kapitalisten zugleich[15].

In dieser Atmosphäre der Unbestimmtheit begann nun der Kongreß die ersten Schritte zur Bildung einer parlamentarischen Partei zu unternehmen. Im April 1934 erklärte GANDHI endgültig die Beendigung des zivilen Ungehorsams und behielt sich nur selbst das Recht zum individuellen zivilen Ungehorsam vor. Zugleich stimmte er der Bildung eines Parlamentarischen Kollegiums zu, das unter der Führung von PANDIT M. M. MALAVIYA und DR. ANSARI stehen sollte. Dieses Kollegium sollte sich nach den Weisungen des All-India Congress Committee richten, im übrigen aber eine ähnlich autonome Stellung innerhalb des Kongresses haben wie der Handspinnerverein. Durch

---

[11] Sapru Papers, SAPRU an HAKSAR, 3. 7. 1932.

[12] Ibid., siehe auch IAR, 1932, Vol. II, S. 277, Text der Stellungnahme SAPRUS und JAYAKARS.

[13] Sapru Papers, SAPRU an HAKSAR, 3. 7. 1932 (H. 75).

[14] Siehe hierzu VISCOUNT TEMPLEWOOD (SIR SAMUEL HOARE), Nine Troubled Years, London 1954; siehe auch LOW, Interview with Lord Halifax.

[15] Sapru Papers, SAPRU an LORD WILLINGDON, 15. 8. 1934 (W. 47).

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

diese Regelung wollte GANDHI verhüten, daß das All-India Congress Committee selbst zur parlamentarischen Organisation würde. Er hoffte, daß „die Mehrheit von den Lockungen der politischen Arbeit in den Landtagen unberührt bleiben werde“[16]. Das Parlamentarische Kollegium sollte wie eine Parallele zum Arbeitsausschuß des Kongresses fungieren. Die zwei Vorsitzenden des Kollegiums, MALAVIYA und ANSARI, konnten die anderen Mitglieder ernennen, so wie der Kongreßpräsident jeweils den Arbeitsausschuß ernannte. Auf diese Weise wurden das parallele Staatswesen und die parlamentarische Partei gewissermaßen reinlich geschieden, und MALAVIYA und ANSARI erhielten große Vollmachten. Es sollte sich bald herausstellen, daß eine so völlige Übertragung der parlamentarischen Arbeit an eine autonome Agentur nicht möglich war, und das Parlamentarische Kollegium wurde in einen vom All-India Congress Committee gewählten Ausschuß umgewandelt[17]. Damit hatte bereits der Prozeß der Verschmelzung der parallelen Regierung mit der parlamentarischen Partei begonnen. Das Parlamentarische Kollegium litt darunter, daß MALAVIYA in der Bewegung, die für eine Aufhebung des Schiedsspruchs RAMSAY MACDONALDS plädierte, sehr aktiv war und seine Ämter im Kongreß zur Verfügung stellte, als der Kongreß sich nicht zu einer Ablehnung dieses Schiedsspruchs entschließen konnte. Der Arbeitsausschuß des Kongresses faßte daraufhin einen doppeldeutigen Entschluß, man lehnte die Verfassungsvorschläge der Regierung ab und forderte eine indische verfassungsgebende Versammlung, die aus allgemeinen Wahlen hervorgehen sollte. Mit der Ablehnung der Verfassung, so hieß es, sei auch eine Ablehnung des Schiedsspruchs verbunden, doch im nächsten Abschnitt des Beschlusses wurde gesagt, daß der Kongreß als nationale Körperschaft den Schiedsspruch weder annehmen noch ablehnen könne[18]. Da GANDHI jedoch den Poona-Pakt mit AMBEDKAR auf der Basis des Schiedsspruches abgeschlossen hatte, war man indirekt, ohne daß man dies betonte, doch an die Verfassung gebunden. Es war auch bezeichnend, daß GANDHI sich im Zusammenhang mit der *Pariafrage* zum erstenmal wieder um Probleme der Gesetzgebung kümmern mußte, ein Erlebnis, das, wie er gestand, er seit der Zeit des *Satyagraha* in Champaran nicht mehr gehabt hatte[19]. Er wies darauf hin, daß viele Sitten, die sich sonst im Lauf der Zeit gewandelt haben würden, durch die britische Gesetzgebung fixiert worden seien, man könne nicht dort auf den Wandel des Brauchtums vertrauen, wo es darum gehe, gesetzliche Hindernisse zu überwinden[20]. Sozialreformerische Bemühungen trieben GANDHI also zum Interesse an den gesetzgebenden Körperschaften, die er sonst im Sinne des Aufbaus eines parallelen Staatswesens gemieden hatte.

Das Ende der agitatorischen Phase und die Hinwendung des Kongresses zu parlamentarischen Ambitionen führte zu scharfen Meinungskämpfen, und die Sozialisten innerhalb des Kongresses wurden die „No-changers“ dieser Epoche, während sich die alten „No-changers“ der vorigen Epoche der parlamentarischen Machtergreifung zuwandten[21]. Der Sozialismus, der bisher im Kongreß nur eine Tendenz und eine Strömung in den Reihen der jüngeren Generation war, konsolidierte sich nun und trat mit

---

[16] IAR, 1934, Vol. I, S. 291.
[17] IAR, 1934, Vol. II, S. 205.
[18] PATTABHI SITARAMAYYA, op. cit., Vol. I, S. 575 (Beschluß des Arbeitsausschusses).
[19] Sapru Papers, GANDHI an SAPRU, 26. 1. 1933 (G. 18) und SAPRU an GANDHI, 2. 2. 1933 (G. 19).
[20] Sapru Papers, GANDHI an den Sekretär des Vizekönigs, 19. 2. 1933 (G. 23).
[21] Siehe z. B. RNN, Vereinte Provinzen 1934, „*AJ*“ 14. 4. 1934.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

einem eigenen Programm an die Öffentlichkeit[22]. Es wurde eine Congress Socialist Party gebildet, die sozusagen in dem parallelen Staatswesen die Opposition darstellte. Man wollte innerhalb des Kongresses wirken und stellte daher vorläufig das Programm der sozialistischen Einheit mit anderen marxistischen Gruppen zurück[23]. Die Partei setzte sich für die Erfüllung des Programms, das auf der Sitzung des Kongresses in Karachi angenommen worden war, ein und plädierte darüber hinaus für die Enteignung der Großgrundbesitzer und eine allgemeine Landreform. Sie warnte vor einer Verwicklung Indiens in den nächsten „imperialistischen" Krieg. Die Weltlage schien denen recht zu geben, die voraussagten, daß ein solcher Krieg in allernächster Zukunft ausbrechen dürfte. Die „Sklavenverfassung", die von der britischen Regierung für Indien vorbereitet wurde, lehnte man grundsätzlich ab und setzte sich dafür ein, die Kluft, die die Regierung von der kolonialen Bevölkerung schied, bewußt zu erweitern und sich die Initiative zur Agitation nicht nehmen zu lassen. Allen Mitgliedern machte man eine theoretische Durchdringung der Probleme Indiens im Sinne des Marxismus zur Auflage[24].

Der Sozialismus stellte eine Grundlage dar, auf der sich die Vertreter der jungen Generation der früher vorherrschenden Provinzen Maharaschtra, Bengalen und Panjab mit den Agitatoren der großen Region, die durch die Bauernunruhen erschlossen worden war, den Vereinten Provinzen und Bihar, treffen konnten[25]. Bengalen und Panjab waren jedoch durch die Bedrängung der Kastenhindus durch die neuen politischen Gegebenheiten im wesentlichen inaktiviert worden, und so folgten die regionalen Kräftelinien des Sozialismus auch jener Verbindung, die unter GANDHI so wichtig geworden war: Bombay-Nordindien. MALAVIYA mit seiner neuen Nationalistenpartei, die sich gegen den Schiedsspruch MACDONALDS wandte, stellte dagegen hauptsächlich eine Kombination der *Hindu-Sabha*-Elemente von Panjab und Bengalen dar[26]. Damit war die ursprüngliche Entente MALAVIYA-ANSARI hinfällig geworden. ANSARI und die sogenannten nationalistischen Mohammedaner blieben bei GANDHI, doch ihre Stellungnahme unterschied sich nicht sehr von der der Moslem-Liga, die unter dem Vorsitz JINNAHS sich gerade wieder einigte und eine Bejahung des Schiedsspruches mit einer Ablehnung der neuen Verfassung verband[27]. Die Zunahme der zentrifugalen Tendenzen bewog GANDHI dazu, durch eine neue Verfassung den Kongreß zu festigen und zugleich durch seinen eigenen Austritt aus dem Kongreß die Kontroversen um seine Führung zu beenden. Auch sagte er offen, daß es ihm nicht gemäß sei, im Kongreß in der Opposition zu stehen, eine solche Rolle habe er noch in keiner der Organisationen, denen er angehört hatte, gespielt[28].

---

[22] Siehe hierzu JAYAPRAKASH NARAYAN et al., All India Congress Socialist Party (Constitution etc.), Bombay 1936.

[23] Ibid., S. 21 f.

[24] Ibid., S. 25.

[25] Ibid., siehe Liste der Ausschußmitglieder der Partei: JAYAPRAKASH NARAYAN (Bihar), M. R. MASANI (Bombay), E. M. S. NAMBOODIRIPAD (Kerala), R. M. LOHIA (Vereinte Provinzen), DINKAR MEHTA (Bombay), NARENDRA DEVA (Vereinte Provinzen), SAMPURNANAND (Vereinte Provinzen), MOHANLAL GAUTAM (Vereinte Provinzen) et al.

[26] Siehe hierzu Bericht über die Gründungsversammlung der Congress Nationalist Party in Kalkutta, IAR, 1934, Vol. II, S. 260 ff.

[27] IAR, 1934, Vol. I, S. 317.

[28] PATTABHI SITARAMAYYA, op. cit., Vol. I, S. 579 ff. (Text der Stellungnahme GANDHIS, vom 17. 9. 1934).

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

Gandhi war der Meinung, daß ein disziplinierter und repräsentativer Kongreß mit den Landtagen und der zentralen gesetzgebenden Versammlung durchaus konkurrieren könne. Nach der neuen Verfassung, die er auf der Kongreßsitzung in Bombay im Oktober 1934 vorlegte, sollte der Kongreß eine kompakte Organisation werden. Die Zahl der Delegierten des All-India Congress Committee wurde auf 166 zusammengestrichen. Zugleich wurde bestimmt, daß ca. 75 % der Delegierten die ländlichen Bezirke vertreten müßten, um das bisherige Überwiegen städtischer Delegierter in Zukunft zu vermeiden. Der Kongreßpräsident sollte von nun an von allen Kongreßmitgliedern und nicht mehr vom Empfangskomitee gewählt werden. Ferner wurde eindeutig in der Verfassung festgelegt, daß der Präsident den Arbeitsausschuß ernenne[29]. Diese Regel bestand bisher nur als ungeschriebene Konvention, und Gandhi sagte, er habe sich nicht getraut, diese Bestimmung bereits zuvor in der Verfassung förmlich zu verankern[30]. Der durchgreifende Zentralismus der Verfassung wurde auch dadurch betont, daß der Arbeitsausschuß ausdrücklich dazu ermächtigt wurde, nach eigenem Ermessen neue Provinzialkomitees zu bilden und anzuerkennen, wenn die bestehenden nicht im Rahmen der Verfassung funktionierten[31].

Vallabhbhai Patel empfahl die neue Verfassung mit dem Hinweis, daß sie auf Gandhis Erfahrung nach fünfzehn Jahren Arbeit im Kongreß beruhe[32]. Andere Kommentatoren waren sich über den Sinn und Zweck der Verfassung nicht ganz einig. Es fiel auf, daß Gandhi, der doch aus dem Kongreß ausscheiden wollte, so großes Interesse an der Durchsetzung dieser neuen Verfassung zeigte. Manche glaubten, daß Gandhi an eine Erneuerung der Agitation denke, andere wieder sagten, die neue Verfassung sei eben gerade dazu geschaffen, um die Nachwirkungen der Agitation zu überwinden. Man empfand auch, daß die Straffung der Organisation und die Umschreibung der einzelnen Organe des Kongresses hauptsächlich dazu dienen sollten, die Kongreßsozialisten kurz zu halten und ihnen die Möglichkeit zu nehmen, den Kongreß zu unterwandern[33]. Die Wahl durch einfache, übertragbare Stimmabgabe war jedoch beibehalten worden, und auf diese Weise war weiterhin eine angemessene Vertretung der verschiedenen Richtungen im All-India Congress Committee gewährleistet. Die Präsidentenwahl und die Bestimmung, daß der Präsident den Arbeitsausschuß ernennen durfte, führte aber in der Exekutive das Prinzip der Mehrheitswahl ein und garantierte eine gewisse Einheitlichkeit des „Kongreßkabinetts". Während also nach den britisch-indischen Verfassungsreformen die Provinzialautonomie gewährt und die Verantwortlichkeit in der Zentralregierung verweigert wurde, schuf das parallele Staatswesen eine zentralistische Präsidialdemokratie. Diese Präsidialdemokratie wurde jedoch praktisch von einer kleinen Führungsgruppe regiert, die allgemein das „Oberkommando" (High Command) genannt wurde. Gandhi gehörte weiterhin zu dieser Gruppe, obwohl er aus dem Kongreß austrat. Die Macht dieser Gruppe war dadurch gesichert, daß sie die Mehrheit des Arbeitsausschusses bildete und der Präsident entweder einer aus ihrer Mitte oder ihnen genehm war. Nach der ungeschriebenen Konvention bestimmten daher Gandhi und der Arbeitsausschuß, wer Präsident werden sollte, und der Präsident versäumte nicht, die Führungsgruppe zu bestätigen, indem er sie wieder in den Arbeitsausschuß berief.

[29] Siehe Text der neuen Verfassung in IAR, 1934, Vol. II, S. 208 ff.
[30] Siehe die Rede Gandhis in IAR, 1934, Vol. I, S. 291.
[31] Artikel VIII, c, (II), der neuen Verfassung, IAR, 1934, Vol. II, S. 211.
[32] IAR, 1934, Vol. II, S. 257.
[33] Siehe hierzu „Servant of India", 1. 11. 1934.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Nach seinem formellen Ausscheiden aus dem Kongreß widmete sich GANDHI wieder der *Paria*frage und dem „konstruktiven Programm", mit dem er schon in den Jahren 1925—1929 durch die Dörfer gezogen war, um gegen die ländliche Unterbeschäftigung, die Unsauberkeit und alte Vorurteile anzukämpfen, die dem Fortschritt und der Zusammenarbeit entgegenstanden. Er betonte oft, daß dieses Programm seine eigentliche Aufgabe sei, da die politische Freiheit nur aus seiner Solidarität erwachsen könne, die auf dem sozialen Aufstieg aller Menschen *(Sarvodaya)* beruhen müsse. Aber auch als Sozialreformer im *Sevagram Ashram* bei Wardha in Mittelindien blieb GANDHI im Zentrum der politischen Willensbildung und das Dorf Sevagram wurde *de facto* zur Hauptstadt Indiens, in der die Kongreßpolitiker oft zusammentrafen, um sich den Rat GANDHIS zu holen [34].

Für die Einzelheiten der britisch-indischen Verfassungsreform, die jetzt ihre endgültige Gestalt annahm, bestand in Sevagram wenig Interesse. Der britische Parlamentsausschuß hatte seine Empfehlungen veröffentlicht, und dieser Bericht wurde in der indischen Presse heftig kritisiert. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit konzentrierte sich natürlich auf die Vorbehalte und Sicherheitsklauseln, mit denen die Reformen belastet wurden. GANDHI, der Verfassungsdokumente fast nie las, machte sich auch nicht die Mühe, diesen Bericht zu studieren. Er wartete auf ein Zeichen des Entgegenkommens der britisch-indischen Regierung und für ihn bestanden solche Zeichen in aktuellen praktischen Zugeständnissen und nicht in der Revision der einen oder anderen Zusatzklausel der Verfassung. In London und New Delhi wußte man es zu schätzen, daß GANDHI bisher den Linksradikalismus in Schach gehalten hatte, aber man traute GANDHI nicht, fürchtete eine neue Kampagne des zivilen Ungehorsams und hielt seine soziale Reformarbeit auf den Dörfern für verkappte Vorbereitungen zum allgemeinen Aufruhr [35].

Inzwischen versuchten der Kongreßpräsident, DR. RAJENDRA PRASAD, und M. A. JINNAH, der nun wieder eine führende Rolle spielte, einen neuen Hindu-Moslem-Pakt auszuhandeln. Die Mohammedaner waren jetzt zur Annahme allgemeiner Wählerschaften bereit, aber die *Bhadralok* Bengalens und die Sikhs im Panjab beharrten im eigenen Interesse auf der Beibehaltung separater Wählerschaften. Die Aussicht, vor der Einführung der neuen Verfassung zu einem Einverständnis mit den Mohammedanern zu kommen, schwand damit dahin. Ein neuer Kongreß-Liga-Pakt, der der späteren Entwicklung eine andere Richtung gegeben hätte, kam nicht zustande. JINNAH war offensichtlich durch die Wahlerfolge des Kongresses zur Zeit der Wahlen für die zentrale gesetzgebende Versammlung im Jahre 1934 beeindruckt, und seine Bedingungen waren annehmbar, sie bezogen sich auf kleinere Korrekturen der Zahlen der Wahlberechtigten zugunsten der Mohammedaner. PRASAD nahm die Bedingungen an, aber JINNAH bestand darauf, daß der Kongreß garantieren solle, daß PANDIT MADAN MOHAN MALAVIYA die Bedingungen ebenfalls annehme. MALAVIYA organisierte jedoch eine Bewegung gegen die Entscheidung der britischen Regierung (Anti-Communal Award Conference), und damit endeten die Bemühungen um einen Kompromiß [36]. Die Spannungen zwischen Hindus und Mohammedanern verschärften sich wieder, selbst die Bemühungen GANDHIS um die *Parias* wurden von der mohammedanischen Presse als unfreundliche Handlung gegen die Mohammedaner angesehen. Man ver-

[34] Siehe hierzu R. V. RAO, The Gandhian Institutions of Wardha, Bombay 1947.
[35] Siehe hierzu BIRLA, op. cit., S. 156, 158.
[36] RAJENDRA PRASAD, Autobiography, S. 399—402.

CC-0. Agamgyam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

mutete dahinter eine Fortsetzung der *Shuddhi*- und *Sanghatan*-Bewegungen[37]. Der Streit um die Shahidganj Moschee in Lahore, eine Kontroverse zwischen Sikhs und Mohammedanern, erhöhte auch noch das gegenseitige Mißtrauen. JINNAH tat sich in diesem Streit als Mittler sehr hervor, aber FAZLI-HUSAIN war über diese Einmischung nicht sehr erfreut[38]. Regionale und persönliche Differenzen erschwerten weiterhin die Entwicklung einer eindeutigen politischen Willensbildung unter den Mohammedanern. Die Pakistan-Idee, die ursprünglich unter diesem Namen seit 1933 von CHAUDHURI RAHMAT ALI von Cambridge aus verbreitet wurde, fand einige Anhänger[39]. Man verstand darunter aber zunächst nur die Gründung eines großen mohammedanischen Nordwest-Staates in Indien, der den Mohammedanern eine konkrete Machtgrundlage in einem indischen Bundesstaat oder Staatenbund bieten könnte. RAHMAT ALIS Ansichten waren zwar konsequent separatistischer Art, aber sie wurden zunächst nicht völlig aufgenommen. JINNAH stand diesem Denken fern und bemühte sich um ein Wirken auf nationaler Ebene, auch fehlte ihm jede persönliche Beziehung zu diesen regionalen Machtkonzentrationen. Die Vermittlungsversuche in der Angelegenheit der Shahidganj Moschee waren gewissermaßen JINNAHS erste Schritte zu einer Einflußnahme auf die Politik des Panjab. Bengalen und Panjab waren jedoch die entscheidenden Regionen, deren politische Sonderprobleme eine Verständigung auf nationaler Ebene unmöglich machten. An diesen Sonderproblemen waren auch die Gespräche zwischen JINNAH und RAJENDRA PRASAD gescheitert. Aber selbst JINNAH fand es schwer, in diesen verschiedenen Provinzen Organisationen aufzubauen, auf die er sich verlassen konnte. Im Panjab starb FAZLI-HUSAIN im Jahre 1937, aber auch sein Nachfolger SIKANDER HAYAT KHAN ließ sich nicht dazu herbei, die Unions-Partei JINNAHS Botmäßigkeit zu unterstellen. Eine militante *Sunni*-Gruppe, die *Ahrar*-Partei, widersetzte sich JINNAH ebenfalls. In Bengalen hatte FAZLUL HUQ eine eigene mohammedanische Bauernpartei, die *Praja*-Partei, aufgebaut, und auch er war nicht geneigt, sich irgendeiner zentralen parlamentarischen Partei unterzuordnen. Es blieben daher nur noch die Vereinten Provinzen. Hier herrschte jedoch unter den mohammedanischen Politikern eine derartige Uneinigkeit, daß JINNAH mit jedem, den er um die Organisation einer parlamentarischen Partei bat, einen Mißgriff tun mußte, da er es nicht allen Gruppen zugleich recht machen konnte. Der *Shia-Sunni*-Gegensatz war hier besonders stark. Die letzte indische Dynastie der NAWABS VON OUDH und ein großer Teil der führenden Schicht dieser Region gehörten der *Shia*-Sekte an, und gerade in den Jahren 1936—37 begannen die militanten *Sunnis* der *Ahrar*-Partei eine große Agitation, die die religiösen Gefühle der *Shia*-Anhänger verletzte. Ein Teil der mohammedanischen Oberschicht gehörte der loyalistischen National Agriculturist Party an, doch einige von ihnen wurden von dem der *Hindu-Mahasabha* nahestehenden RAJA RAMPAL SINGH abgestoßen, der versuchte, in dieser Partei die Macht an sich zu reißen. Der RAJA VON SALEMPUR und der RAJA VON MAHMUDABAD, beide Anhänger der *Shia*-Sekte, schlossen sich schließlich JINNAHS parlamentarischer Partei an, die aber in dieser Provinz hauptsächlich von einem findigen Rechtsanwalt aus Lucknow, CHAUDHURI KHALIQUZZAMAN, und dem aus dem Westen der Provinz stammenden NAWAB MOHAMMED ISMAIL KHAN organisiert wurde. Kritiker sagten jedoch allen

---

[37] Siehe hierzu RNN, Vereinte Provinzen, "*Sarfaraz*", 26. 8. 1933, "*Medina*", 27. 5. 1933.

[38] Sapru Papers, JAYAKAR an SAPRU, 25. 2. 1936 (J. 32) SHIVA RAO an SAPRU 25. 2. 1936 (R. 76).

[39] Siehe hierzu K. L. GAUBA, The Consequences of Pakistan, Lahore 1946, S. 36—50.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

diesen Herren nach, daß sie eigentlich keine politische Linie verfolgten, sondern nur an dem kürzesten Weg zu einem Ministersessel interessiert waren[40].

Die Stellungnahme des Kongresses zur politischen Tätigkeit innerhalb des durch die neue Verfassung abgesteckten Rahmens wurde mit Rücksicht auf die unterschiedlichen Meinungen des rechten und linken Flügels bewußt im unklaren gehalten. Die Wahlen zur zentralen gesetzgebenden Versammlung von 1934, die noch unter der alten Verfassung stattgefunden hatten, waren für den Kongreß recht erfolgreich verlaufen[41]. Im Rahmen der neuen Verfassung ging es jedoch um die grundsätzliche Frage, ob man die Provinzialautonomie durch die Bildung von Kongreßministerien ausnutzen sollte oder nicht. Der linke Flügel sprach sich entschieden gegen die Bildung von Ministerien aus und wollte die zu erwartenden Wahlerfolge dazu benutzen, die Landtage durch eine Verweigerung der Mitarbeit lahmzulegen. Um Kontroversen zu vermeiden, wurde eine Entscheidung auf die Zeit nach den Wahlen verschoben[42].

Als Bindeglied zwischen dem rechten und dem linken Flügel des Kongresses wurde im Jahre 1936, genau wie sieben Jahre zuvor im Jahre 1929, JAWAHARLAL NEHRU zum Kongreßpräsidenten gewählt. NEHRU war nicht Mitglied der Congress Socialist Party, genoß aber großes Ansehen in ihren Reihen, und die Führungsgruppe im Arbeitsausschuß, die er wieder bestätigte, machte ihm das Zugeständnis, daß er einige seiner sozialistischen Freunde mit in den Arbeitsausschuß aufnehmen durfte. Auf diese Weise kamen JAYAPRAKASH NARAYAN, ACHYUT PATHWARDHAN und ACHARYA NARENDRA DEVA und dazu noch SUBHAS CHANDRA BOSE in das Führungsgremium. Die alte Führungsgruppe fand es jedoch schwer, mit diesen Neuankömmlingen zurecht zu kommen und vertraute eher auf den politischen Takt NEHRUS, von dem man wußte, daß er mit sich reden ließ, wenn er auch in seinen Äußerungen dem Radikalismus huldigte. Seine Rede als Kongreßpräsident wurde von manchen Kommentatoren als kommunistische Propaganda bezeichnet. Andere, die ihn in privaten Gesprächen erlebten, wunderten sich jedoch über seine Zurückhaltung, und radikale Kritiker nahmen es ihm übel, daß er das Amt des Kongreßpräsidenten einer klaren politischen Linie vorgezogen hatte[43].

Im Jahre 1936 fand dann der Wahlkampf statt, an dem sich der Kongreß gut organisiert und finanziert beteiligte. Als Wahlprogramm diente im wesentlichen der Katalog der Grundrechte und sozialen Forderungen, die auf dem Kongreß von 1931 aufgestellt worden waren. Diese Forderungen waren, wie Prof. GADGIL in seiner Analyse des Kataloges gesagt hatte, selbst für einen orthodoxen Nationaloekonom durchaus annehmbar und enthielten keine radikalen Programmpunkte[44]. Der wichtigste Punkt der Wahlpropaganda war denn auch der Name GANDHIS und die geschickte Auswahl der Kandidaten. Hier kamen VALLABHBHAI PATELS Talente zum Zuge. Er war ein

---

[40] Zur Entwicklung der Liga-Politik und JINNAHS Parliamentary Board siehe die Kommentare in den folgenden mohammedanischen Zeitungen: RNN, Vereinte Provinzen 1936, "*Haq*", "*Hamdam*", "*Haqiqat*", 20. 6. 1936, zur *Shia-Frage* "*Sarfaraz*", 15. 8. 1936, zur Spaltung des Parliamentary Board in verschiedenen Provinzen "*Haqiqat*", 19. 9. 1936, zum Umschwung in der Nationalist Agricultural Party, "*Haqiqat*", "*Hamdam*", 26. 9. 1936, zum Wahlkampf "*Hamdam*", "*Haqiqat*", "*Sarfaraz*", 7. 11. 1936, "*Star*", 21. 11. 1936, *Shia-Sunni* Konflikt "*Hamdam*", 28. 11. 1936, "*Zulfiqar*", 5. 12. 1936.

[41] RAJENDRA PRASAD, Autobiography, S. 396 ff.

[42] Ibid., S. 418.

[43] Sapru Papers, JAYAKAR an SAPRU, 8. 7. 1936 (J. 41).

[44] Siehe hierzu D. R. GADGIL in "Servant of India", 10. 9. 1931.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

vorzüglicher Parteiboß, der es verstand, erfolgversprechende Kandidaten zu finden und zugleich die Parteidisziplin zu wahren. Im Sinne seines nationalen Anspruchs stellte der Kongreß natürlich auch Kandidaten für die separaten mohammedanischen Wahlkreise und für die den *Parias* vorbehaltenen Sitze auf. Es stellte sich heraus, daß die Kongreß-Mohammedaner und die Kongreß-*Parias* gegen die separatistischen und partikularistischen Vertreter dieser Gruppen Erfolge erzielten. Freilich konnten die Wortführer dieser Gruppen dem Kongreß doch wieder das Recht abstreiten, für diese Gruppen in ihrer Gesamtheit zu sprechen, da es dem Kongreß selbstverständlich nicht gelang, alle diese Sitze zu erobern[45].

Der große Wahlerfolg des Kongresses verringerte die Koalitionsbereitschaft, die aus einer Reihe von taktischen und ideologischen Gründen an und für sich schon nicht vorausgesetzt werden durfte. Zunächst stand noch nicht einmal fest, was man mit dem Wahlerfolg beginnen wollte und schon daher konnte man keine Partner einladen. Die meisten Kongreßpolitiker, vor allem aber der linke Flügel, sahen den Wahlerfolg als einen agitatorischen Gewinn an und nicht als den Auftakt zur konstitutionellen Zusammenarbeit mit der britisch-indischen Regierung. Obwohl der Kongreß im Wahlkampf als Partei aufgetreten war, betrachtete er sich doch weiterhin in erster Linie als ein paralleles Staatswesen und konnte sich nicht mit anderen Parteien auf der Ebene der Gleichberechtigung treffen. Die Doppelnatur des Kongresses als parallele Regierung und parlamentarische Partei isolierte ihn. GANDHI schaltete sich nun wieder maßgeblich in den Verlauf der Dinge ein und stellte eine Bedingung, die zugleich die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der Regierung und die Grundlage zur erneuten Agitation scharf umriß. Er forderte, daß die Gouverneure eine Erklärung abgeben sollten, daß sie ihre umfassenden Befugnisse, die ihnen die Verfassung für den Notfall zuschrieb, nicht ausnutzen, sondern den Kongreßministerien, falls solche gebildet würden, freie Hand lassen sollten[46]. Aus den Besprechungen, die sein Freund BIRLA in London geführt hatte, wußte GANDHI, daß man dort meinte, die Verfassung gäbe den Indern die vollen Möglichkeiten einer demokratischen Regierung, und die Sicherheitsklauseln seien nur juristischer Art[47]. Aus seiner Erfahrung in Indien wußte GANDHI, daß sich mit solchen Klauseln je nach Belieben des Gouverneurs eine demokratische Regierung unmöglich machen ließ. Die Gouverneure sollten sich durch eine öffentliche Erklärung binden. In gewisser Hinsicht nahm GANDHI mit dieser Forderung das Ringen um die Gleichberechtigung wieder auf, die in dem GANDHI-IRWIN-Pakt zum Ausdruck gekommen war. Die konservative Regierung war bisher einem solchen Paktieren aus dem Wege gegangen. Jetzt aber ergab sich die Gelegenheit, die Regierung, wenn nicht zu einem Pakt, so doch zu einer verpflichtenden Erklärung zu zwingen. Die Regierung weigerte sich jedoch zunächst, eine solche Erklärung abzugeben, und so wurden dann in allen Provinzen Ministerien gebildet, an denen sich der Kongreß nicht beteiligte. Die Interimsminister waren sich ihrer Existenz auf Abruf durchaus bewußt. Es waren zumeist alte konservative Freunde der Regierung ohne große Gefolgschaft. Die Spannung hielt mehrere Monate lang an, bis schließlich C. RAJAGOPALACHARI in Madras die Initiative ergriff. Der Kongreß hatte in Madras einen großen Erfolg errungen und die Nicht-Brahmanenpartei und andere Kombinationen geschla-

---

[45] Siehe hierzu die Wahlanalyse in B. R. AMBEDKAR, op. cit., S. 94 ff; Zusammenstellung der Wahlresultate in IAR, 1937, Vol. I, S. 168.

[46] Siehe hierzu PATTABHI SITARAMAYYA, op. cit., Vol. II, S. 28 ff.

[47] Siehe BIRLA, op. cit., S. 169 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Preseyation Foundation, Chandigarh

gen, mußte nun aber zusehen, wie aufgrund der bestehenden Spannung eine Nicht-Brahmanen-Regierung an die Macht kam[48]. RAJAGOPALACHARI, der im Jahre 1922 einer der führenden „No-changer" war, bemühte sich jetzt eifrig darum, die Hindernisse, die einer Übernahme der Regierung durch den Kongreß entgegenstanden, aus dem Weg zu räumen. In privaten Gesprächen mit dem Gouverneur von Madras erreichte er es schließlich, daß dieser ihm ein Versprechen, wenn auch keine verpflichtende Erklärung gab, daß er dem Kongreß, falls er eine Regierung bilde, freie Hand lassen und sich als konstitutionelles Regierungsoberhaupt an konstitutionelle Gepflogenheiten halten werde. Mit diesem Versprechen bewegte RAJAGOPALACHARI nun GANDHI dazu, dem Kongreß die Genehmigung zur Regierungsbildung zu erteilen. Die Spannung der letzten Monate hatte bedingt, daß der rechte Flügel des Kongresses nun geradezu ungestüm und hastig zur Regierungsbildung drängte, ohne zu bedenken, daß man sich damit taktisch recht unklug verhielt. Es hatte sich jedoch herausgestellt, daß die Interimsministerien in vielen Provinzen ein Programm vorlegten, das dem Kongreßwahlprogramm entlehnt war. Damit wurde dem Kongreß der Wind aus den Segeln genommen. Andererseits wuchs mit der Verweigerung der Zusammenarbeit die Stärke des linken Flügels, der für eine konsequente Obstruktionspolitik eintrat. Die Position des rechten Flügels verschlechterte sich von Tag zu Tag, und der Drang zur Regierungsbildung war daher verständlich[49].

Die Bildung der Ministerien brachte sofort zwei Fragen wieder in den Mittelpunkt des Interesses: die Verweigerung der Aufnahme von Mitgliedern anderer Parteien in die Ministerien und die Stellung der Minister innerhalb des Kongresses. Die Moslem-Liga, die das gleiche Wahlprogramm wie der Kongreß aufgestellt hatte und überhaupt unter JINNAHS Führung alle taktischen Bewegungen des Kongresses getreulich nachahmte, hatte mit einer Beteiligung an den Provinzialregierungen gerechnet[50]. Doch in dieser Erwartung wurde die Liga enttäuscht. Sie war aus den Wahlen nicht sehr erfolgreich hervorgegangen und schon daher als Koalitionspartner nicht unbedingt begehrenswert. Der radikale Flügel des Kongresses, der bereits die Bildung von Kongreßministerien für einen Sündenfall hielt, lehnte eine Koalition mit einer anderen Partei erst recht ab. Es gibt nur zwei Parteien in Indien, die Briten und den Kongreß, schrieb NEHRU später an JINNAH[51]. Die Koalitionsfrage stand vor allem in den Vereinten Provinzen zur Debatte, und hier hatte sie noch einen besonderen Hintergrund, der ein Zusammengehen erschwerte. RAFI AHMAD KIDWAI, ein Kongreß-Mohammedaner und Freund und Helfer NEHRUS, war der wichtigste Partei-Manager in dieser Region. Sein Gegenspieler war der gerissene Politiker KHALIQUZZAMAN, ein Mohammedaner, der noch bis vor kurzer Zeit dem Kongreß angehört, aber dann für JINNAH den Muslim League Parliamentary Board in den Vereinten Provinzen organisiert hatte[52]. Mit dieser Tätigkeit hatte er gehofft, sich auf die eine oder andere Weise unentbehrlich zu

[48] Zum Wahlresultat siehe IAR, 1937, Vol. I, S. 168 (g), von 215 Sitzen hatte der Kongreß 159 und die Nicht-Brahmanen (Justice) Partei nur 17 Sitze errungen, zum Interimskabinett siehe SUBBA RAO, Life and Times of Sir K. V. Reddi Naidu, S. 227 ff.

[49] Siehe RNN, Vereinte Provinzen 1937, "*Hamdam*", 22. 5. 1937 und Sapru Papers, JAYAKAR an SAPRU, 7. 6. 1937, 14. 6. 1937 (J. 50, J. 51).

[50] Siehe hierzu RNN, Vereinte Provinzen, "*Haqiqat*", 20. 2. 1937.

[51] JAWAHARLAL NEHRU, Eighteen Months in India, 1936—1937, Allahabad 1938, S. 153.

[52] RNN, Vereinte Provinzen 1936, "*Hamdam*", 15. 8. 1936, siehe auch JAWAHARLAL NEHRU, Nehru-Jinnah Correspondence-including Gandhi-Jinnah und Nehru-Nawab Ismail Correspondence, Allahabad 1938, S. 31 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation ,Chandigarh

machen und mußte nun feststellen, daß er sich durch seine Schachzüge isoliert hatte. Der Kongreß machte zwar das Angebot, einen Ministerposten für einen Liga-Mohammedaner zur Verfügung zu stellen, wenn dieser dem Kongreß beiträte, aber eine so rasche Umstellung war selbst dem findigen KHALIQUZZAMAN nicht möglich. KIDWAI war natürlich gegen Zugeständnisse an Politiker vom Schlage KHALIQUZZAMANS, und so blieb die Moslem-Liga in der Opposition. Man schaffte sich dadurch Feinde und verschärfte die politischen Spannungen, aber aus der Situation heraus war diese Entscheidung nicht zu umgehen. Noch ließ sich nicht übersehen, daß man mit jedem verhinderten mohammedanischen Minister einen Anwalt der Teilung Indiens auf den Plan rief, und selbst KHALIQUZZAMAN konnte damals noch nicht ahnen, daß seine politische Laufbahn dem „Weg nach Pakistan" folgte, wie er es später in seinen Memoiren nachwies[53].

Die zweite wesentliche Frage war die Stellung der Minister innerhalb der Kongreßorganisation. Hier faßte man einen folgenschweren Beschluß, der bis in die Gegenwart das politische Leben Indiens geprägt hat. Man forderte nämlich, daß die Minister bei der Übernahme ihres neuen Amtes alle Kongreßämter niederlegen müßten[54]. Da nun in den Provinzen, in denen Kongreßministerien gebildet wurden, zumeist der Präsident des Provinzkongreßkomitees Ministerpräsident wurde, bedeutete dies praktisch, daß er auf diese Weise die Kontrolle über die Organisation verlor und in den meisten Fällen erleben mußte, daß sein stärkster Rivale diese Kontrolle als sein Nachfolger im Kongreßbüro übernahm. Diese Rivalität wurde noch dadurch verschärft, daß das entsprechende Kabinett zumeist die ältere Führungsgruppe im Provinzialkongreßkomitee umfaßte, während die Kongreßposten nun von verhinderten Ministern eingenommen wurden, die entweder dem jüngeren, radikalen Flügel der Organisation angehörten oder sich auf diesen linken Flügel stützten und persönliche Enttäuschung und Rivalität nun mit ideologischen Bedenken gegen den Wert der Regierungsbildung verbinden konnten. Es bürgerte sich daher bald die Bezeichnung „ministerieller" und „organisatorischer" Flügel des Kongresses ein, und diese beiden Begriffe dienten von nun an auf Jahrzehnte hinaus der Beschreibung der Dynamik der innerparteilichen Opposition, die in Indien an die Stelle eines Zwei-Parteien-Systems getreten ist.

Auf der nationalen Ebene kam es zunächst nicht zu einer solchen Polarisierung, da die Verfassung keine Beteiligung an der Zentralregierung vorsah, ehe nicht der Bundesstaat durch den Beitritt der großen Mehrheit der Fürsten ins Leben gerufen wurde[55]. Die nationale Führungsgruppe des Kongresses konnte sich daher völlig der organisatorischen Arbeit widmen, und keiner der Politiker dieser Gruppe wurde Ministerpräsident in einer der Provinzen. Das Parlamentarische Zentralkomitee des Kongresses, bestehend aus VALLABHBHAI PATEL, DR. RAJENDRA PRASAD und MAULANA ABUL KALAM AZAD, überwachte die Parteidisziplin in allen Provinzen und diente zugleich als oberstes Schiedsgericht für interne Auseinandersetzungen[56]. Dieses Zentralkomitee war ein Unterausschuß des Arbeitsausschusses. Man hatte den vom All India Congress Committee gewählten parlamentarischen Ausschuß abgeschafft und dessen Funktionen diesem Unterausschuß des Arbeitsausschusses übertragen[57]. Damit war der Prozeß der

[53] CHAUDHURI KHALIQUZZAMAN, Pathway to Pakistan, London 1961.
[54] Siehe Resolution des Arbeitsausschusses, IAR, 1937, Vol. I, S. 179.
[55] Siehe hierzu Government of India Act of 1935, Part I.
[56] RAJENDRA PRASAD, Autobiography, S. 463 ff.
[57] Siehe Text der Resolution in IAR, 1937, Vol. I, S. 179 vergleiche auch IAR, 1936, Vol. I, S. 249.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Verschmelzung von paralleler Regierung und parlamentarischer Partei abgeschlossen worden. Die Tatsache, daß sich das „Oberkommando" des Kongresses aus Ermangelung einer ministeriellen Bindung an die Zentralregierung weiterhin als parallele Regierung betätigen konnte, bedingte, daß die parlamentarische Partei völlig unter der Kontrolle dieser parallelen Regierung stand.

Durch die Bildung der Ministerien und die Straffung der Kontrolle durch die dem rechten Flügel angehörigen Führungsgruppe wuchs die Spannung innerhalb des Kongresses ständig. Man hatte bereits versucht, das Wahlsystem mit übertragbarer Stimmabgabe durch die Mehrheitswahl im Kongreß zu ersetzen, aber die Sozialisten im Kongreß hatten sich dem erfolgreich widersetzt, da die Mehrheitswahl eine Stärkung des rechten Flügels in den Führungsgremien des Kongresses bedeutet hätte[58]. Auch begannen in diesen Jahren die Bemühungen um die sozialistische Einheit. Die Sozialisten des linken Flügels des Kongresses wollten alle marxistisch denkenden Kreise zusammenfassen. Die Kommunisten arbeiteten nach diesem Programm innerhalb des Kongresses, und es kam zu einer regionalen Arbeitsteilung. Die Kongreßsozialisten behaupteten weiterhin ihre Vorrangstellung im Raum Bombay-Nordindien, während die Kommunisten, zumeist brahmanischer Herkunft, in Südindien ihre Hauptstützpunkte hatten. In Bengalen dagegen wirkte in erster Linie der erratische M. N. Roy, der nach sechs Jahren politischer Haft wieder an die Öffentlichkeit trat[59].

Unter Nehrus Präsidentschaft blieb ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte im Kongreß erhalten. Er war für ein weiteres Amtsjahr wiedergewählt worden und präsidierte daher noch, als der Kongreß in den Provinzen bereits Ministerien gebildet hatte. Sein Nachfolger wurde Subhas Chandra Bose[60], der sein Amt auch mit dem Segen Gandhis und des „Oberkommandos" antrat. Man erwartete von ihm, daß er die Tradition Nehrus fortsetzen und den linken Flügel im Zaum halten werde. Während Nehru in diesen Jahren ein unabhängiger Marxist war, der der Congress Socialist Party nahestand, ohne ihr anzugehören, war Bose ideologisch gar nicht festgelegt, stand aber für ein revolutionäres Programm und eine Erneuerung der Agitation, die er mit dem Ausbruch des Krieges in Europa, den er mit Sicherheit voraussagte, synchronisieren wollte[61]. Ähnlich wie sein politischer Lehrmeister C. R. Das repräsentierte Bose die terroristisch-nationalrevolutionäre Tendenz der *Bhadralok* Bengalens. Er war jedoch nicht, wie so viele der *Bhadralok*-Politiker, in die defensive und isolierte Stellung der *Hindu-Sabha* von Bengalen hineingezogen worden, sondern hatte den revolutionären Schwung der vorigen Generation bengalischer Agitatoren bewahrt. Sein Programm wurde nun zum Kristallisationspunkt der „organisatorischen" Gruppe auf nationaler Ebene,denn seine Amtsübernahme als Kongreßpräsident und die Konsolidierung der „organisatorischen" Flügel in den Provinzen fanden zur gleichen Zeit statt. Das „Oberkommando" des Kongresses merkte bald, daß man in Bose nicht einen Mittler, sondern einen gefährlichen Störenfried zum Präsidenten gemacht hatte, der der latenten Unzufriedenheit des linken Flügels durch ein neues Programm eine Richtung geben konnte. Nehru und die Führungsgruppe der Kongreßsozialisten standen Boses Programm jedoch kühl und ablehnend gegenüber. Einige seiner Programmpunkte, wie zum Beispiel die Gründung einer nationalen Planungskommission des

---

[58] Siehe Bericht in IAR, 1936, Vol. I, S. 288.
[59] Subhas Chandra Bose, The Indian Struggle, 1935—1942, Kalkutta 1952, S. 13 f.
[60] Ibid., S. 18 ff.
[61] Ibid., S. 27.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Kongresses, nahmen sie begeistert auf[62]. Sie teilten auch seine Ansichten über die Gefahr eines Zustandekommens der konservativen Bundesstaatsstruktur, aber die Idee einer militanten Revolution gegen die Briten im Falle eines Krieges mit den Achsenmächten behagte NEHRU und den Sozialisten aufgrund ihrer vorwiegend antifaschistischen Einstellung nicht[63]. Ebenso wenig wie NEHRU hatte BOSE eine organisierte Gefolgschaftsgruppe innerhalb des Kongresses. Doch während NEHRU es verstand, die vorherrschende politische Stimmung zu nutzen, ohne die Gegensätze auf die Spitze zu treiben, wollte BOSE es auf eine Kraftprobe ankommen lassen. Er ließ sich daher, obwohl er beim Oberkommando in Ungnade gefallen war, auch im nächsten Jahr als Kandidat für die Wahl zum Kongreßpräsidenten aufstellen. Nach der neuen Kongreßverfassung von 1934 wurde der Kongreßpräsident von allen Delegierten gewählt, und BOSE konnte daher an eine breite Wählerschaft appellieren. Er war der Meinung, daß der Kongreßpräsident eine ähnliche Rolle zu spielen habe wie der amerikanische Präsident, und daß die Präsidentenwahl zur Klärung wichtiger Streitfragen offen ausgefochten werden solle[64]. Die alte Garde des Kongreßoberkommandos war jedoch der Ansicht, daß der Präsident sich wie ein konstitutioneller Monarch benehmen und seine Wahl einmütig sein müsse. Einen Wahlkampf innerhalb des Kongresses hielten sie für eine gefährliche Neuerung und wiesen darauf hin, daß es noch nie zuvor zu einem Kongreßpräsidentenwahlkampf gekommen sei[65]. BOSE gewann schließlich die Wahl, aber letzten Endes verlor er darüber sein Amt, denn eine solche Kraftprobe plebiszitärer Art mußte, ohne den Rückhalt einer organisierten Gefolgschaft, mit dem Untergang des Herausforderers enden. Die Wählerschaft, die BOSE zur Überraschung der alten Garde zum Sieg verholfen hatte, war wankelmütig und hatte keinen Zusammenhalt. Viele wollten GANDHI und der alten Garde nur eine Rute aufbinden, aber als GANDHI klar und deutlich BOSES Sieg als seine eigene Niederlage bezeichnete, änderte mancher seine Meinung[66]. GANDHI war dem entscheidenden Kongreß ferngeblieben, da er gerade in Rajkot fastete, um den Fürsten eines kleinen Staates in Gujarat zur Reform seiner autokratischen Verwaltung zu zwingen. Damit hatte GANDHI zum erstenmal einen Vorstoß in ein Gebiet unternommen, das bisher nur vom linken Flügel des Kongresses bearbeitet wurde: die Demokratisierung der indischen Fürstenstaaten. GANDHI hatte dieses Gebiet bisher vermieden, um sich nicht an zwei Fronten zu engagieren, und man hatte ihm deswegen von vielen Seiten bittere Vorwürfe gemacht, daß er die Autokratie der indischen Fürsten indirekt unterstütze. Sein Eingreifen in seinem Heimatstaat Rajkot zu diesem Zeitpunkt war daher sehr bedeutungsvoll[67].

Es gelang BOSE nicht, mit GANDHI zu einem Einvernehmen zu kommen, und da auch die alte Garde aus dem Arbeitsausschuß austrat, fand er sich bald politisch isoliert. Am meisten ärgerte sich BOSE über NEHRU, auf dessen Unterstützung er gerechnet hatte, der aber mit der alten Garde zurücktrat[68]. Auch die Congress Socialist Party ließ ihn im entscheidenden Moment im Stich, und so geschah es, daß vom All India

---

[62] Siehe hierzu JAWAHARLAL NEHRU et al., Proceedings of the National Planning Committee, Bombay 1939.

[63] Siehe hierzu SUBHAS CHANDRA BOSE, The Indian Struggle, 1939—1942, S. 26.

[64] IAR, 1939, Vol. I, S. 314.

[65] Ibid., S. 315.

[66] Siehe SUBHAS CHANDRA BOSE, Crossroads, Bombay 1962, S. 112 f.

[67] Zur Kritik an GANDHIS Einstellung zu den Fürstenstaaten siehe "Servant of India", 1. 10. 1931, 15. 8. 1935, 18. 11. 1937.

[68] SUBHAS CHANDRA BOSE, Crossroads, S. 113.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Congress Committee ein seltsamer Beschluß gefaßt wurde, der Bose dazu verpflichtete, einen Arbeitsausschuß nach den Wünschen Gandhis zu bilden[69]. Gandhi ließ sich nicht dazu bewegen, seine Wünsche zu äußern, und damit wurde Bose praktisch zum Rücktritt gezwungen[70]. Als Bose jedoch schließlich dem All India Congress Committee sein Rücktrittsgesuch einreichte, hielt er die Angelegenheit sicher damit nicht für erledigt, sondern hoffte, durch eine rasche zweite Wiederwahl sein Mandat zu erneuern und zu stärken. Doch das All India Congress Committee wählte unmittelbar nach Boses Rücktritt Dr. Rajendra Prasad zum Kongreßpräsidenten und durchkreuzte damit Boses Pläne[71]. Das All India Congress Committee, und selbst der Arbeitsausschuß, waren zwar nach der Kongreßverfassung durchaus dazu berechtigt, in Notfällen einen Präsidenten zu wählen[72], man war in diesem Falle jedoch nicht dazu verpflichtet und hätte nach Boses Vorschlag den Generalsekretär eine Neuwahl abhalten lassen können. Doch man erkannte den von Bose ernannten Generalsekretär nicht an und ließ sich auf diese Vorschläge nicht ein[73]. Kurze Zeit darauf wurde Bose zum Präsidenten des Provinzialkongreßkomitees von Bengalen gewählt. In dieser Eigenschaft organisierte er Demonstrationen gegen zwei Resolutionen des All India Congress Committee, die den Einfluß der Minister auf die Kongreßkomitees stärken sollten[74]. Mit diesen Resolutionen wollte man verspätet das Unheil wieder gutmachen, das man angerichtet hatte, als man die Minister zur Aufgabe ihrer Kongreßämter zwang. Doch richteten sich diese Resolutionen natürlich gerade gegen jene Kräfte, denen Bose seinen plebiszitären Erfolg zu verdanken hatte, und die er nun mit der von ihm gegründeten neuen Partei, dem „Forward Bloc", zu erfassen suchte[75].

Der öffentliche Protest gegen die Resolutionen des All India Congress Committee wurden vom Kongreßpräsidenten als Bruch der Parteidisziplin geahndet. Bose erwiderte zwar, er wolle nur die kommende Kongreßsitzung beeinflussen, die ja schließlich diese Resolutionen ratifizieren oder zurückweisen müsse, denn solche Resolutionen seien nur *ad interim* gültig und man dürfe denen, die gegen die Resolutionen protestieren wollten, nicht die Freiheit nehmen, bis zur nächsten Kongreßsitzung ihre Ansichten zu propagieren[76]. Aber das Kongreßoberkommando schloß sich Boses Interpretation der Kongreßverfassung nicht an und leitete ein Disziplinarverfahren gegen ihn ein. Er wurde seines Amtes als Provinzialkongreßpräsident enthoben, und es wurde außerdem verfügt, daß er im Laufe der nächsten drei Jahre kein Kongreßamt bekleiden dürfe[77].

Der Fall Bose zeigte deutlich die Verfassungsprobleme, mit denen der Kongreß in seiner dreifachen Funktion als nationale Bewegung, parallele Regierung und parlamentarische Partei zu kämpfen hatte. Die Gegebenheiten der nationalen Agitation hatten

---

[69] Pattabhi Sitaramayya, op. cit., Vol. II, S. 110.

[70] Siehe hierzu den Briefwechsel zwischen Bose und Gandhi in Subhas Chandra Bose, Crossroads, S. 126 ff.

[71] Rajendra Prasad, Autobiography, S. 485.

[72] Siehe hierzu die Kongreßverfassung von 1934 in IAR, 1934, Vol. II, S. 212, Artikel IX, f. (II).

[73] Siehe Sitzungsbericht, IAR, 1939, Vol. I, S. 349.

[74] IAR, 1939, Vol. II, S. 220.

[75] Zum "Forward Bloc" siehe Subhas Chandra Bose, The Indian Struggle, 1939—1942, S. 26 ff.

[76] IAR, 1939, Vol. II, S. 212.

[77] Ibid., S. 213.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

bedingt, daß alle wesentlichen Entscheidungen in einer kleinen Führungsgruppe getroffen wurden. Aus dieser Gruppe ging das Personal für den Arbeitsausschuß und für den Posten des Kongreßpräsidenten hervor. Nur von Zeit zu Zeit stellte man einen Präsidenten heraus, der sich gerade besonderer Beliebtheit erfreute, wenn er auch nicht die Linie der Führungsgruppe vertrat. Der Präsident mußte sich aber dann oft vom Arbeitsausschuß überstimmen lassen[78]. Da die Agitation sich auf die nationale Solidarität gründen mußte, war es die Hauptaufgabe des Oberkommandos, die gemeinsame Front aufrechtzuerhalten und Konflikte innerhalb der Bewegung durch Überredung oder, falls nötig, durch rasche Bestrafung aus dem Wege zu schaffen. Da der Kongreß ein freiwilliger Verband war, mußte sich das Oberkommando natürlich sehr überlegen, welche Druckmittel es in jedem Fall anwenden konnte, ohne den Verband zu sprengen. Dieses konzentrierte System der agitatorischen Führung kam dem Kongreß auch dann zugute, als es darum ging, den Wahlfeldzug zu gewinnen. Aber GANDHIS Idee eines parallelen Staatswesens war mit diesem System eigentlich nicht recht vereinbar. BOSES Interpretation der Kongreßverfassung entsprach eher dieser Idee, und BOSE wollte eigentlich den Kräften zum Sieg verhelfen, die nicht in der Arbeit in den Landtagen eine Erfüllung des Kongreßprogramms sahen. BOSES plebiszitärer Sieg wurde daher auch gerade durch die Verfassung ermöglicht, die GANDHI dem Kongreß im Jahre 1934 gegeben hatte, nur hatten sich inzwischen alle Maßstäbe geändert, und GANDHI war der Schutzpatron der Kongreßministerien geworden. Da BOSE die innere Führungsgruppe und GANDHI weder entthronen noch überzeugen konnte, mußte er von der politischen Bühne verschwinden, und es wurde ihm sehr übel genommen, daß er die bestehenden Verhältnisse durch einen Appell an den weiteren Kreis der Kongreßwählerschaft zu stören versuchte. In seiner Verzweiflung erklärte BOSE vor seinem Rücktritt, daß es wohl besser wäre, wenn der Arbeitsausschuß den Präsidenten ernenne, als daß der Präsident getreu der Verfassung den Arbeitsausschuß ernenne[79]. In der Tat charakterisierte BOSE damit die bestehenden Konventionen, denn GANDHI und die Führungsgruppe bestimmten jeweils, wer Präsident werden und wer dem Arbeitsausschuß angehören solle. Offene Machtkämpfe wurden sorgfältig vermieden, denn im Grunde war GANDNIS parallele Regierung eine große Koalition, die durch Kompromisse zusammengehalten und von der inneren Führungsgruppe manipuliert wurde. Wer etwas werden wollte, mußte verstehen, in diesem inneren Kreis eine Rolle zu spielen, BOSE aber hatte den politischen Stil verletzt und wurde daher rücksichtslos verfolgt. Er hatte auf Sand gebaut, und selbst den Verhandlungskünsten seines Bruders SARAT CHANDRA BOSE gelang es nicht, eine auch nur einigermaßen einflußreiche politische Gefolgschaft für BOSE zu rekrutieren. Letzten Endes litt BOSE wie sein großer Vorgänger C. R. DAS an den Beschränkungen eines *Bhadralok*-Politikers. Sein Verhältnis zu den indischen Massen war recht oberflächlicher Art, obwohl weite Kreise der Bevölkerung ihn später als Nationalhelden verehrten. Er sah sich in der Rolle eines modernen Realpolitikers und beurteilte die Entwicklung der internationalen Krise in ihrer Bedeutung für Indien mit großem Scharfblick, aber für die Kräfteverhältnisse der Kongreßpolitik ging ihm das Feingefühl ab, und so konnte er sich schließlich nicht einmal in seinem heimatlichen Bengalen dem Zugriff des Oberkommandos entziehen.

---

[78] SARDAR VALLABHBHAI PATEL sagte hierzu: "I wholly dissent from the view that the President has any powers of initiating policy save by consent of the Working Committee. More than once the Working Committee has asserted itself in the teeth of opposition of Presidents." IAR, 1939, Vol. I, S. 316.

[79] IAR, 1939, Vol. I, S. 315.

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

In den Jahren, in denen sich diese Kämpfe im Kongreß abspielten, regierten die Kongreßministerien ruhig und ohne unvorhergesehne Zwischenfälle. Die Zusammenarbeit mit den Gouverneuren und den britischen Verwaltungsbeamten verlief ziemlich reibungslos. Zu einer Rücktrittsandrohung kam es nur in einigen Provinzen im Zusammenhang mit der Frage der Entlassung der politischen Gefangenen, doch auch in dieser Hinsicht gaben die Briten schließlich nach[80]. Bei der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung erwiesen sich die Kongreßminister durchaus nicht als zimperlich oder anarchistisch. Verfügungen und Gesetze, die man zuvor angegriffen hatte, wurden nicht nur nicht abgeschafft, sondern man bediente sich ihrer recht eifrig. In Madras ließ RAJAGOPALACHARI Hunderte von Demonstranten, die gegen die Verbreitung des *Hindi* als Amtssprache protestierten, nach bewährter Art von der Polizei behandeln und in die Gefängnisse werfen[81]. In Kanpur wurde auf streikende Arbeiter, die Unruhe schufen, geschossen, und selbst NEHRU verteidigte diese Maßnahme zum Entsetzen seiner sozialistischen Freunde[82]. Bei der Auswahl der Minister und der Aufrechterhaltung der Disziplin griff der energische VALLABHBHAI PATEL streng durch. Er hatte es verstanden, in Bombay den unabhängig denkenden K. F. NARIMAN, der dem Oberkommando ein Dorn im Auge war, von vornherein auszuschalten und den Ministerpräsidentenposten dem noch ziemlich unbekannten B. G. KHER zuzuspielen[83]. Die wichtigste Disziplinarfrage mußte PATEL jedoch in den Central Provinces lösen, wo der hartnäckige Ministerpräsident DR. KHARE sich im Einvernehmen mit dem Gouverneur einiger unbequemer Ministerkollegen entledigt hatte, ohne das Kongreßoberkommando zu verständigen. Die Lage in dieser Provinz war besonders schwierig, da zwei Sprachgruppen *Hindi* und *Marathi,* die nach der Kongreßverfassung von 1920 auch separate Provinzkomitees hatten, sich in die Regierung teilen mußten. DR. KHARE war der Vorsitzende der *Marathi*gruppe, und seine unbequemen Ministerkollegen waren die führenden Köpfe der *Hindi*gruppe[84]. Um sie loszuwerden, verabredete KHARE mit dem Gouverneur einen Rücktritt der gesamten Regierung und eine sofortige Neubildung des Kabinetts unter seiner Führung, aber unter Ausschluß der Kollegen. Das geschah denn auch[85]. Doch nach dem Eingreifen des Oberkommandos mußte KHARE wiederum zurücktreten, und seine beiden unbequemen Kollegen von der *Hindi*gruppe bildeten nun eine neue Regierung. KHARE wurde darauf zum unerbittlichen Gegner des Kongresses und wiegelte die Brahmanen Maharaschtras auf, die sowieso nicht viel vom Kongreß hielten. Er selbst wandte sich später der *Hindu Mahasahba* zu[86]. Auch in der neugebildeten Provinz Orissa mußte VALLABHBHAI PATEL Kämpfe zwischen dem „ministeriellen" und dem „organisatorischen" Flügel des Kongresses abbiegen, doch in allen anderen Provinzen konnten sich die Ministerpräsidenten ohne Schwierigkeiten durchsetzen[87]. Die drei stärksten Ministerpräsidenten waren RAJAGOPALACHARI in Madras, GOVIND BALLABH PANT in den Vereinten Provinzen und SHRI KRISHNA SINHA in Bihar. In den meisten Provinzen gelang es in der Amtsperiode der

[80] RAJENDRA PRASAD, Autobiography, S. 463 ff.

[81] Siehe hierzu "Servant of India", 14. 7. 1938.

[82] Sapru Papers, SAPRU an LORD LOTHIAN, 16. 8. 1937 (L. 58).

[83] Siehe hierzu K. D. ANKLESARIA, Conspiracy unveiled — Nariman-Patel Controversy, Bombay 1938.

[84] Siehe hierzu N. B. KHARE, My Political Memoirs, Nagpur 1959, S. 7 ff.

[85] RAJENDRA PRASAD, Autobiography, S. 474 ff., ferner auch All India Congress Committee, C. P. Ministerial Crisis, Allahabad 1938.

[86] KHARE, My Political Memoirs, S. 337 ff. [87] IAR, 1937, Vol. I, S. 181.

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

Kongreßministerien, Gesetze zu verabschieden, die das Los der Pächter weitgehend verbesserten[88]. In diesem Punkt blieb man den Wahlversprechen treu. Den Industriearbeitern gegenüber war man jedoch weniger entgegenkommend, und in Bombay rief die vom Kongreß eingebrachte Industrial Disputes Bill, die den Gewerkschaftlern gar nicht zusagte, viel Kritik hervor. Man befürchtete, daß dieses Gesetz „Sklavengewerkschaften" hervorbringen würde, die von den Arbeitgebern beherrscht werden[89]. Es stellte sich heraus, daß der Kongreß, gestützt auf die mittleren Schichten der Bauernschaft, einen verhältnismäßig konservativen Kurs steuerte.

Jinnah und die Moslem-Liga, die man nicht an der Macht beteiligt hatte, steigerten sich inzwischen in der Opposition in eine Abwehrstellung hinein. Zwei Nachwahlen in Jhansi und Bijnor in den Vereinten Provinzen dienten dazu, die Spannungen zu verschärfen. Es handelte sich um mohammedanische Sitze in separaten Wahlkreisen, und der Kongreß bot alles auf, um den Kandidaten, die zu den Kongreß-Mohammedanern gehörten, zum Siege zu verhelfen. Auch krasse Anspielungen auf religiöse Fragen wurden dabei nicht gescheut[90]. Der Sitz in Jhansi wurde nicht vom Kongreß gewonnen, aber in Bijnor handelte es sich um einen besonderen Fall. Der Abgeordnete dieses Wahlkreises, Hafiz Ibrahim, war erst nach seiner Wahl dem Kongreß beigetreten und hatte seinen Sitz aufgegeben, um nun als Kongreßkandidat eine Wiederwahl zu suchen[91]. Da etliche mohammedanische Politiker mit dem Gedanken spielten, sich dem siegreichen Kongreß anzuschließen, kam dieser Wiederwahl besondere Bedeutung zu, und sie erregte daher viel böses Blut[92]. Khaliquzzamans politischer Kurs war auch noch nicht ganz klar, und man vermutete, daß er es noch nicht aufgegeben hatte, sich bei der Kongreßführung lieb Kind zu machen[93]. Hinter den Kulissen ging anscheinend ein Tauziehen zwischen ihm und Jinnah vor sich[94]. Im Panjab war Jinnahs Einfluß noch viel geringer. Der Dichter Iqbal bestürmte ihn, daß er etwas für die Liga im Panjab tun solle, da sich einerseits eine Pro-Kongreß-Stimmung unter den Mohammedanern ausbreitete, und andererseits der Ministerpräsident Sikander einen mit Jinnah abgeschlossenen Pakt so auslegte, daß die Unions Partei innerhalb des Panjab die Liga unter Kontrolle halten dürfe[95]. Doch Jinnah mußte Iqbal, der bald darauf starb, enttäuschen, denn noch ergab sich für ihn keine Gelegenheit, im Panjab einzugreifen. Iqbal hatte Jinnah zwar den Rat gegeben, sich zunächst mit den Moslem-Mehrheitsprovinzen zu beschäftigen und die Moslem-Minderheitsprovinzen zur Zeit ihrem Schicksal zu überlassen. Aber gerade in den Mehrheitsprovinzen kam Jinnah nicht zum Zuge. Es bestand auch für ihn ein Konflikt zwischen „ministeriellen" und „organisatorischen" Fraktionen, und er konnte allenfalls hoffen, die Mißvergnügten in den Minderheitsprovinzen auf seine Seite zu ziehen. Das zeigte sich auch in der auf Verlangen der Mohammedaner neu geschaffenen Provinz Sindh, in der vier miteinander hadernde mohammedanische Gruppen sich Jinnahs Zugriff entzogen, so daß immer

---

[88] Siehe hierzu Gopinath Srivastava, When Congress Ruled, Lucknow n. d. S. 22 ff.
[89] Siehe "Servant of India", 29. 9. 1938, 13 10. 1938, 12. 1 1939.
[90] Siehe hierzu den Brief Nawab Ismails an Nehru in Jawaharlal Nehru, Nehru-Jinnah Correspondence, S. 28.
[91] RNN, Vereinte Provinzen 1937, "*Al Wahid*", 16. 10. 1937.
[92] RNN, Vereinte Provinzen 1937, "*Hamdam*", 30. 10. 1937.
[93] RNN, Vereinte Provinzen 1937, "*Hamdam*", 16. 10. 1937.
[94] RNN, Vereinte Provinzen 1937, "*Hamdam*", 15. 5. 1937.
[95] Iqbal an Jinnah, 22. 4. 1937, 10. 11. 1937 in Mohammed Iqbal, Letters of Iqbal to Jinnah, Lahore 1943.

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

nur eine mohammedanische Gruppe mit der Unterstützung der Kongreßfraktion im Landtag regieren konnte[96].

Nur als sich die Fronten allmählich verhärteten, nahm JINNAHS Einfluß zu. Einzelne Steine des Anstoßes wurden nun sorgfältig gesammelt und zu einem großen Hindernis gemacht. JINNAH ernannte einen Untersuchungsausschuß unter dem Vorsitz des RAJAS VON PIRPUR, der einen Bericht über die Vergehen der Kongreßministerien gegen die Mohammedaner verfaßte. Der Grunderziehungsplan des Kongresses, die Hymne *„Bande Mataram"*, die Vernachlässigung des *Urdu*, die Erklärung von GANDHIS Geburtstag zum offiziellen Feiertag und ähnliche un-islamische Unterdrückungsmaßnahmen wurden in diesem Bericht angeprangert[97]. In der Tat benahmen sich die Kongreßpolitiker vielerorts überheblich, und die meisten waren nicht frei von Vorurteilen. Doch diese Verstimmungen, die im Grunde weit mehr ins Gewicht fielen, konnten kaum zum Gegenstand der Anklage erhoben werden. Deshalb mußte man sich mit der Aufzählung trivialer Symptome begnügen. Der Bericht wurde daher von den Kongreßpolitikern als Nörgelei abgetan. Als jedoch die Kongreßministerien bei Kriegsausbruch zurücktraten, wurde dieser Tag von JINNAH und seinen Anhängern als ein „Tag der Befreiung" gefeiert[98].

Indien trat durch eine Erklärung des Vizekönigs in den Krieg ein, ohne daß die indischen Politiker informiert oder konsultiert wurden[99], und der Kongreß sah sich gezwungen, die Zusammenarbeit mit der Regierung aufzukündigen. Diese Entscheidung wurde nicht ohne Bedenken getroffen, und ein taktvolleres Vorgehen des Vizekönigs hätte den Kongreß zur Aufrechterhaltung der Zusammenarbeit bewegen können. Die Kongreßminister hatten sich an das Regieren gewöhnt und verließen ihre Posten nur ungern. GANDHI konnte das Prinzip der Gewaltlosigkeit zwar nicht mit einer direkten Unterstützung der britischen Kriegsanstrengungen vereinen, aber er war auch nicht vom Wert einer neuen Agitation zu diesem Zeitpunkt überzeugt. NEHRU stand als Antifaschist durchaus auf der Seite der Briten. Es war daher nicht verwunderlich, daß SUBHAS CHANDRA BOSE die Stimmung recht lauwarm fand und sich darüber entrüsten mußte, daß jene, die den imperialistischen Krieg in vielen Resolutionen im voraus verdammt hatten, nun plötzlich zögerten, die Konsequenzen zu ziehen[100]. GANDHI hatte sogar nach einem Interview mit dem Vizekönig verkündet, daß er dem britischen Volk in dieser Stunde alle Sympathien entgegenbringe und seine volle Unterstützung zugesagt[101]. Diese rasche Zusage wurde wiederum von etlichen Kongreßpolitikern als voreilig empfunden. Man faßte daher einen Beschluß, der grundsätzlich eine Unterstützung zusagte, aber den Briten eine deutliche Erklärung ihrer Kriegsziele abforderte[102]. Eine solche Erklärung war aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu erhalten, und man mußte daher wohl oder übel die Kongreßministerien abberufen. Auf diese Weise löste sich die Spannung zwischen paralleler Regierung und parlamentarischer Partei, aber zugleich trat damit die Forderung nach einer Erneuerung der Agitation auf, denn der Kongreß konnte es sich nicht leisten, in dieser Situation von radikaleren Strömungen überholt zu werden.

---

[96] Ibid., IQBAL an JINNAH, 21. 6. 1937; zu Sindh siehe "Servant of India", 27. 10. 1938.

[97] RAJA SYED MOHAMAD MEHDI OF PIRPUR et al., Report of the Inquiry Committee appointed by the Council of the All-India Muslim League to inquire into Muslim Grievances in Congress Provinces, Lucknow 1938.

[98] B. R. NANDA, Mahatma Gandhi, S. 408. [99] RAJENDRA PRASAD, Autobiography, S. 494.

[100] SUBHAS CHANDRA BOSE, The Indian Struggle, 1935—1942, S. 30 ff.

[101] PATTABHI SITARAMAYYA, op. cit., Vol. II, S. 127 ff. [102] Ibid., S. 134 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

10

Die Erneuerung der Agitation und das Problem der staatlichen Einheit

Durch die Lage der Dinge beim Ausbruch des Krieges sahen sich GANDHI und der Kongreß zum erstenmal dazu gezwungen, eine Agitation ohne rechte Vorbereitungen und ohne vom Wert der Agitation überzeugt zu sein in die Wege leiten zu müssen. Zugleich schienen alle politischen Kräfteverhältnisse wieder in Fluß zu geraten; alle möglichen Richtungen und Gruppen meldeten sich zum Wort, eine verwirrende Fülle von Verhandlungen und Vermittlungsversuchen beherrschte die politische Bühne. Der Teil der Verfassung, der die Bildung eines indischen Bundesstaates betraf und durch das Zögern der Fürsten noch nicht in Kraft getreten war, wurde nun vom Vizekönig für die Dauer des Krieges endgültig suspendiert. Der Vizekönig konnte nur die Ernennung zusätzlicher Mitglieder in seinem Exekutivbeirat anbieten, doch auch dieses Angebot hatte kaum eine praktische Bedeutung, denn die Kriegslage bedingte es, daß sich das Sekretariat des Vizekönigs in eine Regierung innerhalb der Regierung verwandelte, und die Mitglieder des Exekutivbeirats in wesentlichen Fragen kaum konsultiert wurden[1]. Irgendwelche Fortschritte im Rahmen der bestehenden Verfassungsstruktur waren daher während des Krieges ebensowenig zu erwarten wie eine neue Verfassungsreform. Dieser Stillstand bildete einen deutlichen Kontrast zu den dramatischen Entwicklungen der Kriegszeit. Die Ereignisse auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen beeinflußten jeweils die politische Stimmung in Indien und gaben oft zu Spekulationen Anlaß.

JINNAH nutzte diese Lage klug aus. Hätte sich der Kongreß der ersten Anregung GANDHIS folgend zur bedingungslosen Unterstützung der Briten entschlossen, dann wäre JINNAH rasch zu einer Übereinkunft mit dem Kongreß gekommen. Kurz nach Kriegsausbruch, als der Kongreß noch nicht beschlossen hatte, die Kongreßministerien aufzulösen, bemühte sich JINNAH um Verhandlungen mit NEHRU und ließ wissen, daß er NEHRU sehr hoch schätze und seine Ansichten teile[2]. Er wußte, daß der Kongreß als Partner der britisch-indischen Regierung im Krieg große Chancen haben würde, und daß er selbst in der Opposition rasch isoliert werden konnte. Erst als sich der Kongreß zur Aufkündigung der Zusammenarbeit entschloß, verlor JINNAH das Interesse an den Verhandlungen und ließ den „Tag der Befreiung" von den Kongreßministerien feiern. Da die Kongreßprovinzen nun wieder von den Gouverneuren ohne Minister regiert wurden, konnte er sich von der Politik dieser Gebiete abwenden, denn die politische Entwicklung in diesen Provinzen war damit lahmgelegt. In den mohammedanischen Mehrheitsprovinzen blieben die Minister aber weiterhin im Amt, und JINNAH mußte daher nun genau das tun, was IQBAL ihm zuvor geraten hatte. Er mußte die Minderheitsprovinzen ihrem Schicksal überlassen und sich auf die Mehrheitsprovinzen konzentrieren. JINNAH sah jedoch auch ein, daß eine bedingungslose Unterstützung der Briten

[1] Sapru Papers, SAPRU an SHIVA RAO, 16. 11. 1940 (R. 80).
[2] R. SARAN an NEHRU, 14. 10. 1939, 17. 10. 1939 in NEHRU, A Bunch of Old Letters, S. 398 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation,Chandigarh

ihm politisch nicht viel nützen konnte, sondern daß er sich den taktischen Bewegungen des Kongresses anpassen mußte, um nicht als einer unter vielen uninteressanten Kollaborateuren in Vergessenheit zu geraten. Er mußte also die Mehrheitsprovinzen in eine Position manövrieren, die ihm eine quasi-agitatorische Grundlage bot, so daß er als der Vertreter dieser Provinzen auf nationaler Ebene auftreten konnte. Der einzige Fragenbereich, der die so verschieden strukturierten Mehrheitsprovinzen verband, waren die Autonomieforderungen. Um diese Forderungen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, verkündete JINNAH die „Zwei Nationen"-Theorie.

Diese Entwicklung ging sehr rasch vonstatten, und schon in den ersten Kriegsmonaten wurden auf diese Weise die Grundelemente des politischen Kräftespiels neu festgelegt. Bereits im März 1940 wurde auf der Sitzung der Moslem-Liga in Lahore der Beschluß gefaßt, der unter dem Namen „Pakistan-Resolution" bald in aller Munde war[3]. Von Pakistan war an und für sich in der Resolution nicht die Rede, aber man identifizierte die darin enthaltenen Forderungen mit den schon lange von RAHMAT ALI propagierten Plänen. JINNAH hatte es verstanden, die Resolution von dem Ministerpräsidenten des Panjab, SIKANDER HYAT KHAN, entwerfen zu lassen und ihn auf diese Weise auf die neue Linie festzulegen.

SIKANDER hatte jedoch in seinem Entwurf die Autonomie der Provinzen mit der Forderung nach einer Zentralregierung verbunden, die zwar an die Weisungen der Provinzen gebunden, aber dennoch für alle übergeordneten Fragen zuständig sein sollte. Dieser die Zentralregierung betreffende Paragraph wurde aber aus der endgültigen Resolution gestrichen, und so blieb denn allein die Forderung nach autonomen mohammedanischen Staaten im Westen und Osten Indiens übrig[4]. In seiner Ansprache als Präsident der Liga erklärte JINNAH seine „Zwei Nationen"-Theorie und forderte das Recht der Selbstbestimmung für die mohammedanische Nation. Durch rhetorische Kunstmittel wußte er eine genaue Definition seiner Ansprüche zu vermeiden. Die indischen Mohammedaner, so sagte er, seien eine Nation „wie man auch immer den Begriff Nation definieren möge"[5]. Die Forderungen in Resolution und Rede waren vage genug, so daß sich jeder darunter vorstellen konnte, was er sich gerade wünschte. JINNAH erhielt auf diese Weise ein Mandat, das er nun bei künftigen Verhandlungen nach Belieben ausnutzen konnte.

Die Sitzung des Kongresses, die fast zur gleichen Zeit unter der Präsidentschaft von MAULANA ABUL KALAM AZAD in Ramgarh, Bihar, stattfand, hatte dagegen kaum etwas Neues zu bieten. AZAD betonte, daß die indischen Mohammedaner dem freien Indien mit Zuversicht und Vertrauen entgegensehen sollten. Im übrigen beauftragte man GANDHI mit der Vorbereitung einer neuen Kampagne zivilen Ungehorsams[6]. GANDHI hatte vor kurzer Zeit ein weiteres erfolgloses Gespräch mit dem Vizekönig geführt[7], und man konnte eine Entscheidung nicht mehr länger hinausschieben, wenn man sich nicht in eine passiv abwartende Stellung drängen lassen wollte.

Sowohl GANDHI als auch JINNAH waren nun mit umfassenden Mandaten ausgerüstet, doch vorläufig geschah nichts. Die Pakistan-Resolution wurde in vielen Kreisen

---

[3] Text der Resolution und Sitzungsbericht in IAR, 1940, Vol. I, S. 301 ff.

[4] Siehe hierzu die Rede SIR SIKANDER HYAT KHANS vom 11. 3. 1941 in V. P. MENON, The Transfer of Power in India, Bombay 1957, Anhang I, S. 444.

[5] Siehe Text der Rede, IAR, 1940, Vol. I, S. 310.

[6] Siehe Sitzungsbericht, IAR, 1940, Vol. I, S. 232.

[7] Siehe hierzu GANDHIS Leitartikel in *„Harijan"*, 10. 2. 1940.

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

kritisiert, und in Delhi veranstaltete der frühere Ministerpräsident von Sindh, Allah Baksh, eine unabhängige Moslem-Konferenz, auf der der Pakistan-Plan von einer Reihe mohammedanischer Politiker verurteilt wurde[8]. Die *Hindu Mahasabha*, geführt von V. D. Savarkar, meldete sich zum Wort[9], und im Panjab schufen die *Khaksars*, eine uniformierte Freiwilligenorganisation junger Mohammedaner unter der Leitung von Allama Mashriqi, Unruhen[10]. Subhas Chandra Bose setzte sich mit großem Eifer für seinen „Forward Bloc" ein und hielt in Ramgarh in Verbindung mit der Kongreßsitzung eine „Anti-Kompromiß-Konferenz" ab[11]. Es sah fast so aus, als sollte die Initiative von den großen Organisationen auf eine Reihe von kleinen, militanten Gruppen übergehen.

Das überraschende Zusammenbrechen der europäischen Westfront brachte die Führungsgruppe des Kongresses dazu, sich von Gandhis Prinzip der Gewaltlosigkeit abzuwenden und dem Vizekönig die Zusammenarbeit im Rahmen einer sofort zu bildenden nationalen Regierung anzubieten[12]. Der Vizekönig hätte im Rahmen der bestehenden Verfassung durchaus die Wünsche der Kongreßführung erfüllen können, aber er war offentsichtlich nicht an der Zusammenarbeit mit dem Kongreß interessiert, und seine Antwort, die als das „Augustangebot" (7. August 1940) bekannt wurde, enthielt wiederum nur den Plan eines erweiterten Exekutivbeirates und eine Reihe von Bemerkungen über die mangelnde nationale Einheit, den Schutz der Minderheiten, die Gefahr, daß eine Partei den anderen aufgezwungen werden könnte und dergleichen mehr[13]. Fast gleichzeitig sandte der Vizekönig ein geheimes Rundschreiben an die Gouverneure und gab ihnen Anweisungen, beim ersten Anzeichen des zivilen Ungehorsams den Kongreß zu zermalmen[14]. Jinnah nahm mit Genugtuung zur Kenntnis, daß der Vizekönig versichert habe, daß die zukünftige Verfassung Indiens auf keinen Fall ohne die Genehmigung der Moslem-Liga geschaffen werden könne. Jinnahs Veto-Recht, von dem er von nun an mit großem Geschick Gebrauch machte, war durch das „Augustangebot" bestätigt worden. Im übrigen folgte jedoch Jinnah dem Beispiel des Kongresses und wies das Angebot des Vizekönigs als völlig unbefriedigend zurück[15]. Diese Taktik war ausgezeichnet und brachte Jinnah im Laufe der nächsten Jahre noch oft politische Erfolge ein.

Während Jinnah nun wieder eine abwartende Haltung einnehmen konnte, da er sich dessen sicher war, daß er sozusagen als stiller Teilhaber aus dem Einsatz der anderen Gewinn ziehen konnte, mußte der Kongreß nach der Ablehnung des „Augustangebotes" die agitatorische Initiative ergreifen. Gandhi verkündete kurz darauf in einem Brief an den Vizekönig seine neue Strategie[16]. Er wollte es diesmal überhaupt nicht auf eine Massenkampagne ankommen lassen, sondern entwarf ein Programm des „individuellen *Satyagraha*". Ausgewählte *Satyagrahis* zogen von Ort zu Ort und hiel-

---

[8] Sitzungsbericht in IAR, 1940, Vol. I, S. 323 ff.
[9] Sitzungsbericht in IAR, 1940, Vol. I, S. 333 ff.
[10] IAR, 1940, Vol. I, S. 53.
[11] IAR, 1940, Vol. I, S. 342 ff.
[12] Beschluß des All India Congress Committee, Poona, 27./28. 7. 1940, IAR, 1940, Vol. II, S. 193 f.
[13] Text der Verlautbarung des Vizekönigs, IAR, 1940, Vol. II, S. 372.
[14] Text des geheimen Rundschreibens zitiert in B. R. Nanda, Mahatma Gandhi, S. 440.
[15] Beschluß des Arbeitsausschusses der All India Muslim League, IAR, 1940, Vol. II, S. 243 ff.
[16] Text des Briefes, IAR, 1940, Vol. II, S. 228.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

ten Reden gegen den Krieg oder wiederholten einfach nur das Motto „Man soll die britischen Kriegsanstrengungen nicht durch Geld und Freiwillige unterstützen". Diese *Satyagrahis* wurden dann einer nach dem anderen eingesperrt. VINOBA BHAVE als Vertreter der pazifistischen Kriegsgegner, und NEHRU, als Vertreter jener, die nur gewillt waren, gegen diesen speziellen Krieg zu protestieren, hatten die Ehre, die Reihe der „individuellen *Satyagrahis*" zu beginnen[17]. Nach und nach zogen auf diese Weise vom Oktober 1940 bis zum Dezember 1941 Tausende von *Satyagrahis* in die Gefängnisse. Die Regierung war überrascht davon, daß die Agitation so friedlich und ohne großes Aufsehen zu erregen verlief[18]. GANDHI hatte dies jedoch beabsichtigt. Die Kampagne des „individuellen *Satyagraha*" diente allein einer harmlosen Artikulation der Gefühle des Protests und der Ratlosigkeit, es sollte auf diese Weise keine weitere Belästigung der Regierung erreicht werden[19]. GANDHI wußte auch, daß die Regierung im Rahmen des durch den Krieg geschaffenen Ausnahmezustandes in der Lage war, den Kongreß rasch unschädlich zu machen.

Die ausweglose Situation rief wieder die Vermittler auf den Plan, und SIR TEJ BAHADUR SAPRU unter Mitwirkung von M. R. JAYAKAR berief eine Konferenz überparteilicher Politiker ein, die die Forderung nach der Bildung einer nationalen Regierung erneut vortrug und dabei aber auch darauf hinwies, daß der Kongreß und die Liga nicht die einzigen Faktoren in der politischen Rechnung seien, und daß man Indien nicht seinem Schicksal überlassen dürfe, nur weil diese beiden Parteien nicht zu einer Verständigung kommen könnten[20]. Obwohl die Konferenz als „überparteilich" bezeichnet wurde, stand doch dahinter wieder einmal der schon so oft gescheiterte Plan, eine Art „Zentrumspartei" zu gründen. Die Idee war in den vergangenen Jahren immer wieder aufgetaucht, wenn die nationale Bewegung in eine Krisenlage geraten war und entscheidende politische Probleme einer Lösung harrten, ohne daß sich jemand darum zu kümmern schien[21].

SAPRU beurteilte die Aussichten Indiens sehr pessimistisch. Er befürchtete, daß die Briten den Indern nach dem Krieg nicht die Unabhängigkeit gewähren, sondern durch das Manipulieren des Wahlrechts die Minderheiten stärken und auf diese Weise die Bildung einer Partei, die die Regierung übernehmen könne, verhindern würden. Er meinte, daß in dieser Beziehung die Labour Party auch nicht besser sei als die Tories, und daß man selbst von Männern wie CRIPPS und LASKI nicht zu viel erwarten dürfe[22]. JAYAKAR war optimistischer und schmiedete Pläne, er hoffte sogar, daß man SAVARKAR und die *Hindu-Mahasabha* und DR. AMBEDKAR und seine *Parias* für die „Zentrumspartei" anwerben könne[23]. Wenig später meinte er jedoch, daß AMBEDKAR mit seinen *Parias* zum Stoßtrupp der Moslem-Liga werde und die Fundamente der Herrschaft der Mehrheit unterhöhlen wolle[24]. Im Kongreß war man sich ganz und gar nicht einig,

---

[17] IAR 1940, Vol. II, S. 230ff. [18] B. R. NANDA, Mahatma Gandhi, S. 444.

[19] Ibid., S. 445.

[20] Sapru Papers, JAYAKAR an SAPRU, 8. 2. 1941 (J. 52), SAPRU an JAYAKAR, 2. 3. 1941 (J. 57) siehe auch Sitzungsbericht der Non-Party Leaders Conference, IAR, 1941, Vol. I, S. 306 ff. und S. 327 f.

[21] Sapru Papers, JAYAKAR an SAPRU, 1. 4. 1941 (J. 63) zu den vorherigen Versuchen zur Gründung einer „Zentrumspartei" und den Plänen eine eigene Zeitung „The Federal Standard" für diese Partei herauszugeben, siehe Sapru Papers, JAYAKAR an SAPRU, 22. 2. 1936 (J. 31).

[22] Sapru Papers, SAPRU an SHIVA RAO, 7. 11. 1940 (R. 78).

[23] Sapru Papers, JAYAKAR an SAPRU, 1. 4. 1941 (J. 63).

[24] Sapru Papers, JAYAKAR an SAPRU, 7. 4. 1941 (J. 65).

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

und es schien dort wie in einem Hexenkessel alles drunter und drüber zu gehen, meinte SAPRU[25]. Doch die große Masse der Bevölkerung und die Geschäftsleute von Bombay waren weiterhin für GANDHI und den Kongreß[26].

GANDHI war offensichtlich daran interessiert, daß SAPRU und JAYAKAR wie im Jahre 1930 wieder einen Vermittlungsversuch in die Wege leiteten, der vielleicht zu einem Pakt mit dem Vizekönig führen konnte. Doch die beiden Politiker wollten sich dieser undankbaren Aufgabe nicht gern noch einmal unterziehen und glaubten nicht, daß ihr Eingreifen in diesem Sinne zu einem Erfolg führen würde[27]. SAPRU hatte versucht, GANDHI und JINNAH zusammenzubringen, aber GANDHI beklagte sich darüber, daß er noch nicht mal einen Scherz machen dürfe, ohne von JINNAH mißverstanden zu werden. GANDHI hatte den Eindruck, daß JINNAH nicht an einer Verständigung interessiert sei, sondern seine Liga konsolidieren wolle, um dann allen Parteien und der Regierung seine Bedingungen aufzuzwingen[28]. JAYAKAR schrieb die Schuld an diesem Stand der Dinge GANDHI selbst zu[29], und auch GANDHI begann, die politische Entwicklung der jüngsten Vergangenheit in einem anderen Licht zu sehen. Er gestand in einem Gespräch mit dem Vizekönig, daß er erst jetzt den ersten Teil der Verfassung von 1935 gelesen habe und nun ehrlich bedauere, daß der darin vorgesehene Bundesstaat nicht zustande gekommen sei, denn dann wären viele Schwierigkeiten, denen man nun gegenüberstehe, vermieden worden[30].

GANDHI neigte zu Anfang des Jahres 1941 dazu, eine von unabhängigen, dem Kongreß nicht angehörenden Politikern zu bildende Zentralregierung zu unterstützen, falls eine solche Regierung aus den Verhandlungen SAPRUS mit dem Vizekönig hervorgehen sollte[31]. JINNAH, der zunächst an den Vermittlungsversuchen SAPRUS interessiert war, überhäufte die „überparteiliche" Konferenz jedoch bald mit Hohn und Spott[32]. Er mußte befürchten, daß eine dritte Kraft auf der indischen politischen Bühne seine Manövrierfähigkeit beeinträchtigen würde. Der Vizekönig hatte bereits hier und da Bemerkungen gemacht, die erkennen ließen, daß es ihm unangenehm war, daß er sich allzu sehr auf JINNAH verlassen hatte[33], und es schien daher vorübergehend, als ob die Forderung SAPRUS nach einer nationalen Interimsregierung, die sich nicht auf eine Mehrheit in der zentralen gesetzgebenden Versammlung zu stützen brauchte, sondern im Namen des Königs regieren sollte, vielleicht doch Beachtung finden würde[34]. JINNAH verkündete daraufhin, daß die Drahtzieher des Kongresses SAPRU in eine Falle gelockt hätten und daß der ganze Plan nur dazu dienen sollte, schließlich den Kongreß an die Macht zu bringen[35].

---

[25] Sapru Papers, SAPRU an JAYAKAR, 4. 4. 1941 (J. 64).
[26] Sapru Papers, JAYAKAR an SAPRU, 20. 8. 1941 (J. 84).
[27] Sapru Papers, SAPRU an SHIVA RAO, 10. 1. 1941 (R. 89) und SAPRU an JAYAKAR, 4. 4. 1941 (J. 64).
[28] Sapru Papers, GANDHI an SAPRU, 25. 1. 1941 (G. 28) 1. 2. 1941 (G. 30), 7. 3. 1941 (G. 39).
[29] Sapru Papers, JAYAKAR an Sapru, 6. 3. 1941 (J. 59).
[30] Sapru Papers, SAPRU an JAYAKAR, 12. 4. 1941 (J. 66).
[31] Sapru Papers, SHIVA RAO an SAPRU, 8. 2. 1941 (R. 92).
[32] Sapru Papers, SAPRU an SHIVA RAO, 8. 5. 1941 (R. 131), JAYAKAR an SAPRU, 16. 4. 1941 (J. 67).
[33] Sapru Papers, SHIVA RAO an SAPRU, 5. 2. 1941 (R. 90).
[34] Zu den Vorschlägen SAPRUS siehe IAR, 1941, Vol. I, S. 307 f.
[35] Rede JINNAHS auf der Sitzung der Moslem Liga in Madras, April 1941, siehe IAR, 1941, Vol. I, S. 294.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Inzwischen mußte sich JINNAH dauernd darum bemühen, daß seine beiden wichtigsten Gefolgsleute, die Ministerpräsidenten des Panjab und Bengalens, SIR SIKANDER HYAT KHAN und FAZLUL HUQ, sich nicht seinem Zugriff entzogen und auf eigene Faust Politik betrieben. SIKANDER sagte im März 1941 im Landtag in Lahore: „Hände weg vom Panjab!" und war sich damit der lokalpatriotischen Unterstützung aller Politiker dieserProvinz sicher[36]. In privaten Gesprächen erklärte er, daß er JNNAHS Bevormundung satt habe[37]. Nüchterne Politiker wollten jedoch diesem Aufbegehren nicht viel Bedeutung beimessen, und es zeigte sich denn auch, daß SIKANDER im entscheidenden Augenblick sich immer wieder JINNAHS Befehlen beugte[38]. FAZLUL HUQ ließ auf ähnliche Weise von Zeit zu Zeit durchblicken, daß er ein unabhängiger Gesprächspartner sei und von JINNAH nicht viel halte[39]. Auch stand er im Konflikt mit seinen beiden Ministerkollegen SUHRAWARDY und NAZIMUDDIN, die schon aus Groll gegen ihn treuere Gefolgsleute JINNAHS waren als er[40]. JINNAH mußte daher immer wieder versuchen, Situationen zu schaffen, die die beiden unzuverlässigen Ministerpräsidenten an seine Seite zwangen, und es gelang ihm auf diese Weise, ihre Pläne, selbst in der einen oder anderen Frage die Initiative zu ergreifen, zu durchkreuzen.

Kurz nach JINNAHS Angriff auf SAPRU änderte sich die Lage plötzlich wieder sehr zugunsten der Moslem-Liga. Der Staatssekretär für Indien, LEOPOLD AMERY, lehnte in einer Rede im Unterhaus SAPRUS Vorschläge ab und wiederholte JINNAHS Andeutungen, daß SAPRU wohl in eine Falle geraten sei, die ihm der Kongreß gestellt habe[41]. AMERY, der mit seinem Schlagwort „India first" und seiner Betonung der indischen Einheit erst vor wenigen Monaten zu SAPRUS Vermittlungsversuchen recht eigentlich den Anstoß gegeben hatte[42], stärkte mit dieser seiner Rede im Unterhaus nun wieder JINNAH den Rücken, der schon befürchtet hatte, daß AMERY es mit der indischen Einheit ernst meinen könnte. Der „überparteilichen" Konferenz gab AMERY den guten Rat, sie solle erst einmal eine starke „Zentrumspartei" entwickeln, wenn sie wirklich eine echte Alternative zu Kongreß und Liga bieten wolle[43]. SAPRU war über diese Antwort entrüstet und sagte, er sei bis jetzt weder in eine Falle gelaufen, noch habe ihm bisher ein Politiker oder ein Staatssekretär für Indien eine Falle gestellt[44]. Die Bildung einer „Zentrumspartei" hielt er unter den gegebenen Umständen für unmöglich, und in privaten Briefen bezeichnete er den Vorschlag AMERYS, eine solche Partei zu bilden, nun wirklich als eine Falle, ein Ablenkungsmanöver, mit dem der kluge AMERY die Politiker der „überparteilichen" Konferenz von ihren augenblicklichen Forderungen abbringen und auf langfristige Organisationsaufgaben festlegen wolle[45].

In seinen Reden machte AMERY mehrfach Bemerkungen über eine künftige indische Verfassung, die nicht unbedingt dem parlamentarischen Modell zu folgen brauche, und er forderte die indischen Politiker auf, sich dem Studium dieser Probleme zu widmen.

---

[36] Siehe hierzu den Text der Rede, zitiert in V. P. MENON, op. cit., S. 443 ff.
[37] Sapru Papers, SHIVA RAO an SAPRU, 5. 2. 1941, (R. 90).
[38] Sapru Papers, SAPRU an SHIVA RAO, 10. 2. 1941 (R. 93).
[39] Sapru Papers, SAPRU an JAYAKAR, 18. 5. 1941 (J. 81).
[40] Sapru Papers, SHIVA RAO an SAPRU, 5. 8. 1941 (R. 175/1).
[41] Text der Rede, IAR, 1941, Vol. I, S. 313 ff.
[42] Siehe AMERYS „India first" - Rede vom 12. 12. 1940, IAR, 1940, Vol. II, S. 394 ff.
[43] IAR, 1941, Vol. I, S. 313 ff.
[44] Text der Stellungnahme SAPRUS, IAR, 1941, Vol. I, S. 332.
[45] Sapru Papers, SAPRU an JAYAKAR, 5. 5. 1941 (J. 74).

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Es stellte sich nach und nach heraus, daß die Vorstellungen AMERYS offensichtlich auf eine Präsidialdemokratie mit unabsetzbarer Exekutive und einer sogenannten funktionalen Volksvertretung hinausliefen. Der neue Leiter der Verfassungsreformabteilung der britisch-indischen Regierung, H. V. HODSON, der in London die Zeitschrift „The Round Table" herausgegeben hatte, die die Tradition der MILNER-Gruppe, zu der auch AMERY gehörte, fortführte, unterhielt sich mit SAPRU und anderen führenden Verfassungsexperten und Politikern über diese Pläne[46]. Man nahm an, daß CHURCHILL und AMERY diese Vorschläge unterstützten[47]. Diese Verfassungspläne schienen im Kreise der britischen Konservativen schon lange diskutiert worden zu sein, denn SAPRU erinnerte sich, daß NEVILLE CHAMBERLAIN ihm im Hause von LORD HALIFAX vor Jahren ähnliche Ideen vorgetragen hatte[48]. Die indischen Sozialisten hatten sich auch für diese Art der Demokratie interessiert, und bereits im Jahre 1937 veröffentlichten JAWAHARLAL NEHRU, ACHARYA NARENDRA DEVA und PROF. K. T. SHAH zusammen ein Buch unter dem Titel „Federal Structure", in dem sie dieses System für die indische Bundesverfassung empfahlen[49]. Sie dachten bei der funktionalen Vertretung denn auch hauptsächlich an eine Arbeiter- und Bauernvertretung. SIR AKBAR HYDARI, der Minister des NIZAMS VON HYDERABAD, hatte auch ein System dieser Art ausgearbeitet, doch vermuteten Kritiker, daß er diese funktionale Volksvertretung dazu benutzen wollte, um die Hindu-Mehrheit des Staates Hyderabad in eine Minderheit zu verwandeln[50]. SIR AKBAR HYDARI wandte dagegen ein, daß es ihm nur darauf ankäme, durch dieses System die Bauernschaft vor dem Wucherer und seinem Bundesgenossen, dem städtischen Rechtsanwalt, zu schützen[51]. Dieses Argument gemahnte sehr an die Grundideen der MORLEY-MINTO-Reform. Es schien fast so, als ob die Diskussion dort wieder aufgenommen werden sollte, wo sie durch das Eingreifen MONTAGUS unterbrochen worden war. SAPRU meinte jedoch, daß das System entweder religionsgemeinschaftliche Gruppierungen nach Art der separaten Wählerschaften, oder aber „kommunistische Zellen" hervorbringen werde, und er überreichte dem überraschten HODSON ein Buch MUSSOLINIS, in dem dieser dasselbe System angepriesen hatte[52]. In späteren Jahren sollte dann auch Präsident SUKARNO ein ähnliches System in Indonesien einführen. In Indien wurden diese Pläne jedoch nicht weiter verfolgt, und die Verfassung von 1935 war und blieb die Richtschnur der politischen Willensbildung.

Im Juli 1941 erweiterte der Vizekönig schließlich seinen Exekutivbeirat und bildete darüber hinaus einen nationalen Kriegsrat, in den er eine Reihe führender Politiker und die Ministerpräsidenten der vier noch bestehenden Provinzregierungen (Panjab, Bengalen, Assam und Sindh) berief[53]. Die Ministerpräsidenten waren *ex officio* in den Kriegsrat berufen worden, und der Vizekönig hatte JINNAH nicht konsultiert. Damit begann ein erbitterter Kampf um die Ministerpräsidenten, die der Liga angehörten,

---

[46] Siehe hierzu Sapru Papers, SAPRU an SHIVA RAO, 2. 7. 1941 (R. 162), SHIVA RAO an SAPRU, 27. 6. 1941 (R. 158).

[47] Sapru Papers, SAPRU an SIR JAGDISH PRASAD, 8. 8. 1941 (P. 144).

[48] Sapru Papers, SAPRU an SHIVA RAO, 8. 8. 1941 (R. 175/2).

[49] K. T. SHAH, J. NEHRU, NARENDRA DEVA, Federal Structure, National Publication Series No. 2, Bombay 1937, S. 521.

[50] Sapru Papers, SAPRU an SHIVA RAO, 2. 7. 1941 (R. 162) und SHIVA RAO an SAPRU, 27. 6. 1941 (R. 158).

[51] Sapru Papers, SIR AKBAR HYDARI an ISWARA DUTT, 30. 1. 1941 (D. 124).

[52] Sapru Papers, SAPRU an SHIVA RAO, 24. 8. 1941 (R. 175/7).

[53] Siehe hierzu IAR, 1941, Vol. II, S. 300 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

und JINNAH mußte, um seine Macht zu beweisen, diese Ministerpräsidenten zum Rücktritt zwingen, da der Vizekönig bisher keine seiner Bedingungen erfüllt hatte. JINNAH verstand es, den Ministerpräsidenten klar zu machen, daß die britisch-indische Regierung es darauf angelegt habe, die Liga zu spalten, und SIKANDER trat ohne Widerrede zurück[54]. FAZLUL HUQ bereitete jedoch Schwierigkeiten. Er trat widerwillig zurück und rächte sich kurz darauf durch eine Umbildung der Regierung in Bengalen, bei der SUHRAWARDY und NAZIMUDDIN ihre Posten verloren, während er mit der Unterstützung SARAT CHANDRA BOSES, des Bruders von SUBHAS CHANDRA BOSE, der den Forward Bloc im bengalischen Landtag führte, eine neue Koalition bildete[55].

Nach diesen Ereignissen schien die Lage für JINNAH nicht gerade vielversprechend zu sein. Man empfand auch, daß die internationale Situation ihn nicht begünstige, und die Aussichten auf ein Einvernehmen mit dem Kongreß waren wieder einmal besser[56]. Im Kongreß suchte man nach einem Ausweg, die Agitation hatte sich totgelaufen und die Regierung war unbeweglich. Es hieß, daß DR. RAJENDRA PRASAD nach Hyderabad gereist sei, um dort mit einem Vertrauensmann JINNAHS über ein gemeinsames Vorgehen zu verhandeln[57]. Kreise, die der *Hindu Mahasahba* nahestanden, regten sich bereits darüber auf, daß der Kongreß bereit sei, die Interessen der Hindus zu verraten und die von JINNAH geforderte paritätische Besetzung der zentralen gesetzgebenden Versammlung und mehrerer Landtage hinzunehmen[58]. Die Unterredungen führten jedoch zu keinem Ergebnis. Wenige Wochen später entließ die britisch-indische Regierung alle *Satyagraha*-Häftlinge, und der Kongreß konnte nun wieder frei darüber beraten, welche Schritte zu unternehmen seien. Einige Tage nach der Entlassung der Häftlinge griffen die Japaner in Pearl Harbour an und erzielten bald überraschende Erfolge an der ganzen südostasiatischen Front. Die *Marwaris* flohen aus Kalkutta nach Nordindien[59]. Singapur fiel, Flüchtlinge strömten von Birma nach Indien. Die Ostküste Indiens wurde von einer Panik ergriffen.

Nach der Entlassung der Häftlinge erklärte GANDHI, daß er sich wieder zurückziehen wolle, und in einer Resolution entband der Kongreß ihn von den Pflichten, die er in Ramgarh übernommen hatte. Es war bezeichnend, daß GANDHI bei seinem Rückzug nun JAWAHARLAL NEHRU als seinen Nachfolger und politischen Erben einsetzte, ein Hinweis, der vor allem gegen RAJAGOPALACHARI gerichtet zu sein schien, der sich um einen Kompromiß mit anderen politischen Kreisen bemühte und sich bald ganz von GANDHI und dem Kongreß trennte, um Propaganda für die Verteidigung Indiens zu machen[60]. Die politische Lage verschärfte sich mit dem Vordringen der Japaner immer mehr, ohne daß der Vizekönig auf irgendeine Weise durch eine großzügige Geste Indien für eine ernsthafte Verteidigung begeistern konnte. Es war zu befürchten, daß

---

[54] Siehe IAR, 1941, Vol. II, S. 212 ff, siehe auch Sapru Papers, SHIVA RAO an SAPRU, 2. 9. 1941 (R. 175/10).

[55] Siehe hierzu IAR, 1941, Vol. II, S. 144 ff.

[56] Sapru Papers, JAYAKAR an SAPRU, 8. 11. 1941 (J. 93).

[57] Sapru Papers, SAPRU an JAYAKAR, 9. 11. 1941 (J. 92).

[58] Sapru Papers, JAYAKAR an SAPRU, 8. 11. 1941 (J. 93).

[59] Sapru Papers, SAPRU an JAYAKAR, 20. 12. 1941 (J. 98).

[60] Siehe hierzu IAR, 1942, Vol. I, S. 274 ff. (Sitzungsbericht des Arbeitsausschusses, Bardoli, Dezember 1941) zu NEHRU als GANDHIS politischen Erben siehe Sapru Papers, SAPRU an SHIVA RAO, 19. 1. 1942 (R. 183/7), zu RAJAGOPALACHARIS Plänen siehe JAYAKAR an SAPRU, 4. 12. 1941 (J. 95), SAPRU an JAYAKAR, 11. 12. 1941 (J. 96), JAYAKAR an SAPRU, 15. 12. 1941 (J. 97), JAYAKAR an SAPRU, 23. 12. 1941 (J. 99), SHIVA RAO an SAPRU, 26. 1. 1942 (R. 184/1).

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

der Geist von Singapur, eine Mischung von Fatalismus und Defaitismus, auch Indien in seinen Bann ziehen werde.

In dieser Situation entschloß sich die britische Regierung, eine Delegation unter der Leitung eines Ministers des Kriegskabinetts, Sir Stafford Cripps, nach Indien zu entsenden. Cripps war ein führender Kopf der Labour Party und hatte besonders zu Nehru sehr gute Beziehungen[61]. Man erwartete, daß er den Kongreß für eine Zusammenarbeit gewinnen werde. Doch diese Hoffnungen sollten sich bald als trügerisch erweisen. Cripps war kein geschickter Unterhändler; er gab sich zunächst sehr leutselig und schien es darauf abgesehen zu haben, rasch populär zu werden und den Kongreß vor allen anderen Gruppen zu bevorzugen[62]. Als er jedoch auf diese Weise keine Erfolge erzielte, schlug seine Stimmung um, und es hieß, er sei zu der Auffassung gekommen, der Kongreß wolle auf britischen Zugeständnissen seine Einparteiherrschaft aufbauen[63]. Der Vizekönig, der schon an sich nicht sehr beweglich und einfallsreich war, hielt sich bei diesen Verhandlungen sehr zurück, so daß ironische Beobachter sagen konnten, er verberge sich wie eine orthodoxe Mohammedanerin in Anwesenheit von Gästen hinter einem Vorhang[64]. Anstatt die Anwesenheit eines Kabinettsministers auszunutzen, um auf der Stelle eine mutige Entscheidung zu treffen, schien der Vizekönig sich durch die Entsendung des Ministers als vorübergehend abgelöst zu betrachten.

Jinnah folgte wieder seiner bewährten Taktik. Er gab Cripps zu verstehen, daß die Liga gern zur Annahme der britischen Vorschläge bereit sei, wenn der Kongreß sich zur Zusammenarbeit entschließen könne[65]. Jinnah konnte daher den Eindruck hinterlassen, daß er und die Liga zuvorkommend seien und mit sich reden ließen. Die unangenehme Aufgabe der Ablehnung der britischen Vorschläge blieb dagegen dem Kongreß vorbehalten. Es sollte sich bald herausstellen, daß Jinnah auf diese Weise mit großer Eleganz die Schlüsselstellung in der indischen Politik der Kriegsjahre erobert hatte, denn, so stellten kritische Beobachter fest, während man sich vor den Verhandlungen mit Cripps nur fragte, was mag Gandhi wohl entscheiden, hieß es in den folgenden Monaten nun immer, was mag Jinnah wohl dazu sagen[66].

Das Angebot, das Cripps dem Kongreß machte, war nicht sehr verlockend, und in Anbetracht der großen Kriegserfolge der Japaner konnte Nehru mit Recht fragen, ob es sich denn lohne, mit dem britischen Weltreich zu paktieren, da es sich doch offensichtlich bereits auflöse[67]. Gandhi kam aus seiner Sicht zu ähnlichen Schlüssen und meinte, daß Indien mit den Japanern keinen Streit habe und mit ihnen schon allein fertig werden könne. Den Versicherungen der Briten, daß sie für die Verteidigung Indiens verantwortlich seien, entgegnete er, daß die Briten besser daran täten, Indien in Ruhe und Ordnung zu verlassen, solange es noch Zeit dazu sei und nicht erst auf eine Niederlage und eine überhastete Flucht zu warten, wie in Birma und Malaya[68].

---

[61] Siehe hierzu Cripps an Nehru, 3. 3. 1937, 3. 2. 1939, 11. 10. 1939, in Nehru, A Bunch of Old Letters, S. 222, 316, 395.

[62] Sapru Papers, Sapru an Sir Jagdish Prasad, 14. 4. 1942 (P. 252), 19. 4. 1942 (P. 254), Sapru an Shiva Rao, 19. 4. 1942 (R. 220).

[63] Sapru Papers, Sapru an Sir Jagdish Prasad, 19. 4. 1941 (P. 254).

[64] Ibid.

[65] Sapru Papers, Sapru an Shiva Rao, 9. 4. 1942 (R. 212).

[66] Sapru Papers, Sir Jagdish Prasad an Sapru, 1. 7. 1942 (P. 336).

[67] Sapru Papers, Shiva Rao an Sapru, 26. 1. 1942 (R. 184/1).

[68] IAR, 1942, Vol. I, S. 152 (d).

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Die anderen Kongreßpolitiker, die nicht unmittelbar daran dachten, den Japanern im Notfall mit *Satyagraha* beizukommen, waren vor allem an einer Übernahme der Verantwortung für die indische Armee interessiert, und an dieser Frage scheiterten die Verhandlungen mit CRIPPS. Eine „nationale Regierung" und eine Garantie der Unabhängigkeit Indiens nach dem Krieg waren uninteressant, wenn den Indern in dieser Notlage die Verantwortung für die Armee nicht übertragen wurde. CRIPPS schlug vor, daß der britische Oberkommandierende weiterhin Kriegsminister der britisch-indischen Regierung bleiben und ihm ein indischer Verteidigungsminister zur Seite gestellt werden solle. Doch dieser indische Verteidigungsminister war nach den Befugnissen, die man ihm von britischer Seite aus zuteilen wollte, nicht viel mehr als ein Marketender und Quartiermeister. Die politisch-strategische Leitung sollte auch weiterhin in britischen Händen bleiben, und es wäre durchaus möglich gewesen, im Notfall Indien seinem Schicksal zu überlassen und die indische Armee ausschließlich auf anderen Kriegsschauplätzen einzusetzen, denn die meisten Einheiten kämpften ja ohnehin an anderen Fronten. Gerade aus diesen Gründen konnte aber CRIPPS auch bei bestem Willen die Forderungen des Kongresses nicht erfüllen, denn ein mit echten Vollmachten ausgestatteter indischer Verteidigungsminister hätte mit gutem Recht durchsetzen können, daß die indische Armee voll und ganz zur Verteidigung Indiens eingesetzt werde. Nach der Lage der Dinge war CRIPPS zu dem im Augenblick wichtigsten Zugeständnis nicht ermächtigt und der Kongreß zur Ablehnung der Zusammenarbeit genötigt[69]. Rückschauend ließ sich später leicht feststellen, daß eine Annahme der Zusammenarbeit in dieser kritischen Zeit den Kongreß gestärkt und die staatliche Einheit gerettet hätte, doch in der Stunde der Entscheidung sah die Fragestellung ganz anders aus.

Die Entscheidung kostete den beiden Hauptunterhändlern des Kongresses, JAWAHARLAL NEHRU und MAULANA ABUL KALAM AZAD etliche schlaflose Nächte[70]. Man gab sich offensichtlich auch Mühe, RAJAGOPALACHARI von CRIPPS fernzuhalten, da zu befürchten war, daß er sich für die Annahme der Zusammenarbeit aussprechen würde[71]. Er hatte bereits auf den dringenden Notstand hingewiesen und selbst vorgeschlagen, man solle der Moslem-Liga die Pakistan-Forderung zugestehen und alle Kräfte bedingungslos auf die Verteidigung konzentrieren[72]. Die Ablehnung der Zusammenarbeit war also im Kongreß nicht ohne innere Kämpfe möglich.

Die Ablehnung der Zusammenarbeit zwang jedoch den Kongreß wieder in die Agitation. RAJAGOPALACHARI war dafür, in Anbetracht der Notlage wieder eine Kongreßregierung in der Provinz Madras zu bilden, aber dieser Vorschlag wurde vom All India Committee mit großer Mehrheit abgelehnt. Wenn man schon die Zusammenarbeit im Rahmen einer „Nationalen Regierung" verweigert hatte, konnte man auch die Erneuerung der Kongreßministerien in den Provinzen nicht befürworten[73]. Es mußte nun eine neue Losung ausgegeben und eine neue Kampagne ersonnen werden. Die Losung fand sich in dem Schlagwort „Quit India", das man im Sinne von GANDHIS Aufforderung an die Briten, sich zurückzuziehen, solange noch Zeit dazu sei, nun zum allgemeinverbindlichen Programm des Kongresses erklärte.

Es waren bereits Pläne der britisch-indischen Regierung bekannt geworden, die

---

[69] Zusammenfassung der Verhandlungen IAR, 1942, Vol. I, S. 219 ff.
[70] AZAD, op. cit., S. 67.
[71] Sapru Papers, SIR JAGDISH PRASAD an SAPRU, 16. 4. 1942 (P. 253).
[72] AZAD, op. cit., S. 68.
[73] Sitzungsbericht des All India Congress Committee, IAR, 1942, Vol. I, S. 295.

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

eine Strategie der „verbrannten Erde" befürchten ließen. Eine Evakuierung Bengalens, Sprengung von Brücken und Zerstörung der großen Industriewerke in Jamshedpur waren, so hieß es, für den Fall einer japanischen Invasion vorgesehen. Der Kongreßpräsident MAULANA AZAD schlug vor, in den Regionen, aus denen sich die Briten zurückzogen, dann sofort Widerstandsgruppen des Kongresses mit der Machtübernahme zu beauftragen und den vordringenden Japanern den Weg zu verlegen. GANDHI schien sich dieser Auffassung jedoch nicht anzuschließen und meinte, man solle die Japaner als Freunde begrüßen[74]. Die Vorbereitungen für eine erneute Agitation umschlossen daher verschiedene Auffassungen, doch wie es sich später herausstellte, schien der Vorschlag, Widerstandsgruppen zu bilden und die Macht an sich zu reißen, in der einen oder anderen Form im Laufe des Sommers 1942 in die entlegensten Gebiete gedrungen zu sein.

Die neue Kampagne wurde mit einer großen Resolution begonnen, die später kurz die „Quit India"-Resolution genannt wurde. Diese Resolution analysierte die Kriegsziele der Alliierten und forderte die Freiheit Indiens[75]. In Geist und Wortlaut war diese Resolution ganz eindeutig ein Werk NEHRUS, der sich gegen einen Entwurf GANDHIS, der zu pro-japanisch klang, gewandt hatte und nun selbst damit beauftragt worden war, einen besseren Text zu verfassen. Man erwartete im Anschluß an diese Resolution von GANDHI einen neuen Aktionsplan. GANDHI begnügte sich jedoch mit einer zwar begeisternden, aber doch allgemein gehaltenen Rede, in der Worte wie „Tat oder Tod" (Do or die) vorkamen, im übrigen aber nur angekündigt wurde, daß die kommende Massenkampagne wie immer ehrlich und offen ausgetragen werden solle. Spezifische Vorschläge machte GANDHI noch nicht, und er wollte sich offensichtlich noch Zeit lassen und erst nach einigen Wochen wie üblich mit einem Brief an den Vizekönig die Einzelheiten des Aktionsplanes ankündigen[76].

Die meisten Ansprachen auf der Sitzung des All India Congress Committee waren in einem versöhnlichen Ton gehalten, und aus vielen Briefen und Berichten geht hervor, daß GANDHI und der Kongreß nicht die Absicht hatten, die Agitation sofort zu beginnen[77]. GANDHI hätte gern eine Massenkampagne vermieden, und es deutete alles darauf hin, daß er sich zunächst nur wieder einmal mit einem umfassenden Mandat ausstatten lassen wollte, das dazu dienen sollte, radikale Reaktionen abzufangen. Selbst JINNAH verhandelte insgeheim mit der Führungsgruppe des Kongresses und war anscheinend einmal wieder an einer Übereinkunft interessiert, und RAJAGOPALACHARI hatte sich mit GANDHI in Verbindung gesetzt, um eine Verschärfung der Spannungen zu vermeiden[78]. Alle diese Verhandlungen und Pläne wurden jedoch zunichte gemacht, als die britisch-indische Regierung plötzlich und wider Erwarten GANDHI und alle anderen führenden Kongreßpolitiker verhaftete. Die Regierung wollte auf diese Weise die Agitation im Keime ersticken. Man hatte sogar ursprünglich geplant, die gesamte Kongreßführung nach Südafrika zu deportieren[79]. Wenn man jedoch geglaubt hatte, den Kongreß daran zu hindern, die Fackel des Aufruhrs durch das Land zu

---

[74] AZAD, op. cit., S. 73.
[75] Siehe Text der Resolution in PATTABHI SITARAMAYYA, op. cit., Vol. II, S. 343.
[76] Ibid., S. 348 ff.
[77] Siehe hierzu Sapru Papers, DALVI an SAPRU, 12. 8. 1942 (D. 21), ferner auch B. R. NANDA, Mahatma Gandhi, S. 462 f.
[78] Sapru Papers, DALVI an SAPRU, 12. 8. 1942 (D. 21).
[79] AZAD, op. cit., S. 83.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

tragen, so hatte man sich getäuscht[80]. Verschiedene Programme zur Errichtung einer „parallelen Regierung" durch Widerstandsgruppen *(Jatiya Sarkar)* und ähnliche revolutionäre Pläne waren bereits von linksradikalen Kreisen im Kongreß zirkuliert worden, und in Ermangelung eines von GANDHI autorisierten Aktionsprogramms hatten diese Kreise nun freie Hand und konnten sich auf die allgemeinen Formeln „Quit India" und „Do or die" berufen und damit ihre Pläne durchsetzten[81]. Aus einigen Skizzen GANDHIS geht hervor, daß er allenfalls sämtliche Register seines bisherigen Programmes ziehen wollte. Ein *Hartal*, öffentliches Salzsieden und schließlich auch die Steuerverweigerung waren vorgesehen[82]. Auch diesmal wäre als GANDHIS Agitation nur eine Darstellung des nationalen Protests gewesen und hätte dazu gedient, die aufgestaute Spannung zu artikulieren, aber nicht zu verschärfen. Die Revolutionäre der jungen Generation waren ohnehin mit dieser Art der Agitation nicht zufrieden und beschlossen, die Gewaltlosigkeit nicht mehr so ernst zu nehmen und allenfalls politische Morde zu vermeiden. Man stürmte daher nach GANDHIS Verhaftung mit Feuereifer die Polizeistationen und Postämter und pflanzte die Kongreßfahne auf allen Gebäuden auf, die man auf diese Weise erobern konnte. Telefondrähte wurden zerschnitten, Brücken und Bahndämme gesprengt, und an manchen Orten kam es zu regelrechten Belagerungen von Polizeistationen, die von wenigen Polizisten verbissen verteidigt wurden. In einigen Bezirken funktionierte der Regierungsapparat in der Tat nicht mehr, und niemand konnte es wagen, Revolutionäre, die von der Polizei gesucht wurden, den Behörden auszuliefern oder anzuzeigen. Doch im Grunde blieb diese sogenannte „August-Bewegung", die nach GANDHIS Verhaftung am 9. August 1942 begann, auch nur eine symbolische Protestaktion. Einige Sabotagehandlungen, eine Fahne hier und da auf einer Polizeistation bedeutete noch nicht, daß es in der Tat gelungen war, eine parallele Regierung zu errichten, und oft artete die Bewegung aus und führte zu internen Gewalttätigkeiten, Rache an Denunzianten und lokalen Kämpfen, die es den revolutionären Führern unmöglich machten, den Überblick und die Kontrolle zu behalten. Militär und Polizei hatten bald die Oberhand, und die Dörfer, von denen man wußte, daß sie sich an der Bewegung beteiligt hatten, wurden durch Schikanen und Polizeiterror bestraft. Die Bewegung war besonders stark auf dem Dekkan, in einigen Teilen Bengalens und vor allem im Ostteil der Vereinten Provinzen und in vielen Bezirken Bihars[83]. Auch diese Bewegung brachte wieder eine neue Schar von Berufspolitikern hervor, die durch ihre Entscheidung im August 1942, durch Verfolgung und Gefangenschaft um ihre normale Karriere gebracht wurden und sich daher völlig der Politik verschrieben. Die meisten dieser jungen Politiker waren von sozialistischen Ideen beeinflußt worden. Mit den Kommunisten hatten sie jedoch keine Verbindung mehr. Die Tage der sozialistischen Einheit waren vorbei. Da nach dem Eintritt der Sowjet-Union in den Krieg auf Seiten der Alliierten für die Kommunisten der Krieg zum „Volkskrieg"geworden war und sie daher zwangsläufig zu Bundesgenossen der britischen Macht wurden, konnten sie sich an der „August-Bewegung" nicht betei-

---

[80] Sapru Papers, SAPRU an SHIVA RAO, 15. 8. 1942 (R. 236).

[81] Siehe hierzu Government of India, Congress Responsibility for the Disturbances 1942—1943, New Delhi 1943.

[82] Ibid., S. 48 f., ferner auch B. R. NANDA, Mahatma Gandhi, S. 465.

[83] Siehe hierzu R. H. NIBLETT, The Congress Rebellion in Azamgarh, August-September 1942, Allahabad 1957 (Das Tagebuch des zuständigen Verwaltungsbeamten), ferner siehe auch Government of India, Congress Responsibility, S. 23 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

ligen und mußten den Sozialisten sogar als Verräter erscheinen. Als der Kongreß gegen Kriegsende wieder die politische Arbeit aufnehmen konnte, drangen vor allem die jungen Sozialisten auf die Austreibung der Kommunisten aus den Reihen des Kongresses. Die „nationale Front" war durch die „August-Bewegung" endgültig zerstört worden[84].

Die britisch-indische Regierung machte GANDHI für die „August-Bewegung" verantwortlich, und GANDHI lehnte diese Verantwortung ebenso entschieden ab[85]. Es entspann sich daraus eine lange Korrespondenz mit dem Vizekönig, die schließlich damit endete, daß GANDHI verkündete, er werde drei Wochen lang fasten, falls die Regierung die Beschuldigungen nicht zurücknehmen wolle[86]. Aber man ließ ihn fasten und scheute sogar das Risiko nicht, ihn im Gefängnis sterben zu lassen. Etliche Mitglieder des Exekutivbeirats des Vizekönigs traten während dieser Krise zurück, doch die Regierung blieb hart[87]. CHURCHILL sprach in einer Rede im Parlament dem Kongreß jede echte Bedeutung ab und betonte zugleich, daß die weiße Garnison in Indien bedeutend verstärkt worden sei, so daß jetzt mehr britische Soldaten in Indien stationiert waren als je zuvor[88]. Erst im Mai 1944 wurde GANDHI, der sehr krank war, entlassen, da der Krieg inzwischen die Alliierten begünstigte und es daher nicht mehr dringend notwendig war, GANDHI gefangen zu halten.

In der Zeit vom August 1942 bis zum Sommer 1944 war es JINNAH gelungen, seine Position sehr wesentlich zu festigen. Widerspenstige Ministerpräsidenten waren, zum Teil mit Hilfe der britischen Gouverneure, gestürzt und durch treue Anhänger der Liga ersetzt worden. FAZLUL HUQ mußte im März 1943 abdanken, und damit war dieser joviale Volkstribun, der nicht nur bei den mohammedanischen Massen, sondern auch bei den ärmeren Schichten der Hindus beliebt war und seit dem Jahre 1937 als Ministerpräsident von Bengalen auf die eine oder andere Weise Hindus und Mohammedaner zusammenhielt, seiner Macht beraubt worden, die er selbst einst den *Bhadralok*-Politikern entrissen hatte[89]. Sein Nachfolger wurde der Liga-treue NAZIMUDDIN, unterstützt von dem gerissenen SUHRAWARDY und den im bengalischen Landtag sehr stark vertretenen britischen Geschäftsleuten, die sich auch mit SUHRAWARDY vertragen wollten, der einen beträchtlichen Einfluß auf die Arbeiterschaft in Kalkutta hatte[90].

In Sindh entledigte sich der Gouverneur auf ähnliche Weise des unabhängigen Ministerpräsidenten ALLAH BAKSH, der durch den Liga-Ministerpräsidenten HIDAYATULLAH ersetzt wurde[91]. In der Nordwest-Grenzprovinz hatte bisher eine dem Kongreß nahestehende Regierung bestanden, und auch dort wurde ein Liga-Ministerpräsident mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt[92]. Im Panjab war SIR

---

[84] Siehe hierzu OVERSTREET and WINDMILLER, op. cit., S. 191 ff., zur späteren Austreibung der Kommunisten aus dem Kongreß siehe IAR, 1945, Vol. II, S. 112 ff. (P. C. JOSHIS und NEHRUS Stellungnahmen etc.).

[85] Government of India, Congress Responsibility, S. 1 ff.

[86] Government of India, Correspondence with Mr. Gandhi, August 1942 — April 1944, New Delhi 1944, S. 5 ff.

[87] DEVADAS GANDHI, (ed.), India Unreconciled — A documented history of Indian political events from the crisis of August 1942 to October 1943, New Delhi, 1943, S. 159 f.

[88] Ibid., S. 41 ff.

[89] Zur Abdankung siehe V. P. MENON, The Transfer of Power, S. 151.

[90] Zu SUHRAWARDY siehe Sapru Papers, SHIVA RAO an SAPRU, 28. 9. 1941, (R. 175/21).

[91] V. P. MENON, Transfer of Power, S. 149.

[92] Ibid., S. 151.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Sikander Hyat Khan im Dezember 1942 gestorben. Damit verlor die Unions-Partei nach Fazli Husain bereits ihren zweiten Führer, und Sir Khizr Hyat Khan Tiwana, der die Nachfolge Sikanders antrat, war ein wesentlich schwächerer Politiker, der sich Jinnah kaum widersetzen konnte[93]. Nach diesen Umbesetzungen wichtiger Machtpositionen gelang es der Liga, ihren Einfluß als Partei zu verstärken. Bisher war die Liga nicht viel mehr als ein loser Interessenverband gewesen, der nur durch die Verhandlungstaktik Jinnahs zusammengehalten wurde. Die meisten mohammedanischen Abgeordneten in den Landtagen waren recht unabhängig und unterwarfen sich kaum einer Parteidisziplin, und wenn schon eine politische Gruppe in der Lage war, eine gewisse Disziplin und einen Zusammenhalt zu entwickeln, so war es meist nur eine provinzielle Kombination. Erst im Jahre 1943 gelang es der Liga, durch die Eroberung dieser Machtposition eine Reihe von Abgeordneten für sich zu interessieren und an sich zu binden und auf diese Weise die Grundlage für eine überregionale Partei zu schaffen.

Als Gandhi zu Beginn des Jahres 1941 mit Jinnah verhandelt hatte, schien es so, als ob Jinnah zunächst die Liga konsolidieren wolle und daher zu einem Gespräch noch nicht bereit sei. Aber im Jahre 1944, als Gandhi das damals abgebrochene Gespräch wieder aufnahm, erwies sich Jinnah durchaus nicht zugänglicher, obwohl er inzwischen die Liga konsolidiert hatte. Es ging bei diesen Gesprächen darum, ob Jinnah überhaupt noch an eine gemeinsame Zentralregierung für Indien und Pakistan dachte oder nicht. Rajagopalachari hatte bereits vor Gandhis Entlassung aus der Haft einen Plan verkündet, demgemäß die mohammedanischen Mehrheitsgebiete demarkiert und dann dort ein Volksentscheid über die Gründung eines unabhängigen Staates Pakistan sofort nach Kriegsschluß gehalten werden solle. Jinnah, der natürlich nicht an einer allzu deutlichen Definition seiner Forderungen und schon gar nicht an einem Volksentscheid interessiert war, verhielt sich abwartend und sagte, daß er diesen Vorschlag weder annehmen noch zurückweisen könne[94]. Die Verhandlungen mit Gandhi scheiterten schließlich an den Vorschlägen zur Teilung Indiens. Gandhi war bereit, Jinnah sehr weit entgegenzukommen. Er wollte die völlige Autonomie der einzelnen Provinzen zugestehen und hätte sogar auf eine gemeinsame Zentralregierung verzichtet. Ein bindender Staatsvertrag zwischen Indien und Pakistan und ein permanentes Schiedsgericht, das die Erfüllung der Bedingungen dieses Vertrages überwachen sollte, waren die einzigen Forderungen, die er noch aufrecht erhalten wollte[95]. Dieser Vertrag sollte zugleich mit der Teilung abgeschlossen werden und wurde damit zur Vorbedingung der Teilung. Jinnah jedoch bestand auf einer völligen Teilung und der Errichtung unabhängiger Staaten und wollte Verträge nur nach erfolgter Teilung abschließen. Gandhi meinte, das könne nur bedeuten, daß die beiden Staaten „Krieg bis aufs Messer" führen müßten, eine Redewendung, die später stark kritisiert wurde. Gandhi wollte damit aber nur sagen, daß mit einer Teilung ohne gleichzeitige vertragliche Bindung ein unlösbarer Konflikt entstehen müsse. Da man sich über diesen Punkt nicht einigen konnte, war es natürlich auch nicht möglich, über die Zusammensetzung einer Interimsregierung und andere praktische Fragen zu sprechen[96].

---

[93] V. P. Menon, Transfer of Power, S. 146.

[94] Siehe hierzu den Briefwechsel zwischen Rajagopalachari und Jinnah in Jamil-ud-Din Ahmad, ed, Some Recent Speeches and Writings of Mr. Jinnah, Vol. II, Lahore 1947.

[95] Siehe hierzu Sapru Papers, Gandhi an Sapru, 26. 2. 1945 (G. 80), Frage Nr. 7.

[96] Ibid., Frage Nr. [illegible]

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Nach dem Scheitern der Verhandlungen meldeten sich viele Stimmen zum Wort, die eine Wiederaufnahme des Gespräches forderten. Selbst der Generalsekretär der kommunistischen Partei, P. C. Joshi, flehte Gandhi und Jinnah an, sich nocheinmal zusammenzufinden[97]. Gandhi sah die Zwecklosigkeit solcher Gespräche ein, und ermutigte Sir Tej Bahadur Sapru dazu, ein unabhängiges Komitee zu bilden, das der Sache auf den Grund gehen und feststellen sollte, wer nun eigentlich am Scheitern der Verhandlungen schuld sei. Sapru lehnte es ab, sich mit der Schuldfrage zu beschäftigen, erklärte sich aber bereit, ein Komitee zu bilden, das die verschiedenen Vorschläge verfassungsrechtlich untersuchen könnte, um die indische Öffentlichkeit über die Folgen und Ausmaße der verschiedenen Vorschläge aufzuklären[98]. Damit war Gandhi zunächst entlastet. Doch ehe Sapru und sein sorgfältig ausgewähltes Komitee diese verfassungsrechtlichen Untersuchungen veröffentlichen konnten, hatte sich die politische Lage bereits wieder geändert[99].

Der neue Vizekönig, Lord Wavell, ein alter Offizier, der zuvor Oberkommandierender der britisch-indischen Armee war und im Oktober 1943 Lord Linlithgow abgelöst hatte, bemühte sich auf seine eigene schwerfällige Art um eine Lösung des indischen Problems. Er wußte, daß er bei der bevorstehenden Beendigung des Krieges durch Demobilisierung, Arbeitslosigkeit in der auf den Krieg ausgerichteten Industrie, Ausfall der Notverordnungen und die Wiedereinführung von parlamentarischen Regierungen in den jetzt von den Gouverneuren regierten Provinzen einer Fülle von politischen Fragen gegenüberstehen würde, deren Lösung es rechtzeitig vorzubereiten galt. Auch Amery rang sich schließlich zu einem kühnen Vorschlag durch, der praktisch die sofortige Gewährung des Dominion-Status bedeutet hätte. Aber noch gelang es nicht, Churchill von der Notwendigkeit einer Entscheidung zu überzeugen[100].

Die indischen Wirtschaftskreise waren auch an einer Normalisierung der Lage interessiert, und in Bombay wurde von führenden Finanzmagnaten ein Programm für die planmäßige Entwicklung Indiens nach dem Krieg ausgearbeitet. Dieser sogenannte „Bombay-Plan" sah umfangreiche Investitionen des Staates vor, die das Wachstum der privaten Wirtschaft ermöglichen sollten[101]. Linksradikale Kritiker nannten diesen Plan faschistisch und wiesen darauf hin, daß die Wirtschaftskreise nicht mehr an Agitationen interessiert seien, sondern sich nur nach der raschen Bildung einer nationalen Regierung sehnten, die bereit sei, nach den Richtlinien des „Bombay-Plans" zu arbeiten[102]. In den rechtsstehenden Kreisen wiederum befürchtete man, daß nach dem Scheitern der Gandhi-Jinnah-Verhandlungen die britisch-indische Regierung weder den Kongreß noch die Liga ernst nehmen werde, und man sich daher in New Delhi kaum beeilen dürfte, eine nationale Regierung zu schaffen[103]. Daher wurde einem neuen Versuch, zu einer Verständigung von Kongreß und Liga zu kommen, besondere

---

[97] P. C. Joshi, They Must Meet Again, Bombay 1944.

[98] Sapru Papers, Gandhi an Sapru, 3. 11. 1944 (G. 67), Sapru an Gandhi, 4. 11. 1944 (G. 68).

[99] Sir Tej Bahadur Sapru et al., Constitutional Proposals of the Sapru Committee, Bombay 1945.

[100] V. P. Menon, Transfer of Power, S. 167 ff.

[101] Siehe hierzu Sir Purushotamdas Thakurdas, J. R. D. Tata, G. D. Birla, et al., A Brief Memorandum outlining A Plan of Economic Development for India, Bombay 1944.

[102] Siehe hierzu G. D. Parekh und M. N. Roy, Alphabet of Fascist Economics — A Critique of the Bombay Plan of Economic Development of India, Kalkutta 1944.

[103] Sapru Papers, Jayakar an Sapru, 7. 11. 1944 (J. 115).

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Bedeutung beigemessen. Dieser Versuch ging von den Fraktionsführern der beiden Parteien in der zentralen gesetzgebenden Versammlung aus. Die Kongreßabgeordneten hatten an den Sitzungen der gesetzgebenden Versammlung seit einigen Monaten wieder regelmäßig teilgenommen, und der Fraktionsführer BHULABHAI DESAI hatte mit dem amtierenden Leiter der Liga-Fraktion, LIAQAT ALI KHAN, Fühlung aufgenommen[104]. Es hieß, man wolle einen Pakt auf der Grundlage der Parität abschließen. Dabei ergab sich die Frage, mit wem die Liga Parität verlange, mit dem Kongreß, mit allen anderen Parteien in der gesetzgebenden Versammlung, nur mit den Kastenhindus oder mit *Parias* und Kastenhindus zusammen. Eine Vereinbarung über die Parität von Liga und Kastenhindus mit dem Fraktionsführer des Kongresses bedeutete eine Anerkennung der ständigen Behauptung der Liga, daß der Kongreß nur die Kastenhindus vertrete. GANDHI hatte zwar, so hieß es, BHULABHAI DESAI seinen Segen zu diesen Verhandlungen gegeben, aber die Frage, ob er nun damit einverstanden sei, daß der Kongreß nur die Kastenhindus vertrete, konnte GANDHI natürlich nur energisch verneinen[105]. Da zu dieser Zeit fast noch alle Mitglieder des Arbeitsausschusses des Kongresses im Gefängnis waren, erschienen die DESAI-LIAQAT-Verhandlungen ohnehin nicht ganz in Ordnung zu sein, und GANDHI mußte sich nachher Vorwürfe machen lassen, weil er diese Verhandlungen unterstützt hatte. Auch sah sich LIAQAT ALI KHAN bald gezwungen, den Pakt mit DESAI zu verleugnen, da es sich herausstellte, daß JINNAH diesen Pakt nicht billigte[106]. Da bereits diese Verhandlungen fruchtlos geblieben waren, konnten die kurz darauf veröffentlichten Vorschläge des SAPRU-Komitees, die auch auf der Basis der Parität von Mohammedanern und Kastenhindus beruhten, ebenfalls kein Interesse hervorrufen.

Kurz vor der Beendigung des Krieges in Europa flog der Vizekönig nach London und verhandelte dort mit dem Kriegskabinett über die Einberufung einer Konferenz der indischen Parteiführer, die über die Bildung einer Interimsregierung entscheiden sollte. Zugleich sollten alle politischen Häftlinge entlassen werden, die im Zuge der letzten Agitation eingesperrt worden waren. Die Konferenz fand im Juli 1945 in Simla statt[107]. Der Kongreß war voll und ganz zur Mitarbeit bereit und legte WAVELL keine Schwierigkeiten in den Weg. MAULANA AZAD, der Kongreßpräsident, erwies sich als geschickter Unterhändler[108]. Doch gerade diese Tatsache mußte JINNAH, der vorgab, für alle Mohammedaner zu sprechen und MAULANA AZAD als Quisling verachtete, äußerst unangenehm berühren. An JINNAHS Forderung, alle mohammedanischen Mitglieder der Interimsregierung nominieren zu dürfen, scheiterte dann auch die Konferenz. LORD WAVELL lehnte diese Forderung zwar ab, aber er konnte nun auch nicht ohne die Liga eine Regierung bilden, obwohl viele Politiker ihn dazu aufforderten[109]. JINNAH hatte mit diesem entscheidenden Veto alles auf eine Karte gesetzt, denn die Bildung einer Interimsregierung ohne die Liga hätte rasch zu einer Palastrevolution gegen JINNAH geführt, und er wäre entweder als Präsident abgesetzt, oder von den

[104] V. P. MENON, Transfer of Power, S. 176 ff., siehe auch Sapru Papers, JAYAKAR an SAPRU, 11. 1. 1945 (J. 141).

[105] Siehe hierzu Sapru Papers, JAYAKAR an SAPRU, 19. 2. 1945 (J. 161) und 2. 6. 1945 (J. 166).

[106] Siehe hierzu Sapru Papers, SAPRU an JAYAKAR, 5. 6. 1945 (J. 167) siehe auch V. P. MENON, Transfer of Power, S. 178.

[107] Siehe hierzu V. P. MENON, The Transfer of Power, S. 182 ff.

[108] Siehe hierzu Sapru Papers, SAPRU an JAYAKAR, 20. 7. 1945 (J. 176).

[109] Ibid.

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

führenden Politikern der Liga verlassen worden[110]. Durch sein erfolgreiches Veto zwang er jedoch die britisch-indische Regierung, für ihn seine eigenen politischen Geschäfte zu besorgen und alle Mohammedaner der Liga zuzutreiben. Es wurde vermutet, daß sich gewisse Kreise in der britisch-indischen Regierung nicht ungern zu dieser Aufgabe drängen ließen. Wenige Wochen nach dem Scheitern der Simla-Konferenz kam in England die Labour Party an die Macht. Zuerst wußten die Kongreßpolitiker nicht recht, was man wohl nach diesem Regierungswechsel erwarten dürfte. GANDHI und NEHRU waren skeptisch[111]. Der neue Premierminister ATLEE war in Indien noch als ein Mitglied der SIMON-Kommission bekannt und die, die ihn damals erlebt hatten, glaubten, daß man von ihm nicht viel mehr erwarten dürfe als von den britischen Bürokraten in Indien[112]. Auch schien es so, als ob die Labour Party sich mit den grundsätzlichen und langfristigen Problemen der künftigen indischen Verfassung zuerst beschäftigen wolle und darüber die dringend erforderliche Bildung einer Interimsregierung vernachlässigen werde[113].

Der Vizekönig gab kurz darauf bekannt, daß im Winter allgemeine Wahlen abgehalten werden sollten, und die Parteien konzentrierten daher zunächst einmal ihre Aufmerksamkeit auf den Wahlkampf. JINNAHS Hartnäckigkeit und die Tatsache, daß der Vizekönig nicht in der Lage war, ihn zur Vernunft zu bringen, machten sich jetzt bezahlt. Unabhängige mohammedanische Politiker, die entweder ihre eigenen Organisationen betrieben oder dem Kongreß nahestanden, beeilten sich jetzt, ihren Frieden mit der Liga zu machen und ihr noch vor dem Beginn des Wahlkampfes beizutreten. ABDUL QAYUM in der Grenzprovinz und SIR WAZIR HASSAN, ein führender *Shia*-Politiker der Vereinten Provinzen, gehörten auch zu JINNAHS Neuerwerbungen[114]. Die Kongreßpolitiker glaubten jedoch weiterhin, daß die Liga keine sensationellen Wahlerfolge haben werde. NEHRU erwähnte im Gespräch mit SAPRU, daß er es für unmöglich halte, daß JINNAH die Unions-Partei im Panjab überwinden könne. In den Vereinten Provinzen, so meinte NEHRU, dürfte es dem Kongreß gelingen, eine ganze Reihe mohammedanischer Sitze zu gewinnen, vor allem in den Bezirken im äußersten Westen und im Osten der Provinz, in Moradabad, Saharanpur und Bijnor und in Azamgarh, Gonda, Basti und Bahraich, wo der Einfluß der Kongreßpartei besonders stark sei. Die stärkste Position, so befürchtete NEHRU, habe die Liga jedoch in Bengalen[115]. Dort mußte zwar NAZIMUDDIN aufgrund eines Mißtrauensvotums im März 1945 abdanken, und die Provinz wurde vorübergehend vom Gouverneur ohne Ministerium regiert, aber trotz innerer Streitigkeiten verstärkte sich der Einfluß der Liga auf die mohammedanischen Massen[116].

Die Wahlresultate zu Beginn des Jahres 1946 stellten mehr oder weniger die politischen Kräfteverhältnisse wieder her, die in den Jahren 1937—1939 geherrscht hatten. Der Kongreß konnte jedoch die damaligen Erfolge jetzt noch überbieten. In allen Provinzen, selbst in den mohammedanischen Mehrheitsprovinzen, waren die Zahlen der vom Kongreß eroberten Sitze gegenüber 1937 stark angestiegen. Aber auch die Liga

---

[110] Sapru Papers, JAYAKAR an SAPRU, 5. 7. 1945 (J. 173).
[111] AZAD, op. cit., S. 118.
[112] Sapru Papers, SAPRU an JAGDISH PRASAD, 29. 5. 1945 (P. 325).
[113] Sapru Papers, SAPRU an JAYAKAR, 31. 8. 1945 (J. 188).
[114] Ibid.
[115] Sapru Papers, SAPRU an JAGDISH PRASAD, 8. 9. 1945 (P. 371).
[116] Siehe hierzu IAR, 1945, Vol. I, S. 196 f.

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

hatte ihre Position auf der ganzen Linie verbessert[117]. Es war auf diese Weise fast ein echtes Zwei-Parteien-System entstanden. Unabhängige und Splittergruppen waren zum größten Teil eliminiert worden. In Wirklichkeit sah die Lage jedoch so aus, daß die Liga mehr oder weniger alle den Mohammedanern vorbehaltenen separaten Wahlkreise erobert hatte. Der Kongreß war zur Bildung von Koalitionsregierungen bereit, selbst in den Provinzen, in denen der Kongreß die absolute Mehrheit hatte, doch diesmal weigerte sich JINNAH, Koalitionen anzunehmen. Während der Kongreß in den Hindu-Mehrheitsprovinzen überall absolute Mehrheiten hatte, konnte jedoch die Liga selbst in den mohammedanischen Mehrheitsprovinzen nur relative Mehrheiten aufweisen, und in der mohammedanischen Nordwest-Grenzprovinz war sogar der Kongreß mit einer absoluten Mehrheit vertreten. Eine regierungsfähige relative Mehrheit, die durch Koalitionen kaum überboten werden konnte, hatte die Liga nur in Bengalen; in allen anderen Provinzen blieb die Liga in der Opposition. Im Panjab gelang es MAULANA AZAD, eine Koalition von Kongreß und Unions-Partei zu stiften und so KHIZR HAYAT KHAN TIWANA als Ministerpräsidenten zu halten[118]. Die politische Situation in dieser entscheidenden Provinz war besonders eigentümlich. Die Unions-Partei, deren klügster Kopf, der Hindu-Jat-Führer SIR CHHOTU RAM, ein alter Koalitionspartner FAZLI-HUSAINS, im Januar 1945 gestorben war[119], hatte, von Liga und Kongreß hart bedrängt, nur noch 20 Sitze erobern können. KHIZR hätte daher unter normalen Bedingungen überhaupt nicht mehr Ministerpräsident bleiben können. Der Kongreß hatte 51, die Liga 73 und die *Akali*-Partei der Sikhs 22 von insgesamt 175 Sitzen erhalten. Die Kongreß-Unions-Partei-Koalition wurde von JAWAHARLAL NEHRU nicht unbedingt begrüßt, wie MAULANA AZAD, der auf sein Koalitionskunstwerk stolz war, zu seinem Bedauern feststellen mußte[120]. Die Unions-Partei war eine dahinschwindende Allianz konservativer Großgrundbesitzer, während Kongreß und Liga sich an die mittleren Schichten wandten. Von den Massen wurde zwar viel gesprochen, aber die bestehenden Einschränkungen des Wahlrechts schlossen die Massen im eigentlichen Sinne des Wortes noch aus. Immerhin wurde dem linken Flügel des Kongresses bei der Koalition mit einer Partei von der Art der Unions-Partei unbehaglich zu Mute[121]. Die Koalitionsregierung konnte sich denn auch nicht lange halten, da die Liga auf die Straße ging und KHIZR von allen Seiten unter Druck setzte. Der britische Gouverneur stand auf der Seite der Liga. So war denn diese Provinz, die in den nächsten Monaten eine entscheidende Rolle spielte, innerlich labil und zerrissen.

Inzwischen hatten die Unruhen, die LORD WAVELL vorausgesehen hatte, bereits begonnen. Der Kongreß enthielt sich zwar aller agitatorischer Tätigkeit, aber es war nur eine Frage der Zeit, wie lange es noch möglich war, die aufgestauten Spannungen außer Acht zu lassen. Den ersten Anlaß zu einer Agitation bot die britisch-indische Regierung durch einen Schauprozeß, in dem drei Offiziere von SUBHAS CHANDRA BOSES Indian National Army abgeurteilt wurden. BOSE hatte nach seiner Flucht aus Indien im Jahre 1941 mit deutscher und japanischer Unterstützung versucht, eine Befreiungsarmee zusammenzustellen, die mit dem Schlachtruf „Auf nach Delhi" *(Chalo Delhi)* den Hei-

[117] Siehe hierzu die Liste der Wahlergebnisse in IAR, 1946, Vol. I, S. 230.
[118] AZAD, op. cit., S. 128.
[119] Siehe hierzu Sapru Papers, JAGDISH PRASAD an SAPRU, 12. 1. 1945 (P. 290).
[120] AZAD, op. cit., S. 129.
[121] RAM MANOHAR LOHIA, Guilty Men of India's Partition, Allahabad 1960, S. 48.

State Archives Library 6964 Lucknow

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

heitskampf von außen her zum Erfolg verhelfen sollte[122]. Bose hatte auch, wie seinerzeit Mahendra Pratap, eine provisorische indische Regierung gebildet. Den größten Teil seiner Armee hatte er mit japanischer Hilfe in den Kriegsgefangenenlagern in Malaya und Singapur rekrutiert[123]. Von der regulären indischen Armee wurden diese Scharen Boses natürlich als Deserteure betrachtet. Die Indian National Army wurde dann von den Japanern als Hilfstruppe im Birmafeldzug eingesetzt, und einzelne Gruppen drangen bis an die Grenze der Provinz Assam vor[124]. Insgesamt hatte Boses Einsatz eigentlich nur eine symbolische Bedeutung, da den Briten auf diese Weise klar wurde, daß sie sich nicht unbedingt auf die Loyalität der indischen Armee und der indischen Offiziere verlassen konnten. Diese symbolische Bedeutung wurde nun durch den so ungeschickt veranstalteten Schauprozeß, zu dem ausgerechnet ein mohammedanischer, ein Hindu- und ein Sikh-Offizier vor Gericht gestellt wurden, nur noch unterstrichen. Der Prozeß wurde wichtiger als der erfolglose Feldzug; führende Kongreßpolitiker traten als Verteidiger auf, und überall wurden Kundgebungen veranstaltet[125]. Der Schlachtruf „*Chalo Delhi*" ging auf diese Weise nachträglich doch noch in Erfüllung, denn für eine Weile war die Aufmerksamkeit ganz Indiens auf das Rote Fort in Delhi gerichtet, wo der Prozeß der drei Offiziere stattfand. Kurze Zeit später wurde die Öffentlichkeit durch Streik und Meuterei in der Royal Indian Navy überrascht. Erst streikte eine Gruppe indischer Marineoffiziere, dann veranstalteten die Matrosen in Bombay eine offene Rebellion[126]. Kaum waren diese Unruhen überwunden, da kam es in Bombay zu neuen Aufständen, bei den sich die Wut des Pöbels auch gegen Inder, die europäische Kleidung trugen, richtete. Man schnitt den Leuten die Schlipse ab und riß ihnen die Hüte vom Kopf[127].

In vieler Hinsicht war die politische Atmosphäre ähnlich gespannt wie nach dem ersten Weltkrieg. Nur waren diesmal die Wirtschaftskreise nicht an einer Agitation interessiert, sondern wollten in Ruhe ihre Kriegsgewinne konsolidieren. Indien hatte im Krieg große wirtschaftliche Fortschritte gemacht und war von einem Schuldner Englands zu einem Gläubiger geworden. Dem Kongreß und den Briten lag daher viel an einer möglichst reibungslosen Machtübergabe. Jinnah konnte in dieser Situation sein Ziel am besten erreichen, indem er dauernd neue Hindernisse aufstellte, damit man ihm schließlich um des lieben Friedens willen alle Wünsche erfüllte.

Im März 1946 sandte das britische Kabinett zum zweitenmal eine Delegation mit Sir Stafford Cripps nach Indien, um die Frage der Machtübergabe endgültig zu klären. Der Staatssekretär für Indien, Lord Pethick-Lawrence, begleitete Cripps. Vor der Abreise der Delegation hatte Atlee bereits erklärt, daß man bereit sei, Indien die Unabhängigkeit zu gewähren und sich auch durch das Veto einer Minderheit nicht stören lassen werde. Nach der Ankunft verkündeten Cripps und seine Kollegen, man habe keinen festen Plan mitgebracht und wolle mit allen Parteien gemeinsam einen Plan ausarbeiten[128]. Jinnah kritisierte sofort Atlees Rede und wies erneut darauf

---

[122] Siehe hierzu A. C. Chatterjee, India's Struggle for Freedom, Kalkutta 1947, ferner auch S. A. Das und K. B. Subbiah, Chalo Delhi — An Historical Account of the Indian Independence Movement in East Asia, Kuala Lumpur 1946.

[123] Siehe hierzu die Zeugenaussagen beim I. N. A. Prozeß in IAR, 1945, Vol. II, S. 194 ff.

[124] A. C. Chatterjee, op. cit., S. 174 ff.

[125] IAR, 1945, Vol. II, S. 29 und IAR, 1946, Vol. I, S. 269 ff.

[126] IAR, 1946, Vol. I, S. 285 ff.

[127] IAR, 1946, Vol. I, S. 309.

[128] Siehe hierzu V. P. Menon, The Transfer of Power, S. 236 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

hin, daß die indischen Mohammedaner keine Minderheit, sondern eine Nation seien. Auch im Gespräch mit der Delegation bestand er auf einer Teilung Indiens, ohne jedoch nähere Einzelheiten zu erwähnen. Wie bei seinen Gesprächen mit GANDHI im Jahre 1944 sagte er, daß er nach einer Teilung, aber nicht vor einer Teilung einen Staatsvertrag abschließen wolle. Das bedeutete selbstverständlich auch die Teilung der britisch-indischen Armee[129]. Zur Unterstützung seiner Forderungen veranstaltete JINNAH in Delhi eine Konferenz der mehr als vierhundert Liga-Abgeordneten, die vor kurzem in den verschiedenen Provinzen in die Landtage gewählt worden waren und ließ sie eine lange Resolution fassen, die besagte, daß ganz Bengalen und Assam im Osten und Panjab, Sindh, Baluchistan und die Nordwest-Grenzprovinzen im Westen als unabhängiger Staat Pakistan konstitutiert werden sollten[130]. In den späteren Diskussionen mit der Delegation zeichneten sich dann die geographischen Grenzen Pakistans bereits klarer ab. Die Delegation stellte JINNAH vor die Alternative, entweder ein Pakistan mit allen sechs Provinzen zu bekommen, das jedoch durch einen vorher abzuschließenden Staatsvertrag und eine gemeinsame Bundesregierung ohne Bundesparlament mit Hindustan verbunden sei, oder aber eine Abtrennung der Hindumehrheitsbezirke der besagten sechs Provinzen in Kauf zu nehmen. Dabei wurde ihm sofort erklärt, daß im letzteren Falle auch Kalkutta Hindustan zugesprochen werden müsse, eine Tatsache, die er auf keinen Fall akzeptieren wollte[131].

Schließlich wurde ein komplizierter Plan entwickelt, der vorsah, daß Indien in eine Reihe von Regionen oder Zonen eingeteilt werden solle, die jeweils eine Gruppe von Provinzen einschlossen. Den einzelnen Provinzen wurde daben freigestellt, ob sie in ihrer Zone bleiben oder sich ausschließen wollten[132]. Diese Zwischenlösung, die JINNAH natürlich auch nicht behagte, war auf territorialem Gebiet etwa das, was Morleys Wahlmänner-Vorschlag seinerzeit auf Gebiet des Wahlrechts sein sollte: eine politische Quadratur des Kreises, mit der man versuchen wollte, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen. Diese zonalen Pläne hatten allerdings schon eine Vorgeschichte und waren nicht von der Delegation neu ersonnen worden. Der Erfinder der Pakistan-Idee, RAHMAT ALI, hatte Landkarten mit mohammedanischen Regionen verbreitet, in denen außer Pakistan im Westen auch noch Bangistan (Bengalen und Assam) und Osmanistan (Hyderabad) zu sehen war[133]. DR. LATIF hatte dann im Jahre 1939 die Errichtung autonomer hinduistischer und mohammedanischer Kulturzonen mit Zonenregierungen und einer kleinen übergeordneten Bundesregierung vorgeschlagen[134], und schließlich hatte Prof. REGINALD COUPLAND in seinem großen Bericht über das indische Verfassungsproblem im Jahre 1944 einen Regionenplan veröffentlicht, der sich nach den großen Flußgebieten richtete und die wirtschaftlichen Prinzipien der amerikanischen Tennessee Valley Administration mit den mohammedanischen Forderungen nach territorialer Eigenständigkeit verbinden sollte. Zwei Hindu-Regionen, Gangesgebiet und Dekkan, sollten zwei mohammedanische Regionen, Indusgebiet und Ganges-Brah-

---

[129] V. P. MENON, Transfer of Power, S. 247.

[130] IAR, 1946, Vol. I, S. 192 ff.

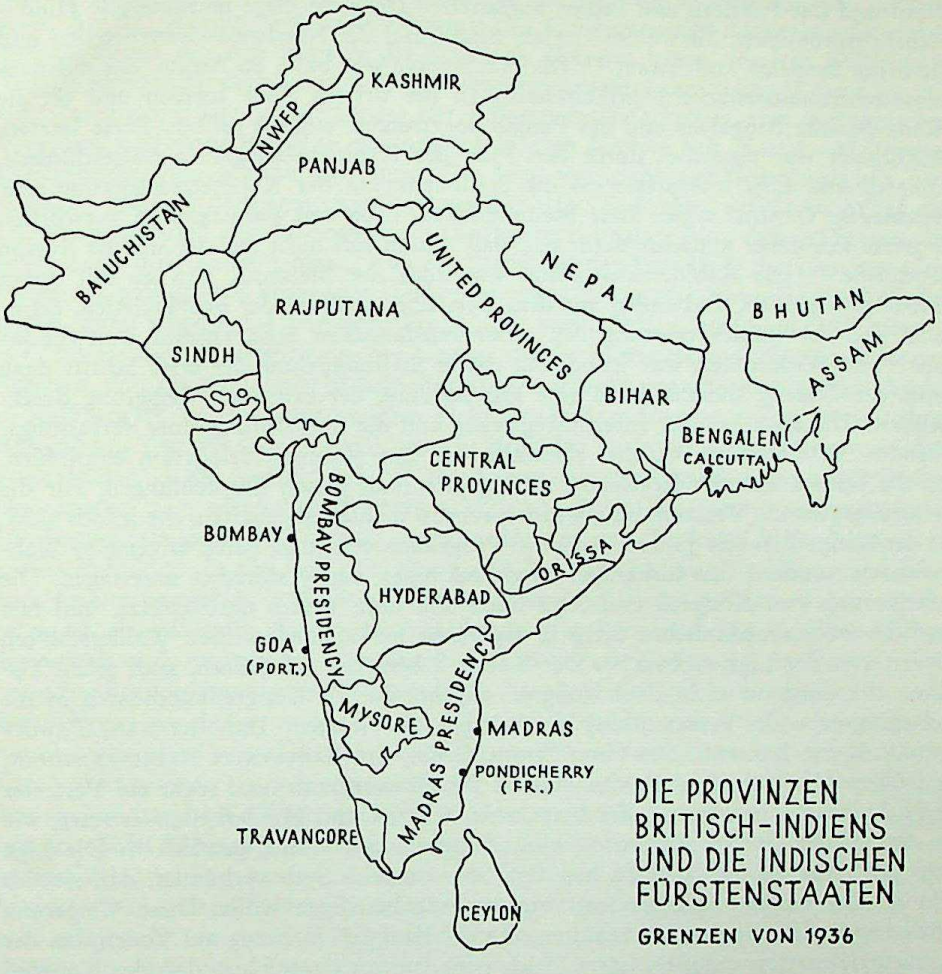
[131] V. P. MENON, The Transfer of Power, S. 248.

[132] Ibid., S. 466 ff. Appendix IV, Statement of the Cabinet Mission and the Viceroy, 16. 5. 1946.

[133] Siehe hierzu K. L. GAUBA, The Consequences of Pakistan, S. 36 ff.

[134] SYED ABDUL LATIF, The Muslim Problem in India-Together with an alternative constitution for India, Bombay 1939.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh



DIE PROVINZEN BRITISCH-INDIENS UND DIE INDISCHEN FÜRSTENSTAATEN

GRENZEN VON 1936

maputra-Delta (Bengalen und Assam) gegenüberstehen[135]. Coupland hatte bereits zur Zeit der ersten Kabinettsdelegation im Jahre 1942 mit Cripps eng zusammengearbeitet, und er wurde auch in den Jahren 1945—1946 wieder ins Vertrauen gezogen[136]. Coupland hoffte zwar, mit seinem Regionenplan die endgültige Teilung Indiens zu vermeiden, aber in Indien entstand der Eindruck, daß seine Theorien letzten Endes doch nur den Pakistanplänen Vorschub leisteten[137]. Der Zonenplan der Kabinettsdelegation von 1946 erwähnte denn auch keine Kulturregionen, Flußgebiete oder Wirtschaftszonen, sondern beschränkte sich auf drei Unterteilungen, die faktisch bereits

---

[135] Siehe hierzu Reginald Coupland, The Future of India, Oxford 1944 S. 110ff.

[136] Siehe hierzu Reginald Coupland, The Cripps Mission, Oxford 1942 und Sapru Papers, Sapru an Jagdish Prasad, 1. 9. 1945 (P. 367).

[137] Sapru Papers, Sapru an Jagdish Prasad, 1. 9. 1945 (P. 367).

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

West- und Ost-Pakistan und Indien abgrenzten. Die erste Zone umfaßte alle Hindu-Mehrheitsprovinzen, die zweite Panjab, Sindh und die Nordwest-Grenzprovinz und die dritte Bengalen und Assam[138]. Die Hauptfrage war bald, ob Assam, das durchaus keine mohammedanische Mehrheit hatte, in der dritten Zone bleiben und ob die Hindu-Bezirke Bengalens und des Panjab abgetrennnt werden sollten. Diese letztere Möglichkeit war eigentlich durch den Plan der Kabinettsdelegation ausgeschlossen. Kongreß und Liga interpretierten die Stellungnahme der Kabinettsdelegation sehr verschieden. GANDHI sagte, diese Stellungnahme habe den Pakistanplan verworfen. Er setzte sich daher zunächst dafür ein, daß Assam sich nicht aus der dritten Region ausschließe[139]. Die Kabinettsdelegation war auch der Meinung, daß sie mit ihrem Drei-Regionen-Plan, verbunden mit dem Drei-Ebenen-Plan, der provinziellen, regionalen und der Bundesregierung den mohammedanischen Separatismus überwunden habe[140]. In Wirklichkeit war jedoch mit dieser Stellungnahme der erste Schritt dazu getan, die Teilung Indiens durch eine Entscheidung der britischen Regierung durchzuführen. Die Bildung einer Interimsregierung und die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung wurden ebenfalls von der Kabinettsdelegation empfohlen, und die britisch-indische Regierung richtete sich nach diesen Empfehlungen. Für die verfassungsgebende Versammlung wurden erneut Wahlen abgehalten, die jedoch nicht, wie der Kongreß es seit Jahren in seinem Programm gefordert hatte, allgemeine Wahlen waren, sondern den bisherigen Beschränkungen des Wahlrechts unterlagen. Die Polarisierung von Kongreß und Liga hatte sich noch weiter durchgesetzt, und fast sämtliche mohammedanischen Sitze in separaten mohammedanischen Wählerschaften wurden von der Liga erobert[141]. Der Kongreß bemühte sich jedoch, auch solche Politiker, die durchaus nicht dem Kongreß angehörten, als Kongreßkandidaten in die verfassungsgebende Versammlung zu bringen. So wurden DR. JAYAKAR, PANDIT HRIDAY NATH KUNZRU, SIR HARI SINGH GOUR, SIR SARVEPALLI RADHAKRISHNAN, der frühere Ministerpräsident von Madras DR. SUBBAROYAN, und sogar ein Vertreter der Nicht-Brahmanen-Partei, der RAJA VON BOBBILI, und Minderheitenvertreter, wie der Anglo-inder FRANK ANTHONY, vom Kongreß unterstützt, gewählt[142]. Die Liga hatte sich zwar an den Wahlen beteiligt, aber zugleich auch verkündet, daß sie sich nicht an der verfassungsgebenden Versammlung beteiligen wolle. Diese Weigerung wurde begründet mit den Vorbehalten, die der Kongreß in bezug auf Zonenplan der Kabinettsdelegation geäußert hatte. Auch wies JINNAH darauf hin, daß der Kongreß die verfassungsgebende Versammlung dazu veranlassen wolle, sich für souverän zu erklären und die Beschränkungen, die der Versammlung durch die Kabinettsdelegation auferlegt worden waren, durch einen Mehrheitsbeschluß abzulehnen. JINNAH fühlte sich daher dazu berechtigt, seine Vetopolitik konsequent weiterzuführen[143].

Die Bildung einer Interimsregierung war unter diesen Umständen ebenfalls sehr problematisch. Diesmal entschloß sich jedoch der Vizekönig dazu, den Kongreß allein

[138] V. P. MENON, The Transfer of Power, S. 472.

[139] Siehe hierzu Sapru Papers, SAPRU an GANDHI, 5. 6. 1946 (G. 85) und SHIVA RAO an SAPRU, 23. 12. 1946 (R. 250) siehe auch "*Harijan*" 3. 11. 1946.

[140] V. P. MENON, The Transfer of Power, S. 476 ff. Appendix V, Secretary of States Broadcast, 16. 5. 1946.

[141] Siehe hierzu Liste der Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung in IAR, 1946, Vol. II, S. 317 ff.

[142] Ibid., S. 317 ff.

[143] Ibid., S. 167 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

mit der Regierungsbildung zu beauftragen, da die Liga die Zusammenarbeit verweigerte. Am 12. August 1946 wurde NEHRU mit der Regierungsbildung beauftragt[144]. JINNAH durfte sich nun nicht in die Defensive drängen lassen, sondern mußte zum Angriff übergehen, denn sonst wäre es schwierig gewesen, die Politiker der Liga zusammenzuhalten. Die Verweigerung der Zusammenarbeit zwang zum agitatorischen Vorgehen, und JINNAH wollte nun nach bewährten Vorbild mit *Hartal* und Protestkundgebungen die Massen aufrühren. Die Liga war nicht zur Gewaltlosigkeit verpflichtet, und auf Anfragen, wie er seinen für den 16. August verkündeten Tag der „direkten Aktion" durchführen wolle, antwortete JINNAH nur, daß er Fragen der Ethik nicht diskutieren möchte. Auf die Frage, ob der Entschluß der Liga unwiderruflich sei, gab er dem Fragenden die bezeichnende Antwort: „Wenn Sie ein Politiker wären, dann würden Sie mir diese Frage nicht stellen"[145]. Letzte Gespräche NEHRUS mit JINNAH über die Beteiligung der Liga an der Interimsregierung führten zu keinem Ergebnis, und am 16. August begann pünktlich und wohlorganisiert ein großes Morden in Kalkutta[146]. In fast allen anderen Gebieten Indiens blieb der Tag der „direkten Aktion" ein Tag wie jeder andere, aber in Bengalen hatte der Liga-Ministerpräsident SUHRAWARDY dafür gesorgt, daß der 16. August mit der Genehmigung des britischen Gouverneurs zum offiziellen Feiertag erklärt wurde[147]. Als SUHRAWARDY dann am 16. August feurige Reden auf dem großen *Maidan* von Kalkutta hielt, hatte er ein großes Publikum. Es fiel auf, daß eine große Zahl ortsfremder Gesellen mit Stöcken und Messern bewaffnet in Kalkutta erschienen und sich auch bei SUHRAWARDYS Kundgebungen einstellten[148]. Aus späteren Berichten ging hervor, daß auch große Mengen des damals noch rationierten Petroleums dem Pöbel zur Verfügung standen, das freigebig zur Brandstiftung verwandt wurde[149]. SUHRAWARDY gab zwar nachher zu seiner Verteidigung an, daß er sofort um die Hilfe des Militärs gebeten habe. Aber der zuständige britische General mußte feststellen, daß SUHRAWARDY in den entscheidenden Tagen nicht recht an einer Zusammenarbeit interessiert war und das Militär kritisierte, ihm aber auch nicht die Wege ebnete[150]. Im bengalischen Landtag brachte die Kongreßfraktion einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung SUHRAWARDY ein. Die Liga verteidigte sich mit allen Anzeichen entrüsteter Unschuld. Man sagte, wenn die Liga böse Absichten hätte, dann hätte sie sich doch nicht gerade Kalkutta für einen solchen Angriff ausgesucht, da doch die Mohammedaner dort in der Minderheit seien[151]. Die Gründe für einen gewalttätigen Einschüchterungsversuch in Kalkutta lagen jedoch auf der Hand. Nach den Gesprächen JINNAHS mit der Kabinettsdelegation wußte man in den Kreisen der Liga, daß bei einer endgültigen Teilung die britische Regierung Kalkutta nicht Pakistan zusprechen würde, da Kalkutta überwiegend von Hindus bewohnt war. Ein großer Teil dieser Hindueinwohner waren jedoch Arbeiter aus Bihar. Wenn es gelang, diese Arbeiter in die Flucht zu schlagen und darüberhinaus einen Teil der

---

[144] Siehe hierzu V. P. MENON, The Transfer of Power, S. 293 ff.
[145] IAR, 1946, Vol. II, S. 181.
[146] Ibid., S. 182 ff.
[147] Ibid., S. 187.
[148] Siehe hierzu Lt.-General SIR FRANCIS TUKER, While Memory Serves, London 1950, S. 152 f.
[149] IAR, 1946, Vol. II, S. 199.
[150] TUKER, op. cit., S. 169.
[151] IAR, 1946, Vol. II, S. 189.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

alteingesessenen Hindus so einzuschüchtern, daß sie Kalkutta verließen, dann war zwar mit einem Zusammenbruch der Wirtschaft dieser Großstadt zu rechnen, aber zugleich durfte man hoffen, auf diese Weise Kalkutta für Pakistan zu gewinnen. Die Ligapolitiker Bengalens konnten sich überdies leicht ausrechnen, daß in einem künftigen Pakistan ein Ost-Pakistan mit der Hauptstadt Kalkutta die Führerstellung einnehmen mußte, während ein Ost-Pakistan ohne Kalkutta nur die ferne Außenstelle eines führenden West-Pakistan werden konnte. Die britischen Geschäftsleute Kalkuttas, die mit ihrer verhältnismäßig starken Gruppe von Abgeordneten im bengalischen Landtag SUHRAWARDY bisher unterstützt hatten und sich bezeichnenderweise auch nicht an dem Mißtrauensvotum gegen ihn beteiligten[152], mochten auch hoffen, in einem pakistanischen Kalkutta weit günstigere Bedingungen zu erhalten als in einem Kalkutta, das einer Kongreßregierung in Neu Delhi unterstehen würde. Sie waren daher sicher bereit, vorübergehende Störungen in Kauf zu nehmen. Es kam hinzu, daß die Juteindustrie in der britischen Geschäftswelt den Vorrang hatte, und die Jute kam aus Ost-Bengalen, während die verarbeitende Industrie in Kalkutta saß. Der Weg der Jutefasern und SUHRAWARDYS politische Interessen liefen daher durchaus parallel.

Kurze Zeit später breiteten sich die Grausamkeiten auch in einigen Landbezirken aus. Vor allem in Noakhali wurde geraubt, gemordet und reihenweise Zwangsbekehrungen zum Islam vorgenommen. Die meisten Gewalttätigkeiten ließen sich auf eine bewaffnete und wohlorganisierte Bande unter der Leitung von GHULAM SARWAR zurückführen. Die Bande bestand zu einem Teil aus ehemaligen Soldaten[153]. Der Gegenangriff fand in Bihar statt, wo sich wenige Wochen nach den Ereignissen in Kalkutta und Noakhali in den Bezirken um Patna die Hindus gegen die mohammedanischen Minderheiten zusammenrotteten. Man war in diesen Bezirken genau darüber unterrichtet, was in Bengalen geschehen war, da viele Arbeiter aus Bihar in der Tat aus Kalkutta in ihre Heimatdörfer geflohen waren[154].

MAHATMA GANDHI eilte sofort nach Noakhali und pilgerte zu Fuß durch die schlimmsten Gefahrenzonen, um die Angst der Menschen zu bannen. In Kalkutta gelang es ihm sogar, den schlauen SUHRAWARDY an seine Seite zu zwingen und mit ihm die am schwersten betroffenen Stadtteile aufzusuchen. GANDHI war durch die politische Entwicklung der letzten Monate etwas in den Hintergrund gedrängt worden, da die Initiative bei der Regierungsbildung hauptsächlich von NEHRU und VALLABHBHAI PATEL ergriffen werden mußte. Aber dieser Einsatz in Bengalen zeigte wieder einmal, wie untrüglich GANDHIS Blick für das Wesentliche war und wie sehr er bereit war, mit großem persönlichen Mut sein Leben auf Spiel zu setzen[155].

Noch während die Unruhen in Noakhali andauerten, trat die Liga nach langen Unterredungen mit dem Vizekönig doch noch der Interimsregierung bei[156]. Die Liga war aber nicht zu einer echten Zusammenarbeit bereit. So wie einstmals der Kongreß mit Formeln, wie „Nichtzusammenarbeit in den Landtagen" die agitatorische Politik in die Verfassungsstruktur gebracht hatte, wollte nun auch die Liga ihre Obstruktionspolitik in die Interimsregierung hineintragen. Sowohl der Kongreß, als auch die Liga waren darauf aus, den von der Kabinettsdelegation abgesteckten Rahmen zu sprengen.

---

[152] IAR, 1946, Vol. II, S. 194.
[153] TUKER, op. cit., S. 174, ferner auch IAR, 1946, Vol. II, S. 197.
[154] IAR, 1946, Vol. II, S. 200 ff.
[155] Siehe hierzu "*Harijan*", 8. 12. 1946.
[156] Siehe V. P. MENON, The Transfer of Power, S. 312 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Damit war aber eine Zusammenarbeit auf der Basis der Erklärung der Kabinettsdelegation unmöglich geworden. Die britischen Bürokraten konnten nicht umhin, in diesem Streit das Zünglein an der Waage zu spielen, und da die Liga nichts gegen die Bürokraten hatte, sondern nur dem Kongreß in den Arm fallen wollte, war es nur natürlich, daß die Sympathien der Bürokraten zumeist auf Seiten der Liga waren, wenn es auch Sardar VALLABHBHAI PATEL verstand, auf seine Weise mit den Bürokraten gut auszukommen. PATEL war ein idealer Minister, sachkundig, entschlossen, immer bereit, seine Untergebenen mit voller Verantwortung zu betrauen und sie im entscheidenden Moment zu unterstützen und nicht im Stich zu lassen. Aus diesem Grunde wurde er in seinem neuen Amt als Innenminister sofort respektiert. Er mußte jedoch bald feststellen, daß er in seinem Amtsbereich durch das Finanzministerium, das sich nach dem Eintritt der Liga in die Interimsregierung in den Händen LIAQAT ALI KHANS befand, auf Schritt und Tritt gehemmt wurde. Den Kongreßministern wurde die alltägliche Arbeit des Regierens durch ihre Liga-Kollegen so verleidet, daß sie bald schon aus dieser Verärgerung heraus bereit waren, die Herren in ein eigenes Pakistan abziehen zu lassen[157]. Bereits im November 1946, auf der Jahressitzung des Kongresses, entlud sich diese Verärgerung, und man sagte, die Liga solle entweder konstruktiv in der Interimsregierung mitarbeiten oder so rasch wie möglich aus der Regierung austreten[158].

Die Verhandlungen über die Einberufung der verfassungsgebenden Versammlung kamen durch den Widerstand der Liga auch immer wieder ins Stocken. Der Kongreß wandte sich entschieden gegen eine weitere Verzögerung. Schließlich wurden NEHRU und JINNAH von ATLEE zu Besprechungen nach London eingeladen. NEHRU stellte jedoch, ehe er die Einladung nach London annahm, die Bedingung, daß der Termin der verfassungsgebenden Versammlung nicht verschoben werden dürfe, und daß die Besprechungen nicht dazu dienen sollten, die gesamte Verfassungsfrage von Neuem aufzurollen. Die Londoner Besprechungen blieben ergebnislos. Man konnte sich über die Interpretation des Zonenplanes nicht einigen. Nach der Erklärung der Kabinettsdelegation sollten die Vertreter der drei Zonen innerhalb der verfassungsgebenden Versammlung die Verfassungen der Provinzen in der Zone entwerfen, und dabei sollte jeweils die einfache Mehrheit entscheiden. Zugleich war den Provinzen das Recht zugesichert, sich nach den Wahlen unter der neuen Verfassung durch Mehrheitsbeschluß ihres Landtages aus ihrer Zone auszuschließen[159]. Praktisch bedeutete das jedoch im Fall von Assam, einer Hindumehrheitsprovinz, die in die dritte Zone mit Bengalen gekommen war, daß der Provinz zunächst von einer Liga-Mehrheit eine Verfassung auferlegt werden konnte, die später einen selbständigen Entschluß der Provinz, sich auszuschließen, unter Umständen sehr erschweren mochte. Während also die Liga befürchtete, daß der Kongreß eine Bundesverfassung diktieren könnte, die die mohammedanischen Provinzen und Zonen in ihrer Entscheidungsfreiheit beeinträchtigen würde, so befürchtete Assam, daß die Liga-Mehrheit eine Zonal- und eine Provinzialverfassung diktieren würde, die der Provinz die Entscheidungsfreiheit rauben mußte. Als die verfassungsgebende Versammlung im Dezember 1946 zusammentrat, erschienen die Ligaabgeordneten nicht. NEHRU zog daraus die Konsequenzen und brachte eine Resolution über die Ziele und Aufgaben der Versammlung ein, in der die Art der

---

[157] AZAD, op. cit., S. 183.
[158] V. P. MENON, The Transfer of Power, S. 326.
[159] Ibid., S. 329.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Verfassung bereits vorweggenommen und der Zonenplan der Kabinettsdelegation endgültig verworfen wurde[160]. Damit war das eingetreten, was die Liga zur Begründung ihres Boykotts der Versammlung vorausgesagt hatte, der Kongreß hatte die Initiative ergriffen und machte sich anheischig, die Verfassung zu diktieren. Dr. Jayakar machte sich unbeliebt, weil er für eine Vertagung dieser Grundsatzresolution plädierte. Er meinte, die Versammlung solle sich noch im Rahmen der Erklärung der Kabinettsdelegation halten und der Liga eine letzte Möglichkeit geben, sich der Versammlung anzuschließen[161]. Vallabhbhai Patel, der faktisch die Direktion der verfassungsgebenden Versammlung übernommen hatte, war mit diesem Aufschub zunächst gar nicht einverstanden, aber schließlich bequemte man sich dazu, die Verabschiedung der Grundsatzresolution bis ins neue Jahr hinauszuzögern. Jayakar, der fürwahr kein Freund der Liga war, fand die übergroße Eile der Kongreßführung sehr seltsam. Der Kongreß habe, so meinte er, bisher allzu oft versucht, die Liga zu besänftigen, aber nun sei man plötzlich noch nicht einmal mehr zu den einfachsten Zugeständnissen in Verfahrensfragen bereit[162].

In der Tat lief die politische Entwicklung bereits unaufhaltsam auf eine Teilung Indiens hinaus, und mit der Ausnahme Gandhis hatte sich die Kongreßführung wohl bereits innerlich damit abgefunden. Man drängte zur Machtergreifung, um sich rechtzeitig von dem schwankenden Boden der agitatorischen Politik auf den festen Grund des Staatsapparates zu retten. Ähnlich wie in den Jahren 1923—29 und 1933—37 durchlief der Kongreß als agitatorische Organisation gerade eine Zeit der Ebbe. Auch waren die Hauptagitatoren alt geworden, und sie waren durchaus nicht dazu geneigt, sich auf Experimente einzulassen, wie sie der noch immer radikale Mahatma Gandhi vorschlug, der meinte, man solle, um die Einheit Indiens zu erhalten und den guten Willen des Kongresses unter Beweis zu stellen, Jinnah und der Liga die alleinige Regierungsgewalt überlassen. Auch vertraute man der inneren Stärke der Kongreßorganisation nicht mehr. Nehru war es nach der Entlassung aus dem Gefängnis nicht einmal gelungen, daß Kongreßkomitee seiner Heimatstadt Allahabad auf Vordermann zu bringen, es war daher verständlich, daß er sich lieber als Ministerpräsident der staatlichen Ordnung widmete[163]. Es war bezeichnend, daß in diesen Monaten auch die Verschmelzung von „organisatorischen" und „ministeriellen" Funktionen im Kongreß Fortschritte machte. Die sozialistischen Kreise im Kongreß wollten zwar weiterhin die Reinheit des organisatorischen Flügels bewahren, und Nehru selbst machte diesem Prinzip auch insofern ein Zugeständnis, als er sein Amt als Kongreßpräsident, das er gerade innehatte, aufgab, als er Ministerpräsident der Interimsregierung wurde[164]. Aber der Arbeitsausschuß des Kongresses bestand von nun an zumeist aus Ministern. Der neue Kongreßpräsident, Acharya J. B. Kripalani, befand sich denn auch Nehru und der Regierung gegenüber in einer eigentümlichen Situation. Er wurde kaum konsultiert und hatte praktisch nur noch dekorative Funktionen. Diese bittere Erfahrung trug sicher viel dazu bei, daß Kripalani später zu einem der schärfsten Opponenten Nehrus im indischen Parlament wurde[165]. Aufgrund des vorwiegend

[160] Siehe hierzu CAD, Vol. I, S. 59.
[161] CAD, Vol. I, S. 71 ff.
[162] Siehe hierzu Sapru Papers, Jayakar an Sapru, 16. 12. 1946 (J. 195) und 23. 12. 1946 (J. 197).
[163] Siehe hierzu Lohia, op. cit., S. 41,20. [164] Ibid., S. 21.
[165] Siehe hierzu Pattabhi Sitaramayya, Autobiography (Unveröffentlichtes Manuskript im Besitz der Erben Sitaramayyas).

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

„ministeriellen" Charakters des Arbeitsausschusses war es weder KRIPALANI noch irgendeinem seiner Nachfolger möglich, einen zentralen „organisatorischen" Flügel des Kongresses zu schaffen, obwohl an sich der Dualismus von Kongreßpräsident und Ministerpräsident geradezu zu einer solchen Entwicklung der inneren Opposition aufforderte.

Im Jahre 1947 wurde der Gang der Ereignisse überraschend beschleunigt. Die Bedenkzeit, die die verfassungsgebende Versammlung auf die Anregung JAYAKARS der Liga gewährt hatte, lief ab, ohne daß die Liga den Boykott aufgab. NEHRUS Resolution wurde daher ohne weiteren Aufschub verabschiedet[166]. Kurz darauf forderte der Kongreß, daß der Vizekönig die Liga-Mitglieder der Interimsregierung entlassen solle. Der Vizekönig verhandelte darauf mit LIAQAT ALI KHAN, doch dieser ließ sich nicht dazu bewegen, freiwillig zurückzutreten. Der Vizekönig mußte nun befürchten, daß ihm der Kongreß die Zusammenarbeit aufkündigen werde, er war aber auch nicht bereit, die Liga von sich aus zu entlassen. Auch die britische Regierung mußte erkennen, daß der Vizekönig sich in einer ausweglosen Lage befand, der er auch persönlich nicht gewachsen war. Man entschloß sich daher, ihn abzuberufen. Zugleich verkündete ATLEE einen endgültigen Termin für die Auflösung der britischen Herrschaft in Indien[167]. Mit der Festlegung dieses Termins für den Juni 1948 hoffte man, den Parteien in Indien die Glaubwürdigkeit der britischen Pläne und die Notwendigkeit einer raschen Verständigung vor Augen zu halten. Mit der Ernennung von LORD MOUNTBATTEN zum Nachfolger LORD WAVELLS hoffte man, einen beweglicheren Gesprächspartner für die indischen Politiker gefunden zu haben, der die Liquidierung des Kolonialreiches mit Geschick und unter Vermeidung eines allgemeinen Chaos durchführen konnte. MOUNTBATTEN übernahm sein Amt im März und mußte sofort eine kritische Situation meistern, da LIAQAT ALI KHAN als Finanzminister sich eine neue Steuer ausgedacht hatte, die den Hindu-Wirtschaftskreisen, die den Kongreß finanzierten, die Gewinne weggesteuert hätte. Wenn diese Maßnahme durchgeführt worden wäre, hätte sich damit nicht nur die Regierungskrise verschärft, sondern auch der rechte und der linke Flügel des Kongresses wären miteinander in Konflikt geraten, da LIAQATS Steuergesetz einen sozialistischen Charakter hatte[168]. Es gelang jedoch MOUNTBATTEN, dieses Gesetz abzubiegen. Der Kampf zwischen Kongreß und Liga dauerte aber unvermindert an, und MOUNTBATTEN sah sich daher gezwungen, die Teilungspläne, die schon in den Diskussionen der Kabinettsdelegation angedeutet waren, weiter voranzutreiben. NEHRU und PATEL glaubten auch bald daran, daß eine Teilung unvermeidlich sei und fanden es nur nicht leicht, GANDHI zu überzeugen. In der entscheidenden Sitzung des Arbeitsausschusses, als GANDHI feststellen mußte, daß sich NEHRU und PATEL schon zur Teilung bereitgefunden hatten, machte er sogar den Vorschlag, man solle den Briten sagen, sie könnten Indien ruhig verlassen und die Teilung dem Kongreß und der Liga überlassen[169]. Dieser Vorschlag stimmte durchaus mit seinen früheren Äußerungen überein. Er glaubte wohl auch nicht, daß die Liga imstande wäre, ohne den Schutz der britischen Macht einen echten Bürgerkrieg zu entfachen. Die Briten wiederum wunderten sich darüber, wie wenig Verständnis die Inder, Hindus und Mohammedaner,

---

[166] CAD, Vol. I, S. 269 ff.

[167] V. P. MENON, The Transfer of Power, S. 506, Appendix IX, Statement made by Prime Minister Atlee in the House of Commons, 20. 2. 1947.

[168] V. P. MENON, The Transfer of Power, S. 350.

[169] LOHIA, op. cit., S. 9 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

für die Probleme der Teilung aufbrachten. Schon allein die Teilung der Armee brachte Schwierigkeiten mit sich, die den britischen Generälen viel zu schaffen machten, während die indischen Offiziere den Dingen, die da kommen mochten, mit Gleichmut entgegen zu sehen schienen[170]. Auch die indischen Politiker hatten die Teilung bisher kaum vom verwaltungstechnischen Standpunkt aus betrachtet und waren über die Fülle der Probleme überrascht, die MOUNTBATTEN ihnen in Form einer wohlvorbereiteten Denkschrift präsentierte[171].

Die führenden Politiker hatten sich mit der Teilung abgefunden, doch das bedeutete nicht, daß die Stimmung in der Interimsregierung besser geworden wäre, und MOUNTBATTEN mußte alle seine diplomatischen Künste aufbieten, um Liga und Kongreß zusammenzuhalten. Wegen der gespannten Lage entschloß sich die britische Regierung dazu, den berühmten Tag X vom Juni 1948 auf den 15. August 1947 vorzuverlegen, und MOUNTBATTEN arbeitete nun mit einem Terminkalender, auf dem jeder lesen konnte, wieviel Tage noch bis zum Tag der Machtübergabe übrig geblieben waren. Auf diese Weise hielt er sich, seinen Stab und die indischen Politiker unter Druck, um durch Eile und Entschlossenheit die Phänomene der Desintegration zu überwinden[172].

Die große Eile, die zwar durch die allgemeine politische Situation gerechtfertig war, bedingte natürlich eine Vernachlässigung der Einzelheiten. Man hatte gehofft, durch eine Teilung einen Bürgerkrieg zu vermeiden, aber es erwies sich, daß diese Teilung kein administrativer Eingriff, sondern ein blutiger Schnitt werden sollte. Manches hätte vermieden werden können, wenn die Grenzbezirke rechtzeitig unter Militärverwaltung gestellt worden wären, aber selbst über die genaue Grenzziehung war man sich bis zur letzten Minute kaum einig, und die Kommission, die über die endgültige Grenze zu befinden hatte, wurde erst in den letzten Wochen vor der Machtübergabe gebildet[173]. In Bengalen hielten seit dem Tag der „direkten Aktion" in Kalkutta die Unruhen an, aber dort war das Militär auf der Hut, und das Schlimmste konnte vermieden werden. Im Panjab jedoch waren keine Vorkehrungen getroffen worden, und dort entwickelte sich daher ein Krisenherd. KHIZRS Regierung war schon zur Zeit der Ankunft MOUNTBATTENS gefallen, da KHIZR nicht mehr in der Lage war, mit seiner labilen Koalitionsregierung das Chaos aufzuhalten. Die Liga konnte auch keine regierungsfähige Mehrheit finden, und so sah sich der britische Gouverneur gezwungen, die Regierungsgewalt zu übernehmen[174]. Der größte Unsicherheitsfaktor in dieser Provinz waren die Sikhs, die sich Pakistan auf keinen Fall anschließen wollten und für eine Weile mit dem Gedanken spielten, im Falle einer Teilung einen unabhängigen Sikhstaat zu beanspruchen[175]. Sie hatten es jedoch nicht verstanden, ihre Wünsche und Ansprüche klar und deutlich zu vertreten und litten auch unter dem Mangel an geeignetem Führungspersonal. Nur der Feuerkopf TARA SINGH, ein Konvertit, der vom Hinduismus zur Sekte der Sikhs gekommen war, verstand es, durch seine Großsprecherei viele Sikhs mitzureißen, und er spielte in diesen entscheidenden Tagen die Rolle eines unverantwortlichen Kriegshetzers und Demagogen. Er zog mit dramatischer Geste sein Schwert und drohte allen Mohammedanern den Tod an[176]. Damit war das Signal

[170] TUKER, op. cit., S. 128 ff.
[171] Siehe hierzu ALAN CAMPBELL-JOHNSON, Mission with Mountbatten, London 1951, S. 104.
[172] Ibid., S. 224 (Abbildung).
[173] TUKER, op. cit., S. 128 ff.; V. P. MENON, The Transfer of Power, S. 401.
[174] V. P. MENON, The Transfer of Power, S. 345.
[175] Ibid., S. 356.
[176] CAMPBELL-JOHNSON, op. cit., S. 188.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

zum Bürgerkrieg gegeben, und die Greueltaten im Panjab übertrafen bei weitem die organisierten Mordkampagnen Bengalens. Es setzte eine große Völkerwanderung ein, und damit wanderten die Berichte von den Greueltaten von Osten nach Westen und von Westen nach Osten. Racheakte waren an der Tagesordnung, und oft wurden ganze Flüchtlingszüge leergemordet[177]. In dieser Atmosphäre begannen die beiden Dominien Indien und Pakistan ihre Existenz als selbständige Staaten.

MOUNTBATTEN hatte ursprünglich gehofft, als erster Gouverneur beide Staaten noch für eine Weile in einer Personalunion zu verbinden, um auf diese Weise die Folgeerscheinungen der Teilung schneller und reibungsloser zu überwinden. Aber JINNAH wollte Generalgouverneur von Pakistan werden und lehnte daher MOUNTBATTENS Vorschlag ab. Nur mit Mühe ließ sich MOUNTBATTEN dann dazu bewegen, als Generalgouverneur Indiens zu fungieren, da er nur eine Fortführung seines Amtes als Generalgouverneur beider Dominien für sinnvoll hielt. Er meinte, daß das Amt des indischen Generalgouverneurs ebenso gut von einem Inder übernommen werden könnte. Es gelang NEHRU aber, MOUNTBATTEN dennoch für das neue Amt zu gewinnen. Auf diese Weise wurden die Krisen der ersten Monate in Indien bedeutend leichter überwunden[178]. MOUNTBATTEN ahnte jedoch zunächst nichts davon, daß er nach den Strapazen der doppelten Staatsgründung sofort wieder gebraucht wurde. Er war zur Erholung nach Simla gefahren und mußte erst telefonisch nach Delhi zurückgerufen werden, als die Hauptstadt von erbitterten Zusammenstößen zwischen Hindus und Mohammedanern, ausgelöst durch den Flüchtlingsstrom aus Pakistan, erschüttert wurde[179]. Wie so oft, spielten Gerüchte in dieser Situation eine große Rolle. Es hieß, daß die Mohammedaner durch einen Aufstand Delhi an sich reißen wollten[180]. Die indische Regierung mußte sich darum bemühen, dieser Lage Herr zu werden und die mohammedanische Minderheit in Indien so weit wie möglich gegen eine Panik abzusichern. Die Teilung hatte nämlich das Minderheitenproblem keineswegs gelöst. Etwa 40 Millionen Mohammedaner blieben in Indien zurück. Auch in Pakistan gab es eine Hindu- und Sikh-Minderheit, die jedoch zahlenmäßig und anteilmäßig weit geringer war. Pakistan hatte zwar versprochen, diese Minderheiten rechtlich und politisch zu sichern. Man machte sich aber doch keine Skrupel daraus, diese Minderheiten mehr oder weniger systematisch auszutreiben, während man auf indischer Seite den Schutz der Minderheiten ernst nahm. Diese Austreibung begann mit den Sikhs im West-Panjab und wurde in späteren Jahren mit dem endlosen Flüchtlingsstrom der Hindus aus Ost-Bengalen fortgesetzt[181]. Erst das Eintreffen der Flüchtlinge aus dem West-Panjab, die Schreckliches von ihrer Austreibung berichteten, wurden die Unruhen in Indien, und damit eine gegenläufige Flüchtlingsbewegung von Indien nach Pakistan, ausgelöst. Die Regierung hatte zunächst versucht, die Nachrichten von den Ereignissen in West-Panjab zu unterdrücken, aber als die Flüchtlinge eintrafen, verbreitete sich die Kunde von diesen Ereignissen wie ein Lauffeuer[182].

Die unruhige Lage wurde noch dadurch verschärft, daß bei der Staatsgründung der beiden Dominien die genauen Grenzen, die von den britischen Kommissionen festgelegt

---

[177] V. P. MENON, The Transfer of Powers, S. 418.
[178] CAMPBELL-JOHNSON, op. cit., S. 127 ff.
[179] V. P. MENON, The Transfer of Power, S. 423.
[180] Ibid., S. 419.
[181] Ibid., S. 345.
[182] Sapru Papers, SAPRU to SIR F. JAMES, 12. 9. 1947, (J. 8).

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

worden waren, noch nicht bekannt waren und daß die Grenzschutztruppe der Armee im Panjab versagte[183]. In Kalkutta gelang es GANDHI, der die Tage der Teilung dort miterlebte, die Massen zu beruhigen. Als die Nachricht von den Unruhen in Delhi ihn erreichte, wandte er sich sofort diesem neuen Krisenherd zu, um auch hier die Wut der Massen zu besänftigen und die mohammedanische Minderheit zu schützen[184].

GANDHIS letzte große Leistung war es, sich für eine gerechte Teilung der Staatskasse zwischen Indien und Pakistan einzusetzen, ungeachtet der Tatsache, daß Pakistan durch die Behandlung der Minderheiten und durch einen bewaffneten Einfall in Kaschmir Indiens Sympathien völlig verloren hatte[185]. GANDHI schuf sich damit erbitterte Feinde. Militante Hindus sahen es geradezu als Hochverrat an, daß man Pakistan, mit dem man sich praktisch im Kriegszustand befand, nun noch einen Teil der Staatskasse überantworten sollte. So dachte auch der *Chitpavan*-Brahmane NATURAM GODSE, der GANDHI am 30. Januar 1948 in Neu Delhi auf dem Weg zur Gebetsversammlung erschoß.

---

[183] V. P. MENON, The Transfer of Power, S. 402.
[184] Siehe hierzu M. K. GANDHI, Delhi Diary, Ahmedabad 1948.
[185] Siehe hierzu CAMPBELL-JOHNSON, op. cit., S. 269.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

DAS INNERE UND ÄUSSERE GLEICHGEWICHT

11

Die Gestalt des unabhängigen Staates

In dem neuen indischen Staat ergab sich die Frage danach, wie man das Erbe des Freiheitskampfes interpretieren sollte, wie man eine Bewegung in eine Partei, eine agitatorische Front in eine staatstragende Koalition verwandeln könne. Die Entscheidung wurde der Kongreßführung jedoch weitgehend durch den Zwang der Staatsräson abgenommen. Der ererbte „stählerne Rahmen" der britisch-indischen Regierung erwies sich als dauerhafter als die agitatorischen Aspirationen. Die Auseinandersetzungen über diese Fragen fanden hauptsächlich in der verfassungsgebenden Versammlung statt. Diese Versammlung konnte sich der herrschenden Verfassung kaum entziehen, und diese Verfassung war durch das Gesetz über die Unabhängigkeit Indiens, eine abgeänderte Fassung des Gesetzes über die Regierung von Indien vom Jahre 1935, festgelegt worden[1]. Die jahrelangen Debatten der Versammlung behandelten im wesentlichen nur Abänderungen dieses umfangreichen Gesetzes, und die indische Verfassung übertraf dieses Gesetz lediglich an Umfang und Einzelheiten. Das Programm des Kongresses fand in dem Katalog der Grundrechte und den in der Verfassung aufgeführten „Prinzipien der Politik" seinen Ausdruck, in jeder anderen Hinsicht fand man die Bestimmungen des Gesetzes von 1935, das die Gewährung der provinziellen Autonomie mit der Aufrechterhaltung der Macht der Zentralregierung in Einklang brachte, sehr zweckentsprechend. Mit der Teilung Indiens war die Notwendigkeit, heterogene Provinzen in einem losen föderalistischen Rahmen zusammenzufassen, entfallen, und man konnte sich daher ungestört wieder dem Zentralismus des Gesetzes von 1935 zuwenden.

Nach der Verabschiedung der Grundsatzresolution hatte sich die verfassungsgebende Versammlung vor allem mit der Frage der Grundrechte und der Eingliederung der Fürstenstaaten beschäftigt. Es war VALLABHBHAI PATEL und seinem Ministerium gelungen, noch vor der Machtübergabe und dem damit verbundenen Erlöschen der britischen Obergewalt über die indischen Fürstenstaaten die meisten Fürsten zur Unterzeichnung von Verträgen zu bewegen, die den Anschluß dieser Staaten an den indischen Bundesstaat gewährleisteten. Damit war auf diesem Gebiet zumindest eine gewisse Homogenität erreicht worden[2]. Vor der Teilung und Staatsgründung diskutierte man die Entwürfe der Provinzial- und Bundesverfassungen, doch erst nach der Staatsgründung war es möglich, sich im einzelnen mit den Fragen der Zuständigkeit des Bundes und des Schutzes der Minderheiten zu beschäftigen[3]. Mit dem Fortgang der Debatten näherte man sich mehr und mehr dem Geist und dem Buchstaben des Gesetzes

---

[1] Siehe hierzu V. P. MENON, The Transfer of Power, S. 520, Appendix XI, The Indian Independence Act, 1947, § 8.

[2] Siehe hierzu V. P. MENON, The Story of the Integration of the Indian States, Bombay 1956.

[3] Siehe hierzu CAD, Vol. III.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

von 1935, und es wurde immer deutlicher, daß die Kongreßführung nicht bereit war, sich von agitatorischen Erinnerungen berauschen zu lassen.

NEHRU hatte zwar immer eine große verfassungsgebende Versammlung, die aus allgemeinen Wahlen hervorgehen sollte, befürwortet, und der Richter MAURICE GWYER glaubte daher, die indischen Politiker mit dem Hinweis, daß brauchbare Verfassungen noch nie von großen Versammlungen, sondern immer von kleinen Komitees entworfen worden seien, warnen zu müssen. Als es nun darum ging, die neue indische Verfassung zu schaffen, erwies sich diese Warnung als überflüssig, ja es wurde sogar von einem Abgeordneten behauptet, die Versammlung wäre nur eine Attrappe, da die Abgeordneten nichts anderes tun konnten, als die Paragraphen, so wie sie von der inneren Kongreßführung formuliert wurden, gutzuheißen, oder allenfalls ohnmächtige Kritik zu üben[4]. Die innere Führungsgruppe der verfassungsgebenden Versammlung bestand aus VALLABHBHAI PATEL und K. M. MUNSHI, der zwar nicht immer ein linientreuer Kongreßpolitiker gewesen war, aber nun PATEL als juristischer Berater zur Seite stand[5]. NEHRU hatte einigen Einfluß aufgrund seiner Rolle als Ministerpräsident. Er mußte hauptsächlich dann in Aktion treten, wenn es galt, die Beweisführung der Verfassungsexperten durch einen scheinbar radikalen Appell zu unterstützen, um die Scharen der Zweifler und Unzufriedenen zu überzeugen[6]. Man bediente sich auch mit großem Geschick der Sachkenntnis des *Paria*-Führers DR. AMBEDKAR, der vom Kongreß als Justizminister absorbiert worden war und nun damit beauftragt wurde, die Verfassungspläne der Regierung durch die Debatten der verfassungsgebenden Versammlung zu steuern[7]. Als sachkundiger Berater standen der Versammlung SIR ALLADI KRISHNASWAMI AYYAR und SIR BENEGAL NARSINGA RAU zur Verfügung[8]. SIR B. N. RAU hatte bereits bei der Abfassung des Gesetzes von 1935 mitgewirkt und war daher in der Lage, den Geist dieser Verfassung zu interpretieren[9]. Der große Einfluß des Gesetzes von 1935 wurde auch noch dadurch bestärkt, daß die indische Zentralregierung, sowie auch die Provinzialregierungen, zur Zeit der Debatten der verfassungsgebenden Versammlung natürlich im Rahmen dieses Gesetzes arbeiten und daher in ihrer Stellungnahme zu Verfassungsfragen von ihrer eigenen Verwaltungspraxis zutiefst beeinflußt waren. Das Gesetz von 1935 war das längste Gesetz, das je vom britischen Parlament verabschiedet worden war, und es war aus der Natur der Sache heraus nicht eigentlich eine Verfassung, sondern ein Verwaltungshandbuch, das die Übertragung der Machtbefugnisse von der Kolonialmacht auf indische Körperschaften bis in alle Einzelheiten hinein festlegte. Gerade durch diese intime Beziehung des Gesetzes zur Verwaltungspraxis wurde nun eine Kontinuität der Verfassung gewährleistet. Fast jeder Vorschlag, der in der verfassungsgebenden Versammlung zur Sprache kam, wurde auch den zuständigen Ministerien der indischen Regierung zur Begutachtung vorgelegt, und diese Begutachtung konnte natürlich nur im Rahmen

---

[4] Siehe hierzu die Rede von Justice MAURICE GWYER in GWYER und APPADORAI (ed.), Speeches and Documents on the Indian Constitution 1921—1947,Oxford 1957, zur Kritik der verfassungsgebenden Versammlung siehe die Rede von Prof. S. L. SAXENA in CAD, Vol. XI, S. 705.

[5] Siehe hierzu Sapru Papers, JAYAKAR an SAPRU, 16. 12. 1946 (J. 145).

[6] Siehe hierzu zum Beispiel CAD, Vol. IX, S. 1192 ff.

[7] Siehe hierzu D. KEER, Dr. Ambedkar: Life and Mission, S. 378 ff.

[8] Siehe hierzu B. N. RAU, India's Constitution in the Making, Bombay 1960.

[9] Ibid., S. xvi (Biographische Einleitung).

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

der herrschenden Verwaltungspraxis erfolgen[10]. Die Faktoren, die dazu beitrugen, daß das Gesetz von 1935 zum Grundstock der Verfassung des unabhängigen Indien wurde, waren daher sehr vielfältig und in ihrer Gesamtzahl geradezu überwältigend.

Das Unbehagen der alten Freiheitskämpfer kam jedoch in der verfassungsgebenden Versammlung zum Wort, wenn auch ihre Einwände und Bedenken letztlich unberücksichtigt blieben. Man übte vor allem Kritik an den großen Machtbefugnissen, die die Verfassung dem Präsidenten einräumte, man bedauerte die Stärkung der Zentralregierung und die Beschneidung der Rechte der Provinzen[11]. Alte Kongreßpolitiker meinten, daß „die Verfassung beim besten Willen nicht ein Kind der indischen Revolution genannt werden könne“[12], und daß die Mitglieder des Komitees, das mit dem Verfassungsentwurf betraut worden war, nicht der Freiheitsbewegung angehört hätten und daher nicht in der Lage wären, den Geist des Freiheitskampfes zu interpretieren[13]. Eine GANDHI-Verfassung, basierend auf Sprachprovinzen und auf der Autonomie der Dorfgemeinden *(Panchayati Raj)*, sei eine angemessenere Verfassung für Indien, so sagte man[14]. Doch diese Klagen waren nutzlos. Die Versammlung und die Gestalter der Verfassung wurden sogar immer konservativer, zentralistischer und strenger im Laufe der Zeit. H. V. PATASKAR sagte, die Versammlung hätte es bei der zweiten Lesung der Verfassung mit der Angst zu tun bekommen. Alle föderalistischen Elemente, die noch in dem ersten Entwurf enthalten waren, wurden daher in der zweiten Lesung durch zentralistische Elemente ersetzt[15]. Die Unruhen zur Zeit der Teilung Indiens trugen zu dieser Wendung bei. Im Rahmen dieser zentralistischen Revision wurden auch etliche Ungereimtheiten, die in der ersten Welle des föderalistischen Optimismus in den Verfassungsentwurf eingedrungen waren, wieder eleminiert. Man hatte sich zum Beispiel zunächst dafür entschieden, den Gouverneur wählen zu lassen, ohne sich zu fragen, warum eine Provinz sowohl einen gewählten Ministerpräsidenten als auch einen gewählten Gouverneur brauche. Bei der zweiten Lesung wurde der Gouverneur wieder zu dem, was er auch unter dem Gesetz von 1935 war, ein ernannter Beauftragter der Zentralregierung[16]. Man ging jedoch noch darüber hinaus und führte die Bestimmungen des berühmten Artikels 93 wieder ein, der den Gouverneur dazu ermächtigte, im Notfall die Minister zu entlassen und die Regierung selbst zu übernehmen. Dieser einstmals verhaßte Artikel war in dem Gesetz über die Unabhängigkeit Indiens von 1947 ausdrücklich abgeschafft worden, aber nun wurde er in etwas anderer Form in die Verfassung des neuen indischen Staates wieder aufgenommen[17]. Auch die Machtbefugnisse des indischen Bundespräsidenten wurden fast wörtlich so definiert, wie die Machtbefugnisse des Vizekönigs in dem Gesetz von 1935, und die konstitutionellen, finanziellen und anderen Notstände wurden mit so allgemeinen Worten umschrieben, daß der Regierung ein großer Ermessensspielraum blieb[18].

---

[10] Siehe hierzu zum Beispiel CAD, Vol. X, S. 4.

[11] BISWANATH DAS in CAD, Vol. IX, S. 517.

[12] SHANKARRAO DEO in CAD, Vol. XI, S. 730.

[13] K. HANUMATHAIYA in CAD, Vol. XI, S. 616.

[14] T. PRAKASAM in CAD, Vol. XI, S. 697.

[15] H. V. PATASKAR in CAD, Vol. XI, S. 671.

[16] Ibid., S. 672, siehe auch Government of India Act, 1935, § 48 und Constitution of India, § 153 ff.

[17] Siehe hierzu The Indian Independence Act, 1947, § 8 (2) c und CAD, Vol. IX, S. 143.

[18] Die folgenden Artikel der indischen Verfassung entsprechen den Artikeln des Gesetzes von 1935:

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Unter diesen Umständen waren die Aussichten auf eine Berücksichtigung agitatorischer Forderungen in der indischen Verfassung sehr gering. Das Interesse an der Stabilität der Union war wesentlich stärker als die revolutionären Bestrebungen aus der Zeit des Freiheitskampfes. Nur der Katalog der Grundrechte, der fast alle Artikel der Erklärung des Kongresses von 1931 enthielt, fand seinen Weg in die Verfassung. Aus verfassungstechnischen Gründen mußte er jedoch in zwei Teile zerlegt werden. Der erste Teil enthielt die eigentlichen Grundrechte, die im juristischen Sinne relevant waren, und der zweite Teil bestand aus einer Liste von Grundsätzen, die zuerst „Regierungsprinzipien“ [19] und später „Richtlinien für die Staatsführung“ [20] genannt wurden. Dieser zweite Teil bereitete den Verfassungsexperten reichliches Kopfzerbrechen. Einige Kritiker meinten, es sei nutzlos, solche allgemeinen Grundsätze, die doch keine Grundrechte seien, in die Verfassung aufzunehmen und nannten diese Grundsatzerklärung eine „überflüssige Predigt“ und ein „Parteiprogramm“. Diese Grundsätze waren denn auch tatsächlich aus dem Parteiprogramm des Kongresses übernommen worden, und auf der Suche nach verfassungsgerechten Formulierungen griffen die Verfassungsexperten auf die irische Verfassung zurück, deren Grundsatzparagraphen wiederum auf die Sozialenzykliken des Papstes zurückgingen [21]. So stammte denn der Wortlaut dieses merkwürdigen Artikels der indischen Verfassung auf Umwegen aus der Kanzlei des Papstes, während der Antrieb zu ihrer Aufnahme in die indische Verfassung auf die agitatorischen Forderungen des Kongresses von Lahore vom Jahre 1930 zurückging [22]. Die Grundrechte selbst wurden in dem endgültigen Verfassungsentwurf durch etliche Zusatzbestimmungen, die es ermöglichten, sie in Notfällen aufzuheben, in ihrem Wert sehr beeinträchtigt. Ein kommunistischer Abgeordneter sagte daher in der Diskussion über diese Frage, daß der Katalog der Grundrechte den Eindruck mache, als ob er „vom Gesichtspunkt eines Polizeiwachtmeisters aus entworfen sei“ [23]. Einige Punkte, die in dem alten Katalog der Grundrechte des Kongreßprogrammes eine große Rolle spielten, wurden völlig eliminiert. Die Forderung nach der Abschaffung der Salzsteuer war in diesem Programm immer von großer Bedeutung gewesen, und etliche alte Kongreßpolitiker waren daher der Meinung, daß dieser Punkt in der Verfassung verewigt werden müsse, zumal da Gandhi den Widerstand gegen das Salzgesetz zum Mittelpunkt der Agitation des Jahres 1930 gemacht hatte. Selbst der Präsident der verfassungsgebenden Versammlung, Dr. Rajendra Prasad, setzte sich für die Aufnahme eines entsprechenden Artikels in die Verfassung ein [24]. Dann aber schaltete sich Nehru in die Debatte ein und erklärte es für unklug, einen solchen Artikel in die Verfassung aufzunehmen, und die Mehrheit unterstützte seine Ansicht [25]. In diesem Fall, wie in vielen anderen, siegten praktische Erwägungen über die Erinnerungen des Freiheitskampfes.

Präsident:	53	72	74	75 (2)	77 (3)	85	86	143	258
Generalgouv.:	7	—	9 (1)	10 (1)	17 (3)	19	20	213	124

§ 74 der Verfassung erwähnt den Ministerpräsidenten und nur durch diese Erwähnung ist das Prinzip der parlamentarischen Kabinettsregierung in der Verfassung verankert.

[19] CAD, Vol. V, S. 375 ff.

[20] Constitution of India, §§ 36—51.

[21] Siehe hierzu Sir Ivor Jennings, Some Characteristics of the Indian Constitution, London 1953, S. 30 ff.

[22] Siehe den Katalog der Grundrechte in IAR, 1931, Vol. I, S. 249 ff.

[23] Somnath Lahiri in CAD, Vol. III, S. 404.

[24] CAD, Vol. IX, S. 239 ff. [25] Ibid., S. 241.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

In seinem Grundsatzprogramm hatte der Kongreß auch gefordert, daß die Gehälter der obersten Ränge der Beamtenschaft drastisch gekürzt werden müßten. Man hatte eine Höchstgrenze von 500 Rupien pro Monat festgelegt, und selbst die Minister unter den Kongreßpolitikern hatten sich zunächst an diese Begrenzung gehalten. Nun hatte aber die Interimsregierung den Beamten des berühmten indischen Zivildienstes (Indian Civil Service) versprochen, daß sie auch nach der Machtübernahme zu den gleichen Gehaltssätzen und Beförderungsbedingungen berechtigt seien, die ihnen zur Zeit ihrer Ernennung von der britischen Kolonialmacht zugesichert worden waren. Die meisten dieser Beamten waren Inder, nur wenige Briten erklärten sich bereit, auch der indischen Regierung weiterhin zu dienen. Die Gehaltsstufen dieser Beamtenschaft lagen zumeist über 2 000 Rupien pro Monat. Die Kongreßführung hielt jedoch ihr Versprechen, und die Garantien für die Beamtenschaft wurden sogar wieder, wie im Gesetz von 1935, in die Verfassung eingebaut[26]. Etliche Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung kritisierten natürlich, daß „die verwöhnte Beamtenschaft des vorigen Regimes" weiterhin so sehr verwöhnt werden sollte[27]. Aber Vallabhbhai Patel verteidigte die Beamtenschaft in einer bemerkenswerten Rede, die deutlich zeigte, was die Schöpfer der indischen Verfassung zu dieser Zeit bewegte. Er sagte, daß der indische Bundesstaat nur durch eine gute zentrale Beamtenschaft vor dem Untergang gerettet werden könne. Wenn man das nicht einsehen wolle, dann könne man ja seinetwegen die Kongreßverfassung oder sonst irgendeine Verfassung zum Vorbild nehmen, aber die vorliegende Verfassung sei auf eine zentrale Beamtenschaft zugeschnitten, und diese Beamtenschaft müsse den Bundesstaat zusammenhalten[28]. Dieses Bekenntnis zum „stählernen Rahmen" war klar und eindeutig genug, und jeder Widerspruch verstummte. Es lag auf der Hand, daß man sich unter diesen Umständen für die Aufrechterhaltung des *status quo* auf der ganzen Linie entschied und sich nicht von revolutionären Experimenten verlocken ließ.

Die Frage der Einstellung zur Unverletzlichkeit des Eigentums war für die verfassungsgebende Versammlung besonders problematisch. Gandhis elf Punkte aus der Zeit des zivilen Ungehorsams stellten ein Programm dar, das reich und arm verbinden konnte, zumal agitatorische Forderungen leicht aneinandergereiht werden, ohne daß man sie auf ihre inneren Widersprüche hin zu prüfen braucht. Doch es war schwierig, diese Verbindung widerstreitender Interessen im Rahmen der Verfassung wiederherzustellen. Ein Agitator ist daran interessiert, allgemeine Fragen zu konkreten Fällen zu verdichten; der Schöpfer einer Verfassung muß sich dagegen um allgemeingültige Formeln bemühen, die auf jeden einzelnen Sonderfall zutreffen. Zur Zeit des Freiheitskampfes konnten der agrarische Radikalismus der Kongreßpolitiker in den Vereinten Provinzen und die Interessen der Wirtschaftskreise in Bombay kaum in Konflikt miteinander geraten. Im Gegenteil, sie ergänzten sich und unterstützten sich. Doch wenn man nun im verfassungstechnischen Sinne von Enteignung sprach, so konnte man nicht gegen eine Schar machtloser Großgrundbesitzer vorgehen, ohne nicht auch die Wirtschaftskreise und den mittleren Bauernstand zu alarmieren. Die Bodenreform und die Abschaffung des Großgrundbesitzes waren jedoch wichtige

---

[26] Zur Beschränkung der Gehälter siehe Pattabhi Sitaramayya, op. cit., Vol. II, S. 52; zu den verfassungsmäßigen Garantien für die Beamtenschaft (I.C.S.) siehe Government of India Act of 1935, § 240 ff., Constitution of India, § 310 ff.

[27] Ananthasayanam Ayyangar in CAD, Vol. X, S. 42.

[28] Vallabhbhai Patel in CAD, Vol. X, S. 51.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Forderungen des Kongreßprogramms, die sich nicht umgehen ließen. Auf dem Gebiet der Gesetzgebung ließen sich diese Maßnahmen auf bestimmte Gruppen und Regionen beschränken, aber die Verfassung mußte zu den Grundsatzfragen Stellung nehmen. Als der entsprechende Verfassungsartikel zur Debatte stand, hatten die Kongreßministerien in einigen Provinzen bereits Gesetze vorbereitet, die die große Masse der kleinen Grundbesitzer, die Basis der Macht des Kongresses, begünstigten und nur eine kleine Schar entmachteter Großgrundbesitzer betrafen[29]. In den Vereinten Provinzen beschloß der Landtag im August 1946, daß die Regierung die *Zamindars,* die Großgrundherren, die ursprünglich Steuerpächter gewesen waren, enteignen und abfinden solle, und es wurde eine Kommission unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten G. B. Pant gebildet, die sich mit dieser Frage beschäftigen sollte[30]. Bei ihren statistischen Untersuchungen stellte diese Kommission fest, daß in den Vereinten Provinzen etwa 1,5 % der Bevölkerung mehr als 57 % des Bodens besaßen. Die Zahl der größten Grundbesitzer war noch geringer und ihr Besitz im Verhältnis zu ihrer Anzahl noch umfangreicher, ungefähr 804 Personen trugen 27 % des gesamten Grundsteueraufkommens der Provinz[31]. Der größte Teil der Provinz bestand daher entweder aus kleinen Besitztümern von etwa 2—3 acres oder aber aus großen Besitztümern von mehr als 25 acres[32]. Man schlug nun eine abgestufte Entschädigung der Großgrundbesitzer vor, die jedoch in keinem Verhältnis zu dem Wert des enteigneten Grundbesitzes stand. Kritiker wiesen natürlich darauf hin, daß diese Art Entschädigung ein politischer Trick sei, und daß es ehrlicher gewesen wäre, die großen Grundbesitzer ohne weiteres entschädigungslos zu enteignen[33]. Die politische Absicht war durchaus klar, man bemühte sich darum, keine ernsthaften Konflikte entstehen zu lassen und sich ohne eine übergroße Belastung der Staatskasse aus der Affäre zu ziehen. Radikale Maßnahmen, die früher oft in Zusammenhang mit der Bodenreform erwähnt worden waren, unterblieben völlig. Eine Abschaffung des Kapitalismus und eine kollektive Bewirtschaftung des Landes, Programmpunkte, die auch in Resolutionen des Landtages der Vereinten Provinzen im August 1946 betont wurden, gerieten rasch in Vergessenheit[34]. Überall paßte sich der Kongreß rasch der Notwendigkeit an, als staatstragende Koalition einen mittleren Kurs zu steuern und einen maximalen politischen Gewinn mit minimalen Eingriffen in das wirtschaftliche und soziale Gefüge zu erreichen. Nehru, der es schon immer verstanden hatte, einen verbalen Radikalismus mit politischer Klugheit zu verbinden, verstand es auch in dieser Situation wieder, den richtigen Ton anzuschlagen. Als er der verfassungsgebenden Versammlung den Paragraphen vorlegte, der die Fragen der Enteignung und Entschädigung betraf, täuschte er das Publikum durch radikale Worte zunächst über den konservativen Inhalt dieses Paragraphen hinweg[35]. Die Kritiker ließen sich mit diesen Worten jedoch nicht abspeisen, und sowohl die Prinzipien des Sozialismus als auch Gandhis Wort vom *Ram Rajya* (Herrschaft des mythischen König *Rama* = Gerechtigkeit für alle) wurden gegen den Kompromiß-Paragraphen ins

---

[29] S. L. Saksena in CAD, Vol. IX, S. 1202 f.

[30] Siehe hierzu G. B. Pant et al., Report of the United Provinces Zamindari Abolition Committee, Vol. I (Text), Vol. II (Statistics) Allahabad 1948.

[31] Ibid., Vol. I, S. 343.

[32] Ibid., Vol. II, S. 58.

[33] Ibid., Vol. I, S. 606 (Minute of Dissent of Begum Aizaz Rasool).

[34] Ibid., Vol. I, S. 585 ff. (Minute of Dissent of Z. H. Lari).

[35] CAD, Vol. IX, S. 1192 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Feld geführt[36]. Man bedauerte die „Verwirrung der Ideen" und verlangte Garantien dafür, daß kein Gerichtshof an gesetzlich festgelegten Entschädigungen drehen und deuteln könne[37].

NEHRU hatte zwar in seiner Rede dramatisch verkündet, das indische Volk werde es nicht dulden, daß sich die Gerichtshöfe als dritte Kammer über Unterhaus und Oberhaus etablieren würden und als Berufungsinstanz die soziale Gesetzgebung zunichte machten, aber mit diesen tapferen Worten konnte er die Bedenken der Kritiker kaum zerstreuen[38]. Doch die Zeit für definitive Garantien war noch nicht gekommen, und erst eine spätere Abänderung der Verfassung beseitigte die Unklarheiten des ursprünglichen Kompromisses[39]. Einer der Abgeordneten charakterisierte die Lage, in der sich die verfassungsgebende Versammlung befand, sehr gut, als er sagte, Indien befände sich zwar bereits seit Jahren in einem Stadium der Revolution, aber der unmittelbare Anlaß zur Machtübergabe sei eben keine Revolution gewesen, und die Versammlung könne sich daher nicht dazu berechtigt fühlen, alles, was zuvor bestanden habe, auf den Kopf zu stellen[40].

Die Art und Weise der Machtübergabe und die innere Struktur des Kongresses bedingten, daß in jeder Hinsicht das Gleichgewicht dem radikalen Ideal der Gleichheit vorgezogen wurde. Das Gleichgewicht, das innerhalb des Kongresses hergestellt worden war, ermöglichte den Übergang von der agitatorischen Einheit zur Einheit und Stabilität des Staates. Die Struktur des ererbten Staates wiederum forderte und förderte eine Gleichgewichtspolitik, denn dieser Staat war ein Beamtenstaat, der zwar ganz Indien wohlorganisiert umfaßte, aber als Instrument einer revolutionären Sozialpolitik nur sehr begrenzte Möglichkeiten bot. Die Verfassung war, wie VALLABHBHAI PATEL so folgerichtig bemerkte, auf diesen Beamtenstaat zugeschnitten. Sie mußte daher diese Begrenzungen widerspiegeln. Doch nicht nur der Beamtenstaat, auch die Kongreßpartei war in ihren Wirkungsmöglichkeiten durchaus beschränkt. Schon aus der agitatorischen Situation heraus hatte sich eine gewisse Entsprechung von Kongreßorganisationen und staatlicher Verwaltungsstruktur ergeben. Die Grundeinheit der Kongreßorganisationen, das Bezirkskomitee, entsprach der Verwaltungseinheit des britischen Kolonialreiches, dem Regierungsbezirk, der von einem Collector verwaltet wurde. Trotz des sozialen Aufbauprogramms, für das GANDHI sich eingesetzt hatte, war die Kongreßorganisation doch nie sehr intensiv auf der Ebene der Dorfgemeinden und Unterbezirke tätig geworden. So ging denn auch jetzt die Reichweite der Partei nicht wesentlich über die Reichweite des Staatsapparates hinaus. Auch in anderer Hinsicht wirkten die Strukturelemente der agitatorischen Politik auf die Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes hin. Der Kongreß konnte als freiwillige Organisation Einheit und Disziplin immer nur in dem Maße bewahren, als die Mehrheit seiner Mitglieder die Aktionen, um die es gerade ging, unterstützte. Durch die Ausrichtung auf die agitatorische Einheit und die Bestrebungen, ein „paralleles Staatswesen" aufzubauen, war man darauf bedacht, alle politischen Strömungen zusammenzuhalten. Die Kongreßführung hatte sich also daran gewöhnt, hauptsächlich auf die Vermittlung und Versöhnung verschiedener Interessen zu vertrauen. Es kam hinzu, daß die seltsame

---

[36] KISHORIMOHAN TRIPATHI in CAD, Vol. IX, S. 1209.
[37] H. V. KAMATH in CAD, Vol. IX, S. 1211.
[38] CAD, Vol. IX, S. 1196.
[39] Siehe Constitution of India, Änderung des § 31 (2) von 1951 und 1955.
[40] R. K. CHAUDHURI in CAD, Vol. X, S. 38.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Doppelrolle des Kongresses als „parallele Regierung" und parlamentarische Partei und der daraus entstehende Konflikt von organisatorischen und ministeriellen Flügeln es mit sich gebracht hatte, daß alle Gegensätze innerhalb des Kongresses ausgetragen werden konnten, und daß das Kongreßoberkommando als Universalschiedsrichter fungierte. Die Schiedsrichterfunktion wurde von der Zentralregierung übernommen, als das Oberkommando zum Kabinett wurde. Es war dabei von besonderer Wichtigkeit, daß keiner der nationalen Führer Provinzialminister gewesen war, da sich das Oberkommando zur Zeit der Provinzialautonomie damit beschäftigt hatte, als „parallele Zentralregierung" zu fungieren. Die Verschmelzung staatlicher und innerparteilicher Ausgleichsfunktionen ermöglichte zugleich eine Dauerkoalition verschiedener Interessengruppen und eine Amalgamierung von Partei und Staat. Im Volksmund heißt dieses Regime *Congress Sarkar*, eine Bezeichnung, die wörtlich übersetzt nur „Kongreßregierung" bedeutet, aber mit dem umfassenden Begriff *Sarkar* (Regierung, Staat, Obrigkeit) doch auch diese Verschmelzung von Partei und Staat anklingen läßt.

Das Schiedsrichteramt des Kolonialstaates ist somit auf die zur Partei gewordene Bewegung übertragen worden. Es liegt im Wesen des Kolonialstaates, daß er nicht von der Masse des Volkes getragen, sondern von oben her übergestülpt ist. GANDHI hatte oft gewarnt, daß eine Machtübernahme letztlich nur eine Ersetzung des weißen Kolonialismus durch einen „braunen Kolonialismus" bedeuten könne. In gewisser Hinsicht hat sich diese Warnung als berechtigt erwiesen, denn der Kongreß hat das übergestülpte Staatswesen übernommen und lediglich durch eine Art plebiszitärer Rechtfertigung abgestützt. Dem rechten Flügel des Kongresses kamen dabei kaum Bedenken, der linke, sozialistische Flügel empfand jedoch ein gewisses Unbehagen. Die Führungsgruppe des sozialistischen Flügels war wankelmütig und unentschlossen, sie beurteilte wiederholt die unmittelbar bevorstehende Entwicklung völlig falsch, spaltete sich schließlich in mehrere Sekten und Cliquen auf und wurde als Machtfaktor von den Politikern des rechten Flügels eliminiert, so daß ihr schließlich nur noch eine gewisse meinungsbildende Bedeutung zukam[41]. Allein NEHRU, der linksradikale Sympathien nie verleugnete, aber ein Meister der Schiedsrichterkunst war und die Macht mit leiser Verachtung, doch mit sicherem Griff in den Händen hielt, blieb der Hüter der sozialistischen Forderungen in Partei und Staat. NEHRUS Ideal des „saekularen Staates" wurde für ihn zu einem Leitbild, das die sozialistischen Symphatien mit der Amtswaltung in dem ererbten Staatsgefüge versöhnte. Der Saekularismus war dabei nicht eine rein formale Kennzeichnung des modernen Staates, sondern wurde zum positiven Begriff des Emanzipationsstrebens und zur Anthithese des religiösen Partikularismus, der zur Teilung Indiens und zur Gründung Pakistans geführt hatte. Zugleich bedeutete er eine Neufassung der indischen Toleranzidee, eine Bekräftigung der nationalen Einheit und eine Bestätigung der weltbürgerlichen Absicht des indischen Freiheitskampfes. In einem Brief an die Präsidenten der Provinzialkongreßkomitees schrieb NEHRU einmal, daß für ihn das Wort „saekular" auch die Idee der sozialen und politischen Gleichheit beinhalte, obwohl er sich dessen bewußt sei, daß man diese Definition wohl in keinem Wörterbuch fände. Es sei für ihn sowohl der religiöse Partikularismus als auch der Kastengeist mit diesem Ideal unvereinbar[42]. So wurde der „saekulare

[41] Siehe hierzu THOMAS A. RUSCH „Dynamics of Socialist Leadership in India" in RICHARD PARK und IRENE TINKER (ed.), Leadership and Political Institutions in India, Princeton 1959.
[42] JAWAHARLAL NEHRU, Letters to the PCC Presidents, New Delhi 1954, S. 20.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Staat" für NEHRU gewissermaßen eine moralische Anstalt, und die Erhaltung des Gleichgewichts im Staat und in der staatstragenden Partei wurde zur Voraussetzung für die Erreichung der Gleichheit. Diese Staatsidee ist von NEHRU zwar nie im Zusammenhang formuliert worden, aber in seinen zahlreichen Äußerungen hat er immer wieder den einen oder anderen Aspekt dieser Idee hervorgehoben. Es ist bezeichnend, daß NEHRU eine Fortführung seiner Arbeit im Sinne dieser Idee durch die Willensbildung der großen Masse des indischen Volkes und nicht durch die Heranbildung eines Kaders von Parteigängern für gewährleistet hält[43]. Er hofft, daß eine Erweiterung des Blickfeldes eine Änderung der Verhaltensweisen mit sich bringt, und es ist daher nicht zufällig, daß er in der politischen Argumentation oft psychologische Begriffe verwendet.

Eine der ersten Bewährungsproben des „saekularen Staates" war die Durchführung der Reform des Hindufamilienrechtes *(Hindu Code Bill)*, besonders im Hinblick auf Scheidung und Erbrecht und die Emanzipation der Frauen[44]. Es war paradox, daß sich der „saekulare Staat" um eine Reform des Hinduismus bemühen mußte, aber das Fehlen einer zentralen religiösen Instanz und die verhärtende Einwirkung des britischen Systems der Rechtssprechung, die eine Weiterentwicklung des Gewohnheitsrechts unterband, hatte bisher eine durchgehende Anpassung des Hindurechts an die Gegebenheiten der Neuzeit unmöglich gemacht. Viele Sozialreformer und auch GANDHI hatten auf diese Notlage hingewiesen[45]. Zwar waren bereits unter britischer Herrschaft hier und da einzelne Reformgesetze verabschiedet worden, aber erst ein unabhängiges Indien konnte eine grundlegende Gesetzgebung in Angriff nehmen. Der Widerstand der Orthodoxie und eines großen Teils des rechten Flügels der Kongreßpartei war jedoch nicht zu verachten, und NEHRU mußte vorübergehend aus seiner Schiedsrichterposition hervortreten und sich in die Arena des politischen Kampfes begeben. Dennoch war er dem ungeduldigen Justizminister DR. AMBEDKAR, der für das entsprechende Gesetz verantwortlich war, nicht rasch und entschlossen genug und ließ sich auf Verzögerungstaktiken ein[46]. AMBEDKAR trat schließlich enttäuscht zurück, doch NEHRU führte den Kampf um das umstrittene Gesetz langsam einem Erfolg entgegen. Rückblickend betrachtete NEHRU später diesen Erfolg als eine seiner wesentlichsten Errungenschaften[47]. Der Kampf um dieses Gesetz fiel zusammen mit der entscheidenden Auseinandersetzung zwischen NEHRU und dem rechten Flügel der Partei. Sein großer Rivale, VALLABHBHAI PATEL, stand auf der Höhe seiner Macht und lehnte das Gesetz ab. Es war PATEL gelungen, einen prominenten Vertreter des rechten Flügels des Kongresses der Vereinten Provinzen, PURUSHOTTAMDAS TANDON, zum Kongreßpräsidenten wählen zu lassen, und es schien alles darauf hinzudeuten, daß NEHRU sowohl von der „ministeriellen" als auch von der „organisatorischen" Seite in die Zange genommen werden sollte. Doch wenige Monate später starb PATEL, und damit wurde der rechte Flügel führerlos. TANDON war kein ernsthafter Herausforderer, und es gelang NEHRU bald, ihn zu stürzen und selbst das Amt des Kongreßpräsidenten zu übernehmen. Auf diese Weise wurden Partei- und Regierungsführung vereint und die Möglichkeit einer „organisatorischen" Opposition auf der Bundesebene endgültig ausgeschaltet. Als NEHRU

---

[43] Siehe hierzu R. K. KARANJIA, The Mind of Mr. Nehru, London 1960, S. 63 f.
[44] Siehe hierzu D. KEER, Dr. Ambedkar: Life and Mission, S. 396 ff.
[45] Siehe hierzu z. B. Sapru Papers, GANDHI an SAPRU, 19. 2. 1933 (G. 23).
[46] D. KEER, op. cit., S. 411.
[47] Siehe hierzu TAYA ZINKIN, Reporting India, London 1962, S. 216.

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

das Amt des Kongreßpräsidenten nach mehreren Jahren wieder abgab, konnte ihm von dieser Seite keine Gefahr mehr drohen[48].

Die andere Initiative, mit der NEHRUS „saekularer Staat" über die Grenzen und Möglichkeiten des ererbten Staates hinausgreifen wollte, war die Organisation der Planung. Die Forderung der staatlichen Wirtschaftsplanung in Indien war schon im 19. Jahrhundert von RANADE erhoben worden. Der linke Flügel des Kongresses hatte später die Idee der Planung vom Vorbild der Sowjetunion abgeleitet. Bei der Bildung der Planungskommission des Kongresses im Jahre 1938 waren jedoch nicht nur die Sozialisten, sondern auch der große Finanzmagnat SIR PURUSHOTTAMDAS THAKURDAS und der Ingenieur und Staatsmann SIR M. VISVESWARAYA vertreten[49]. VISVESWARAYA hatte bereits als Ministerpräsident des Fürstenstaates Mysore praktische Erfahrungen mit der staatlichen Planung gesammelt und schon im Jahre 1936 ein Buch veröffentlicht, in dem er einen Fünfjahresplan und einen Zehnjahresplan für Indien entwarf[50]. Die Bemühungen dieser Kongreßplanungskommission wurden durch den Krieg unterbrochen. Der Krieg zwang jedoch die britisch-indische Regierung zur umfangreichen Wirtschaftsplanung, und vom Jahre 1944 an bestand ein ausgeprägtes System der Planwirtschaft und der Kontrollen, das die öffentliche Meinung bereits zum „Planbewußtsein" erzogen hatte[51]. In diesem Rahmen hatte dann SIR PURUSHOTTAMDAS THAKURDAS mit mehreren anderen führenden Persönlichkeiten der Wirtschaftskreise Bombays den „Bombay-Plan" entworfen, der von radikalen Kritikern als faschistisch verschrien wurde[52]. Eine staatliche Planung wurde jedoch von allen Seiten gefordert, darüber waren sich Finanzmagnaten und Sozialisten einig. Es ging nur um die Ziele und Methoden der Planung, denn während die Finanzmagnaten hofften, daß durch die Ausgaben der öffentlichen Hand die Infrastruktur für ihre eigenen Unternehmungen errichtet werden könnte, dachten die Sozialisten an die Vollbeschäftigung und die soziale Gerechtigkeit. Da man sich zu einer „gemischten" Wirtschaft entschloß, in der im Rahmen einer Planung jedem privaten Unternehmen gewissermaßen ein kontrolliertes Monopol eingeräumt wurde, war zu erwarten, daß eher die Interessen der Wirtschaftskreise, als die Hoffnungen der Sozialisten belohnt würden. NEHRU neigte dazu, diese Fragen mehr von einem aesthetischen als von einem praktischen Gesichtspunkt aus zu sehen. So sagte er einmal, das Profitstreben sei vulgär, und der Staat dürfe nicht der Vulgarität Vorschub leisten. Er setzte sich begeistert für die staatliche Planung ein, hatte aber oft wenig Verständnis für die organisatorischen Einzelheiten und klagte ab und zu in aller Öffentlichkeit darüber, daß die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer würden, als sei er der Führer der Opposition und nicht der verantwortliche Ministerpräsident. Die indische Planwirtschaft wurde in Wirklichkeit zu einer Art wettbewerbsfreiem *laissez faire*-System, da man zwar Mittel und Wege fand, großzügig die Gelder der öffentlichen Hand zu verteilen, aber kaum in der Lage war, durch strenge Kontrollen und Eingriffe den Gang der Entwicklungen zu lenken, jeden Schritt zu überwachen und inflationäre Tendenzen einzudämmen[53]. Auch hier

[48] Siehe hierzu BRECHER, op. cit., S. 430 ff.

[49] Siehe JAWAHARLAL NEHRU et al., National Planning Committee, Bombay 1939 (Nr. 1), Bombay 1940 (Nr. 2, 3, 4).

[50] SIR M. VISVESWARAYA, Planned Economy for India, Bangalore 1936, S. 178 ff.

[51] Siehe hierzu G. B. PANT et al., Report of the United Provinces Zamindari Abolition Committee, Vol. I, S. xv.

[52] Siehe hierzu die Anmerkungen 101 und 102 im vorigen Kapitel, S. 197.

[53] Siehe hierzu D. R. GADGIL, Planning and Economic Policy in India, Bombay 1961, S. 132 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

stellte sich heraus, daß der ererbte Staatsapparat nur begrenzte Möglichkeiten bot. Es ließen sich daher an der Spitze ausgezeichnete Pläne machen, die in ihren Definitionen, Richtlinien und Prognosen Meisterwerke wirtschaftswissenschaftlichen Scharfsinns waren, aber die unteren Ebenen der Verwaltung konnten diesen Plänen weder in der Durchführung neuer, noch in der Überprüfung bereits abgeschlossener Projekte nachkommen. Der Staatsapparat, der hauptsächlich der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und dem Einsammeln von Steuern gedient hatten, war mit der Einführung unzähliger Entwicklungsprojekte völlig überfordert. Schon die Durchführung allgemeiner Wahlen, die zum erstenmal im Jahre 1952 in ganz Indien abgehalten wurden, bedeuteten eine Belastung des Verwaltungsapparates, die auf mehrere Monate hinaus jede andere Verwaltungstätigkeit in den Hintergrund drängte und die Beamtenschaft bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit beanspruchte. Die Kongreßpolitiker, die zwar lange Jahre agitatorischer Erfahrung hinter sich hatten, aber kaum eine Ahnung von den Grenzen und Möglichkeiten der Verwaltung haben konnten, mußten erst nach und nach lernen, was der übernommene Apparat leisten konnte und was man nicht von ihm erwarten durfte.

Die Einführung der zentralen Planung hatte auch einen starken Einfluß auf die Beziehungen der indischen Union zu den Staaten. Die Planungskommission der indischen Regierung, die bereits im Jahre 1950 durch einen Kabinettsbeschluß geschaffen worden war, wurde bald zu einer Art Sonderkabinett, da NEHRU als Ministerpräsident der Vorsitzende der Kommission war und außer ihm auch noch der Planungsminister, der Finanzminister und der Verteidigungsminister jeweils der Kommission angehörten[54]. Der Kommission wurde damit ein Gewicht verliehen, das sie zwar bei ihren Aufgaben eher behinderte als förderte[55], aber ihr doch im Kräftespiel der Bundesministerien und Staatsregierungen eine prominente Rolle sicherte. Die Wirkung der Kommission wurde noch ergänzt durch den nationalen Entwicklungsrat (National Development Council), dem alle Ministerpräsidenten der Einzelstaaten angehören. Dieser Entwicklungsrat wurde geradezu ein Superkabinett, hier wurden oft wichtige Entscheidungen getroffen, die erst später den zuständigen Ressorts der einzelnen Staatsregierungen zugeleitet wurden. Die Aufschlüsselung der Gelder im Rahmen des Plans, die durch diese beiden Gremien bewältigt wird, macht die in der Verfassung vorgesehene Finanzkommission, die alle fünf Jahre vom Präsidenten einberufen wird, um die Verteilung der Steuergelder auf Bund und Einzelstaaten neu festzulegen, völlig überflüssig[56]. Der indische Föderalismus ist unter dem Einfluß der Planungsaufgaben den in der Verfassung dargestellten Verhältnissen bereits in vieler Hinsicht entwachsen.

Die zentripetalen Kräfte der Planung stellten sich gerade zur rechten Zeit ein, um den zentrifugalen Kräften des Sprachenpartikularismus das Gleichgewicht zu halten. Schon in den ersten Jahren des Bestehens der indischen Union machten sich Bestrebungen bemerkbar, die Grenzen der Einzelstaaten den Sprachgebieten anzupassen. Diese

---

[54] Siehe hierzu R. DWARKADAS, Reflections on Indian Administration, Allahabad 1960, S. 162 ff., und Appendix II, S. xxvii (Text des Kabinettsbeschlusses vom 15. 3. 1950).

[55] Zur Kritik der Zusammensetzung der Planungskommission siehe D. R. GADGIL, op. cit., S. 108 f.

[56] Siehe hierzu Constitution of India, § 280, siehe auch R. DWARKADAS, op. cit., S. 155 ff., ferner auch KUMUD DIVATIA, The Nature of Interrelations of Governments in India, Bombay 1957 und S. P. JAGOTA, „Some Constitutional Aspects of Planning" in R. BRAIBANTI (ed.), Administration and Economic Development in India, Durham, N. C.; 1963, S. 173 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Bestrebungen blieben auf Mittel- und Südindien beschränkt, da in dem breiten Gürtel des nordindischen Hindu-Sprachraumes eine derartige Anpassung nicht zur Debatte stand. Es ging also darum, für die Sprachen *Telugu, Tamil, Kannada, Malayalam, Marathi* und *Gujarati* der großen, alten Provinzen Madras und Bombay, neue Einzelstaaten zu schaffen. Nach der Kongreßverfassung von 1920 besaßen diese Sprachgebiete bereits eigene Kongreßkomitees, und die Bundesregierung hätte eigentlich sofort nach der Erringung der Unabhängigkeit eine entsprechende Neuordnung der Staaten vornehmen sollen. Doch sie war so sehr in den Bann des ererbten Staatsgefüges geraten, daß sie glaubte, die nationale Einheit zu verspielen, wenn sie auch nur eine Grenze neu ziehen mußte[57]. Es kam hinzu, daß die überwiegende Mehrheit der Kongreß-

[57] Indian National Congress, Resolutions on States Reorganisation 1920—1956, New Delhi 1956, siehe besonders die Resolution vom Januar 1953.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

führungsgruppe und des Unionskabinetts aus der *Hindi*zone und zumeist sogar aus den Vereinten Provinzen stammte und daher für diese Bestrebungen wenig Verständnis hatte. Als sich in Andhra, dem *Telugu*gebiet, ein Führer der Bewegung für einen eigenen Staat zu Tode fastete, gab NEHRU schließlich nach. Damit hatte man den Grundsatz des Sprachgebietsstaates angenommen, und die anderen Regionen trugen die Agitation für eigene Sprachstaaten weiter. Die Kommunisten, die schon früher zu der Auffassung gekommen waren, daß Indien nicht eine Nation, sonderen mehrere Nationalitäten einschließe, fanden in diesen partikularistischen Bewegungen ein ergiebiges Betätigungsfeld, und die Kongreßführung sah sich schon deshalb dazu gezwungen, diesen Bestrebungen rasch nachzugeben, um den Kommunisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Eine Sonderkommission wurde damit beauftragt, Vorschläge für die Neufestlegung der Grenzen zu machen[58]. Doch das schwierigste Problem dieser Neuordnung, die Trennung von Maharaschtra und Gujarat, konnte man nicht bewältigen, da man sich nicht darüber einigen konnte, wem die Stadt Bombay zugesprochen werden sollte. Geographisch gehörte Bombay zu Maharaschtra, die Wirtschaftskreise der Stadt stammten zum größten Teil aus Gujarat, die Arbeiterschaft aus Maharaschtra. In der Kongreßverfassung war die Stadt Bombay mit einem eigenen Kongreßkomitee vertreten. Man wollte daher entweder die beiden Sprachgebiete zusammenhalten, oder einen Stadtstaat Bombay bilden. Darauf entstand in Maharaschtra eine Bewegung unter dem Namen *Samyukta Maharashtra,* die auch unter kommunistischem Einfluß stand, aber die Sympathien weitester Kreise der Bevölkerung auf ihrer Seite hatte. Es kam zu erbitterten Aufständen und Straßenkämpfen in Bombay[59], bis schließlich nach langjährigem Ringen die Kongreßführung eine Teilung des Staates erlaubte und die Stadt Bombay dem Staat Maharaschtra zuteilte. Die Wirren dieser Jahre hinterließen bei manchen Beobachtern den Eindruck, daß Indien der Auflösung entgegentreibe[60], doch als die Neuordnung der Staatsgrenzen abgeschlossen war, wurde deutlich, daß trotz dieser scheinbar vorherrschenden partikularistischen Tendenz der Mechanismus der Zentralisierung weitergewirkt hatte, und daß die Kongreßpartei gerade in den einstigen Sturmzentren ihre Position festigte.

Den Kommunisten gelang es jedoch im Laufe dieser Jahre, in einem Staat einen entscheidenden Sieg zu errringen. Dieser Staat, Kerala, war aus zwei früheren Fürstenstaaten, Travancore und Cochin, und einem Teil der alten Provinz Madras neu gebildet worden und umfaßt das *Malayalam*-Sprachgebiet. Der angesehene Kommunistenführer dieser Region, E. M. S. NAMBOODIRIPAD, gehört zu den *Namboodiri*-Brahmanen, der dominanten Minderheit des Nordteils des Staates. Er war in seiner Jugend zunächst Sekretär der Reformbewegung seiner Kaste, wurde später Gründungsmitglied der Congress Socialist Party, wandte sich dann erst dem Kommunismus zu und schrieb ein Buch über die „nationale Frage Keralas"[61], mit dem er einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung dieses Sprachgebietes leistete. Keralas Bevölkerung setzt sich aus einer verwirrenden Vielzahl von Kastengruppen zusammen, es hat auch einen hohen Anteil von Christen. Die einflußreichsten Kasten sind die *Nairs,* die in der *Nair Service Society* über eine mächtige Kastenorganisation verfügen, und die

---

[58] Siehe hierzu Government of India, Report of the States Reorganisation Commission (S. FAZIL, H. N. KUNZRU, K. M. PANIKKAR), New Delhi 1955.

[59] Zur Berichterstattung über die Unruhen siehe TAYA ZINKIN, op. cit., S. 95 ff.

[60] Siehe zum Beispiel SELIG HARRISON, India — The Most Dangerous Decades, Princeton 1960.

[61] E. M. S. NAMBOODIRIPAD, The National Question in Kerala, Bombay 1952.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Eshavas, die eine ebenso starke Organisation haben, die nach ihrem großen Reformator GURU NARAYANA benannt ist. Diese Organisationen unterhalten viele Bildungsinstitutionen. Kerala weist den geringsten Prozentsatz von Analphabeten in Indien auf, hat aber daher auch ein großes „akademisches Proletariat". Da der größte Teil des Staates unter fürstlicher Regierung stand, hatte der Kongreß hier kaum festen Fuß fassen können und mußte sich daher im wesentlichen auf die Kastenorganisationen stützen. Auf diese Weise verfiel der Kongreß hier besonders rasch der Korruption, und die kommunistische Partei konnte sich von einer Welle der allgemeinen Unzufriedenheit emportragen lassen. Als Ministerpräsident mußte NAMBOODIRIPAD jedoch feststellen, daß die indische Bundesregierung ihm durchaus nicht wohlwollend gegenüberstand. Als die kommunistische Partei schließlich versuchte, auf dem Wege der Gesetzgebung die Bildungsanstalten unter staatliche Kontrolle zu bringen, erregte sie den Widerstand der Kirche und der Kastenorganisationen, die diese Bildungsanstalten betrieben, und ein Führer der *Nair Service Society*, MANNATH PADMANABHAN, organisierte eine große Agitation, die dazu führte, daß die Bundesregierung eingreifen mußte[62]. Die kommunistische Regierung wurde entlassen und der Staat dem indischen Präsidenten unterstellt, bis aus den neuen Wahlen eine Koalitionsregierung hervorging, die außer dem Kongreß auch die Praja Socialist Party und die in Kerala noch bestehende Muslim League umfaßte. Damit war der erste Versuch der indischen kommunistischen Partei, sich auf legale Weise an der Macht zu halten, gescheitert.

In allen anderen Staaten und im Bundesparlament wurde die Kongreßpartei jedoch nie ernsthaft bedroht. Das Mehrheitswahlrecht brachte es mit sich, daß die Kongreßpartei, die sowohl in den Landtagswahlen als auch in den Parlamentswahlen zumeist etwa 45 % der abgegebenen Stimmen erhielt, jeweils ungefähr 70 % der Sitze errang. Die Opposition konnte sich nicht konsolidieren, da sie zum Teil aus Abspaltungen der Kongreßpartei hervorgegangen war oder aus regionalen Splitterparteien bestand. Die verschiedenen sozialistischen Parteien bekamen zumeist einen guten Anteil der abgegebenen Stimmen, aber nur einen kleinen Anteil der Sitze, während die Kommunisten, die sich auf für ihre Zwecke günstige Wahlkreise konzentrierten, für eine kleinere Anzahl abgegebener Stimmen mehr Sitze erringen konnten[63]. Eine besondere Erscheinung indischer Wahlen sind die große Zahl unabhängiger Kandidaten und die häufigen Mißerfolge der Abgeordneten, die sich um eine Wiederwahl bewerben. Beides hängt damit zusammen, daß lokaler Einfluß und persönliche Beziehungen, Aufmerksamkeiten, die man der Wählerschaft erweist, Kastenzugehörigkeit und ähnliche Faktoren dieser Art, weit wichtiger sind als politische Ziele und abstrakte Programme. Persönlicher Ehrgeiz bis hin zu einer gewissen Skurrilität spielen dabei eine große Rolle. Die Kongreßpartei versteht es zumeist, die einflußreichsten Kandidaten auszuwählen, doch sie riskiert es dabei immer wieder, daß Parteimitglieder, die man übergangen hat, rasch aus der Partei austreten und als Unabhängige die Wahl gewinnen. Unter Umständen schließen sie sich freilich doch wieder der Kongreßfraktion im Landtag oder im Parlament an. In Staaten, in denen eine starke regionale Opposition besteht, und der Kongreß einig ist, kommen solche Undiszipliniertheiten seltener vor. Die Mißerfolge bei der Wiederwahl stellen sich schließlich vor allem dann ein, wenn der Abgeordnete, wie so häufig in Indien, die Wahl als eine Art Gottesgeschenk betrachtet, sich in der fernen Hauptstadt niederläßt und sich selten oder nie in seinem Wahlkreis blicken läßt.

---

[62] Zur Berichterstattung über die Agitation in Kerala siehe TAYA ZINKIN, op. cit., S. 148 ff.
[63] Siehe hierzu ASOKA MEHTA, The Political Mind of India, Bombay 1952.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Der indische Wähler zeigt in dieser Hinsicht wenig Pietät und wählt die größten Herren rücksichtslos ab, wenn sie es nicht verstehen, sich auf die eine oder andere Weise an Ort und Stelle bemerkbar zu machen.

Bisher haben alle diese Erscheinungen der Kongreßpartei eher genutzt als geschadet, und sie hat sich daher breit und bequem im Gleichgewicht gehalten und gewisse Verluste hier oder da durch Eroberungen an anderen Orten wieder ausgeglichen. Auch hat der Kongreß es stets verstanden, die Ideen, Vorwürfe und Hinweise der Opposition zu absorbieren und je nach der Lage der Dinge radikaler oder konservativer zu werden. Nachdem NEHRU nach PATELS Tod die Oberhand gewonnen hatte, nahm man zunächst den Sozialisten den Wind aus den Segeln, indem man einen linken Kurs verfolgte. Auf der Kongreßsitzung von Avadhi im Jahre 1955 wurde mit dem Bekenntnis zu einer sozialistischen Gesellschaftsform (socialistic pattern of society) und dem Beschluß, eine gewisse Kollektivierung der Landwirtschaft einzuführen, ein Höhepunkt dieser Entwicklung erreicht. Als sich dann die Kritik von rechts bemerkbar machte und schließlich in der Gründung der *Swatantra*-Partei ihren Niederschlag fand, deren Mentor C. RAJAGOPALACHARI ist, zog sich der Kongreß von der radikalen Linie von Avadhi langsam wieder zurück. Die Einstellung zur Opposition als solcher war daher oft durchaus zwiespältig, und NEHRU ließ sich einmal zu der Bemerkung hinreißen, daß er alle Oppositionsparteien für „konterrevolutionär" halte[64]. Indien hat zwar der Form nach eine parlamentarische Demokratie und nimmt es mit den parlamentarischen Formen auch recht genau, aber aufgrund der politischen Lage spielt das Parlament eine andere Rolle als in anderen Ländern. Das Fehlen einer offiziell anerkannten Opposition bedeutet praktisch, daß die Kritik eines einzelnen Abgeordneten genauso viel oder so wenig wert ist wie die Kritik einer ganzen Fraktion. Nicht selten kommt die Kritik auch aus den Reihen der Kongreßabgeordneten, und man weiß auch, daß der eine oder andere Kritiker, der nicht dem Kongreß angehört, nur das auszusprechen wagt, was eine Reihe von Kongreßabgeordneten denken. Die Stimmung im Parlament läßt sich also nicht einfach nach der Zahl der Abgeordneten dieser oder jener Fraktion bewerten, und kritische Stimmen werden durchaus ernst genommen. Das Kabinett ist daher auch in den meisten Sitzungen recht vollzählig vertreten, und die allgemeine Aktivität im Parlament übertrifft oft den Grad der Beteiligung und des Interesses in den Parlamenten westlicher Länder. Das Parlament folgt aufmerksam den erweiterten Aufgaben des Staates und hat Ausschüsse hervorgebracht, die das Finanzgebaren des Staates und der Staatsbetriebe scharf überwachen (Estimates Committee, Public Accounts Committee)[65].

Eine revolutionäre Änderung der bestehenden Kräfteverhältnisse ist schon deshalb nicht möglich, weil alle Parteien auf ein und dieselbe soziale Basis angewiesen sind, und diese Basis ist der mittlere Bauernstand. Es ist bisher noch keiner Partei gelungen, die bedauernswerten Scharen der Landarbeiter, die selbst kein eigenes Land besitzen, zu organisieren, und selbst die Kommunisten haben es bisher nicht versucht, diese Schicht zu erfassen. Dort, wo die kommunistische Partei auf dem Lande nennenswerte Erfolge hatte, hat sie diese auch mit ähnlichen Mitteln erreicht wie die Kongreßpartei, nämlich durch die Ausnützung der Kastenzugehörigkeiten des Bauernstandes und örtlicher

---

[64] Siehe Lok Sabha Debates, 17. 9. 1955, S. 1436.

[65] Siehe hierzu W. H. MORRIS-JONES, Parliament in India, Philadelphia 1957, S. 166 ff. und S. 279 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Fehden zwischen Kastengruppen[66]. Die Verwandlung von Kastengruppen in politische Strukturelemente ist oft bedauert worden, sie war jedoch unvermeidlich und ist an sich ein Zeichen der fortschreitenden Vergesellschaftung alter Gemeinschaftsstrukturen, da die Kasten als politische Machtgruppen nebeneinander treten und aus dem alten Gefüge der hierarchischen Überordnung herausgelöst werden. Der demokratische Prozeß hat es auch bewirkt, daß die großen Kastengruppen der Ackerbauer die früher tonangebenden dominanten Minderheiten auf dem Gebiet des politischen Einflusses weitgehend verdrängt haben. Diese Kastengruppen sind jedoch recht konservativ und durchlaufen gerade aufgrund ihrer steigenden Bedeutung ein Stadium der „Sanskritisierung"[67], das heißt einer bewußten Annahme der bei den höheren Kasten üblichen Sitten und Gebräuche, während inzwischen in den aufgeschlossensten Schichten der höheren Kasten die Verwestlichung große Fortschritte macht. Die Mehrzahl der Kongreßpolitiker stammt daher in der Gegenwart aus den Kreisen dieser „sanskritisierten" Mehrheitskasten, während der typische leitende Angestellte, der höhere Beamte, aber auch der kommunistische Funktionär, zumeist ein Brahmane ist[68].

Diese Vorherrschaft der „sanskritisierten" Mehrheitskastengruppen, die zugleich den mittleren Bauernstand verkörpern, bedingt, daß nur verhältnismäßig begrenzte Gruppen am Rande für Agitationen und oppositionelle Bewegungen zur Verfügung stehen. Das sind vor allem die Studenten, die Industriearbeiterschaft einiger Großstädte und die kleineren Angestellten, sowie Einzelhändler und kleine Geschäftsleute, die von den inflationären Tendenzen der Planwirtschaft betroffen werden und daher dazu neigen, Bewegungen von der Art des *Poujadisme* zu unterstützen. Parteien, wie die *Jan Sangh* in Nordindien und die *Dravida Munnetra Kazgham* in Madras, haben daher auch diesen latenten *Poujadisme* ausgenützt, und den Kommunisten und Sozialisten gelingt es von Zeit zu Zeit, einen Studentenaufstand oder einen wilden Streik der Arbeiterschaft zu organisieren, aber alle diese Bewegungen und Agitationen haben sich nur als vorübergehende Störungen erwiesen, die die Kongreßpartei nicht aus dem Gleichgewicht bringen konnte. Die Verschmelzung von nationaler Bewegung und Staatsapparat, und die Verbindung der Interessen von mittlerem Bauernstand und städtischen Finanzkreisen, hat sich bisher nicht erschüttern lassen. Der Kongreß kann es sich daher freilich auch nicht leisten, die stagnierende indische Landwirtschaft[69] durch einen radikalen Eingriff zu reformieren oder die Ziele der Planwirtschaft rigoros zu verfolgen, ganz abgesehen davon, daß der Staatsapparat für diese Zwecke noch gar nicht genügend ausgerüstet ist. Inzwischen drohen Bevölkerungsdruck und Inflation das gesamte System zu überwältigen, doch solange es nicht zu ausgedehnten Hungersnöten auf dem Land kommt, dürfte mit einem Fortbestehen der gegenwärtigen Struktur zu rechnen sein.

In den vergangenen Jahren hat man zwar von offizieller wie auch von inoffizieller Seite aus den Versuch gemacht, einen neuen Geist der Entwicklung und des tatkräftigen

---

[66] Siehe hierzu z. B. die Schilderung der kommunistischen Taktik in Andhra in Selig Harrison, op. cit., S. 204 ff.

[67] Siehe hierzu M. N. Srinivas, „Changing Institutions and Values in Modern India" in The Economic Weekly, Bombay, Februar 1962, S. 131 f.

[68] Zur Rolle der Brahmanen in der kommunistischen Partei siehe Selig Harrison, op. cit., S. 180 ff.

[69] Zur Situation der Landwirtschaft siehe Daniel und Alice Thorner, Land und Labour in India, London 1962, S. 105 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Zusammenwirkens in die indischen Dörfer hineinzutragen. Die indische Regierung führte mit amerikanischer Hilfe eine Kampagne der Entwicklung der Dorfgemeinden (Community Development) durch und VINOBA BHAVE, ein Schüler GANDHIS, rief zur Landschenkung *(Bhoodan)* auf und erhielt auf diese Weise Land, das er an die Landlosen verteilte. Doch diese Bestrebungen scheiterten alle daran, daß es sich als unmöglich erwies, diesen neuen Geist wirksam zu institutionalisieren. VINOBA hatte überhaupt keine Organisation, und die staatlich gelenkte Entwicklung der Dorfgemeinden wurde von einem neuen, eilig zusammengestellten Verwaltungsapparat getragen, der nur ungenügend mit der bestehenden Verwaltungsstruktur koordiniert war. Man erzielte auf diese Weise keine durchschlagenden Erfolge und wandte sich nun der Rekonstruktion der lokalen Selbstverwaltung zu und sprach in oft recht romantischer Art vom *Panchayati Raj*, der Herrschaft der Dorfgemeinderäte, die in der guten alten Zeit weise und gerecht die Geschicke der indischen Bevölkerung lenkten und nun auch in Zukunft wieder lenken sollten. Man vergaß dabei, daß der *Panchayat*, ursprünglich ein aus fünf Mann bestehendes Schiedsgericht, als Hüter und Deuter überkommenen Brauchtums, als Wahrer des Gleichgewichts eine angemessene Rolle gespielt hatte, aber kaum als Entwicklungskader dienen konnte. Die verschiedenen Staaten haben nun begonnen, auf dem Wege der Gesetzgebung örtliche Körperschaften zu errichten, die mit der Verwaltung öffentlicher Mittel betraut werden können. Dabei hat man sich jeweils den bestehenden Möglichkeiten angepaßt. So werden zum Beispiel in Maharaschtra Körperschaften auf der Bezirksebene (Districts Boards) mit diesen Funktionen ausgestattet, während in Madras Gruppen von Gemeinden *(Panchayat Unions)* als Einheit dienen sollen[70]. Auf diese Weise wird es vielleicht gelingen, mehr Geld in die ländlichen Regionen zu investieren, eine Aufgabe, die das Kreditwesen in Indien, das von städtischen Handelsbanken und ländlichen Wucherern beherrscht ist, bisher nicht bewältigen konnte[71]. Dieser Ausbau der Verwaltungsstruktur bringt es mit sich, daß eine neue Schar von Politikern entsteht, die von den bestehenden Parteiorganisationen nicht ohne weiteres absorbiert werden können, und es ist zu erwarten, daß sich das Gleichgewicht in Partei und Staat zugunsten dieser emporstrebenden Schichten verlagern wird.

---

[70] Zu den Grundstrukturen der lokalen Selbstverwaltung siehe HUGH TINKER, The Foundations of Local Self-Government in India, Pakistan and Burma, London 1954.

[71] S. G. BARVE, With Malice Toward None, Bombay 1962, S. 71 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

12

Die weltpolitische Haltung Indiens

Das innere Gleichgewicht der indischen Politik hat Indiens Stellungnahme zur Problematik der internationalen Beziehungen weitgehend beeinflußt. Die Tatsache, daß der indische Freiheitskampf als ein Streben nach Selbstbestimmung ohne die Einengung eines territorialen Irredentismus empfunden wurde, erleichterte es den indischen Politikern, diesen Kampf in einem universalen Sinne zu interpretieren und die indische Erfahrung der gewaltlosen Befreiung aller Welt anzuempfehlen. GANDHIS Bewältigung von Konflikten durch *Satyagraha* und NEHRUS Ideal des weltoffenen, ausgeglichenen, saekularen Staates ergänzten sich dabei zu einer Botschaft internationaler Harmonie und Koexistenz, mit der Indien sowohl den Kolonialismus als auch die Spannungen des kalten Krieges überwinden zu können glaubte. So wie einst JEFFERSON das junge Amerika als eine Macht sah, die frei von der Verderbnis der alten Welt war, sah NEHRU das befreite Asien als eine Zone des Friedens[1], die in ihrer undoktrinären „heidnischen Toleranz", wie er es später zu nennen beliebte, sich den Konflikten der ideologisch ausgerichteten Machtblöcke entziehen könnte.

Der Kongreß hatte seit der Zeit seiner Gründung in vielen Resolutionen die imperialistische Eroberungspolitik der britischen Kolonialmacht verdammt. Im Gründungsjahr 1885 sprach man sich entschieden gegen die britische Annektion Nord-Birmas[2] aus, und in späteren Jahren verurteilte man die kostspieligen Grenzexpeditionen. Unter dem Einfluß GANDHIS faßte der Kongreß im Jahre 1921 einen Beschluß, in dem die wesentlichen Elemente der späteren Außenpolitik des unabhängigen Indien bereits enthalten waren. Man brachte in diesem Beschluß zum Ausdruck, daß Indien die Verträge, die die britisch-indische Regierung mit Indiens Nachbarländern geschlossen habe, nicht anerkennen könne, da diese Verträge in erster Linie dazu dienten, Indien zu unterjochen. Ein freies Indien, so hieß es, habe nichts von seinen Nachbarn zu befürchten, da es ihnen gegenüber keine bösen Absichten habe und sie weder ausbeuten noch angreifen wolle[3]. Antikolonialismus, Pazifismus und die Ablehnung von vertraglichen Bindungen an fremde Mächte wurden auch in den Jahren nach 1930 von der sozialistisch beeinflußten jüngeren Generation im Kongreß gefordert[4]. Man betonte jedoch, daß ein freies Indien sich an einem System der kollektiven Sicherheit und allgemeinen Abrüstung im Sinne einer neuen Weltordnung gern beteiligen werde[5]. Nach der Erringung der Unabhängigkeit konnte NEHRU auf diese Stellungnahmen hinweisen und an die Tradition, die damit geschaffen worden war,

---

[1] Siehe hierzu die Rede NEHRUS in der Verfassungsgebenden Versammlung (Legislative) vom 15. 3. 1948 in JAWAHARLAL NEHRU, Independence and After, New Delhi 1949.

[2] Siehe hierzu Report of the First Indian National Congress, Bombay 1885.

[3] Text der Resolution in N. V. RAJKUMAR (ed.), The Background of India's Foreign Policy, New Delhi 1952.

[4] Ibid., Resolution von 1936.

[5] Ibid., Resolution von 1938.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

anknüpfen[6]. Da der Eintritt des freien Indiens in die Weltpolitik zu einer Zeit geschah, als man in der Sowjetunion bereits das Schlagwort von den „zwei Lagern" verwandte, und CHURCHILL den Begriff „eiserner Vorhang" prägte, war es verständlich, daß Indien die Bündnislosigkeit der Eingliederung in ein „Lager" vorzog. Indien sah seine Aufgabe jedoch nicht in einer Beschränkung auf die innere Konsolidierung und empfand seine Bündnislosigkeit nicht im herkömmlichen Sinne des Neutralismus, sondern als eine Bestätigung des indischen Sendungsbewußtseins. Die internationale Lage forderte eine Politik der Vermittlung, und die Rolle des Vermittlers wurde nicht als lästige Pflicht, sondern als Berufung aufgefaßt. Das Bemühen um ein Gleichgewicht widerstreitender Kräfte auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen erschien als eine Bestätigung des inneren Gleichgewichts, doch das äußere und das innere Gleichgewicht waren nicht nur durch eine ideale Projektion verbunden, sie entsprachen sich auch weitgehend im Bereich der politischen Realität. Die staatstragende Koalition konnte unter Umständen durch die Spannungen des kalten Krieges zerrissen werden. Schon während des Freiheitskampfes hatte der linke Flügel des Kongresses oft befürchtet, daß die indischen Wirtschaftskreise einen Sonderfrieden mit dem Imperialismus abschließen und der nationalen Bewegung in den Rücken fallen könnten. Diese Befürchtungen waren auch in einem unabhängigen Indien nicht vergessen worden, der faschistische und der kommunistische Kurzschluß blieben als Gefahrenmöglichkeiten bestehen. Man konnte daher nicht umhin, die Entwicklung der internationalen Spannungen mit der Bedrohung des inneren Gleichgewichts in Beziehung zu setzen. Die Vermittlung wurde daher nicht nur zur Selbstbestätigung, sondern auch zur Selbstverteidigung.

NEHRUS Ideal des saekularen Staates als moralische Anstalt entsprach auf internationaler Ebene der Glaube an die Vereinten Nationen. Indien setzte große Hoffnungen auf diese Weltorganisation und bekannte sich begeistert zur Mitarbeit an allen Aufgaben, die den verschiedenen Gremien der Organisation zufallen sollten. In der ersten Begeisterung sprach man sogar von dem freiwilligen Verzicht auf einen Teil der staatlichen Souveränität im Interesse der allmählichen Entwicklung einer Weltregierung[7]. Aber gerade auf dem Gebiet der Souveränität sollte später eine gewisse Ernüchterung einsetzen, die Indien den Vereinten Nationen in gewisser Hinsicht entfremdete. Genau wie man den übernommenen Staatsapparat im Hinblick auf seine Grenzen und Möglichkeiten erst nach und nach richtig einschätzen lernte, mußte man auch in der Einstellung zu den Vereinten Nationen einige Phasen der Anpassung durchlaufen.

Der Kaschmirkonflikt, der Indien fast gleichzeitig mit der Erringung der Unabhängigkeit in seinen Bann zog, brachte es mit sich, daß Indien seine erste Begeisterung für die Vereinten Nationen verlor und in seiner eigenen Mittlerstellung auf die Dauer beeinträchtigt wurde. Kaschmir unterstand einem Hindufürsten, doch der größte Teil der Bevölkerung waren Mohammedaner. Das Fürstentum grenzte sowohl an Pakistan als auch an Indien, und nach dem Erlöschen der britischen Oberhoheit stand es dem Fürsten frei, sich dem einen oder dem anderen Dominion anzuschließen. Er zögerte und hoffte, dadurch beim Anschluß bessere Bedingungen zu erhalten. Darauf fielen

---

[6] Siehe hierzu Text der Rede NEHRUS in der Verfassungsgebenden Versammlung (Legislative) vom 8. 3. 1948 in JAWAHARLAL NEHRU, Independence and After, New Delhi 1949.

[7] Siehe hierzu ROSS N. BERKES und MOHINDER S. BEDI, The Diplomacy of India — India's Foreign Policy in the United Nations, Stanford 1958, S. 1 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Angehörige der mohammedanischen Bergstämme mit pakistanischer Unterstützung in das Fürstentum ein; der Fürst entschloß sich in seiner Bedrängnis zum Anschluß an Indien, und MOUNTBATTEN riet NEHRU, den Anschluß anzunehmen und die indische Armee nach Kaschmir zu entsenden[8]. Dies geschah, darüber hinaus kündigte die indische Regierung an, daß später eine Volksabstimmung in Kaschmir gehalten werden solle. Rechtlich war die Anschlußerklärung des Fürsten völlig ausreichend, auch die anderen Fürstentümer waren den Dominien Indien und Pakistan auf diese Weise einverleibt worden, eine Volksabstimmung war nicht einmal bei der Teilung Indiens und der Gründung Pakistans vorgenommen worden[9]. Erst später wurde es NEHRU klar, daß eine Volksabstimmung zugleich die eine oder die andere Staatsidee antasten mußte[10]. Entschieden sich die Mohammedaner Kaschmirs für Pakistan, so mußte dies zugleich die Idee des säkularen Staates treffen, entschieden sie sich für Indien, so wurde damit die Existenzberechtigung Pakistans verneint. Indien hatte den Fall sofort den Vereinten Nationen übergeben, da in Kaschmir deutlich der Tatbestand der Aggression vorlag. Der Sicherheitsrat bemühte sich aber weniger darum, der Aggression Einhalt zu gebieten, sondern versuchte vielmehr eine politische Lösung des Konflikts zu finden und betonte daher die Durchführung der Volksabstimmung. Pakistan schlug einen gleichzeitigen Rückzug der pakistanischen und indischen Truppen und eine anschließende Abstimmung unter neutraler Aufsicht vor. Dieser Vorschlag war einfach und einleuchtend und ließ sich in den Vereinten Nationen daher besser vertreten als Indiens rechtlich einwandfreier Standpunkt, daß Aggressor und Kläger nicht auf eine Stufe gestellt werden dürfen und daß daher zunächst Pakistan als Aggressor zum Rückzug seiner Truppen angehalten werden müsse, ehe man überhaupt von einer Volksabstimmung reden könne[11]. Indien wurde von den Vereinten Nationen sehr enttäuscht und berief sich auf seine Souveränität, während es zuvor der Weltorganisation sehr vertrauensvoll gegenüberstand und bereit war, Souveränitätsrechte zugunsten einer internationalen Zusammenarbeit aufzugeben. Die Einbeziehung Pakistans in die SEATO- und CENTO-Paktsysteme ließen Indiens Kompromißbereitschaft im Kaschmirkonflikt noch weiter zurückgehen, auch wurde durch die amerikanische Bündnispolitik der Einsatz amerikanischer Mitglieder der UN-Kommission in Kaschmir fragwürdig. Der Gegensatz zwischen Indien und Pakistan wurde im weltpolitischen Spannungsfeld verschärft und fixiert. So wie Indiens bewußte Bündnislosigkeit mit dem innerpolitischen Gleichgewicht zusammenhing, bedeutete für Pakistan die Verankerung in den westlichen Bündnissystemen eine Garantie der Sicherheit des herrschenden Regimes.

Der Koreakrieg und die Krise in Indo-China gaben Indien eine Gelegenheit, seine internationale Vermittlungspolitik zu erproben, und in beiden Fällen konnten die indischen Unterhändler gewisse Erfolge verbuchen. NEHRU selbst schaltete sich mit Briefen an die sowjetische und die amerikanische Regierung ein und versuchte, den Koreakonflikt auf dem Verhandlungswege beizulegen. Bis zum Ende des Krieges und der Repatriierung der Kriegsgefangenen war Indien an jeder Phase des Geschehens

---

[8] Siehe hierzu CAMPBELL-JOHNSON, op. cit., S. 223 ff.

[9] Siehe hierzu J. S. BAINS, India's International Disputes, London 1962, S. 62 ff.

[10] Lok Sabha Debates, 10. 8. 1953, S. 440.

[11] Zur Rechtslage siehe W. ABENDROTH, Kaschmir, in Wörterbuch des Völkerrechts, Band II, Berlin 1962, S. 210 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

interessiert und zumeist auch am Verhandlungstisch aktiv beteiligt[12]. In Indo-China diente die unter indischem Vorsitz stehende internationale Kontrollkommission dazu, die Einhaltung der im Genfer Abkommen enthaltenen Bestimmungen zu garantieren. Diese auf eine Neutralisierung des Krisenherdes gerichteten Bemühungen ließen sich mit der gleichzeitigen Gründung der SEATO nicht vereinbaren, und Indien geriet auf diese Weise nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch in einen Gegensatz zu der westlichen Bündnispolitik[13]. Diese außenpolitische Entwicklung führte in Verbindung mit dem auch in der indischen Innenpolitik in den Jahren von 1950—1955 vorherrschenden Drang nach links, der in den Beschlüssen der Kongreßsitzung von Avadhi seinen Ausdruck fand, zu einer Annäherung an den Ostblock und zu einer Entfremdung von den Westmächten. Die unangenehme Bündnissucht Amerikas, die zur Militärhilfe an Pakistan und zur Vereitlung der indischen Neutralisierungspläne in Südostasien führte, unterschied sich deutlich von der konzilianten Haltung der destalinisierenden und auf den „Genfer Gipfel" zustrebenden Sowjetunion. Das Jahr 1955 schien mit dem „Geist von Genf" und dem „Geist von Bandung" die indische Auffassung von der Koexistenz und der internationalen Entspannung auf der ganzen Linie zu bestätigen. Der Besuch Bulganins und Chruschtschows in Indien, und die Bestätigung Nehrus als Wortführer der afro-asiatischen Solidarität, stellten einen Höhepunkt dieser Entwicklung dar[14].

Die indischen Stellungnahmen zu den zwei großen Krisen des nächsten Jahres, der Suezkrise und dem sowjetischen Eingriff in Ungarn, waren noch ganz von dieser Auffassung geprägt. Es fiel leicht, Suez als einen Rückfall in den Kolonialismus zu verdammen, aber in der Beurteilung der Ereignisse in Ungarn zögerte man und neigte zuerst dazu, der sowjetischen Darstellung des Sachverhaltes Glauben zu schenken[15]. Bei den Beschlüssen der Vereinten Nationen zur Ungarnfrage war Indien nicht bereit, Maßnahmen zu unterstützen, die einen Eingriff in die Sphäre der staatlichen Souveränität bedeutet hätten. Nach den Erfahrungen in Kaschmir war Indien sehr souveränitätsbewußt geworden und hütete sich davor, in den Vereinten Nationen zur Schaffung von Präzedenzfällen beizutragen, die eine ungebetene Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten rechtfertigen könnten[16].

In den nächsten Jahren begann eine Reihe von Ereignissen, die Indien dazu bewegten, einen pro-westlichen Kurs einzuschlagen, ohne jedoch die Position des bündnislosen Vermittlers aufzugeben. In erster Linie bewirkte der einschneidende Devisenmangel, der sich nach den ersten zwei Jahren des zweiten indischen Fünfjahresplanes bemerkbar machte und nur mit westlicher Wirtschaftshilfe überwunden werden konnte, eine Revision der Einstellung zum Westen. Nach dem Krieg hatte Indien ein beträchtliches Sterlingguthaben in England, das auch durch den ersten Fünfjahresplan nicht aufgebraucht worden war, da sich dieser Plan in einem sehr bescheidenen Rahmen hielt. Der zweite Fünfjahresplan war der erst großangelegte Plan mit einem hohen Bedarf

---

[12] Jawaharlal Nehru, India's Foreign Policy-Selected Speeches, September 1946 — April 1961, New Delhi 1961, S. 426 ff. ferner siehe auch Berkes und Bedi, op. cit., S. 105 ff.

[13] Nehru, India's Foreign Policy, S. 87 ff., Berkes und Bedi, op. cit., S. 72 ff.

[14] Nehru, India's Foreign Policy, S. 99 ff.

[15] Siehe hierzu Berkes und Bedi, op. cit., S. 48 ff., siehe auch Lok Sabha Debates, 19. 11 1956, S. 378.

[16] Siehe hierzu die Äußerungen verschiedener Abgeordneter in Lok Sabha Debates, 16. 11. 1956, S. 266 und 19. 11. 1956, S. 470; ferner auch Berkes und Bedi, op. cit., S. 101 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

an Investionsgütern, und eine ungenügende Bewirtschaftung der Devisen führte daher bald zu einem Engpaß[17]. Ein Scheitern des Plans hätte auch das innere Gleichgewicht erschüttert, und die Auslandshilfe wurde daher dankbar entgegengenommen, ja diese Hilfe wurde geradezu ein fester Bestandteil der Planung. Der zweite Faktor, der zu einer langsamen Änderung der indischen Einstellung beitrug, war die dauernde Verschärfung der Grenzstreitigkeiten mit China. Dieser Konflikt traf Indien besonders hart, weil er allen Hoffnungen und Erwartungen von „Asien als einer Zone des Friedens" und von der anti-kolonialistischen Solidarität zuwiderlief und die wichtigsten Grundsätze der indischen Außenpolitik unterminierte. Als China in den Jahren nach 1950 seine Oberhoheit über Tibet durch eine militärische Besetzung bekräftigte, hatte Indien den Rotchinesen nicht nur keine Hindernisse in den Weg gelegt, sondern war ihnen in jeder Hinsicht entgegengekommen und hatte die extraterritorialen Außenposten, die Indien in Tibet als britisches Erbe übernommen hatte, aufgegeben[18]. Die Handelswege Tibets führten zumeist nach Süden, und es wurde daher im Jahre 1954 zwischen Indien und China ein Vertrag über den Tibethandel abgeschlossen, in dem auch die später so berühmt gewordenen „fünf Grundsätze" *(Panch Shila)* der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität, des Verzichts auf Angriffe und auf eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Landes, der Gleichberechtigung und gegenseitigen Hilfe und schließlich der friedlichen Koexistenz zum erstenmal erwähnt wurden[19]. So wie es GANDHI immer verstanden hatte, allgemeine Ideen auf einen konkreten Fall zu beziehen und dann wieder die besondere Erfahrung zu verallgemeinern, bemühte sich jetzt auch NEHRU auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen um eine allgemeine Anwendung der in dem Vertrag mit China erarbeiteten Grundsätze. Die Konferenz von Bandung stand unter dem Zeichen dieser Grundsätze und *Panch Shila* wurde geradezu zum Dogma der indischen Außenpolitik[20]. Aber schon im Jahr von Bandung kam es zu kleineren Grenzzwischenfällen an den wichtigsten Pässen der mittleren Grenzregion[21], und später mußte Indien feststellen, daß die Chinesen im äußersten Norden der Grenze östlich von Ladakh in hochgelegenem unbewohnten Gelände eine Straße durch indisches Gebiet gelegt hatten, die die strategisch wichtige Verbindung von West-Tibet nach Sinkiang herstellte, da sie es ermöglichte, die mörderische Wüste Takla-Makan zu umgehen[22].

Später kam es dann auch zu chinesischen Übergriffen am östlichen Grenzstreifen zwischen Bhutan und Birma. Auch veröffentlichten die Chinesen wiederholt Landkarten, auf denen große Teile indischen Gebiets als chinesisch bezeichnet wurden. Zuerst teilten die Chinesen auf Anfragen der indischen Regierung mit, daß diese Karten nach alten Vorlagen gedruckt worden seien. Doch die „kartographische Aggression" dauerte an, und auf weitere Anfragen kam dann auch bald die Antwort, die Grenze sei nie offiziell festgelegt worden, und man müsse sich über eine Grenzziehung erst

---

[17] Siehe hierzu D. R. GADGIL, op. cit., S. 142.

[18] Siehe hierzu NEHRU, India's Foreign Policy, S. 302 ff., ferner auch NEHRUS Brief an CHOU EN LAI vom 26. 9. 1959 in Notes . . . of the Governments of India and China, White Paper No. II, Ministry of External Affairs, New Delhi 1959.

[19] Ibid., White Paper No. I, Text des Vertrages von 1954.

[20] NEHRU, India's Foreign Policy, S. 87 ff.

[21] Notes . . . of the Governments of India and China, White Paper, No. I, Ministry of External Affairs, New Delhi 1959.

[22] Ibid., ferner siehe auch SATYANARAIN SINHA, The Chinese Aggression, New Delhi 1961.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

einmal einigen[23]. China schloß dann auch mit Birma einen neuen Grenzvertrag ab und stellte damit unter Beweis, daß eine Neuregelung der Grenzfrage nötig und möglich sei[24]. Man konnte nun behaupten, daß nur Indien so hartnäckig sei und sich weigere, seine Grenzen neu festlegen zu lassen.

Die indische Regierung hatte zunächst die Nachrichten von den chinesischen Übergriffen der indischen Öffentlichkeit vorenthalten, da man immer noch hoffte, diesen Konflikt auf diplomatischem Wege beizulegen und eine unnötige Erregung zu vermeiden[25]. Die Außenpolitik NEHRUS hatte sich bisher der uneingeschränkten Unterstützung aller politischen Kreise Indiens erfreut, und Indien hatte hier und da politische Nahziele aufgegeben, um die große Linie zu wahren[26]. So hatte NEHRU keinen scharfen Kurs gegen Ost-Pakistan eingeschlagen, obwohl die systematische Austreibung der Hindus, und das dadurch entstehende Flüchtlingsproblem Indien sehr zu schaffen machte[27]. Die Beseitigung der französischen und portugiesischen kolonialen Enklaven, die von radikalen Nationalisten immer wieder gefordert wurde, unterließ man, um die Grundsätze der indischen Außenpolitik nicht zu durchbrechen[28]. Mit den Franzosen kam es auf diese Weise zu einer friedlichen Regelung, aber die Portugiesen, die wohl wußten, daß bei der geringsten Gewaltanwendung Goa nicht zu halten war, vertrauten auf die indischen Grundsätze und ließen nicht mit sich reden. Sie scheuten jedoch ihrerseits keineswegs vor der Gewaltanwendung zurück und gingen gegen die einheimischen Freiheitskämpfer oder gegen aus Indien nach Goa eindringende unbewaffnete *Satyagrahis* brutal vor. NEHRU hatte sich jedoch immer wieder geweigert, in Goa einzugreifen, und es war ihm gelungen, die von den Sozialisten unterstützte *Irredenta*-Bewegung niederzuhalten[29]. Als jedoch nun die Nachrichten über die chinesischen Übergriffe nicht mehr verschwiegen werden konnten, wollte die Kritik nicht mehr verstummen, und die Politik des *Panch Shila* wurde sowohl von Sozialisten als auch von den rechtsgerichteten Parteien verdammt[30]. Zu allem Überfluß mußte sich NEHRU von CHOU EN LAI auch noch sagen lassen, daß Indien als Erbe und Nutznießer des britischen Imperialismus an den Grenzen festhalten wolle, die die Briten den Chinesen, ohne sie um ihre Meinung zu fragen, aufgezwungen hätten[31].

NEHRU hielt zwar auch angesichts dieser Entwicklung an seiner Politik der Vermittlung und der Bündnislosigkeit fest und setzte sich auch weiterhin unverdrossen für die Aufnahme Rotchinas in die Vereinten Nationen ein, aber die politische Lage veränderte sich dennoch sehr rasch. Im Jahre 1958 forderte KRISHNA MENON noch mit scharfen Worten die Übergabe der umstrittenen Inseln Quemoy und Matsu und ganz Formosas an Rotchina, zugleich verdammte er in den Vereinten Nationen den amerikanischen

---

[23] Notes . . . of the Governments of India and China, White Paper No. I, siehe auch NEHRU, India's Foreign Policy, S. 351 f.

[24] Siehe hierzu NEHRU, India's Foreign Policy, S. 391 f.

[25] Siehe hierzu NEHRUS Brief an CHOU EN LAI vom 26. 9. 1959, in Notes . . . Governments of India and China, Sept.—Nov. 1959, White Paper No. II, Ministry of External Affairs, New Delhi 1959.

[26] Siehe hierzu NEHRU, India's Foreign Policy, S. 106 ff.

[27] Siehe hierzu Lok Sabha Debates, 2. 9. 1957, S. 1356.

[28] NEHRU, India's Foreign Policy, S. 118 f., S. 126 ff.

[29] Ibid., S. 116 f.

[30] Siehe hierzu GIRILAL JAIN, Panchsheela and After, Bombay 1960, S. 122 ff.

[31] Siehe hierzu den Brief CHOU EN LAIS an NEHRU vom 8. 9. 1959 in Notes . . . Governments of India and China, White Paper No. II.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Eingriff im Libanon[32]. MENON, ein alter Freund NEHRUS, hatte sich in der Koreafrage und in der Indochinakrise als zäher Unterhändler bewährt und durch pausenlose Reden in den Kaschmir-Debatten der Vereinten Nationen einen großen Ruhm in Indien erworben. Er war der Wortführer des linken Kurses und den Amerikanern ein Dorn im Auge. Seine Stellungnahme zu der Ungarnkrise des Jahres 1956 und nun wieder seine scharfe Kritik im Jahre 1958 wurden in Amerika besonders übel vermerkt. Die plötzliche Verschärfung des indisch-chinesischen Grenzkonflikts, die Aufstände in Tibet und die Flucht des Dalai Lama nach Indien, die Änderung der amerikanischen Außenpolitik nach dem Ausscheiden von JOHN FOSTER DULLES, bewirkten jedoch innerhalb eines Jahres einen deutlichen Umschwung. Es kam hinzu, daß die Raketenstrategie den Nutzen regionaler Militärpakte weitgehend abschwächte, und daß man in Amerika auch auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe andere Gesichtspunkte gewann. Aus politischen und wirtschaftlichen Gründen drängte man zur Schwerpunktbildung in der Entwicklungshilfe[33]. Nach den Erfahrungen, die man mit anderen Entwicklungsländern gemacht hatte, erschien Indien ein verhältnismäßig lohnendes Objekt zu sein, *a good risk* wie es ein Senator ausdrückte[34]. Das politische Gleichgewicht Indiens beeindruckte, und man glaubte, in NEHRU einen Staatsmann zu sehen, der ein echtes Interesse an dem Wohl seines Volkes hat. Vom wirtschaftswissenschaftlichen Standpunkt aus wies man darauf hin, daß Indien bereits eine gewisse Infrastruktur habe, die das Absorbieren einer großzügigen Wirtschaftshilfe ermögliche. Man sprach vom *take off*, dem kritischen Moment, in dem sich die Beschleunigung der Anlaufzeit in einen reibungslosen Aufstieg umsetzt. Dieses Schlagwort wurde dann auch in Indien bald sehr populär[35].

Die KENNEDY-COOPER-Resolution des amerikanischen Senats, die von einem demokratischen und einem republikanischen Senator gemeinsam eingebracht wurde, nannte zum erstenmal Indien als das Land, das ganz besonders zum Mittelpunkt und Schwerpunkt der amerikanischen Entwicklungshilfe gemacht werden müsse, und der Besuch Präsident EISENHOWERS in Indien am Ende des Jahres schien diese neue Freundschaft zu bekräftigen[36]. Der Vertrag über die Überlassung großer Bestände aus den amerikanischen Weizenüberschüssen, der es der indischen Regierung ermöglicht, die Lebensmittelpreise im Lande niedrig zu halten und damit in gewissem Maße die durch die inflationären Tendenzen und die unzureichende Getreideerzeugung geschaffene Krise zu überbrücken, wurde zum ersten großen Projekt der amerikanischen Hilfe. Amerika hat noch nie zuvor einen Vertrag von diesem Umfang mit einem anderen Land abgeschlossen, denn es handelt sich hier um eine Summe von mehr als einer Milliarde Dollars, wovon nahezu die Hälfte geschenkt sind und die andere Hälfte in indischer Währung zurückgezahlt werden darf. Als Beitrag zur Erhaltung des wirtschaftlichen und politischen Gleichgewichts in Indien kommt diesem Vertrag eine große Bedeutung zu, obwohl er nicht unmittelbar konstruktiven Zwecken dient[37].

---

[32] Siehe hierzu Zusammenfassung der Debatte in Asian Recorder, New Delhi, 25.—31. 10. 1958.

[33] Zur Diskussion der neuen Gesichtspunkte in Amerika siehe SELIG HARRISON (ed.), India and the United States, New York, 1961.

[34] M. S. VENKATARAMANI, „The U.S. Senate Committee on Foreign Relations and India, 1958—1959", in India Quarterly, Vol. XVI, Nr. 1, New Delhi 1960.

[35] Ibid., Aussagen von W. W. ROSTOW.

[36] Siehe hierzu NEHRUS Rede vom 13. 12. 1959 in NEHRU, India's Foreign Policy, S. 600

[37] Siehe hierzu India News (Indian High Commission, London), 4. 6. 1960.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Den Amerikanern lag natürlich sehr viel an einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Indien und Pakistan, damit die Hilfe, die sie beiden Ländern angedeihen ließen, nicht letztlich dem unproduktiven Ziel der Rüstung der beiden Länder gegeneinander diente. Im Jahr 1960 trat denn auch tatsächlich eine Entspannung ein, und mit der Unterstützung der Weltbank konnte einer der wichtigsten Streitpunkte, die Aufteilung der Anrechte an dem Wasser des Indus-Einzugsgebietes, beigelegt werden. Ein detaillierter Vertrag wurde abgeschlossen, und die Weltbank stellte den größten Teil der Mittel für den Ausbau des Indus-Bewässerungskanalsystems zur Verfügung. Zugleich führte der neue Präsident Pakistans, Feldmarschall AYUB KHAN, Gespräche mit NEHRU, die auf eine allgemeine Verbesserung der Beziehungen der beiden Länder zueinander hoffen ließen, obwohl man in der Kaschmirfrage keine Fortschritte erzielen konnte[38]. AYUB KHAN war zu diesem Zeitpunkt nach der Konsolidierung seines Militärregimes auf der Höhe seiner Macht und konnte es sich leisten, von der üblichen demagogisch antiindischen Haltung früherer pakistanischer Politiker abzugehen.

Trotz der verbesserten Beziehung zu den Vereinigten Staaten gelang es Indien, auch die Verbindung zur Sowjetunion unverändert aufrechtzuerhalten. Das Hauptprojekt der russischen Entwicklungshilfe war die Errichtung des Stahlwerks in Bhilai, zugleich bauten britische Firmen in Durgapur und deutsche Firmen in Rourkela ebenfalls Stahlwerke für den Regierungskonzern Hindustan Steel. Damit wurden diese wichtigen Projekte des zweiten Fünfjahresplanes zu einem Feld des Wettbewerbs zwischen sowjetischer und westlicher Entwicklungshilfe, und obwohl die drei Werke sich technisch gar nicht vergleichen ließen, da sie verschiedenen Produktionsvorgängen dienen sollten, wurden oft und gern unsachliche Vergleiche angestellt. Die Weltspannungen wurden dadurch auch in die Planprojekte innerhalb Indiens hineingetragen, ohne jedoch das innere Gleichgewicht zu erschüttern. Sowohl die innere Struktur Indiens als auch seine außenpolitische Haltung waren stabil genug, um dem Wettbewerb der Entwicklungshilfe gewachsen zu sein.

Die plötzliche Verschärfung der Weltspannungen im Laufe des Jahres 1960 durch den Zusammenbruch der Gipfelkonferenz in Paris und die Krise im Kongo schienen jedoch das äußere Gleichgewicht zu bedrohen. Die Gefahr einseitiger militärischer Interventionen lag nahe. Die sowjetischen Vorschläge zur Umwandlung des Sekretariats der Vereinten Nationen mußten die Bewegungsfreiheit der Weltorganisation gerade in diesem entscheidenden Augenblick beeinträchtigen. Eine Versteifung der Fronten war zu befürchten. NEHRU eilte daher nach New York, um in der Vollversammlung der Vereinten Nationen an einer Lösung des Konfliktes mitzuwirken. Zusammen mit den vier anderen prominenten blockfreien Staaten Indonesien, der Vereinigten Arabischen Republik, Ghana und Jugoslawien brachte Indien eine Resolution ein, mit der EISENHOWER und CHRUSCHTSCHOW gebeten wurden, ihr Gespräch wieder aufzunehmen. NEHRU konnte dabei bereits auf einen Brief EISENHOWERS hinweisen, der sich mit der Absicht der Resolution einverstanden erklärte[39]. Damit wurde eigentlich klar, daß die Resolution darauf hinauslief, CHRUSCHTSCHOW wieder an den Verhandlungstisch zu bringen, den er in Paris auf so dramatische Weise verlassen hatte. Der Widerstand gegen die Resolution kam jedoch von ganz anderer Seite. Der Ministerpräsident von Australien wurde vorgeschickt, um im Interesse Englands und Frankreichs in einer Gegenresolution vorzuschlagen, die Erneuerung der Gespräche den vier

[38] India News, 1. 10. 1960.
[39] NEHRU, India's Foreign Policy, S. 226.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Mächten zu überlassen, die an der gescheiterten Gipfelkonferenz in Paris beteiligt waren, denn man befürchtete offensichtlich, daß die Resolution der blockfreien Staaten die anderen Westmächte ausklammern und die Beilegung der Konflikte allein den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zum Auftrag machen wollte. NEHRUS Plan, die Hauptkontrahenten durch einen einmütigen Beschluß der Vereinten Nationen zur Beilegung des Konfliktes aufzufordern, wurde somit durchkreuzt. Wäre es gelungen, diese Resolution durchzubringen, dann hätte dies das Prestige der Vereinten Nationen erhöht und zugleich die weltweite Bedeutung der indischen Vermittlungsbestrebungen bestätigt. Obwohl NEHRU betonte, daß die Resolution ohne Hintergedanken verfaßt worden sei, ließ es sich doch nicht leugnen, daß auf diese Weise die alte Viermächte-Idee abgetan und die Frage des Weltkonfliktes auf eine Konfrontation Amerikas und der Sowjetunion mit der Frieden heischenden Mehrheit der Nationen reduziert wurde[40]. Das Scheitern der Resolution enttäuschte NEHRU, doch meinte er, daß selbst der Versuch nicht ohne Wirkung geblieben sei. Indien sah die Vereinten Nationen als das wichtigste Forum der Vermittlung und als wichtigstes Instrument zur Aufrechterhaltung des äußeren Gleichgewichts an und unterstützte daher auch in jeder Hinsicht das Wirken der Vereinten Nationen im Kongo, wo bald nicht nur die Frage der regionalen Befriedigung, sondern die Existenz der Weltorganisation selbst auf dem Spiel stand.

Die Politik der Bündnislosigkeit und der Vermittlung, die Indien von der Erringung der Unabhängigkeit bis zur Gegenwart aufrechterhalten hat, war zwar nicht immer von Erfolg gekrönt und brachte manche Enttäuschungen mit sich, doch sie hat zumindest bewirkt, daß Indien mit der Dynamik der politischen Entwicklung im internationalen Raum auf die eine oder andere Weise ständig Kontakt behielt und sich ein eigenes Urteil bilden mußte. Das äußere und das innere Gleichgewicht befanden sich weder in sich selbst noch zueinander in einer statischen Position, man konnte weder mit einem einfachen Gleichgewicht der Mächte auf internationalem Gebiet, noch mit einem festgelegten Kräfteverhältnis der Interessen in der Innenpolitik rechnen. Die technologischen, strategischen und wirtschaftlichen Faktoren befanden sich dauernd im Fluß. Die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts bedurfte daher der ständigen Anpassung. Doch in mancher Hinsicht erleichterte die Dynamik der Entwicklung die Gleichgewichtspolitik, und die Erfahrungen des Wechselspiels zwischen Bewegung und Verfassung dürften der politischen Führung Indiens in diesem Zusammenhang durchaus zugute gekommen sein. Die Politik der Vermittlung und des Gleichgewichts ging folgerichtig aus der Entwicklung der politischen Willensbildung in Indien hervor; die Auseinandersetzung mit dem Westen war der indischen Führungsschicht durch Erziehung und politische Betätigung zur Aufgabe geworden. Diese Führungsschicht war daher viel weltoffener als ähnliche Schichten in den Ländern des Westens. Freilich hatte diese Weltoffenheit auch gewisse Grenzen. Aus der kolonialen Beziehung heraus bestand eine Verbindung in erster Linie zum britischen Commonwealth, dem auch das unabhängige Indien weiterhin angehörte. Das Verhältnis zu den Nachbarn in Asien war im politischen Bereich wesentlich abstrakter und ging zunächst über allgemeine Hinweise auf die asiatische Solidarität nicht hinaus. Auch aus diesen Gründen lag es nahe, daß Indien nicht eine regionale Machtpolitik in Süd- und Südostasien betrieb, wie China es sehr bald tat, sondern versuchte, sich in die Weltpolitik einzuschalten, die bisher ausschließlich im Westen gemacht wurde. Die Selbstbestätigung der indischen Führungsschicht ergab sich aufgrund ihrer Bildung und Erfahrung aus einem Sendungs-

[40] Nehru, India's Foreign Policy, S. 234.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

bewußtsein und nicht aus einem Machtanspruch. Die Herausforderung durch die chinesische Macht zwingt nun zu einer Revision der bisherigen Anschauungen, da sie zeigt, daß Asien nicht „eine „Zone des Friedens", sondern ebenso wie andere Teile der Welt ein Feld der Machtkämpfe ist. Indien wird deshalb seine Einstellung zur Weltpolitik nicht aufgeben, es muß jedoch zugleich eine aktive Asienpolitik entwickeln, um auch dort das Gleichgewicht wiederherzustellen.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Zusammenfassung

In den integrierten Gemeinschaftsformen Indiens bestanden Grade und Stufen anerkannter Autorität, die das Gleichgewicht und die Autonomie dieser Gemeinschaftsformen verbürgten. Die Möglichkeiten der Erfahrung des einzelnen Menschen waren vorgeprägt oder zumindest idealtypisch umschrieben. Die Rolle der Obrigkeit war in diesem Rahmen auf gewisse Funktionen der Rechtsbewahrung beschränkt, und das Regieren war ein Gewerbe für sich, das durchaus nicht mit den anderen Elementen der Sozialstruktur in Konflikt zu kommen brauchte, sondern in ihnen eingebettet ruhte. Die Übernahme der Obrigkeitsfunktionen durch die Angehörigen einer fremden Macht wurde daher zunächst nicht unbedingt als störend empfunden, in vielen Fällen wurde die Ruhe und Ordnung und die größere Stabilität der Verwaltung begrüßt. Durch neuartige Methoden der Steuereinziehung und Rechtssprechung und durch die Einführung der Geldwirtschaft und eines das ganze Land umfassenden Marktes bewirkte die Kolonialmacht jedoch eine immer weiter umsichgreifende soziale Revolution. Die den Gemeinschaftsformen innewohnende Autorität wurde fragwürdig. Dominante und exponierte Minderheiten, die durch den wirtschaftlichen und verwaltenden Einfluß der Kolonialmacht beeinflußt und begünstigt worden waren, wurden von Emanzipationstendenzen erfaßt. Die Zuwendung zur westlichen Bildung erzeugte einen prekären Individualismus in den Angehörigen dieser Minderheiten. Sie führten ein Doppelleben, das sich in Beruf und Familie an verschiedenen Werten orientieren mußte. Im Bemühen um ein neues Selbstverständnis wandten sich diese Kreise der Ideologie der religiösen und nationalen Solidarität zu. Strukturelemente der religionsgemeinschaftlichen Integration wurden im Sinne der revolutionären Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit umgedeutet. Der Verlust der traditionellen Ordnung wurde durch den Traditionalismus kompensiert. Inzwischen wurde es der britischen Kolonialbürokratie klar, daß ihre Obrigkeitsfunktion durch die Desintegration der bestehenden Sozialstruktur gefährdet wurde, und sie setzte sich für eine Re-Integration der indischen Gemeinschaftsformen ein. Durch Änderungen der Rechtsprechung und der Gesetzgebung wollte man den Eigentumsindividualismus, den man zunächst eingeführt hatte, wieder eindämmen und durch Schiedsgerichtsbarkeit und Unveräußerlichkeit des Bodens das alte Gleichgewicht wiederherstellen. Man ging dann noch einen Schritt weiter und versuchte, durch eine ständestaatliche Verfassung den Kolonialstaat gegen die Strömungen der Emanzipation und des Nationalismus abzusichern.

Damit ergab sich eine Polarisierung des politischen Willens in der Bildungsschicht in Indien. Es ging darum, ob man die Möglichkeiten einer intensiveren Teilnahme an der Gestaltung des Staatswesens ausnutzen oder sich kompromißlos dem militanten Nationalismus widmen solle. Im Hintergrund stand dabei auch die Frage, ob es der Bildungsschicht möglich sein würde, mit dem Mandat der nationalen Solidarität schließlich die Macht an sich zu bringen, oder ob die Unterwanderung des bestehenden Staates eher zum Ziel führen dürfte. Die Stellungnahme zu diesen Fragen richtete sich danach, ob man den Staat oder die Nation als wichtigsten Faktor der Einigung und der Emanzipation sah. Jene, die dem Staat den Vorzug gaben, wiesen auf die Fragmentierung der indischen Bevölkerung hin und meinten, daß erst aus einem einigen Staats-

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

volk eine indische Nation hervorgehen könne. Es wurde ihnen entgegengehalten, daß die Nation schon längst bestehe und sich nur nach der Befreiung von der kolonialen Überfremdung sehne. Dem kolonialen Staat wurde jede Eignung zur moralischen Anstalt abgesprochen.

Aus dieser Polarisierung ging der Gegensatz von agitatorischem Einsatz und der Beteiligung an dem von der Kolonialmacht konstruierten Staatswesen hervor. Es entstand in gewisser Hinsicht geradezu ein Wettlauf zwischen der agitatorischen Durchdringung der Nation und der Erfassung weiterer Kreise durch das konstruierte Staatswesen. Die Agitatoren bemühten sich um Symbole und politische Fragen, die eine entsprechende Resonanz haben würden, das Staatswesen dehnte sich durch die Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten und die Berücksichtigung politischer Gruppen und Interessen aus. Auf beiden Seiten waren diesen Bemühungen gewisse Grenzen gesetzt: die Befangenheit der Masse des Volkes und die durch Erziehung und Herkunft beschränkte Kommunikationsfähigkeit der Agitatoren und die politische Unzulänglichkeit und verwaltungstechnische Gebundenheit eines von der Kolonialmacht geschaffenen Staatswesens wogen sich immer wieder gegenseitig auf. Wenn auch die Kolonialmacht schon aus organisatorischen Gründen den Kreis der Wahlberechtigten nicht leicht über den Kreis der durch eine Agitation Ansprechbaren ausdehnen konnte, so konnte sie doch die auf die nationale Einheit ausgerichteten Agitatoren durch die Betonung der Heterogenität der Gruppen und Interessen in Verlegenheit bringen.

Das Auftreten GANDHIS ließ diese Fragen wiederum in einem anderen Licht erscheinen, denn er verband die nationale Agitation mit einer über diese hinauszielenden Botschaft. Auch er erhob religiöse und politische Ansprüche wie die Hindu-Extremisten es bereits getan hatten, aber seine Ideen waren nicht eigentlich traditionalistisch, sondern universal ausgerichtet. Er vertraute weder auf die Postulierung der nationalen Solidarität, noch auf die erzieherische Wirkung des Staatswesens, sondern er wollte den Einzelmenschen erwecken und bekehren. Seine Kampagnen hatten denn auch eine gewisse Ähnlichkeit mit Erweckungsbewegungen. Es gelang ihm, die Emanzipationstendenz in sozialer, religiöser und politischer Hinsicht zu artikulieren, und er ermöglichte der Bildungsschicht eine Identifikation mit der Masse der Bevölkerung. Die abstrakte Ideologie der nationalen Solidarität wurde so durch das konkrete Erlebnis der agitatorischen Einheit ersetzt. Durch die Einordnung in die von GANDHI geschaffene Symbolik errang die Bildungsschicht ein weit populäreres Mandat als durch die Ansprüche des „Politischen *Vendata*". Die Agitationen GANDHIS erschöpften sich freilich zumeist in einer Darstellung des Protestes, sie waren aber dazu geeignet, latente Spannungen zu entladen und eine gewisse Übereinstimmung zu erzielen, die dem indischen Nationalkongreß als politischer Organisation zugute kam.

Der Kongreß konnte aber nicht dauernd in der Agitation verharren, sondern mußte sich immer wieder darum bemühen, das sich durch erneute Verfassungsreformen wandelnde Staatswesen in den Griff zu bekommen. Mit dem agitatorischen Mandat ausgerüstet, gelang es dem Kongreß dann auch, die Doppelrolle eines parallelen Staatswesens und einer parlamentarischen Partei im Rahmen des reformierten Kolonialstaates zu spielen. Doch ließen sich bei diesem Doppelspiel nicht alle Vertreter der mohammedanischen Minderheit einbeziehen, und so bildete sich ein Ansatzpunkt zur Gegenagitation und zum Gegenstaat. Die Erneuerung der Agitation durch den zweiten Weltkrieg gab dieser Gegenbewegung einen raschen Aufschwung, und der fähige Politiker MOHAMMED ALI JINNAH verstand es, die Hebelkräfte der Agitation des Kongresses und der Reaktion der britischen Regierung so auszunützen, daß er schließlich

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

die Teilung Indiens erzwingen konnte. Der zweite Weltkrieg hatte Indien eine große Strecke auf dem Weg der wirtschaftlichen und sozialen Emanzipation oder, wenn man es anders deuten will, der Desintegration der alten Ordnung, vorangebracht. Die Demobilisierung der großen britisch-indischen Armee und die Normalisierung des Wirtschaftslebens stellten die Kolonialregierung vor weit größere Aufgaben als nach dem ersten Weltkrieg, so daß es in jeder Hinsicht notwendig erschien, die Inder in die Verantwortung zu stellen, ehe das Kolonialregime vom Chaos überwältigt wurde. Der einzige Partner für eine Machtübergabe war der Kongreß und JINNAH, der seinen Teilstaat forderte.

Der übernommene Staatsapparat des Kolonialregimes wurde von der nationalen Bewegung, die als staatstragende und staatsgetragene Dauerkoalition fortbestand, ohne revolutionären Umbruch aufrechterhalten. Der koloniale Beamtenstaat wurde zum „saekularen" Staat im Sinne NEHRUS und damit zu einer moralischen Anstalt, in der das indische Volk in geplanter Entwicklung der Emanzipation zustrebt. Die Emanzipationstendenz und die Differenzierung des Staates sollen im Gleichgewicht gehalten werden, um eine reibungslose Entwicklung zu ermöglichen. Durch erfolgreich abgehaltene allgemeine Wahlen ließ sich NEHRU wiederholt ein Mandat erteilen, das als Rechtfertigung dieser Staatsidee ausgelegt wird. In Wirklichkeit birgt jedoch die Differenzierung des Staatsapparates im Sinne der Entwicklung ernsthafte Probleme, die bis jetzt noch nicht gelöst werden konnten. Während der Kolonialstaat, der sich auf die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und das Einsammeln von Steuern beschränkte, auf die aktive Beteiligung der Staatsbürger verzichten konnte, muß der auf eine allseitige Entwicklung ausgerichtete Staat in erster Linie den Staatsbürger aktivieren. Die Differenzierung des Staatsapparates bleibt ohne die Aktivierung des Staatsbürgers ein leeres Gesellschaftsspiel. Die Situation des Freiheitskampfes hat sich daher umgekehrt. War damals die Bewegung auf die Eroberung des Staatsapparates ausgerichtet, so versucht heute der Staat, die Bevölkerung zu erobern und einen Bewegungsersatz zu schaffen. Diese Bewegung soll jedoch nach dem Bilde des Staates geschaffen und daher nicht traditionalistisch, sondern saekularistisch ausgerichtet sein. Man spricht in Indien von „emotionaler und nationaler Integration" und meint damit nicht eine Integration im Rahmen der alten Gemeinschaftsformen, sondern ein Gleichgewicht von Emanzipationsstreben und nationaler Solidarität, eine freiwillige Disziplin, die der Staat nicht erzwingen kann und nicht erzwingen will. Es besteht daher durchaus die Möglichkeit, daß dieser Staat von traditionalistisch-autoritären oder revolutionär-totalitären Bestrebungen herausgefordert wird. Die Ultrastabilität des gegenwärtigen Gleichgewichts, die darauf beruht, daß rechts- und linksradikale Alternativen sich gegenseitig ausschließen, könnte bei einer stärkeren Polarisierung der politischen Kräfte leicht in eine labile Lage umschlagen. Doch eine solche Polarisierung kann nur dann eintreten, wenn die soziale Basis des gesamten politischen Lebens in Indien, der mittlere Bauernstand, durch ernsthafte Krisen erschüttert wird.

Die Entwicklung der politischen Willensbildung in Indien ist aufgrund der langen Periode der nationalen Agitation so verlaufen, daß der Kreis der Beteiligten, und auch der Kreis der Führerschaft sich allmählich weitete. So kam zunächst den exponierten und dominanten Minderheiten die tragende Rolle zu, doch später drängten die Mehrheitskastengruppen sich in den Vordergrund. Diese Entwicklung brachte auch einen Wandel der regionalen Schwerpunkte mit sich. Während zunächst die *Bhadralok* Bengalens und die *Chitpavan*-Brahmanen Maharaschtras als regional dominante Gruppen, mit einem großen Anteil westlich gebildeter Führungskräfte, den Vorrang

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

hatten, schalteten sich dann die volkreichen Vereinten Provinzen und Bihar und Gujarat ein, in denen die Bewegung hauptsächlich von den Bauern getragen wurde, wenn auch die wichtigsten Agitatoren — wie etwa NEHRU — noch exponierten Minderheiten entstammen mochten. Diese Provinzen stellten denn auch die nationalen Führer zur Zeit der Machtübergabe. In der jüngsten Vergangenheit ist die Kongreßpartei in diesen Provinzen jedoch von inneren Parteikämpfen heimgesucht worden, während die großen nicht-brahmanischen Mehrheitsgruppen der Kongreßpartei in Maharaschtra und Madras rasch in ihrer politischen Bedeutung aufsteigen.

Die Erfahrungen, die man in Indien bei der Aufrechterhaltung des inneren Gleichgewichts gewonnen hat, sind auch auf das Gebiet der internationalen Beziehungen übertragen worden, und so wie man in dem „saekularen" Staat eine moralische Anstalt sieht, die eine ausgeglichene konfliktfreie Entwicklung ermöglicht, erhofft man von den Vereinten Nationen eine ähnliche Leistung auf internationalem Gebiet, um die Phänomene einer weltweiten Emanzipation mit der Aufrechterhaltung einer friedlichen Weltordnung zu verbinden. Diese friedliche Ordnung war zugleich eine Bedingung für die Aufrechterhaltung des inneren Gleichgewichts in Indien. Die Erwartungen, die man an die Ordnungsmacht der Vereinten Nationen knüpfte, erwiesen sich in mancher Hinsicht als unerfüllbar. Ebenso wie die indische Führungsschicht die Grenzen und Möglichkeiten des übernommenen kolonialen Staatsapparates erst nach und nach unter der Beanspruchung durch die Dynamik der Entwicklung kennenlernte, mußte sie sich auch zu einer realistischeren Beurteilung der Weltorganisation durchringen.

Die Überschneidung der Erfahrungsräume von der geschlossenen Welt des animistischen Stammesangehörigen bis zur Ebene der Vermittlung zwischen den Großmächten in den Vereinten Nationen ist Indien zur Aufgabe geworden. Die Verflechtung verschiedener Entwicklungstendenzen bringt es mit sich, daß keine Spannung eindeutig verläuft. Die Tendenzen der Vergesellschaftung und der Differenzierung der Funktionen des Staates werden durch die Phänomene des Kastenpartikularismus durchbrochen, der jedoch seinerseits durch die Einwirkung dieser Tendenzen einem Wandel unterworfen ist. Die „Sanskritisierung" der großen Mehrheitskastengruppen im Sinne des sozialen Prestigegewinns und die Verwestlichung der Angehörigen vieler höherer Kasten laufen als gegensätzliche Tendenzen nebeneinander her. Staatliche Bemühungen um die Rekonstruktion traditioneller Gemeinschaftsformen von der Art des *Panchayati Raj* einerseits und um eine allumfassende nationale Solidarität andererseits laufen ebenfalls nebeneinander her. Die verwirrende Vielfalt der Orientierungen und Empfehlungen hat nur deshalb die politische Willensbildung noch nicht entscheidend aus der Bahn geworfen, weil zunächst die nationale Agitation und dann die Übernahme des vorhandenen Staatsapparates vereinfachte Situationen schufen. Die in der Agitation hergestellte Einheit, multipliziert mit der Macht des Staates, der zuvor bekämpft worden war, ergaben eine Stabilität, die erst dann fragwürdig wurde, als es darum ging, den bisherigen Rahmen zu sprengen und über die Grenzen des bestehenden Staatsapparates hinauszugreifen und zugleich den Boden des agitatorischen Kompromisses zu verlassen. In diesem Stadium befindet sich Indien in der Gegenwart, doch bisher hat man im Interesse der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts eindeutige Entscheidungen vermieden und daher auch der politischen Willensbildung noch keine neuen Wege gewiesen.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Bibliographie

Acharya, N. C., Elections in India, Bombay 1937.
Aga Khan, India in Transition, Bombay 1918.
Albikuni, A. H., Makers of Pakistan, Lahore 1950.
Ali Imam, Presidential Address, All-India Muslim League, Amritsar 1908.
All Parties National Conference Committee (Nehru) Report, Allahabad 1928.
All Parties National Convention, Proceedings, Allahabad 1929.
Altekar, A. S., Education in Ancient India, Benares 1934.
Ambedkar, B. R., What Congress and Gandhi have done to the Untouchables, Bombay 1945.
Ambedkar, B. R., Who were the Shudras? Bombay 1946.
Ambedkar, B. R., Maharashtra as a Linguistic Province, Bombay 1948.
Ambedkar, B. R., The Evolution of Provincial Finance in British India, Bombay 1925.
Ameer Ali et al., Report of the Inaugural Meeting of the London Branch of the All-India Muslim League, London 1908.
Andrews, C. F., Mahatma Gandhi's Ideas, London 1937.
Anklesaria, K. D., Conspiracy Unveiled, Bombay 1938.
Anstey, Vera, The Economic Development of India, London 1949.
Athavale, Parvati, My Story — Autobiography of a Hindu Widow, London 1930.
Azad, Abul Kalam, India Wins Freedom, Bombay 1959.
Bahadur, Lal, The Muslim League, Agra 1954.
Bagal J. C., A History of the Indian Association, 1876—1951, Kalkutta 1953.
Bakhale, P. S. (Ed.), Social Reform Annual, Bombay 1939 ff.
Banerjea, Surendranath, Speeches and Writings, Madras n.d.
Banerjea, Surendranath, A Nation in the Making, London 1925.
Banerji, Albion, An Indian Pathfinder — Memoirs of S. S. Banerji. 1840—1924, Oxford n.d.
Bannerji, A. C., Indian Constitutional Documents, Vol. I u. II, Kalkutta 1945.
Bannerji, D., Early Land-Revenue System in Bengal and Bihar, Kalkutta 1936.
Bannerji, Sir Gurudas, Reminiscences, Kalkutta 1927.
Barve, S. G., With Malice Toward None, Bombay 1962.
Bell, Major Evans, Indian Policy, London 1868.
Bennett, George, The Concept of Empire — Burke to Atlee, London 1953.
Berkes, Ross und Bedi M., The Diplomacy of India, Stanford 1958.
Besant, Annie, India — A Nation, Madras 1930.
Besant, Annie, How India Wrought for Freedom, Madras 1915.
Besant, Annie, National Home Rule League — Why founded and how? Adyar 1919.
Besant, Annie, The Coming Congress, Adyar 1919.
Bhagat, K. P., Indo-British Relations 1937—1947, Bombay 1959.
Bhagvatdatta, Pandit, (ed.), Rishi Dayanand Saraswati Ke Patra Aur Vignapan (Hindi), Amritsar 1955.
Bhattacharya, S. C., et. al., Pandit Motilal Nehru, Kalkutta 1931.
Binder, Leonhard, Religion and Politics in Pakistan, Berkeley 1961.
Birla, G., In the Shadow of the Mahatma, Bombay 1953.
Blunt, Wilfried, Ideas about India, London 1885.
Bolitho, Hector, Jinnah, London 1954.
Bondurant, Joan, Conquest of Violence — The Gandhian Philosophy of Conflict, Princeton 1959
Bondurant, Joan, Regionalism versus Provincialism — A Study in Problems of Indian Unity, Berkeley 1958.
Bonnerjee, W. C., (ed.), Indian Politics, Madras 1898.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Bose, N. K., Modern Bengal, Kalkutta 1959.
Bose, N. K., My Days with Gandhi, Kalkutta 1953.
Bose, N. K., Studies in Gandhism, Kalkutta 1947.
Bose, Subhas Chandra, Important Speeches and Writings (ed. J. Bright) Lahoe 1946.
Bose, Subhas Chandra, Netaji's Life and Writings (ed. S. Sharma), Kalkutta 1948.
Bose, Subhas Chandra, The Indian Struggle, 1920—1934, Kalkutta 1948.
Bose, Subhas Chandra, The Indian Struggle, 1935—1942, Kalkutta 1952.
Bose, Subhas Chandra, Crossroads-The Works of Subhas Chandra Bose, 1938—1940, Bombay 1962.
Braibanti, Ralph et al., Tradition, Values and Socio-Economic Development, Durham, N.C., 1961.
Braibanti, Ralph et al., Administration and Economic Development in India, Durham, N.C., 1963.
Brecher, Michael, Nehru — A Political Biography, London 1959.
Brown, Mackenzie D., The White Umbrella-Indian Political Thought from Manu to Gandhi, Berkeley 1953.
Brown, W. N., The United States, India and Pakistan, Ithaca 1951.
Buch, Maganlal, The Development of Contemporary Indian Political Thought, 3 vols., Baroda 1938—1940.
Bühler, G., The Laws of Manu, London 1886.
Callard, Keith, Political Forces in Pakistan, 1947—1959, New York 1959.
Campbell-Johnson, Alan, Mission with Mountbatten, London 1953.
Catlin, George, In the Path of Mahatma Gandhi, London 1948.
Caveeshar, Sardul Singh, Non-violent Non-Cooperation, Lahore n. d.
Chandavarkar, G. L., The Wrestling Soul — The Story of Sir Narayan Chandavarkar, Bombay 1955.
Chandavarkar, N. G., Speeches and Writings (ed. Kaikini), Bombay 1911.
Chander, J. P., India Steps Forward — The Story of the Cabinet Mission, Lahore 1946.
Chatterjee, A. C., India's Struggle for Freedom (I.N.A.) Kalkutta 1947.
Chatterjee, Bankimchandra, Essays and Letters, 1834—1894, Kalkutta 1940.
Chatterjee, J. C., Indian Revolutionaries in Conference, Kalkutta 1958.
Chattopadhyaya, S., Traditional Values in India, New Delhi 1961.
Chaudhuri, Nirad, The Autobiography of an Unknown Indian, New York 1961.
Chintamani, C. Y., Indian Social Reform, Madras 1901.
Chintamani, C. Y., Indian Politics since the Mutiny, Allahabad 1937.
Chirol, Valentine, Indian Unrest, London 1910.
Collier, F., The Bengal Local Self-Government Handbook, Kalkutta 1893.
Cotton, Sir Henry, New India, London 1907.
Coupland, Sir Reginald, The Indian Problem 1833—1935, London 1942.
Coupland, Sir Reginald, Indian Politics, London 1943.
Coupland, Sir Reginald, The Future of India, London 1944.
Coupland, Sir Reginald, The Cripps Mission, London 1942.
Coupland, Sir Reginald, India — A Re-Statement, London 1945.
Cousins, Norman, Talks with Nehru, New York 1951.
Cousins, Norman, Report from Bandung, New York 1955, (Saturday Review).
Craddock, Sir Reginald, The Dilemma in India, London 1929.
Curtis, Lionel, Dyarchy, Oxford 1920.
Curzon, G. N., Speeches on India, London 1904.
Curzon, G. N., Selected Speeches, London 1906.
Dange, S. A., India from Primitive Communism to Slavery, Bombay 1949.
Darling, M. L., The Punjab Peasant in Prosperity and Debt, Oxford 1947.
Das, C. R., Speeches, Kalkutta 1918.
Das, C. R., The Way to Swaraj-Speeches of Deshbandhu C. R. Das, Madras 1923.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Das, M. N., The Philosophy of Jawaharlal Nehru, London 1961.
Das, S. N. et al., Chalo Delhi (I.N.A.), Kuala Lumpur 1946.
Dasgupta, S., Indian Idealism, Cambridge 1931.
Dastur, Aloo, India and the Commonwealth, Ahmedabad 1960.
Dastur, Aloo und Mehta, U., Congress Rule in Bombay, Bombay 1958.
Date, S. R., Bhaganagar Struggle, Poona n.d.
Datta, Kali Kinkar, A history of the Freedom Movement in Bihar, 3 vols., Patna 1957—1958.
Datta, Kali Kinkar, Dawn of Renascent India, Nagpur 1949.
Dayanand, Swami, The Light of Truth (Übers. C. Bharadwaja), Madras 1932.
Democratic Research Service, Communist Conspiracy at Madurai, Bombay 1954.
Dave, G. H. (ed.), K. M. Munshi, 3 vols, Bombay 1956.
De, Sushil Kumar, Bengali Literature, Kalkutta 1919.
Desai, A. R., The Social Background of Indian Nationalism, Bombay 1948.
Desai, A. R., Recent Trends in Indian Nationalism, Bombay 1960.
Deshmukh, G. H. (Lokhitwadi), Satapatren (Marathi, ed. Tikekar) Aundh 1940.
Dhawan, G. N., The Political Philosophy of Mahatman Gandhi, Ahmedabad 1951.
Diwakar, R.R., Satyagraha — The Power of Truth, Hinsdale 1948.
Diwakar, R.R., Satyagraha in Action, Kalkutta 1949.
Diwakar, R. R., Glimpses of Gandhiji, Kalkutta 1949.
Diwakar, R. R., Satyagraha — The Pathway to Peace, Patna 1950.
Divatia, K., The Nature of Interrelations of Governments in India, Bombay 1957.
Durrani, F. K., The Meaning of Pakistan, Lahore 1946.
Dutt, Kalpana, Chittagong Armoury Raiders, Bombay 1945.
Dutta, K. N., Landmarks of the Freedom Struggle in Assam, Gauhati 1958.
Dutt, Rajani Palme, India Today, Bombay 1947.
Dutt, Romesh Chandra, Speeches and Papers on Indian Questions, Kalkutta 1902.
Dutt, Romesh Chandra, The Economic History of India under Early British Rule, London 1901
Dutt, Romesh Chandra, The Economic History of India in the Victorian Age, London 1903
Dwarkadas, R., Reflections on Indian Administration, Allahabad 1960.
Emerson Rupert, From Empire to Nation, Cambridge (Mass.) 1960.
Emerson, Rupert, Representative Government in South-East Asia, Cambridge (Mass.) 1955.
Fisher, Louis, Gandhi, New York 1954.
Fisher, Margaret and Bondurant, J., Indian Approaches to a Socialist Society, Berkeley 1956.
Furnivall, J. S., Colonial Policy and Practice — A Comparative Study of Burma and Netherlands India, Cambridge 1948.
Gadgil, D. R., The Industrial Evolution of India in Recent Times, Madras 1924.
Gadgil, D. R., Planning and Economic Development in India, Bombay 1961.
Gandhi, Devadas (ed.), India Unreconciled, New Delhi 1943.
Gandhi, M. K., Hind Swaraj, Madras 1908.
Gandhi, M. K., Freedom Battle, Madras 1921.
Gandhi, M. K., Young India, 1919—1922, Madras 1922.
Gandhi, M. K., Young India, 1924—1926, Madras 1927.
Gandhi, M. K., Young India, 1927—1928, Madras 1935.
Gandhi, M. K., India's Case for Swaraj, Bombay 1932.
Gandhi, M. K., My Experiments with Truth (Autobiography), Boston 1940.
Gandhi, M. K., Conquest of Self, Bombay 1943.
Gandhi, M. K., Non-violence in Peace and War, 2 vols, Ahmedabad 1944.
Gandhi, M. K., Delhi Diary, Ahmedabad 1948.
Gandhi, M. K., Communal Unity, Ahmedabad 1949.
Gandhi, M. K., India of My Dreams, Ahmedabad 1949.
Gandhi, M. K., My Religion, Ahmadabad, 1953.
Gandhi, M. K., Sarvodaya, Ahmedabad 1957.
Gandhi, M. K., Collected Works of Mahatma Gandhi, New Delhi 1958 ff.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Gandhi, M. K., Satyagraha, Ahmedabad n.d.
Gandhi, M. K., Speeches and Writings, Madras n.d.
Gandhi, M. K., „Harijan", Poona 1931 ff.
Gauba, K. L., Famous and Historic Trials, Lahore 1945.
Gauba, K. L., Consequences of Pakistan, Lahore 1946.
Gehrke, Ulrich, Persien in der deutschen Orientpolitik, 2 vols., Stuttgart 1961.
Ghose, Aurobindo, The Uttarpara Speech, Chandernagore 1919.
Ghose, Aurobindo, The Ideal of the Karmayogin, Kalkutta 1908.
Ghose, Aurobindo, Ideal and Progress, Essays, Kalkutta, n.d.
Ghose, Aurobindo, Spiritual Communism, Chandernagore 1922.
Ghose, Aurobindo, A System of National Education, Madras 1921.
Ghose, Aurobindo, The Ideal of Human Unity, Madras 1919.
Ghose, Aurobindo, The Spirit and Message of Indian Culture, Pondicherry 1946.
Ghose, Girish Chunder, The Writings of Grish Chunder Ghose, (ed. M. Ghose), Kalkutta 1912.
Ghose, Motilal, Speeches and Writings, Kalkutta 1935.
Ghose, Motilal (ed.), A Step in the Steamer (Tilak in London), Kalkutta 1918.
Ghurye, G. S., Caste and Class in India, Bombay 1957.
Gokhale, G. K., Speeches and Writings, Madras n.d.
Gopal, S., The Viceroyalty of Lord Irwin, 1926—1931, Oxford 1957.
Griffith, Sir Percival, Modern India, London 1957.
Gupta, A. (ed.), Studies in the Bengal Renaissance, Kalkutta 1958.
Gwyer, M. und Appadorai, A., Speeches and Documents on the Indian Constitution, 1921—1947, Bombay 1957.
Hancock, Sir Keith, Four Studies of War and Peace in This Century, Cambridge 1961.
Hancock, Sir Keith, Smuts, Vol. I, London 1962.
Harrison, Selig S., India-The Most Dangerous Decades, Princeton 1960.
Hentig, W. O. v., Ins Verschlossene Land (Afghanistan), Potsdam 1928.
Horniman, B. G., Amritsar and Our Duty to India, London 1920.
Huq, M. E., Muslim Bengali Literature, Karachi 1957.
Huque, Azilul, History and Problems of Muslim Education in Bengal, Kalkutta 1917.
Husain, Azim, Fazli-Husain, Bombay 1946.
Husain, Zakir, Basic National Education, Wardha 1938.
Husain, Zakir, Ethics ad the State, Ahmedabad 1960.
India League, Conditions of India, Report of the Delegation sent to India by the India League in 1932 (Monica Whately et al.). London n. d.
Indian National Congress (siehe besondere Liste weiter unten).
Indian National Social Conferences, Annual Reports, 1888 ff.
Ingham, Kenneth, Reformers in India, 1793—1833, Cambridge 1956.
Iqbal, Sir M., Letters of Iqbal to Jinnah, Lahore 1943.
Iqbal, Sir M., Speeches and Statements of Iqbal, Lahore 1944.
Iqbal, Sir M., Reconstruction of Religious Thought in Islam, Lahore 1960.
Iyengar, K. R. S., Srinivasa Iyengar-The Story of a Decade of Indian Politics, Mangalore 1939.
Iyengar, K. R. S., The Study of Indian Writings in English, Bombay 1959.
Jain, Girilal, Panchsheel and After, Bombay 1960.
Jamil-ud-Din Ahmad, Some Recent Speeches and Writings of Jinnah, Lahore 1932.
Javadekar, S. D., Adhunik Bharat (Marathi), Poona 1953.
Jayakar, M. R., The Story of My Life, Vol. I u. II, Bombay 1958, 1959.
Jennings, Sir Ivor, Some Characteristics of the Indian Constitution, London 1953.
Jinnah, M. A., Mohamed Ali Jinnah — An Ambassador of Unity (ed. Naidu), Madras 1917.
Jinnah, M. A., India's Problem of Her Future Constitution, Bombay 1940.
Jones, Stanley, Mahatma Gandhi, New York 1948.
Joshi, G. V., Writings and Speeches, Poona 1912.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Joshi, P. C., They Must Meet Again (Gandhi-Jinnah), Bombay 1944.
Joshi, V. S., Vasudeo Balwant Phadke, Bombay 1959.
Justice Party, Justice Yearbook 1929, Madras 1930.
Kabir, Humayun, Britain and India, New Delhi 1960.
Kabir, Humayun, Muslim Politics 1906—1942, Kalkutta 1944.
Kabir, Humayun, (ed.), Gandhian Outlook and Techniques, New Delhi 1953.
Karanjia, R. K., The Mind of Mr. Nehru, London 1960.
Karmarkar, D. P., Bal Gangadhar Tilak, Bombay 1956.
Karnik, V. B. (ed.), Indian Communist Party Documents, 1930—1956, New York 1957.
Karunakaran, K. P., India in World Affairs, 2 vols., London 1952, 1956.
Karve, D. K., Looking Back, Poona 1936.
Keer, Dhananjay, Dr. Ambedkar: Life and Mission, Bombay 1954.
Keith, A. B., A Constitutional History of India, 1600—1935, London 1936.
Kelkar, N. C., A Passing Phase of Indian Politics, Poona 1925.
Kellog, James, Mahadev Govind Ranade, Kalkutta 1926.
Keynes, J. M., Indian Currency and Finance, London 1913.
Khaliquzaman, Chaudhuri, Pathway to Pakistan, London 1961.
Khare, N. B., My Political Memoirs, Nagpur 1959.
Kirtane, V. D. et al., Indian Worthies, Bombay 1906.
Kodanda Rao, P., V. S. Srinivasa Sastri — A Political Biography, London 1963.
Kogekar, S. V. und Park, R., Report on the Indian General Election, Bombay 1956.
Kohn, Hans, Geschichte der nationalen Bewegung im Orient, Berlin 1928.
Kosambi, D. D., An Introduction to the Study of Indian History, Bombay 1956.
Kosambi, D. D., Exasperating Essays, Poona n.d.
Kosambi, D. D., Myth and Reality, Bombay 1962.
Kripalani, J. B., The Indian National Congress, Bombay 1946.
Kundra, J. S., Indian Foreign Policy, 1947—1954, Groningen 1955.
Kunzru, H. N. et al., For a Democratic Foreign Policy, Bombay 1951.
Lajpatrai, Lala, Young India, Lahore 1927.
Lajpatrai, Lala, Ideals of Non-Cooperation, Madras 1924.
Lajpatrai, Lala, Hindu Muslim Unity, Madras 1924.
Lajpatrai, Lala, Unhappy India, Kalkutta 1928.
Lakshman, P. P., Congress and Labour Movement in India, Allahabad 1947.
Latif, S. A., The Muslim Problem in India, Bombay 1939.
Latif, S. A., The Great Leader, Lahore 1947.
Lethbridge, Sir Roper, Ramtanu Lahiri, London 1907.
Lippincott, P. N., Victorian Critics of Democracy, Minneapolis 1938.
Lohia, Ram Manohar, Guilty Men of India's Partition, Allahabad 1960.
Lok Sabha Debates, New Delhi, 1952 ff.
Malaviya, Madan Mohan, Speeches and Writings, Madras n.d.
Madras Mahajan Sabha, Diamond Jubilee Number, 1946.
Maine, Sir Henry, Village Communities in East and West, London 1871.
Majumdar, B. B., History of Political Thought — Rammohan to Dayanand, Kalkutta 1934.
Majumdar, R. C., The Indian Freedom Movement, Kalkutta 1962.
Malenbaum, W., Prospects for Indian Development, London 1962.
Maritain, J., Man and the State, Chicago 1951.
Marx, Karl und Engels, F., The First Indian War of Independence, Moskau 1959.
Masani, M. R., Neutralism in India, Bombay 1951.
Masani, M. R., The Communist Party of India: A Short History, London 1954.
Masani, R. P., Britain in India, Bombay 1960.
Masani, R. P., Dadabhai Naoroji, New Delhi 1960.
Mashruwala, K. G., Gandhi and Mary, Ahmedabad 1950.
Mathews, K., Gandhis Techniques as Religious, New York (Columbia University Ph. D. Thesis) 1954.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

MATHUR. A. S. und J. S., Trade Union Movement in India, Allahabad 1957.
MAZUMDAR, A. C., Indian National Evolution, Madras 1917.
MEHERALLY, YUSUF, The Price of Liberty, Bombay 1948.
MEHTA, ASOKA und PATWARDHAN, A., The Communal Triangle in India, Bombay 1942.
MEHTA, ASOKA und NAIR, K., The Simla Triangle, Bombay 1945.
MEHTA, ASOKA, The Political Mind of India, Bombay 1952.
MEHTA, ASOKA, Studies in Asian Socialism, Bombay 1959.
MEHTA, PHEROZESHAH, Speeches and Writings, Madras n.d.
MEHTA. P. J., Gandhi and the South-African Indian Problem, Madras 1950.
MENDE, TIBOR, Nehru, Conversations on India in World Affairs, New York 1956.
MENON, V. P., The Story of the Integration of the Indian States, Bombay 1956.
MENON, V. P., The Transfer of Power in India, Bombay 1957.
MINTO, MARY, India, Minto and Morley, London 1934.
MISRA, B. B., The Middle Classes in India, Bombay 1961.
MITRA, H. N., Punjab Unrest, Kalkutta 1921.
MITRA, N. N., The Indian Annual Register, Kalkutta 1919—1947.
MITRA, S., Ishwarchandra Vidyasagar, Kalkutta 1907.
MITTER, P., David Hare, Kalkutta 1877.
MONTAGU, E. S., An Indian Diary, London 1930.
MOOKERJEE, RADHAROMON, Occupancy Right, Kalkutta 1919.
MOOKERJI, HARISHCHANDRA, Selections from the Hindoo Patriot, Kalkutta n.d.
MORAES, FRANK, Jawaharlal Nehru, New York 1956.
MORAES, FRANK, India Today, New York 1960.
MORLEY, J., Recollections, Vol. II, London 1917.
MORLEY, J., Speeches on Indian Affairs, Madras n. d.
MORRIS-JONES, W. H., Parliament in India, Philadelphia 1957.
MOSLEY, L., Curzon, London 1959.
MOSLEY, L., The Last Days of the British Raj, London 1961.
MÜHLMANN, W. E., Mahatma Gandhi, Tübingen 1950.
MÜHLMANN, W. E., Chiliasmus und Nativismus, Berlin 1961.
MÜHLMANN, W. E., Homo Creator, Wiesbaden 1962.
MUKERJEE, P., All About Partition, Kalkutta 1906.
MUKHERJEE, H. und U., Bande Mataram and Indian Nationalism, Kalkutta 1957.
MUKHERJEE, H. und U., India's Fight for Freedom, Kalkutta 1958.
MUKHERJEE, H. und U., The Political Thought of Sri Aurobindo, Kalkutta 1958.
MULJI, K., Maharaj Jadunathji versus Karsondas Mulji, Bombay 1862.
MUNSHI RAM, J., The Arya Samaj and its Detractors, Hardwar 1910.
MURDOCH, J., The Indian National Congress, Madras 1898.
MURPHEY, G., In the Minds of Men — A Study of Social Tensions in India, New York 1953
NAIDU, S., Speeches and Writings, Madras 1904.
NAIR, B. N., The Dynamic Brahmin, Bombay 1959.
NAIR, K., Blossoms in the Dust — The Human Element in Indian Development, London 1961.
NAIR, SIR SANKARAN, Gandhi and Anarchy, Madras 1922.
NAMBOODIRIPAD, E. M. S., The National Question in Kerala, Bombay 1952.
NANDA, B. R., Mahatma Gandhi, London 1958.
NANDA B. R., The Nehrus — Motilal and Jawaharlal, London 1962.
NAOROJI, D., Poverty and Un-British Rule in India, London 1901.
NAOROJI, D., Speeches and Writings, Bombay n.d.
NARAYAN, J. P., Toward Struggle, Bombay 1946.
NARAYAN, J. P., Socialism to Sarvodaya, Madras 1958.
NARAYAN, J. P., Towards a New Society, New Delhi 1958.
NARAYAN, J. P., Socialist Unity, Bombay 1940.
NARENDRA DEVA, ACHARYA, Socialism and the National Revolution, Bombay 1946.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

NARIMAN, K. F., What Next?, Bombay 1934.
NATARAJAN, S., A Century of Social Reform in India, Bombay 1959.
NATARAJAN, S., A History of the Press in India, London 1962.
NATESAN, G. A. (ed.), Chaitanya to Vivekananda, Madras n. d.
NATESAN, G. A. (ed.), Congress Presidential Addresses, 2 Bd., Madras 1935.
NATESAN, G. A. (ed.), The Round Table Conference, Madras n.d.
NEHRU, JAWAHARLAL, An Autobiography, London 1936.
NEHRU, JAWAHARLAL, Nehru-Jinnah Correspondence, Allahabad n.d.
NEHRU, JAWAHARLAL, Eighteen Months in India, Allahabad 1938.
NEHRU, JAWAHARLAL, The Unity of India, Allahabad 1941.
NEHRU, JAWAHARLAL, The Discovery of India, New York 1946.
NEHRU, JAWAHARLAL, Letters to the PCC Presidents, New Delhi 1954.
NEHRU, JAWAHARLAL, Independence and After, New York 1950.
NEHRU, JAWAHARLAL, Speeches, 2 vols, New Delhi 1949—1958.
NEHRU, JAWAHARLAL, A Bunch of Old Letters, Bombay 1960.
NEHRU, JAWAHARLAL, India's Foreign Policy (Speeches) New Delhi 1961.
NEHRU, MOTILAL, The Voice of Freedom (Speeches, ed. Panikkar), Bombay 1961.
NIBLETT, R. H., The Rebellion in Azamgarh 1942, Allahabad 1957.
NIEDERMAYER, OSKAR, Unter der Glutsonne Irans, Dachau 1925.
NORTHROP, F. S. C., Meeting of the East and West, New York 1952.
NORTHROP, F. S. C., Taming of the Nations, New York 1958.
O'MALLEY, L. S. S., Modern India and the West, London 1940.
ORGWALD, Tactical and Organizational Questions of the Communist Parties of India and Indo-China, New York 1933.
OVERSTREET, G. und WINDMILLER, M., Communism in India, Berkeley 1959.
PADAMJI, BABA, My Struggle for Freedom, Raipur 1944.
PAL, BIPINCHANDRA, The New Spirit, Kalkutta 1907.
PAL, BIPINCHANDRA, The Soul of India, Kalkutta 1911.
PAL, BIPINCHANDRA, Nationality and Empire, Kalkutta 1916.
PAL, BIPINCHANDRA, The World Situation and Ourselves, Kalkutta 1919.
PAL, BIPINCHANDRA, Swadeshi and Swaraj, Kalkutta 1934.
PAL, KRISTODAS, Young Bengal Vindicated, Kalkutta 1856.
PAL, KRISTODAS, Speeches and Writings, Kalkutta 1882.
PANIKKAR, K. M., The Indian Princes in Council, London 1936.
PANIKKAR, K. M., The Founding of the Kashmir State, London 1953.
PANIKKAR, K. M., Hindu Society at the Crossroads, Bombay 1955.
PANTER-BRICK, S., Gandhi contre Machiavel, Paris 1963.
PARANJPYE, R. P., Dhondo Keshav Karve, Poona n.d.
PARANJPYE, R. P., Gopal Krishna Gokhale, Poona 1918.
PARANJPYE, R. P., 84 not out (Autobiography), New Delhi 1960.
PAREKH, C. L., Eminent Indians on Indian Politics, Bombay 1892.
PARIKH, N. D., Sardar Vallabhbhai Patel, Ahmedabad 1953, 1956.
PARK, R. und TINKER, I., (ed.), Leadership and Political Institutions in India, Princeton 1960.
PARVATE, T. V., Gopal Krishna Gokhale, Ahmedabad 1959.
PATTABHI SITARAMAYYA, B., History of the Indian National Congress, 2 vols., Bombay 1935, 1947.
PAYNE, R., Revolt in Asia, New York 1947.
PEARAY MOHAN, An Imaginary Rebellion, Lahore 1920.
PHATAK, N. R., Mahadeo Govind Ranade (Marathi), Bombay 1929.
PIRPUR, RAJA SYED MOHAMED MEHDI OF, et al., Report of the Inquiry Committee appointed by the Council of the All-India Muslim League to inquire into Muslim Grievances in Congress Provinces, Lucknow 1938.
Poona Sarvajanik Sabha, Journal of the, Vol. I, 1872—Vol. V (New Series) 1920.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Poona University Teachers Social Science Seminar, Thought Currents in Maharshtra, 1850—1920, Poona 1962.
Poplai, S. L., India, 1947—1950, Bombay 1959.
Poplai, S. L. und Talbot, P., India and America, Bombay 1957.
Prabhu, R. K., Truth Called Them Differently (Gandhi-Tagore), Ahmedabad 1961.
Pradhan, G. P. und Bhagwat, S., Lokmanya Tilak, Bombay 1958.
Prasad, Beni, India's Hindu-Muslim Question, London 1946.
Prasad, Bimla, The Origin of India's Foreign Policy, Patna 1960.
Prasad, Bisheshwar, The Foundations of India's Foreign Policy, Bombay 1955.
Prasad, Rajendra, Satyagraha in Champaran, Madras 1928.
Prasad, Rajendra, India Divided, Bombay 1946.
Prasad, Rajendra, Mahatma Gandhi and Bihar, Bombay 1949.
Prasad, Rajendra, Autobiography, Bombay 1957.
Punekar, U. B., The Son-Kolis of Bombay, Bombay 1959.
Pyarelal, N., The Epic Fast, Ahmedabad 1932.
Pyarelal, N., Mahatma Gandhi — The Last Phase, 2 vols., Ahmedabad 1956, 1958.
Radhakrishnan, S., An Idealist View of Life, London 1932.
Radhakrishnan, S., The Vedanta, London 1928.
Radhakrishnan, S., Indian Philosophy, 2 vols., London 1923, 1927.
Radhakrishnan, S., Mahatma Gandhi, London 1939.
Radhakrishnan, S., Eastern Religions and Western Thought, London 1939.
Rajkumar, N. V. (ed.), The Background of India's Foreign Policy, New Delhi 1952.
Ram Gopal, Lokmanya Tilak, Bombay 1956.
Ranade, M. G., Decentralisation of Provincial Finance, Poona 1894.
Ranade, M. G., Miscellaneous Writings of Justice M. G. Ranade, Bombay 1915.
Ranade, M. G., Essays on Indian Economics, Madras 1920.
Ranadive, B. T., Sarvodaya and Communism, New Delhi 1958.
Ranga Iyer, C. S., How to Lose India, Lahore 1935.
Ranga, N. G., Kisans and Communists, Bombay n. d.
Ranga, N. G., The Modern Indian Peasant, Madras 1936.
Rau, B. N., Indias Constitution in the Making, Bombay 1960.
Rau, Wilhelm, Staat und Gesellschaft im alten Indien nach den Brahmana Texten dargestellt, Wiesbaden 1957.
Ray, Prafulla Chandra, Essays and Discourses, Madras 1918.
Rice, E. P., Kanarese Literature, Kalkutta 1921.
Risley, H. H., „The Race Basis of Indian Political Movements", Contemporary Review, Vol. LVII, 1890.
Risley, H. H., The People of India, London 1908.
Rogers, W. N., (ed.), Tilak versus Chirol, Bombay n. d.
Rose, Saul, Socialism in Southern Asia, London 1959.
Rose, Saul, Britain and South-East Asia, London 1962.
Rosinger, L., India and the United States, New York 1950.
Rothermund, Dietmar und Indira, Der Freiheitskampf Indiens, Quellenhefte für den Geschichtsunterricht, Stuttgart 1961.
Rothermund, Indira, The Philosophy of Restraint — Mahatma Gandhi's Strategy and Indian Politics, Bombay 1963.
Roy, M. N., Postwar Reconstruction, Lucknow 1943.
Roy, M. N., Constitution of Free India, Kalkutta 1944.
Roy, M. N., Politics, Power and Parties, Kalkutta 1960.
Roy, M. N. und Parikh, G., Alphabet of Fascist Economics, Kalkutta 1944.
Roy, Ram Mohan, Writings, Madras n. d.
Row, C. S., Confessions of a Bogus Patriot, Madras 1923.
Rybitschka, Emil, Im gottgegebenen Afghanistan, Leipzig 1927.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Saha, K. B., Economics of Rural Bengal, Kalkutta 1930.
Saiyid, M. S., Mohamed Ali Jinnah, Lahore 1945.
Saiyidin, K. G., et al., Access to Higher Education in India, New Delhi 1962.
Saletore, B. A., India's Diplomatic Relations with the West, Bombay 1958.
Saletore, B. A., India's Diplomatic Relations with the East, Bombay 1960.
Sapru, Sir Tej Bahadur, The Constitutional Proposals of the Sapru Committee, Bombay 1945.
Sarda, Har Bilas, Works of Maharshi Dayanand, Ajmer 1942.
Sarvadhikari, R., The Unrest in Bengal and Mr. Morley's Reform, Kalkutta n. d.
Sastri, Srinivasa, My Master Gokhale, Madras n. d.
Sastri, Srinivasa, Self Government for India under the British Flag, Allahabad 1916, The Congress-League Scheme, Allahabad 1917.
Sastri, Srinivasa, Rights and Duties of Indian Citizens, Kalkutta 1927.
Satyamurti, S., Speeches, Madras n. d.
Savarkar, V. D., Hindu Pad Padashahi, Madras 1925.
Savarkar, V. D., The Indian War of Independence, Bombay 1947.
Savarkar, V. D., Hindutwa, Poona n. d.
Schrenck-Notzing, C., Hundert Jahre Indien, Stuttgart 1961.
Seal, Brajendranath, Ram Mohan Roy, Kalkutta 1959.
Semmel, B., Imperialism and Social Reform, London 1960.
Sen, Amit, Notes on the Bengal Renaissance, Bombay 1946.
Sen, Keshub Chunder, Lectures in India, London 1904.
Sen, Sachin, Political Thought of Tagore, Kalkutta 1937.
Servant of India, Journal, Poona 1930—1939.
Setalvad, Chimanlal, Recollections and Reflections, Bombay 1940.
Shah, K. T., Provincial Autonomy, Bombay 1937.
Shah, K. T., et al., Federal Structure, Bombay 1937.
Shah, K. T., et al., National Planning Committee, Bombay 1940.
Sharan, P., The Imperial Legislative Council of India, Delhi 1961.
Sharma, Chandradhar, A Critical Survey of Indian Philosophy, London 1960.
Sharma, Jagdish, The Indian National Congress (Bibliography), Delhi 1959.
Sharma, Jagdish, India's Struggle for Freedom, Vol. I, Delhi 1962.
Sharma, Shri Ram, Mahatma Hansraj, Lahore 1941.
Sharma, S., Gandhi as a Political Thinker, Allahabad 1955.
Sharp, H., Selections from the Eductional Records of the Government of India, Bombay 1910.
Shraddhanand, Swami, Inside Congress, Bombay 1946.
Siddiqi, M. et al., Iqbal as a Thinker, Lahore 1944.
Singh, Gurmukh Nihal, Landmarks in Indian Constitutional and National Development, Delhi 1959.
Sinha, Lord, Speeches and Writings, Madras n. d.
Sinha, Satyanarayan, The Chinese Aggression, New Delhi 1961.
Sircar, N. N., Speeches and Writings, Kalkutta 1934.
Smith, W. C., Modern Islam in India, Lahore 1943.
Smith, W. R., Nationalism and Reform in India, New Haven 1938.
Spear, Percival, India, Pakistan and the West, London 1958.
Spratt, P., Gandhism, Madras 1939.
Spratt, P., Blowing Up India, Kalkutta 1955.
Srinivas, M. N., et al., India's Villages, Kalkutta 1955.
Srinivas, M. N., „Changing Institutions and Values in Modern India", in The Economic Weekly, Bombay Februar 1962.
Srinivas, M. N., Caste in Modern India, London 1962.
Srivastava, Gopinath, When Congress Ruled, Lucknnow 1939.
Stokes, Eric, The English Utilitarians and India, London 1959.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Subba Rao, G. V., Life and Times of Sir K. V. Reddi Naidu, Rajahmundry 1957.
Tagore, Rabindranath, The Centre of Indian Culture, Kalkutta 1919.
Tagore, Rabindranath, A Vision of India's History, Kalkutta n. d.
Tagore, Rabindranath, The Crisis in Civilization, Kalkutta n. d.
Taleyarkhan, D. A., The Indian Empire, Bombay 1886.
Taleyarkhan, Homi, They Told Me So, Bombay 1947.
Tarachand, A History of the Indian Freedom Movement, Vol. I, New Delhi 1961.
Telang, K. T., Selected Speeches and Writings, Bombay 1916.
Telang, K. T., Free Trade and Protection from an Indian Point of View, Bombay 1877.
Temple, Sir Richard, India in 1880, London 1881.
Templewood, Lord (Sir Samuel Hoare), Nine Troubled Years, London 1954.
Tendulkar, D. G., Mahatma, 8 vols., Bombay 1950 ff.
Thakurdas, Sir Purushottamdas et al., A Plan of Economic Development for India, 2 vols, Bombay 1944.
Thompson, E. und Garratt, T., Rise and Fulfilment of British Rule in India, Allahabad 1958.
Thorburn, S. S., Musulmans und Moneylenders in the Punjab, Edinburgh 1886.
Thorner, David und Alice, Land and Labour in India, London 1962.
Thornton, A. P., The Imperial Idea and its Enemies, New York 1959.
Tilak, Bal Gangadhar, Gita Rahasya, 2 vols., Bombay 1935.
Tilak, Bal Gangadhar, Speeches and Writings, Madras n. d.
Tinker, Hugh, The Foundations of Local Self-Government in India, Pakistan and Burma, London 1954.
Toynbee, Arnold, One World and India, New Delhi 1960.
Tuker, Sir Francis, While Memory Serves, London 1950.
Varma, V. P., The Political Philosophy of Sri Aurobindo, Bombay 1960.
Venkatarangiya, M., The General Elections in Bombay, Bombay 1953.
Venkataratnam, B., Freedom Movements in South-East Asia, Poona 1947.
Visvesvaraya, M., Planned Economy for India, Bangalore 1936.
Vyas, K. C., The Social Renaissance in India, Bombay 1957.
Wacha, D. E., Bombay Municipal Government, Madras 1913.
Wacha, D. E., Reminiscences of the late Hon. Mr. G. K. Gokhale, Bombay 1915.
Wacha, D. E., Speeches and Writings, Madras n. d.
Waldschmidt, E., et al., Geschichte Asiens, München 1950.
Walbank, T. W., A Short History of India and Pakistan, New York 1958.
Walsh, N. (ed.), Nehru on Gandhi, New York 1941.
Wasti, Sayed Razi, Lord Minto and the Indian Nationalist Movement with special reference to the political activities of the Indian Muslims, 1905—1910, Oxford 1963.
Wedderburn, Sir William, Allan Octavian Hume, 1829—1912, London 1913.
Wedderburn, Sir William, Speeches and Writings, Madras n. d.
Weiner, Myron, Party Politics in India, Princeton 1957.
Williams, Rushbrook, The Cultural Significance of the Indian States, London 1930.
Wolff, Otto, Mahatma und Christus, Berlin 1955.
Wolpert, Stanley, Tilak and Gokhale: Revolution and Reform in the Making of Modern India, Berkeley 1962.
Yajnik, Indulal, Shyamaji Krishnavarma, Bombay 1950.
Yajnik, J. U., Notes on Kaira, a District in Fertile Gujarat, Bombay 1870.
Zetland, L., Marquess of „Essayez" — Memoirs, London 1956.
Zimmer, Heinrich, Philosophies of India, Ney York 1956.
Zinkin, Taya, Reporting India, London 1962.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Berichte und Veröffentlichungen des Indian National Congress:

Report of the First Indian National Congress, Bombay 1885 ff. (und folgende jährliche Berichte)

Berichte von Sonderausschüssen:

Bhagwan Das et al., A History of the Hindu Muslim Problem in India — with suggestions for its solution, Report of the Committee of the Indian National Congress . . . Cawnpore Riots, March 1931, Allahabad 1933.

Gandhi, M. K. et al., The Congress Punjab Inquiry, Vol. I: Text, Vol. II: Evidence, Bombay 1920.

Nehru, Motilal et al., Report of the Civil Disobedience Enquiry Committee, Allahabad 1922 (siehe ferner auch die von Tagore & Co. herausgegebene Ausgabe dieses Berichtes mit zusätzlichen Stellungnahmen im Anhang, Madras 1922).

Pant, G. B. et al., Agrarian Distress in the United Provinces, Report of the Committee appointed by the U. P. Provincial Congress Committee, Allahabad 1932.

Patel, V. J. et. al., Report of the Peshawar Enquiry Committee of the Indian National Congress, Allahabad 1930.

Shah, K. T. et al., Report of the Congress Select Committee on the Financial Obligations between Great Britain and India, Vol. I: Text, Vol. II: Annexure by K. T. Shah, Bombay 1931.

Zusammenstellungen von Resolutionen des Kongresses:

Resolutions on States Reorganization, 1920—1956, New Delhi 1956.

Resolutions on Foreign Policy, 1947—1957, New Delhi 1957.

Regierungsveröffentlichungen:

Government of India:

Selections from Records, Bombay New Series, Nr. 157, 1882, Kalkutta 1882 (Papers and Proceedings connected with the Deccan Agriculturists Relief Act of 1879)

Sedition Committee Report 1918, Kalkutta 1919.

Report on Indian Constitutional Reforms, 1918.

Despatch on Indian Constitutional Reforms of March 5, 1919, Kalkutta 1919.

The Punjab Disorders Enquiry Committee (Hunter) Report, Kalkutta 1920.

The Age of Consent Committee Report, Kalkutta 1929.

The Indian Statutory Commission (Simon) Report, 2 vols., Kalkutta 1930.

Despatch on Proposals for Constitutional Reform, Kalkutta 1930.

Report of the Royal Commission on Labour in India, Kalkutta 1931.

The Government of India Act of 1935.

Communism in India, Simla 1935.

Congress Responsibility for the Disturbances 1942—1943, New Delhi 1943.

Correspondence with Mr. Gandhi, New Delhi 1944.

Final Report of the Famine Inquiry Commission, Madras 1945.

The Constitution of India, 1950.

The First Five Year Plan, A Draft Outline, New Delhi 1951.

Report of the States Reorganization Committee, New Delhi 1955.

The Second Five Year Plan, A Draft Outline, New Delhi 1956.

The Third Five Year Plan, A Draft Outline, New Delhi 1960.

Notes of the Governments of India and China. White Paper Nr. I—VI, Ministry of External Affairs, New Delhi 1959—1962.

Report of the Officials of the Government of India and the People's Republic of China on the Boundary Question, New Delhi 1961.

Government of Bombay:

Report of the Committee on the Riots in Poona and Ahmednagar 1875, Bombay 1876.

Report of the Bombay Strike Enquiry Committee, Bombay 1929.

Source Material for a History of the Freedom Movement in India, Vol. I u. II, Bombay 1958.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Government of the United Provinces (Uttar Pradesh):
Report of the Cawnpore Riots Inquiry Committee, Allahabad 1932.
Report of the United Provinces Zamindari Abolition Committee, Vol. I: Text, Vol. II: Statistics, Allahabad 1948.

Parliamentary Papers (London):
(zitiert nach Band und Jahr der Sitzungsperioden)
India Councils Bill, 7, 1909.
Seditious Speeches and Writings — Return of Prosecutions, 64, 1909.
Legislative Councils — Representation of Muhammedans, 62, 1909.
Executive and Legislative Councils — Regulations, 67, 1910.
Indian Press Act of 1910, 68, 1910.
Seditious Speeches and Writings — Return of Prosecutions, 55, 1911.
Bengal Detenues and Internees — Report by Justice Chandavarkar and Justice Beachcroft, 8, 1918.
Government of India Bill of 1919 — Joint Select Committee Report Vol. I: Report, Vol. II: Evidence, 8, 1919.
Report of the Franchise Committee and of the Division of Functions Committee, 16, 1919.
Punjab Disturbances, District Reports, 4, 1920.
Constitutional Reforms, Draft Rules under the Government of India Act of 1919, 35, 1920.
Elections in India, Return of Results, 26, 1921.
Moplah Rebellion, 26, 1921.
Non-Cooperation, Telegrams and Correspondence, 16, 1922.
Indian Round Table Conference, Proceedings etc., 12, 23, 24, 1930/31.
Constitutional Reforms, Communal Decisions, 18, 1931/32.
Indian Round Table Conference, Federal Structure and Minorities Committee, 18, 1931/32.
Joint Committee on Constitutional Reforms, 5, 1932/33.
Joint Committee on Constitutional Reforms, 6, 1933/34.
India and the War, 10, 1939/40.

India Office Library Manuscripts (London):
(Private Nachlässe im Archiv der India Office Library)
Ampthill Correspondence, The Lord Ampthill Correspondence with the Secretary of State, Lord Curzon and Sir Arthur Godley, April to December 1904 (Privatdruck)
Curzon Papers, Curzon-Hamilton Correspondence, Letters and Minutes, Correspondence (alphabetisch geordnet).
Hirtzel Diary (nähere Einzelheiten siehe S. XVI).
Kilbracken Collection, Correspondence of Sir Arthur Godley, Permanent Undersecretary for India, Morley-Godley Correspondence 1906—1907.
Morley Papers, Files on Indian Councils Reform (Files 32—35), Correspondence, File 43 (alphabetisch geordnet).
(Weitere Nachlässe und Archivalien siehe Verzeichnis der Abkürzungen und Kurztitel der Quellenangaben, S. XVI).

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Register

Abdul Bari, Maulana 92, 96
Abdul Ghaffar Khan 141
Abdul Qayum 199
Afghanistan, Afghanen 2, 72
Aga Khan 73, 76, 133
Agarkar, G. G. 30
Agra 8, 32
Ahmad Khan, Syed
siehe Syed Ahmad Khan
Ahmad Shah Durrani 2, 9
Ahrar Partei 171
Ajit Singh 57
Ajmal Khan, Hakim 92, 106, 110, 116
Akali-Agitation 105, 119, 125
Akbar Hydari 189
Aligarh 33, 99
Allah Baksh 185, 195
Allama Mashriqi 185
Aman Sabhas 103
Ambedkar B. R. 158, 167, 186, 214 ff. 221
Amerikanische Verfassung 76
Amery, L. 188
Amritsar 86
Andhra 107, 130, 225
Ansari, Dr. M. 84, 133, 166 ff.
Anushilan 20
Apte, Hari Narayan 31
Arbeitsausschuß,
siehe Kongreß
Archbold, H. 66
Aroras 10, 34
Arya Samaj 33 f., 39, 52, 84, 123
Ashvamedha 1
Atlee, C. 132, 199 ff., 207
Aufstand von 1857 9
Augustangebot (1940) 185
Augustbewegung (1942) 194 ff.
Aurobindo 25, 39, 52, 66 ff.
Auswärtiges Amt, deutsches 71
Ayodhyanath, Pandit 32
Ayub Khan 237 f.
Azad, Maulana Abul Kalam
91 ff., 106, 119, 175, 184, 192 f., 198, 200

Babus 23
Bajaj, Jamnalal 104
Baldwin, A. 135, 165
Bande Mataram 20, 182
Bandung 233 f.
Banerjea, Surendranath
21, 27, 31, 34, 52, 64, 68, 72, 75, 78
Banerji, Sasipada 19
Bankimchandra 20, 31
Bannerji, Dr. K. M. 22
Bardoli 107, 110, 131, 145
Barga-System 124
Basu, Bhupendranath 69, 73
Beamtenschaft 217
Beamtenstaat 219
Benares 8
Bengal National Pact 120
Bengalen 1 ff., 19 ff., 65, 95, 100, 195
Bengalen, Teilung 48, 53, 67
Berar 2
Besant, A. 69, 72 f., 75, 79, 96, 129
Bhadralok 6, 18 ff., 48 ff., 68, 97, 117, 127,
130, 148, 156, 170, 176, 179, 195
Bhagat Singh 146, 149, 153
Bhagavadgita 23, 40
Bhakti 10
Bhave, Vinoba 186, 229
Bhoodan 229
Bhopal, Nawab von 152, 157
Bhutan 234
Bihar 2, 49, 58, 82ff., 95
Birkenhead, Lord 127, 132f.
Birla, G. D. 139, 162
Bodenreform 217 ff
Bombay 2, 6, 25, 84
Bombay-Plan 197, 222
Bombay Presidency Associaton 26 f.
Bonnerji, W. C. 21
Bose, Rajnarain 19, 25
Bose, Sarat Chandra 179, 190
Bose, Subhas Chandra
130 f., 134, 138 f., 156, 172, 176 ff., 182
Boykott britischer Waren 49
Brahmachari, Vishnubuwa 26
Brahmanen 5
Brahmo Samaj 19, 24, 34, 39, 52
Brahmo Samaj, Adi 19, 24
Brahmo Samaj, Bharatvarshiya 19

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Brahmo Samaj, Sadharan 22, 24
British-Indian Association 18 f., 21
Bryce, Lord 77
Bündnislosigkeit 231 ff.

Chakravartin 1
Chamberlain, A. 75
Chamberlain, J. 44
Chamberlain, N. 189
Champaran (Bihar) 83
Chandavarkar, N. G. 29
Chapekar, Gebrüder 42 ff.
Chatterji, Bankimchandra
siehe Bankimchandra
Chatterji, Ramanand 66
Chauri Chaura 110
Chelmsford, Lord 80, 89
Chhotu Ram 200
Chiplunkar, V. 31
China 234 f.
Chitnavis, G. 57
Chitpavan Brahmanen 7 f., 25, 27, 42, 142, 212
Chou En-lai 235 f.
Christentum 18
Chruschtschow, N. 237
Churchill, Sir W. 149, 165 ff.
Clive, Lord 1
Commonwealth 238
Congress Socialist Party
siehe Kongreßsozialisten
Cornwallis, Lord 4, 6
Coupland, Sir R. 202 f.
Cripps, Sir S. 186, 191, 200
Curtis, L. 76 ff., 87, 100
Curzon, Lord 44 f., 48

Dacca, Nawab von 68
Dalai Lama 236
Dar-ul-Harb, Dar-ul-Islam 102
Das, C. R. 66, 77, 79, 89, 93, 102, 106, 117 ff., 122 ff., 158, 176, 179
Dayanand Saraswati, Swami 33
Deb, Radhakanta 18 f.
Deccan Education Society 30
Deccan Sabha 30
Dekkan 1, 11, 13, 14, 58
Deoskar, S. 66 f.
Derozianer 18 f., 22, 25
De Rozio, H. 17 f.
Desai, Bhulabhai 198
Deshmukh, Gopal Hari 25 f.
Dhar, Bishan Narayan 32
Dominion-Status 132, 134, 142 f.
Dravida Munnetra Kazhagam 228
Durham, Lord 77
Dutt, R. C. 45 f., 58
Dyarchie 76 ff., 129
Dyer, General 86

Eigentumsverhältnisse 4
Eisenhower, D. 236
Elf Punkte Programm 139, 150, 163 ff.
Elphinstone, M. 6
Enteignung 217 ff.
Eshavas 130, 226
Exekutivrat 54
Exilregierung, indische 71
Extremisten 51 ff., 75

Fazli Husain 122 f., 152 ff., 156 ff., 171
Fazlul Huq 68, 79, 156, 171, 188, 190, 195
Finanzkommission 223
Fin de Siècle 44
Forward Bloc 178, 185, 190
Freihandel 45
Funktionale Volksvertretung 189

Gadgil, D. R. 172
Gandhi, M. K. 81 ff., 91 ff., 121 ff., 127, 131, 135 f., 138 ff., 148 ff., 167 f., 173 f., 183 ff., 193 ff., 206, 209, 212
Gandhi-Ambedkar Pakt (1932) 161 ff.
Gandhi-Irwin Pakt (1931) 149, 154, 173
Gandhi-Jinnah Gespräche (1944) 197 ff.
Ganpati-Fest 43
Garibaldi, G. 43
Gemäßigte 51 ff., 58, 75
Gewerkschaftsbewegung 146 ff., 163, 181
Ghadr-Bewegung 72, 162
Ghose, Aurobindo siehe Aurobindo
Ghose, Girishchunder 19
Ghose, Dr. Rashbehari 58
Ghosh, Lal Mohan 21
Ghosh, Man Mohan 21
Gläubiger 4
Goa 235
Godse, Naturam 212
Gokhale, G. K. 28 f., 51 f., 69, 73, 81, 82, 83, 122
Grundbesitz 4, 5, 12 ff.
Grundrechte 150, 172, 216
Grundrente 6
Gujarat 7, 95, 96
Gujaratis 7
Guru-ka Bagh 105
Gwyer, Sir M. 214

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Hafiz Ibrahim 181
Hailey, Sir M. 151, 165
Haksar, Sir K. 164
Hali, A. H. 41
Hammidullah, siehe Bhopal
Handelsbilanz 139
Handspinnen 94 ff., 104, 106, 113
Hansraj, Lala 34
Hardinge, Lord 67, 82
Hare, D. 17
Harijan Sevak Sangh 162
Harijans 160 ff.
Hartal 84 ff., 106, 132, 153, 141, 194
Hazrat Mohani, Maulana 107, 113
Hejrat 102
Hentig, W. v. 72
Hidayatullah, M. 195
Hind Swaraj 81
Hindi 155, 180
Hindu Mahasabha 121, 126, 142, 161 ff., 180, 185 ff., 190
Hindu Sabha (Lahore) 123, 168
Hindu Sabha (Kalkutta) 168, 176
Hindu, The 31
Hindu Code 221
Hindu-College 17
Hindu-Patriot 21
Hindutwa 161
Hoare, Sir S. 166 ff.
Hodson, H. V. 189
Home Rule Liga 72 ff., 79, 102, 129
Hume, A. O. 29
Hungersnöte 15
Hunter, Lord 86, 92 f., 95
Hyderabad 6

Ibbetson, Sir D. 13 f.
Ilbert-Gesetz 23
Imperialismus 44
Indian Association 22
Indian National Army 200 ff.
Indus-Wasser-Vertrag 237
Interimsregierung 204 ff.
Indo-China 232
Iqbal, Mohammed 42, 122, 152, 181
Irwin, Lord 134 ff., 142 ff., 149 ff., 157, 189
Iswarchandra Vidyasagar 19
Iyengar, Kasturiranga 116
Iyengar, Srinivasa 128
Iyer, G. Subramaniam 31
Iyer, Dr. Subramania 79

Jamiatul-Ulema 141
Jallianwala Bagh 86
Japan, Japaner 191 ff., 200
Jatiya Sarkar 194
Javadekar, S. D. 25 n.
Jayakar, M. R. 109, 117, 121, 125, 127, 142 ff., 149 ff., 186 ff., 204, 208
Jhambekar, Balshastri 23
Jhansi 2
Jinnah, M. A. 73 ff., 89, 102, 109, 117, 123, 152, 181 ff., 184 ff., 191 f., 211
Joshi, Ganesh Vasudev 28
Joshi, Ganesh Vyankatesh 45
Joshi, N. M. 131, 146
Joshi, P. C. 197
Justice Party 129

Kalkutta 5, 7, 43, 56, 67, 96, 205 ff.
Kamas 130
Kanpur 153 f.
Karmayoga 40
Kaschmir Brahmanen 9, 32
Kaschmirkonflikt 231 ff.
Kashi Vidyapith 99
Kastensystem 38
Kayastas 5, 8, 142
Kelkar, N. C. 69
Kemal Pasha 122
Kennedy-Cooper Resolution 236
Kerala 130, 225 ff.
Kesari 30
Khaksars 185
Khaliquzzaman, C. 163, 171, 174 ff., 181
Khare, N. B. 180
Khatris 10, 34
Kher, B. G. 180
Khilafat 91 ff., 104, 109, 117 f.
Khizr Hayat Khan Tiwana 196 ff., 200
Khudai Khidmatgars 141
Kidwai, Rafi Ahmad 163, 174 ff.
Kirti Kisan Partei 162
Kisan Sabhas 148
Kitchner, General 50
Kommunisten 176 ff., 225, 227
Konferenz am Runden Tisch
—, Plan von 1921 107
—, erste 1930 135, 142 ff.
—, zweite 1931 148 ff., 156 ff.
Kongreß, ministerieller und organisatorischer Flügel 175
Kongreßarbeitsausschuß 125, 169, 177 f.
Kongreßsitzung in
Bombay 1885 23
Poona 1895 42

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Benares 1905 53
Kalkutta 1906 56
Surat 1907 57
Madras 1908 64
Lahore 1909 64
Madras 1914 69
Bombay 1915 73
Lucknow 1916 74
Kalkutta 1917 77
Delhi 1918 79
Amritsar 1919 89
Kalkutta 1920 (Sondersitzung) 93, 96
Nagpur 1920 102
Ahmedabad 1921 106 f.
Gaya 1922 118
Delhi 1923 119
Belgaum 1924 126
Kalkutta 1928 134
Lahore 1929 138
Karachi 1931 149
Bombay 1934 169
Lucknow 1936 172
Faizpur 1937 176
Haripura 1938 177
Ramgarh 1940 184
Kongreß-Liga Pakt 1916 74 f., 79, 88
Kongreßsozialisten 168, 172
Kongreßverfassung von 1908 58 ff.
von 1920 99 ff. 136 f.
von 1934 168 ff.
Korea-Krieg 232
Kredit 14
Kripalani, J. B. 208
Kunzru, H. N. 204

Labour Party 66, 88, 199
Lahore 33 f.
Lajpat Rai, Lala 34, 52, 57, 95 ff., 102, 121, 126, 132
Landarbeiter 227
Landschenkung siehe Bhoodan
Latif, A. 202
Lee-Warner, Sir W. 62
Legislativer Beirat 47
Liaqat Ali Khan 198, 207, 209
Linlithgow, Lord 197
Lokhitwadi, siehe Deshmukh, G. H.
Lothian, Lord 160
Lucknow 32

Macdonald, Ramsay 150, 157, 159, 167 ff.
Madras 26, 31 f, 84, 129 ff, 173 ff, 228
Mahajan Sabha 31
Maharaschtra 25, 95 f., 100, 127, 225
Mahars 158
Mahendra Pratap, Kumar 72 f.
Mahmudabad, Raja von 74, 133, 171
Mahratten 2, 10
Malabar 104
Malavija, M. M. 32, 73, 96, 108, 121, 128, 166 ff., 170
Malayalam 225
Malthus, H. 6
Marathi 30, 180
Marris, Sir B. 76 f.
Marwaris 6, 7, 11, 85, 104, 130, 190
Mazzini, G. 43
Mehta, P. M. 27, 30, 51 ff., 65
Menon, Krishna 235 f.
Meston, Sir J. 76 f., 87
Mill, J. S. 33, 50
Milner, Lord 44, 76, 189
Minderheiten, dominante und exponierte 7, 25
Minto, Lord 50, 54 ff.
Mitra, Digamber 21
Mitra, Rajendralal 21
Mohammed Ali, Maulana 73, 92, 99, 106
Mohammedaner (siehe auch Moslemliga) 41, 60 ff., 78, 84, 91, 121 ff., 133, 141
Mohsin-ul-Mulk, Syed Mehdi Ali 60 ff.
Monismus 42
Montagu, E. S. 75, 77, 87, 92, 102, 110 f.
Montagu-Chelmsford Reform 77 ff.
Mookerjee, Harish Chandra 21
Moonje, Dr. 160
Moplah-Aufstand 104 ff., 109, 121
Morley, Lord 13, 45, 50 ff., 75
Morley-Minto Reform 60 ff., 73, 88, 189
Morrison, T. 62
Moslem Liga 61 ff., 73 ff., 123 f., 174 ff., 185, 188, 199
Moslem-Mehrheitsprovinzen 74 f., 155, 181
Moslem-Minderheitsprovinzen 74 f., 181
Mountbatten, Lord 209 ff., 232
Mukkadam 146
Munshi, K. M. 214
Munshi Ram, siehe Shraddhanand
Munro, Sir T. 6
Mysore 2

Nabha, Maharaja von 119
Nadars 130
Nagpur 2, 43, 67
Nair Service Society 225 f.
Nairs 130

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Nair, Sir Sankaran 108
Nair, Dr. T. M. 129
Namboodiripad, E. M. S. 225 f.
Naoroji, Dadabhai 27, 45, 56
Narayan, J. P. 118
Narendra Deva, Acharya 172, 189
Narendra Nath, Raja 123
Nariman, K. F. 180
Nationale Bildungsbewegung 67
Nationalkongreß, siehe Kongreß
National Social Conferences, siehe Sozialkonferenzen
Naujavan Bharat Sangh 146
Nazimuddin, K. 188, 190, 195, 199
Nehru, Jawaharlal 96, 119, 128, 130 f., 133 f., 149, 190, 205 ff., 230 ff.
Nehru, Motilal 32, 89, 96, 116 ff., 118, 125, 133 f., 150
Nichtbrahmanen 117, 128, 173
Nichtzusammenarbeit 92 ff., 111, 117
Niedermayer, O. v. 72
Noakhali 206
No-changers 118 ff., 125 ff., 167

O'Dwyer, Sir M. 86, 104
Ostbengalen 49
Ostindiengesellschaft 1,5
Oudh 2, 8, 9, 11, 171

Pächter 15
Padmanabhan, Mannath 226
Padmanji, Baba 30
Pakistan 171, 184, 196, 202, 210, 231 ff.
Pakistan-Resolution 1940 184
Pal, Bipinchandra 52 ff., 65, 77
Pal, Kristo Das 20 f., 27
Panagal, Raja von 129
Panchamas 130
Panchayat 12, 118, 133, 229
Panch Shila 234 ff.
Pandurang, Dadoba 26
Pan-Pazifisches Sekretariat (Moskau) 146
Panipat 1761 1
Panislamische Idee 41
Panjab 9 f., 13, 33 ff., 58, 85 ff., 95, 122 ff.
Pant, G. B. 180
Parallele Regierung 136
Paramhansa-Bund 26
Parias 121, 130, 158, 161, 170, 173, 186
Parsen 7, 27
Passiver Widerstand 82
Pataskar, H. V. 215
Patel, Vallabhbhai 96, 106, 110, 131, 134, 149, 151, 169, 172, 175, 180, 206 ff., 213, 227
Patel, Vithalbhai 125, 127
Patiala, Maharaja von 157
Patidars 107
Patwardhan, A. 172
Peshwa 2, 7, 25
Pethick-Lawrence, Lord 201
Phadke, V. B. 28 f.
Pirpur, Raja von 182
Planungskommission 176, 222 ff.
Planwirtschaft, siehe Wirtschaftsplanung
Poona 2, 7, 27, 43, 53
Poona-Pakt, siehe Gandhi Ambedkar Pakt
Praja Partei 171
Prarthana Samaj 26
Prasad, Dr. Rajendra 83, 96 f., 110, 175, 178
Präsident 215 f.
Prince of Wales 106, 108
Pseudobourgeoisie 6
Pro-Changers 118

Quit India Resolution 192 ff.

Radhakrishnan, S. 204
Rahmat Ali 171, 202
Rajagopalachari, C. 96, 116, 119, 173 ff., 190 ff., 196, 227
Rajah, M. C. 160
Rajputen 8, 10
Ram Rajya 218
Ramakrishna 23
Ramakrishna-Mission 24
Rampal Singh, Raja 32, 171
Ranade, M. G. 28 ff., 37 ff., 45
Ranjit Singh 10, 33
Ratnagiri-Bezirk 7
Rau, Sir B. N. 214
Reading, Lord 108, 115
Reddis 130
Redfield, Robert 36 n.
Reichstag, deutscher 76
Ricardo, D. 6
Risley, Sir H. 49, 55, 57, 61 f.
Roseberry, Lord 44
Rowlatt-Gesetz 80 ff., 87, 115
Roy, M. N. 118, 176
Roy, Ram Mohan 17
Royal Commission on Labour, siehe Whitley Kommission
Rupie, siehe Wechselkurs
Ryotwari-System 6, 8, 10

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Säkularer Staat 220 f., 231 f.
Salempur, Raja von . 154, 171
Salzmarsch 140
Salzmonopol 140
Salzsteuer 139
Samyukta Maharashtra 225
Sangathan, siehe Shuddhi
Sanyasi 112
Sapru, Sir Tej Bahadur 73, 135 ff., 149 ff., 161 f., 165, 186 ff.
Saraswat-Brahmanen 7
Sarvajanik Sabha 27
Sarvodaya 170
Sastri, Srinivasa 73 f., 75, 79, 144
Satyagraha 81, 83, 111, 113, 185, 192, 230
Satyagraha Sabha 84
Sayamurti, R. 93, 96, 117, 121
Satyayuga 113
Savarkar, V. 161, 186
Schiedsgerichtsbarkeit 12
Schutzzoll 45
Seato-Pakt 232 f.
Sen, Keshub Chunder 18 ff., 22
Sen-Könige 49
Sengupta, M. 130
Servants of India Society 81, 83
Sevagram Ashram 170
Shah, K. T. 189
Shafi, Sir Mohammed 133
Shakti-Verehrung 112
Shankersett, J. 27
Shaukat Ali, Maulana 92, 99, 106, 142 f., 154
Shia-Sunni Gegensatz 171
Shibli Nomani 41
Shiromani Gurdwara Prabhandak Komitee 119
Shivaismus 112
Shivaji-Fest 43
Shraddhanand, Swami 33, 84, 91, 154
Shuddhi- und Sangathan Bewegung 121 f., 154, 171
Sikander Hayat Khan 171, 184, 188, 190, 196
Simla-Konferenz 198 ff.
Sikhkrieg 2
Sikhs 10 f., 62, 105, 162, 170, 200, 210 f.
Simon-Kommission 132 ff., 143, 148
Sindh 2, 181
Sinha, S. K. 180
Skeen-Komitee 127
Southborough, Lord 88
Sprachprovinzen 100, 224
Sozialismus 167 ff.
Sozialistische Einheit 176 ff.
Sozialkonferenzen 37 ff.
Sterlingguthaben 233
Steuerveranlagung 4, 12
Steuerzahlungsverweigerung 109, 131, 145, 159
Subbaroyan, M. 129 f.
Substanz der Unabhängigkeit siehe Elf-Punkte Programm
Südafrika 81
Suez 233
Suhrawardy, S. 188, 190, 205 ff.
Swadeshi 49
Swaraj 91 ff., 97, 101, 107 ff., 113
Swaraj Partei 118 ff., 122 f., 128
Syed Ahmad Khan 33, 60

Tabligh-Bewegung 121
Tagore, Debendranath 18 ff., 24, 33
Tagore, Rabindranath 24
Tagore, Romanath 21
Taluqdars von Oudh 9 f., 74
Tambe, S. B. 127
Tamil-Brahmanen 8, 31 f., 69, 96
Tandon, Purushottamdas 221
Tara Singh 210
Tarakeshwar-Tempel 125
Tattvabodhini Sabha 18
Telang, K. T. 29, 38
Terroristen 66 ff.
Thyagaraya Chettiar 129
Thakurdas, Sir P. 222
Theosophie 39, 69
Tibet 234
Tilak, B. G. 29, 40, 43 ff., 52 ff., 59, 69, 72, 74, 93
Tilak Swaraj Fond 104, 117
Tilak Vidyalaya 99
Tippu Sultan 2
Toleranz 41, 220, 230
Tradition, Kleine und große 36
Traditionalismus 36

Unabhängigkeitsliga 132, 154
Unabhängigkeits-Resolution 107 f., 113
Ungarn 233
Unions-Partei (Panjab) 171 f., 200
Urdu 155, 182

Vaishnava 81, 112
Veda 18
Vedanta 18, 23
Vedantaphilosophie, politische 39 ff., 44, 94, 112

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Veräußerung von Grundbesitz 12 ff.
Vereinte Nationen 232 ff.
Vereinte Provinzen 58, 103, 150 ff., 174, 218
(siehe auch Agra und Oudh)
Verfassungsgebende Versammlung 204, 213 ff.
Verfassungsentwürfe, indische 118
Verfassungsreform von 1935 164 ff.
(frühere Reformen siehe Morley-Minto, Montagu-Chelmsford)
Vidyarthi, G. S. 154
Vidyasagar, siehe Iswarchandra
Vijayaraghavachariar 31, 101
Vikrampur 49
Vincent, Sir W. 104
Visveswaraya, Sir M. 222
Vivekananda, Swami 23 ff., 39, 44 f.

Wacha, D. E. 27, 51 ff., 73
Wählerschaften, erweiterte 88
Wählerschaften, getrennte
für Mohammedaner
54, 60 ff., 78 ff., 88, 155, 173
für Parias 158 ff.
Wahlmänner (electoral college) 62
Währungskommission 94
Wavell, Lord 197, 200, 209
Wazir Hassan 199
Wechselkurs der Rupie 93, 139
Weltbank 237
West, Sir R. 12 f., 14
Whitley-Kommission 147
Willingdon, Lord 150 ff., 157, 159, 165
Wirtschaftsplanung 222
Workers and Peasants Party 147
Wucherer 6, 13

Young India 101, 111, 161

Zamindars 218
Ziviler Ungehorsam 106, 138 ff.
Zonenplan 203, 207
Zwei Nationen Theorie 184

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Summary

This book presents an outline of the development of a political society in India in its formative stage in the nineteenth and the first half of the twentieth century when it was moulded by a national freedom movement and a series of constitutional reforms introduced by the colonial government. The interaction of agitation and reform has been emphasized because other books on this subject have tended to stress either the freedom movement as a persistent national struggle against foreign rule or they have portrayed constitutional reform as a consistent process of political education. The relations between national and regional aspects of political life are also described in this book. In addition to a re-interpretation of an important phase in India's modern history this book provides a good deal of material which contributes to a more detailed record of the events and decisions in this period.

In the introduction an attempt has been made to relate the definitions of the terms used in this book to the concepts evolved by Max Weber and to the pattern variables of Talcott Parsons.

Generational phases of experience and the role of articulate and dominant minorities in different regions of India have been described in the first part of the book which bears the heading "Regions and Generations". This part includes three chapters on the British penetration of India, the reception of and reaction to Western cultural values, and the problem of national solidarity as it presented itself at the end of the 19th century.

The main part of the book, entitled "Agitation and Constitution", deals with the national movement in the 20th century and the constitutional reforms from the Morley-Minto reform of 1909 to the Independence of India Act of 1947. This period starts with the polarization of the political will, the split between "Moderates" and "Extremists" in Indian politics, it then encompasses the impact of the first and the second world war, the great agitational campaigns of Mahatma Gandhi, and ends with the independence and partition of India.

A discussion of the structure of the independent state and of India's position in world politics has been added as a third part under the heading "Internal and external equilibrium" in order to show in which way the aspirations of the freedom movement and the heritage of British constitutional reforms were amalgamated after independence had been achieved. In this part special attention has been paid to the debates of the constituent assembly, the nature of Indian federalism, the concept of the "secular state" as evolved by Nehru and the interrelation between the Congress party and the state. The chapter on world politics is centred on the Indian approach to mediation and its roots in the internal political situation.

A condensation of the individual chapters of the book will necessarily lead to an oversimplification of the arguments presented and documented in the text and many of the interesting details will be lost, but since a summary of this kind is given only with a view to convey an approximate idea of the contents of the different chapters an attempt has been made to provide such condensed versions in the

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

following pages. A glance at the bibliography and the footnotes appended to the text will enable the reader to supplement the information obtained from this summary

1 The British Penetration of India

The regional diversity of the Indian sub-continent and the phases of the British penetration of India created a complex pattern. Regional traditions and the generational time lag between one phase of British advance and the next moulded the incipient political life of the country. The legal and economic impact of British rule, the periods that lapsed between the first acquisition of a territory, the initial revenue settlement, the introduction of British courts, the first symptoms of peasant indebtedness and land alienation, the rise of peasant unrest and the effects of new legislation introduced by the government, created long term differences in the development of the respective regions. In the same way the cultural and educational impact on various groups and communities from the establishment of the first schools and colleges to the rise of a vernacular prose literature and the growth of nationalism among the educated classes followed the pattern of regional and generational differentation.

2 The Phases of Reception, Synthesis and Revival

In the field of cultural adaptation and political thought the educated elite generally passed through a cycle of an avid reception of the Western impact which then matured into a striving for a synthesis of Western and Indian values and terminated in a conscious revival and reinterpretation of what was thought to be the essence of Indian culture and religion. In Bengal which was the first province that came in touch with the British impact this process encompassed nearly three generations, while in the Punjab which was the last province to come under British rule these three phases were telescoped and the reform movement of the Arya Samaj provided within the life time of one generation the rationale for a reception of Western ideas and a synthesis of British and Indian ideas (e. g. Dayanand Anglo Vedic schools) as well as for a vigorous revival of what was considered to be the main spring of India's spiritual life.

The phases of reception, synthesis and revival differed with regard to the impact which they made on the dominant minorities of the respective regions, e. g. the Bhadralok of Bengal, the Chitpavan Brahmins of Maharashtra, the Khatris and Aroras of the Punjab. Complicated interrelations were introduced by the proximity of such centres as cosmopolitan Bombay and orthodox Poona. Bombay had come very early under British influence and contained a highly articulate but marginal minority, the Parsis, while the Brahmin stronghold Poona was conquered by the British at a much later stage and absorbed the Western impact in its own way. The exchange of ideas and influences between these two centres produced an interesting pattern.

The political life of India was therefore characterized by the interaction of numerous elites each with a complex background of its own but united by the common experience of Western education.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

3 The Problem of National Solidarity

The diversity of experience made it difficult to arrive at a genuine feeling of national solidarity, a solidarity which would not only unite the different elites but also embrace the illiterate masses. However, the monistic philosophy of Vedanta-Hinduism seemed to provide a mystic mandate which enabled the ardent nationalists to identify themselves with the masses without having to get in touch with them. This approach was typical of the nationalism of dominant minorities. The religious element in this nationalism was of no relevance to the Indian Muslims, and thus the solidarity aimed at in this way necessarily precluded a larger solidarity which would have had to include Hindus and Muslims.

Another problem of national solidarity emerged out of the heated discussion whether social reform ought to precede political reform or vice versa. The advocates of political reform argued that the controversial issues of social reform should be postponed until after political freedom was achieved because these controversies tended to destroy the political solidarity which was a precondition for a united struggle for freedom; the social reformers replied that genuine solidarity could only be built on the foundation of social regeneration and that a nation which was tied down by a retrograde social system could never become politically free. This was the essential question which was posed at the end of the 19th century and which was bound to affect the judgement on India's political prospects in the future.

4 The Polarization of the Political Will

The fundamental assessment of India's political position in the period of rising nationalism could be made along two different lines: one party could argue that India as a modern nation did not yet exist but that this nation would be welded together under the continous impact of a unified political system as it was established by British rule, while the other party would insist on the liberation of the nation from alien rule which was not conceived of as an instrument of tutelage and unification but as a paralysing disease of which the nation had to be cured in order to recover its innate strength. These different points of view necessarily led to an equally divided opinion with regard to the merits of constitutional reform. While the "Moderates" would fight for an improvement of the political system and appreciate every advance in the direction of a more democratic association of the Indian people with their government, the "Extremists" would view this association with apprehension, because it meant that alien impositions were bound to enter even more deeply into the Indian body politic.

The "Moderate" or "Extremist" positions did not emerge suddenly and there was a considerable range of mixed feelings due to a variety of generational and regional experiences. There were extreme "Moderates" like the Bombay Parsi leader Pherozeshah Mehta, who wanted to convert the Indian National Congress into a Liberal Party of India which could have cooperated with the victorious Liberal Party of Great Brittain, and who would have preferred a Congress purged of all "Extremist" elements. There were also rather moderate "Extremists" as well as the Bengal "Moderates" who tended to agree on many points with the Bengal "Extremists" due to the common experience of the partition of Bengal, However, the sequence of events in the last years of Lord Curzon's rule and the new developments in the era

CC-0. Agamnigam Digital Preservation Foundation, Chandigarh

of Minto and Morley tended to polarize the field of political commitments. Those who hoped for a definite step forward in the field of constitutional reforms feared that the British-Indian government might stiffen in the face of "Extremist" agitation and reject the liberal proposals of the home government. The "Extremists" on the other hand regarded the "Moderates" as traitors who would go out of their way to please the government and denounce their compatriots. The radical wing of the Congress also had a genuine grievance against the moderate politicans who tended to dominate the Congress and prevented the free expression of "Extremist" opinions. The split of the Congress at Surat in 1907 was a manifestation of these tensions. Immediate issues and long standing controversies were merged in the heat of the moment. The political career of Gopal Krishna Gokhale, his ardent work for constitutional reforms in London, his constant disagreement with his formidable colleague Bal Gangadhar Tilak, and his hope for a slow but steady emancipation of the Indian nation are characteristic of his time.

The other dimension of this complex structure of political decisions was provided by the reform schemes emanating from the Secretary of State's office and from the secretariat of the Viceroy. These schemes were often at variance with each other and it was chiefly due to the keen mind of Sir Herbert Risley who was asked by Lord Minto to work on the details of the reforms that a consistent scheme was evolved which embodied a synthesis of British and Moghul traditions of authority and permitted the Indian people a closer association with their government without any trace of real power and control. The scheme included a representation of the diverse communities and interests in manageable proportions. This constitution was in fact designed to achieve what the Indian "Extremists" had feared and predicted, it was supposed to create vested interests which would support the established government. Originally these reforms were intended to give due importance to those elements "who had a stake in the country" but actually the reformers created new "stakes" by granting separate electorates to the Indian Muslims and by arranging the electoral registers so as to reduce the influence of the educated classes and to put a premium on local and communal loyalties.

In the mean time the growth of terrorism indicated the dangerous unrest among the younger generation of the educated dominant minorities of Bengal and Maharashtra. The colonial government was groping in the dark and found itself handicapped in the summary prosecution of suspects by a vigilant Parliament at home which resented the deportation of nationalists and the sedition trials of radical editors as they had to be based on rather scanty evidence. However, judged by its own standards Lord Minto's government performed its task very well, it withstood the "Extremist" challenge as well as the impact of the liberal Parliament and pursued undauntedly its declared objective of achieving a conservative reconstruction of the political society in India. In the context of later reforms the Morley-Minto constitution proved to be a misfit and the moderate leadership of the Indian National Congress had good reasons to be disappointed with the result of many years of lobbying, but in its own time and perspective this reforms-scheme could be regarded as a wise act of statesmanship. It did serve the purpose of diverting political energy and shielding the colonial government against a direct confrontation with nationalist opinion. The polarization of the political will ended in a stalemate which benefited the colonial rulers.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

5 Agitation and Reform during the First World War

India's participation in the British war effort and the rapid pace of political developments in the years of the war reopened the question of constitutional advance much earlier than most observers would have expected at the time of the Morley-Minto-reforms. Revolutionary activities during the war did not meet with much success inspite of German aid to an Indian exile government in Afghanistan, to gun running in Bengal and to the world wide conspiracy of the Ghadr-Party of the Punjab. But Britain was aware of the fact that India's loyalty had a price and therefore an early consultation on post-war reforms was considered to be necessary. Political leaders in India thought in terms of a further extension of the powers of the legislatures. Since the existing constitution was so designed as not to permit the development of the executive side of government along the lines of parliamentary democracy, the Indian leaders tended to look at other models when considering the pattern of constitutional advance. Gokhale thought of the German "Reichstag", Srinivasa Sastri and the Aga Khan mentioned the Swiss and the American example. The expectation of an extended representation in the legislatures without any important changes on the executive side became the basis of the pact concluded between the Congress and the Muslim League in 1916. This pact conceded to the Muslims a larger share of seats in the legislatures of Muslim minority provinces than the Muslim population figures would justify and in return for this concession the Muslims would not claim their full share of seats in the two Muslim majority provinces Bengal and Punjab. This was a valid compromise as long as there was no Indian representation on the executive side which would depend for its support on a majority in the legislature, but it was bound to fail if the constitutional reforms would take a different course from that of the previous ones. And this did happen. A few months after the conclusion of the Congress-League Pact the Secretary of State announced that "responsible government" would be the guiding principle of the new reforms. The implications of this policy decision emerged very soon. The British reformers quoted Lord Durham when pointing out that an extension of the powers of the legislature without changes on the executive side would lead to a deadlock. They therefore recommended that Indians should be made to share executive responsibility in a system of "dyarchy" in which elected Indian ministers responsible to their legislature would cooperate with nominated executive councillors responsible to the colonial government and thereby in the last resort to the British Parliament. It was felt that this system was incompatible with the heritage of the Morley-Minto reforms, particularly with the institution of communal electorates, but nevertheless the new constitutional edifice was constructed on this unsuitable foundation. The reformers were able to boast of giving much more to the Indians than they had asked for, because none of the Indian leaders had dreamt of asking for a dyarchic share of executive responsibility.

These proposals created a good deal of confusion among political leaders in India. Very few of them liked the dyarchic nostrum, most of them prefered the Congress-League scheme and some decided that on the basis of the reform proposals an immediate attempt should be made to press for full provincial autonomy, e. g. complete Indian ministries at the provincial level without dyarchic transition. When it became clear that dyarchy would remain the principle of the new reforms and when the familiar argument was advanced that this was as much as one could get

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

at the present moment, a new set of "Moderates" arose who were willing to work the reforms. However, this time the moderate element was unable to control the Congress and in the end the Congress boycotted the reforms while the moderate wing seceded and formed a Liberal Party.

The decision to boycott the reforms was, however, not entirely due to the inherent defects of the new constitution. This decision was made and precipitated in the context of a new agitational situation which arose at the end of the world war, when the demobilisation of Indian soldiers, a depression in the economy and an attempt by the colonial government of renewing the extraordinary legislation which had enabled it to suppress all agitation in war time created exactly the kind of tension which the reformers had hoped to forestall by their early announcement of constitutional advance.

Agitation in the Punjab, the imposition of military rule and the shooting of a large crowd at Jallianwala Bagh, Amritsar, led to demonstrations and unrest all over India, but even at the subsequent Amritsar Congress of 1919 there was no indication that the Congress would boycott the reforms and embark on a programme of national agitation. However, finally a decision to boycott the elections to the reformed legislatures led to a sequence of more radical commitments since the self-imposed exclusion from the constitutional arena forced the Congress politicians to recapture the initiative in the field of agitation.

6 National Unity as Agitational Unity

The need for an agitational initiative brought Mahatma Gandhi into prominence. He was known to the Congress politicians as an expert on Indian affairs in South Africa and a successful leader of the nonviolent resistance movement of the Indian minority against the discriminatory laws of the South African government. He had also conducted a successful campaign of the peasants against the Indigo planters of Bihar and he had organised passive resistance demonstrations at the time of the Punjab wrongs. He then sponsored the cause of the Indian Muslims against the British government with regard to the Khilafat-question. He was the most influential member of the Congress committee that presented a report on the Punjab wrongs and he was therefore directly concerned when the government did not take any action on this report but tried to whitewash the deeds of the military regime. He soon radicalized the Congress programme by identifying it with the Khilafat-agitation of the Muslims and hoped to establish a national unity by demonstrating that the Hindus regarded the grievances of the Muslims as their own. At first most of the Congress politicians were sceptical about his programme of non-cooperation which included a boycott of the law courts and of educational institutions. But due to the dynamics of the agitational situation they soon backed his entire programme.

Gandhi was, due to his political experience in Africa, basically a minority leader who had been able to instill courage and solidarity into a timid racial minority in an alien environment. In that situation he could utilize the specific outside pressure of discriminatory laws so as to give a sharp edge to his technique of passive resistance by means of a disciplined and well defined transgression of the objectionable laws. But in transferring these techniques to India in 1921 he did not work with a minority and he did not find an issue which was sufficiently precise in order to join battle with the government effectively. He shifted his emphasis several times in the course

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

of the campaign and missed an opportunity of committing the government to a negotiated peace when the Viceroy offered a Round Table Conference at the end of 1921. The colonial government was embarrassed by the boycott of the visit of the Prince of Wales and by the swing of "Moderate" opinion toward Gandhi and would have offered terms which might have enabled Gandhi to call off the agitation while adding to the prestige of the Congress. A few months later he terminated the non-cooperation movement abruptly and was arrested and put on trial by the government which had so far refrained from arresting him in order not to add fuel to a fire which would soon be extinguished if it was left alone.. The government proved to be right and it emerged unscathed from this first campaign. The different boycotts of the non-cooperation movement were untenable in the long run, lawyers and students returned to the courts and colleges, many of them weighed down by the fact that they did not have the courage of their convictions. The Khilafat-movement of the Indian Muslims lost its cause soon enough and it appeared that Gandhi had done a disservice rather than a service to national unity by fighting for a spurious issue.

But inspite of its futility the non-cooperation movement made a lasting impact on India's political life. While earlier agitations and boycott movements had been restricted to small regions and minor sections of the population, Gandhi, who was close to folk religion due to his Vaishnava background and, being of the Gujarati bania traders caste, did not have the conspirational aloofness of the dominant high caste minorities of Bengal and Maharashtra, was in a better position to reach the masses and to draw many regions into the national movement which had hitherto remained outside the main current of political life. The post-war depression had also bred nationalists in the ranks of the Indian business community and they supported the Congress financially. Gandhi took a keen interest in party finance and organization and as he enjoyed the confidence of the business community, he, who personally lived the life of a wandering monk, was never short of funds for his political campaigns. The strata of the society, the regions of the country, the spheres of thought which Gandhi reclaimed for the political life of India made all the difference to the political style which had so far been dominated by elite leaders, be they terrorists or "Moderate" debaters, whose ideas were alien to the masses and who could affect only a few government officers either by a well aimed shot or an incontrovertible argument. Gandhi tried to divert the attention from this positive or negative fascination with those who are in power and to instill into everybody the virtue of self-reliance and self-control which he considered to be the foundations of government and citizenship. To him the "Extremist" and the "Moderate" view of the state of the Indian nation were equally irrelevant, he believed neither in an Indian nation which would reveal its full splendour as soon as it was freed from foreign rule, nor did he believe in the educative role of the state and the beneficial impact of British rule, because he thought that the nation consisted out of individual human beings and would rise or fall to the extent to which these individual beings would realize their inner strength. His political campaigns therefore had much of the fervour and appeal of religious conversions. The non-cooperation movement of 1921 even had certain chiliastic features as Gandhi had promised "Swaraj (Freedom) within a year" if everybody would adopt his programme. He later on regretted this rash promise and realized that neither his programme nor his fellow men were so perfect as to achieve this goal.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

7 Constitutional Contest

Since Swaraj had not been achieved in one year and Gandhi was in jail while the "Moderates" had occupied their dyarchic seats of power, the Congress politicians could no longer afford to ignore the constitutional arena. The Khilafatists and the majority of the Congress were "No Changers", they controlled the party finance and hoped that the agitation could be revived. But there was a determined group in the Congress which held that the next elections should be contested in order to carry the policy of non-cooperation into the legislatures. However, this was only a clever formula devised so as to justify the return to the constitutional arena with an agitational flourish. Regional differences played a great part in the alignment of "No Changers" and "Pro Changers". Rajagopalachari, Gandhi's stalwart in Madras was a convinced "No Changer" the more so, as the Congress-Brahmins of Madras stood at that time little chance of making much headway against the Non-Brahmin Justice Party. C. R. Das in Bengal on the other hand had joined Gandhi's campaign reluctantly and was sure that he could score a victory over the Bengal "Moderates" who enjoyed the doubtful privilege of dyarchic responsibility. Das and some others founded the Swaraj Party within the Congress and obtained the grudging consent of the "No Changers" to function as a separate unit without leaving the Congress. This party did have a good deal of success in the elections and ousted in most provinces the old "Moderates" but could not affect the positions held by Muslims, Non-Brahmins and other special interests in the legislatures. Consequently this party was unable to do much about "non-cooperation within the legislatures" because it had nowhere a majority which would have enabled it to create a deadlock. By its negative policy it forced the provincial governments to rely more and more on the support of the special interests and minorities. In this way the Swaraj Party could neither obstruct the government nor impress the electorate, it was bound to suffer reverses in subsequent elections. The party therefore drifted toward cooperation and the acceptance of dyarchic responsibility. The sudden death of C. R. Das and the discouraging attitude of the Secretary of State, Lord Birkenhead, arrested this drift, but Motilal Nehru, who became the leader of the Swaraj Party after the death of C. R. Das, was plagued by a great deal of indiscipline within the ranks of the party and found it difficult to prevent individual provincial groups of the parties from following a line of their own. A certain measure of agitational unity was restored when the Simon Commission toured India followed by a trail of Black Flag demonstrations. Birkenhead had seen to it that this Commission, which had to review the possibilities of further constitutional advance according to a statutory provision made at the time of the previous reforms, was sent to India even before the appointed time in order to be sure that the review would take place under the supervision of a Conservative government. The commission had no Indian members, a fact which incensed public opinion throughout India even though this composition could be formally explained by pointing out that only members of Parliament were asked to serve on this commission. The visit of the commission coincided with the beginning of a period of labour unrest in India and the radical elements in the Congress would have liked to start a full scale national agitation at that time, but Gandhi was not yet prepared to lead another campaign. Thus constitutional questions remained the chief point of interest and the Congress took up Lord Birkenhead's challenge and produced a draft constitution, the Nehru Report, which was based on the assumption that

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

Dominion status would be the next step in India's constitutional development. The Viceroy, Lord Irwin, after consultation with the British government made a cautiously worded statement which indicated that Dominion status would be the aim of constitutional reforms in India, but no time limit was mentioned. The younger generation of the Congress, particularly the Independence League under the leadership of Jawaharlal Nehru and Subhas Chandra Bose, grew more and more impatient and was no longer satisfied with Dominion status but pressed for an unequivocal declaration of independence. Gandhi postponed this commitment by one year by proposing an ultimatum to the British government. But this period lapsed and as a last minute conference with Lord Irwin did not lead to any results the Congress passed the independence resolution and was accordingly committed to follow up this decision by a new agitation.

8 The Symbolic Revolution

In planning his second great campaign Gandhi was much more circumspect than in his first campaign of non-cooperation. Before starting the agitation he defined "the substance of independence" in eleven points which included a series of specific grievances, as for instance the exchange rate of the rupee which was deeply resented by the Indian business community, the salt tax which was a burden to the masses, the high land revenue which the peasants had to pay, and he thus created a platform on which the classes and the masses could unite. When he finally had to pick an issue for the campaign he chose the salt tax which was resented by the greatest number of people and would offer a point of departure for a straight collision between the people and the government without creating undesirable tensions between employers and employees, tenants and landlords, traders and consumers etc. He could also restrict the agitation to the symbolic act of producing some salt in contravention of the salt laws which made the production of salt a government monopoly. The response of the people was magnificent and the campaign was a great success. This time Gandhi had not promised that any definite result would be achieved by this campaign and he was satisfied with having created an intense feeling among the people thus demonstrating to the government the mandate of the Congress. This time he was also ready to achieve at a convenient juncture a compromise with the government so as not to dissipate the impression created by the agitation by permitting it to run its full course toward the inevitable anti-climax. Even while Gandhi was in prison and the agitation continued outside, negotiations were going on inside. The first round of discussions, in which the "non-party" leaders Sapru and Jayakar negotiated with Gandhi and the Nehrus on behalf of the Viceroy, did not lead to any results. But after some months Gandhi was able to conclude a pact with the Viceroy which enabled Gandhi to call off the agitation and to demonstrate that he as the representative of the Indian nation could negotiate on equal terms with the representative of the British empire. In this way Gandhi also agreed to attend the second Round Table Conference on Indian constitutional reforms as the only delegate of the Congress. He did not intend to participate in this conference in order to indulge in futile discussions with self-appointed leaders and carefully selected representatives of special interests; he wanted to go there in order to present a national demand. However, this plan was frustrated and he got involved in the petty details of constitutional safeguards for minorities, princes and vested interests, and finally could only

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

register a desperate protest against the British plan of granting separate electorates to the Untouchables.

On his return to India he reopened the campaign of national agitation, was quickly arrested and could not prevent the slow deterioration of the campaign which faded out due to the repressive measures of the government and a general fatigue of the people. While still in prison he resisted the introduction of separate electorates for the Untouchables by going on a fast unto death and thereby forcing Dr. Ambedkar, the spokesman of the Untouchables, to arrive at a compromise of giving up separate electorates and replacing them by a reservation of seats. After his release from prison Gandhi formally ended the agitation and gave in to those who wanted to renew the parliamentary activity of the Congress. In 1934 he even gave up his Congress membership in order to clear the way for other forces and to avoid the unbecoming role of being pushed into the opposition within the Congress. However, before leaving the Congress he bequeathed to it a new constitution which made it at once a more representative and a more centralized body. Many conventions which had grown up in agitational practice now became explicit rules in the new constitution. Gandhi hoped that this regenerated Congress would become a successful rival to the reformed legislatures and executive councils.

9 The Parallel Government as Parliamentary Party

Due to its agitational origin the Congress constitution was fashioned so as to give this national organization the appearance of a parallel government, and Gandhi thought, indeed, that the Congress constitution would serve as a model for the constitution of an independent India. The Congress constitution was related in a rather peculiar way to the constitution of British India as it emerged from the sequence of constitutional reforms. Every step towards a decentralised devolution of power as outlined in the constitutional reforms was paralleled by a step toward centralization and unitary control in the Congress constitution. As long as the Congress functioned as an agitational body, this type of organization was necessary, but as soon as it also assumed the functions of a federal parliamentary party within the frame of reference of the constitutional reforms of 1935 this organizational structure gave rise to some tensions. These tensions were enhanced by the ambiguity of the Congress politicians' approach to the acceptance of office under the new constitution. The radical wing was against office acceptance but the older generation, among whom there had been many ardent "No Changers" in the previous decade, was eager to assume power in the provinces and see to it that provincial autonomy would not work to the advantage of their old rivals, the Liberals, or of other local combinations. However, the issue of office acceptance was deliberately kept in abeyance so as to avoid an open clash between the left and right wing of the Congress. When the issue was decided after the elections, a semblance of the priority of the agitational function of the Congress was maintained. The Congress ministries in the provinces were regarded as agents of the party but the ministers had to resign from all party offices so as to preserve the agitational purity of the organization. This led to the rise of "ministerial" and "organizational" wings within most provincial Congress parties, because the provincial Congress president usually became Chief Minister and his party office was frequently taken over by his closest rival within the party. However, as the central government remaind unaffected by the reforms the top leadership of the Congress

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

retained its position as an agitational "High Command" and was not lured into ministerial office. This "High Command" kept a close watch over the Congress ministries in the provinces and served as an umpire in inner-party quarrels. In this way many of the characteristic features of the Indian political system developed in these crucial three years from 1936 to 1939.

The younger generation, particulary the Congress Socialist Party which had been formed in 1934, and the dissident forces which collected around the Bengal leader Subhas Chandra Bose were dissatisfied with the turn of events and suspected the right wing elements of the Congress of planning to arrive at a fascist compromise with the British imperialists. However, the opposition within the Congress was not unified and the Socialists did not see eye to eye with Bose's various supporters. The election of Bose as Congress President served as a rallying point for the oppositional forces. At his first election he had the approval of the "High Command" who had hoped that, like Jawaharlal Nehru, Bose would mellow down when shouldering the burden of responsibility, but at his re-election in the following year he ran against the candidate of the "High Command". He pointed out that the Congress presidential elections should be freely contested so as to lead to a clarification of policy. The new Congress constitution of 1934 which provided for broad based presidential elections and gave great prominence to the President actually supported this point of view, but the "High Command" was shocked at the suggestion of open contests. Even though Bose won his election he was lost when the old guard withdrew its cooperation and left him without a Working Committee. He was soon forced to resign and due to his further insubordination he was even deprived of his office as president of the Bengal Congress Committee and debarred from holding any office in the Congress. Thus the protagonist of the idea of an effective parallel government was eliminated from the political scene so that he could not disturb the activities of the Congress as a parliamentary party. The ambiguity of agitational and parliamentary modes of political life also affected the attitude of the Congress toward the Muslim League which had for all practical purposes copied the political and economic programme of the Congress and had hoped for an inclusion in coalition ministries. However, the League fared badly at the polls and the Congress was initially not committed to office acceptance, and when the decision was made, the ministers were regarded as parliamentary instrument of a primarily agitational organization, therefore the Congress was in no mood to enter into coalitions. The League was thus isolated and pushed into the opposition, a fact which became very significant in the light of later developments but which seemed to be negligible at that time. In these years of isolation the League nurtured its grievances, but the League leader M. A. Jinnah would have been nevertheless willing to arrive at an agreement with the Congress at the beginning of the second world war, because he knew that a cooperation in the war effort would have given the Congress a strong position. However, when the Congress resigned from all ministries and refused to cooperate with the government, the League celebrated this day of abdication as a "Day of Deliverance".

10 The Renewal of Agitation and the Problem of Political Unity

With this important decision at the beginning of the second world war the Congress deprived itself of effective political power and committed itself to a renewal of national agitation which could not make much headway under wartime conditions, the

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

more so because the Congress leaders were basically in sympathy with the British cause and did not want to side with Britain's enemies. Gandhi, who was once again asked to lead the agitation, softened his approach even more than in 1930, this time there was to be not even a symbolic revolution but only token resistance. Jinnah realized this and closely followed all agitational moves of the Congress, getting the benefit of the pressure which was put on the government. He said "no" to the government whenever the Congress said "no", and he said "no" to the Congress whenever the government said "no". Thus he was able to force the government to say "no" at crucial moments by using his veto power to great advantage. In this way the political unity of India was undermined, and Jinnah could achieve his aims with minimum effort by using the leverage of the existing political forces so as to enhance his own position.

In the course of the war the British made several attempts to get the Congress interested in a cooperation with the government, but all concessions were bound to apply mainly to post-war developments. The Japanese advance lessened the value of such offers considerably, and the Congress rejected them. The British victory later on made these decisions appear in a different light, but in 1941 and 1942 a pact with a vanishing power seemed to be of doubtful value.

Each rejection of such an offer obliged the Congress to return to the field of agitation, and in 1942 after the Congress had passed the "Quit India" resolution and all national leaders had been arrested, the agitation went beyond the point of token resistance, as the younger generation among the rank and file of the Congress plunged into a campaign of wreckage, sabotage and rioting. The "August Movement", which, indeed, did not last much longer than that month, nevertheless showed to the government that the forces of disorder had to be reckoned with. In the subsequent years the Congress was unable to sponsor any new agitation or score any marks in negotiations. At the end of the war the British government was aware of the necessity of handing over power to an Indian government before the wave of disorder would rise in the wake of demobilisation. The Congress was equally eager to assume power before the situation would get out of hand. The machinery of the state was now for most Congress politicians a more desirable instrument than the worn out agitational organization. Jinnah profited from this mutual desire of effecting a smooth transfer of power and exacted his price. British statesmen as well as Congress politicians were prepared to sacrifice the political unity of India in order to salvage the short term stability of the political system. The terrible massarcre which occurred during the partition of India proved that this was to be a real sacrifice and not merely a matter of political adjustment. The aftermath of the partition demanded another sacrifice, Mahatma Gandhi was assasinated as he insisted on an equitable distribution of the assets between the two states even though he had been against the partition.

11 The Structure of the Independent State

The agitational aspirations of the freedom movement receded as independent India gratefully preserved the "steel frame" which it had inherited from the colonial government. The old constitution which, as the Home Minister, Sardar Vallabhbhai Patel pointed out, was designed for a ring of service which could keep the Union together, was retained in the interest of political stability and administrative continuity. The long debates of the constituent assembly had in fact no other purpose but

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

to affirm the consensus that nothing should be radically altered. Only the catalogue of fundamental rights and the directive principles of state policy reflected the impact of the old Congress programmes of the days of the freedom movement.

The independent state which was built on the foundations of the colonial state faced many problems which had not been touched by the colonial regime and for which the machinery of the state was therefore not very well equipped. Planned economic development and the mobilization of the masses not for agitational but for constructive purposes proved to be difficult tasks. New instruments were created for this purpose which were not outlined in the constitution. These new instruments, the Planning Commission and the National Development Council, affected the nature of federalism in India and created centripetal forces just at the time when the agitation for linguistic provinces seemed to encourage centrifugal forces which put a severe strain on the new state. However, prophets of gloom who tried to judge the fate of India by analysing what appeared to be the main problems at any given moment were usually proved wrong by the dynamics of the development which always posed new problems while those problems that had appeared momentous at one stage receded into the background.

Another task which devolved upon the new state was derived from its claim of being a secular state. This term secular as defined by Jawaharlal Nehru was meant to indicate the egalitarian nature of the state, thus it did not only refer to an equitable treatment of all communities and a non-interference with their affairs, but it contained an active commitment to social reform. Paradoxically one of the first and most difficult problems which had to be solved by the secular state was a reform of Hindu Law which had been petrified by the colonial regime and therefore could only be brought up to date by new legislation. The Hindu Code Bill which Nehru considered to be one of his major achievements aroused a great deal of controversy, its different provision had to be piloted through the legislature in instalments, but it finally emerged as the first vital step toward a unification and modernisation of civil law in India.

The interrelations between the ruling Congress party and the state have also contributed some significant features to the structure of independent India. The agitational coalition of diverse interests had to be transformed into a political party which would support the stability of the state. The control over the state, on the other hand, contributed to the survival of the party. The "High Command" had merged with the central government and was reconfirmed in its role of an umpire in state and party affairs. The Indian mixture of unitary and federal trends of government produced a balance of power which enabled the central leadership to reconcile different interests and to keep aloof from immediate pressures. The limitations of the party and of the state corresponded with each other, because the party in the course of its agitational development had grown along the lines of the administrative structure of the colonial regime. This meant that both the state and the party did not reach much below the district level as far as their organizational structure was concerned. The attempts at encouraging local government and economic development at the village level created numerous problems for the state as well as for the Congress party which had to keep up with the expansion of the political society.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

12 India's Position in World Politics

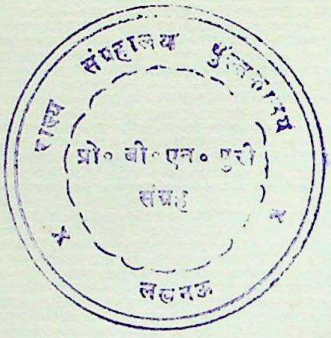
India's attitude toward world affairs was conditioned by the nature of its freedom movement, which was always conceived of in international as well as in national terms as a struggle of a subject people against Western dominance. Free India was therefore not inclined to direct its attention toward its own immediate interests in terms of regional power politics, it contimued to sponsor the cause of subject nations and claimed a share in the shaping of world politics which had so far been determined in the West. As the world was divided into "two camps" at the moment when India entered world politics the policy of non-alignment emerged as a necessary consequence of the quest for an independent role in international affairs. However, India's policy of non-alignment and mediation also reflected the nature of its internal political system which was geared to the reconciliation of contradictory interests and could not afford a polarization of political forces. The internal emphasis on harmony had its counterpart in the policy of peaceful coexistence.

In the early years of its independent existence India had hoped that the United Nations would serve as an instrument of world harmony. India was prepared to yield some of the rights of a sovereign state if the interests of the world organisation should require this sacrifice. But due to the Kashmir conflict India became more and more conscious of the implications of sovereignty and frequently adopted even in the United Nations a strong stand against any interference with the internal affairs of sovereign states. This experience as well as the border conflict with China have awakened India's consciousness of its national interests and have acted as a check on the enthusiastic internationalism inherited from the days of the freedom movement.

As time went on the limitations of the national as well as of the international political system became more discernible to India's political leaders and the agitational approach gave way to a sober appreciation of the political situation inside and outside the country. But the basic elements that determine the political will have not changed as no revolution has taken place and state and party can still rely on the support of the same strata of the society which sponsored the freedom movement and benefited from a long period of Congress rule. Only a serious crisis which strains the federal political structure and disrupts the Congress by showing up diverse interests as irreconcilable may lead to a polarization of the political will and a change in the political system.

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh



CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh

CC-0. Agamnigam Digital Presevation Foundation, Chandigarh